Nr. 86
3. Januar 2003

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK gratuliert den Völkern zum neuen Jahr

Der Präsidialrat des KADEK veröffentlichte eine Erklärung, in der den Völkern Kurdistans, der Türkei und des Mittleren Ostens zu ihrem neuen Jahr gratuliert wird. Die Erklärung bewertete das Jahr 2002 als ein Jahr, in dem der Kampf in Kurdistan, der Türkei und dem Mittleren Osten intensiviert wurde und Veränderungen unausweichlich wurden. Der Präsidialrat betonte, dass die oligarchischen, theokratischen und autokratischen Kräfte, die den Mittleren Osten dominieren, keinen langen Bestand haben werden.
Die Erklärung stellte fest, dass der von der Kurdischen Demokratischen Bewegung geführte demokratische Kampf im Jahr 2002 das alte Regime der Türkei beendet hat. "Die Millionen Menschen, die 2002 Newroz gefeiert haben, haben einmal mehr das Engagement der KurdInnen für ihre nationalen und demokratischen Rechte gezeigt. Die Demonstrationen, auf denen die Verbundenheit zu Präsident Apo ausgedrückt wurde, haben bewiesen, dass die demokratischen Volksaufstände nicht nur im Jahr 2002 eine führende Rolle beim Aufbau einer demokratischen Türkei und eines freien Kurdistans spielen werden.", so die Erklärung.

Der Präsidialrat führt weiter aus: "Die Abschaffung der Todesstrafe am 2. August hat nicht ausgereicht, um die alten Parteien der 80 Jahre alten Republik zu retten. Es war unmöglich, ohne eine radikale demokratische Veränderung Lösungen für die Probleme des Landes zu finden und die Unterstützung des Volkes zu erlangen. So stimmte das Volk für die AKP, die sich in einer Opferrolle darstellte und die Illusion vermittelte, eine neue Partei zu sein.

Obwohl die linken demokratischen Kräfte grosse Anstrengungen unternahmen und viel Dynamik zeigten, brachte ihr politisches Bündnis keinen wirklichen Erfolg hervor. Deshalb wird die Frage, wie die Türkei neu strukturiert werden wird, von den Kämpfen der kommenden Periode entschieden werden."

(KO, 30.12., ISKU)

Die Angriffe auf Abdullah Öcalan dauern an

Erneut Besuch verhindert

Auch am ersten Tag des neuen Jahres ist die gegen den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gerichtete Isolationspolitik fortgesetzt worden.

Abdullah Öcalans Schwester Havva Keser und seinem Bruder Mehmet Öcalan wurden am Mittwoch der Besuch aufgrund schlechter Wetterverhältnisse verweigert. Die Isolation Öcalans hält seit vier Monaten an. In den letzten fünf Wochen hat kein einziger Besuch stattfinden können. Mehmet Öcalan beschreibt die Vorfälle von Mittwoch folgendermaßen: "Zunächst kam einer der dort Zuständigen und nahm unsere Ausweise mit. Sie ließen uns 15 bis 20 Minuten warten, dann kam der gleiche Mann zurück und sagte, dass das Wetter zwar vormittags gut sei, nachmittags sich jedoch verschlechtern könne und sie uns deshalb nicht zur Insel bringen könnten. Das war die einzige Begründung. Seit vier Monaten haben fast gar keine Besuche mehr stattgefunden. Staat und Regierung halten sich nicht an die eigenen und nicht an universelle Rechtsnormen."

Hatice Korkut als eine der Anwältinnen Abdullah Öcalans gab weiterhin bekannt, dass ihr Gesuch auf Besuchserlaubnis aufgrund des offiziellen Feiertages abgelehnt worden sei. Der letzte Besuch habe vor fünf Wochen, am 27. November 2002 stattgefunden. Seitdem habe kein weiterer Kontakt zu ihrem Mandanten hergestellt werden können.

Zu Sylvester Solidaritätsbekundungen

In Kurdistan wurde dieses Jahr Sylvester mit Protestkundgebungen gefeiert. In Amed kamen 500 Personen zusammen, die ein "alternatives Sylvester" veranstalten wollten. Die Polizei verhinderte die Veranstaltung mit massiven Sicherheitsmaßnahmen und versperrte die Straßen mit Panzern. Die Menschenmenge protestierte lautstark gegen die Polizeipräsenz, woraufhin die Polizei eingriff und die Anwesenden sich unter Parolenrufen in den Seitenstraßen verstreuten. In anderen Stadtteilen fanden Sympathiekundgebungen für Öcalan statt, an denen sich Hunderte von Menschen beteiligten.
Auch in Batman griff die Polizei Straßenaktionen an, worauf sich die Menschenmenge auflöste, um sich später erneut zu versammeln, Feuer anzuzünden und Parolen zu rufen. Weitere Kundgebungen und Fackelzüge fanden in Izmir, Mersin, Adana, Urfa, Siirt, Van und weiteren Städten statt.

(ÖP, 2.1., ISKU)

"Ich werde bedroht"

Kaze Özlü ist 59 Jahre alt. Vor vier Jahren wurde sie mit einem Knüppel von Polizisten vergewaltigt. Jetzt wird sie von der Polizei unter Druck gesetzt, damit sie ihre Anzeige vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wieder zurücknimmt.
Kaze Özlü hatte zunächst vor türkischen Gerichten geklagt. Als diese Versuche erfolglos blieben, wandte sie sich an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Wie sie jetzt öffentlich machte, wurde sie am 28. Dezember 2002 in ihrer eigenen Wohnung von Polizisten unter Druck gesetzt, damit sie die Anklage zurückzieht. Wie sie weiterhin erklärte, habe sie wiederholt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Adana gestellt, die jedoch ohne Ergebnis geblieben sei.
Ihre Anwältin, die Menschenrechtlerin Eren Keskin teilte zu dem Fall mit, dass alle juristischen Wege im Inland ausgeschöpft seien und die Akte seit anderthalb Jahren beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorliege. "Bei Kaze Özlü handelt es sich um ein Kriegsopfer. Dem System ist es unangenehm, dass die Anwendung sexueller Folter gegen eine Frau in ihrem Alter in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Deshalb wird Druck gegen sie ausgeübt, damit sie ihre Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zurückzieht."

(ÖP, 2.1., ISKU)

Meldungen

Besuchsverbot für hungerstreikende Gefangene
Nach Informationen des Hilfs und Solidaritätsverein der Angehörigen der Gefangenen und Verurteilten in Adana (ATHAYD-DER) haben 17 Gefangene die im Adana- E-Typ Gefängnis am 25. Dezember einen Hungerstreik aus Protest gegen die Isolationshaftbedingungen des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan begonnen haben, Besuchsverbot erhalten. Sie haben für einen Monat allgemeines Besuchsverbot und für sechs Monate wurde ihnen der offene Besuch gestrichen. *(DIHA, 1.1., ISKU)*

Neuregelung in Gerichtsverfahrensgesetz reduziert Inhaftierungen
Im Zuge der Anpassung türkischen Rechts an das der EU ist geplant, Untersuchungshaft zukünftig nur noch im Ausnahmefall zu verhängen. Statt dessen sollen Verdächtige oder Angeklagte in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt werden - dies kann Hausarrest oder die Aufenthaltsanordnung für einen bestimmten Orten bedeuten. Inhaftierung soll auf richterliche Anordnung nur für den Fall einer Gefährdung der Person oder Anderer durch die Person erfolgen.
(Aksam, 24.12., ISKU)

Rechtsgrundlage für kurdischsprachige Sendungen durch TRT in Kraft
Mit der Veröffentlichung der Ausführungsvorschrift kann der staatliche Fernseh- und Rundfunksender TRT mit der Sendung in traditionell in der Türkei gesprochenen Sprachen beginnen. Vorgesehen ist eine Obergrenze von 45 Minuten pro Tag und 4 Stunden in der Woche für das Radio und 30 Minuten pro Tag und 2 Stunden pro Woche für das Fernsehen. Zunächst erhält ausschließlich der TRT das Recht in anderen Sprachen als Türkisch zu senden.
(Yeni Safak, 19.12., ISKU)

Finanzhilfe der USA an Türkei
USA und Türkei haben über einen Finanzausgleich im Fall eines Irakkrieges verhandelt und "gute Fortschritte bei der Erstellung eines generellen Rahmens gemacht", so der Staatssekretär im US-Finanzministerium, John Taylor. Türkischen Medien zufolge könnten im Kriegsfall die Folgekosten für die Türkei 20 Milliarden Dollar übersteigen. Über die Höhe der vorgesehenen Finanzhilfen machte Taylor keine Angaben. Die Türkei fordert Zah-

Rechtsverletzungen nehmen zu

Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins Diyarbakir hat für das Jahr 2002 eine Übersicht der Rechtsverletzungen im Südosten erstellt. Demnach nehmen die Rechtsverletzungen wieder zu oder liegen über den Zahlen des Jahres 2000. Nach Ansicht des IHD werden die vorgenommenen Gesetzesänderungen nicht in die Praxis umgesetzt.

Die Menschenrechtskommission des Türkischen Parlaments hat jetzt für Anfang Januar eine Kommission für den Südosten angekündigt. Sie soll den Klagen wegen Rechtsverletzungen und Folter nachgehen, die zugenommen haben. Der Vorsitzende der Kommission hat in einer Stellungnahme in den Fernsehnachrichten geäussert, dass von amtlicher Seite gefoltert werde.

Statistik der Menschenrechtsverletzungen der letzten 3 Jahre vom IHD Diyarbakir:

Tote bei bewaffneten Auseinandersetzungen
2000: 97
2001: 73
2002: 14
Morde unbekannter Täter/ ausserrechtliche Vollstreckungen
2000: 55 Tote-12 Verletzte
2001: 68 Tote -8 Verletzte
2002: 37 Tote -15 Verletzte
Durch Minen
2000: 20 Tote -37 Verletzte
2001: 13 Tote -39 Verletzte
2002: 26 Tote -49 Verletzte

Verletzungen der persönlichen Sicherheit

Festnahmen
2000: 2909
2001: 2396
2002: 2684
Folter, Mißhandlungen und Drohungen
2000: 110
2001: 539
2002: 214
Verschwundene
2000: 7
2001: 7
2002: 6
Verhaftungen
2000: 611
2001: 433
2002: 444
Bei Eingriffen gegen gesellschaftliche Ereignisse von Gewalt Betroffene
2001: 105 Verletzte
2002: 123 Festnahmen 79 Verletzte
Haus-/Dorfverbrennungen
2000: 1
2001: 12
2002: 2
Verbrennung von Wäldern
2001: 8
Lebensmittelembargos
2001: 3
Verletzungen von Eigentum
Oktober: 3
November: 1

Rechtsverletzungen im Arbeitsleben

Verbannung
2000: 78
2001: 55
2002: 38
Suspendierungen und Amtsenthebung
2000: 21
2001: 80
2002. 20

Verletzungen der Gedanken- und Ausdrucksfreiheit

Schliessung von Zivilorganisationen
2000: 15
2001: 4
2002: 1
Schliessung von Radios und Fernsehsendern
2000: 7
2001: 2
2002: 2
Verbote (Theaterstücke, Plakate, Kassetten, ...)
2000: 17
2001:29
2002: 29

Übergriffe im Gefängnis
2001: 333
2002: 111
Selbstmorde
2001: 97
2002: 126

(DIHA, 31.12., ISKU)

Dorfschützer trotz Identifizierung frei

6 von 10 Dorfschützern, die wegen der Ermordung von 3 DorfbewohnerInnen und der Verletzung von 4 weiteren im Dorf Ugrak in Bismil, Amed vor Gericht stehen, wurden aus der Untersuchungshaft entlassen.
An der Anhörung in dem Fall vor dem 3. Strafgerichtshof in Diyarbakir nahmen die zehn inhaftierten Dorfschützer, ihr Anwalt Mesut Bilgin, Verwandte der Opfer und die Opfer selbst mit ihren AnwältInnen Selahattin Acar, Cihan Aydin, Verdat Karaduman und Aygul Demirtas teil. Die Anhörung dauerte 7 Stunden, in denen die Angeklagten ihre Erklärungen abgaben. Während die Angeklagten Abdullavap und Ibrahim Guclu ihre Beteiligung an dem Fall zugaben, erklärten die anderen, nichts mit dem Zwischenfall zu tun zu haben und zum fraglichen Zeitpunkt nicht in dem Dorf gewesen zu sein.
Die Dorfbewohner Veysi, Erhan, Mazlum und Guzel Tekin identifizierten die Dorfschützer und sagten, dass sie es gewesen seien, die ihre Verwandten angegriffen hätten. Die Augenzeugin Zeynep Tanguner machte, da sie kein Türkisch spricht, ihre Aussage in kurdischer Sprache.
Der Verteidiger Mesut Bilgin beantragte beim Gericht die Freilassung aller Angeklagten ausser Abdullavap und Ibrahim Guclu, deren Beteiligung bewiesen sei.
Der Anwalt Sebahattin Acar widersprach dem Antrag: "Alle Beweise sprechen gegen die Angeklagten. Wir beantragen die Fortführung der Untersuchungshaft." Der Staatsanwalt beantragte beim Gericht die Freilassung von Hanifi , Suleyman, Ibrahim, Ahmet und Emin Guclu sowie Mehmet Gok. Das Gericht veranlasste aus "Mangel an Beweisen" ihre Freilassung und vertagte den Fall.
Der Anwalt Selahattin Acar kommentierte die Entscheidung mit folgenden Worten: "Es war eine unerwartete Entscheidung. Wenn gleichzeitig einige unbedeutende Fälle über Monate fortgeführt werden ist es undenkbar, dass das Gericht hier die Angeklagten entlässt. Es ist unverständlich, dass nicht einmal die leeren Munitionsbehälter, die im Haus von Emin Guclu gefunden wurden, untersucht und alle anderen Beweise gesammelt wurden."
Die Familie Tekin war in ihr Dorf Ugrak (Cade) zurückgekehrt, nachdem sie die Genehmigung dazu erhalten hatte. 8 Jahre zuvor war sie zur Flucht gezwungen worden. Sie wurden am 26 September 2002 von Dorfschützern angegriffen. Bei dem Angriff starben der 6jährige Agit Tekin, die 60jährige Nezir Tekin und der 45jährige Ikram Tekin; Viyse, Hazal, Erhan und Mazlum Tekin wurden ebenso wie zwei weitere Familienmitglieder verletzt.

(KO, 28.12., ISKU)

lungsgarantien, um nervöse Investoren zu beruhigen. Zudem will Ankara Rüstungsschulden in Höhe von etwa vier Milliarden Dollar erlassen haben. Obwohl die Türkei den Kriegsplänen gegen seinen Nachbarn Irak kritisch gegenüber steht, wird erwartet, dass das Nato-Land den USA im Kriegsfall seine Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stellt. *(taz, 30.12., ISKU)*

Kommunale Schulden bei 7,5 Katrillionen TL
Die türkischen Kommunen sind bei der Kommunalbank und den Sozialversicherungsträgern mit etwas mehr als 7,5 Kartillionen TL verschuldet. Die Außenstände bei der Kommunalbank in Höhe von 1,16 Katrillionen TL haben die Bank nach Angaben der Zaman an den Rand der Pleite gebracht. *(Zaman, 25.12., ISKU)*

In Van sagten die Schüler Nein zum Krieg und zum Hochschulrat
In Van haben Schüler der Van Yüzünü Yil Universität eine Kundgebung gegen den Krieg und den Hochschulrat (YÖK) mit 600 TeilnehmerInnen durchgeführt.
Sie riefen u.a. Parolen wie "Nein zum Krieg", "Nieder mit dem USA Imperialismus", "Nieder mit dem YÖK", "Wir wollen eine Universität" und "Nein zur Isolation".
Nachdem am Rande der Kundgebung sich die Gendarmerie mit Panzer sammelte, löste sich die Kundgebung ohne Vorfälle auf. *(DIHA, 2.1., ISKU)*

Gegen den Krieg
In Istanbul hat am 29. Dezember eine Kundgebung gegen den bevorstehenden Irak Krieg mit 5000 Menschen stattgefunden.
Zu der Kundgebung hatten verschiedene Organisationen und Gewerkschaften wie der Menschenrechtsverein, die Gewerkschaften DISK, HAK-IS, KESK, Saadet Partei, Mazlum-Der, die "Nein zum Krieg" Plattform u.a. aufgerufen. In Izmir und weiteren Städten fanden weitere Antikriegskundgebungen statt. *(DIHA, 29.12., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichten-agentur
KO	Kurdish Observer

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 87
10. Januar 2003

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Seit sechs Wochen kein Besuch bei Abdullah Öcalan

Große Besorgnis um das Leben des KADEK-Vorsitzenden

Auch in dieser Woche wurde der Besuch der AnwältInnen und der Familie von Abdullah Öcalan mit der Begründung schlechter Wetterverhältnisse verwehrt. Damit wurde Ihnen das sechste Mal in Folge der Besuch verhindert.

Abdullah Öcalan, der seit der völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 aus Kenia auf der Gefängnisinsel Imrali als einziger Gefangener in schwerster Isolation gefangen gehalten wird, wurde wieder unter dem Vorwand der schlechten Wetterverhältnisse der einzige Kontakt zur Außenwelt, der über seine AnwältInnen und den engsten Familienmitgliedern läuft, verwehrt. Trotz der Aufforderung des Komitees zur Beobachtung von Folter (CPT) des Europarats, die Isolationshaftbedingungen aufzuheben, hält die Türkei an der provokativen Praxis fest.

Die kurdische Bevölkerung sieht in der Behandlung Öcalans einen Angriff gegen ihre Friedens- und Demokratiebestrebungen. Seit Beginn einer Kampagne um die Freilassung des KADEK-Vorsitzenden am internationalen Menschenrechtstag vergeht kein Tag, ohne das Aktionen und Initiativen in Kurdistan, der Türkei und an vielen anderen Orten stattfinden.
Auf die Türkei wird ein größerer Konflikt zukommen, wenn die türkische Regierung ihre Politik gegenüber den Kurdinnen und Kurden nicht verändern wird. Edip Yasar, Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir sowie der IHD-Vorsitzende aus Diyarbakir, Selahattin Demirtas, haben erklärt, dass die Isolierung Öcalans zum Grund eines erneuten Kriegsausbruches im Land werden könne und den sozialen Frieden zerstöre. Es sei auch kein Zufall, dass diese Verschärfungen zeitgleich mit dem drohenden Irak-Krieg auftauchen.

Auch Murat Karayilan, KADEK-Präsidialratsmitglied, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur MHA, dass mit der Verschärfung der Isolation Abdullah Öcalans ein Zusammenhang der allgemeinen politischen Lage gesehen werden muß. In der Region finden derzeit internationale Entwicklungen statt, von denen der türkische Statt profitieren will. Deshalb wird der Befreiungsprozess der Kurdinnen und Kurden und ihre Führung auf ihre Zielscheibe gesetzt. Die Bevölkerung ist besorgt um das Leben von Abdullah Öcalan. Repression und Isolation sei für sie nicht länger zu ertragen.

Die gesamte demokratische Entwicklung der Türkei steht somit zur Disposition. Wahrscheinlich meint die internationale Staatengemeinschaft, mit einem starken Truppenaufmarsch rund um den Irak alle ihre wirtschaftlichen und militärischen Probleme zu lösen sowie von ihren innerstaatlichen Konflikten ablenken zu können. Und wahrscheinlich meint die Türkei, in dieser Situation der allgemeinen Kriegsmobilisierung die kurdische Frage nicht auf dem demokratischen Weg lösen zu müssen, sondern wieder einmal das Mittel der Gewalt anwenden zu können, um die kurdische Bevölkerung zu unterdrücken und die kurdische Befreiungsbewegung zu zerschlagen.

Mit dem Willen nach Frieden und Freiheit eines Volkes spielt man nicht. Die kurdische Bevölkerung hat mit ihrer demokratisch ausgerichteten Politik und ihrer gewaltlosen Strategie der demokratischen Erneuerung der Türkei der türkischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft gezeigt, wie ernst ihr dieser Weg ist. Doch wird und wurde immer darauf verwiesen, dass ihre Geduld nicht überstrapaziert werden darf.

Auch in Europa wird in den nächsten Tagen der Forderung nach Freilassung Abdullah Öcalans mit Demonstrationen und Kundgebungen Gehör verschafft.
Wir möchten alle demokratischen Menschen dazu aufrufen, die berechtigten Forderungen der Kurdinnen und Kurden nach Frieden in Freiheit zu unterstützen.

(ISKU; 9.1.)

Anhaltende Proteste gegen die Angriffe auf Abdullah Öcalan

Öffentlichkeit muss aufgeklärt werden

Die 5000 KADEK-Gefangenen in der Türkei haben in einer schriftlichen Erklärung eine sofortige Aufklärung der Öffentlichkeit über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan gefordert. Dem KADEK-Vorsitzenden wird seit fünf Wochen jeglicher Kontakt zur Außenwelt verweigert. In der Erklärung heißt es weiter, die Isolierung Öcalans sei besorgniserregend und ein Schlag gegen den Frieden und die Geschwisterlichkeit der Völker.

Jugendliche ununterbrochen in Aktion
Die Protestaktionen kurdischer Jugendlicher gegen die Isolierung Abdullah Öcalans laufen ununterbrochen weiter. In Igdir errichtete eine Gruppe Barrikaden auf der Hauptverkehrsstraße nach Dogubeyazit. In Istanbul-Güngören fand eine Demonstration mit KADEK-Fahnen statt. In Karabayir wurde ein großes Transparent mit der Aufschrift „Nein zur Isolation, Freiheit für Öcalan“ aufgehängt. In Izmir-Konak fand eine Demonstration statt; im Anschluss wurden Straßensperren errichtet.

1000 Unterschriften in Teheran
Studierende der Universität Teheran haben innerhalb von einer Woche tausend Unterschriften gegen die Isolierung Abdullah Öcalans gesammelt. Kommende Woche werden die Unterschriften sowie ein Forderungskatalog an die UN-Vertretung in Teheran überreicht werden. Wie die Studierenden mitteilten, werden sie ihre Aktionen bis zum 15. Februar fortsetzen.

Auch In Urfa, Siirt, Van und Izmir haben am Dienstag Kundgebungen mit der Forderung stattgefunden, die Isolationsbedingungen des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aufzuheben. In Siirt kam es dabei zu einem Zwischenfall, als die Polizei eingriff und in die Luft schoss, um die Menge aufzulösen. Es kam zu zwei Festnahmen.

(ÖP, 7./8.1., ISKU)

Meldungen

Bevölkerung der Türkei gegen Krieg
96 Prozent der Bevölkerung der Türkei sind gegen eine US-Operation im Irak. Aus diesem Grund haben sich in Kurdistan und der Türkei in vielen Städten Antikriegsplattformen gegründet. Die größte Plattform wurde in Istanbul gegründet, an der sich 152 Organisationen beteiligen. Die nächste große Kundgebung ist für den 26. Januar geplant, wie die Anwältin Gülen Sönmez von MAZLUM-DER mitteilt. Weiterhin werden Ausstellungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Pressekonferenzen, Unterschriftensammlungen sowie Protestfaxaktionen stattfinden. *(ÖP, 6.1., ISKU)*

Amtliches Parteienverbot für Dorfschützer
Das türkische Innenministerium hat ein Verbot für Dorfschützer erlassen, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Das hat in Hakkari im Kreis Cukurca zum Austritt von 140 Dorfschützern aus verschiedenen Parteien geführt. Vor allem die Parteien MHP und DYP sind davon betroffen. *(YÖG, 6.1., ISKU)*

Menschenrechtskommission wird Polizei kontrollieren
Der Vorsitzende der Parlamentarischen Menschenrechtskommission Mehmet Elkatmis (AKP Nevsehir) kündigte an, dass die Kommission ab dem 10. Januar beginnen werde, Polizeiwachen zu kontrollieren und dies solange fortsetzen werde, bis keine Folter mehr vorkommt. Elkatmis äußerte sich außerdem kritisch zu den regionalen Anti-Folterkomitees, die bei den Landräten installiert sind. Sie seien zu sehr durch Staatsbeamte dominiert und es gäbe Vorwürfe, dass diese vielfach ihre Aufgabe eher darin sähen, Foltervorwürfe zu vertuschen. *(YS, 2.1., ISKU)*

Neues aus den Parteien
Der Vorsitzende der Sosyalist Demokrasi Partisi (SDP), Akin Birdal, hat in einem Schreiben an die anderen Parteien unter dem Dach der DEHAP zu einem Treffen am 8.1. aufgerufen. In dem Schreiben kritisiert er, die Parteien des Bündnisses hätten nach der Wahl im November ihre Ziele nicht weiter verfolgt. Er bezeichnet die jetzige Regierung als "Kriegsregierung"; es sei geplant die Kurdische Freiheitsbewegung im Lauf des Kriegs zu vernichten; die Isolierung A. Öcalans sei ein Teil dieser Strategie. Der Block solle angesichts der aktuellen Ereignisse aktiv werden. Ein Tref-

Stimmen der Kriegsgegner werden lauter

In der Türkei und Kurdistan werden die Stimmen gegen eine US-Operation im Irak lauter.
In Istanbul fand auf dem Sarigazi-Platz gestern eine Kundgebung der Antikriegsplattform Sarigazi statt, an der sich verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und politische Parteien beteiligten. Das Fronttransparent trug die Aufschrift "Nieder mit dem US-Imperialismus, wir werden keine US-Soldaten". Weiterhin wurden die Parolen gerufen "Das palästinensische Volk ist nicht allein", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" sowie "Mörder Scharon, Mörder Bush". Weitere Transparente trugen die Aufschrift "Widerstand bis zum Sieg", "Geld nicht für Krieg, sondern für Ausbildung", "Wir wollen weder töten noch sterben" und "Ich bin eine Mutter, ich bin für Frieden."
Auffällig war die hohe Beteiligung von Frauen und Kinder an der Kundgebung. In einem Redebeitrag betonte der Sprecher der Plattform, Ergin Ay, niemand, der bei Verstand sei, glaube an die Begründungen, die die USA auftischten, um den Irak anzugreifen. Die USA seien auf das irakische Öl aus. "Auch Tayyip Erdogan als AKP-Vorsitzender hat sein wahres Gesicht in seiner Kehrtwendung zu den USA gezeigt, als er erklärt hat, es ist nicht wichtig, was wir geben, sondern was wir bekommen werden. Für diese Leute spielt es keine Rolle, wie viel Menschen sterben und verletzt werden. Für sie ist es wichtig, vom blutigen Kuchen ein paar Krumen abzubekommen. Wir werden es nicht zulassen, dass die USA den Irak besetzen und zu einem Kriegsschauplatz machen. Wir fordern alle Menschen auf, alle Anstrengungen aufzubringen, um diesen Krieg zu verhindern."

Verhandlungen über das Blut der Jugend
An einer vom IHD Antep vor dem Justizgebäude in Antep veranstalteten Antikriegskundgebung beteiligten sich 300 Menschen. Unterstützt wurde die Aktion, bei der die Parolen "Nieder mit dem US-Imperialismus", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker", "Nein zum Krieg" und "1000 Grüße an Imrali" gerufen wurden, von den Zeitschriften Alinteri, Atilim und Devrimci Mücadele sowie von TAYDER, HADEP und EMEP.
In einem Redebeitrag erklärte der IHD-Vorsitzende von Antep, A.Kadir Tüzün: "Die AKP-Regierung verkündet einerseits, gegen den Krieg zu sein und führt andererseits Verhandlungen über das Blut der türkischen und kurdischen Jugend und aller anderen Menschen in diesem Land und ist somit zu einer Einigung mit den USA gekommen."
Alle militärischen und zivilen Luftfahrtstützpunkte und Häfen seien unter den Befehl us-amerikanischer Militärs gestellt worden. Die türkische Armee sei in Kriegszustand versetzt worden und der Rote Halbmond sei dabei, seine Kriegsvorbereitungen zu vervollständigen. Als Menschenrechtler sei es jedoch nur möglich, Nein zu einer Beteiligung der Türkei an der Seite der USA im Krieg zu sagen.

'Kurdische Frage soll nicht gelöst werden'
Auf einer Demonstration der "Izmir-Initiative gegen den Krieg" wurde festgehalten, dass über den Völkern des Mittleren Ostens ein Kriegswind wehe und damit auch eine Lösung der kurdischen Frage verhindert werden solle. Ungefähr 500 Personen versammelten sich vor dem IHD in Izmir und erklärten mit einer Demonstration, keinen Krieg im Mittleren Osten zu wollen. Weitere Aktionen fanden in Mersin von der Antikriegsplattform, in Istanbul-Örnektepe vom Bündnis gegen den imperialistischen Krieg, von DEHAP in Gevas sowie von EMEP in Adana statt.
(ÖP, 6.1., ISKU)

Türkei stellt Ansprüche im Nordirak

Die USA wollen den Irak von drei Seiten angreifen - vom Golf aus über Kuwait, vom Westen über Jordanien und vom Norden aus der Türkei. Dazu sollen rund 80.000 US-Soldaten die türkische Grenze überschreiten, eine kleinere Einheit soll in der Türkei stationiert werden. Auch die Türkei will weitere 20.000 Soldaten in den Nordirak schicken, um eine zu erwartende Flüchtlingswelle bereits vor der Grenze aufzuhalten. Dies teilten nach Angaben der türkischen Presse hohe Offiziere bei einer Aussprache mit dem Auswärtigen Ausschuß des Parlaments mit.
2000 türkische Soldaten befinden sich bereits im kurdischen Nordirak. Die USA wollen in nächster Zeit auch die kurdischen Kräfte in der Region aufrüsten, wobei die Türkei Wert darauf legt, daß diese Waffen nach dem Krieg wieder eingesammelt werden. Wie es in der Türkei üblich ist, gaben die Militärs den Abgeordneten nicht nur über militärische Fragen, sondern auch über politische Positionen Auskunft.

Bedingungen der Militärs
Demnach heißen die unverhandelbaren Bedingungen der Türkei: kein kurdischer Staat, keine Kontrolle der Kurden über die Ölstadt Kirkuk, militärische Maßnahmen nur auf der Grundlage des internationalen Rechts und Verhinderung einer Flüchtlingswelle, die - wie 1991 - die Türkei erreichen könnte.
Die Offiziere wiesen auch darauf hin, daß die Türkei an einem kritischen Punkt angelangt sei, an dem eine politische Entscheidung getroffen werden müsse. Es gehe darum, ob die Türkei Einfluß auf die Neugestaltung des Irak nehmen könne. Letzteres betrifft natürlich vor allem die Kurdenfrage.
Mit seinem unnachahmlichen Gespür dafür, sich zum unpassenden Zeitpunkt zu Wort zu melden, hat Außenminister Yasar Yakis die Frage nach einem Anteil der Türkei an den irakischen Öleinnahmen wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Während Premier Abdullah Gül die arabischen Staatschefs zu beruhigen versuchte, die Türkei schiele nicht auf die Erdölfelder von Mosul und Kirkuk, gab Yakis bekannt, er habe einen Historiker damit beauftragt, die Ansprüche auf einen Anteil an den irakischen Öleinnahmen zu prüfen.
(DP, 9.1., ISKU)

Veranstaltungsreihe mit KATAGI

Die Internationale Freie Frauenstiftung mit Sitz in Amsterdam plant im Januar eine Veranstaltungsreihe mit KATAGI (Intitiative zur Förderung eines Frauenstandpunktes) aus der Türkei in verschiedenen Städten Europas.
KATAGI wurde im Jahr 2001 in Istanbul innerhalb der Struktur der Frauenakademie AMARGI gegründet. Die Initiative war maßgeblich beteiligt an den Kampagnen „Ich bin nicht frei“ und „Frauen gehen aufeinander zu“ und arbeitet daran, Probleme und Bedürfnisse von Frauen festzustellen und entsprechende Lösungen gemeinsam mit anderen Frauen zu entwerfen. Sie sieht sich als Teil der Demokratisierungsbewegung in der Türkei und versucht, Frauen zu aktivieren. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten hat KATAGI Probleme damit, die geplanten Projekte umzusetzen.
Die Internationale Freie Frauenstiftung setzt an diesem Punkt an und hat eine Veranstaltungsreihe organisiert, um sowohl die Solidarität unter Frauen zu stärken als auch Unterstützung für KATAGI zu finden.

Erste Veranstaltung am 12. Januar in Amsterdam
Die erste Veranstaltung wird am 12. Januar in Amsterdam im Rahmen einer Frauenfeier stattfinden. Neben einer Vorstellung der Initiative KATAGI wird es vor allem kulturelle Beiträge geben. Am 25. Januar geht es weiter in Darmstadt, am 26. Januar in Frankfurt, am 2. Februar in Berlin. In der Schweiz finden am 25. Januar in Zürich und am 26. Januar in Basel Veranstaltungen statt.
Alle Einkünfte gehen an KATAGI. Wer darüber hinaus an KATAGI spenden möchte, kann dies über das Konto der Frauenstiftung machen: **Internationale Vrije Vrouwen Stichting (IVVS)**, Stichwort KATAGI, Postbank Amsterdam, Kontonummer 62 18 545, KvK-registratie: 34152286
(ÖP, 8.1., ISKU)

---

fen könne mit den Diskussionsthemen "Dachpartei", "Massnahmen in den Gefängnissen" etc. stattfinden. *(YÖG, 6.1., ISKU)*

Neues HADEP- Gebäude eröffnet
Das neue Gebäude für die HADEP Istanbul wurde feierlich eröffnet. In kurzen Reden von Vertretern der Zentralen Leitung der HADEP und des Vorsitzenden in Istanbul wurde betont, das neue Gebäude werde auch ein Gebäude der Demokratisierung sein. Die zahlreichen Besucher der Feier riefen auf der Strasse trotz massiver Polizeipräsenz Parolen zur Unterstützung des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Das mit Hilfe der Bevölkerung neu renovierte Gebäude liegt im zentralen Stadtteil Tarlabasi, von dem auch ein bedeutender Teil der Bewohner aus Kurdistan stammt.
(ISKU, 5.1.)

Kurde aus Syrien an Türkei ausgeliefert
Die syrische Regierung hat das mutmaßliche KADEK-Mitglied Hamdi Cicek (45 Jahre) an die Türkei ausgeliefert. Nach türkischen Angaben soll Cicek für die inzwischen aufgelöste PKK im Bezirk Mardin aktiv gewesen sein. Syrien hat schon mehrmals politisch aktive Kurden an die Türkei ausgeliefert. Auffallend an dem jüngsten Fall ist jedoch die zeitliche Parallelität zum Besuch des türkischen Premierministers Abdullah Gül in Damaskus.
(ÖP, 7.1., ISKU)

Arbeitsprogramm der DEHAP
Die DEHAP hat ihr Arbeitsprogramm für die Monate bis Mai vorgestellt. Im Januar sollen interne Konferenzen, im Februar Kreiskonferenzen, im April Konferenzen in den Provinzen und im Mai ein zentraler Kongress stattfinden. Thema soll jeweils die (Re)- Organisierung der Partei sein. Das Bündnis werde innerhalb kurzer Zeit ein Aktionsprogramm zu den Punkten Kriegsgefahr, Massnahmen und Isolation in den Gefängnissen vorlegen.
(YÖG, 6.1., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
DP	Die Presse
YS	Yeni Safak

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 e-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **PGA Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 88
17. Januar 2003

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Auch kurdisches Flüchtlingslager vom Irak-Krieg bedroht

Aufruf zum Schutz von Mahmur

wie Sie wissen, steht ein unmittelbarer Krieg im Irak bevor. Es steht auch fest, dass die türkischen Armee sich bei diesem Krieg beteiligen wird. Diese Beteiligung beunruhigt uns sehr. Aus diesem Anlass kommen wir nicht umhin, ihnen dieser Brief zu schreiben.
1994 flüchteten über 10.000 KurdInnen aus der Türkei und leben jetzt im Mahmur-Camp (Irak). Dieses Camp, welches außerhalb der UN-Schutzzone liegt, steht jedoch unter dem Schutz des UNHCR.
Bei einem Gespräch zwischen dem Gemeindevorsitzenden des Flüchtlingscamps (Mehmet Kara) und dem Verantwortlichen der UNHCR vor Ort, wurde bekanntgegeben, dass sich bei einem Ausbruch des Krieges, die UNHCR aus der gesamten Region zurükkziehen wird. Weiter sagte dieser, dass während des Krieges keine Garantie gegeben werden kann,


Das Flüchtlingslager Mahmur im vergangenen Jahr

daß das Camp nicht angegriffen wird. Diese Mitteilung beunruhigt die Bewohner des Camps und auch uns sehr.
Wo es jetzt fast ersichtlich ist, dass im Irak ein unmittelbarer Krieg bevorsteht, wird das erste Ziel der türkischen Armee dieses Flüchtlingskamp sein. Außerdem ist es durchaus möglich, dass regionale Kräfte, einen Angriff auf dieses Camp unternehmen, um Provokationen durchzuführen. Daher ist das Leben dieser Flüchtlinge in allerhöchster Gefahr.
Wir wollen, dass das Leben dieser Menschen in besonderen Schutz genommen wird. Wir appellieren an alle Verantwortlichen die die Macht und den Einfluss haben, dieses Camp mit allen Mitteln, während der Dauer des Krieges zu schützen.
Bei solch einer Aufgabe, wo es um tausende Menschenleben geht, sind wir bereit alles zu tun, und erwarten auch von Ihnen eine Antwort und Unterstützung.

Erol Polat HSK
Vorsitzender HEYVA SOR A KURDISTANE e.V.

Aufruf zur Teilnahme an einer Newroz-Frauendelegation

Frieden fordert Aktion!

Newroz ist ein Tag des Widerstands in Kurdistan und wird dieses Jahr wie schon sooft in der kurdischen Geschichte in einer vom Krieg geprägten Atmosphäre stattfinden. Im März wird eine von uns organisierte Frauendelegation in eine der kurdischen Städte im türkischen Grenzgebiet fahren (vorläufig geplant ist Silopi), um vor Ort die kurdisch-türkische Antikriegsbewegung zu unterstützen und die Newrozfeiern zu beobachten.
Alle Zeichen stehen auf Krieg im Mittleren Osten. Bevor der Angriff auf den Irak überhaupt begonnen hat, sind die Folgen über die Grenzen des irakischen Staatsgebiets heraus bereits spürbar. Überall auf der Welt sind die Menschen mehrheitlich gegen eine Irak-Intervention eingestellt; am stärksten ist jedoch die Ablehnung im Mittleren Osten zu spüren. So haben sich auch in der Türkei und in Kurdistan in allen Städten Antikriegsbündnisse gebildet. Täglich finden Protestaktionen von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Zusammenschlüssen statt, auf denen gegen den Krieg, eine Beteiligung der Türkei und die Abhängigkeit von den USA protestiert wird. Auch die im November 2002 gewählte Regierung weist nicht den Willen auf, eine wirkliche Demokratisierung einzuleiten, die kurdische Frage endlich zu lösen und eine von den USA unabhängige Politik zu machen.
Deutlich zeigt sich die Haltung der Machthabenden in der Türkei auch im Vorgehen gegen die kurdische Demokratiebewegung und den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der den Friedensprozess in der Türkei überhaupt erst möglich gemacht hat. Abdullah Öcalan befindet sich seit vier Jahren als einziger Gefangener in Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imrali. Seit vier Monaten werden allwöchentlich stattfindende Besuche seiner Verteidigung und seiner Familie mit fadenscheinigen Begründungen verhindert. Seit sechs Wochen ist jeder Kontakt abgerissen. Die türkische Regierung weiß, dass sie damit den äußerst wackeligen Friedenszustand im eigenen Land gefährdet, da eine mögliche Vernichtung Abdullah Öcalans auf die Vernichtung der kurdischen Bewegung abzielt und jeder Angriff gegen seine Person ein Grund für einen erneuten Kriegsausbruch ist.
Am stärksten betroffen von dem bevorstehenden Irak-Krieg werden in der Türkei die kurdischen Gebiete sein. Hier liegen die Luftstützpunkte, von denen die USA ihre Angriffe starten werden. US-amerikanische Pläne beinhalten u.a. die Stationierung von bis zu 80 000 Soldaten in Diyarbakir - ein Projekt, das schwere Folgen für die Region haben wird. Schon jetzt befinden sich ca. 20 000 türkische Soldaten auf irakischem Staatsgebiet. Damit will sich die Türkei ihre Krumen von dem blutigen Kuchen sichern. Sie folgt damit der Logik: Wir haben diesen Krieg nicht gewollt, aber wenn es schon sein muss, dann wollen wir wenigstens davon profitieren.
Wir sind gegen diesen Krieg. Da Worte jedoch nicht ausreichen, stellen wir unsere diesjährige Newrozdelegation zum kurdischen Neujahrsfest unter das Motto "Frieden fordert Aktion".
Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden organisieren wir eine Frauendelegation. Unseren Erfahrungen nach sind Frauen eher bereit, für Frieden aktiv zu werden.
Wenn sich die Regierungen unserer Länder nicht diesem Krieg verweigern, können auch wir uns nicht raushalten. Nutzen wir die Waffe der Solidarität.
Geplanter Reisetermin: 17.-23. März 2003 (steht noch nicht endgültig fest)
Falls von Männern Interesse an der Teilnahme besteht, können wir den Kontakt zu anderen Delegationen vermitteln.
Für weitere Informationen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Cenî
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Kontakt: **0211 / 1 71 10 80**

Meldungen

Aktionen gegen die Haftbedingungen Abdullah Öcalans
Neben Aktionen in anderen Städten wurde am gestrigen Sonntag gegen 13.oo Uhr auch in Istanbul eine Protestkundgebung durchgeführt. Ca. 1000 Mitglieder der HADEP-Jugend Istanbul führten im Stadtzentrum auf der Istiklal Caddesi eine Kundgebung mit Parolen und Erklärung durch, in der die Haftbedingungen Abdullah Öcalans verurteilt wurden. Seit fast 2 Monaten wird den Anwälten Öcalans und Familienangehörigen kein Besuch gestattet. *(YÖG, 13.1., ISKU)*

EU - Abgeordnete gegen die Haftbedingungen Öcalans
Mitglieder des Europaparlaments haben sich für ein Ende der Haftschikanen und Rechtsverstösse wie Besuchsverhinderungen gegen Abdullah Öcalans ausgesprochen. J. Lagendijk, Mitglied des Europa-Parlament, nannte die Bedingungen eine Provokation. Die Türkei sei auf einem falschen Weg; falls das nicht geändert werde, sehe sich die EU möglicherweise zum Handeln gezwungen. *(ÖP, 10.1., ISKU)*

Barzani gegen Kriegsteilnahme an Seite der USA
In einer Erklärung für die Zeitung ‚Es Sefir' im Libanon sagte der Vorsitzende der KDP, Barzani, die Kurden würden nicht an der Seite der USA an einem Krieg im Irak teilnehmen. "Die grösste Gefahr ist ein Bürgerkrieg im Irak. Wir arbeiten mit unseren Freunden daran, das zu verhindern." Das Ziel der USA sei nicht Saddam zu stürzen, sondern die Vorherrschaft im Irak zu übernehmen, sagte er. Eine Exilregierung sei nicht geplant; von der neuen Verwaltung könne noch nichts genaues gesagt werden; aber nach dem Sturz Saddam Hüsseyins würden die Kurden im Bündnis eine der Grundlagen bilden. *(YÖG, 14.1., ISKU)*

Ca. 60.000 für den Annan - Plan
An der Grosskundgebung der "Plattform gesellschaftlicher Organisationen Türkisch-Zypern" und der Plattform "Das ist unsere Heimat" beteiligten sich ca. 60.000 Menschen und forderten die Annahme des Annan-Plans für eine Einigung der Insel bis zum 28.2. Falls der gegenwärtige Staaatschef R. Denktas dazu nicht bereit sei, solle er zurücktreten. Denktas kritisierte die Kundgebung und behauptete, sie

Arbeitsniederlegung gegen den Krieg

Wie die türkeiweit organisierte Arbeitsplattform (Anm.: Breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften) mitgeteilt hat, wird am Freitag landesweit die Arbeit für eine halbe Stunde niedergelegt, um gegen den geplanten Angriff gegen den Irak und eine mögliche Teilnahme der Türkei daran zu protestieren. Außerdem werden in der gesamten Türkei Kundgebungen stattfinden.

Aktionskalender der Arbeitsplattform:
16. Januar: Landesweite, dreißigminütige Arbeitsniederlegung
19. Januar: Öffentliche Unterschreibung einer "Friedensdeklaration" durch Gewerkschaftsvorstände, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen
23. Januar: Abgabe einer Presseerklärung der Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes DISK am Grenzpunkt Habur
24. Januar: Übergabe der unterschriebenen "Friedensdeklaration" an das Parlamentspräsidium
25. Januar: Antikriegsdemonstration in Mersin
26. Januar: Kundgebungen in verschiedenen Städten
26.-28. Januar: Einminütige Verdunkelungsaktion
15. Februar: Zeitgleich zu den Antikriegsdemonstrationen in Europa Demonstrationen in der Türkei

Bulletin des Forums für Arbeit, Frieden und Demokratie
15.1.2003

Türkei erlaubt den USA Inspektion von Luftbasen
Die Regierung in Ankara hat am Freitag erlaubt, dass mehrere türkische Luftbasen und Häfen von US-Militärs für einen Krieg gegen den Irak inspiziert werden. Eine entsprechende Vereinbarung wurde von Premier Abdullah Gül und von Militärvertretern beider Seiten unterzeichnet. 150 Spezialisten sollen am Montag mit den Untersuchungen beginnen. Ankara hat sich mit Nachdruck gegen einen Irak-Krieg gewandt. Diese Haltung hat nach Berichten amerikanischer Zeitungen bereits für Verstimmung in Washington gesorgt. Ebenfalls am Freitag reiste eine 350-köpfige türkische Handelsdelegation unter Führung eines Kabinettsmitglieds von Istanbul nach Bagdad. Handelsminister Kürsat Tüzmen hat auch einen Brief an die irakische Regierung dabei. Ankara will trotz Kriegsgefahr die Beziehungen zu Bagdad nicht abreißen lassen.

Wirtschaftsvertreter für Kriegsteilnahme
Das Vorstandsmitglied Özilhan des türkischen Industriellenverbandes TÜSIAD hat sich für eine Teilnahme der Türkei an der Seite der USA ausgesprochen. Er kritisierte die unentschiedene Haltung der Regierung und den Besuch des Staatsministers Tüzmen in der letzten Woche im Irak. Ministerpräsident Gül nannte die Erklärung "verfrüht". De Vorstandsvorsitzende Bayramoglu des Wirtschaftsverbandes MÜSIAD dagegen nannte die Reise nach Bagdad einen Erfolg. Einige der fast 200 Firmenvertreter hätten Geschäftsabschlüsse in Höhe von 10 Milllionen Euro bis 60 Millionen Euro erreicht; meist Geschäfte im Bereich Nahrungsgüter. Insgesamt seien etwa 100 Verträge in Höhe von ca. 600 Millionen Dollar abgeschlossen worden.

(SZ, 11.1./YÖG, 13.1., ISKU)

Landgericht Hamburg stellt Verfahren gegen Kurden ein

Anwalt fordert Freispruch

Gegen Zahlung von jeweils 250 Euro hat das Landgericht Hamburg heute das Verfahren gegen vier Kurden eingestellt. Der mitangeklagte Hamburger Rechtsanwalt Dr. Heinz-Jürgen Schneider plädierte für sich auf Freispruch, so dass sein Verfahren am 23. Januar 2003 fortgesetzt wird. Den Angeklagten war vorgeworfen worden, gegen das Vereinsgesetz verstoßen und eine "Tatbehandlung" begangen zu haben, "die geeignet ist, eine für die verbotene Vereinstätigkeit vorteilhafte Wirkung hervorzurufen" und somit als "Propagandatätigkeit für die PKK anzusehen" sei.
Am 2. Juli 2001 hatte Rechtsanwalt Dr. Schneider gemeinsam mit den angeklagten Kurden im Zusammenhang mit der Kampagne zur Anerkennung der kulturellen und politischen Identität der Kurdinnen und Kurden der Justizbehörde in Hamburg eine Petition sowie über 2.000 Selbstbezichtigungserklärungen "Auch ich bin PKKler/in" übergeben.
Die Kurden betonten in ihrer Prozesserklärung u. a., dass "in einer Zeit, in der sich die kurdische Bewegung von Grund auf neu orientiert, um der Gewalt ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen in Deutschland ein großes Hindernis für eine politische Lösung des Konflikts" darstelle. Auch sie gehörten zu den Millionen von Kurdinnen und Kurden, die aufgrund der "Politik des türkischen Staates Kurdistan verlassen mussten und zu Flüchtlingen wurden". Jeder von ihnen hätte "die Auswirkungen dieser Politik auf verschiedene Weise erfahren müssen". Deshalb habe man sich hier "für die Beendigung der Unterdrückung des kurdischen Volkes eingesetzt". Nach Auffassung der Angeklagten sei es bei ihrer Beteiligung an der Kampagne darum gegangen, "für die Aufhebung des Verbotes zu werben und die Öffentlichkeit sowie die politisch Verantwortlichen dafür zu gewinnen" und nicht darum, deutsche Gesetze zu verletzen.
Rechtsanwalt Dr. Schneider äußerte in einer Prozesserklärung, dass er an den kurdischen Aktivitäten nicht beteiligt gewesen sei, in der Justizbehörde kein Wort gesagt, sondern in seiner Funktion als Anwalt die Delegation begleitet habe. Daraus schließe er, dass als Anklagegrund "nur meine politische Meinung" bleibe. Er vertrete seit langem die Auffassung, dass "in der Türkei umfassende demokratische Rechte für Kurden und Türken gelten und in Deutschland ein demokratischer Dialog das Umgehen bestimmen" müsse. Um "diese politischen und humanitären Ziele" gehe es ihm, was ein "gelegentliches persönliches und anwaltliches Engagement" einschließe. Er fürchte, stellvertretend für "andere deutsche Bürgerinnen und Bürger, kirchliche Kreise, journalistisch Tätige, Gewerkschaftler, Menschen, die Veranstaltungen organisieren oder eine Internetseite zur Situation von Kurden in der Türkei und in der Bundesrepublik betreiben", angeklagt worden zu sein. Es könne aber nicht akzeptiert werden, dass eine politische "Meinung und die Wahrnehmung von Grundrechten und ein Gesprächsversuch mit staatlichen Instanzen in die Grauzone einer Straftat gedrängt und als Unrecht kriminalisiert werden".

(Azadi, 15.1., ISKU)

Abschaffung der Todesstrafe besiegelt

Die Türkei hat am Mittwoch in Straßburg vor dem Europarat die Abschaffung der Todesstrafe besiegelt. Der Vertreter Ankaras unterzeichnete das Zusatzprotokoll Nummer 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, in dem die Todesstrafe ausgeschlossen ist. Damit haben alle 44 Mitglieder des Europarats die Konvention unterschrieben, wobei die Parlamente Russlands und Armeniens dies noch nicht bestätigt haben. Die Türkei wurde lange vom Europarat und der EU für ihr Festhalten an der Todesstrafe kritisiert. Die türkische Volksvertretung hatte im vergangenen August im Rahmen eines Reformpakets zur Anpassung an die Gesetze der EU die Todesstrafe grundsätzlich abgeschafft und sie nur noch auf Kriegszeiten beschränkt. Dies widerspricht der Konvention nicht. Die Strafen zahlreicher zum Tode Verurteilter wurden inzwischen in lebenslange Haft umgewandelt. *(SZ, 16.1., ISKU)*

würde von griechischen Parteien aus dem Süden der Insel unterstützt. *(YÖG, 15.1., ISKU)*

Menschenrechte werden vernachlässigt
Nach einem Bericht der "Human Rights Watch" (jetzt erschienen) finden in den USA und der Türkei Menschenrechtsverletzungen statt. In den USA würden unter dem Deckmantel der "Terrorbekämpfung" Menschenrechte vernachlässigt. Im umfangreichen Kapitel für die Türkei wird festgestellt, die Gesetzes-Reformen seien nur auf dem Papier vorhanden; Einschränkungen der Meinungsfreiheit, für Publikationen und Ausbildung in Kurdisch und Folter seien weiterhin vorhanden. Beschäftigung mit dem Thema "Kurdische Frage" sei weiterhin von Repression bedroht.

(YÖG, 15.1., ISKU)

Embargo - Vorschrift gegen Unternehmer aufgehoben
Seit den Zeiten der Regierung T. Ciller bestand auf Anordnung der Regierung vom 14.3.1995 ein Erlass, kurdische Arbeitgeber dürften bei öffentlichen Ausschreibungen nicht berücksichtigt werden. Ziel war dabei, die "Finanzquellen des Terrors" trockenzulegen. Der Erlass wurde noch von der Regierung Ecevit für den 1. Januar dieses Jahres ausser Kraft gesetzt; was aber jetzt erst öffentlich bekannt wurde. *(YÖG, 12.1., ISKU)*

Ex-Ministerpräsident erliess Rückkehr-Verbot
Als eine seine letzten Amtshandlungen sorgte Ministerprässident Ecevit kurz vor dem Ende seiner Regierung durch eine Anordnung dafür, dass "strafversetzte" Beschäftigte im Öffentlichen Dienst während ihrer Dienstzeit nicht an den früheren Dienstort zurückversetzt werden dürfen.

(YÖG, 12.1., ISKU)

Quellen:

YÖG	Yeniden Özgür Gündem
ÖP	Özgür Politika
SZ	Süddeutsche Zeitung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 89
24. Januar 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Volksverteidigungskräfte: Im Kriegsfall tragen nicht wir die Verantwortung

In einer Erklärung des Hauptquartiers der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) wird der türkische Staat vor einem erneuten Ausbruch eines Verteidigungskrieges gewarnt, wenn die Isolation des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die militärischen Angriffe auf die Guerilla nicht beendet werden. Verantwortlich dafür sei der türkische Staat, der trotz der einseitigen kurdischen Friedensbemühungen auf seiner Angriffsposition beharre und nicht den kleinsten Schritt für eine Lösung unternommen habe.
Weiterhin weisen die HPG darauf hin, in den letzten vier Jahren alles für eine Entwicklung von Frieden und Demokratie unternommen zu haben. Die Türkei dagegen haben innerhalb dieser vier Jahre ihre Angriffe ununterbrochen fortgesetzt.
Mit den jüngsten militärischen Angriffe auf Guerillakräfte in Lice und Kars habe der türkische Staat ein neues Konzept entwickelt. Die Türkei versuche, aus der bevorstehenden US-Intervention gegen den Irak Profit zu ziehen.
Weiter heißt es in der Erklärung, die von der Nachrichtenagentur MHA verbreitet wurde: "Während des Prozesses einer Intervention internationaler Kräfte gegen den Irak und die Region, betrachtet der türkische Staat es als Gelegenheit, einen neuen internationalen Komplott gegen unsere Bewegung zu starten. Gegen unseren Vorsitzenden, der Architekt des gegenwärtigen Friedensprozesses in der Türkei ist, wird eine unvergleichbare Isolationspolitik angewendet. Die Repression gegen unser Volk ist zunehmend angestiegen. Letzte Woche, zwischen dem 14. und 17. Januar, wurde eine Vernichtungsoperation gegen unsere Guerillaeinheiten in Diyarbakir-Lice durchgeführt, an der sich 1500 Personen beteiligten. Am dritten Tag der Operation wurde das Gebiet, in dem sich die Guerillaeinheit befand, eingekreist. Es begann ein Gefecht, das den ganzen Tag andauerte und in dessen Verlauf eine zwölfköpfige Guerillagruppe vollständig vernichtet wurde. Beim gleichen Gefecht wurden sechs Soldaten der türkischen Armee, darunter ein Unteroffizier, getötet und elf weitere verwundet."

Gemeinsamer Angriff von Iran-Türkei

Außerdem wird in der Erklärung auf ein weiteres Gefecht verwiesen: "Ein Tag nach dem Besuch des Ministerpräsidenten der Türkei, Abdullah Gül, im Iran, fand ein Vernichtungsangriff der iranischen Armee auf Guerillaeinheiten im Gebiet Serhat in Merik statt, an dem sich auch Offiziere der türkischen Armee beteiligten. Auch bei diesem Angriff auf unsere Kräfte, die im Grenzgebiet stationiert waren, wurden die Guerillaeinheiten eingekreist. Es kam daraufhin zu einem Gefecht, dass von mittags bis in die Abendstunden andauerte. Hierbei kam es zu keinen Verlusten unserer Kräfte, über die Verluste der Gegenseite haben wir keine Informationen."

Auf Frieden mit Krieg geantwortet

"Bei Betrachtung der unrechtlichen unmenschlichen Isolation unseres Vorsitzenden und der beiden Angriffe auf unsere Guerillakräfte wird die Haltung des türkischen Staates unseren seit vier Jahren andauernden Friedensbemühungen gegenüber deutlich. Dies bedeutet den Beginn eines neuen Konzeptes. Auf den Kampf für Frieden und Demokratie wird mit Krieg geantwortet. Unsere Guerillakräfte, die in Nordkurdistan in geringer Anzahl vorhanden sind, haben seit drei Jahren keine Angriffe ausgeübt. Im Gegenteil haben sie ihren Beitrag für die Entwicklung von Frieden und einer demokratischen Lösung geleistet."

Guerilla soll in Krieg gezogen werden

Der türkische Staat versuche damit weiterhin, den Friedensprozess zu sabotieren. Die Angriffe seien eine Provokation, mit der die Guerilla erneut in einen Krieg hineingezogen werden solle, so heißt es weiterhin in der Erklärung. Die Guerilla werde auf dieses Spiel des türkischen Staates nicht eingehen. Das HPG-Hauptquartier rief zudem alle Menschen, die für Demokratie und Frieden seien, Haltung gegen die gefährlichen Entwicklungen zu beziehen. *(ÖP, 22.1., ISKU)*

Frauen fahren für Frieden nach Silopi und Zypern

Wie das Frauenbündnis "Nein zum Krieg" angekündigt hat, werden sie nach Silopi und Zypern fahren, um Krieg zu verhindern und für eine Lösung zugunsten von Frauen einzutreten.
In der schriftlichen Erklärung werden alle Frauen dazu aufgerufen, den Irak-Krieg zu verhindern und für Frieden einzutreten. Weiter wird in der Erklärung betont, gegen den Plan zu sein, im bevorstehenden Irak-Krieg den türkischen Luftraum zu nutzen und Soldaten im Nordirak zu stationieren. "Nicht nur im Irak, sondern überall, wo wir leben, wollen wir Frieden und fordern die Aufgabe militaristischer und nationalistischer Politik sowie Schritte zum Frieden."
Das Frauenbündnis kritisiert weiterhin die gesellschaftliche Opposition dafür, der Isolations-, Vernichtungs- und Verleugnungspolitik nicht genügend Aufmerksamkeit zu widmen. "Aufgrund dieser Politik verfolgen wir mit Besorgnis die Gefährdung des bestehenden Friedensprozesses. Wir fordern eine Lösung der kurdischen Frage und den Aufbau eines bleibenden Friedens in der Türkei." Außerdem thematisierten die Frauen die Zypernfrage und sprachen sich für eine Lösung auf friedlichem Weg durch eine Initiative der Bevölkerung Zyperns aus.
Um die Kriege zu stoppen und einen Frieden aufzubauen, organisiert das Bündnis verschiedene Veranstaltungen in Istanbul. Am siebten Februar werden die Bündnisfrauen von Istanbul nach Silopi und Zypern fahren. In der Erklärung heißt es: "Lasst uns als Frauen alle gemeinsam, nicht nur aus Istanbul, sondern aus allen Orten der Türkei und der Welt, als Türkinnen, Kurdinnen, Araberinnen, Griechinnen, Engländerinnen, Amerikanerinnen aufbrechen, um die Kriege zu stoppen."
An dem Frauenbündnis Nein zum Krieg beteiligen sich unabhängige Frauen, die Friedensmütterinitiative, EKB (Verband werktätiger Frauen), Feministisches Frauennetzwerk, die armenische Frauenplattform Hay Gin, die Frauenforschungsgruppe, KATAGI (Initiative zur Förderung eines Frauenstandpunktes), die Fraueninitiative Mimar Sinan, die Zeitschriften "Freie Frau" und "Stimme der freien Frau", Frauen vom IHD (Menschenrechtsverein), der HADEP, SDP und ÖDP. *(DIHA, 16.1., ISKU)*

Meldungen

KADEK dementiert Meldungen über Gespräche mit USA

Der KADEK hat Nachrichtenmeldungen dementiert, demnach der KADEK von den USA 125 Millionen Dollar erhalten habe. Weiterhin wies er darauf hin, dass provokative Maßnahmen des türkischen Staates und der türkischen Medien, die spekulative Nachrichten verbreiten, in der Vorbereitungszeit auf die Irak-Intervention angestiegen sind. Die Politik der USA gegenüber dem KADEK sei feindlich und ausgrenzend. Mit Meldungen über eine angebliches Bündnis zwischen den USA und dem KADEK werde versucht, die Kräfte der Region zu einer Anti-Haltung dem KADEK gegenüber zu bringen. *(ÖP, 23.1., ISKU)*

Demokratiekurse für Richter und Staatsanwälte

Justizminister Çiçek bemängelt die fehlende Umsetzung der vollzogenen Liberalisierungsreformen durch die Gerichte. Zur Verbesserung der Information von Richtern und Staatsanwälten wird darum nun eine landesweites Informationsprogramm eingeleitet, Fortbildungsseminare in EU-Recht wurden am Fortbildungsinstitut für Richter und Staatsanwälte bereits begonnen. Zur Situation in den Gefängnissen erklärte Çiçek, dass nach der Amnestie zwei Jahre zuvor die Zahl der Gefangenen erneut über 60.000 gestiegen sei. Dementsprechend könne durch Amnestien nicht das Gefängnisproblem gelöst werden, die gesellschaftlichen Bedingungen, die Straftaten hervorbrächten müßten, geändert werden. *(Zaman, 13.1., ISKU)*

1.5 Billiarden TL Entschädigung

Türkei zahlte im Dezember 1,5 Billiarden TL Entschädigung aufgrund von Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Bei den Verfahren ging es um das Recht auf Leben, Inhaftierungen und Eigentumsrechte. Die größte Entschädigungssumme wurde aufgrund einer gütlichen Einigung im Prozeß um die Tötung von vier Menschen in Istanbul-Tuzla 1988 gezahlt. *(Aksam, 16.1., ISKU)*

In Amed wurde ein Krisentisch aufgebaut

Amnesty International in der Türkei hat entschieden, wenn es zu einen Angriff der USA auf den Irak kommt, in Amed ein Krisen-

Seit zwei Monaten keine Nachricht von Öcalan

Auch diese Woche wurde den Anwälten von Abdullah Öcalan, der Besuch bei ihrem Mandanten mit der Begründung widriger Witterungsverhältnisse verwehrt. Somit dauert die Kontaktsperre mehr als acht Wochen an. Indes erklärten die Anwälte des Kurdenführers, dass sie Anzeige gegen die Gefängnisverwaltung auf Imrali erstatten werden. Für den Freitag sei ein Zusammentreffen mit dem Justizministerium anberaumt. Die Rechtsanwältin Aysel Tugluk erklärte gegenüber unserem Korrespondenten, dass man nun ernsthaft über die Sicherheit von Leib und Leben ihres Mandanten besorgt sei.

Von Amed bis Istanbul: Wut gegen die Isolation

In Istanbul wurden die Menschen, die sich für die Faxaktion der HADEP gegen die Isolationsbedingungen von Abdullah Öcalan und gegen den Krieg beim Postamt versammelten, von der Polizei unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken angegriffen. 22 Personen wurden festgenommen und viele verletzt.

Die HADEP Jugendorganisation in Elazig und Adiyaman führte eine Kundgebung und Faxaktion gegen die Isolationsbedingungen und gegen den Krieg mit 200 Menschen durch.

Sonntagmittag gab es in Istanbul Fatih eine Kundgebung Jugendlicher. Es wurden Fahnen der KADEK und mit Abdullah Öcalan enthüllt, Molotow Coctail angezündet und Parolen gerufen wie z.B.: Es lebe Öcalan, Grüße an Imrali. In Istanbul-Kurtulus wurden ebenfalls von Jugendlichen Autoreifen angezündet und Parolen gegen die Isolationshaft und für die Freiheit Abdullah Öcalan gerufen.

In Agri haben sechs Leute im DEHAP Büro einen dreitägigen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen begonnen.

In Siirt haben 100 Frauen der ‚Siirt - APO Volksinitiative' auf der Strasse Feuer entzündet und Parolen für Abdullah Öcalan gerufen.

Die Familien der Gefangen sind für Öcalan in Bewegung

Die Familien der Gefangenen und die Friedensmütter haben versucht, ein Gesprächstermin mit CHP und AKP über die Situation der Gefangenen und über die Situation von Abdullah Öcalan zu bekommen. Die AKP hat ein Treffen verweigert.

Die Familien der Gefangenen konnten mit einem Vertreter von CHP, Cevdet Selvi, sprechen. Er sagte, dass er die Probleme der Gefangenen im Parlament ansprechen würde.

TAYAD: Stoppt die Isolationshaft

TAYAD hat in einer Erklärung gefordert, die Isolationshaft gegen den Vorsitzenden von KADEK, Abdullah Öcalan, zu beenden. Die Begründung des Justizministers Cemil Cicek, dass der Besuch wegen des schlechten Wetters nicht stattfinden konnte, ist schwarzer Humor.

In dieser Welt gibt es keinen anderen der so gefangen gehalten wird, allein auf einer Insel, aller seiner Rechte beraubt. Die Türkei will den europäischen Standard einführen- aber dies ist kein europäischer Standard.

Die Situation auf Imrali verstösst gegen die Menschenrechte, das Rechtswesen und ist nicht legitim. Die Situation von Abdullah Öcalan zeigt das heuchlerische der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Frage. Die Isolation muss sofort beendet, die spezielle Situation von Öcalan muss sofort beendet werden. Abdullah Öcalan solle in ein anderes Gefängnis verlegt werden und dort mit den Gefangenen seiner Wahl zusammen sein können.

Gewalt an Isolationsgegner

In Amed wurde am 18 Januar eine Kundgebung gegen die Isolation und gegen Krieg von der Polizei und Zivilpolizei angegriffen. Es wurden viele verletzt.

In Siirt kam es nach Aktionen auf der Strasse am Abend zu Hausdurchsuchungen.

Die Kurdin Halile Kacar berichtete, dass Nachts die Polizei kam und die Tür eingetreten hat. Die Polizei hat mit Ihren Funkgeräten auf die Köpfe der Kinder und auf sie eingeschlagen und sie beschimpft: Ihr seid Kurden und deshalb Terroristen, wenn es nicht zu Gesetzesänderungen gekommen wäre, hätten wir euch auf der Stelle umgebracht.

ÖP, 20/21.1., ISKU)



Friedenszug von Ankara nach Adana, Incirlik und Mersin

Diesen Zug nicht versäumen

Der IHD hat für den 23. Januar einen Friedenszug von Ankara nach Adana, Incirlik und Mersin organisiert. In Incirlik wird der Zug am 24. Januar um 8 Uhr ankommen. Dort wird eine Kundgebung gegen den Krieg vor dem grössten amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in der Region stattfinden. Mit Bussen geht es dann weiter nach Mersin um dort eine Anti-Kriegsdemonstration durchzuführen.

Yusuf Alatas vom IHD rief alle Zivilorganisationen, Parteien und Gewerkschaften auf, diese Aktion zu unterstützen.

In Istanbul- Taksim gibt es täglich einen Informationsstand von EMEP gegen den Krieg. Sie sammeln dort Unterschriften gegen den Krieg. Am Sonntag wurden sie von einer Künstler Initiative unterstützt, die eine Erklärung gegen den Krieg hielten.

In vielen weiteren Städten wurden Antikriegsaktionen durchgeführt *(ÖP, 20.1., ISKU)*

büro für Menschenrechte und für die vom Krieg Betroffenen zu eröffnen.

In Kriegszeiten leben die Menschen in einem Ausnahmezustand in der die Menschenrechte beeinträchtigt werden, die Zivilbevölkerung ist verstärkt Gewalt ausgesetzt. Deshalb wird Amnesty International, wenn der Krieg beginnt, verstärkt über die Menschenrechtsverstösse informieren. *(ÖP, 21.1., ISKU)*

Ankara folgt europäischer Rechtsprechung

Die mit internationalen Preisen ausgezeichnete und seit acht Jahren in der Türkei inhaftierte Kurden-Politikerin Leyla Zana soll ein neues Gerichtsverfahren erhalten. Der Justizausschuss des Parlaments in Ankara machte jetzt den Weg für ein Paket mit Gesetzen zur Anpassung an die Europäische Union frei. Darin ist auch die von der EU geforderte Anerkennung der Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs enthalten. Die entsprechenden Fälle sollen in der Türkei binnen eines Jahres neu verhandelt werden. Voraussetzung ist, dass auch das Plenum des Parlaments das Änderungspaket annimmt.

(SZ, 22.1., ISKU)

Berlin: grünen-Büro besetzt

Neun Mitglieder einer deutsch-kurdischen Fraueninitiative haben gestern Nachmittag die Bundesparteizentrale der Grünen besetzt. Nach einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Reinhold Bütikofer erklärte eine Sprecherin der Gruppe: "Wir wollen auf die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan aufmerksam machen." Zudem fürchten die Frauen die Folgen eines Irakkriegs: "Die Türkei will so die kurdischen Gruppen im Nordirak liquidieren", so die Sprecherin. Die Grünen sagten den Frauen ein weiteres Gespräch mit Claudia Roth und der Parteivorsitzenden Angelika Beer zu. Der Termin ist noch offen

(taz, 23.1., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
SZ	Süddeutsche Zeitung
DIHA	Dicle Nachrichten-agentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 e-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **PGA Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 90
31. Januar 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei mobilisiert 60.000 Dorfschützer für den Irak-Krieg

Grenzdörfer im Schatten des Krieges

Die Bewohner der Dörfer im Gebiet zwischen Incirlik und Habur, von denen ohnehin aufgrund der Wirtschaftskrise und der geschlossenen Grenze Tausende arbeitslos sind, sind jetzt auch noch von einem bevorstehenden Krieg bedroht. Gemeinsame Sorge der Menschen aus Cizre und Silopi ist der mögliche Einsatz von Chemiewaffen.

Cizre und Silopi sind einer der wichtigsten Punkte in einer Irak-Intervention. Weil das Gebiet um Hakkari sehr bergig ist und die Wege aufgrund des streckenweise fünf Meter hohen Schnees nicht passierbar sind, ist der Grenzübertritt nur über den Grenzpunkt Habur in Silopi möglich. Zu Fuß besteht auch die Möglichkeit, über die Dörfer Gölyazi, Ortasu, Yemisli und Tasdelen, die zwischen Silopi und Uludere liegen, von der Türkei in den Irak (Südkurdistan) zu gehen. Das Industriegebiet von Silopi ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt und mit Stacheldraht und hohen Mauern umgeben worden. Transporter entladen militärisches Material im Inneren des Sperrgebietes. In beiden Städten werden Warenlager, Fabriken und große geschlossene Plätze für die Militäroperation vorbereitet.
Auch die Situation der Dorfschützer, die einhergehend mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes auf die Tagesordnung kam, gewinnt jetzt mit dem Irak-Krieg Eindeutigkeit. Nach Information des HADEP-Kreisvorsitzenden von Silopi, Eyüp Tanis, bekommen die Dorfschützer wieder mehr Aufträge. In der Region stehen ca. 60 000 Dorfschützer im Dienst des türkischen Staates, die meisten davon in Sirnak. Diese sammeln sich jetzt in militärischen Einheiten und haben damit begonnen, im Grenzgebiet Wache zu schieben.
Desweiteren ist die Nutzung von Dorfschützern als Führer in einer möglichen US-Operation im Gespräch. Aus diesem Grund sind die Dorfschützer zwischen Silopi und Uludere einberufen worden.

Grenzdörfer sollen entvölkert werden
Gegenüber der Nachrichtenagentur MHA verwies der HADEP-Kreisvorsitzende Tanis weiterhin darauf, dass der Staat für den Fall eines Krieges keinerlei Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung geschaffen habe. Die allgemeine Stimmung unter der Bevölkerung in Silopi und Cizre ist ohnehin seit vielen Jahren von einem permanenten Kriegszustand geprägt. Dieses Mal werden sie ihre Wohnorte nicht wie damals im Golfkrieg verlassen, sagen die Menschen. Sowohl in Silopi als auch in Cizre leiden die Menschen unter der hohen Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise. Vom bevorstehenden Irak-Krieg werden die Dörfer an der Grenze nach Südkurdistan zu den am stärksten betroffenen Orten gehören. Das Dorf Kapili (Kukit) mit seinen 28 Häusern und 260 Bewohnern ist außerdem von Räumung bedroht. Wie die Dorfbewohner mitteilen, soll ihr Dorf gegen ihren Willen entvölkert werden.

GÖC-DER: Staat trifft keine Maßnahmen
Wie der Zweigstellenvorsitzende von GÖC-DER in der Region, Serdar Talay mitteilt, habe seine Institution bei jeder Gelegenheit zur Sprache gebracht, gegen den Krieg zu sein. Wenn die Türkei als Kriegspartei in den Irak-Krieg einsteige, begebe sie sich damit in größtes Risiko. Weiterhin kritisierte Talay, dass die Türkei keinerlei Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe.
GÖC-DER selbst verfüge als zivilgesellschaftliche Organisation nicht über die Kraft, die Folgen eines möglichen Krieges aufzufangen. Es sei der Staat, der alle seine Organe in Bewegung setzen und Vorsichtsmaßnahmen treffen müsse. "Wir haben uns mit anderen Zivilgesellschaftsorganisationen in einem Bündnis für Demokratie und Frieden zusammengeschlossen und werden verschiedene Veranstaltungen organisieren, um eine Öffentlichkeit gegen den Krieg herzustellen. Wenn der Krieg ausbricht und die Türkei sich daran beteiligt, wird die ganze Region zum Kriegsschauplatz. Die Türkei begibt sich damit in die Gefahr, aus dem Irak heraus angegriffen zu werden."
(ÖP, 27.1., ISKU)

Volksvertreidigungskräfte greifen erfolgreich Jandarma-Station an

"Auf jeden Angriff folgt Vergeltung"

Die Volksverteidigungskräfte haben am 27. Januar 2003 ein Jandarma-Bataillon im Stadtzentrum von Idil angegriffen. Dabei kam es zu sieben toten und fünf verletzten Soldaten.
Gegenüber MHA gab das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) eine Erklärung ab, in der mitgeteilt wird, dass es sich bei dem Angriff um eine Warnung und einen Vergeltungsschlag handelt. Weiterhin wird angekündigt, dass zukünftig auf jeden Angriff auf die Bevölkerung oder die Guerillakräfte eine Vergeltung folgen wird. Die HPG fordern, die Angriffe auf Guerilla und Bevölkerung einzustellen, damit die Phase der letzten vier Jahre, die ohne bewaffnete Auseinandersetzungen verlaufen sind, fortgesetzt werden kann.
Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Gegen unseren Vorsitzenden Apo werden Isolationsmaßnahmen angewendet, gegen unser Volk und unsere Volksverteidigungskräfte laufen Repression und Angriffe. In Amed hat gegen unsere Guerillakräfte ein Angriff von 1500 Soldaten mit hochentwickelter technischer Unterstützung stattgefunden. Dabei wurden in Lice auf dem Berg Seri 12 Guerillakräfte getötet. Im Gegenzug wurde am 27. Januar 2003 ein Vergeltungsschlag gegen das Jandarma-Bataillion im Stadtzentrum von Idil durchgeführt. Die Guerilla-Einheit drang in das Gebäude ein, schaltete die Kräfte im Inneren aus und steckte die Panzer- und anderen Fahrzeuge auf dem Hof mit Molotow-Cocktails in Brand. Nach Feststellung unserer Kräfte wurden dabei sieben Militärs getötet, darunter ein Offizier. Fünf weitere wurden verletzt. Die Guerillaeinheit konnte sich unverletzt zurückziehen. Bei der Aktion handelt es sich weder um eine neue Haltung noch um den Beginn einer neuen Zeitphase, sondern um eine Warnung und eine Vergeltung. Im Gegenzug zu dem Angriff auf unsere Guerillakräfte, die im Rahmen der Selbstverteidigungslinie in Verteidigungsposition stationiert waren, gilt in internationalem Rahmen der Selbstverteidigung das Recht auf Vergeltung. Dieses Recht wurde im Gegenzug auf den Angriff in Amed in Gebrauch genommen. Zukünftig wird auf jeden Angriff und jeden Mord, die sich gegen unser Volk oder unsere Guerillakräfte richten, eine Vergeltung folgen." *(MHA, 29.1., ISKU)*

Meldungen

Wieder kein Besuch bei Öcalan
Seit zwei Monaten hat kein Besuch beim KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan stattfinden können. Heute musste das Boot, auf dem die Anwälte sowie die Schwestern Öcalans zur Insel Imrali übersetzen wollten, auf halbem Weg umkehren. Nach offiziellen Angaben habe der hohe Wellengang die Überfahrt verhindert. *(DIHA, 29.1., ISKU)*

Bevölkerung bewirft Polizeistation mit Steinen
Sonntagabend fanden in Siirt, Van, Hakkari, Elazig, Istanbul und Canakkale Protestaktionen gegen die Isolationsmaßnahmen statt, denen der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan ausgesetzt ist. In Siirt marschierten 500 Menschen auf eine Polizeistation zu und bewarfen das Gebäude mit Steinen. Es entstand geringer Sachschaden. In den anderen Städten fanden Demonstrationen statt, auf denen Parolen gerufen, Feuer angezündet und Straßenbarrikaden errichtet wurden.*(ÖP, 27.1., ISKU)*

Frieden gefordert
Am Sonntag haben in der Türkei und in Kurdistan landesweit Antikriegsdemonstrationen stattgefunden. In Izmir folgten 20.000 Menschen dem Aufruf eines Antikriegsbündnisses, in dem 38 politische Parteien, demokratische Massenorganisationen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen vertreten sind. Vorrangige Parolen bei der Aktion waren "Nieder mit dem US-Imperialismus", "Schluss mit der Isolation Öcalans" und "Das irakische Volk ist nicht allein".
In Istanbul protestierten 10.000 Menschen. Weitere Friedens-Demonstrationen fanden in Mus, Batman, Bingöl, Erzincan, Adiyaman, Dersim, Hakkari und Kars statt. *(ÖP, 27.1., ISKU)*

Türkei rechnet bei Irak-Krieg mit einer Million Flüchtlingen
Die Türkei rechnet im Falle eines Krieges gegen Irak mit bis zu einer Million Flüchtlingen aus dem Nachbarland. Diese Zahl sei bei einem Treffen türkischer Außenamtsvertreter mit einer US-Delegation genannt worden, berichteten türkische Medien am Mittwoch. Die Planungen zum Umgang mit den Flüchtlingen sind demnach so gut wie abgeschlossen. Unter anderem sollen im türkischen Südosten und im Norden Iraks insgesamt 18 Auffanglager errichtet werden.
(yahoo, 29.1., ISKU)

Silopi hat seine ‚Verschwundenen' nicht vergessen

Seit dem Verschwinden des HADEP-Kreisvorsitzenden von Silopi, Serdar Tanis, sowie des Vorstandsmitgliedes, Ebubekir Deniz, nach ihrer Festnahme sind zwei Jahre vergangen. Immer noch gibt es keine Spur von ihnen. Vor Gericht ist der Fall inzwischen zu einem Justizskandal geworden. Obwohl inzwischen die Geheimhaltung der Akten aufgehoben worden ist, neigt das Gericht nicht dazu, die Kopien den Anwälten zukommen zu lassen. Die Familien der Vermissten haben dagegen immer noch Hoffnung. Sie richten sich mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit: "Serdar und Ebubekir stehen für alle Verschwundenen. Vergesst sie nicht."

Am 8. Januar 2001 wurde die HADEP-Kreisorganisation in Silopi eröffnet. Der Preis dafür war hoch: zwei Wochen später ‚verschwanden' die beiden Vorstandsmitglieder, nachdem sie auf Vorladung bei der Jandarma-Kommandantur erschienen waren, wo sie das letzte Mal gesehen wurden. Serdar Tanis' Vater, Suaip Tanis, erzählt, dass die Familie sich an alle mögliche Stellen wegen ihres vermissten Sohnes gewandt haben: "Aber wir haben von nirgends woher eine wirkliche Antwort bekommen". Dabei seien die Täter bekannt. "Als erster hat Levent Ersöz, Kommandant der Provinz, uns drei Mal bedroht. Hauptmann Süleyman Can war es, der Serdar zur Station vorgeladen hatte, wo er das letzte Mal gesehen wurde. Warum mussten diese Menschen verschwinden? Wenn sie etwas Illegales gegen den Staat getan hätten, hätten sie ihre Strafe dafür bekommen. Aber das Verschwindenlassen ist gegen jede menschliche Logik."

Nach dem Verschwinden von Tanis und Deniz habe die Öffentlichkeit eine Zeitlang Interesse gezeigt, so Vater Tanis. "Aber dann hörten auch die Prosteste auf. Die HADEP hatte angekündigt, jeden Monat am 25. Protestaktionen durchzuführen, aber das hat auch aufgehört. Serdar und Ebubekir repräsentieren jetzt alle Verschwundenen. Deshalb muss die Öffentlichkeit den Fall immer wieder thematisieren. Wir werden nicht aufgeben, bis diese Menschen gefunden worden sind." Der Verantwortliche für das Verschwinden seines Sohnes, Levent Ersöz, sei inzwischen in Bursa im Dienst, so erzählt Tanis weiter. "Seitdem der in Bursa ist, werden Familie und Anwälten von Abdullah Öcalan die Besuche verweigert. Das steht mit Ersöz in Verbindung. Das Unrecht, das hier stattgefunden hat, wird dort fortgeführt." *(DIHA, 24.1., ISKU)*

USA auf Stimmungstest im Südosten

Diplomaten der US-Botschaften in Ankara und Adana haben sich mit Abgeordneten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien aus dem Südosten der Türkei in Verbindung gesetzt, um die Stimmung in bezug auf eine mögliche Irak-Intervention abzuklopfen. Wie bekannt wurde, hat William J. Puttle von der politischen Abteilung der US-Botschaft in Ankara Abgeordnete aus dem Südosten besucht, um Informationen zum bevorstehenden Irak-Krieg einzuholen. Bei den Gesprächen seien Fragen gestellt worden wie "Wie betrachten die Abgeordneten der Region den Krieg? Inwiefern wird die Wirtschaft in der Region von einem möglichen Irak-Krieg beeinflusst werden? Was für eine Entscheidung wird das Parlament treffen, wenn der Irak-Krieg dort thematisiert wird? Was wird die Haltung der Abgeordneten aus der Region sein?". Weiterhin habe Puttle sich bemüht zu erfahren, wie die Reaktion der Bevölkerung sein wird, wenn in Silopi und Umgebung Soldaten stationiert werden. Außerdem interessierte die US-Diplomaten die Meinung der Abgeordneten zu den Zeitungsmeldungen, es hätten Gespräche zwischen KADEK und den USA stattgefunden.

Bei den Besuchen Puttles sei auch eine Hilfeleistung der USA von 15 Milliarden Dollar im Fall eines Irak-Krieges zugesichert worden. In den Medien in der Türkei war bisher immer von vier Milliarden Dollar die Rede.

Die Besuche der US-Diplomaten zum Thema Irak-Krieg sind in Diyarbakir, Batman, Van, Mardin und anderen Städten bei zivilgesellschaftlichen Organisationen, Berufskammern und politischen Parteien fortgesetzt worden.

(DIHA, 29.1., ISKU)

Protestfahrt von Kriegsgegnern beendet. Repressionen nehmen zu

Friedenszug gegen US-Airbase

Mit einem Friedenszug, der am 23. Januar in Ankara startete, haben türkische Menschenrechtler gegen den drohenden Irak-Krieg protestiert. Die Zugfahrt führte an der größten US-Basis in der Türkei, dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik, vorbei. Von Incirlik aus wurde bereits im letzten Golfkrieg ein Großteil der Angriffe auf den Irak geflogen. Auch die US-amerikanischen und britischen Flugzeuge, die fast wöchentlich Ziele in den sogenannten Flugverbotszonen des Irak bombardieren, starten in der Regel in Incirlik.

Den Abschluß der Friedensfahrt bildete am Samstag eine Großkundgebung in der Stadt Mersin. An der von der Arbeiterplattform Mersin organisierten Kundgebung beteiligten sich nach Meldungen der kurdischen Tageszeitung Özgür Politika rund 15000 Menschen, darunter auch viele Mitglieder der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes KESK aus anderen Städten. Die Demonstranten riefen Parolen gegen eine Stationierung von US-Truppen in der Türkei und forderten die Schließung der Luftwaffenstützpunkte. Die türkische Regierung hatte den USA vor kurzem die Inspektion und mögliche Nutzung einer Reihe von Flughäfen vor allem in den kurdischen Landesteilen zugesagt.

Nach Informationen des Menschenrechtsvereins IHD ist es im Zusammenhang mit Protesten gegen den drohenden Irak-Krieg und gegen die seit acht Wochen andauernde verschärfte Isolation des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, allein in der letzten Woche landesweit bei Hausdurchsuchungen und Demonstrationen zu weit über 500 Festnahmen und Dutzenden von Verhaftungen gekommen. 150 Mitglieder des Jugendverbandes der prokurdischen HADEP-Partei waren bei Polizeirazzien in Parteibüros festgenommen und 25 verhaftet worden, weil sie Flugblätter mit der Überschrift »Den Krieg zu stoppen liegt in unserer Hand« bei sich trugen.

Unterdessen sind rund 5000 in türkischen Gefängnissen inhaftierte Aktivisten der PKK-Nachfolgepartei KADEK in den Hungerstreik getreten, um zu erzwingen, daß Öcalan wieder Kontakt zu seinen Rechtsanwälten und Familienangehörigen aufnehmen darf. *(jW, 28.1., ISKU)*

VERANSTALTUNG

Die Türkei, Nordkurdistan und Abdullah Öcalan in Zeiten der Kriegsvorbereitung

mit:
Hatice Korkut, Rechtsanwältin Abdullah Öcalans aus dem Asrin Hukuk Bürosu-in Istanbul
und
Emrullah Cin, HADEP-Mitglied und Bürgermeister der Stadt Viransehir aus der Region Urfa

Am 3. Februar um 19.00 Uhr
Volkshaus
Neuer Kamp 31
20357 Hamburg, U-Bahn Feldstr.

Türkei befürwortet Stationierung von "Patriot"-Raketen

Die türkische Regierung hat sich für eine Stationierung von "Patriot"-Abwehrraketen im Süden des Landes ausgesprochen. Das derzeit in der NATO diskutierte Paket von "Schutzmaßnahmen" im Falle eines Kriegs gegen Irak werde von der Türkei wohlwollend unterstützt, sagte ein Sprecher des Außenministeriums am Mittwoch in Ankara. Die darin empfohlenen "vorläufigen Verteidigungsmaßnahmen" seien ein "wichtiger Teil" des Pakets. *(yahoo, 29.1., ISKU)*

Anklageerhebung gegen Vorstand der DEHAP

Die auf Antrag des Generalstaatsanwalts am Kassationsgericht Kanadoglu eingeleitete Untersuchung wegen Urkundenfälschung im Zusammenhang mit dem Zulassungsantrag zu den Parlamentswahlen im vergangenen November hat zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens geführt. Angeklagt sind der Vorsitzende Mehmet Abbasoglu und 26 Vorstandsmitglieder. Die Anklage fordert jeweils 12-jährige Haftstrafen weil die Angeklagten vorgetäuscht hätten, der Aufbau der Parteiorganisation sei in mehr als der Hälfte der türkischen Provinzen abgeschlossen, was Zulassungsvoraussetzung für die Wahlen war. *(Aksam, 24.1., ISKU)*

Ernährungsausgaben einer vierköpfigen Familie bei 400 Millionen TL

Dem regelmäßigen Bericht des Gewerkschaftsbundes für den öffentlichen Dienst KESK zufolge liegen die reinen Ernährungsausgaben einer vierköpfigen Familie im Januar bei 398 Millionen TL und sind gegenüber dem Vormonat um 2,8 % gestiegen. Die Armutsgrenze liegt dieser Untersuchung zufolge bei 1,21 Milliarden TL. *(Yeni Safak, 25.1., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 91
7. Februar 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erneut kein Treffen mit Abdullah Öcalan

Die Türkei spielt mit dem Feuer

Auch am gestrigen Mittwoch erhielten die Anwälte und Angehörigen Abdullah Öcalans nach nunmehr 2,5 Monaten keine Möglichkeit, Abdullah Öcalan zu treffen. Jetzt bleibt noch eine Woche, dann ist die Frist abgelaufen, die der KADEK der Türkei gesetzt hat, um etwas Positives in der kurdischen Frage in Bewegung zu bringen; sei es Verhandlungen oder eine Änderung der Isolationsbedingungen A. Öcalans. Im Fall eines erneuten Beginns des Krieges aufgrund der Haltung der türkischen Seite oder direkter Angriffe hat KADEK angekündigt, Kriegsgebiet werde nicht nur Kurdistan sondern auch die Metropolen der Türkei sein.

Eine zehnköpfige IHD-Delegation, darunter der Vorsitzende Hüsnü Öndül sowie seine Stellvertreterinnen Eren Keskin und Reyhan Yalcindag war in den frühen Morgenstunden nach Gemlik gefahren, um den Grund für das erneute Besuchsverbot zu untersuchen. [Anm.: von Gemlik aus legt das Besucherboot nach Imrali ab] Die Delegation traf vor der Jandarmastation in Gemlik mit den Anwälten und Geschwistern Öcalans zusammen. Der Zugang zur Station wurde den Menschenrechtlern jedoch mit der Begründung verwehrt, die Jandarma sei nicht zuständig und die Delegation solle sich an die Staatsanwaltschaft in Bursa wenden. Daraufhin kündigte Hüsnü Öndül an, die Staatsanwaltschaft in Bursa aufzusuchen: "Wir werden mit dem Staatsanwalt sprechen, unsere Fragen und unsere Forderungen stellen. Unsere Beobachtungen werden wir in einem Bericht zusammenfassen, den zuständigen Stellen übermitteln und der Öffentlichkeit bekannt geben. Mit der Begründung widriger Wetterbedingungen wird das Gesetz behindert. Es ist die Aufgabe des Staates, für das Leben [von Gefangenen] zu garantieren und das Recht auf Kommunikation zwischen Verteidigung und Mandant zu gewährleisten. Aus diesem Grund müssen die Anwälte mit einem Transportmittel der Küstenwache zur Insel gebracht werden, wie dies auch schon zur Zeit des Prozesses der Fall war, oder eine andere Alternative muss bereit gestellt werden. Das ist es, was ein Rechtsstaat erfordert."

Pressekonferenz des IHD

In einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des IHD erklärte Ümit Efe als Mitglied der IHD-Gefängniskommission, die Isolation, der Herr Öcalan im Gefängnis Imrali ausgesetzt sei, werde weltweit nur auf sehr wenige Gefangene angewendet. "Als Menschenrechtler fordern wir von den zuständigen Stellen eine Antwort. Was ist mit ihm, warum finden keine Besuche statt, in welchem gesundheitlichen Zustand befindet er sich? Diese Fragen müssen dringend beantwortet werden."

Harte Kritik an AKP

Im Anschluss an Efe erklärte Izzettin Yücedag im Namen der Gefangenenangehörigen: "Der Krieg steht mit all seiner Hässlichkeit vor der Tür der Völker des Mittleren Ostens. In dieser kritischen Phase gibt es in der Türkei besorgniserregende Entwicklungen. Für kein Problem des Landes, insbesondere für die kurdische Frage, wird eine tiefgreifende und bleibende Lösung gefunden. Der Weg für eine Lösung der kurdische Frage steht offen, es wird auf einer Friedenspolitik beharrt. Für das erneute Drängen der Machthabenden zu Krieg und Gewalt kann es keine gerechtfertigte Begründung geben. In diesem Zusammenhang haben unsere Kinder am 23. Dezember einen unbefristeten Hungerstreik im Wechsel mit der Forderung nach Aufhebung der Isolation des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan begonnen. Seit zwei Wochen weigern sie sich, Besuche von Familie und Anwälten zu empfangen. Der Gesundheitszustand unserer Kinder steht in enger Verbindung mit dem Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan. Als Angehörige von Gefangenen haben auch wir einen Hungerstreik begonnen. Wir werden außerhalb der Gefängnisse unseren Kampf fortsetzen. Wir müssen die Parallelität zwischen dem Krieg und der Isolationspolitik sehen und der Parole "Nein zum Krieg" ein "Nein zur Isolation" zufügen."

Verlegung Öcalans abgelehnt

Mehrere Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des Europarates aus verschiedenen Ländern haben in mehreren Stellungnahmen die Praxis des Strafvollzugs gegen A. Öcalans zur Sprache gebracht. Auch Öcalan habe wie jeder Gefangene Rechte, die eingehalten werden müssten; das müsse die Regierung veranlassen und durchsetzen. Auch sei die Tatsache von politischen Gefangenen in den Gefängnissen ein unwürdiger Zustand. Der türkische Justizminister Cilek lehnte in einem Gespräch mit dem Fernsehsender NTV eine Verlegung A. Öcalans in ein F - Typ Gefängnis ab; das sei vor allem aus Gründen der Sicherheit des Lebens Öcalans kein Thema.

(YÖG/DIHA, 31.1./5-6.2., ISKU)

Meldungen

Idil: zahlreiche Verhaftungen und Folter nach Vergeltungsangriff der HPG

Nach dem Angriff der Volksverteidigungskräfte HPG auf eine Kaserne in Idil, bei dem 7 Soldaten ums Leben kamen und weitere verletzt wurden, wurden in Idil und umliegenden Ortschaften nach bisherigen Berichten 33 Personen festgenommen. Eine Komission des Menschenrechtsvereins Diyarbakir und des Vereins fortschrittlicher Juristen aus Diyarbakir, die mit den Inhaftierten sprechen konnte, berichtete von Folterungen und Misshandlungen einiger Inhaftierter. Die Aktionen der Sicherheitskräfte in Idil und Umgebung gehen derzeit weiter. *(YÖG, 31.1., ISKU)*

Monatliche Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates

Auf seiner monatlichen Versammlung letzten Woche hatte der MGK das Thema "Irak" auf der Tagesordnung. Wie nicht anders zu erwarten, wurde die formale Entscheidung, sich am Krieg zu beteiligen, der Regierung überlassen; das Militär schafft aber die Tatsachen schon vorher mit seinem Aufmarsch an der Grenze. Jeglicher Urlaub an den bevorstehenden Feiertagen wurde gestrichen.

(YÖG, 31.1., ISKU)

CHP gegen neue Verhandlungen politischer Prozesse

Die CHP hat sich wegen angeblicher Ungleichbehandlung gegen die mögliche erneute Verhandlung politischer Prozesse ausgesprochen, die im Rahmen der Rechtsangleichung an europäischen Rechtsstandard vom Türkischen Parlament als Gesetz beschlossen wurde. Die bereits abgeschlossenen Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte könnten dadurch erneut verhandelt werden; eingereichte, aber nicht abgeschlossene, Verfahren könnten nicht erneut verhandelt werden. Das sei eine Ungleichbehandlung, die die CHP ablehne. Falls Staatspräsident Sezer dem Gesetz zustimme, werde die CHP wegen Verstoss gegen die Verfassung das Verfassungsgericht anrufen. *(YÖG, 31.1., ISKU)*

Rückenstärkung für Denktas

Auf einer Grosskundgebung am heutigen Sonntag in Istanbul wollen die Befürworter Rückenstärkung für R. Denktas in Nordzypern geben. Nach dem sich ein Grossteil der dortigen Bevölkerung für ein Zusammengehen mit dem griechischen Süden der

Interview mit Abdullah Öcalans Rechtsanwältin Hatice Korkut

Politische Einflußnahme unerwünscht?

Die Rechtsanwältin Hatice Korkut ist seit 1999 im Verteidigerteam von Abdullah Öcalan, Vorsitzender de KADEK.

F: Abdullah Öcalan ist seit 1999 auf der türkischen Insel Imrali inhaftiert. Wann haben Sie Ihren Mandanten zuletzt besucht?
Am 6. November 2002. Danach gab es nur noch einen Besuch am 27. November, an dem ich nicht teilnehmen konnte. Eigentlich dürfen wir Anwälte jeden Mittwoch eine Stunde unseren Mandanten besuchen. Außerdem kann er auch von Familienangehörigen besucht werden. Aber seit dem 27. November sind weder uns Anwälten noch den Angehörigen Besuche gestattet worden.

F: Wie wird diese Besuchssperre von den Behörden begründet?
Eine nachvollziehbare Begründung gibt es nicht. Wir Besucher dürfen nur mit einem Boot des Justizministeriums zur Gefängnisinsel Imrali fahren. Ein anderes Verkehrsmittel dürfen wir nicht benutzen, weder ein öffentliches noch ein privates. Wenn sie unseren Besuch verhindern wollen, sagen sie, das Boot sei kaputt oder es gebe starken Wind, so daß man nicht rausfahren könne. Wir haben verschiedene Male Initiativen ergriffen, um andere Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, aber immer erfolglos. Das Personal kann täglich hin- und herfahren. Warum also nicht wir?
Jedesmal, wenn sich etwas Wichtiges in der Türkei ereignet, dürfen wir Herrn Öcalan nicht besuchen. Man kennt seinen großen Einfluß in der Bevölkerung, und deshalb verhindert man sein politisches Eingreifen, indem er isoliert wird. Mit dem bevorstehenden Irak-Krieg geht es dieses Mal um ganz wichtige Entwicklungen in der Region.

F: Wie groß ist Öcalans Einfluß?
Öcalan konnte 1999 und in den folgenden Jahren mit seinen Verlautbarungen aus dem Gefängnis neben den Kurden auch Türken beeinflussen. Es ist trotz aller Provokationen nicht zu einem türkisch-kurdischen Krieg gekommen. Das ist sein Verdienst. In solchen Krisensituationen wollen alle wissen, was Herr Öcalan sagt, und das ist der eigentliche Grund für seine Abschottung von der Öffentlichkeit.

F: Bekommen Sie überhaupt Informationen über Ihren Mandanten?
Ja, über die Behörden. Sie sagen, die Ärzte würden ihn besuchen und es ginge ihm gut. Auch das ist zynisch: Wenn die Ärzte ihn besuchen können, warum wir oder die Angehörigen nicht? Es handelt sich also nicht um ein Problem mit dem Verkehrsmittel, sondern um eine bewußte Isolierung unseres Mandanten. *(jW, 1.2., ISKU)*

Friedensdeklaration aus Diyarbakir

Das Demokratiebündnis Diyarbakir hat der Öffentlichkeit eine "Friedensdeklaration gegen den Krieg" vorgestellt, die von 227 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 21 Provinzen unterzeichnet worden ist. Darin wird die sofortige Aufhebung der Isolation des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gefordert. Andernfalls werde der soziale Frieden gefährdet, so die Deklaration. Außerdem wird die Forderung aufgestellt, dem in der Region anschwellenden Ruf nach Frieden Gehör zu verleihen.
Auf einer Pressekonferenz im städtischen Theatersaal in Diyarbakir erklärte Ali Öncü als Sprecher des Demokratiebündnisses: "Das Besuchsverbot für die Anwälte und Familie des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan bedroht den gesellschaftlichen Frieden. Dieses Vorgehen muss unverzüglich beendet werden. Die Regierung müsste auf die Stimme der Gesellschaft hören, aber sie macht Politik gegen die Gesellschaft. Eine von derartig breiten Bevölkerungsschichten unterzeichnete Deklaration würde in Europa Furore machen. Aber die Regierung der Türkei fährt damit fort, die Forderung nach Frieden zu ignorieren."
Im Anschluss an Öncü sprach Selahattin Demirtas als IHD-Vorsitzender von Diyarbakir. Er verwies auf die weltweiten Auswirkungen eines Angriffs auf den Irak und erklärte weiterhin: "Wir deklarieren hiermit, dass wir in unserer Region, in unserem Land und auf der ganzen Welt Frieden wollen. Den geplanten Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak bewerten wir als ungerecht und nicht legitim. Die Türkei darf an diesem Krieg nicht teilnehmen, sie muss dem in der Region anschwellenden Ruf nach Frieden Gehör schenken. Wir sind die Betroffenen und Zeugen der Zerstörung und des Schmerzes, die zuvor in unserer Region herrschten. Und wir haben dieses 15 Jahre währende Trauma noch nicht überwunden." *(ÖP, 5.2., ISKU)*

Öffnung der türkischen Stützpunkte für US-Truppen angekündigt

«Seite an Seite» mit Washington

Für den geplanten Krieg gegen den Irak wird die Türkei ihre Militärstützpunkte den amerikanischen Truppen zur Verfügung stellen. So hat die Regierung nach einer stürmischen Sitzung entschieden. Das Parlament will am Donnerstag seine Zustimmung erteilen.

Der türkische Regierungschef Abdullah Gül hat am Mittwoch in einer dramatisch anmutenden Rede die Unterstützung der Türkei für die USA in der Irak-Krise angekündigt: «Von jetzt an werden wir Seite an Seite mit den USA stehen.» Die Türkei habe getan, was sie für eine friedliche Lösung des Konflikts habe tun können, erklärte Gül nach einer offenbar stürmisch verlaufenen Sitzung des Kabinetts. Am Mittwoch nun sei sie in einen Prozess eingetreten, aus dem es «kein Zurück mehr» gebe, sagte Gül weiter. Wie der Regierungschef ausführte, wird das Parlament am Donnerstag über den Ausbau von Luftstützpunkten und Häfen der Türkei abstimmen, welche die amerikanische Regierung für einen Militärschlag gegen den Irak modernisieren und nutzen wolle. Angefragt, ob er im Parlament starken Widerstand gegen den Antrag seiner Regierung erwarte, winkte Gül entschlossen ab. Dies sei die Position seiner Partei, sagte er, «ab jetzt gibt es für uns nichts anderes mehr zu tun».

Güls knapp formulierte Sätze zeugten vom Druck, unter dem seine Regierung knapp zwei Monate nach ihrer Amtsübernahme aussen- wie innenpolitisch steht. Washington hat auf eine rasche Entscheidung Ankaras nicht nur über die Nutzung der Stützpunkte, sondern auch über die Stationierung amerikanischer Truppen in der Türkei gedrängt. Gül wollte bezüglich der letzteren Forderung allerdings auch am Mittwoch keine verbindliche Antwort geben. Das Parlament soll über diese Frage erst am 18. Februar abstimmen, nach dem muslimischen Opferfest. Die Stationierung amerikanischer Truppen in der Türkei ist für seine Regierung wohl die schwierigste Herausforderung, haben sich doch dagegen nicht nur die Abgeordneten der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung ausgesprochen, sondern auch die einzige Oppositionspartei im Parlament. Gül forderte in seiner Rede Massnahmen der Nato zum Schutz seines Landes. Patriot-Raketen müssten bald in der Türkei eintreffen, sagte er. Zudem wünschte er, dass die USA genauso unmissverständlich wie nun seine Regierung bereit sein werden, tatsächlich für die im Kriegsfall erwarteten wirtschaftlichen Einbussen der Türkei aufzukommen. *(NZZ, 6.2., ISKU)*

Insel für eine Aufnahme in die EU ausspricht und Denktas zum Rücktritt auffordert, wollen vor allem dem Militär nahestehende Kreise der Türkei nicht einfach die Segel streichen und fordern ein hartes Verhandeln und die Durchsetzung des türkischen Standpunktes bei den bevorstehenden Treffen bis Ende Februar. Bis Ende des Monats soll die Zustimmung zu einem Plan des UN-Generalsekretärs erfolgen, um anschliessend gemeinsam in die EU aufgenommen zu werden. *(YÖG, 31.1., ISKU)*

Prozeß von General Kivrikoglu abgewiesen
Der von General Kivrikoglu gegen die Organisation "Reporter ohne Grenzen" in Paris eingeleitete Prozeß wegen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte ist abgewiesen worden. Die Anwälte des früheren Oberkommandierenden der Türkischen Armee kündigten an, Berufung einzulegen. Kivrikoglu hatte geklagt, weil bei einer Ausstellung über Einschränkung der Pressefreiheit in verschiedenen Ländern in einer Pariser Metrostation sein Bild ebenfalls verwendet worden war. *(Yeni Safak, 30.1, ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

Termine

DEMONSTRATION
Freiheit für Abdullah Öcalan
Zentrale Jugenddemonstration in Strasbourg am 15. Februar
Beginn: 10.00 Uhr - Strasbourg-Hauptbahnhof

DEMONSTRATION
Stoppt den Krieg gegen den Irak!
Bundesweiten Friedens- & Antikriegsdemonstration am 15.2. in Berlin
Der Block der Internationalen Solidarität trifft sich um 11.30 Uhr am Alexanderplatz (Weltzeituhr)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 92
14. Februar 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei zeigt keine positive Reaktion - Aufruf zu verstärkten Serhildans

KADEK beschließt Verteidigungskrieg

Wie der Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans erklärt hat, wird ab sofort neben der demokratischen Serhildan-Bewegung ein Selbstverteidigungskrieg geführt werden. In einer schriftlichen Erklärung weist der KADEK-Präsidialrat darauf hin, dass seit elf Wochen kein Kontakt mehr zum KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan besteht. Das bis zum 15. Februar geltende Ultimatum an die Türkei ist damit faktisch abgelaufen und der einseitige Friedensprozess an seinem Ende angelangt. In diesem Rahmen ruft der KADEK das Volk Kurdistans zum Serhildan und die Jugend zur Guerilla auf.
Zuvor hatte der KADEK der Türkei ein Ultimatum bis zum 15. Februar 2003 gestellt, um die Isolation Öcalans aufzuheben, praktische Schritte zur Lösung der kurdischen Frage einzuleiten, die Repression zu beenden, eine für politische Arbeit notwendige Atmosphäre zu schaffen, eine politische Generalamnestie zu erlassen und somit dem Friedensprozess ein positives Signal zu senden.

In der Erklärung des Präsidialrates wird weiterhin darauf verwiesen, dass die Türkei die Friedensbemühungen außer acht gelassen und die Entwicklungen in der Region als Gelegenheit betrachtet habe, dem kurdischen Volk einen auf Vernichtung ausgerichteten Krieg zu erklären. Demgegenüber werde die kurdische Seite nicht schweigen.

Der seit vier Jahren geführte Friedensprozess sei ins Stocken geraten und somit ein Krieg unausweichlich geworden, so der KADEK-Präsidialrat. Jetzt stehe für das kurdische Volk ein Selbstverteidigungskrieg auf der Tagesordnung. Der KADEK verwies darauf, dass die Türkei keine Anstalten gezeigt habe, die kurdische Frage zu lösen. "Stattdessen hat der türkische Staat seine Isolationsmaßnahmen fortgesetzt und auf einer Nichtlösung beharrt. In Nordkurdistan ist die Besetzung verstärkt worden, in Südkurdistan wird eine Besetzung vorbereitet.
Um gegen den geplanten Vernichtungskrieg vorzugehen, ist ein Verteidigungskrieg aktuell geworden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Friedensinitiative, die von unserem Vorsitzenden eingeleitet und von der Befreiungsbewegung und dem kurdischen Volk vollständig angenommen worden ist, mit der Gefahr konfrontiert, erfolglos zu verlaufen. Die von der Türkei angewandten Isolationsmaßnahmen und die Betrachtung der bevorstehenden Irak-Intervention als einer günstigen Gelegenheit für einen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung führen zu einer kompletten Aufhebung des Friedensprozesses. Es ist nicht mehr möglich, weiterhin einseitig einen Friedensprozess zu führen. Das kurdische Volk muss auf den Vernichtungskrieg der Türkei mit einem Verteidigungskrieg reagieren. Der Verteidigungskrieg entspricht nicht der Wahl des KADEK und des kurdischen Volkes, sondern wird uns aufgedrängt, obwohl die kurdische Seite den Frieden bevorzugt."

"Der demokratische Serhildan als die Hauptkampfform in der demokratischen Befreiung wird weiter geführt werden. Der KADEK bleibt der auf seinem Gründungskongress festgelegten strategischen Herangehensweise verbunden. Der demokratische Serhildan als konkreter Ausdruck des politischen Kampfes wird weiter entwickelt und gestärkt werden. Die Führung eines Verteidigungskrieges ändert nichts an dieser Tatsache und wird gekoppelt an den demokratischen Serhildan laufen. Der auf die Tagesordnung gesetzte Verteidigungskrieg wird unter Verfolgung der Entwicklungen zu passender Zeit praktiziert werden. Falls die Türkei ihre Haltung positiv ändert, werden wir unsere Entscheidung erneut überdenken."

In einem Aufruf an das kurdische Volk verwies der KADEK auf die Sensibilität der momentanen Phase und forderte von allen gesellschaftlichen Gruppen, ihrer Verantwortung nachzukommen und die nach dem 15. Februar aktuell werdenden Aufgaben zu erfüllen. "Die Republik Türkei hat auf unsere einseitigen Friedensbemühungen keine positive Antwort gegeben. Sie besteht auf der Vernichtung des Friedensprozesses und unserer Befreiungsbewegung. Niemals hat sie von ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik abgelassen. Zu jedem Zeitpunkt hat sie die praktische Ausführung dieser Politik angepasst an die jeweiligen Umstände auf der Tagesordnung gehalten. Während sich die Irak-Intervention nähert, besteht sie auf einem neuen Krieg."

Aufruf des KADEK

- "Wenn die Türkei auf Krieg beharrt, ist ein Verteidigungskrieg für Demokratie und Freiheit unumgänglich. Um nicht als Sklaven zu leben, müssen wir bereit sein für den Krieg als einen Weg, die Freiheit zu erreichen. Wir müssen die Aufgaben erfüllen, die demokratischer Serhildan und Verteidigungskrieg erfordern. Wie es bis zum heutigen Tage der Fall war, müssen wir die notwendige Opferbereitschaft aufbringen. Wir müssen die Möglichkeiten, die mit der Irak-Intervention entstehen, nutzen. Ein noch unfreieres Leben können wir unmöglich akzeptieren.
- Aus dem vierten Jahrestag des 15. Februar müssen wir den Anfangspunkt eines verstärkten Kampfes machen. Die Antwort auf die Gefangenschaft unseres Vorsitzenden APO muss eine Offensive im demokratischen Serhildan sein. Jugend, Frauen und alle Teile der Gesellschaft müssen unter vollem Einsatz an den demokratischen Aktionen teilnehmen.
- Bringen wir am 15. Februar alles zum Stillstand. An diesem schwarzen Tag sollte unser Volk hungerstreiken, Schulen und Universitäten müssen boykottiert werden, Händler sollten ihre Rolläden schließen, die Werktätigen ihre Arbeit niederlegen. Jeder sollte am 15. Februar zwischen 21 und 21.30 Uhr das Licht löschen, den Tag über schwarz tragen und insbesondere Jugendliche und Frauen Demonstrationen und Kundgebungen durchführen. Am 15. Februar muss die Verbundenheit zum Vorsitzenden Apo mit Aktionen bewiesen werden. Die Aktionen vom 15. Februar müssen fortgesetzt und mit den Newroz-Feierlichkeiten gekrönt werden. Der zu Newroz erreichte Gipfel muss am 4. April und am 1. Mai in den Sieg des demokratischen Serhildan umgewandelt werden.
- Wir rufen unser Volk in allen vier Teilen Kurdistans, in den Metropolen und im Ausland zur Beteiligung an den demokratischen Serhildan auf, unsere Jugend zum Eintritt in die Guerilla und alle Teile der Gesellschaft zur materiellen und ideellen Unterstützung des Verteidigungskrieges.
- Wir rufen die demokratischen Kräfte der Türkei und der Länder, die über Kurdistan herrschen, dazu auf, ihre passive Haltung abzulegen und mit uns gemeinsam zu kämpfen.
- Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, gegen die aggressive Haltung der Türkei Stellung zu beziehen, ihre Anstrengungen auf die Belebung des ins Stokken geratenen Friedensprozesses zu richten und unser Volk in seinem legitimen Befreiungskampf zu unterstützen."

(MHA, 12.2., ISKU)

Meldungen

Proteste im ganzen Land
Nachdem bekannt wurde, dass den Anwälten und Angehörigen von Abdullah Öcalan zum elften Mal in Folge, wegen angeblicher schlechter Wetterverhältnisse der Besuch verweigert wurde. fanden im ganzen Land Protestaktionen statt.
In **Adana**, haben Jugendliche mit den Namen "Apo`s Falken" für 20 Minuten den Verkehr einer Hauptstraße zum erliegen gebracht. Sie riefen Parolen wie z.B."Es lebe der Vorsitzende Apo" und "Türkei irre dich nicht- unsere Geduld ist am Ende".
In **Istanbul** haben Jugendliche den Verkehr auf dem Atatürk Boulevard blockiert. Später wurden Molotowcocktails auf die Stadtverwaltung und die Gesundheitsbehörde geworfen. Es folgte eine kurze Demonstration, bei der noch ein Kleinbus durch einen Molotowcocktail in Flammen aufging. Nach 5 Minuten wurde die Aktion beendet.
Weiter Aktionen mit Molotowcocktails fanden in Istanbul in den Vierteln **Sirinevler** und **Üsküdar** statt.
Später fing die Polizei in mehreren Vierteln von Istanbul mit einer Operation an. Viele wurden auf Verdacht festgenommen.
In **Sirnak** wurden ca. 200 Frauen, die in schwarzer Kleidung aus Protest gegen die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan einen Sitzstreik vor der Parteizentrale der AK Partei machen wollten, von der Polizei angegriffen. Zwei Frauen wurden verletzt und vier Frauen festgenommen.
In **Cizre** wurden 100 Frauen bei der gleichen Aktion ebenfalls von der Polizei angegriffen. Fünf Frauen wurden verletzt und mehrere festgenommen, die nach dem Verhör wieder freikamen.
In **Siirt** haben 1500 Menschen den Abgeordneten der AK-Partei, der aus Anlass des Opferfestes nach Siirt gekommen ist, mit Protesten empfangen. Sie riefen z.B. "Nein zur Isolation". "Gebt der Partei, die die Isolation befürwortet, keine Stimme". Später griff die Polizei ein, fuhr mit Panzerwagen auf und schoss in die Luft. Es wurden 35 Menschen festgenommen.
In **Mardin** wurden die Menschen die aus Protest über die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan zur AK-Parteizentrale wollten von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben.
In **Mardin Kiziltepe** hatten sich hunderte Menschen versammelt um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Sie wurden von der Polizei umzingelt, die dabei

Interview mit Pinar Selek zur Fahrt des Frauenbündnisses nach Silopi

Aus dem Funken ist ein Feuer entstanden

Warum haben Sie sich als Antikriegs-Frauenbündnis zur Fahrt nach Silopi entschlossen?
Insbesondere sind wir als Frauenbündnis sehr besorgt über die Kriegsvorbereitungen, die weltweit und in der Türkei getroffen werden. Auch die Oppositionsformen, die dagegen entstanden sind, kritisieren wir. Die Opposition protestiert und übersieht dabei den Militarismus im eigenen Land. Unserer Meinung nach muss noch vor den USA die Haltung der Türkei kritisiert werden, die in letzter Zeit zunehmend auf eine Anspannung der ohnehin gespannten Atmosphäre, auf Isolation und Vernichtung setzt. Die Opposition hätte Stellung beziehen müssen gegen den Krieg, der in der Türkei herrscht und erneut in bewaffnete Auseinandersetzungen eskalieren wird. Außerdem denken wir, dass die Entwicklungen auf Zypern und im Irak miteinander in Verbindung stehen. Insofern geht es nicht nur um einen Protest gegen den Imperialismus, sondern auch gegen den Militarismus. Unsere Aktion haben wir dementsprechend ausgerichtet.

Wie ist die Aktionsform zustande gekommen?
Aus unseren Diskussionen ist als Ergebnis hervorgegangen, dass wir uns zwar an den allgemeinen Antikriegsaktionen beteiligen, aber unsere Haltung als Frauen dabei nicht offen legen. Deshalb haben wir uns entschieden, eine andere und wirkungsvolle Aktion zu machen. Aufgrund der Überlegung, dass eine wirkungsvolle Aktion in Istanbul oder einer anderen Metropole nicht möglich sein wird, haben wir beschlossen, nach Silopi zu fahren. Und was wir zu sagen hatten, haben wir in Silopi gesagt. Zunächst haben wir uns mit Frauen aus mehreren Städten der Türkei in Diyarbakir getroffen und sind von dort aus gemeinsam nach Silopi aufgebrochen. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass diese Aktion soviel Wirkung haben wird. Wir sind sozusagen als Repräsentantinnen nach Silopi gefahren, die für Tausende von Frauen stehen. Was wir zu sagen hatten, war: "Wir werden einen Krieg in der Türkei nicht zulassen". Unsere Botschaft richtete sich auch an die USA, aber vor allem an die Türkei.

Können Sie ein bisschen von der Fahrt nach Silopi erzählen?
Bereits in Nusaybin hat uns die Bevölkerung auf der Straße empfangen. Aus der Fahrt wurde ein Serhildan. Obwohl militärische Einheiten versuchten, uns zu behindern, war das Interesse der Bevölkerung sehr groß. Sie fingen an Parolen zu rufen: ‚Nein zur Isolation, Nein zur Vernichtung' und mit ihrer Aktion haben sie unsere übertroffen. Wir haben einen Funken entzündet, die Bevölkerung hat daraus ein Feuer gemacht. Als die Menschen hörten, dass wir kommen, sind sie massenweise auf die Straße gegangen. Wir kamen kaum noch vorwärts. Die Vermummten [=Sondereinheiten] versuchten zwar, die Menschenmenge aufzulösen, aber es gelang ihnen nicht. Die Begeisterung der Bevölkerung ließ sich nicht dämpfen. Bis zur Grenze sind sie mit uns gekommen. Wir sind nach Silopi gefahren, aber die Menschen von Silopi haben der Aktion ihre eigenen Farbe verliehen. Alle Medienvertreter sagten uns, dass hier das erste Mal eine Aktion stattfindet. In Silopi ist es für die Bevölkerung sehr schwer, alleine Aktionen zu machen, sie haben einen hohen Preis bezahlt. Silopi wartet darauf, dass die Türkei ihre Stimme erhebt. Was für uns so aufregend war, war zum einen die Tatsache, dass unsere Gruppe nur aus Frauen bestand und zum anderen das große Interesse, dass uns entgegen gebracht wurde. Wir schwenkten unsere weißen Kopftücher und die Bevölkerung begleitete uns bis zum Schluss, trotz der möglichen Folgen, die sie damit in Kauf genommen haben. Wir haben gesagt, wir lassen nicht zu, dass Krieg ausbricht. Durch die Haltung der Bevölkerung ist daraus ein Satz wie aus einem Mund geworden. Die Menschen von Silopi und Siirt sagen, dass sie ohnehin seit Jahren für Frieden sind. Die Bevölkerung hat einen sehr hohen Preis gezahlt. Eigentlich notwendig wäre es, die hier herrschende Atmosphäre mit der Türkei zusammen zu bringen. Die Fahrt hat uns sehr berührt, wir waren die ganze Zeit in Aktion.

Sind sie auf Repression oder Behinderungen gestoßen?
Wir nicht, aber auf die Bevölkerung wurde starker Druck ausgeübt, damit sie nicht zu uns stoßen. Weil die Medien so stark vertreten waren, haben sie uns nicht aufgehalten, aber versucht, die Bevölkerung daran zu hindern, sich uns anzuschließen. Auf dem Weg sahen wir Soldaten, die in Busse stiegen, um neu in den Militärdienst zu treten. Sie haben uns zugewinkt. Manche sind heimlich zu uns gekommen und haben gesagt: "Wir hoffen, Ihr könnt diesen Krieg aufhalten, wir wollen nicht in den Krieg ziehen". *(DIHA, 11.2., ISKU)*

Proteste gegen Krieg und Isolationshaft

Am Taksim in Istanbul hat am vergangenen Sonntag eine große HADEP-Gruppe lautstark gegen Krieg und Isolationshaft protestiert. Die Protestierenden trugen ein Transparent mit der Aufschrift "Nein zum Krieg, Schluss mit der Isolation". Als sich die Gruppe von der Istiklal Caddesi in Richtung Taksim in Bewegung setzte, wurde sie von der Polizei eingekesselt. Die Polizei bereitete sich auf einen Angriff vor, woraufhin sich die HADEPlerInnen hinsetzten. Von außerhalb des Kessels wurden sie von einer großen Anzahl von Menschen mit Parolen unterstützt, die sich an der Aktion beteiligen wollten, von der Polizei jedoch aufgehalten worden waren. Während es bereits die ersten tätlichen Auseinandersetzungen gab, erhielt die eingekesselte Gruppe die polizeiliche Genehmigung, ihre Kundgebung abzuhalten. In einem Redebeitrag wurde betont, dass es Abdullah Öcalan gewesen sei, der nach einem Vierteljahrhundert bewaffneter Auseinandersetzungen einseitig für Frieden gesorgt habe. "Die bestehende Isolation ist dazu geeignet, einen neuen inneren Krieg in der Türkei zu entfachen. Wir rufen die Öffentlichkeit und alle betroffenen Seiten zur Aufmerksamkeit auf, damit die Isolation beendet wird. Bis die Isolation aufgehoben wird, werden wir auf demokratische Weise weiterhin unsere Meinung dazu zum Ausdruck bringen".
Nach dem Redebeitrag begann die Gruppe, sich aufzulösen. Als die Polizei jedoch versuchte, die Gruppe zu teilen, begannen die AktivistInnen erneut, Parolen wie "Nein zur Isolation, Freiheit für Öcalan" zu rufen. Sie liefen verfolgt von der Polizei zum Tarlibasi Bulvari, wo sie die Straße eine Zeitlang für den Verkehr sperrten. Als die Polizei Tränengas einsetzte, löste sich die menschliche Barrikade auf. Bei einer anschließenden Verfolgung gab die Polizei Warnschüsse in die Luft ab. Es kam zu mehreren Festnahmen und Prügeleien.

Gegen Studierende der Universität Ankara sind nach einer Protestaktion gegen den bevorstehenden US-Angriff auf den Irak am 27. Dezember 2002 von der Hochschulleitung Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Bei den Betroffenen handelt es sich um Ulas Baraktaroglu, Cigdem Cetinkaya und einen weiteren Studierenen. Gleichzeitig wurde über das Gouverneursamt Anzeige gegen die Studierenden wegen des Rufens von Parolen erstattet.
So wie zuvor bereits die Universitätsleitung hat jetzt das Gouverneursamt von Ankara Briefe an die Eltern von Studierenden verschickt. Darin heißt es: "Es ist bedauerlich, dass unsere Jugend, die doch die Garantie unserer Zukunft darstellt, sich an Aktionen beteiligt, die von verborgen bleibenden Anführern illegaler terroristischer Organisationen organisiert werden." Von den Familien wird gefordert, Druck auf ihre Kinder auszuüben, damit diese sich nicht an "solchen Ereignissen" beteiligen.
Auch an der Universität Trakya sind gegen 61 Studierende Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Als Begründung gilt beispielsweise das Aufstellen eines Informationstisches sowie die Beteiligung an einem Protest gegen zuvor eingeleitete Ermittlungsverfahren. *(ÖP, 10.2., ISKU)*

in die Luft schoss. Es wurden drei Personen festgenommen.
In **Diyarbakir** gab es in acht Stadtteilen Protestkundgebungen.
In **Batman** haben sich nachdem die Nachricht kam, dass wieder kein Besuch bei Abdullah Öcalan stattgefunden hat, spontan Tausende Menschen auf die Strasse begeben und sind vor die Parteizentrale der AK-Partei gezogen.
Dort haben sie mit ca. 3000 Menschen ein Sitzstreik gemacht und Parolen gerufen: "Es lebe der Vorsitzende Apo" " Nein zur Isolation" und eine 2 km lange Demonstration durchgeführt. Vor dem Gebäude der DEHAP wurden sie mit Panzerwagen und Sondereinsatzkräften (Robocops) auseinandergetrieben.
In vielen weiteren Städten kam es zu Protestaktionen, die am Abend noch anhielten.
(DIHA, 12.2., ISKU)

IHD-Bericht für Januar
Die Zweigstellen des Menschenrechtsvereins (IHD) in Diyarbakir und Istanbul haben ihren Bericht für den Monat Januar vorgelegt. Demnach hat es in den kurdischen Provinzen allein im Januar mehr Festnahmen gegeben, als in den letzten sechs Monaten zusammen. Die Isolation des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan sorge für eine angespannte Atmosphäre, so heißt es in dem Bericht. Die Statistik des Istanbuler Berichts lautet folgendermaßen:
Festnahmen: 785 (167 Frauen, 582 Männer, 36 Kinder)
Folter, Misshandlung, Gewalt: 31
Verbrechen unbekannter Täter: 3
Verletzte durch Polizeischüsse: 1
Tote im Todesfasten: 1
Verhaftungen: 19
Begnadigte Gefangene: 16
Vorübergehend geschlossene Radio- und TV-Kanäle: 5, für insgesamt 180 Tage
Haftstrafen wegen Gedankenschuld: 2 Jahre, 8 Monate
Bombenanschläge: 3
Rechtsverletzungen im Arbeitsleben: 3 *(ÖP, 8.2., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur
MHA Mesopotamische Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 93
21. Februar 2003

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

In Deutschland stehen AWACS, "Patriot"-Raketen und ABC-Einheiten bereit

NATO rüstet Türkei auf

In Vorbereitung eines geplanten Kriegs gegen Irak wird die Türkei ab sofort von deutschem Boden aus aufgerüstet. »Jederzeit« können AWACS-Flugzeuge vom NATO-Stützpunkt Geilenkirchen »bei Bedarf und nach Anforderung« starten. Das erklärte Fregattenkapitän Rainer Kümpel am Mittwoch auf jW-Anfrage beim Bundesverteidigungsministerium. Über die beiden, neben AWACS weiteren »Säulen« der Türkei-Ausrüstung - »Patriot«-Raketen und »ABC-Einheiten« - werde aktuell zwischen SACEUR, dem NATO-Oberkommando Europa, und der Türkei beraten.
Eine »Abfrage« der NATO an Deutschland über die konkrete Beteiligung liege »im Moment« noch nicht vor, so Kümpel. Zunächst würden auf NATO-Ebene im ersten Schritt die militärischen Notwendigkeiten »sondiert«. Dann lege SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) fest, »wie die nationalen Hauptstädte zur Kasse gebeten« werden, also welche und wieviel Waffen und Personal konkret in die Türkei geschickt würden. Über den Einsatz von AWACS-»Aufklärern«, benutzbar auch als »fliegende Feuerleitstellen«, werde es zukünftig in Geilenkirchen ein wöchentliches »Tasking« geben. 30 Prozent der Besatzungen bestehen aus Deutschen, wobei Kümpel deren Risiko im Kriegsfall als »relativ gering« einschätzte, da die Flugzeuge nicht direkt in Kampfhandlungen einbezogen seien. »Auf dem Weg« befänden sich seines Wissens nach von den Niederlanden aus in die Türkei jene »Patriot«-Raketen, für die Deutschland in den vergangenen Wochen auf niederländische Anfrage hin 46 Flugkörper geliefert hat - seinerzeit, um die eigene Blockadeposition gegen die Türkei-Pläne der USA beibehalten zu können.
Drei Tage nach der Einigung im NATO-Rat handelt nun das Militär mit dem Auftrag, die Türkei zu »schützen« - nach einem Angriff auf Irak, in welcher Konstellation auch immer, ob mit UN-Sicherheitsbeschluß oder als »Koalition der Willigen« unter Führung der USA. Die USA begrüßten erwartungsgemäß freudig die NATO-Entscheidung vom Mittwoch. Ihr NATO-Botschafter Nicholas Burns erklärte, letztlich habe sich die »Solidarität« in der Allianz durchgesetzt. Die NATO stelle sich »ihrer Verantwortung, einem Verbündeten zur Seite zu stehen«. Das geschieht unter Führung von US-General Joseph W. Ralston, einem kampferprobten Vietnam- und Laos-Jetpiloten und seit 2000 SACEUR-Nachfolger von Wesley Clarke, der 1999 den Angriffskrieg auf Jugoslawien leitete.

Amerikaner renovieren Flugplätze in der Türkei
Rund 500 US-Soldaten sind am Sonntag auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Diyarbakir gelandet, um mit der Renovierung mehrerer Militäranlagen zu beginnen. Die USA wollen die Stützpunkte für einen möglichen Angriff auf Irak nutzen. In die Modernisierung der Anlagen will Washington mehrere Millionen Dollar investieren. Die Amerikaner brauchen die Militärbasen für eine nördliche Front gegen Irak. Sie haben den zögerlichen Türken 26 Milliarden Dollar an Hilfen in Aussicht gestellt. Der türkische Außenminister Yasar Yakis sagte vergangene Woche zu Reportern, die Parlamentarier würden der Stationierung möglicherweise zustimmen, sollte Washington vor dem 18. Februar sein Hilfspaket bestätigen.
(jW, 20.2., yahoo, 16.2., ISKU)

Öcalan fordert Kontakt zu seinen Anwälten

Die Anwälte Abdullah Öcalans sind am Montagabend mit einer Abordnung des Komittees für Folterprävention des Europarates (CPT) zusammengetroffen. Die CPT-Abordnung war zuvor mit einem Militärhubschrauber nach Imrali geflogen worden, um die Situation zu untersuchen und mit Öcalan zu sprechen. Wie die Anwältin Aysel Tugluk gegenüber MHA (Mesopotamische Nachrichtenagentur) mitteilte, habe die Abordnung keine Einzelheiten bekannt gegeben, da ihre Arbeit auf Geheimhaltung beruhe. "Wie die CPT-Abordnung erklärte, habe Herr Öcalan mehrere Forderungen aufgestellt, die dringlichste sei jedoch ein sofortiger Kontakt zu seinen Anwälten", so Aysel Tugluk. Die Abordnung habe vor allem Informationen über die Überfahrt zur Insel haben wollen, teilte Tugluk weiterhin mit. "Sie haben uns gefragt, was 'Imrali 9' für ein Transportmittel sei und ob wir zuvor das Boot 'Imrali 10' benutzt hätten. Wir haben ihnen gesagt, dass 'Imrali 9' aus technischer Hinsicht unzureichend, alt und unstabil ist und die Überfahrt mit diesem Boot sehr riskant. Bei Imrali 10 handelt es sich um ein besseres Transportmittel, das den Anforderungen entspricht." Der Abordnung sei außerdem mitgeteilt worden, dass auch bei geeigneter Wetterlage kein Besuch habe stattfinden können. "Wir haben ihnen unsere Beobachtungen und unsere Meinung darüber übermittelt, dass es sich bei dem Besuchsverbot um eine politische Haltung handelt."
Die CPT-Abordnung wird einen Bericht über die festgestellten Rechtsverletzungen erstellen und entsprechende Verbesserungsvorschläge machen. Dieser Bericht wird sowohl der türkischen Regierung als auch dem Europarat übermittelt. Die Türkei ist verpflichtet, diese Vorschläge zu beachten und Änderungen vorzunehmen. Im gegenteiligen Fall drohen ihr Maßnahmen, die von einer Verwarnung bis zum Ausschluss aus der Mitgliedschaft im Europarat reichen.

Zehntausende KurdInnen für Öcalan und gegen den Krieg auf der Strasse
Zehntausende Kurden und Kurdinnen demonstrierten am Samstag im französischen Strasbourg für die Freilassung Abdullah Öcalans und gegen den drohenden Irak-Krieg. Die meisten der bis zu 70.000 TeilnehmerInnen kamen aus Deutschland, Belgien und Frankreich.
In der Türkei fand die größte Demonstration gegen den drohenden Krieg sowie die Isolierung Öcalans in Istanbul statt. Die geschätzten Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 20.000 und 100.000. In den kurdischen Gebieten des Südostens war der Protest am Samstag von »toten Straßen« geprägt. Die Rolläden vieler Geschäfte blieben geschlossen. Menschen verließen während des Tages ihre Wohnungen nicht. Die meisten Aktionen fanden nach Einbruch der Dunkelheit statt.
Zahlreiche staatliche Übergriffe wurden registriert. In Istanbul sperrte die Polizei die Europa-Brücke, die den europäischen mit dem asiatischen Teil verbindet. Busse wurden ebenso wie Privatfahrzeuge an der Fahrt über den Bosporus gehindert, auf dessen asiatischer Seite die Kundgebung als – nicht genehmigungspflichtige – »Verlesung einer Presseerklärung« stattfand. Von den ungefähr 150 Festgenommenen, darunter auch bekannte Schauspieler, waren am Sonntag noch 70 in Haft. Festnahmen gab es zudem in Ankara, Adana, Batman, Hatay, Mersin und Agri. *(ÖP, 19.2., jW, 17.2. ISKU)*

Meldungen

US-Armee schafft Tatsachen
Ohne die amtliche bzw. formale Zustimmung des türkischen Parlaments abzuwarten, haben die USA am Mitwoch begonnen, in Iskenderun ein Schiff der amerikanischen Marine zu entladen, natürlich unter Bewachung und mit Einsatz amerikanischer Soldaten. *(YÖG, 20.2., ISKU)*

Journalisten strömen in die Region
Während die Kriegsvorbereitungen mit voller Geschwindigkeit laufen, haben Journalisten aus verschiedenen Ländern damit begonnen, sich in Silopi und Cizre niederzulassen.
In Silopi und Cizre sind inzwischen über 50 Journalisten aus den USA, Deutschland, der Schweiz, Spanien, England, Japan, Dänemark, Schweden und der Ukraine eingetroffen. In den kommenden Tagen werden weitere 37 Journalisten aus den USA, Frankreich, England, Russland, Deutschland, Österreich, Bulgarien, Italien, Israel und Kanada erwartet. In Silopi und Amed werden Medienzentren eingerichtet werden.
Ungeachtet der Verlautbarungen der Regierung, sie wolle keinen Krieg, dauern auch die Truppen- und Waffentransporte an die irakische Grenze an.
(ÖP, 16.1., ISKU)

Hungerstreik beendet
Der Hungerstreik der 5000 inhaftierten KADEK-Mitglieder ist beendet worden. Das Ziel, die Öffentlichkeit auf die Situation Abdullah Öcalans aufmerksam zu machen, sei erreicht worden, hieß es in einer Erklärung.
(YÖG, 20.2., ISKU)

Aktionen zum Jahrestag der Öcalan-Festnahme
In Istanbul, Adana und Mersin ist es zu einer Reihe von Aktionen mit der Forderung nach Freilassung des früheren Vorsitzenden der PKK Öcalan gekommen. Bei den Demonstrationen im Istanbuler Stadtteil Kadiköy wurde eine Menge Glas zerschlagen, ein Molotov-Coctail geworfen und 500 Personen von der Polizei festgenommen Auch in Adana und Mersin kam es zu Festnahmen. In Mersin wurde ein Stadtautobus in Brand gesetzt.
(CNN, 15.2., Aksam, 16.2. ISKU)

Hungerstreikaktion gegen Isolierung von Häftlingen
Von der regionalen Parteigliederung der DEHAP in Van wird eine Aktion von 22 Personen unterstützt, die mit einem Hun-

Folter weiter auf der Tagesordnung

Weil sie gegen die Isolation des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan protestiert haben, sind in Hakkari, Van, Mersin und Istanbul 29 Personen verhaftet worden, darunter 14 Kinder. In Batman wurde aus dem gleichen Grund eine vierzigjährige geistig behinderte Frau von der Polizei brutal zusammengeschlagen.

In Batman ist die geistig behinderte Selma Beyazoglu (40 Jahre) von Polizisten brutal zusammengeschlagen worden, weil sie sich angeblich an Protestaktionen zum vierten Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans durch einen internationalen Komplott beteiligt hat. In Kiziltepe wurden DEHAP-Mitglieder nach ihrer Festnahme brutal geschlagen.

Wie Selma Beyazoglu mitteilte, wurde sie nach einer Protestaktion im Stadtteil Pazaryeri in Batman von Polizisten mit Schlagstöcken brutal niedergeschlagen. Ihr ganzer Körper sei voller Schwellungen.

Neun Kinder, die nach der Antikriegsdemonstration am 15.2. in Istanbul-Kadiköy festgenommen worden waren, sind verhaftet und ins Frauen- und Kindergefängnis Bakirköy überstellt worden. Wie Zeki Celik als Vater von einem der Betroffenen mitteilt, seien die Kinder nach der Festnahme gefoltert worden: "Wir mussten erfahren, dass die Kinder gefoltert wurden. Bei meinem Sohn wurde sechs Mal eine Hirntomographie vorgenommen. Alle Kinder waren sehr müde und erschöpft. Dass sie gefoltert worden sind, wurde aus ihrem Zustand offensichtlich. Nachdem sie dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt worden sind, wurde Haftbefehl gegen sie ausgesprochen."

Auch die Anwältin Fatma Karakas bestätigt die erlittene Folter der Kinder. "Sie haben gesagt, dass sie auf der Polizeiwache gefoltert worden sind. Sie hatten Schlagspuren im Gesicht. Wahrscheinlich hatten sie auch am Körper Verletzungen."

Die DEHAP-Mitglieder, die in Mardin-Kiziltepe vor zwei Tagen bei der Abgabe einer Presseerklärung festgenommen worden sind, wurden in Polizeigewahrsam brutal geschlagen. Wie Rechtsanwalt Hüseyin Cangir mitteilte, der die nach wie vor in Gewahrsam befindlichen 53 Personen besuchen konnte, sei der DEHAP-Vorsitzende von Mardin, Abdükerim Adam, geschlagen worden. Es seien Schlagspuren an seinem Körper zu sehen und er leide unter Schmerzen. Im Arztbericht tauchen diese Beschwerden nicht auf. Auch der DEHAP-Vorsitzende von Kiziltepe, Ali Öner, sei mit einem Funkgerät auf den Kopf geschlagen worden und weise Schlagspuren auf.

Bei Wohnungsrazzien in Kiziltepe wurden drei weitere Jugendliche festgenommen.

Folter wegen Parolen im Schnee

Im Stadtteil Bicer in Hakkari haben Polizisten der Antiterror-Abteilung am 11. Februar Wohnungsrazzien durchgeführt, nachdem sie in der Umgebung in den Schnee gestapfte Parolen "Nein zur Isolation" und "Es lebe Apo" entdeckt haben. Mit der Begründung, sie hätten "Nein zur Isolation" in den Schnee geschrieben, wurden drei Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren festgenommen.

Wie S.A. (17 Jahre) mitteilt, seien sie am 12. Februar dem Staatsanwalt vorgeführt und freigelassen worden. Was sie jedoch zuvor erleben mussten, erzählt S.A. mit folgenden Worten: "Die Zivilpolizisten haben uns aus unseren Wohnungen geholt und zur Wache gebracht. Nachdem wir eine Weile dort festgehalten worden sind, wurden wir erneut zu der Stelle geführt, wo die Parolen standen. Dort nahmen sie unsere Fußabdrücke auf. Danach brachten sie uns zurück und warfen uns in einen Raum. Sie zogen an meinen Haaren und versetzten mir Elektroschocks. Sie schlugen mit Fäusten und traten mich. Ich konnte überhaupt nicht schlafen. (...) Am nächsten Tag brachten sie uns zum Doktor. Dann wurden wir dem Staatsanwalt vorgeführt. Der fragte mich, wie ich zur PKK stehe. Dann sagte er, dass unsere Schuhe zur Untersuchung nach Diyarbakir geschickt werden. Falls sich dabei herausstellt, dass wir die Parolen geschrieben haben, werden wir verhaftet, hat er gesagt. Dann wurden wir freigelassen."

Im Krankenhaus hätten sie sich überhaupt nicht um sie gekümmert, berichtet I.A. Für das ärztliche Attest seien sie nach Van gebracht worden. "Als sie uns zum Arzt ins Staatskrankenhaus brachten, blieben die Polizisten die ganzen Zeit dabei und unterhielten sich mit den Ärzten. Der Arzt fragte mich, ob ich irgendwas habe. Ich sagte, "Mein Inneres brennt und du guckst nur von außen". Dann zog er mich aus und schaute sich meinen Körper an. Für das Attest wurden wir nach Van überwiesen."

IHD eingeschaltet

Mit der Begründung, die festgenommenen Jugendlichen seien auf der Polizeiwache misshandelt worden, wurde ein Gesuch beim Menschenrechtsverein (IHD) gestellt. Wie der IHD-Sekretär in Hakkari, Ismail Akbulut, mitteilte, werde die Beschwerde der Kinder verfolgt und die entsprechende Prozedur eingeleitet. *(ÖP, 19.2., ISKU)*

Yesil ist wieder an der Arbeit

Mahmut Yilderim wurde wieder in Sirnak gesehen. Unter dem Code-Namen Yesil ist er aus der Zeit bekannt und berüchtigt, wo vermehrt Morde unbekannter Täter, Folterungen und Verhaftungen, Drogen und Schwarzgelder an der Tagesordnung waren. In Silopi finden konkrete Kriegsvorbereitungen gegen den Irak statt. Dort werden amerikanische Soldaten stationiert und Dorfschützer für die Operation vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurde Yesil in einem Jeep gesehen. Es wird vermutet, dass er mit der Vorbereitung der Dorfschützer für die Operation gegen den Irak in Verbindung steht.

Die Vergangenheit ist Schwarz

Yesil wurde auch unter den Namen Ahmet Demir bekannt, der nach Berichten bei vielen Operationen teilgenommen hat. An folgenden Operationen hat er teilgenommen: Am 27. Mai 1997 wurden fünf PKK-Mitglieder nach Ihrer Festnahme ermordet. Am 21.Februar 1993 wurden die Rechtsanwälte Metin Can und Dr. Hasan Kaya ermordet.

Am 6.April 1994 wurde der entführte Bayran Kanat ermordet.

Ausserdem wird er für die Ermordung des DEP-Abgeordneten von Batman, Mehmet Sincar, des Journalisten Halit Güngen sowie von Ahmet Cem Ersever - Major im Ruhestand - verantwortlich gemacht.

Dorfschützer und Verräter sind wieder auf der Bühne

Innerhalb der gemeinsamen Kriegsvorbereitungen der Türkei mit den USA sind tausende Soldaten im Nordirak und an der Grenze stationiert worden. Zusätzlich sind jetzt 1800 speziell ausgebildete Dorfschützer und 50 Verräter (Überläufer von der Guerilla) in die Region verlegt worden.

Vor ungefähr zwei Wochen wurden in Hakkari und Sirnak mit Dorfschützerkommandanten und Clanführern ein Treffen durchgeführt. Zu den Treffen sind alle Militär-Kommandanten der Region und der Gendameriestationen der Dörfer gekommen.

Das Gebiet um Metina, Zap und den Berg Kandil wollen sie unter Kontrolle halten; dabei sollen vor allen die Dorfschützer, die schon früher an Operationen hinter den tükischen Grenzen teilgenommen haben, eingesetzt werden.

Die Dorfschützer verdienen am Tag 70 Millionen Lira.Mit den 5000 Soldaten sollen sie an millitärisch strategische wichtigen Punkten stationiert werden.

Das Ziel ist KADEK

Eine große Zahl von Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und weiteren schwere Waffen ist in die Region gebracht worden, um eine Operation gegen den KADEK zu führen. Für den Angriff wurden auch 50 Überläufer, die sich in diesen Gebieten gut auskennen, ins Grenzgebiet gebracht.

(DIHA, 20.2., ISKU)

gerstreik gegen die Isolierung von Gefangenen protestiert. Nach einer Erklärung der DEHAP werde durch die Isolierung das Friedensklima sabotiert. *(Milliyet, 12.2., ISKU)*

Neues Arbeitsgesetz soll im März in Ministerrat kommen

Gegen den Plan und den Inhalt haben einige Einzelgewerkschaften der Dachverbände Türk Is und DISK Protest eingelegt. Das neue Gesetz soll im Rahmen der Sozialversicherungen, wo es sie gibt, gravierende Einschränkungen oder kompletten Abbau bringen. Auch der Einsatz sogenannter Schwarzarbeiter wird erleichtert werden. *(YÖG, 20.2., ISKU)*

Strafanträge gegen Eltern arbeitender Kinder

Gegen 533 Eltern, die ihre Kinder arbeiten ließen, wurden in Istanbul Gerichtsverfahren eingeleitet. 75 dieser Verfahren sind mit einer Bestrafung der Eltern abgeschlossen, 458 Verfahren dauern an. In zwei Fällen wurde den Eltern das Sorgerecht entzogen. Neben Strafverfahren sind in den letzten Jahren auch eine Reihe von sozialpädagogischen Maßnahmen eingeleitet worden. Nach Darstellung des Direktors der Sozialen Dienste der Provinz Istanbul Eroglu, hat sich die Zahl arbeitender Kinder in den letzten Jahren verringert.

(Aksam, 16.2., ISKU)

Aufruf zu Minenräumung

Im Grenzgebiet zum Irak und Syrien sind Gelände von der doppelten Größe Zyperns zur Zeit wegen verlegter Minen landwirtschaftlich unbrauchbar. Immer wieder kommt es zu Unfällen mit Todesfolge oder Verstümmelungen. Die Landwirtschaftskammer ruft die Regierung dazu auf, die Minen zu entfernen und die freiwerdenden Ländereien an bedürftige Bauernfamilien zu verteilen. *(Bianet, 10.2., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 e-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **PGA Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.nadir.org/isku**

Nr. 94
28. Februar 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Parteien gegen Einmarsch der türkischen Armee

Zwischen den Fronten

Gerät die kurdische Bevölkerung wieder einmal zwischen die Mahlsteine der Mächtigen? Wie viele Tote und Flüchtlinge kalkulieren die USA und die Türkei ein, wenn sie die kurdischen Gebiete nördlich und südlich der irakisch-türkischen Staatsgrenze zum Angriffsgebiet erklären? Wird es zu militärischen Kämpfen zwischen Kurden und den Invasionstruppen aus der Türkei bei einem Irak-Krieg kommen? Die Auseinandersetzung um den Status von Türkei und der kurdischen Seite im Kriegsfall spitzte sich aktuell weiter zu.
Am Dienstag forderte das Parlament der Autonomen Region Kurdistan die USA mit allen 105 Stimmen auf, zu verhindern, daß »türkische Truppen im Kriegsfall« in die kurdischen Gebiete des Nordirak einmarschieren. Am Mittwoch begann im Salaheddin, dem Hauptquartier von Kurdenführer Massoud Barzani, eine Konferenz irakischer Oppositioneller zur Beratung der Kriegsvorbereitungen und zu Planungen für einen Irak nach Saddam Hussein. Zu dieser Konferenz reiste ein 60köpfiges US-Spezialistenteam unter Führung des Diplomaten Zalmay Khalilzad, Kurden-Sonderbeauftragter von George W. Bush, in den Nordirak ein. Am Donnerstag - so verlautete aus Ankara - soll die Große Nationalversammlung der Türkei zusammenkommen, um die Verhandlungsergebnisse zwischen konservativ-islamischer Regierung und den USA abzusegnen. Es geht dabei um eine »Gegenleistung« der USA für den geplanten Truppenaufmarsch im kurdisch besiedelten Grenzgebiet der Türkei zum kurdisch besiedelten Nordirak in Gestalt eines bis zu 30 Milliarden US-Dollar schweren Finanzpakets. Inzwischen gilt ein wesentlich brisanterer politischer Zusageblock als Hauptstreitpunkt. Er umfaßt drei Komponenten: Den Einmarsch türkischer Truppen gemeinsam mit der US-Army in die autonome Region des kurdischen Südens inklusive der Frage nach dem Oberkommando; eine Entwaffnung der kurdischen Peschmerga nach dem Krieg; das Vorrücken der türkischen Streitkräfte in einer Größenordnung von 80.000 Soldaten bis zu den Ölquellen von Kirkuk und Mossul - 270 Kilometer weit in den Irak hinein. In den vergangenen Wochen benannte das türkische Militär als stiller Machthaber im Land eine Zustimmung des Parlaments zu den US-Plänen als Voraussetzung für die Kriegsbeteiligung. Das Parlament steht einerseits unter massivem Druck der Bevölkerung, die zu über 90 Prozent einen Krieg ablehnt. Andererseits dient das Parlament offensichtlich als wichtige Zwischenstation auf dem Weg zu potentiellen Kriegsgewinnen. Dabei wird seit Wochen auf Zeit gespielt, und so blieb unklar, ob das Parlament tatsächlich noch am Donnerstag zusammen treten wird, um über die Stationierung von 66.000 GIs, 255 US-Flugzeugen und 65 Hubschraubern für einen Zeitraum von sechs Monaten sowie eine türkische Truppenpräsenz in Nordirak zu beschließen. Am Mittwoch war



DEHAP Aktion gegen die Isolation und Krieg Foto: *DIHA, 27.2.*

Parlamentspräsident Bülent Arinc in Ankara an der Reihe, ins Gespräch zu bringen, dass er »keine Eile« habe. Er sei »noch dabei«, den entsprechenden Antrag der Regierung zu prüfen. Wenn er damit fertig sei, könne das Parlament darüber abstimmen. »Ich kann dem Parlament nicht irgend etwas vorlegen.« Die Abgeordneten der islamischen Regierungspartei AKP berieten unter der Leitung von Ministerpräsident Abdullah Gül und Parteichef Recep Tayyip Erdogan über den Regierungsantrag.
Derweil wuchs die Ablehnung eines Einmarsches in die Kurdenregion unter türkischer Beteiligung. Zahlreiche Politiker verurteilten in Erbil offen die Pläne. »Die Position, die die Türkei einnimmt, ist derzeit keine freundliche«, sagte der Abgeordnete Emad Ahmad von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). »Eine türkische Intervention im Nordirak wird zu Zusammenstößen führen«, erklärte ein Sprecher von Barzanis Demokratischer Partei Kurdistans (KDP). In der Sondersitzung des Parlaments wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung erklärt, das kurdische Parlament lehne »jede militärische Intervention der Türkei oder eines anderen Landes in Kurdistan« ab.
Unklar bleibt derzeit, ob und, wenn ja, mit welchen Mitteln der US-Sondergesandte von Bush Zugeständnisse der kurdischen Seite erlangen könnte. Historisch betrachtet dienten die Kurden in ihrem Bemühen um die Zusicherung von Rechten und Freiheiten immer nur als Spielball der Mächtigen. Schon der legendäre KDP-Gründer und Vater von Massoud Barzani, Mulla Mustafah Barzani, erklärte 1975: »Der größte Fehler meines Lebens war, den USA zu vertrauen.« Auch die traumatischen Fluchterlebnisse von 1991, als eine Million Kurden von den USA im Stich gelassen wurden, sitzen tief. Trotzdem billigten PUK und KDP Ende 2002 die US-Kriegspläne mit dem Argument, daß Saddam gestürzt werden müsse. Als Ziel gaben sie eine weitgehende, nicht genauer definierte Unabhängigkeit in einem föderalen Irak an, wobei sie ausdrücklich ihr Anrecht auf Kirkuk und Mossul betonten - Kirkuk soll die neue Hauptstadt nach Barzani-Vorstellungen werden.

Warnung an die Türkei

Auf einer Sitzung in der Stadt Selahaddin in Südkurdistan hat der Vorsitzende der KDP, M. Barzani, nochmals davor gewarnt, die türkischen Truppen seien bei einem Einmarsch in den kurdischen Gebieten der Gefahr von Angriffen ausgesetzt. Er warnte eindringlich, die USA sollten innere Auseinandersetzungen in der Region verhindern. Es gehe darum, mit allen Nachbarstaaten in Zukunft eine friedliches Verhältnis zu haben.

Antwort der Türkei

Die türkische Regierung hat kurdische Gruppen in Nordirak vor einer "Provokation" gewarnt. Ankara hoffe, dass die Kurden in der Region "keine provozierenden Stellungnahmen" abgäben, sagte ein Sprecher von Präsident Ahmet Necdet Sezer am Donnerstag. Die nordirakische Kurdenregion sei "direkt" mit der nationalen Sicherheit der Türkei verbunden. Die Gruppen in der Gegend seien gut beraten, die Türkei als einen "Partner für regionale Zusammenarbeit" statt als Feind anzusehen, sagte der Sprecher weiter.

Aufruf zur Einheit

In einem Aufruf an die Talabani-Partei (PUK) und an die Barzani-Partei KDP forderte das Präsidialratsmitglied des KADEK, Osman Öcalan, die kurdischen Parteien zur Einheit auf. Das Ziel des Krieges im Irak sei vor allem von türkischer Seite, aber nicht nur von dort, die Vernichtung kurdischer Organisationen und Friedhofsruhe. Auch im Iran und Syrien habe sich das staatliche Vorgehen in Zusammenarbeit mit der Türkei verschärft.

(jw,YÖG,Yahoo!, 23.-27.2, ISKU)

Meldungen

Wieder kein Besuch

Auch am 26 Februar erhielten die Anwälte und Familienmitglieder erneut keine Erlaubnis den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu besuchen. Die Fahrt mit dem ungeeigneten Schiff Imrali 9 wurde abgebrochen. *(YÖG, 26.2., ISKU)*

IHD: Die Änderungen bleiben nur auf dem Papier

Auf einer Pressekonferenz des Zentralen Vorstandes des Menschenrechtsvereins in Ankara äusserte sich der Vorsitzende H. Öndül zu den Gesetzesänderungen im Rahmen der Anpassung der Türkei an die europäischen Rechtsstandards. Trotz einiger positiver Schritte wie Begrenzung der Untersuchungshaft auf 4 Tage, Recht auf Sprachkurse in anderen Sprachen als Türkisch und Verwendung dieser Sprache im Radio, würden diese Rechte mit Ausführungsgesetzen eingeschränkt. Im Jahr 2002 habe es insgesamt 876 Folterfälle und Mißhandlungen gegeben, in den letzten 4 Jahren insgesamt 2926 sagte Öndül. *(YÖG, 22.2., ISKU)*

Bau von Strassen und Stützpunkten im Grenzgebiet

Während die Verhandlungen zwischen der Türkei und USA wegen der Stationierung andauert, hauptsächlich um die (Nicht) Selbständigkeit der Türkei in der Frage militärischer Operationen im Rahmen des Krieges, werden Baumassnahmen mit Hochdruck durchgeführt. Zwischen Uludere im Norden und Duhok im Süden wird an einer neuen Strasse gebaut, die mitten durch das Gebiet führt, das KADEK als "Medya - Verteidigungsgebiet" kontrolliert. Weiter hat die Türkei in der Nähe von Duhok einen militärischen Stützpunkt eingerichtet. *(YÖG, 23.2., ISKU)*

Neuer Ausnahmezustand droht

Vor 3 Monaten wurde auch in Diyarbakir der Ausnahmezustand nach über 20 Jahren formal aufgehoben. Während die Praxis sich seither kaum verändert hat, so ist doch im Rahmen der Kriegsvorbereitungen in den Gebieten die Sorge gewachsen, dass zum Kriegsbeginn auch formal wieder der Ausnahmezustand erklärt wird. *(YÖG, 24.2., ISKU)*

Frauenmarsch wurde verfilmt

Im Juli vergangenen Jahres marschierten Frauen aus verschiedenen türkischen Städten nach Konya. An der Aktion beteiligten sich 15.000 Frauen. Aus vielen

Internationale 8.-März-Demonstration

5000 Jahre Kriegstradition YA BASTA!

Den Internationalen Frauentag am 8. März werden wir dieses Jahr anders begehen, als in all den anderen Jahren zuvor. Denn 5000 Jahre Patriarchat haben uns hierzu Tausende von aktuellen Gründen geliefert: Die Globalisierung wird auf dem Rücken von uns Frauen durchgeführt, ohne dass unsere Wünsche oder Bedürfnisse beachtet werden. Eine neue Form der einseitigen Profitherrschaft soll allerorts durchgesetzt werden, die die Menschheit in neue Katastrophen und Kriege treibt. Während die Herrschenden uns zu Mittäterinnen machen wollen, sagen wir: Es reicht! Wir machen bei Eurer Kriegstreiberei nicht mit! Wir kündigen den patriarchalen Vertrag!

Wir lassen uns nicht täuschen und aufkaufen. Als Frauen sagen wir: Schluss mit dem Patriarchat und damit nie wieder Krieg! Egal ob feudalistisch wie im Mittleren Osten oder imperialistisch wie im Westen, wir lehnen jegliche Form patriarchaler Herrschaft ab. Deshalb kündigen wir den Vertrag mit diesem System, der uns in Abhängigkeit und Unmündigkeit halten soll! Denn jede von uns hat mit dem existenten Vertrag, seinen gesellschaftlichen Normen und Konsequenzen ihre Probleme: wir, das sind Frauen; unter uns vor allem Behinderte, Kinder, Lesben, Alte. Mit uns leidet darunter auch die Natur - Tiere, Bäume, Wasser, Luft. Deshalb wollen wir anstelle der herrschenden Normen, die durch einseitige Arbeits-, Staats- oder Heiratsverträge salonfähig gemacht wurden, einen neuen Gesellschaftsvertrag. Auf der Basis eines neuen Lebens, ohne Unterdrückung und Ungleichheit, schließen wir unseren neuen Gesellschaftsvertrag als erstes mit uns selbst ab.

Mit dem 8. März 2003 wollen wir neue Diskussionen für neue Lösungsansätze in Gang setzen. Wir laden alle Frauen dazu ein, sich mit uns an einem Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu beteiligen.

5000 Jahre Patriarchat sind genug!

Es lebe die internationale Frauensolidarität auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag!

Dortmund, 8.3.,
13 Uhr Westpark
15-18 Uhr Kundgebung auf dem Friedensplatz

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

ai verurteilt sexuelle Gewalt

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty beklagt Misshandlungen und sexuelle Übergriffe gegen Frauen in der Türkei

Nermi Öztürk (Name geändert) wollte eigentlich nur nach dem Weg fragen. Ihr Fehler war, dass sie dies auf einer Polizeistation in einem Istanbuler Vorort tat. Die Suche nach dem Weg endete als Horrortrip, mit einer Vergewaltigung auf der Wache. Ein Gericht sprach die zwei beschuldigten Polizisten am 23. Oktober 2002 frei. Sein Urteil begründete der Richter damit, dass die Frau Kondome in der Tasche hatte und damit ihre Bereitschaft gezeigt habe. Die Journalistin Yüksel Bulut wurde am 7. April vorigen Jahres in Gaziantep, im Südosten der Türkei, festgenommen. Polizisten verbanden ihr die Augen, zogen sie aus und schlugen sie. Noch nackt hörte sie, wie ein Fotoapparat klickte. Der Staatsanwalt nahm ihre Anzeige nicht an.

ai hat in einer sechsmonatigen Untersuchung in der Türkei dutzende Fälle schwerer Misshandlungen und sexueller Übergriffe gegen Frauen durch Sicherheitskräfte zusammengetragen. Die Psychologin Christina Curry, verantwortlich für den Report, betonte am Mittwoch in Istanbul, die vor vier Monaten gewählte neue türkische Regierung trage für die Übergriffe keine Verantwortung, aber sie müsse nun ihr Versprechen erfüllen, „Null Toleranz“ gegenüber Folter zu zeigen. Dazu gehöre die Bestrafung der Täter im Staatsdienst. Bisher enden Verfahren meist im Ungefähren: sie werden gleich eingestellt oder solange verschleppt, bis die Vorwürfe nach türkischem Recht verjährt sind.

In besonderer Gefahr, Opfer von Gewalt durch staatliche Kräfte zu werden, sind nach den Recherchen von Amnesty Frauen im Südosten des Landes. Anwältinnen in Diyarbakir erfuhren aus Gesprächen mit mehr als hundert weiblichen Häftlingen, dass fast alle Frauen in Polizeigewahrsam „Formen sexuellen Missbrauchs, entweder verbal oder physisch“ ausgesetzt waren. Sie berichteten von Elektroschocks an den Brüsten, Drohungen und „Jungfrauentests“ unter Zwang. Ob die Zahl der Folterfälle abgenommen habe, seit jüngst in allen Ostprovinzen der langjährige Ausnahmezustand aufgehoben wurde, sei schwer festzustellen, meinte Christina Curry.

Etwa ein Dutzend Frauen, die den Mut hatten, auf einer Konferenz in Istanbul im Jahr 2000 von Polizeigewalt zu berichten, standen in dieser Woche zum wiederholten Mal vor einem Richter. Sie sollen sich wegen „Beleidigung der Sicherheitskräfte“ verantworten. Auch in einem Krieg gegen den Irak sieht Amnesty eine besondere Gefahr für die Türkei. Sollte Ankara wegen des nahen Krieges im Südosten wieder den Ausnahmezustand ausrufen, wie bereits diskutiert wird, dann müsse die Regierung alles tun, um vor der Gewalt durch Sicherheitskräfte zu schützen. Alles andere, so sagt Curry, wäre „eine große Schande“. *(FR, 27.2., ISKU)*

Die Polizei in Hakkari oder: Der Kampf gegen die Schneemänner

Im tiefen Winter in Kurdistan, sorgten Ladenbesitzer in Hakkari für etwas Abwechslung in ihrer abwechselungsarmen Arbeitszeit: Sie bauten Schneemänner. Ganze vier sollen es gewesen sein. Aus aktuellem Anlass und weil ca. 80 - 90 % der Bevölkerung gegen den Krieg sind, wurde den Schneemännern noch Subversives umgehängt: Ein Plakat "Nein zum Krieg".

Die tapfere örtliche Polizei -vielleicht auch höhere Stellen- witterte Subversion und Aufruhr. Das konnte nicht hingenommen werden und so wurden einige Polizisten in Marsch gesetzt mit dem Auftrag, diese subversiven Elemente zu vernichten; so geschah es denn auch. Ob bei dem glorreichen Sieg der Polizisten eventuell auch schweres Kampfgerät eingesetzt werden musste, ist nicht bekannt.

Anschliessend begann die Polizei mit der Suche nach den Hintermännern der subversiven Aktionen. Möglicherweise erwartet die um Leben gekommenen Schneemänner eine posthume Anklage wegen Unterstützung einer illegalen Organisation; das kann leicht 15 Jahre Haft einbringen.

In Anbetracht des Arbeitstempos der türkischen Justizbürokratie ist nicht abzusehen. ob mit einem möglichen Prozess beim zuständigen Staatssicherheitsgericht noch vor der Schneeschmelze begonnen wird.

Vielleicht werden die Leichen der Schneemänner ja auch bis zum Prozess tiefgefroren gelagert. *(YÖG, 22.2., ISKU)*

verschiedenen Metropolen machten sich Frauen auf den Weg, hielten in Dörfern und Kleinstädten an, um Briefe mit den Sorgen und Forderungen von Frauen einzusammeln und daraus eine Deklaration zusammen zu stellen.

Der Film, wird, am 7. März in Istanbul uraufgeführt. Die Regie führten Hüseyin Karabey, Perihan Tas, Nihan Gider und Banu Öztürk. *(Bianet, 18.2., ISKU)*

HADEP- Kongress und Prozess

Auf dem 2. Ausserordentlichen Kongress der HADEP wurde A. T. Demir zum Vorsitzenden gewählt. Er erinnerte daran, dass am 26.2. das Verfassungs-Gericht wegen des HADEP-Prozesses tagen wird. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen die Unteilbarkeit des Staats und kann das Verbot der HADEP bedeuten. Die HADEP ist ständig Ziel staatlichen Vorgehens mit tausenden Festnahmen vor allem bei den Antikriegskundgebungen und Protestkundgebungen wegen der Isolationshaft A. Öcalans. *(YÖG, 24.2., ISKU)*

Türkisches Parlament vertagt Votum

Das türkische Parlament will erst übermorgen über die Stationierung von US-Truppen im eigenen Lande entscheiden. Das setzte die islamisch-konservative Regierungspartei AKP durch. Morgen wird sich zunächst der Nationale Sicherheitsrat der Frage annehmen. In dem Gremium stimmen sich Regierung und Militärführung ab. Das türkische Kabinett hatte am Montag die Stationierung von 62.000 US- Soldaten für einen Krieg im Irak gebilligt. *(Yahoo!, 27.2., ISKU)*

Keine Besuchserlaubnis bei Leyla Zana

Die Vorsitzende der Kommission für Frauenrecht im Europäischen Parlament, A. Karamanou, erhielt im Rahmen ihres Aufenthaltes in der Türkei keine Genehmigung für einen Gefängnisbesuch bei Leyla Zana. *(YÖG, 27.2., ISKU)*

Quellen:

YÖG Yeniden Özgür Gündem
jW junge Welt
FR Frankfurter Rundschau

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 95
7. März 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK-Erklärung zur Entscheidung des türkischen Parlaments

"Ein Erfolg des Volkes"

Wie Duran Kalkan als Mitglied des KADEK-Präsidialrates in einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Demokratische Lösung" im Fernsehsender Medya TV erklärt hat, ist der Parlamentsbeschluss in der Türkei gegen die Stationierung ausländischer Soldaten auf türkischem Territorium sowie gegen die Entsendung türkischer Soldaten nach Südkurdistan / Irak als ein Erfolg der Bevölkerung zu bewerten, die zu 94 Prozent gegen einen Krieg ist. Es sei deutlich geworden, dass gegen den Willen der Bevölkerung keine Politik gemacht werden könne, so Kalkan. "Die Regierung musste feststellen, dass ihre Rechnung nicht aufgeht und nicht einmal die eigenen Kräfte dazu verholfen haben, das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Das ist für die Türkei eine wichtige Entwicklung. Es ist deutlich geworden, dass mit Kollaborationspolitik nichts zu erreichen ist. Bestimmte Kreise wollten einfach nicht sehen, dass die Bevölkerung der Türkei dazu in der Lage ist, die Initiative zu ergreifen. Es hat sich heraus gestellt, dass sich in der Türkei der Willen der Bevölkerung nicht ignorieren lässt. Die Menschen, die in der Überzeugung "Es liegt an uns, den Krieg zu stoppen" aktiv wurden, haben festgestellt, dass ihre Arbeit Ergebnisse hervorbringt und es allen gezeigt."

Interventionsgefahr noch nicht gebannt

Die Türkei sei damit in eine neue und wichtige Phase getreten, so Kalkan. Mit einer lediglich auf Eigenprofit ausgerichteten Politik wie früher gebe es kein Vorwärtskommen mehr. Kalkan verwies weiterhin darauf, dass die USA und ihre Verbündeten einen neuen Entscheidungsprozess einleiten werden. "Mit dem Parlamentsbeschluss ist die Kriegsgefahr noch nicht gebannt. Es ist möglich, dass die AKP sich künftig noch weiter von den Erwartungen ihrer Wählerschaft entfernt und eigenständig vorgeht. Aber es kann auch das Gegenteil eintreten. Die USA werden die Situation jetzt neu bewerten müssen. Die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs und einer Besetzung der Region durch die Türkei hängt mit der Vorgehensweise der USA und der Irak-Intervention zusammen. Wenn die USA nicht intervenieren, wird es für die Türkei schwer, allein Südkurdistan zu besetzen. Die Türkei hat im Süden (Irak) militärische Kräfte, Panzer und Soldaten. Unter dem Begriff Besatzung verstehen wir die Ausstattung des 36. Breitengrades mit Soldaten. Dafür müssen noch viel mehr Soldaten in die Region gesendet werden, allein kann die Türkei das nicht schaffen."

Wir unterstützen Beschluss der Kräfte im Süden

Der Beschluss der Parteien Südkurdistans und der irakischen Opposition, keine Stationierung türkischer Soldaten in der Region zuzulassen, sei wichtig und eine Verbesserung im Gegensatz zu früher. Allerdings müsse nicht nur gegen die Anwesenheit türkischer Soldaten, sondern aller fremder Soldaten vorgegangen werden. "Der Süden muss gegen alle ausländischen Kräfte verteidigt werden", so erklärte Duran Kalkan. "Es zeugt nicht von einer konsequenten Haltung, sich auf eine Macht zu stützen und eine andere abzulehnen. Das muss zurückgewiesen werden. Wenn die geplante Besatzung abgelehnt wird, ist das eine wichtige Entwicklung, die wir für die KDP und PUK sehr bedeutungsvoll finden. Der Süden ist in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Es gibt wenig, was dagegen spricht. Verschiedene Kräfte wollen die Region besetzen, aber mit ihren geographischen Gegebenheiten und ihrer Bevölkerung ist das keine Gegend, die so einfach besetzt werden kann. Es muss eine Vereinigung mit den kurdischen Kräften der anderen Teile Kurdistans und der kurdischen Bevölkerung im Ausland stattfinden. Wir müssen der eigenen Kraft vertrauen. Wenn große Schwierigkeiten auftauchen sollten, steht der Weg in die Berge offen, aber gegen die Besatzungspläne muss unbedingt Widerstand geleistet werden, um die Freiheit zu verteidigen. Die kurdische Bevölkerung war in der Vergangenheit schon oft dazu gezwungen, auch als es sich in einer viel schwächeren Position befand. Sie kann zur ausschlaggebenden Kraft für Demokratie und Freiheit in der Region werden. Bei dem Parlamentsbeschluss in der Türkei hat der Einfluss der kurdischen Bevölkerung eine große Rolle gespielt, das ist offensichtlich. Auch in der Suche nach einer Lösung im Süden im Rahmen einer demokratischen, freien Einheit ist der Willen und die Haltung der kurdischen Bevölkerung bestimmend und kann noch stärker werden." *(ÖP, 4.3., ISKU)*

Aufruf zur Einheit gegen türkische Besatzung

Die südkurdische PCDK (Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan) hat die kurdische Bevölkerung zum gesamtkurdischen Widerstand gegen die geplante Besatzung durch die Türkei aufgerufen. Südkurdistan werde zum Kriegsschauplatz werden, so die PCDK, die weiterhin darauf verwies, dass der türkische Staat die Militäroperation im Irak ausnutzen wolle, um alle erkämpften Werte des kurdischen Volkes auszulöschen. Die bevorstehende Irak-Operation werde sich in Südkurdistan zentrieren. "Der türkische Staat beharrt auf seiner feindlichen Politik gegenüber den Kurden, nicht nur in Nordkurdistan, sondern in allen Teilen Kurdistans."

Dem türkischen Staat seien die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung im Süden immer ein Dorn im Auge gewesen, so heißt es in der PCDK-Erklärung. "Dieses Mal marschiert die türkische Armee nicht in Südkurdistan ein, um nur gegen den KADEK zu kämpfen. Das Ziel ist, alle Errungenschaften und Institutionen, die die Bevölkerung im Süden in den letzten zwölf Jahren gewonnen hat, zu vernichten. Zwölf Jahre lang hat sie die Kräfte im Süden toleriert; dahinter steckt die Taktik, mit der der Befreiungskampf in Nordkurdistan niedergeschlagen werden sollte. Wenn die kurdischen Parteien und Organisationen ihre Kräfte vereinigen und neben der Besatzung des Südens auch gegen die Isolation und Repression im Norden aufstehen, können sie grundlegende Menschenrechte durchsetzen."

Die Guerilla habe zwölf Jahre lang gegen die Besetzungs- und Vernichtungspläne des türkischen Staates gekämpft, so die Erklärung, in der die kurdische Bevölkerung zum gesamtkurdischen Widerstand aufgerufen wird: "Die Zeit ist gekommen, endlich einen gesamtkurdischen Widerstand gegen die Besatzungspläne des türkischen Staates zu leisten. Die Bevölkerung aus dem Norden und Süden muss sich vereinigen und gemeinsam ihre Interessen vertreten." Gerichtet an die kurdische Jugend heißt es in der Erklärung: "Die kurdische Jugend muss den Weg in die Berge einschlagen, sich den PCDK-Partisanen anschließen und aus Südkurdistan eine Hochburg des Widerstandes machen."

(ÖP, 28.2., ISKU)

Meldungen

Seit 14 Wochen "Besuchsverbot" bei Abdullah Öcalan

Die Anwälte und Angehörige sind auch diese Woche wieder mit der Begründung "das Wetter wäre zu schlecht" nicht zu dem auf der Insel Imrali inhaftierten Vorsitzenden der KADEK, Abdullah Öcalan, gebracht worden. Das auf diese Weise faktische Besuchsverbot wird jetzt seit 14 Wochen praktiziert.

Indes hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Bekanntgabe des Urteils im Fall Öcalan für den 12. März 2003 angekündigt. Demnach sei das Urteil schon am 10. Februar 2003 gefällt worden, nach dem eine Entscheidung mehrmals vertagt wurde. Inzwischen kündigten die Anwälte Öcalans an, die Willkürpraxis der türkischen Sicherheitsbehörden vor dem Europäischen Gerichtshof zur Sprache zu bringen. Eine fundierte Beschwerde sei in Vorbereitung.

(DIHA/II, 5.3., ISKU)

KADEK wird strafrechtlich als terroristische Organisation verfolgt

Einer Meldung der Nachrichtenagentur mha zufolge hat der deutsche Innenminister Schily in Ankara zugesagt, in Deutschland die KADEK strafrechtlich als terroristische Organisation zu verfolgen. Im Gegenzug dafür erklärt sich die Türkei bereit, das Verfahren gegen die deutschen Stiftungen in der Türkei einzustellen.

(MHA, 4.3., ISKU)

Verbot gewerkschaftlicher Arbeit

Das Amt des Vali [Gouverneur] in Mersin hat die Gewerkschaftsbüros der Rentner-Gewerkschaft in Mersin und Tarsus schliessen lassen. Begründung war, sie sei weder in nationalen oder internationalen Gesetzen und Abkommen erwähnt.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft in Mersin sagte dazu, nach Artikel 90 der Verfassung und internationalen Abkommen, habe man das Recht, eine derartige Organisation zu gründen und entsprechend aktiv zu werden. Die Gewerkschaft sei seit 8 Jahren tätig. Gegen die Schliessung werde man erneuert eine Zweigstelle eröffnen und auch rechtlich vorgehen.

Ein ähnliches Verfahren gab es 1995 in Ankara gegen die Gewerkschaft; es wurde nach einiger Zeit eingestellt. *(ÖP, 2.3., ISKU)*

9 Menschen wegen Protestaktionen in Haft genommen

Bei verschiedenen Aktionen der Sicherheitsbehörde Istanbul wur-

Bevölkerung in Südkurdistan bewaffnet sich

Die Vorbereitungen der türkischen Armee auf eine Besatzung Südkurdistans trifft bei der gesamten kurdischen Bevölkerung auf heftige Reaktionen. In Südkurdistan hat die Bevölkerung damit begonnen, sich zu bewaffnen. Außerdem werden in der Region Behdinan in Zaxo und Duhok sowie im Soran-Gebiet in Süleymaniye und Hewler große Demonstrationen vorbereitet.
Tausende von Studierenden der Universität in Süleymaniye haben vorgestern gegen die Türkei protestiert. Im Verlauf der Demonstration, die vor dem Gebäude der UN endete, wurden die Parolen "Nieder mit der Türkei" und "Wir wollen keine Türkei" skandiert. In einem Redebeitrag wurde darauf hingewiesen, dass die von der Türkei geplante militärische Intervention, die angeblich zum Schutz der Turkmenen stattfinden soll, eine Besatzung bedeute.
Die Studenten-, Lehrer- und Künstlervereinigungen von Zaxo und Duhok kritisierten die bevorstehende Besetzung und erklärten, sie seien darauf vorbereitet, gegen die türkische Armee zu kämpfen. An den auf unabsehbare Zeit geschlossenen Universitäten werden weitere Demonstrationen organisiert.
Die regionale Regierung in Südkurdistan hält sich vorläufig bedeckt angesichts der Demonstrationen. Vertreter der KDP haben jedoch erklärt, dem Druck der Bevölkerung nicht länger standhalten zu können. Wie Muhamed Musa vom KDP-Hauptquartier in Zaxo mitteilte, werde im Falle einer weiteren Anspannung die Bevölkerung dazu aufgerufen werden, sich zu bewaffnen und zu demonstrieren. Außerdem haben in den letzten Tagen vermehrt Volksversammlungen stattgefunden, auf denen darüber gesprochen wurde, wie sich auf eine bevorstehende Besatzung durch die Türkei vorbereitet werden könne.
Gegenüber MHA erklärten Menschen auf den Straßen in Zaxo und Duhok, dass sie den Widerstand gegen die Besatzung vorbereiten. So sagte der 25-jährige Hüseyin Zeravan aus Duhok: "Die Türken haben hier nichts verloren. Wir sind seit Jahren im Krieg. Auch gegen die Türken werden wir Widerstand leisten." Weiter unterstrich er, dass die Besatzung der Türkei sich gegen alle Kurden richte.
Cuma Ali, 70 Jahre und ehemaliger Peschmerga-Kämpfer erklärte: "Hoffentlich wird aus dieser Phase die Einheit aller Kurden hervorgehen. Die Kurden müssen zusammenkommen. Die Türkei will uns entwaffnen. Das werde ich niemals akzeptieren. Eher sprenge ich mich selbst in die Luft."
Ismail Hacer Sindi ist Ladenbesitzer in Zaxo. Er warnt: "Wenn die Türken kommen, wird die Geschwisterlichkeit mit den Turkmenen hier darunter leiden."
Der Student Muhamed Yusuf Esenayi drückt seine Wut so aus: "Ich bin dagegen, dass die Türken kommen. Die Türkei begibt sich damit in einen Sumpf. Sie werden kommen, aber es wird keine Rückkehr geben. Wir werden aus der Gegend ein neues Vietnam machen."
Auch der Arbeiter Salih Ali ist wütend: "Wenn die Türken kommen, werde ich gegen sie kämpfen. Seit drei Jahren werden wir von KDP und PUK ausgebeutet. Für sich selbst bauen sie Villen, sie fahren Luxusautos. Sollen sie doch gehen und kämpfen." Eine Besatzung der Türkei werde er keinesfalls akzeptieren, ebenso wenig die Haltung von KDP und PUK, die die Türkei nach Südkurdistan bringen würden.

`Es sind die Peschmerga-Kommandanten, die die Türkei ermutigen`

Die Angst der Bevölkerung Südkurdistans vor der türkischen Armee lässt schlimmstes vermuten. Ramazan Ömer Silvaney sagt sogar: "Soll Saddam kommen, aber nicht die Türken. Wir akzeptieren es nicht, von den Türken regiert zu werden. Es sind die uns regierenden Peschmerga-Kommandanten, die die Türkei ermutigt haben. Notwendigenfalls gehe ich in die Berge."
Seyid Muhamed Ismail appelliert an die KDP, die Bevölkerung nicht wie in der Vergangenheit allein zu lassen. "Ob KDP und PUK es nun wollen oder nicht, wir sind gegen die Türken. In diese Situation haben uns KDP und PUK gebracht."
Der 70-jährige Armenier Murat Nisan Ermen erzählt, dass er vor den Massakern in der Türkei hierher geflüchtet sei und er neue Massaker während der Besatzung fürchte. Aus diesem Grund rufe er dazu auf, gegen die Besatzung Widerstand zu leisten.

`Erst haben sie Öcalan isoliert, jetzt sind wir an der Reihe`

Muhamed Gundi Hase sieht die Ursache der Probleme der Region in der Türkei: "Die Kurden werden isoliert. Erst haben sie in der Türkei den kurdischen Anführer Abdullah Öcalan isoliert und jede Art von Repression angewendet. Jetzt wollen sie diese Region und uns isolieren." *(ÖP, 28.2., ISKU)*

Türkei bereitet Angriffe auf Newroz-Feiern vor

`Nevruz`-Erlass des Innenministeriums

Das Innenministerium hat einen geheimen Erlass an die Gouverneure geschickt, damit nicht Newroz sondern `Nevruz` gefeiert wird. [Anm.: Der Buchstabe `W` kommt im türkischen Alphabet nicht vor. Als Resultat der Nichtanerkennung und Assimilierungspolitik kurdischer Kultur und Sprache wird jedes Jahr wieder das `w` beanstandet und kriminalisiert.]
Der Erlass des Innenministeriums an die Gouverneurssitze im Südosten und Ostanatolien vom 31. Januar 2003 ist `unter Geheimhaltung` an die Jandarmakommandanturen der Provinzen, politische Parteien und sogar Vereine weitergeleitet worden. In dem Erlass wird gefordert, statt Newroz `Nevruz` zu feiern und ein Organisationskomittee für die `Nevruzveranstaltungen` zu gründen. In Diyarbakir und Bingöl haben bereits Sitzungen stattgefunden, an denen offizielle Institutionen, Vertreter politischer Parteien und Berufskammern sowie Jandarmakommandanten teilgenommen haben.

'Nevruz'-Sitzung dauerte fünf Minuten

Die erste `Nevruz`-Sitzung hat am 18. Februar im Gouverneurssitz von Bingöl stattgefunden. Wie der HADEP-Vorsitzende der Provinz Bingöl, Haci Korkutata mitteilte, hat die Sitzung nur fünf Minuten gedauert. "An der Sitzung haben alle offiziellen Institutionen und Einrichtungen, der IHD, Gewerkschaften des Verbandes KESK sowie die Direktionen von Jandarma und Polizei teilgenommen. Aber gesprochen hat nur der Gouverneur. Er hat mitgeteilt, dass Newroz dieses Jahr ausschließlich in der Struktur des Gouverneursamtes gefeiert werde und alle anderen Feiern nicht genehmigt würden. Nach seinem Beitrag war die Sitzung zu Ende."
Auch in Diyarbakir fand eine `Nevruz`-Sitzung statt. Wie der HADEP-Provinzsekretär Hüseyin Bayrak erklärte, habe der Gouverneur Nusret Miroglu dabei sein `Nevruz`-Programm erläutert. "Demnach werde eine Woche lang Veranstaltungen stattfinden. Aus Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien werden Redner kommen und Veranstaltungen zum Thema Newroz machen. Außerdem steht Theater, ein Fußballturnier sowie Konzerte von staatlichen Künstlern auf dem Programm."

Die geplanten Veranstaltungen würden den Forderungen der Bevölkerung nicht gerecht, so Bayrak. "Wir haben vorgeschlagen, Newroz wie jedes Jahr auf dem Messegelände oder in Kayapinar zu veranstalten. Außerdem haben wir mitgeteilt, dass zu diesem Thema die Meinung der Bevölkerung beachtet werden muss." *(DIHA, 28.2., ISKU)*

den 12 Personen festgenommen, 8 von ihnen wurden danach vom DGM Istanbul in Haft genommen mit der Beschuldigung, sie seien KADEK-Mitglieder.
In Mersin wurden 6 Menschen wegen angeblicher Beteiligung an einem Hungerstreik in Haft genommen, eine Person (DEHAP-Leitungsmitglieder aus dem Kreis Tarsus) wurde danach ins Gefängnis eingeliefert. Grund war die Beteiligung an einem Hungerstreik gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans und gegen den drohenden Irak-Krieg.
Der Sekretär der IHD-Zweigstelle Hakkari wurde wegen einer Presseerklärung vom 10.2. gegen die Haftbedingungen Öcalans und gegen den drohenden Krieg mit der Beschuldigung, er habe den KADEK anerkennend dargestellt, in Haft genommen. Die anderen Vorstandsmitglieder wurden zur Aussage bei der Polizei vorgeladen. *(ÖP, 1.3., ISKU)*

Erneutes Verfahren gegen die inhaftierten DEP-Abgeordneten

Entsprechend der Aufforderung im Rahmen der EU-Angleichungsgesetze wurde jetzt einer erneuten Verhandlung der ehemaligen DEP - Abgeordenten vor dem DGM [Staatssicherheits Gericht] auch von der türkischen Justiz zugestimmt. Die Freilassung wurde jedoch abgelehnt
Das Verfahren soll am 28.3.2003 neu beginnen. *(ÖP, 1.3., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative “Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan”

Neuerscheinungen

Der aktuelle **Kurdistan Report Nr.107** ist soeben erschienen. Zu beziehen über unsere Adresse

Gilgameschs Erben
Von Sumer zur demokratischen Zivilisation Band 1
Abdullah Öcalans Eingabe an den EuMRGh;
Antlantik Verlag; 580 S; 24,80 Euro; ISNBN 3-926529-15-6

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 96
14. März 2003

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte fällt Urteil im Öcalan-Prozess

"Kein faires Verfahren"

Im Prozess gegen Abdullah Öcalan hat das türkische Sicherheitsgericht gegen die Menschenrechte des Angeklagten verstossen. Der PKK-Vorsitzende habe kein faires Verfahren bekommen, entschied am Mittwoch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.
Der Gerichtshof in Straßburg befand, dass die türkische Justiz in dem Verfahren gegen Öcalan gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hat. Der Staatssicherheitsgerichtshof, der den heute 53-Jährigen im Juni 1999 wegen "Separatismus, Hochverrats und Anführung einer bewaffneten Armee" zum Tode verurteilt hatte, sei kein "unabhängiges und unparteiisches" Tribunal gewesen - zumal ihm zeitweise ein Militärrichter angehört hatte. Das Todesurteil wurde zwar im vergangenen Jahr aufgehoben und in lebenslange Haft umgewandelt, es sei aber dennoch unmenschlich gewesen, da Öcalan bis dahin jederzeit die Vollstreckung habe befürchten müssen. Die Türkei muss die Prozesskosten von 100 000 Euro tragen. Das Urteil erging mit sechs zu einer Stimme - nur der türkische Richter stimmte dagegen.
Ankara kündigte sofort Einspruch an. Sollte der abgewiesen werden - wofür einiges spricht -, hat Öcalan Anrecht auf einen neuen Prozess, der dann unter den strengen Auflagen europäischer Rechtsleitlinien zu führen sein wird. Da die Türkei Mitglied im Europarat ist, sind Urteile des Straßburger Gerichts bindend.
Die Straßburger Richter machten noch eine Reihe weiterer Verstöße geltend. So sei Öcalan nach seiner Festnahme im Februar 1999 durch türkische Agenten in Kenia und seiner Verschleppung in die Türkei nicht sofort einem Richter vorgeführt worden. Und er habe sich durch seine Aussagen selbst belastet, weil seine Anwälte nicht sofort zu ihm gelassen wurden. Die Verschleppung selbst wurde vom Gericht nicht beanstandet.
Das vollständige Urteil kann (in englischer Sprache) auf der Webseite der ISKU nachgelesen werden.

Erster Besuch nach 15 Wochen
Ebenfalls am Mittwoch konnten erstmals wieder AnwältInnen und ein Bruder Abdullah Öcalans einen Besuch auf Imrali durchführen.
Damit endet vorläufig die vor 15 Wochen begonnene Totalisolation Öcalans, die nur von einem Besuch der Europäichen Kommission zur Verhinderung von Folter unterbrochen wurde. In den vergangenen Wochen hatten zehntausende Menschen in allen Teilen Kurdistans und der Türkei gegen die Isolation Öcalans protestiert. Dabei kam es immer wieder zu staatlichen Übergriffen und Verhaftungen.
Auch nach dem Straßburger Urteil fährt der türkische Staat offenbar fort, jede Meinungsäußerung von KurdInnen zur Situation von Abdullah Öcalan zu unterdrücken. Nach Berichten einer Frauendelegation aus Berlin, die sich derzeit in Van aufhält, wurde dort eine Kundgebung anläßlich der Urteilverkündung von der Polizei unterbunden. 40 Frauen hatten sich im Verein zur Unterstützung der Angehörigen von Gefangenen "Tuyad-der" getroffen. Die Polizei drohte mit der Festnahme aller Kundgebungsteilnehmerinnen, sollten die Frauen von dort aus auf die Strasse gehen und ihre Aktion durchführen Auch die Durchführung einer Pressekonferenz in den Räumen des Vereins wurde unter Androhung der sofortigen Schließung verhindert.

(DIHA/DW/FR, 13.3., ISKU)

Verfassungsgericht verbietet HADEP

Das türkische Verfassungsgericht in Ankara hat die Demokratie-Partei des Volkes (HADEP) am Donnerstag verboten.
Unmittelbar nach der Urteilsverkündung erhob die Generalstaatsanwaltschaft Klage gegen die Demokratische Volkspartei (DEHAP) und beantragte auch deren Verbot, wie die Nachrichtenagentur Anadolu meldete.
Das Verbot der 1994 gegründeten HADEP begründete das Gericht damit, dass "die Partei die verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) unterstützt und mit ihren Aktivitäten die territoriale Integrität und die Einheit des Staates gefährdet" habe. 46 führende Mitglieder der HADEP dürfen sich in den nächsten fünf Jahren nicht politisch betätigen.
Bei den Parlamentswahlen im November 2002 hatte das Wahlbündnis DEHAP, dem neben der HADEP die Partei der Wektätigen (EMEP) und weitere kleinere Organisationen angehören, trotz Wahlbehinderungen und Drohungen gegen WählerInnen in den 13 kurdischen Provinzen der Türkei die meisten Stimmen erhalten.
(DIHA, HB, 13.3., ISKU)

Menschenrechtsverletzungen in Amed

Wie der Vorsitzende der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir, Selahattin Demirtas, bei der Vorstellung des neusten Berichts seiner Organisation auf einer Pressekonferenz mitteilte, hat auch im Februar ein weiterer Anstieg der Menschenrechtsverletzungen in der kurdischen Region stattgefunden. Dieser stünde in Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen im Land. Demirtas betonte, dass die Ablehnung der Stationierung ausländischer Soldaten auf türkischem Staatsgebiet sowie der Versendung türkischer Einheiten ins Ausland durch das Parlament dem Willen der Bevölkerung entspreche. Diese Entscheidung müsse unbedingt aufrecht gehalten werden. Weiterhin verwies Demirtas darauf, dass trotz des Parlamentsentscheids Militärtransporte stattfinden und die Stationierung ausländischer Soldaten fortgesetzt werde. Gegen die Verantwortlichen dieser Praxis müsse rechtlich vorgegangen werden.
Ein weiterer Bereich, in dem Menschenrechtsverletzungen verübt worden seien, betreffe die Protestaktionen gegen die Isolierung Abdullah Öcalans.

Menschenrechtsverletzungen im Februar 2003 in der Region Diyarbakir:

Extralegale Hinrichtung:	2 Tote
Minen:	1 Toter - 2 Verletzte
Festnahmen:	429
Verhaftungen:	126
Folter, Misshandlung und Bedrohung :	50
Verschwundene:	1
Entlassungen :	3
Verwaltungsverfahren und Strafen :	141
Verbotene Theaterstücke, Bücher, Kassetten, usw..):	1
Selbstmorde:	16

(ÖP, 8.3., ISKU)

Meldungen

Istanbul: Start zum Friedensmarsch
In Istanbul begann am 9.3. ein Marsch für demokratische und kulturelle Rechte und gegen den Krieg. An dem Marsch beteiligen sich Vertreter der Sozialistischen Demokratie-Partei (SDP), der Yilmaz-Güney-Stiftung, des Gewerkschaftsverbandes KESK, des Mesopotamischen Kulturzentrums, des Menschenrechtsvereins Istanbul, der HADEP und DEHAP sowie Intellektuelle, Künstler , Schriftsteller und Vertreter demokratischer Organisationen. Der Marsch wird von Istanbul über Ankara nach Mersin, Iskenderun, Urfa nach Amed führen. Vor der Abfahrt in Istanbul sagte der SDP-Vorsitzende Akin Birdal: "Die Türkei will Frieden, Demokratie und Menschenrechte.....Wir haben 16 Jahre lang alle Entbehrungen des Krieges erlebt. Deshalb sind wir gegen den Krieg. Wir glauben, dass wir diesen Krieg verhindern können." *(ÖP, 10.3., ISKU)*

Arbeitslosenquote bei 11,4%
Den Daten des Staatlichen Statistikinstitutes zufolge stieg die Erwerbstätigenquote im vierten Quartal 2002 von 47,9% auf 49,4%. Der Anstieg ging vor allem auf eine um rund 3% höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen zurück. Während die Erwerbstätigkeit in ländlichen Regionen stieg, sank sie in den Städten. Mehr als die Hälfte (52,6%) der Beschäftigten sind nicht sozialversichert. In der Landwirtschaft liegt ihr Anteil bei rund 75%. Die Kinderarbeit ist um 2,7% auf 869.000 gesunken.
(YS, 26.2., ISKU)

Inflation erneut steigend
Mit einem Anstieg des Gesamtindex um 3,1% und einem der Verbraucherpreise um 2,3% liegt die Inflation zwar nicht über den Schätzungen, doch zeigen sich deutliche Schwierigkeiten, das Ziel zu halten, den Anstieg des Gesamtindex auf 17,4% zu beschränken. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2003 stieg der Gesamtindex um 8,9%, die Verbraucherpreise um 4,9%. Auf einen 12-Monatszeitraum gesehen beträgt der Anstieg der Verbraucherpreise 27%, der des Gesamtindexes 33,4%. Der Anstieg des privaten produzierenden Gewerbes blieb mit 1,5% deutlich unter dem des öffentlichen Sektors (4,1%). Am stärksten stiegen die Preise für Operationen in staatlichen Krankenhäusern, aber auch die Gemüsepreise zogen witterungsbedingt deut-

Es lebe der internationale Tag der Frau

In der ganzen Türkei und Kurdistan fanden große Kundgebung und Demonstrationen zum internationalen Tag der Frau statt, z.B. in Istanbul und in Diyarbakir mit zehntausenden Frauen. In Antalya nahmen 500, in Bingöl 300, in Adana 10.000, in Manisa 600, in Adiyaman 2.000, in Mardin 20.000, in Siirt 2.000, in Hakkari 6.000, in Mus 350, in Van 7.000 und in Ankara 1.500 Frauen an den Demonstrationen teil.
Es wurden Parolen gegen den Krieg, gegen die Isolationshaft und für die Befreiung der Frau gerufen. In vielen Städten kam es u.a. zu Festnahmen wegen des Tragens von Kleidung in den kurdischen Farben. In Mersin waren Parolen und Lieder auf kurdisch verboten.

Kundgebungen trotz Repression erfolgreich
Nach einem Bericht einer Frauendelegation aus Van versammelten sich dort 10.000 Menschen, darunter auch 3.000 Männer, zu einer Kundgebung unter offenem Himmel, obwohl nur ein Kundgebungsplatz außerhalb der Stadt genehmigt worden war.
Die Kundgebung wurde von einem Bündis verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften organisiert und getragen. In Redebeiträgen und auf Transparenten wurde auf den drohenden Irakkrieg eingegangen. Ein deutliches Nein zum Krieg war zu hören. Die KurdInnen stellten die Kriegsgefahr in Zusammenhang mit ihrer Geschichte, die bis in die Gegenwart von Kriegen und Kriegsrecht geprägt ist.
Mit dem Beginn der Kriegsvorbereitungen der türkischen Regierung hat sich die ohnehin starke Repression gegen die Bevölkerung weiter verschärft. Das Ausnahmezustandsrecht ist weiter faktisch in Kraft, obwohl es offiziell aufgehoben worden ist. So wurden Teilnehmerinnen der Kundgebung aus Catak, einer Kreisstadt 80 km südlich von Van, auf ihrem Weg zur Kundgebung 12 mal von Militärkontrollen aufgehalten und durchsucht. Für ein Schild mit der Aufschrift: "Für die Befreiung der Frau" wurde eine Kundgebungsteilnehmerin beinahe festgenommen. Äußerungen gegen den Krieg führen nach Angaben von Frauen vor Ort regelmäßig zu Festnahmen.
Auch eine Mitorganisatorin der Feier in Van, Frau Zeynep Boga, wurde nach Ende der Veranstaltung festgenommen, und befindet sich derzeit noch in Haft. Nach letzten Informationen wird sie für die Aufschriften auf Plakaten und den Transparenten verantwortlich gemacht. Seit dem 15. Februar wurden in Van insgesamt sieben Frauen festgenommen, die politische Aktivitäten gegen Krieg und Isolationshaft organisiert haben sollen.

5000 Jahre Kriegstradition - YA BASTA!
Auch die Partei der Freien Frau (PJA) wandte sich anlässlich des 8. März mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie auf den bevorstehenden Irak-Krieg und auf die Angriffe auf Abdullah Öcalan eingeht.
In der Erklärung heißt es: "Am 8. März gedenken wir voller Achtung allen Frauen, die auf der ganzen Welt im Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit ihr Leben gelassen haben. Wir geben ihnen unser Wort, dass wir ihre Forderung nach Freiheit verwirklichen werden, indem wir uns organisieren. Heutzutage umfasst die Forderung nach Frieden eine radikale Forderung. Denn der gegen den Irak geplante Krieg wird eine neue Weltordnung einleiten, die auf Jahrhunderte Gültigkeit haben wird. Der Krieg wird international von allen Staaten und Gesellschaften diskutiert und stellt einen Gipfel des patriarchalen Systems dar. Deshalb sagen wir als Frauen, wenn wir Frieden fordern: Nein zu 5000 Jahren Kriegstradition.
Das patriarchale Herrschaftssystem hat die Kriegstradition in der Geschichte mit der Versklavung der Frauen begonnen. Mit Globalisierung und Neoliberalismus hat dieses System im 21. Jahrhundert seinen Gipfel erreicht. Bei seinen momentanen Bemühungen handelt es sich um das letzte Zucken, um den bevorstehenden Absturz zu verhindern. Frauen werden vom System ausgegrenzt. Heute sind von den 1.3 Milliarden Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, siebzig Prozent Frauen. In den USA, in denen das patriarchale System auf fortgeschrittenem Niveau herrscht, werden jede Sekunde sechs Frauen vergewaltigt. Aufgrund der Ausbreitung globaler Wirtschaftsstrukturen werden Frauen als billige Arbeitskräfte in Lateinamerika, Afrika und Ländern wie Indien, den Philippinen und Bangladesch ausgebeutet. (...)
Lasst uns am 8. März Nein sagen zu 5000 Jahren patriarchaler Kriegstradition und mit dem Aufbau eines neuen Gesellschaftsvertrages beginnen. Lasst uns zusammen kommen, um eine neue Gesellschaft, ein neues Leben zu erschaffen. Organisieren wir uns und kämpfen wir gemeinsam."
(ISKU)

Vor 15 Jahren ermordete der Irak tausende KurdInnen - mit deutschem Giftgas

Halabja als Mahnung gegen den Krieg

Vor 15 Jahren, am 16. März 1988, griff die irakische Armee im Rahmen einer großen Militäroperation im Iran/Irakkrieg die kurdische Stadt Halabja im Nordirak/Südkurdistan mit Giftgas an. Eine genaue Zahl der während dieser Aktion Getöteten ist nicht bekannt; sie liegt zwischen 3500-7000. Doch die Zahl der Opfer steigt weiter an; unter den Spätfolgen des Giftes leiden diejenigen, die `88 mit dem Leben davongekommen sind, noch heute. Im Verlauf dieser Militäroperation, die unter dem Namen `Anfal´ geführt wurde und von Februar bis zum September 1988 mit weiteren Giftgasangriffen fortgesetzt wurde, sind 3000 Ortschaften zerstört und Hunderttausende zur Flucht getrieben worden.
Die Verantwortung trug das "Büro für die Angelegenheiten des Nordirak". 1987 ordnete der Oberbefehlshaber der irakischen Armee, Ali Hasan al-Majid an, dass alle Dörfer, in denen sich Saboteure, Anhänger des Irans oder andere als Verräter des Iraks definierte befinden, als Todeszone betrachtet und vernichtet werden. Mit ihnen ihre Bewohner.
Das damalige Saddam-Regime befand sich noch in der Gunst des Westens. Gut 70% der Gifgasanlagen, in denen das tödliche Gas produziert worden ist, stammten aus bundesdeutschen Betrieben. Die Waffen, mit denen der Irak Krieg führte, kamen zum größten Teil aus Europa und den USA.
Die Bilder aus Halabja gingen vor 15 Jahren um die Welt. Doch auf den Straßen protestierten hauptsächlich die im Exil lebenden KurdInnen. Eine große Demonstration in Bonn wurde von einem Großaufgebot der Polizei angegriffen, viele wurden verletzt. Der Protest sollte unterbunden werden.
Erst Jahre später, als das irakische Regime für die Interessen der westlichen Statten nicht mehr als opportun galt, wurden die Morde an der kurdischen Bevölkerung dem irakischem Regime zur Last gelegt, erst dann reagierten Parteien und politische Verbände. Ihre Politik mit dem Irak hatte sich verändert. 10 Jahre später wurde Halbja benutzt zur Legitimierung eines Krieges gegen den Irak. Den Herrschenden, die ihre Interessen in der Region durchsetzen wollen, geht es nicht um Menschenrechte oder um die Verbesserung des Lebensstandards der dort lebenden Menschen. Sie führen ihren Krieg für den Ausbau von Macht und Profit.
Bis heute warten die Betroffenen auf ein Zeichen aus Deutschland und der westlichen Welt zur Wiedergutmachung, bis heute gibt es kein Wort der Enschuldigung und des Bedauerns für die Unterstützung an diesem weiteren Kriegsverbrechen gegen Kurden und Kurdinnen. *(ISKU)*

lich an. Für den hohen Preisanstieg sind außerdem die Erdölpreise verantwortlich (15,1% für Öl und Gas). *(SSI, 3.3., ISKU)*

8. Jahrestag des Massakers in Istanbul-Gazi
Zum Gedenken an die Opfer der Polizeimorde an der Bevölkerung im März 1995, wobei 23 Menschen ums Leben kamen, wurde am 12.3. im Stadtteil Gaziosmanpasa ein Gedenkmarsch durchgeführt, an dem ca. 4000 Menschen teilnahmen. Die Polizei hatte den ganzen Stadtteil schon ab dem frühen Morgen besetzt und an den Strassen, die in den Stadtteil führen, Durchsuchungsstellen eingerichtet. Mit Parolen wie "die Mörder werden nicht straffrei bleiben" und gegen den drohenden Krieg wurde trotz Polizeischikanen ein Protestmarsch durchgeführt. Geschäfte im Stadtteil führten eine Ladenschliessungsaktion durch.
(ÖP, 13.3., ISKU)

Zypern: Beitritt zur EU nur für den Süden
Mit Unterstützung der türkischen Regierung und vor allem der türkischen Armee hat sich der amtierende Regierungschef Denktas (Nordzypern) gegen einen Zusammenschluss mit dem griechischen Süden der Insel auf einer Kompromissgrundlage ausgesprochen. Diese Entscheidung wurde gegen die Mehrheit von 60 - 70% der Bevölkerung getroffen, die in mehreren Massenkundgebungen einen Zusammenschluss mit dem Süden forderte und die türkische Armee als Besatzungsarmee bezeichnete. Der Zuständige für die EU-Erweiterung, Verheugen, bezeichnete den Schritt der Türkei als Rückschritt und schädlich für den Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der EU.
(ÖP, 13.3., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DW	Die Welt
FR	Frankfurter Rundschau
YS	Yeni Safak
SSI	Staatliches Statistikinstitut der Türkei

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 97
21. März 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Duran Kalkan zu den jüngsten Entwicklungen

Newroz, ein neuer Aufbruch!?

Duran Kalkan, Mitglied des KADEK-Präsidialrats, äußerte sich am 16. März in Medya TV zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Kurdistan, der Türkei und dem Mittleren Osten. Zum 15. Jahrestag des Giftgasmassakers von Halabja, verwies Kalkan darauf, dass ein umfassender Krieg auf der Tagesordnung stehe. In Konfrontation mit den Völkern der Region, die Freiheit und Demokratie fordern, findet ein Kampf zwischen den reaktionären Kräften in der Region sowie dem internationalen Kapital statt. Dieser Konflikt ist auf Unterdrückung der Völker zurückzuführen, die nach Freiheit und Demokratie streben. Aufgrund von Tragödien wie in Halabja, sei das Bedürfnis nach Frieden und Demokratie beim kurdischen Volk stark geprägt. "Von einem Wandel [in der Region] werden die Kurden in irgendeiner Form profitieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Freiheit für die Kurden von selbst entstehen wird. Indem wir kämpfen, werden neue Möglichkeiten entstehen, unser Recht zu erlangen. Dieser Kampf muss nicht Krieg bedeuten, wir wollen keinen Krieg. Die Kurden wollen mit demokratischen Methoden kämpfen. Aber die reaktionären Kräften drängen zum Krieg. Demokratische und politische Methoden sollen uns dadurch verschlossen werden; dies ist die Ursache für den Krieg."

Halabja sei ein Symbol für das, was die kurdische Bevölkerung im 20. Jahrhundert erleben mußte, so Kalkan. "In allen Teilen Kurdistans haben diese Ereignisse stattgefunden. Das ganze System war auf Massaker ausgerichtet. Die Kette von Massakern reicht von Dersim nach Agri und Süleymania bis nach Mahabad. Doch nicht nur mit militärischer Gewalt wurde versucht, eine ganze Gesellschaft auszutrocknen. Gegen die kurdische Gesellschaft ist ein System der Verleugnung angewandt worden; ihnen wurde ihr Existenzrecht aberkannt, um so jede Art ihrer Entwicklung zu verhindern. Ein Völkermordsystem, innerhalb dessen fürchterlichste Massaker stattgefunden haben. Halabja ist wahrscheinlich das schrecklichste von allen."

Mit dem ersten Weltkrieg haben internationale reaktionäre und imperialistische Kräfte ein System im Mittleren Osten errichtet, dass sich für derartige Massaker wie Halabja verantworten müsse.

Größte Beteiligung zu Newroz

Duran Kalkan betonte die Bedeutung des herannahenden Newrozfestes. "Newroz ist ein bedeutsamer Tag für das kurdische und andere Völker der Region. Es ist ein Tag der Freiheit und der Beginn eines neuen Jahres. Jetzt, zu Beginn des Krieges, bekommt er noch mehr Beachtung. Wir rufen die kurdische Bevölkerung und alle demokratischen Kräfte auf, Newroz mit großer Begeisterung zu begehen. Newroz kann ein neuer Anfang, ein wichtiger Aufbruch sein. Zu Newroz wird das Volk seine demokratischen Forderungen zeigen. Wichtig ist, dies in einem demokratischen Rahmen auf friedliche Weise zu tun und sich nicht auf Provokationen einzulassen. Auf keinen Fall kann auf die Feier verzichtet werden. Wir wollen den Frieden schützen, auf friedlicher Grundlage, mit demokratischen politischen Methoden kämpfen und die bestehenden Probleme lösen. Auch wenn sich die gesamte Welt gegen uns vereinigen sollte, wir werden niemals davor zu zurückschrecken, unsere legitimen Rechte zu verteidigen. Das ist Ausdruck unseres Kampfes und Ausdruck unseres Widerstandes in Selbstverteidigungsposition. Es ist unser Wunsch, dass Newroz mit Begeisterung gefeiert wird und unsere demokratischen Forderungen zur Sprache kommen."

An die verantwortlichen Kreise in der Türkei richtete Duran Kalkan folgenden Aufruf: "Für die türkische Regierung muss festgehalten werden, dass von der billigen, unterdrückerischen und zerstörerischen Praxis abgesehen werden muss. Mit dieser Haltung wird keine Seite etwas gewinnen. Die Repression muss aufhören und die Verbote müssen zurückgenommen werden. Einen Feiertag wie Newroz, der auf regionaler Ebene Ausdruck für Freiheit und Erneuerung ist und von allen Völkern des Mittleren Ostens geschwisterlich gefeiert wird, darf nicht verboten werden. Anderenfalls wird die Situation gefährlich. Newroz werden wir die AKP-Regierung beobachten. Es sollte kein neuer Prozess eingeleitet werden, mit dem eine Lösung unmöglich ist. Wir erwarten von der bestehenden Regierung, dass sie der Bevölkerung die Möglichkeit gibt, auf freie, friedliche und demokratische Weise ihren Feiertag zu begehen. Eine solche Haltung werden wir positiv aufnehmen und dementsprechend reagieren."

‚Der Weg in die Berge'

Die ersten drei Monate der AKP-Regierung bewertete Duran Kalkan folgendermaßen: "Wir haben angenommen, dass die AKP-Regierung mit ihrem Anspruch von Veränderung eine Rolle in der demokratischen Entwicklung der Türkei spielen könnte, wenn auch anders als wir es wünschten. Doch die AKP-Regierung hat die von verschiedenen Kreisen gegebe Zeit für Veränderungen nicht genutzt. Im Gegenteil, sie hat in dieser Zeit Rükkschritte zu verzeichnen. Wenn sie sich dem Volk zuwenden, die historische und aktuelle Realität der Türkei wahrnehmen und sich ein bisschen mutig verhalten würden, dann könnten sie bestimmte Veränderungen einleiten. Aber die momentane Situation ist nicht sehr ermutigend. Der Innenminister bereitet ein ‚Reuegesetz' vor. Unsere Feiertage werden beschmutzt. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan isoliert, die HADEP geschlossen und die Jugendlichen, Frauen und demokratischen Kreise, die ihre Rechte fordern, werden von der Polizei angegriffen. Kurden und andere demokratische Kreise werden aus der Politik ausgestoßen. An die Regierung der Türkei stellen wir folgende Frage: Wie werden sich die demokratischen Institutionen und die kurdische Bevölkerung in der Türkei organisieren können? Sie können nur noch nach Europa oder in die Berge gehen, alle anderen Wege werden ihnen verschlossen.

Vorgeblich stellt sich die Regierung mit dieser Politik gegen Europa. Doch auch Europa will, dass die Kurden niedergeschlagen werden. Es ist wie ein Spiel, das auf sehr umfassende Weise gespielt wird. Es wäre falsch, dies auf Nachlässigkeit oder Ahnungslosigkeit zurückzuführen. Die Feindschaft den Kurden gegenüber hat ihnen ihre Denkfähigkeit geraubt. Es gelingt ihnen kein vernünftiger Entwurf für die Zukunft. Dabei ist ihnen eine Lösung vorgeschlagen worden. Mit dem Waffenstillstand ist die Möglichkeit geschaffen worden, einen Weg der Veränderungen zu beschreiten und eine Atmosphäre des Friedens zu schaffen. Es besteht die Möglichkeit neu zu denken und sich für eine demokratische Veränderung neu zu strukturieren. Aber dieser Vorschlag wird zurückgeschlagen. Mit ihrer Politik verweigert sich die Türkei jeder Lösung. Als Soldaten der USA, im Bündnis mit der Reaktion, kann die Türkei nicht in den Mittleren Osten eintreten. Doch es gibt einen Lösungsweg und der lautet Demokratie. Wenn dieser Weg nicht eingeschlagen wird, wird auch die Erdogan-Regierung nichts Neues hervor bringen können."

(ÖP, 18.3., ISKU)



Newroz piroz be !

Meldungen

Erneut kein Besuchs bei Abdullah Öcalan

Auch am letzten Mittwoch wurde den Anwälten bzw. Familienangeghörigen von Abdullah Öcalan keine Erlaubnis gegeben, den Inhaftierten zu besuchen. Als Begründung wurde wieder das "schlechte Wetter" angegeben. Auch der Antrag der Anwälte, den Besuch am morgigen Donnerstag zuzulassen, wurde abgelehnt. *(DIHA, 19.3., ISKU)*

Verbot der HADEP wird verurteilt

In einer gemeinsamen Erklärung haben die PDS in Deutschland, die Französische Kommunistische Partei, die Koalition "Griechische Linke und fortschrittliche Kräfte" sowie die Schwedische Links-Partei das Verbot der HADEP in der Türkei scharf verurteilt. *(ÖP, 20.3., ISKU)*

Internationales Filmfestival in Istanbul im April

Beim 22. Internationalen Filmfestival in Istanbul vom 11. bis 27. April werden auch zwei Filme kurdischer Regisseure zu sehen sein: Der Film "Lieder aus dem Land meiner Mutter" von B. Ghobadi und von R. Asaf "Gelbe Tage", in dem auch mehrere Schauspieler des MKM Istanbul mitspielen. *(ÖP, 19.3., ISKU)*

Friedensmütter im Europaparlament

Mitglieder der Friedensmütter-Initiative nahmen an einer Versammlung der Frauenkommission des Europaparlaments teil und debattierten über die Themen Isolation, Besetzung des Südens und die Situation der kurdischen Politikerin Leyla Zana's. *(ÖP, 19.3., ISKU)*

DEHAP Mitglied seit 12 Tagen verschwunden.

In Van gibt es von dem DEHAP-Mitglied Resit Babat seit 12 Tagen keine Nachricht. Der im Vaner Viertel Esendere lebende Vater von zwei Kindern ist am 9. März zur Arbeit gegangen und

HADEP zum Verbot

Am 13. März 2003 wurde in der Türkei die HADEP verboten In einer Erklärung nahm die HADEP dazu Stellung: "Es ist kein Zufall, dass der Verbotsbeschluss in dieser Zeit verkündet wurde. Über die AKP wird versucht, die Türkei in den bevorstehenden Irak-Krieg der USA einzubeziehen. Die gegen Abdullah Öcalan angewandte Isolation soll zur Isolation des kurdischen Volkes und zur Anspannung der Situation in der Türkei führen. In der Zypern-Frage hat die türkische Haltung zu einer ausweglosen Situation geführt. Mit dem Verbot unserer Partei zeigt der Staat in deutlicher Form seine Haltung zum gesellschaftlichen Frieden, Demokratisierung und EU. Damit isoliert er sich selbst von zeitgenössischen demokratischen Entwicklungen, schlägt die Gelegenheit zu einem inneren Frieden aus und drängt die Bevölkerung der Türkei zu einem Leben in Chaos und Armut. Gleichzeitig ist der Verbotsbeschluss keine Initiative gegen die HADEP, die in der Sozialistischen Internationale Beobachterstatus hat, und die Bevölkerungsgruppen, die sie repräsentiert, sondern ein Angriff gegen eine Demokratisierung der Türkei. Damit wird die Türkei nichts gewinnen, sondern im Gegenteil verlieren. Die HADEP wurde verboten, weil sie versucht hat, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und anstatt schmutziger Politikformen eine demokratische Politik zu machen. Sie ist verboten worden, weil sie den Anspruch vertreten hat, die Reichtümer des Landes zum Nutzen der Bevölkerung einzusetzen. Sie ist verboten worden, weil sie für die Bevölkerung Stimme, Hoffnung und Gewissen dargestellt hat.

Zur gleichen Zeit hat dieselbe Denkweise, die zu dem Verbot der HADEP geführt hat, auch die Initiative für das Verbot der DEHAP ergriffen. Es geht dabei im Grunde genommen nicht um die Schließung politischer Parteien, sondern darum, die Lebensadern der Gesellschaft zu durchtrennen und ihr die Atemluft zu nehmen. Die Türkei soll für den Frieden, für die Demokratie, eine freie Entwicklung und eine menschenwürdige Zukunft gesperrt werden. Es geht um die weitere Entmündigung und Entrechtung des Volkes.

Einen wichtigen Punkt stellt dabei die Tatsache dar, dass bis heute noch nicht begriffen worden ist, dass mit Repression, Gewalt und Verboten keine Lösung erreicht werden kann. Bereits in der Vergangenheit sind viele Parteien verboten worden, aber dadurch ist kein einziges Problem gelöst worden. Auch das Verbot der HADEP wird kein Problem lösen und den gerechten Kampf der Bevölkerung nicht beeinflussen können."

Nach dem HADEP-Verbot haben Angriffe gegen DEHAP begonnen

Nach der Schliessung der HADEP durch das Verfassungsgericht und dem Verbotsantrag gegen die DEHAP haben neben den täglichen Festnahmen und Verhaftungen an einigen Orten Angriffe gegen örtliche DEHAP Gebäude stattgefunden. In der Gemeinde Altinova in der Provinz Balikesir, hat eine Gruppe von ca. 150 Personen am 16 März das DEHAP-Gebäude mit Steinen und Stöcken angriffen und sämtlich Türen und Fenster einschlug. Die eintreffende Jandarmaeinheit nahm zwar eine grössere Anzahl der Angreifer fest, setzte sie aber nach Aufnahme der Aussagen wieder auf freien Fuss. Der örtliche DEHAP-Vorsitzende verurteilte den Angriff als Provokationsversuch, um das türkisch-kurdische Zusammenleben zu zerstören. Die Provokation habe mit Auseinandersetzungen vor dem Altinova Gymnasium zwischen einer Gruppe nationalistischer Schüler mit kurdischen Schülern begonnen. Später sei das Gebäude der DEHAP angegriffen worden.

In der Nacht zum 18 März haben bisher unbekannte Täter am Gebäude der DEHAP Beyoglu in Istanbul sämtliche Fensterscheiben mit Steinen eingeworfen.

In verschiedenen Gemeinden Istanbuls wurden mit der Beschuldigung "Unterstützung des KADEK", sieben Mitglieder der DEHAP-Jugend und ein Verteiler der Zeitung "Yeniden Özgür Gündem" festgenommen. Beim Staatssicherheitsgericht (DGM) wurde gegen sie Haftbefehl erlassen.

Weitere 7 Parteischliessungen beantragt

Der Oberstaatsanwalt beim Kassationsgerichtshof, Kanadoglu, hat gegen 7 weitere Parteien der Türkei eine Antrag auf Schliessung durch das Verfassungsgericht gestellt.

Folgende Parteien sind betroffen: Devrimci Sosyalist Isci Partisi, Türkiye Özürlüsüyle Mutludur Partisi, Türkiye Adalet Partisi, Adalet Partisi, Anayol Partisi und die Türkiye Sosyalist Isci Partisi. Er sei durch die Rechtslage der Türkei dazu gezwungen, ein Schliessungsverfahren zu eröffnen, sagte er zu seiner Rechtfertigung.

(ÖP, 17/19.3., ISKU)

Newroz im Schatten des Krieges

Aus verschiedenen Ländern Europas sind auch dieses Jahr Delegationen in die kurdischen Provinzen und Metropolen der Türkei gefahren, um die dortigen Newroz-Feierlichkeiten zu beobachten. Insgesamt sind es ca. 150 Personen, die verschiedene demokratische Massenorganisationen wie die DEHAP, den Menschenrechtsverein IHD und die kurdischen Bürgermeisterämter besuchen. Aufgrund des Beginns der Irak-Intervention herrscht angespanntes Warten.

Wie bekannt wurde, ist Delegationen die Einfahrt nach Hakkari und Sirnak an der irakischen Grenze sowie den Kreis Nusaybin bei Mardin verweigert worden.

Die Newroz-Feiern sind an den meisten Orten bereits genehmigt worden. Aufgrund des Kriegsbeginns ist jedoch insbesondere in den kurdischen Provinzen mit einer Annullierung der Genehmigung oder mit einem Verbot des geplanten Kulturprogramms zu rechnen. Die entgültige Entscheidung wird heute auf einer Sitzung im Innenministerium getroffen werden.

Wie uns über DEHAP-Vertreter mitgeteilt wurde, ist die Bevölkerung trotz der aktuellen Situation entschlossen das diesjährige Newroz im Geiste von Frieden, Freiheit und Demokratie zu begehen und ein Zeichen gegen Krieg und Isolation zu setzen. Es herrscht jedoch die Befürchtung, dass versucht wird, die Newroz-Feiern zu behindern und ein solches Vorgehen zu ungewollten Vorfällen führen könnte.

Von den europäischen Delegationen wurde scharf kritisiert, dass eine Beobachtung des Ablaufes der Newroz-Feierlichkeiten in der Grenzregion nicht gestattet worden ist. Sie mussten ihr Programm kurzfristig ändern und haben ihre Hoffnung ausgedrückt, dass die Feiern nicht behindert werden.

Weiterhin wurde bekannt, dass insbesondere Mitglieder des DEHAP-Jugendverbandes, der einen Großteil der Organisationsarbeit zu Newroz übernommen hat, schwerer Repression ausgesetzt ist. Es ist bereits zu vielen Festnahmen gekommen.

(HADEP-Infobüro Europa 20.3.)

Newrozfeiern haben begonnen

Vor allem in den Städten Istanbul, Adana, Batman, Amed und Van wurden in den letzten Tagen schon Protestkundgebungen gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans und für Newroz durchgeführt. Im Stadtteil Bagcilar in Istanbul gab die Polizei Warnschüsse ab, um eine Protestversammlung aufzulösen.

Am 20. März kam es in vielen Städten zu Festnahmen. So wurde in Van bei einer Newrozkundgebung mit 250 Schüler, die sich gegen die Isolation und Krieg richtete, 35 festgenommen

Erste Verbote von Newrozfeiern in der Türkei und Kurdistan

In Agri, Kars, Tatvan, Erzincan, Siirt und Manisa erteilte der jeweilige Vali keine Genehmigung, Newroz zu feiern. In Cizre wurde der Antrag auf eine Newrozfeier mit der Begründung "Krieg" abgelehnt. *(ÖP/DIHA,18.-20.3., ISKU)*

seitdem verschwunden. Der Vater Mehmet Babat hat die Staatsanwaltschaft, die Sicherheitsbehörden und den IHD (Menschenrechtsverein) eingeschaltet. *(DIHA, 20.3., ISKU)*

Aus Protest gegen den F-Typ angezündet

Hasan Tahsin Akgün, der sich vor ein paar Tagen aus Protest gegen die F-Typ Gefängnisse selbst angezündet hat, ist am 20. März gestorben. Der 23. jährige war seit zwei Jahren im F-Typ Gefängnis Tekirdag inhaftiert. Am 27. Februar starb Orhan Ugur der sich nach 518 Tagen Todesfasten ebenfalls im F-Typ Gefängnis Tegirdag angezündet hat.

(Bianet, 20.3., ISKU)

PJA: Newroz muss ein Tag des Aufstands für den Frieden werden

In einer Erklärung der Partei der Freien Frau (PJA) für das morgige Newrozfest wird bekräftigt, die Völker des Mittleren Ostens sollten Newroz als "Aufstand für den Frieden" feiern und gegen die Besetzung des Südens Kurdistans aktiv werden. Die Feiern sollten sich auch gegen die Vorherrschaft der Leugnungs- und Vernichtungspolitik wenden.

(DIHA, 20.3., ISKU)

Antikriegsaktionen im ganzen Land

Am 20. März haben in Kurdistan und der Türkei in vielen Städten Antikriegsaktionen stattgefunden. In Istanbul kam es am Abend zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Kriegsgegnern. Die Polizei setzte Tränengas ein. Es gab viele Festnahmen. *(DIHA, 20.3., ISKU)*

Termine:

NEWROZ Frieden, Freiheit, Völkerverständigung
Europaweite Demonstration am 22. März in Frankfurt

Beginn 12 Uhr Opernplatz und Bockenheimer Warte. Die anschließende Kundgebung wird um 14 Uhr am Messegelände E beginnen. Das Ende der Veranstaltung ist für 19 Uhr vorgesehen.

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 98
28. März 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Cemil Bayik zur Rolle des kurdischen Volkes im Krieg im Mittleren Osten

"Zentrum der Intervention"

Zusammenfassung eines Interviews mit Cemil Bayik, einem Mitglied des KADEK-Präsidialrats, über die möglichen Entwicklungen nach der von den USA geführten Invasion im Irak. Die Hauptthemen sind die Äusserungen von KDP und PUK gegenüber der Türkei, die innerkurdischen Beziehungen, die Situation der Menschen in Südkurdistan sowie die Haltung des KADEK zu diesen Entwicklungen.

Die US-geführte Intervention
Die Ersetzung von Clinton durch Bush war Audruck der Notwendigkeit, dass kapitalistische System radikal zu verändern. Die militärische Intervention im Irak ist der Beginn dieser radikalen Änderung. Die zunehmende Verweigerung von Deutschland Frankreich und Russland ist eine Antwort auf die Tatsache, dass "die neue Weltordnung darauf aufbaut, diese Länder zu ignorieren." Diese Kräfte akzeptieren die Initiative der USA und Großbritanniens nicht, die ihre Rolle in der neuen Weltordnung bestimmen wollen.
Im Mittleren Osten gibt es ein ähnliches Problem. Der Grund für die langsame Reaktion der Türkei auf die Anforderungen der USA und für das Unbehagen der US-Verbündeten liegt darin, dass die USA bei der Neuordnung der Region unabhängig handeln.

Die Intervention im Irak hat bereits stattgefunden. Die Kräfte, die das ablehnen, sehen mit Sorge, dass die USA den Irak als militärische, politische und ökonomische Basis nutzen wollen. Für diese Kräfte spielt es keine Rolle, ob der Krieg stattfindet oder nicht. Ihre wirklichen Interessen liegen darin zu verhindern, dass die USA den Irak als Basis nutzen. Dann läge die Initiative bei den USA, die Zukunft des Mittleren Ostens zu bestimmen.

Die Politik von Deutschland, Frankreich und Russland
Deutschland, Frankreich und Rußland haben weder Interesse an der Aufrechterhaltung des irakischen Regimes noch an der Förderung des Weltfriedens. Der Grund für ihre ablehnende Haltung zum Krieg ist die Uneinigkeit darüber, wer einen größeren Anteil an einer neugeordneten Welt bekommt. Deutschland, Frankreich und Russland wollen den gleichen Anteil wie die USA und Großbritannien.

Sollten die USA und Großbritannien dies akzeptieren, werden die drei anderen Länder ihre Ablehnung aufgeben. Aber im Moment wollen die USA und Großbritannien sie nicht als Partner akzeptieren. Die USA werden gemeinsam mit Großbritannien die neue Weltordnung aufbauen. Deutschland, Frankreich und Rußland akzeptieren dies jedoch nicht. Der Kampf zwischen diesen beiden Blöcken wird die kommenden Jahre dominieren.

Die Welt befindet sich in einem Prozess der Veränderung und Umwandlung in jede Richtung. Die militärische Intervention im Irak ist das Extrem. Der vielschichtige Kampf zwischen den imperialistischen Mächten und den unterdrückten sozialen Klassen wird die Ersetzung des alten Systems durch ein neues nicht verlangsamen. Die weltweiten Reaktionen unter der Parole "Nein zum Krieg, Ja zum Frieden" werden die USA nicht aufhalten.

Mehr noch, Deutschland, Frankreich und Rußland missbrauchen die weltweite Friedensbewegung und benutzen sie als ein Werkzeug gegen die USA. Sie werden die Friedensbewegung zurückweisen, wenn sie sich mit den USA auf einen gleichen Anteil am Mittleren Osten geeinigt haben.

Die Friedensbewegung wird die richtige Haltung entwickeln, wenn sie sich im Dienste des Proletariats, der unterdrückten Völker und der Frauen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzt. Die Ziele der Friedensbewegung sollten offen gelegt werden, damit der Umstrukturierungsprozess der Welt beschleunigt wird und grosse Kämpfe realisiert werden. Die USA können nicht alles allein bestimmen. Andere große Mächte und die Unterdrückten werden eine Rolle bei der Schaffung einer neuen Weltordnung spielen.

Die türkische Politik
Die Türkei kann sich den USA nicht widersetzen. Sie kann nur gehorchen, da das politische Regime unter vielen Problemen zusammenbricht. Die Demokratisierung, die kurdische Frage und die ökonomische und soziale Depression haben die Widerstandskraft der Türkei aufgebraucht. Ohne Unterstützung der USA wird in der Türkei alles zusammenbrechen. Der Schwerpunkt der Verhandlungen zwischen den USA und der Türkei war die ökonomische Unterstützung der Türke, was von allen in- und ausländischen Medien verstanden wurde. Die türkischen Versuche einer Intervention in Südkurdistan und die Unterstützung der Turkmenen bei der Migration in den Irak, um ein neues irakisches Regime mitbestimmen zu können, haben keine Ergebnisse gebracht. Deshalb ist die Türkei in Sorge um die eigene Situation und um die der anderen Regime in der Region. Die Intervention im Irak ist ein ernstes Thema, denn die Türkei kann dabei keine Politik gegen die USA durchsetzen.

Während die USA den Irak neu strukturieren, wollen die Türkei, die KDP und die PUK Vorteile aus ihrer Position als Bündnispartner schlagen. Die Türkei möchte als Partner der USA handeln und nennt das "strategisches Bündnis"; die USA beachten das jedoch nicht und verfolgen andere Pläne im Irak, was der Türkei Unbehagen bereitet. KDP und PUK wollen uneingeschränkte Kontrolle über Südkurdistan.

Die Türkei, Iran, Syrien und der Irak sind nicht erfreut über diese Situation. Die türkische Regierung hat die Einbeziehung der irakischen kurdischen Parteien als Kriegsgrund bezeichnet. Die Türkei toleriert keine Politik, die eine föderale Struktur im Irak stützt. Die Türkei, die KDP und die PUK können sich auf keine gemeinsame Politik einigen.

Die Türkei, die USA und das kurdische Volk
Die USA spielen eine ausgleichenden Rolle; sie sorgen für Einigkeit zwischen den Kräften und sorgen gleichzeitig dafür, dass keine Seite besonders initiativ werden kann. Es mag zeitweise Einigkeit geben, was weder die Türkei noch KDP und PUK befriedigen wird. Aber die Türkei, KDP und PUK werden akzeptieren, was immer die USA will, sie haben keine Chance, die USA zu zwingen, ihren Interessen zu dienen!

Die USA werden die Situation mit einem temporären Übereinkommen lösen, bis die Intervention im Irak erfolgreich war, und danach ihren eigenen Plan vollständig umsetzen. In dieser Phase ist es für die USA opportun, alte Verbündete zu ignorieren und neue zu gewinnen.

Fortsetzung auf Seite 2

Meldungen

Gemeinsame Demonstration gegen Krieg und USA
Ein breites Bündnis von EMEP, TKP, DEHAP, dem Gewerkschaftsverband (KESK, DISK) und Einzelgewerkschaften wie SES bis hin zum Menschenrechtsverein IHD organisierte heute eine Demonstration vom Taksimplatz nach Dolmabahce. Die heutige Demonstration richtet sich gegen die USA, den Krieg gegen den Irak und die Unterstützung durch die türkische Regierung. *(DIHA, 27.3., ISKU)*

Hohe Geldstrafen und Erscheinungsverbot für "Yeniden Özgür Gündem"
In drei verschiedenen Verfahren beim Staatssicherheitsgerichthof Istanbul wurden 2 Tage Erscheinungsverbot und 7 Mrd. 715 Mil 263.000 TL Geldstrafe verhängt. Die Verfahren betreffen Erklärungen von Osman Öcalan, die in der Zeitung Yeniden Özgür Gündem dokumentiert wurden. Dies sei ein Verstoss gegen das Terrorismus-Bekämpfung-Gesetz, so die Anklage.
Das 3. Verfahren wurde wegen eines Berichts über die DEHAP vor den Parlamentswahlen im letzten November eröffnet. Der Anwalt der Zeitung kündigte Berufung an. (1 Euro entspricht zur Zeit einem Wert von ca. 1.800.000 TL)
(DIHA, 27.3., ISKU)

Erneuter DEP-Pozess
Am morgigen Freitag wird der erste Verhandlungstag des wiederaufgenommenen DEP-Verfahrens stattffinden.
Die ehemaligen Abgeordneten (Leyla Zana u.a.) des türkischen Parlaments sitzen seit 9 Jahren in Haft, weil sie sich im Parlament zu ihrer kurdischen Identität bekannt hatten. Mit der Rechtsangleichung der Türkei an europäische Standards für die EU-Aufnahme wurde jetzt eine erneute Verhandlung vor türkischen Gerichten erreicht. Der Anwalt wird Freispruch für die Inhaftierten fordern. *(DIHA, 27.3., ISKU)*

Wieder Kontrollstellen des Militärs
Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen hat das türkische Militär nach der Beendigung des Ausnahmezustandes Ende November 2002 jetzt in der Region Sirnak erneut Kontrollstellen eingerichtet. Auf der Verbindungs-

Südkurdisches Flüchtlingslager massiv vom Irak-Krieg betroffen

Erneuter Hilferuf aus Maxmur

Das Camp Maxmur, die Heimat von etwa 10.000 kurdischen Flüchtlingem aus der Türkei, liegt in der Mitte des Dreiecks Musul-Kirkuk-Erbil, wo derzeit heftige Kampfhandlungen stattfinden. Am Morgen des 25. März gelang es uns, einen telefonischen Kontakt zu einem Vertreter der Selbstverwaltung der Flüchtlinge herzustellen. Dieser teilte uns mit, dass im Camp Artilleriefeuer deutlich zu hören ist und dass die Flüchtlinge in einem Gebiet eingeschlossen seien, in dem in den nächsen Tagen schwere bewaffnete Auseinandersetzungen befürchtet werden. Die Mehrzahl der Menchen im Camp sind mittellose Frauen und Kinder, die ihre Häuser durch die Zerstörung kurdischer Dörfer seitens der Türkei in den neunziger Jahren verlore haben.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges forderten offizielle Stellen aus den USA HelferInnen und MitarbeiterInnen Internationaler Institutionen auf, das Land zu verlassen. Die UN-Mitarbeiter in Maxmur verliessen sofort das Camp, ohne dessen BewohnerInnen darüber zu informieren. Vor Ausbruch des Krieges verfassten die BewohnerInnen des Camps eine Reihe von Petitionen, in denen die UN-Mitarbeiter aufgefordert wurden, für ihre Sicherheit zu sorgen; sie bekamen darauf jedoch keine Reaktion.

Das Camp ist nun völlständig von der Aussenwelt abgeschnitten. Die BewohnerInnen können das Camp nicht verlassen und niemand von aussen kommt herein. Es gibt keine Person oder Institution, an die sich die Flüchtlinge, die in Ungewissheit und ohne Garantien bezüglich ihrer Sicherheit leben müssen, mit ihren Interessen wenden können.

Vor dem Ausbruch des Krieges wurde das Camp regelmäßig vom UNHCR mit Nahrungsmittelhilfe versorgt. Die Versorgung mit Nahrung und medizinischer Hilfe brach vollständig zusammen, als die UN-Mitarbeiter und auch das medizinische Personal des UNHCR das Camp verliessen. Sollten sich die Kämpfe in die Länge ziehen, werden die BewohnerInnen des Camps mit einer dramatischen Nahrungsmittelknappheit konfrontiert sein.

Ein Sprecher des Camps, mit dem wir heute Morgen in Kontakt standen, wies darauf hin, dass das Camp mit Nahrung und Medikmenten versorgt werden muss, falls der Krieg andauert und machte darauf aufmerksam, dass die UN dazu verpflichtet sind, von den Kriegsparteien Garantien zu verlangen, dass den wehrlosen ZivilistInnen im Camp kein Schaden zugefügt wird.

Der Sprecher führte weiter aus, das sie unter den gegebenen Umständen nur zwei Optionen hätten. Zum einen könnten sie in die Türkei zurückkehren - in das Land aus dem sie einst geflohen waren - falls die türkische Regierung ihre Haltung bezüglich der Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen offenlegt und Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternimmt. Andernfalls müssten sie die momentane Kriegsatmosphäre aushalten; unter der Bedingung, dass für die Sicherheit und die Versorgung der Camp-BewohnerInnen gesorgt wird. Der Vertreter fügte hinzu, dass sie nicht in der Lage seien, sich selbst zu verteidigen und dass auch keine schützende Kraft in Sicht sei, falls die Kämpfe das Camp direkt betreffen sollten.

Es ist jetzt unumgänglich, dass die UN und alle relevanten humanistichen Institutionen sofortige Schritte unternehmen, um den Flüchtlingen, die in einem fremden Land in den Kriegswirren gefangen sind, die notwendige materielle und moralische Unterstützung zu gewähren. Wir fordern daher alle auf, ihre Verantwortung wahrzunehemn, bevor es zu spät ist.

Dringende Forerungen:

- Die UN müssen sofort Garantien von den Kriegsparteien einholen, dass die Sicherheit der Camp-BewohnerInnen gewährleistet ist

- Falls die Kämpfe nicht zu einem schnellen Ende kommen, müssen die UN und das IKRK die Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung des Camps sicherstellen

- ein Arzt muss so schnell wie möglich bereitgestellt werden, um die dringendsten Fälle zu versorgen

Internationale Stiftung der Freien Frauen, 25.3.

"Zentrum der Intervention" - Fortsetzung von Seite 1

Es ist unmöglich, langfristige Übereinkommen zwischen USA und Türkei, USA und KDP, USA und PUK oder USA und KDP und PUK zu treffen. Die USA werden alle teilweise zufriedenstellen.In der Konsequenz sind alle Versuche dieser Kräfte, zukunftsfähige, einschneidende und detaillierte Abkommen zu erzielen, zum Scheitern verurteilt. Eine grosse Macht wie die USA kann nicht die Türkei, die KDP oder die PUK als gleichwertige Partner akzeptieren. Sie akzeptieren noch nicht einmal Deutschland, Frankreich und Russland.

Die Intervention im Irak und die zu erwartenden Ergebnisse

Die Intervention im Irak wird den Zusammenbruch der jetzige Sozialstrukturen mit ihrem niedrigen Bildungsniveau beschleunigen; sie wird dem dumpfen Nationalismus von KDP und PUK den Boden entziehen. In den letzten 12 Jahren, seit dem letzten Golfkrieg, haben sich in Folge der wissenschaftlich-technischen und politischen Entwicklung die ungebildeten Sozialstrukturen merklich zurückgebildet. Der dumpfe Nationalismus kann nicht mehr existieren. KDP und PUK müssen sich aus diesem Grund verändern oder sie werden ihren Einfluß verlieren. Die objektiven Bedingungen für eine zeitgemässe politische Linie und eine demokratische Entwicklung wachsen in Südkurdistan. Es ist trotz der Bemühungen von KDP und PUK unmöglich, auf diese alte Art und Weise weiterzuleben, insbesondere nach der Intervention. Obwohl KDP und PUK dumpfe Nationalisten und Unterdrücker sind, nennen sie sich selbst demokratisch. Das ist das Ergebnis veränderter Bedingungen. Aber Worte allein reichen nicht.

Die Risiken für die KurdInnen

Die USA werden mit der Intervention im Irak nicht zufrieden sein. Sie haben die Intervention in weitere Länder der Region geplant, einschließlich des Iran. Die Ausweitung des Krieges ist sehr wahrscheinlich. Das wird am stärksten die KurdInnen betreffen. Die Beteiligung der Türkei an der Intervention im Irak und die Pläne, Syrien und den Irak als nächstes ins Visier zu nehmen, machen Kurdistan zum Zentrum der Intervention. Durch ihr widersprüchliche Umfeld stehen die KurdInnen im Zentrum des Krieges. Insbesondere wenn die USA den Willen der Völker ignorieren und keine demokratische Lösung zulassen, ist ein Krieg unausweichlich, der nicht nur den KADEK, sondern alle KurdInnen einschließt.

Die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges wird von vielen gesehen. Wenn man bedenkt, dass zwei Staaten mit kurdischen Gebieten das Ziel von zwei verschiedenen Angriffsplänen sind und dazu die Beteiligung der Türkei an der Intervention sieht, ist ein hohes Risiko offensichtlich, dass Kurdistan zum Zentrum des Krieges wird. Das würde für die KurdInnen die Existenzfrage stellen. Um Erfolg zu haben brauchen die KurdInnen eine starke Führung. Alle kurdischen Kräfte, insbesondere der KADEK, stehen vor dieser historischen Verantwortung. Ich rufe alle nationalen Kräfte auf, auf einer gemeinsamen Grundlage zu handeln.

(ÖP, 18./19.3., ISKU)

strasse Sirnak - Cizre (40 Km) wurden 4 Kontrollstellen eingerichtet; ebenso gibt es Kontrollstellen auf der Strasse Idil - Sirnak und auf der Strasse Cizre - Silopi Richtung Grenzübergang Habur.

In der Provinz Sirnak wurden mehrere Gebiete zu militärischem Gebiet erklärt...

(ÖP, 20.3., ISKU)

HPG werden die Flüchtlinge in ihrem Gebiet verteidigen

Die Volksverteidigungskräfte (HPG) teilten mit, dass die Flüchtlinge, die in das Gebiet der HPG fliehen, alle mögliche Hilfe erhalten. Etwa 5000 KurdInnen aus den Zentren Kirkuk und Musul sind bisher wegen der möglichen Angriffe mit chemischen Waffen in die Gebiete Ciyaye Spi, Gare und Metina geflohen. Von HPG und KDP wurde aufgerufen, das die Bevölkerung innerhalb der kurdischen Gebiete bleiben und nicht über die Grenze in den Iran oder die Türkei fliehen soll. Bisher ist eine Zahl von ca. 1000 Familien bekannt, die auf der Flucht sind und in die Gebiete Batuka, Berkariye und Vanike geflohen sind.

(ÖP, 21.3., ISKU)

Türkei-Bericht des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat seinen Bericht über die Türkei vorgelegt, der wegen des Aufnahmeantrags der Türkei in die EU erstellt wurde. Der Bericht wird jetzt in den Kommissionen für Aussenbeziehungen, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik diskutiert. Im Bericht heisst es unter anderem, die Kurdische Frage müsse gelöst werden, die Armee müsse unter zivile Kontrolle gestellt werden, der Nationale Sicherheitsrat müsse aufgehoben werden und die im Jahr 2001 begonnenen Reformen müssten entschieden weiter geführt werden. *(ÖP, 26.3., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 e-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **PGA Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 99
04. April 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wir dokumentieren die Erklärung der Partei der Freien Frau (PJA) zum 4. April

An alle, die für Freiheit und Frieden sind

Das einjährige Jubiläum der Gründung des Kongresses für Freiheit und Demokratie Kurdistan (KADEK) begehen wir in einer Zeit, in der im Irak-Krieg zunehmend Tod und Verwüstung herrschen. Das dadurch verursachte Leid erfüllt uns mit Trauer und Wut. Mit der Gründung des KADEK am 4. April 2002 ist die Hoffnung auf eine neue Politik entstanden, die im 21. Jahrhundert auf der Freiheit und Gleichheit der Frauen und Völker aufbaut. Der 4. April ist außerdem der Geburtstag unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der über dreißig Jahre hinweg mit der PKK den Befreiungskampf angeführt hat.

Den 4. April begehen wir aus diesen beiden historischen Gründen mit Hoffnung und Begeisterung. Genau in dieser Zeit wird unser Land Kurdistan mit dem Irak-Krieg zum Zentrum der politischen Bühne. Als Frauen und Kurdinnen wissen wir nur zu gut, was Krieg bedeutet. Wie schon in der Geschichte ist der Mittlere Osten auch heute für die imperialistischen Kräfte in wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht ein wichtiges Zentrum. Kurdistan besitzt aufgrund seiner geostrategischen Lage eine große Bedeutung. Diese Situation ist nichts neues, denn bereits im ersten und zweiten Weltaufteilungskrieg herrschte ein ähnliches Szenario.

Bereits im Vorfeld des Kriegsbeginns wurde monatelang unser Vorsitzender Abdullah Öcalan von der Außenwelt isoliert. Diese Isolation ist Teil des Krieges in der Region und der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk. Mit den Perspektiven, die Abdullah Öcalan uns gegeben hat, haben wir als PJA und KADEK immer für Frieden und Demokratie plädiert. Wir sind entschlossen, diese Politik fortzusetzen.

Die KurdInnen waren niemals BefürworterInnen von Krieg. Immer wurde der Krieg ihnen von außen aufgedrängt. Auch heute soll in diesem Krieg Kurdistan als eine vorübergehende Brücke genutzt werden. Um zu vermeiden, dass die kurdische Frage von den herrschenden Kräften für ihre eigenen Profite benutzt wird, betrachtet der KADEK seinen Kampf nicht nur auf das kurdische Volk begrenzt. Aufgrund der stabilisierenden Auswirkung einer Lösung der kurdischen Frage auf den Mittleren Osten ist der KADEK davon überzeugt, dass eine Lösung im Interesse aller Völker der Region liegt und zur Völkerfreundschaft beitragen wird. Eine Demokratisierung im Mittleren Osten beginnt mit der Anerkennung der kurdischen Identität in den vier wichtigsten Ländern der Region Türkei, Iran, Irak und Syrien, wo die kurdische Bevölkerung dem undemokratischen Vorgehen des Staates ausgesetzt ist. Wenn der Krieg im Mittleren Osten wirklich gestoppt werden soll, muss die kurdische Frage gelöst werden. Wichtig ist dabei, dass die Türkei sich an die Abkommen hält, die sie mit westlichen Ländern und internationalen Einrichtungen geschlossen hat. Um Südkurdistan (Nordirak) zu besetzen, führt die Türkei die kurdische Frage als Begründung an. Die ungelöste kurdische Frage ist ein Grund für die Instabilität in der Region.



Frauenaktion in Istanbul 2.April

Der Irak-Krieg lässt sich nicht nur mit "Blut für Öl" erklären. Weder das Saddam-Regime noch der US-Imperialismus führen zu Demokratie im Mittleren Osten. Im Manifest der demokratischen Zivilisation, das von unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan geschrieben und für den KADEK richtungsweisend ist, wird eine Entwicklung der Demokratie auf der Basis des demokratischen Willens der Völker vertreten. Dem Staat fällt in diesem Modell nur noch die Rolle eines Verwaltungsorgans zur Koordinierung der Zivilgesellschaft mit ihrer Unterschiedlichkeit zu.

Immer noch werden im Mittleren Osten Frauen, Völker und Kulturen von monarchischen und theokratischen Staaten unterdrückt. Amerikanische und europäische Staaten sind in den Krieg getreten, obwohl ihre Bevölkerung sich gegen eine Kriegsbeteiligung ausspricht. Die kriegsführenden Staaten verteidigen ihre Militärintervention im Namen des Volkes. Im 21. Jahrhundert muss sowohl im Osten als auch im Westen die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft neu geordnet werden. In Hinsicht auf die völlige Missachtung des Willens der Bevölkerung im Mittleren Osten, in Amerika und Europa in bezug auf den Irak-Krieg, müssen wir die Brücken der Solidarität zwischen den Völkern stärken.

Frauen stehen dem Frieden näher und müssen sich an der Friedenspolitik aktiv beteiligen, indem sie die Solidarität untereinander stärken. Wichtig ist es in dieser Phase, dass sie mit internationalen und regionalen Organisationsformen den Krieg aus Frauensicht analysieren und zu einer gemeinsamen Ansichtsweise kommen. Unserer Meinung nach ist Krieg ein Mittel der Herrschaft. In der Geschichte hat der erste Krieg mit der Versklavung von Frauen zu Beginn des patriarchalen Herrschaftssystems begonnen. Kriege sind Quelle von Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Entstanden sind sie mit der ungerechten und ungleichen Politik des Mannes Frauen gegenüber.

Mit diesem historischen Bewusstsein betrachten wir auch den aktuellen Krieg. Aus diesem Grund wollen wir als Frauenpartei mit allen Frauen weltweit ein Konzept für einen neuen Gesellschaftsvertrag diskutieren, in dem es um einen neuen Vertrag der Frau mit der Gesellschaft, der Natur und dem Leben geht. Eine Lösung für das Problem Krieg zu finden, sehen wir für kurdische Frauen nicht nur für das bloße physische Überleben, sondern für ein menschenwürdiges Leben als wichtig an.

Als im KADEK organisierte Frauen messen wir der Tatsache historischen Wert bei, dass unser Kongress die Frauenbefreiung als Grundstein für die Gesamtbefreiung betrachtet und sich dieses Prinzip zum Programm gemacht hat. Deshalb beglückwünschen wir alle Frauen und Völker zum ersten Jahrestag der KADEK-Gründung.

Und wir feiern den 54. Geburtstag unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der die Frau als Hauptkraft für eine freie und demokratische Zukunft betrachtet und uns Freund und Genosse ist. Eine demokratische und friedliche Zukunft kann es nur für die geben, die den Frauen freundschaftlich verbunden sind. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat damit die Zukunft gewonnen.

Es lebe der KADEK!
Es lebe die PJA!
Es lebe die freie Einheit der Völker!
Nieder mit jeder Art von Herrschaft und Gewalt!

(PJA, 4.4.)

Meldungen

Kein Besuch bei Abdullah Öcalan

Auch am Mittwoch den 2.4, erhielten die Anwälte und Familienmitglieder von Abddullah Öcalan keine Erlaubnis für die Überfahrt zur Gefängnisinsel Imrali. Als Grund wurde wieder "schlechtes Wetter" angegeben. In mehreren Orten verteilten deshalb Frauen der DEHAP Blumen als Symbol des Friedens gegen den Krieg im Irak und gegen die Isolationshaft. In Mardin und Batman wurden dabei 5 Personen festgenommen. *(DIHA, 2.4., ISKU)*

Wieder Erscheinungsverbot

Wegen Berichterstattung über den Besuch der Anwälte mit A. Öcalan und der dadurch angeblichen "Gefährdung der nationalen Sicherheit" wurde gegen die Zeitung "Yeniden Özgür Gündem" ein 5-tägiges Erscheinungsverbot verhängt. *(DIHA, 2.4., ISKU)*

Neue Verfahren

Gegen 18 Inhaftierte KADEK-Inhaftierte im E-Typ Gefängnis Mus wurde wegen Unterstützung der KADEK ein Verfahren eröffnet. Sie hatten aus Protest gegen Haftbedingungen Abdullah Öcalans einen Hungerstreik begonnen. *(DIHA, 1.4., ISKU)*

Kein Ergebnis im Prozess wegen Gefängnisverbrechen

Im Jahr 1996 wurden im E-Typ Gefängnis Diyarbakir von Wachpersonal und anderen Sicherheitskräften bei einem Angriff auf die Gefangenen 10 Gefangene erschlagen und 23 weitere verletzt. Von den 72 deswegen vor Gericht stehenden Sicherheitskräften wurde auch bei der heutigen Gerichtsverhandlung noch keiner verurteilt. *(DIHA, 31.3., ISKU)*

"Wir erwarten die Freilassung"

In der ersten Verhandlung beim Staatssicherheitsgericht in Ankara gegen die ehemaligen DEP-Abgeordneten um Leyla Zana fasste das Gericht den Beschluss, die Inhaftierten nicht freizulassen, wie es der Anwalt gefordert und erwartet hatte. Die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde im Rahmen der Rechtsangleichung an Europäische Rechtsnormen möglich. Der Anwalt sagte, er hoffe auf eine Freilassung im Lauf der nächsten Verhandlungen.

Eine Beobachtergruppe von Abgeordneten des Europaparlaments verurteilte den Beschluss des Gerichts. Der Prozess wurde auf den 25. April vertagt. *(ÖP, 30.3., ISKU)*

Verstärkte Repression gegen DEHAP

Seit dem Schliessungsurteil gegen die HADEP durch das türkische Verfassungsgericht und den am selben Tag eingereichte Verbotsantrag gegen die DEHAP beim gleichen Gericht dauern die Festnahmen und Verhaftungen gegen die Partei ohne Unterbrechung an. Die Repression gegen die Partei hätten seit dem Zeitpunkt der Wahlen im November begonnen und erstreckten sich vom Zentralen Komitee bis zu den Ortsverbänden, sagte Generalsekretär N. Sönmez in einem Gespräch mit der Zeitung Özgür Politika. Vor allem seit den Protesten gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans und gegen den Krieg habe sich das Ausmass der Unterdrückung verschärft. Er erinnerte daran, dass Hunderte Mitglieder, darunter viele Vorsitzende von Kreis- und Provinzverbänden, festgenommen oder in Haft seien. Der Kampf dagegen auf rechtlichem Weg werde weitergehen. Die Verfolgungsmassnahmen seien nicht rechtlich begründet, sondern politisch. Keines der Leitungsmitglieder sei bisher rechtskräftig verurteilt.

Einige Beispiele der letzten Woche

- Weil er in einer Rede beim Kongress der DEHAP im Kreis Tarsus die Formulierung " Sayin Öcalan" (Werter Öcalan) verwendet hatte, wurde der DEHAP-Kreisvorsitzende A. Bilgic verhaftet.
- Beim Verteilen von Flugblättern gegen den Krieg wurden in Aydin 11 Personen festgenommen und mit der Begründung "Unterstützung des KADEK" in Haft genommen. Zwei der Inhaftierten wurden jetzt aus der Haft entlassen.
- Wegen "Widerstand gegen die Polizei" bei einer öffentlichen Presseerklärung am 8. März wurde in Van der frühere Provinz-Verantwortliche der HADEP B. Aslan und das Gemeinderatsmitglied C. Kara zu jeweils 10 Monaten Haft verurteilt.
- Im Kreis Yüksekova/Hakkari wurden im Rahmen von Polizeiaktionen in mehreren Häusern etwa 20 Personen festgenommen.
- Nach einem Solidaritätsabend des Kreisverbandes Karakocan der HADEP für die Bevölkerung in Karakocan wurden die 7 Mitglieder des Veranstaltungskomitees wegen des Abspielens kurdischer Lieder zu jeweils 1 Mrd. 100 Millionen TL Geldstrafe verurteilt. (1 Euro entspricht ca. 1.800.00 TL)
- Der Generalstaatsanwalt in Agri hat ein Untersuchungsverfahren wegen der Newrozfeier eröffnet. Aufgrund dieses Verfahrens wurde R. Cörmek, Leitungsmitglied der Zentralen DEHAP-Frauen - Kommission jetzt festgenommen.
- In Karakocan/ Elazig wurde gegen die sieben Mitglieder des Newroz-Organisationskomitees ein Gerichtsverfahren eröffnet. Sie hätten durch kurdische Ansprachen und Spielen kurdischer Lieder einen Verstoss gegen das "Gesetz politischer Parteien" begangen.

Am 1. April hat das türkische Verfassungsgericht den Antrag auf Schliessung der DEHAP zur Verhandlung angenommen. Die Anklageschrift werde der DEHAP zugestellt .

(DIHA/ÖP, 29.3 - 2.4., ISKU)

Proteste nach Tomahawk-Einschlägen

Die Wut vieler Menschen über den Irak-Krieg entlädt sich in den kurdischen Gebieten der Türkei zunehmend in gewalttätigen Übergriffen gegen US-Truppen. Nachdem Freitag nacht bereits die dritte fehlgeleitete Tomahawk-Rakete in der Nähe der osttürkischen Stadt Sanliurfa einschlug, kam es am Wochenende zu heftigen Protesten. Ein US-Inspektorenteam, das die Trümmer der nicht explodierten Rakete sichten wollte, wurde am Samstag mit Eiern und Steinen angegriffen. Erst mit Eintreffen der türkischen Armee wurden die wütenden Dorfbewohner vertrieben.

Bereits Anfang vergangener Woche war es in Sanliurfa trotz völligen Demonstrationsverbots in den kurdischen Gebieten zu einer Spontankundgebung gegen den Krieg gekommen, als zwei Tomahawk-Raketen in ein Erdnußfeld vor der Stadt einschlugen und eine davon explodierte.

Bis zur Klärung der Absturzursache hat die türkische Regierung den türkischen Luftraum für die ferngelenkte US-Raketen, die von Flugzeugträgern abgeschossen werden, gesperrt. Die US-Armee hat unterdessen angekündigt, die Bauern für den entstandenen Schaden zu entschädigen.

Auch am Sonntag flogen Steine gegen einen Konvoi von rund 40 US-Militärlastwagen, der über Sanliurfa zum US-Stützpunkt nach Kiziltepe nahe der syrischen Grenze unterwegs war. Mehrere LKW wurden bei dem Überfall beschädigt. Als die türkische Armee eintraf, waren die Angreifer bereits verschwunden.

(jW, 1.4., ISKU)

Neues Sparpaket

Nach dem Ausbleiben des amerikanischen Entschädigungspaket für die Kriegsschäden hat die Regierung weitere Sparbeschlüsse gefasst. Durch eine Ausgabensperre und Kürzung von Investitionen sollen 4 Trillionen TL eingespart werden. Gleichzeitig wurde eine Änderung des Gesetzes zur Frühverrentung von Beschäftigten in staatlichen Betrieben, die Verabschiedung der einmaligen Sondersteuern auf Grundstücke und Autos sowie den Übergang des Alkohol- und Tabakproduzenten Tekel an die Privatisierungsverwaltung angekündigt. Der Türkei-Vertreter des IMF Odd Per Brekk verkündete, dass mit diesen Maßnahmen alle noch verbliebenen Auseinandersetzungen zwischen IMF und Türkei geklärt seien. Es wird vermutet, dass Mitte April das IMF die Freigabe der ausstehenden Kreditrate in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar beschließt. *(Aksam, 25.3., ISKU)*

Strafe für Solidarität mit PKK

Die Teilnehmer einer bundesweiten Solidarisierungskampagne mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) dürfen bestraft werden. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am Freitag in einem Pilotverfahren.

Die Bundesrichter billigten eine Geldstrafe von 600 Euro (60 Tagessätze) gegen eine 29 Jahre alte Kurdin wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

Sie hatte - wie bundesweit rund 40 000 Unterstützer - im Frühjahr 2001 aus Protest gegen das Verbot der PKK eine Erklärung mit der Überschrift "Auch ich bin PKK'ler" unterzeichnet. Der BGH sah in der Verurteilung keine Verletzung des Grundrechts der Meinungsfreiheit. (AZ: 3 StR 277/02)

Mit der europaweiten "Identitätskampagne" hatte der Präsidialrat der PKK eine Unterschriftenaktion initiiert, die Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) zur Aufhebung des Betätigungsverbotes aufforderte. Die Angeklagte hatte mit 273 weiteren Demonstranten ihre Erklärung bei einer Kundgebung vor dem Landtag in Düsseldorf abgegeben.

Der BGH bestätigte die Argumentation des Landgerichts Düsseldorf. Danach ist die Forderung nach einer Aufhebung des Verbots zwar von der Meinungsfreiheit geschützt. Allerdings habe sie mit der demonstrativen Erklärung, dieses Verbot nicht anzuerkennen, im Rahmen einer von der PKK gesteuerten Aktion zum Ungehorsam gegen das Verbot aufgefordert. In diesem Appell liege ein Verstoß gegen das vereinsrechtliche Betätigungsverbot. Damit müssen nun auch weitere Angeklagten mit einer Verurteilung rechnen.

(FR, 29.3., ISKU)

Susurluk Verfahren hat begonnen

Nachdem S.E. Bucak im November letzten Jahres nicht wieder ins Parlament gewählt wurde, konnte jetzt, nach 5 Jahren in Zusammenhang mit Susurluk, das Verfahren gegen S.E. Bucak vor dem Landgericht begonnen werden.

(DIHA, 2.4., ISKU)

Rechtssieg für einen Gewerkschafter

Der ehemalige Vorsitzende der Egitim-Sen in Van H. Ciftci, wurde wegen einem Treffen mit der Gewerkschaft pensionierter Erzieher in Italien zuerst strafversetzt, dann wegen einer Rede in Medya TV vom Dienst suspendiert und es wurde ein Verfahren gegen Ihn eröffnet. Den angestrengten Rechtskampf dagegen hat Ciftci jetzt gewonnen.

(DIHA, 30.3., ISKU)

Verletzte bei Antikriegsaktionen

Bei einer Protestkundgebung der Emek-Jugend am Taksim gegen den Krieg wurde bei heftigen Polizeieinsätzen gegen die Kundgebung eine grosse Zahl von Teilnehmern der Gruppe verletzt.

(DIHA, 30.3., ISKU)

Neue Zweigstelle

Die Frauen-Koperative Amargi, die bisher nur in Istanbul vertreten war, hat jetzt in Adana eine Zweigstelle eröffnen können.

(DIHA, 30.3., ISKU)

Brotspenden

Der Oberbürgermeister der Stadt Istanbul, Gürtuna, (Saadet-Partei) hat eine Kampagne "Verteilung von kostenlosem Brot" an bedürftige Istanbuler begonnen.

(DIHA, 1.4., ISKU)

Prozess beendet

Im Verfahren gegen die Polizisten, die das führende Mitglied S. Yeter der Hafenarbeiter-Gewerkschaft durch Folter umgebracht hatten, erhielt nur einer der Polizisten eine Gefängnisstrafe.

(DIHA, 1.4., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichenagentur
FR	Frankfurter Rundschau
jW	**j**unge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 100
11. April 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Duran Kalkan:

Ziel bleibt ein demokratischer Mittlerer Osten!

Wir dokumentieren ein von uns stark gekürztes Interview mit dem Präsidialratsmitglied des KADEK, Duran Kalkan, das in der neuesten Ausgabe der kurdischen Monatszeitung Serxwebun (http://www.serxwebun.com) erschien. Vollständig ist es auf unserer Internetseite zu lesen.

Mit der Landung von amerikanischen Truppen im Nord-Irak bezwecken die Koalitionstruppen im Irak den Aufbau einer Nordfront. Kurdische Peschmergas marschieren mit amerikanischer Unterstützung auf Mosul und Kirkuk. Erste Gefechte mit irakischen Truppen bestätigen dies. Wie bewertet der KADEK die letzten Entwicklungen im Nord-Irak?
Diese Meldungen werden auch uns von verschiedenen Quellen bestätigt. Demnach fand die Landung von amerikanischen Truppen aus der Luft in Gebieten statt, die unter der Kontrolle der KDP und PUK stehen. Hierfür wurde auch der Luftraum der Türkei genutzt. In den vom KADEK kontrollierten Gebieten hingegen befinden sich keine anderen militärischen Kräfte als die eigenen. Es ist richtig, dass die Kräfte der KDP und PUK sich anschicken gegen Kirkuk und Mosul vorzurücken. Jedoch glauben wir nicht, dass dies ohne Komplikationen vonstatten gehen wird. Als KADEK lehnen wir eine kurdische Beteiligung an dem Krieg ab und verwahren uns gegen die Nutzung von kurdischem Boden für derartige Zwecke.

Mit welcher Kraft ist der KADEK heute im Nord-Irak vertreten? Wie will der KADEK diese Kraft einsetzen?
Die bewaffneten Kräfte des KADEK befinden sich sowohl im Irak als auch in den kurdischen Gebieten der Türkei. Ihre Zahl liegt über 5000. Die Hauptkraft ist in den strategischen Gebirgsregionen des Nord-Irak stationiert. Des weiteren organisiert sich in der Zivilbevölkerung der Dörfer und Städte die PCDK, die mit dem KADEK sympathisiert. Die PCDK ist beiderseits des 36. Breitengrades aktiv. Die zivilen und militärischen Kräfte des KADEK sind von keiner Seite abhängig und demnach frei in ihren Entscheidungen. Die Kraft des KADEK gründet ausschließlich auf das eigene Volk. Der KADEK verfolgt eine friedliche Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Mitteln, wobei er sich das Recht auf Selbstverteidigung vorbehält. Dabei fühlt sich der KADEK keinen anderen Werten als der Demokratie, der Freiheit und dem Geist der Völkerfreundschaft verpflichtet. Somit vertritt der KADEK im demokratischen Rahmen den freien Willen des kurdischen Volkes. Dementsprechend setzt er seine Kraft ausschließlich für oben genannte Werte ein. Dies wird er auch in Zukunft tun. Demzufolge wird sich der KADEK nicht von äußeren Interventionen oder von Kräften des Status Quo funktionalisieren lassen.

Wie steht der KADEK zu einem unabhängigen kurdischen Staat?
Der KADEK vertritt die Haltung, dass das kurdische Volk aber auch die anderen Völker der Region unabhängig und selbstbestimmt über ihre Geschicke entscheiden müssen. Dies wird sich jedoch nicht mit weiteren politisch motivierten Staatengründungen bewerkstelligen lassen. Vielmehr glauben wir, dass dies nur mit der Schaffung demokratischer Strukturen möglich wird, in denen die Freiheit des Gewissens und der Meinung respektiert bzw. die allgemeinen politischen und sozialen Rechte der Menschen gewährleistet sind. Dies betrifft nicht nur die kurdische Gesellschaft und die Türkei sondern den gesamten Mittleren Osten. Der KADEK hält die Einheit und Demokratisierung der Region auf der Basis der Freiheit der Völker für wichtiger als die Gründung eines eigenen Staates. Ein solches Vorgehen scheint hinsichtlich der Realitäten in der Region praktikabler zu sein und wird den Völkern der Region weitaus mehr nutzen.

Wie sehen die Beziehungen des KADEK zu den Einheiten von Barzani und Talabani aus? Ist hier ein Zusammenkommen möglich?
Die Beziehungen des KADEK zur KDP und PUK haben ihre eigene Besonderheit. Auf der einen Seite gründet sich diese Beziehung auf die Angehörigkeit zur selben Gesellschaft. Anderseits besteht ein Konflikt aufgrund verschiedener politischer und ideologischer Linien. Diese Beziehung bzw. dieser Konflikt drückt somit auch die Eigenheit der Verhältnisse aus, denen sich die kurdische Gesellschaft allgemein ausgesetzt sieht. In der jetzigen Situation gibt es keine weitreichende Zusammenarbeit, aber auch keinen weitreichenden Konflikt. Wenn es die gemeinsamen politischen Interessen erfordern, ist ein Zusammenkommen dieser Kräfte möglich. Dies werden die Bedingungen der nächsten Zeit zeigen.

Welche Rolle kommt ihrer Meinung nach dem KADEK im jetzigen Krieg bzw. in der Zeit danach zu? Was will der KADEK?
Der KADEK hat seit vier Jahren daraufhin gewirkt, einen Krieg mit Hilfe von als Serhildan bezeichneten Massenaktionen zu verhindern. Diese demokratische Massenbewegung hat sich nicht nur für die Demokratisierung der kurdischen Gesellschaft und der Türkei sondern auch für die Demokratisierung des gesamten Mittleren Ostens eingesetzt. Auf diese Weise sollte ein die Region übergreifender Krieg verhindert und der Aufbau eines Friedens für die gesamte Region erreicht werden. Leider müssen wir feststellen, dass hierfür die Kräfte nicht ausgereicht haben. Der Beginn des Irakkrieges ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. In dieser Hinsicht hat sich die Haltung des KADEK nicht verändert. Immer noch kämpft der KADEK für den Frieden und gegen den Krieg. Wir glauben, dass sich das im Rahmen des demokratischen Kampfes erreichen lässt. Deshalb halten wir an den demokratischen Serhildan als Mittel gegen den Krieg fest. Den Schwerpunkt hierfür sehen wir in der Türkei. Die Lösung der kurdischen Frage und die Bildung einer strategischen Einheit zwischen Türken und Kurden hat damit in unseren Augen eine Schlüsselfunktion für Frieden und Demokratisierung im Mittleren Osten. Dabei kann der Kampf der kurdischen Gesellschaft um Frieden und Demokratie eine führende Rolle spielen. Die Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg würde sich mit der Bildung eines strategischen Bündnisses zwischen Türken und Kurden erhöhen. Deshalb ist der KADEK für ein strategisches Bündnis der Türkei mit allen demokratischen Kräften und ruft alle politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Türkei dazu auf, sich ohne ideologische Vorbehalte in einem demokratischen gesellschaftlichen Bündnis zusammen zu finden, um gemeinsam eine demokratische Türkei aufzubauen, die für alle lebenswert ist.

Übersetzung aus dem türkischen Original: Koordinationsbüro der Internationalen Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“

Meldungen

Besuch bei Abdullah Öcalan
Am Mittwoch konnten die Anwälte und die Schwester H. Keser Abdullah Öcalan besuchen. Nach Auskunft des Anwalts Dündar geht es Öcalan besser als in den letzten Wochen. Gesprächsthemen waren die Ergebnisse des Verfahrens beim Europäischen Menschengerichtshof, Irakkrieg und die Situation in der Türkei. *(DIHA, 8.4., ISKU)*

Kurden brauchen Demokratie
Das Präsidiumsmitglied G. Tural des KADEK erklärte in Medya TV, ein Marionettenstaat im Irak bringe Kämpfe im ganzen Gebiet mit sich. Die KurdenInnen bräuchten Demokratie. Der Mittlere Osten sei zur Bühne ausländischer Einmischung geworden. Das Grundbedürfnis des Volkes, Demokratie, habe in der vorgegebenen Lösung keinen Platz gefunden. Die Kurden würden als Figuren in einem Spiel benutzt. Für die Kurden sei Demokratie so wichtig wie Brot und Wasser. Die Kurden sollten ihre Kraft nicht für einen Marionettenstaat, sondern für Demokratie einsetzen, sagte sie. *(YÖG, 09.04., ISKU)*

Raketenangriff gegen Kinder
Im Dorf Esenyamac bei Baskale wurden am 5.4. zwei Kinder im Alter von 13 und 14 Jahren durch Beschuss mit Raketen der Jandarma getötet. Ein 16-jähriger konnte sich noch in Sicherheit bringen. Die Bewohner des Dorfschützerdorfes schalteten das Verteidigungsministerium, den Generalstab und das Parlament ein. Sie beschuldigen einen Oberleutnant wegen dem Vorfall. Der Vorfall sei kein Unfall, bei Dienstantritt des Oberleutnant Bozkurt vor 10 Monaten seien sie mit dem Tod bedroht worden, sagte der Chef der Dorfschützer, dessen Sohn bei dem Vorfall auch ums Leben kam. Ihre Kinder seien keine Schmuggler gewesen sondern Hirten. Bereits in der Vergangenheit habe es ähnliche Vorfälle mit Toten gegeben. *(YÖG, 9.4., ISKU)*

Aber die Folter war nicht systematisch...
Der türkische Justizminuster C. Cicek sagte in einer Erklärung, in Izmir seien in den letzten 5 Jahren wegen Folter oder Misshandlungen gegen 37 Jandarma und 426 Mitglieder der Sicherheitsbehörde Rechts-Verfahren durchgeführt worden. *(DIHA, 8.4., ISKU)*

Halil Kilinc seit 6 Tagen verschwunden
In Mersin wurde Halil Kilinc von

Der Krieg um Bagdad ist vorbei?!

Der Überlebenskampf der Flüchtlinge geht weiter!

Presseerklärung der International Free Women`s Foundation, Amsterdam, zum Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan/Nordirak.

In ihren gestrigen Pressemeldungen erklärten die Allierten den Irak-Krieg mit dem "Fall von Bagdad" für beendet. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass die Gefahr für die Zivilbevölkerung, insbesondere für Flüchtlinge im Nordirak unvermindert anhält. Nachdem die Vereinten Nationen zu Kriegsbeginn ihre Mitarbeiter aus dem Irak abgezogen hatten, stellten nun auch internationale Hilfsorganisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder Ärzte ohne Grenzen wegen der angespannten Sicherheitslage vorübergehend ihre Arbeit ein. Anderen Hilfsorganisationen blieb der Zugang zur Krisenregion vollständig versperrt.

Aus einem Flüchtlingslager in der Nähe der Kleinstadt Maxmur, das sich im Dreieck Mossul-Kirkuk-Erbil befindet und in dem seit 1998 über 10.000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei Zuflucht vor Unterdrückung und Vertreibung gesucht hatten, erreichten uns höchst beunruhigende Nachrichten: Die in der Region andauernden Gefechte haben sich bis in die unmittelbare Nähe des hauptsächlich von Frauen und Kindern bewohnten Lagers ausgeweitet. Das Lager ist von Peschmerga Kämpfern der KDP und alliierten Truppen eingekreist. Bomber überfliegen den Luftraum. Angesichst der im Verlauf des Krieges bislang schon bekannt gewordenen Angriffe auf Zivilisten ist von einer akuten Bedrohung des Flüchtlingslagers auszugehen. Seit dem Rückzug der UNHCR- Vertreter vor über 3 Wochen gelangten keinerlei Lebensmittel oder Medikamente mehr ins Lager. Damit sind die Flüchtlinge - abgeschnitten von der Weltöffentlichkeit - ohne jegliche Sicherheitsgarantie zwischen den Fronten gefangen, zudem Hunger und Krankheitsepidemien ausgesetzt.



Demonstration in Ankara gegen den Krieg und die Besatzung des Iraks durch die USA

Damit es nicht zu erneuten Massakern und menschlichen Verlusten kommt, fordern wir die Vereinten Nationen (UN) eindringlich auf, gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die notwendigen Schritte für den Schutz und die humanitäre Versorgung dieser Menschen einzuleiten.

Wir appellieren an Hilfsorganisationen und die internationale Öffentlichkeit diese Forderung an die Vereinten Nationen zu unterstützen. Zugleich rufen wir dazu auf, selbst mit konkreter Hilfe - wie durch Spenden, humanitäre Hilfstransporten oder durch das Bereitstellen von Ärzten und Medikamenten - zur Versorgung der Flüchtlinge beizutragen.

Im Namen des Vorstandes der IFWF, International Free Women`s Foundation

Amsterdam, 10.04.2003

Spenden zur humanitären Unterstützung der Flüchtlinge in Maxmur bitte unter dem Stichwort "Maxmur" an:
International Free Women`s Foundation, Postbank Amsterdam 62 18 545

Inflation im März erneut hoch

Mit einem Anstieg des Gesamtindex um 3,2 % ist die Inflation auch im März wieder hoch ausgefallen. Seit Jahresanfang beläuft sich der Anstieg auf 12,4 %, im Jahreszeitraum auf 35,2 % und im Jahresdurchschnitt auf 39,4 %. Im Gesamtindex entfiel ein Anteil von 1,8 Prozentpunkten des Anstieges auf landwirtschaftliche Produkte, wozu die ungünstigen Wetterbedingungen im März beigetragen haben. Die Verbraucherpreise stiegen im März um 3,1 %, gegenüber dem Jahresanfang um 8,2 %, im Jahreszeitraum um 29,4 % und im Jahresdurchschnitt um 35,5 %. Wie schon die Bewertung des Gesamtindexes nahelegt, entfielen 2,1 Prozentpunkte des Verbraucherpreisanstieges auf Lebensmittel. Den höchsten Preisanstieg zeigte die Provinz Trabzon, den niedrigsten die Provinz Denizli.

(Staatliches Statistikinstitut, 3.4., ISKU)

Bericht des IHD-Diyarbakir für den Monat März

Im IHD-Vereinsgebäude gab der Vorsitzende S. Demirtas des IHD Diyarbakir auf einer Pressekonferenz den Bericht über Menschenrechtsverletzungen des Monat März bekannt. Die Demonstrationen gegen den Krieg, gegen die Isolation Abdullah Öcalans und die "üblicherweise" in der Region stattfindenden Polizei-Angriffe sowie die Newroz-Verbote in Bingöl und Siirt sind der Grund für die Zunahme von Rechtsverletzungen im März. In einer Einschätzung des Angriffs der USA auf den Irak sagte Demirtas, der Krieg habe die Türkei im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich gravierend getroffen.

Die Verbote dauern an
Demirtas erinnerte daran, dass die Praxis von Verboten andauert und sagte: "Unsere Region ist viele Jahre lang von Unterdrückung und von Verboten schwer getroffen worden. Aber die Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten haben diesem Druck nie nachgegeben. Sie haben auch unter allen möglichen negativen Bedingungen ihre Bürgerpflicht für dieses Land erfüllt. Der heute erreichte Stand hat noch einmal gezeigt, dass Demokratie für jeden unabdingbar ist. Es hat sich gezeigt, dass die Verteidiger von Menschenrechten, Frieden und Demokratie im Recht sind. Es ist heute noch klarer geworden, dass die Voraussetzung für ein ruhigeres und glücklicheres gemeinsames Leben eine fehlerfreie Demokratie ist. Demirtas erinnerte daran, das friedliche Proteste und Veranstaltungen von Gewerkschaften, gesellschaftlichen Massenorganisationen und politischen Parteien verboten wurden und hart angegriffen wurden.

Übersicht über die Rechtsverletzungen im Monat März 2003

Tote bei bewaffneten Auseinandersetzungen	4
Morde unbekannter Täter oder Hinrichtung ohne Urteil	4
Opfer von Minen	1 Verletzte/r
Festnahmen	259
Fälle von Folter, Miisshandlungen oder Bedrohung	16
Verschwundene	1
Verhaftungen	57
Angriffe auf gemeinschaftliche Aktivitäten	6
Festnahmen dabei	9
Dabei Verletzte durch Schläge	4
Disziplinaruntersuchungsverfahren und Strafen	53
Untersuchungsverfahren und Strafen	27
Verbotene Veranstaltungen	10
Beschlagnahmte/verbotene Veröffentlichungen	2
Opfer von Folter	1

(ÖP, 5.4., ISKU)

mehreren zivil gekleideten Personen, die als Polizisten bekannt sind, gezwungen in ein Auto zu steigen und ist jetzt seit 6 Tagen verschwunden.

(DIHA, 7.4., ISKU)

Gefängnisse: "Unser Leben ist nicht sicher"
Die Konya inhaftierten KADEK-Anhänger verurteilten die Repression und täglichen Schikanen durch die Gefängnisleitung. Falls es zu einem Angriff gegen sie komme, sei der leitende Direktor des Gefängnisses dafür verantwortlich. Der Hilfsverein für Inhaftierte und ihre Familien in Dogubeyazit äusserte in einem Bericht, dass die politischen Gefangenen im Spezialgefängnis Erzurum Repression und Rechtsverletzungen ausgesetzt seien.

(DIHA, 6.4., ISKU)

Proteste gegen den Krieg
In Istanbul beteiligten sich ca. 30.00 Menschen an einer Kundgebung gegen den Krieg. Weitere Protestaktion fand in anderen Städten statt Auch in Adana gab es Aktionen. Bei Adana befindet sich der Stützpunkt Incirlik der USA.

(DIHA, 6.4., ISKU)

Bei Arbeitsunfällen ist die Türkei in Europa Nr. 1
Die Vorstandsvorsitzenden der Gewerkschaften TÜRK IS, DISK und HAK Is kündigten an, sie würden den sozialen Dialog über Arbeits-Rahmenverträge im öffentlichen Dienst, zum Gesetz 1475 (Arbeitsgesetz) und alle weiteren Themen abbrechen, wenn die Regierung weiter auf Verzögerung beim Inkrafttreten des Arbeitssicherheits-Gesetzes setze. Staatspräsident Sezer legte sein Veto ein; die Regierung will das unveränderte Gesetz erneut ins Parlament bringen, das Gesetz kann dann vom Staatspräsidenten bei der erneuten Vorlage nicht verhindert werden.
In der Häufigkeit von Arbeitsunfällen ist die Türkei in Europa Nr. 1; weltweit Nummer 3.

(DIHA, 7.4., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichenagentur
YÖG	Yeniden Özgür Gündem

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 101
18. April 2003

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Abdullah Öcalan zur Entwicklung im Irak und in Kurdistan

Demokratie für die Türkei, Freiheit für Kurdistan!

Wie der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan erklärt hat, haben die auf nationaler Befreiung basierenden Nationalstaaten in der Person Saddam Husseins Bankrott gemacht. In der kurdischen Frage müsse eine demokratische Mobilmachung stattfinden. Die us-amerikanische Führung versuche ein Imperium mit einem einzigen Zentrum zu errichten.

In einer Bewertung der kurdischen Frage sowie der Situation in der Türkei und der Region sagte Öcalan, die Irak-Offensive der USA habe eine neue Situation erschaffen. Die Alternative zu den Bestrebungen der USA nach dem Aufbau eines Imperiums sei das „Verständnis von globaler Demokratie der Völker". Weiter teilte Öcalan mit: „In der kurdischen Frage muss eine beschleunigte Mobilmachung der demokratischen Linie gegen die nationalistische Linie stattfinden. Im In- und Ausland müssen jede Art von Bündnissen geschlossen und diplomatische Aktivitäten gestartet werden. Für die Linie einer demokratisch-autonomen Führung muss auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellen Gebiet unter Einbeziehung der Nachbarvölker eine Linie der Einheit und Gesamtheit entwickelt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet Selbstverteidigung, dass die Selbstverteidigungskräfte nicht für Angriffe, sondern zum Schutz eingesetzt werden. Sie müssen für Demokratie und Frieden stationiert werden."

Auch in der Diplomatie müssten darauf aufbauend Tätigkeiten entwickelt werden, die vom wirtschaftlichen bis zum kulturellen Gebiet reichten. „Es wird versucht, die nationalistische Linie weiter zu entwickeln. Es kann sein, dass sich der türkische und der kurdische Nationalismus entwickelt und es zu einer ähnlichen Situation wie im Israel-Palästina-Konflikt kommt. In der neuen Situation werden wir keinen zweiten PKK-Versuch machen. Es gibt viele Vertreter des kurdischen Nationalismus. Ich rufe auch die türkischen Intellektuellen dazu auf, den eigenen Nationalismus nicht zu schüren. Das gleiche gilt für die kurdischen Intellektuellen. Demokratisiert Euch, vereinigt Euch! Vereinigt Euch gegen die inneren und äußeren Schacherer und Wucherer. Vereinigt Euch für Frieden und Demokratie. Der Kampf für Demokratie ist wichtig. Vereinigt Euch mit den Völkern des Mittleren Ostens."

In einem „Aufruf an die Regierung zum Dialog für eine demokratische Lösung" erklärte Öcalan: „Wenn die Selbstverteidigungskräfte angegriffen werden, wird umsonst Blut vergossen. In diesem Fall tragen die Verantwortung nicht diejenigen, die sich in Selbstverteidigungsposition befinden, sondern die Regierung."

An die kemalistische Tradition der türkischen Armee gewandt, sagte Öcalan: „Greift die Kurden nicht wieder in der alten Vernichtungs- und Verleugnungsform an. Ich rufe dazu auf, sich gegenseitig und geschwisterlich zu vergeben. Das gilt für die gesamte Gesellschaft."

Auf dieser Basis könne sich für die Kurden eine Offensive der Einheit und Demokratie entwikkeln, so betonte Öcalan weiterhin. „Die Linie der Vereinigung, der freien Einheit und des Friedens muss überall organisiert und in alle Stadtteile und Dörfer getragen werden. Ich möchte, dass meine Verteidigungsschriften beachtet werden, weil ich dort ausführlich dargestellt habe, was ich hier sage. Ich rufe dazu auf, sie zu verinnerlichen. Das ist der Weg, erfolgreich aus der Krise zu kommen."

Die Botschaft „Demokratie für die Türkei, Freiheit für Kurdistan" spreche nicht gegen die Einheit, so unterstrich Öcalan. Der Begriff Kurdistan sei erstmalig von Sultan Sancar angewandt worden. „Als in den neunziger Jahren Clinton an die Macht kam, hat er uns in seinem Wahlkampf Botschaften zukommen lassen. Er hat gesagt, er werde zu einer Lösung der kurdischen Frage beitragen. Gegen unsere antinationalistische Haltung hat Deutschland den kurdischen Nationalismus unterstützt. Wir sind in dieser Zeit ausgegrenzt und verboten worden."

Die Einheit und Gesamtheit könne über die Befreiung und Demokratisierung des kurdischen Volkes erreicht werden. Nur so könne die Krise im Land aufhören. „Auch im Mittleren Osten und in Mittelasien kann auf diese Weise eine Öffnung stattfinden, mit den Methoden von Enver Pascha funktioniert das nicht. Es funktioniert mit einer demokratischen und zeitgemäßen Türkei. Die Einheit der Türken sowie eine Öffnung der Türkei zum Mittleren Osten kann nur über ein strategisches Bündnis zwischen Kurden und Türken erreicht werden. Was Mustafa Kemal in den zwanziger Jahren gemacht hat, müssen wir jetzt machen. Und wir werden es im gesamten Mittleren Osten in Form einer zeitgenössischen demokratischen Gemeinsamkeit machen. Das bedeutet, die Türkei zu lieben. Es finden Diskussionen darüber statt, ob ein Einmarsch in den Irak stattfinden soll oder nicht. Ein Einmarsch bedeutet, der Linie von Enver Pascha zu folgen. Bekannterweise hat Mustafa Kemal Enver Pascha nicht nach Anatolien gelassen. Wenn sich keine strategische kurdisch-türkische Einheit bildet, wird weder für die Kurden noch für die Türken Platz bleiben."

Atatürk und der Kemalismus würden heutzutage falsch bewertet, so Öcalan. 1920 habe Atatürk zu Aufklärung beigetragen und sei antiimperialistisch gewesen. Die subjektiven und objektiven Bedingungen der damaligen Zeit hätten das Land jedoch in die Ausweglosigkeit getrieben. Als Ergebnis dessen befinde sich die Türkei auch heute in einer Sakkgasse.

Weiter stellte Öcalan fest: „Die USA als der Motor des Kapitalismus und letztem Vertreter der Zivilisation der Klassengesellschaft haben mit ihrer Irak-Offensive eine neue Situation geschaffen. Die USA als Vertreter des Imperialismus streben die Weltmacht an. In den neunziger Jahren wurde die Sowjetunion überwunden, heute ist es die EU. Wichtig ist dabei, dass die Nationalstaaten überwunden und zu lauter Costa Ricas gemacht werden. Das Modell

Fortsetzung auf Seite 2

Meldungen

Hilfslieferung für Lager Maxmur gestartet
Die holländische „Mütter-Stiftung" (Mother Hood) hat nach dem Aufruf der „Freien Frauen-Stiftung" (Özgür Kadin Vakfi) eine Hilfssendung für das kurdische Flüchtlingslager Maxmur im Irak zusammengestellt. Medizinisches Material, Trockennahrung und nötige Versorgungsgüter für Mütter mit Kindern sind auf 3 Lastwagen nach Maxmur unterwegs. Eine Delegation der Hilfsorganisation wird sich nächste Woche auf den Weg nach Maxmur machen zur Verteilung der Hilfslieferung.
Der Aufruf bzw. die Hilfe für das Lager wird weitergehen; vor allem die medizinische Versorgung der Lagerbewohner ist äusserst prekär, da das Internationale Rote Kreuz und „Ärzte ohne Grenzen" wegen des Kriegs im Irak ihre Mitarbeiter aus Sicherheitsgründen abgezogen haben.
Spendenkonto: Maxmur, International Free Women`s Foundation, Postbank Amsterdam Konto-Nr.:62 18 545
(ÖP, 15.4., ISKU)

NATO beendet "Einsatz zum Schutz der Türkei"
Die Nato hat die Militärhilfe zum Schutz der Türkei vor einem irakischen Angriff während des Krieges am Golf beendet. Die Awacs-Aufklärungsflugzeuge und Raketenabwehrsysteme würden in Kürze abgezogen, teilte das Bündnis am Mittwoch nach einer Sitzung des Nato-Rates und des Verteidigungsplanungsausschusses mit.
Die Entscheidung sei auf Grund der Bewertung der Lage und der türkischen Einschätzung gefallen. Demnach sei es unwahrscheinlich, dass Irak die militärischen Möglichkeiten besitze, die Türkei zu bedrohen, hieß es zur Begründung. *(FR, 17.4., ISKU)*

Türkei boykottiert EU-Unterzeichnungzeremonie in Athen
Die türkische Regierung will die Athener Unterzeichnungszeremonie für die zehn neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union am Mittwoch boykottieren. Außenminister Abdullah Gül werde erst nach der Zeremonie am Abend nach Athen fliegen, berichteten mehrere türkische Medien am Morgen übereinstimmend. Gül werde erst zum Abendessen in der griechischen Hauptstadt erwartet. Mit dem Boykott der für den Nachmittag geplanten Zeremonie will die Türkei ihren Protest gegen die anstehende Aufnahme der grie-

Die südkurdischen Kriegsparteien streiten um die Aufteilung der Beute

Spannungen zwischen KDP und PUK

Der Krieg ist noch nicht richtig vorbei, doch in Nordirak rangeln die beiden führenden Kurdengruppen schon wieder um die Vorherrschaft in der Region: Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) habe mit ihrem Einmarsch in der Erdölstadt Kirkuk letzte Woche gegen alle Absprachen verstoßen, beschwert sich die Demokratische Partei Kurdistans (KDP), die sich von der Rivalin ausgebootet sieht.

Dabei ist es erst ein paar Tage her, dass die ganze nordirakische Kurdenzone über den Fall von Kirkuk an kurdische Kämpfer jubelte. Das ist jetzt schon wieder vorbei: „Was in Kirkuk geschah, war ein Verstoß gegen unsere Abmachung", klagte stattdessen KDP-Chef Massud Barsani. Denn die Peschmerga-Verbände, die am vergangenen Donnerstag die nordirakische Stadt überrannten, gehörten der PUK an und saßen schon fest im Sattel, als die KDP-Kämpfer viel später und in kleinerer Zahl in der Stadt ankamen. Beide Kurdengruppen zogen auf Druck der Türkei inzwischen den Großteil ihrer Kämpfer aus Kirkuk ab, doch die PUK hat einige ihrer Leute dort gelassen und sich damit einen Heimvorteil gesichert.

Hilfe von außen

Nicht von ungefähr nahm die türkische Regierung im ersten Schock über die Einnahme von Kirkuk sofort Kontakt zu KDP-Chef Barsani auf, um über ein gemeinsames Vorgehen zur Vertreibung der PUK aus der Stadt zu verhandeln. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass eine der beiden Kurdengruppen sich sogar mit einer äußeren Macht gegen die andere verbündet. Zum Beispiel holte die KDP im August 1996 sogar irakische Truppen in die kurdische Autonomiezone, um die PUK aus der Stadt Erbil zu vertreiben, die diese zwei Jahre zuvor von ihr erobert hatte.

Seine Wurzeln hat der Konflikt zwischen den Kurdengruppen in einem bitteren Streit innerhalb der KDP in den 60er Jahren um die Beziehungen zum ersten Baath-Regime, der nach jahrelangen innerparteilichen Kämpfen zum Ausstieg des Führungsmitglieds Dschalal Talabani und zur Gründung der PUK im Jahr 1975 führte. Mehrfach gab es schon in den folgenden Jahren blutige Gefechte zwischen den beiden Gruppen, doch die entscheidende Schwelle in ihren Beziehungen wurde 1978 überschritten, als die KDP eine mehrere Hundert Mann starke PUK-Einheit auslöschte, dabei zwei Führungsmitglieder der PUK festnahm und sie hinrichtete.

Wechselnde Allianzen

In wechselnden Allianzen mit Bagdad, Teheran, Damaskus und Ankara haben sich die beiden Kurdengruppen seither fast ständig bekriegt. Nur eine Atempause im innerkurdischen Konflikt gab es beim Kurdenaufstand nach dem ersten Golfkrieg 1991, der Errichtung der alliierten Schutzzone in Nordirak und dem anschließenden Abkommen mit Bagdad über die Autonomie der Kurdenzone. Ein paar Jahre später flammten die Feindseligkeiten bereits wieder auf.

Mehrere Runden von international initiierten Friedensgesprächen blieben in der Praxis ergebnislos; die Behandlung der gegenseitigen Gefangenen wurde von internationalen Menschenrechtsorganisationen gerügt. Erst kurz vor dem US-Angriff auf Irak verständigten PUK und KDP sich im vergangenen Jahr auf ein gemeinsames Vorgehen für die kurdische Sache im Krieg. Sie entwarfen eine Verfassung für ein künftiges irakisches Bundesland Kurdistan — mit Kirkuk als Hauptstadt — und legten wenige Tage vor Kriegsbeginn sogar ihre Truppen nominell unter einem gemeinsamen Oberkommando zusammen, von dem beim Sturm auf Kirkuk allerdings nichts zu sehen war.

Die militärische Schlacht ist nun immerhin geschlagen, doch der politische Kampf um die Neuordnung des Irak beginnt erst — und für die Kurden besteht dabei die größte Herausforderung darin, den Schulterschluss zu wahren.

(NN, 17.4., ISKU)

Demokratie für die Türkei, Freiheit für Kurdistan!

Fortsetzung von Seite 1

Costa Rica ist wichtig. Dieses Land wird auch als 51. Staat der USA bezeichnet. Die Welt soll zu Staaten à la Costa Rica gemacht werden. Die auf nationaler Befreiung aufbauenden Nationalstaaten des alten Typs haben in der Person Saddam Bankrott gemacht und sind vernichtet worden." Als Alternative gegen das Vorgehen der USA gelte: „Probleme der Klassen, Geschlechter, Ethnien, Umwelt usw. können nur mit einem globalen Demokratieverständnis der Völker gegen den globalen Imperialismus, gegen den demokratischen Imperialismus eine Entgegnung finden. Die Methode dabei folgt der Selbstverteidigungslinie. Diese Linie habe ich für den KADEK vorgeschlagen. Möglich ist die Anwendung der KADEK-Linie und der zapatistischen Linie. Die Selbstverteidigungslinie gilt nicht nur für den militärischen Bereich, sondern überall, in der Politik, der Zivilgesellschaft und der regionalen Demokratie. Auf diese Weise kann gegen den globalen Imperialismus angekämpft werden."

Im Mittleren Osten muss sich das Demokratieverständnis entwickeln

In Bezug auf die Ausweglosigkeit, die durch auf Nationalismus gründenden Staatenbildungen entstehe, erklärte Öcalan: „Die nationalistischen Regime im Mittleren Osten werden zusammenbrechen, gleichgültig ob sie auf dem Islam, auf Realsozialismus oder auf Rassismus basieren. An ihre Stelle muss ein Demokratieverständnis treten, das vorbereitet werden muss. Was ich hier jetzt darstelle, kann unter Beachtung meiner Verteidigungsschriften und anderer Texte weiter ausgeführt werden." Im Mittleren Osten seien in der kurdischen Frage für die Kurden zwei Wege möglich. „Der erste ist die nationalistische Sackgasse, die gerade im Nordirak ausprobiert wird. Nicht nur dort, auch einige alte rechte und linke Linien vertreten diesen Weg. Diese Linie wird vom Imperialismus unterstützt, aber sie endet in einer Sackgasse. Der andere Weg ist der Weg des demokratischen Aufbruchs und der demokratischen Lösung. Das Ziel ist nicht die Staatsgründung, sondern im Allgemeinen in allen Ländern einschließlich Kurdistan die Linie, die eine demokratische Lösung fordert." In Südkurdistan werde die nationalistische Linie vertreten. Dahinter steckten die USA und die EU, so betonte Öcalan. „Der KADEK dagegen vertritt den Weg des demokratischen Aufbruchs und der Gesamtheit."

Nicht nur die Türkei, auch Syrien könne in seiner bestehenden Form nicht weiterkommen, erklärte Öcalan. „Ich habe Analysen zu Iran und Israel aufgestellt. In der Zeit von Barak hätte die palästinensische Frage gelöst werden können. Damals lebte auch Hafiz (Esad) noch. Ich habe sie gewarnt. Wenn sie sich auf eine demokratische Lösung eingelassen hätten, wäre das Problem inzwischen gelöst. Aber die blinde nationalistische Mentalität der Araber hat nicht zu einer Lösung beigetragen. Und Palästina weint Blut und zerbricht. Für eine Lösung aller Probleme in der Region habe ich die These von der Demokratischen Föderation Mittlerer Osten aufgestellt."

(ÖP, 12.4., ISKU)

chischen Republik Zypern dokumentieren. *(yahoo, 16.4., ISKU)*

Powell hat noch nicht über Milliardenhilfe für Türkei entschieden

US-Außenminister Colin Powell hat noch nicht über eine Milliardenhilfe für die Türkei wegen deren Rolle im Irak-Krieg entschieden. Powell zeigte sich am Dienstag vor Journalisten in Washington zufrieden mit der Zusammenarbeit mit der Türkei im Irak-Konflikt. Ankara hatte den USA unter anderem Überflugrechte eingeräumt. Die Zahlung von rund einer Milliarde Dollar (930 Millionen Euro) sei jedoch "nicht nur eine Frage der Kooperation, sondern auch der Erfordernisse zum jeweiligen Zeitpunkt", sagte Powell.

(yahoo, 15.4., ISKU)

Türkei warnt USA vor Ausweitung des Krieges auf Syrien oder Iran

Die Türkei hat die USA eindringlich davor gewarnt, nach dem Krieg im Irak andere Staaten in der Region wie Syrien oder Iran ins Visier zu nehmen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen müssten auf Irak beschränkt bleiben und dürften nicht auf andere Länder ausgeweitet werden, sagte Außenminister Abdullah Gül am Montag in Ankara. Äußerungen aus Washington, in denen die Möglichkeit neuer Konflikte mit Damaskus oder Teheran angedeutet würden, seien "sehr beunruhigend", sagte Gül nach einem Gespräch mit dem israelischen Außenminister Silvan Schalom. *(yahoo, 14.4., ISKU)*

Türkei schließt Einmarsch in Nordirak weiterhin nicht aus

Die Türkei schließt nach Angaben von Außenminister Abdullah Gül einen Einmarsch in Nordirak weiterhin nicht aus. Gül sagte, falls die kurdischen Kämpfer sich nicht aus den nordirakischen Städten Kirkuk und Mossul zurückziehen sollten, werde die Türkei nicht zögern, «die angemessenen Entscheidungen zu treffen». *(yahoo, 12.4., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
FR	Frankfurter Rundschau
NN	Nürnberger Nachrichten

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 102
25. April 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Osman Öcalan: Das System der Ausgrenzung wird überwunden

In einem Gespräch mit Medya TV erklärte Osman Öcalan , dass die Türkei von strategischer Bedeutung war, solange es den Interessen der USA diente: "Die Türkei erklärt oft, dass sie ein strategischer Bündnispartner sei. Aber der strategische Wert der Türkei stammt aus dem System des 20. Jahrhunderts. Dieser Zustand wird derzeit überwunden. Neue Arten der Beziehungen erfordern eine neue Ordnung."

Das Präsidialratsmitglied betonte, dass ein System, dass auf Ausgrenzung basiert, überwunden wird und die Grenzen bedeutungslos werden.

Öcalan erklärte, dass eine wirkliche Lösung die demokratische Einheit und Geschwisterlichkeit der Völker ist. Für die KurdInnen muss die Etablierung dieser Einheit an erster Stelle stehen. Er betonte, dass die Einheit die realistischste Lösung darstellt, soweit es den Iran, Syrien und den Irak betrifft. In Sükurdistan muss es eine demokratische Föderation geben.

Von der Türkei forderte Öcalan, dem kurdischen Volk die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu regieren. Er fügte hinzu: "Im Iran gibt es ein föderales System. Wenn es mit demokratischen Inhalten gefüllt wird und die Realität der KurdInnen innerhalb der Staatsgrenzen berücksichtigt, kann es unserer Meinung nach ein erfolgreiches Modell für eine Lösung sein. Und die kurdischen Menschen in Syrien können ihre Probleme mit den Mitteln einer lokalen Verwaltung mit erweiterten Befugnissen lösen."

KADEK hat die Grenzen bedeutungslos gemacht

Öcalan erklärte weiter, dass die Lösungen, die vom KADEK entwickelt wurden, die Grenzen bedeutungslos gemacht haben und dass nun die KurdInnen die jetzige Politik der Staaten, in denen sie leben, überwinden müssen. Er betonte, dass das Saddam-Regime in einem irreparablen Zustand war. Er sagte weiter: "In letzter Zeit haben alle die KurdInnen als Geschwister bezeichnet. Solch eine Geschwisterlichkeit kann es nicht geben. Ihr habt unsere Sprache und unsere Freiheit unterdrückt. Ihr habt uns massakriert. Saddam hat allein in einem Jahr 180.000 KurdInnen ermordet. Jetzt ist das Regime völlig am Ende."

Das Präsidialratsmitglied sagte, dass die KurdInnen die Überwindung des Saddam-Regimes noch Monate feiern sollten: "An unsere anderen "Geschwister": warum erkennt ihr unsere Sprache, unsere Freiheit, unsere Kultur nicht an? Das muss sich ändern. Sie müssen den KurdInnen in der Türkei, in Syrien und im Iran ihre Freiheit geben, sie müssen den Menschen ihre Rechte garantieren, sie müssen demokratische Reformen umsetzen." Öcalan unterstrich, dass sie zu lösungsorientierten Verhandlungen mit den USA, der Türkei, Iran, Syrien und dem Irak bereit seien.

Öcalan wiederholte, dass sie Beziehungen zu den USA aufbauen würden, wenn demokratische Prinzipien eingehalten und die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes anerkannt werden.

Osman Öcalan wies darauf hin, dass die wichtigste Rolle bei der Überwindung des bestehenden Systems in der Region zunächst von der PKK und jetzt vom KADEK eingenommen wurde. Er unterstrich, dass die USA in einem Staat interveniert haben, der sich selbst untergraben und marginalisiert hat. "Die USA haben den einfachen Weg gewählt. Wir haben den schwierigsten Kampf aufgenommen. Wir haben die Grundpfeiler des Status Quo erschüttert.", so Öcalan.

Er fuhr fort: "Jetzt ist es an der Zeit, die bestehenden Regime auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Obwohl alle Länder des Mittleren Ostens reich an Ressourcen sind, leiden die Menschen. Deshalb müssen die Regime überwunden werden.

Die USA müssen Beziehungen zu den nationalen Befreiungsbewegungen aufbauen und Demokratie, Menschenrechte und Freiheit respektieren, wenn sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen wollen. Die Führung des Systems steht im Widerspruch zu seiner Basis. So wie das sozialistische System in den 90er Jahren zusammengebrochen ist, so schreitet nun der Zerfall des kapitalistischen Systems rapide voran. Die aktuellen Konflikte zeigen, dass sich die kapitalistische Seite des Systems des 20. Jahrhunderts auflösen wird. Das bestehende System kann nicht fortbestehen."

(KO, 22.4., ISKU)

USA erklären enge Zusammenarbeit mit der Türkei gegen den KADEK

"Terrorismusbekämpfung" in Südkurdistan

Der Sprecher des US-Aussenministeriums Richard Boucher erklärte am Donnerstag, dass eines der Ziele der USA in Südkurdistan die "Unterbindung des Terrorismus" sei.

Auf die Frage eines Journalisten nach den türkischen Befürchtungen, dass die Guerilla des KADEK die Grenzen nach Nordkurdistan überschreiten könne, antwortete Boucher: "Eines unserer militärischen Ziele ist es, jede Art von Terrorismus im Nordirak zu unterbinden. Wir stehen in enger Koordination mit der türkischen Regierung. Wir arbeiten eng mit der Türkei zusammen, damit keine Situation entsteht, die die Türkei beeinträchtigen könnte."

Boucher teilte mit, dass die Frage des "Terrorismus" mit türkischen Stellen diskutiert wurde, zuletzt beim Besuch des US-Aussenministers Colin Powell in der Türkei. Er fügte hinzu, dass die Türkei und die USA weithin bei der "Unterbindung der terroristischen Gefahr" in der Region zusammenarbeiten werden.

Vier Militärstützpunkte im Irak

Nach Berichten der Agentur Reuters planen die USA die Errichtung von vier Militärstützpunkten im Irak. Ein Stützpunkt soll am Flughafen Bashur in Südkurdistan errichtet werden, ein weiteres am internationalen Flughafen in der Nähe von Baghdad. Die beiden anderen Stützpunkte sind entlang der Ölpipeline nach Jordanien im Westen des Landes und in Tallil in der Nähe von Nassiriya im Süden geplant.

Ein Sprecher des Pentagon dementierte die Bericht und erklärte, er habe keine Informationen über geplante Militärstützpunkte im Irak.

(KM, 21./24.4., ISKU)

Meldungen

Einschränkung polizeilichen Gewalteinsatzes bei Demonstrationen

Einer Verordnung des Generaldirektors der türkischen Sicherheitsdienste Gökhan Aydiner zufolge sollen zukünftig unerfreuliche Szenen bei Demonstrationen verhindert werden. Demzufolge darf ohne direkte Anweisung keine Zwangsmaßnahme erfolgen; "jagen" von Demonstranten habe zu unterbleiben, gestürzte Demonstranten sollen nicht geschlagen, sondern ihnen aufgeholfen werden.

(Radikal, 19.4., ISKU)

Neues Projekt zur Vereinigung der Linksparteien

Mit Blick auf die für April kommenden Jahres vorgesehenen Kommunalwahlen ist ein neuer Anlauf zur Gründung einer Dach-Partei auf der Linken eingeleitet worden. Zur Vermeidung eines Führungsstreits sei im Gespräch, zum Vorsitzenden eine Person aus den Reihen der international bekannten türkischen Schriftsteller zu wählen. Im Gespräch sei Yasar Kemal, der dem Vorsitz einer solchen Partei aufgeschlossen gegenüberstehe. An den Diskussionen seien auch Orhan Pamuk und Adalet Agaoglu beteiligt. Die Gespräche werden bisher zwischen SHP, DEHAP und ÖDP geführt, es sei angedacht, nun auf die YTP von Ismail Cem zuzugehen. *(Milliyet, 16.4., ISKU)*

Untersuchungsverfahren gegen Vertreter von Gewerkschaften und politischen Parteien

Gegen Vertreter von Gewerkschaften und politischen Parteien in Diyarbakir und Siirt wurden Untersuchungsverfahren eröffnet, weil sie eine "Friedenserklärung gegen den Krieg" unterzeichnet hatten, die in 21 Provinzen von 227 zivilen Massenorganisationen unterstützt wurde.

(DIHA,18.4., ISKU)

Asrin Hukuk Bürosu: Isolation Öcalans dauert an

Das Asrin Hukuk Bürosu teilte in einer schriftlichen Erklärung mit, dass die Isolationshaft gegen den in Imrali gefangenen Abdullah Öcalan andauert.

"Auch unser Besuch vom 23. April ist trotz passender Wetterbedingungen mit willkürlichen Vorwänden verhindert worden. Das zeigt, dass der Druck und die Isolationshaft gegen unseren Mandanten weiter andauert. Gleichzeitig wird das Grundrecht auf Verteidigung mit nicht legalen Mitteln behindert. Die Verfahren unseres Man-

PCDK: Der Irak braucht einen demokratischen Block

Die Kurdische Partei der demokratischen Lösung (PCDK) machte darauf aufmerksam, dass das Ende des Regimes von Saddam Hussein im Irak eine Möglichkeit für Demokratie und ein Leben in Geshwisterlichkeit sei. Vorraussetzung dafür sei ein demokratischer Block, der alle demokratischen Kräfte einschließt.

Die PCDK veröffentlichte eine Resolution ihres außerordentlichen Treffens, dass vom 14. - 17. April stattfand. Im Zusammenhang mit der gegenwärtig sehr kritischen Entwicklung rief die kurdische Partei alle Völker der Region dazu auf, für Frieden, Demokratie und Freiheit zu kämpfen.
In der Resolution des Treffens, dass zur Diskussion des Neuaufbaus des Irak und der Rolle der KurdInnen dabei abgehalten wurde, hieß es, dass es nun für die Völker im Irak die Gelegenheit gäbe, frei und geschwisterlich zu leben. Die PCDK erklärte, dass der Zusammenbruch des Saddam-Regimes das endgültige Scheitern des religiösen Chauvinismus und der klassischen nationalistischen Politik darstellt. Sie unterstrich jedoch, dass die Gefahr noch nicht gebannt sei. Die kurdische Partei rief die kurdischen, turkmenischen, arabischen und assyrischen Völker auf, an die Geschwisterlichkeit der Völker zu glauben und dafür zu kämpfen.
Die PCDK erklärte weiter, dass sie eine Deklaration für eine Lösung im Irak vorbereitet, die sobald wie möglich veröffentlicht wird.

Eine historische Chance für die Völker der Region

Die PCDK wies darauf hin, dass die anderen Regime der Region aus dem Schicksal Saddams lernen und verstärkt auf Veränderung und Wechsel setzen sollten. In der Resolution heisst es, dass es eine neue Chance für die Menschen in der Region gibt und der Boden für Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Geschwisterlichkeit gegeben sei. Die Partei ruft dazu auf, einen demokratischen Block zu etablieren. Ein Block aus KurdInnen, TurkmenInnen, AssyrerInnen und AraberInnen und allen demokratischen Kräften sei die einzige Lösung.

(KO, 22.4., ISKU)

IHD stellt Menschenrechtsbericht für das erste Quartal 2003 vor

Keine Verbesserung der Menschenrechtslage

Der Generalvorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD), Hüsnü Öndül, hat den Menschenrechtbericht der ersten 3 Monate dieses Jahres bekannt gegeben. Demnach hat es in der Menschenrechtssituation in der Türkei keine Verbesserung gegeben. Die Anzahl von Folterfällen und Misshandlungen der letzten drei Monaten sei auf 392 gestiegen. Das verfassungsrechtliche und gesetzliche System der Türkei müsse einer radikalen demokratischen Veränderung unterzogen werden.

Folter und Misshandlung dauern an
Die Anzahl von Folterfällen nach der Festnahme benannte Öndül mit 183. Bei Demonstration seien 73 Personen durch Intervention der Sicherheitskräfte verletzt oder getötet worden. In den Gefängnissen seien 35 Fälle von Folter und Misshandlung bekannt geworden. Weiter erklärte Öndül: "Außerdem sind 50 Fälle bekannt geworden, in denen Menschen von Sicherheitskräften bedroht und dazu gedrängt worden sind, Spitzeltätigkeiten zu übernehmen."

Verjährung von Folterprozessen
In Bezug auf Prozesse wegen Folterung erklärte Öndül, in den ersten drei Monaten des Jahres 2003 seien fünf Prozesse abgeschlossen worden, in denen insgesamt 38 Polizisten vor Gericht standen. Davon seien zwei freigesprochen worden und zwölf zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren und 15 Jahren, vier Monaten verurteilt worden. Ein Verfahren gegen 22 Polizisten sei verjährt, ein weiteres wegen des Todes des Angeklagten beendet worden. Eine gegen einen Polizisten ausgesprochene Haftstrafe sei für fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt worden. Weiterhin seien innerhalb der ersten drei Monate des Jahres drei neue Verfahren eingeleitet worden, in denen 35 Dorfschützer, sechs Soldaten und zwei Polizisten angeklagt seien. Vor 2003 seien 13 Verfahren eingeleitet worden, die noch nicht abgeschlossen sind. In diesen Prozessen seien 74 Polizisten, 56 Dorfschützer und sechs Soldaten angeklagt.

Elf Selbstmorde von Frauen
Öndül kündigte an, in kommenden Menschenrechtsberichten dem Thema Gewalt an Frauen und Kindern einen besonderen Platz vorzubehalten. Selbstmorde von Frauen und sogenannte Ehrenmorde an Frauen hielten weiterhin an. Innerhalb der letzten drei Monate hätten elf Frauen Selbstmord begangen, fünf weitere seien "Ehrenmorden" zum Opfer gefallen. Zur Zeit laufen zwei Prozesse in Fällen, in denen Frauen und insbesondere junge Mädchen zu Opfern wurden.

Ausdrucksfreiheit behindert
Auch im Bereich der Ausdrucksfreiheit gebe es keine Verbesserungen, so Öndül. Vom RTÜK seien vier Radiosender und ein regionaler Fernsehsender für insgesamt 180 Tage geschlossen worden. Sechs Zeitungen und Zeitschriften seien für insgesamt 79 Tage geschlossen worden. Zusammenfassend erklärte Öndül:
"Neun Journalisten wurden festgenommen, sieben Bücher, 17 Zeitschriften, sieben Zeitungen und drei Plakate wurden beschlagnahmt. Elf Versammlungen, Presseerklärungen, Theaterstücke, Wettbewerbe und Veranstaltungen wurden verboten. Wegen Ausdruck der Gedankenfreiheit wurden gegen 23 Personen nach Artikel 159 StGb, gegen fünf Personen nach Artikel 8 Antiterrorgesetz, gegen drei Personen nach Artikel 312 StGb und gegen 19 Personen nach Artikel 169 StGb Verfahren eröffnet. In Prozessen, die im gleichen Zeitraum abgeschlossen wurden, wurden gegen 35 Personen Haftstrafen von insgesamt 46 Jahren, neun Monaten und sieben Tagen ausgesprochen."

Öndül verwies darauf, dass im Zeitraum Januar bis März 2003 15 Gesetze zu Menschenrechten und -freiheiten erlassen worden seien. Das verfassungsrechtliche und gesetzliche System der Türkei müsse einer radikalen demokratischen Änderung unterzogen werden.

'Bush und Blair sind Kriegsverbrecher'
In Bezug auf die US-Operation im Irak erklärte Öndül, Bush und Blair seien Kriegsverbrecher. "Wenn heute ein anderes Kräftegleichgewicht herrschen würde, würden beide vor internationale Gerichte gestellt. Denn sie haben offen UNO-Beschlüsse verletzt und sind verantwortlich für den Tod von Zivilisten."

Menschenrechte als Handelsobjekt
In Bezug auf das neue Beitrittspartnerschafts-Dokument der EU teilte Öndül mit, das neue Dokument weise keine neuen Elemente auf. "Die politische Macht sollte die Frage der Menschenrechte und grundsätzlichen Freiheiten nicht als ein Element der Außenpolitik des Staates betrachten, sondern in Achtung vor Menschenrecht und Freiheit das notwendige leisten." Als Menschenrechtler bereite es ihm großes Unbehagen, dass die Türkei dieses Thema zum Handelsobjekt mit der EU mache. "Wir rufen die politische Macht dazu auf, diese Haltung aufzugeben."

(DIHA, 23.4., ISKU)

danten vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof dauern an..." *(DIHA, 23.4., ISKU)*

Sechs Verhaftungen nach Tod eines angeblichen KADEK-Mitgliedes
In Silopi wurde am 18. April eine Person nach ihrem Tod von den Sicherheitskräften zu einem "KADEK-Mitglied" erklärt und als Begründung für eine anschliessende "Operation" der Sicherheitskräfte herangezogen. Bei dieser Operation wurden 11 Personen festgenommen; gegen sechs von ihnen, wurde Haftbefehl mit dem Vorwurf der Hilfe und Unterstützung des KADEK erlassen.
(DIHA, 23.4., ISKU)

Unterdrückung im Gefängnis Iskenderun nimmt zu
Die Angehörigen von inhaftierten KADEK - Unterstützern im E-Typ-Gefängnis Iskenderun sind in grosser Sorge um das Leben der Inhaftierten wegen der andauernden starken Unterdrückung und Verschärfung der Haftbedingungen. *(DIHA, 23.4., ISKU)*

Erdogan für neues Regierungssystem der Türkei?
Der türkische Ministerpräsident T. Erdogan hat Überlegungen für ein Präsidialsystem für die Regierung der Türkei geäussert. Der Vorsitzende der SDP, A. Birdal, kritisierte, das würde den Willen des Volkes noch weniger berücksichtigen, als es bisher schon der Fall ist. Der Vorsitzende der DYP, M. Agar, sagte zu dem Thema, die Türkei brauche vor allem eine zivile Verfassung, kein Präsidialsystem wie in den USA.
(DIHA, 21.4., ISKU)

Film "Sari Günler" (Gelbe Tage) über Halepce verboten
Beim diesjährigen "Internationalen Film Festival" in Istanbul wurde der Film "Sari Günler" über das Giftgas - Massaker von Halepce vom türkischen Kulturministerium verboten.
(DIHA, 21.4., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KO	kurdishobserver.com
KM	kurdishmedia.com

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 102
25. April 2003

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der Partei der Freien Frau (PJA) zum 1. Mai

Die Zeit der Völker ist angebrochen

Wir feiern den 1. Mai als Tag der Arbeit in einer Zeit, in der weltweit ein Kampf um ein neues internationales System stattfindet.

Arbeit ist ein Thema, das neu behandelt werden muss. Der Wert der menschlichen Arbeit stellt die Hauptdynamik der Entwicklung der Menschheit in einer Zeit, in der das menschliche Denken sowie Technologie, Wissenschaft und Produktion eine grenzenlose Entwicklung aufweisen. Wir leben in einer Welt, in der Mensch und Zivilisation eine großartige und grenzenlose Entwicklung erfahren und gleichzeitig Probleme vorherrschen, die dem Leben jeden Wert nehmen, wenn keine Lösung gefunden wird. Der Entwicklung gegenüber stehen Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Umweltverschmutzung und Kriege, die das Leben und unseren Planeten bedrohen.

Die Realität wird im Informationszeitalter vor den Menschen verborgen oder verdreht. Anstelle von Gleichheit und Toleranz formt sich in unserer globalisierten und zu einem kleinen Dorf gewordenen Welt das Streben einer Supermacht.
Während die entwickelte Wissenschaft als sozialer Dienst auf den Gebieten Ausbildung und Gesundheit Wirkung zeigen müsste, können davon nur Menschen mit Geld profitieren.
Dieses Szenario bestätigt, das wir in einer Welt der Widersprüche leben.
Auf dieser Basis weiten die USA ihren Kampf um ein Weltimperium aus. Es sieht so aus, dass Großbritannien, das in früheren Zeiten ein Imperium darstellte, in dem die Sonne nie unterging, mit nostalgischen Melodien die Rolle eines strategischen Bündnispartners in diesem Kampf gegeben worden ist. Nach der Auffassungsweise und Politik eines Imperiums wird kein anderes System anerkannt. Es gibt nur eine Auffassung von einem internationalen System für ein Imperium, und das ist die eigene. Alle anderen Kräfte müssen in das imperiale System eingebunden oder unterworfen werden. So betrachtet, wird die Welt der Zukunft voller Konflikte sein.

Die Themen Leben, Mensch und Arbeit in unserer Welt müssen eine Neubewertung erfahren. Am Anfang dieser Fragen steht die Frau. Die Frau als Mutter des Lebens und der Menschwerdung gibt in ihrer momentanen Situation konkrete Hinweise auf das Heute und Morgen unserer Welt. Ist es möglich, dass in dieser Welt, in der die Frau immer noch als ein Sexobjekt, als billige Arbeitskraft und als eine Frau zwischen vier Wänden betrachtet wird, die angeblich Führenden ein System installieren, in dem alle unter gleichen Bedingungen leben können? Nein!

In einer Welt, in der Frauen am hellichten Tag vor aller Augen vergewaltigt, zu den ersten Opfern von Privatisierungspolitik, ver- und gekauft und als billige Arbeitskraft vermarktet werden, ist die Behauptung, es würde für Demokratie und Befreiung Krieg geführt, eine große Lüge.
Ist es möglich, denen zu glauben, die gegen den Willen der Bevölkerung und unter Verletzung internationalen Rechts mit ihrer Kriegsmaschinerie eine "Demokratie" errichten wollen? Ist es möglich, den Aufbau der zukünftigen Welt dieser Denkweise zu überlassen?
Kriegsmaschinerie und Geld können den Wert der Arbeit der Menschen nicht übertreffen. In dem Moment, in dem der Wert der Arbeit übertroffen wird, wird der Mensch übertroffen. In einer Welt, die von Gier, Profit und Lüge regiert wird, entfernen sich die Menschen von ihrer Menschlichkeit. Aus diesem Grund sollten wir den 1. Mai 2003 um so ausdrucksvoller begehen.
Die Welt der Zukunft darf nicht von Militärimperien und Königen von Supermächten aufgebaut und regiert werden, sondern von der Zivilgesellschaft. Die Zeit der Völker ist angebrochen. Gegen die männlichen Erfindungen Krieg, Armee und Staat wird für eine schönere Zukunft der heutigen Welt die Hand der Frau benötigt.

Es lebe der Frauenbefreiungskampf!
Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!
Es lebe der 1. Mai!
Nieder mit dem Imperialismus!

Partei der Freien Frau (PJA)
29. April 2003

Kurdische Truppen sollen Mosul verlassen. 20 Geschütze beschlagnahmt

US-Truppen entwaffnen Peschmerga

Unterstützt von Kiowa-Kampfhubschraubern haben US-Truppen am Wochenende mit der Entwaffnung kurdischer Peschmergakämpfer in der nordirakischen Stadt Mosul begonnen.

US-Soldaten übernahmen drei Straßenkontrollposten, die von den Kämpfern der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) errichtet worden waren. Die Peschmerga weigerten sich anfangs, die Straßensperren zu räumen und schickten weitere Kämpfer zur Verstärkung. Sie gaben erst auf, als ein Kampfhubschrauber direkt über ihnen kreiste und ein US-Offizier drohte: »Ihr werdet mehr Feuerkraft erleben, als ihr auch nur zu träumen wagt«.

Nach dem Sturz Saddam Husseins war Mosul von kurdischen Kämpfern erobert worden. Tausende US-Soldaten sind mittlerweile in die Stadt nachgerückt. »Wir haben vor, die Peschmerga zu entwaffnen. Wir möchten, daß sie die Stadt verlassen«, erklärte US-Offizier Chris Holden von der 101. Luftlandedivision.

Bereits vergangene Woche hatten US-Fallschirmjäger türkische Kommandosoldaten an einem Kontrollpunkt in der Nähe der nordirakischen Stadt Kirkuk festgenommen und zurück an die türkische Grenze gebracht. Die zivil gekleideten Spezialkräfte hatten sich einem Hilfskonvoi angeschlossen. In ihren Fahrzeugen fanden die US-Soldaten große Mengen Waffen. »Ihr Ziel ist es, eine Situation zu schaffen, die von der Türkei dazu ausgenutzt werden kann, eine größere Zahl von Friedenstruppen nach Kirkuk zu schicken«, vermutet US-Brigade-Kommandant Bill Mayville von der 173. Luftlandedivision. *(jW, 29.4., ISKU)*

Meldungen

1. Mai Veranstaltungen an vielen Orten Kurdistans abgesagt
Wegen des Erdbebens in der vergangenen Nacht in der kurdischen Provinz Bingöl wurden von den Veranstaltern in folgenden Bezirken die 1. Mai - Veranstaltungen abgesagt bzw. wurden lediglich Presseerklärungen verlesen: Bingöl, Diyarbakir, Van, Bitlis, Siirt, Batman, Dersim, Elazig.
Nach ersten Berichten kamen ca. 150 Personen bei dem Erdbeben ums Leben, ca. tausend Verletzte wurden gezählt. Viele Menschen werden noch unter den Trümmern vermisst. *(DIHA, 1.5., ISKU)*

Besuch bei Abdullah Öcalan
Nach zweiwöchiger Unterbrechung konnten am Mittwoch Mehmet Öcalan und die drei Rechtsanwälte H. Korkut, F. Aydinkaya und B. Kaya Abdullah Öcalan besuchen. Die Anwälte kündigten eine ausführliche Stellungnahme für einen späteren Zeitpunkt an. *(DIHA, 30.4., ISKU)*

Prozess wegen des Verschwindens von HADEP-Mitgliedern
Drei Richter des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führten zu dem Prozess wegen des Verschwindens der HADEP-Mitglieder Serdar Tanis und Ebubekir Deniz aus Silopi eine Zeugenvernehmung von 30 Zeugen in Ankara durch. Der von ihnen als wichtigster Zeuge eingestufte frühere Regimentskommandeur Levent Ersöz aus Sirnak erschien jedoch nicht zur Verhandlung. *(DIHA, 30.4., ISKU)*

DEHAP Verbotsverfahren
Generalstaatsanwalt Kanadoglu hat ein zweites Verfahren zur Schliessung der DEHAP eröffnet. Als Begründung wird "Verstoss gegen die unteilbare Einheit von Staat und Nation" genannt. Der Parteivorsitzende der DEHAP bezeichnete in einer Erklärung das Vorgehen als unvereinbar mit den Gesetzen. *(DIHA, 29.4., ISKU)*

Nichts Neues im Prozess "Ägyptischer Basar"
Im Jahr 1998 wurde im "Ägyptischen Basar" in Eminönü nach Angaben der Polizei ein Bombenanschlag verübt, nach anderen Angaben handelte es sich damals jedoch um eine Explosion einer Gasflasche. 7 Personen wurden danach in diesem Zusammenhang festgenommen.
Pinar Selek wurde inzwischen für die Dauer der Verhandlung auf freien Fuss gesetzt. Die anderen sind seit ca. 4 Jahren in Untersuchungshaft. Die Verteidiger bezeichneten dieses Vorgehen als

Deklaration des KADEK zur Lösung der Krise in der Türkei

"Der Ausweg für die Türkei aus der Sackgasse"

Der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan hat eine Deklaration veröffentlicht, in der Lösungswege für die Überwindung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise im Mittleren Osten aufgezeigt werden. Im folgenden dokumentieren wir eine stark gekürzte Zusammenfassung. Auf unserer Webseite **www.nadir.org/isku** kann eine vollständige Version der Deklaration eingesehen werden.

Die Lektion aus dem Zusammenbruch des Saddam-Regimes

Die Türkei hatte die irrige Auffassung, dass sie weiterhin basierend auf ihrer strategischen Bedeutung ihre alte Politik fortsetzen könnte. In einer Zeit, in der unausweichlich eine Demokratisierung und eine Lösung der kurdischen Frage anstehen, hat sie angenommen, mit scheinbaren Reformen, die keine Überwindung ihrer überholten Politik darstellen, den Erfordernissen dieser Zeit begegnen zu können. Das Resultat davon war eine Vertiefung der Ausweglosigkeit in der Innen- und Außenpolitik. Die Verleugnung kurdischer Identität stellt jedoch nicht nur für die Türkei, sondern auch für die anderen Staaten der Region eine Sackgasse dar. Insbesondere durch den Zusammenbruch des Saddam-Regimes ist deutlich geworden, dass die Politik der Verleugnung Bankrott gemacht hat.

Die Türkei befindet sich an einer Wegkreuzung in der Politik, die auf dem inneren Gleichgewicht basiert. Die ihr zufallende Rolle kann sie nicht ausfüllen, indem sie ihre vermeintlich strategische Bedeutung verkauft, sondern indem sie ihre Eigendynamik in Bewegung setzt. Die kurdische Befreiungsbewegung befindet sich in einer Position, in der sie diese Rolle stärken kann.

Demokratische Türkei, freies Kurdistan

Mit seiner Verteidigungsschrift vom Prozess auf Imrali sowie dem Manifest für eine demokratische Zivilisation, das dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof überreicht wurde, hat der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan umrissen, welche Strategie zu verfolgen ist. Die kurdische Frage muss fern von nationalistischen Anschauungen innerhalb der Grenzen der Türkei auf der Grundlage einer demokratischen, freien Einheit gelöst werden. Im Interesse aller Beteiligten liegt nicht die Spaltung, sondern eine Vereinigung, mit der das Ziel einer demokratischen Türkei und eines freien Kurdistans umgesetzt werden kann. Die auf Verleugnung basierende Denkweise in der Türkei beschuldigt uns eines lediglich taktischen Vorgehens und ignoriert die von uns unternommenen Schritte. Damit wird eine Lösung verhindert.

Die Kurden sind der wichtigste strategische Partner der Türkei. Eine Demokratisierung wird weder durch die kurdische Frage noch durch den islamischen Glauben der Gesellschaft verhindert. Im Gegenteil wird die Demokratisierung durch die autoritäre und in keiner Verbindung mit der Bevölkerung stehenden Denkweise behindert, die diese beiden Punkte als Hindernis betrachtet.

Die US-Intervention im Irak hat wie für alle Länder im Mittleren Osten auch für die Türkei die Einleitung einer neuen Zeitphase notwendig gemacht. Die reaktionären Strukturen, die dieser Intervention die Grundlage geboten haben, müssen aufgegeben werden. Wenn die Regierungen eine Einheit mit der Bevölkerung gebildet hätten, hätten die USA es nicht gewagt, in der Region militärisch zu intervenieren.

Demokratische Gesellschaftskoordination

Eine Demokratisierung und Lösung muss auf der gesellschaftlichen Dynamik aufbauen. Dafür sind neue Organisierungsmodelle notwendig. Eine zu gründende demokratische Gesellschaftskoordination wird den Demokratisierungsprozess beschleunigen und somit eine historische Rolle einnehmen.

Für den Aufbau einer demokratischen Türkei

Aufgaben im politischen, administrativen und juristischen Bereich

1- Dem Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan, der eine von Nationalismus weit entfernte und auf Geschwisterlichkeit der Völker beruhende politische Lösung für die Demokratisierung der Türkei und die Freiheit des kurdischen Volkes aufgezeigt hat, muss die Freiheit gewährt werden. Seine politischen und sozialen Rechte müssen anerkannt werden.

2- Die sofortige Aufhebung der Isolation und der sozialen und kulturellen Beschränkungen gegen den Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan. Die Situation unseres Vorsitzenden soll als unverzichtbarer Teil der Demokratisierung der Türkei und eines gerechten und demokratischen Friedens angesehen werden.

3- Ausrufung einer undifferenzierten Amnestie und Gewährung politischer und sozialer Rechte für die politischen Gefangenen. Die Einbeziehung der Guerilla der Volksverteidigungskräfte, HPG, in einen solchen Prozess, um die Basis für bewaffnete Auseinandersetzungen ganz abzuschaffen.

4- Die Aufhebung der Hindernisse vor der Meinungs-, Äußerungs- und Organisierungsfreiheit, solange nicht Feindschaft unter den Völkern geschürt und Gewalt propagiert wird.

5- Die Aufhebung der Hindernisse bezüglich des Ausdrucks und der Entwicklung kurdischer Identität, Sprache und Kultur durch Garantierung dieser Rechte auf Verfassungsebene.

6- Kurdische TV- und Radiosender sowie Printmedien sollen keinerlei Begrenzungen ausgesetzt werden und juristisch und administrativ den türkischen Medien gleichgesetzt werden.

7- Die Ausdehnung und Vertiefung der Demokratie durch Erweiterung der Befugnisse der Kommunalverwaltungen.

8-Die Rückkehr der zwangsumgesiedelten Menschen zu ihren Dörfern soll gewährleistet werden. Damit sie ihre Dörfer und Wirtschaft wieder aufbauen können, sollen sie administrativ, juristisch und finanziell unterstützt werden.

9-Die Aufdeckung der „Morde unbekannter Täter“ und die Bestrafung der Täter.

10- Die Einstellung militärischer Operationen gegen die Guerilla, die legitime Verteidigungskräfte sind, auch in der Zeit, in der gesetzliche Regelungen zur Herstellung demokratischer Verhältnisse umgesetzt werden.

11- Die Gültigkeit der Maßnahmen und Resultate dieses legislativen Prozesses nicht nur für den KADEK und die Volksverteidigungskräfte, HPG, sondern auch für andere links orientierte Organisationen.

12- Die Türkei soll auch in den anderen Teilen Kurdistans eine Politik der Lösung vertreten, nach der die kurdische Frage im Rahmen einer demokratischen Einheit gelöst wird. Deswegen sollte sie Kontakte zu kurdischen Bewegungen pflegen und die diesbezüglich nötige Unterstützung gewährleisten.

13- Die Türkei darf ihre Beziehungen zu den Staaten in der Region, die ebenfalls von der kurdischen Frage betroffen sind, nicht auf einer kurdenfeindlichen Haltung aufbauen. Statt dessen sollte sie diese Politik aufgeben und die anderen Staaten zu einer demokratischen Einheitslösung ermutigen.

14- Die Umsetzung dieser politischen, juristischen und administrativen Neuregelungen sowie Neuwahlen mit einem demokratischen Wahlgesetz bedeuten eine Demokratisierung der Türkei. Damit wird eine neue Ära eingeleitet.

(...)

15. April 2003
KADEK-Leitungsausschuss

Menschenrechtsverletzung und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Das Gericht lehnte die Forderung ab und vertagte den Prozess wegen fehlender Akten. *(DIHA, 28.4., ISKU)*

Festnahmen nach Information an die Presse

Im Kreis Baskale kamen am 5. April 2 Personen bei der Explosion eines Geschosses der Armee ums Leben. Die Angehörigen verklagten die Soldaten. 6 Personen der Familie wurden jetzt von der Jandarma festgenommen, weil sie eine Delegation zur Untersuchung des Vorfalls gefordert und die Presse informiert hatten. Ausserden sollten sie die Klage zurückziehen.
(DIHA, 29.4., ISKU)

Hilfsappell aus Maxmur

Die Bewohner des Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan, erhalten seit 3 Monaten keinerlei Unterstützung. Es fehlt ihnen an Lebensmitteln und Trinkwasser. Deshalb appellieren sie erneut an nationale und internationale Organisationen mit der Bitte um Unterstützung. *(DIHA, 28.4., ISKU)*

Proteste gegen Hinrichtung

Auf dem Weg von Van nach Baskale wurde auf dem Nachhauseweg der 25-jährige C.K. in seinem Privatauto von Soldaten erschossen. Der Erschossene wurde vor das Amt des Vali gebracht. Bei den Protesten gegen den Mord kam es dort zwischen den ca. 500 TeilnehmerInnen des Protestes und der Polizei zu Auseinandersetzungen und zahlreichen Verletzten. Der Vali sagte eine Untersuchung des Todesvorfalls zu.
(DIHA, 27.4., ISKU)

Bau neuer Hochsicherheitsgefängnissen

Während die Zahl der Gestorbenen wegen des Todesfastens in den F-Typ-Gefängnissen 106 Personen erreicht, werden nach Berichten von Angehörigen der Inhaftierten und Verteidigern der Menschenrechte die Baumassnahmen für neue "Hochsicherheitsgefängnisse" mit unterirdischen Dunkelzellen, die auch akustisch isoliert sind, beschleunigt
(DIHA, 27.4., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 104
9. Mai 2003

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalans Haftbedingungen wurden weiter verschärft

Isolation gegen Friedenspolitik

Wie Hatice Korkut als Anwältin und Mehmet Öcalan als Bruder des KADEK-Vorsitzenden Abullah Öcalan am vergangenen Freitag auf einer Pressekonferenz im Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul bekannt gegeben haben, hat Öcalan angekündigt, in Zukunft jegliche Besuche zu verweigern, falls sich die Anwendung der Besuchsregelung nicht verbessere. Korkut verwies darauf, dass ihr Mandant seit dem 15. Februar 1999 bis heute unter schwersten Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali als einziger Häftling gefangen gehalten werde und seine Haftbedingungen auf unrechtmäßige Weise verschlechtert würden.

Öcalans Anwälte und Familienangehörige konnten seit Oktober 2002 lediglich fünf Mal für jeweils eine Stunde einen Besuch auf Imrali abstatten. Korkut führte weiterhin aus: "Die Besuchsverweigerungen, deren Begründungen weit entfernt davon sind, glaubwürdig zu sein, bedeuten, dass selbst das Recht auf anwaltliche Verteidigung außer Kraft gesetzt wird. Des weiteren ist die Besuchsdauer beim letzten Besuch weiter verkürzt worden. Standen zuvor jeweils eine Stunde für Verteidigung und Familie zur Verfügung, ist die Besuchszeit jetzt auf 45 Minuten für die Anwälte und 15 Minuten für die Familie begrenzt worden. Insbesondere für die Familie stellt diese Situation eine ernste Rechtsverletzung dar."

Öcalan selbst bewerte das Vorgehen als Provokation gegen die Bemühungen für Frieden und Einigung, so Korkut: "Es zeigt sich, dass es sich über eine juristische Frage hinaus um eine politische Entscheidung handelt. In letzter Zeit haben positive Diskussionen über eine demokratische Lösung der kurdischen Frage stattgefunden. Die Verfahrensweise gegen unseren Mandanten ist dazu geeignet, diese sich entwickelnden positiven Herangehensweisen zu zerstören. Unser Mandant hat mitgeteilt, dass es sich bei dem Vorgehen in Verbindung mit den Entwicklungen im Irak um ein Spiel gegen die Türkei und die Freiheit der Bevölkerung handelt. Unser Mandant Herr Abdullah Öcalan betont, dass der türkische und kurdische Nationalismus angeheizt werde, um eine lange andauernde Gewaltsituation zu provozieren. Die bestehenden Probleme lassen sich nicht mit Vernichtung lösen. Unser Mandant kündigte an, dass er weitere Besuche von Verteidigung und Familie verweigern wird, falls keine Besserung in der Anwendung eintritt, da diese ihre Funktion unter den gegenwärtigen Umständen eingebüßt haben. Wir möchten nachdrücklich betonen, dass sich alle betreffenden Kreise von dieser Situation alarmiert fühlen und aktiv werden sollten, damit die aus dem Sonderstatus entstehenden schwerwiegenden politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen verhindert werden."

(DIHA, 2.5., ISKU)

KADEK ruft zur Diskussion seines Lösungsvorschlags auf

In einer Stellungnahme im Fernsehsender Medya TV rief das Präsidiumsmitglied des KADEK, D. Kalkan, die Völker der Region auf, sich an der Schaffung eines gemeinsamen Demokratie-Programmes stärker zu beteiligen.
In seinem Redebeitrag rief Kalkan die Intellektuellen und patriotisch eingestellten Menschen auf, im Kampf der Völker ihre führende Rolle wahrzunehmen. "Engstirniger Nationalismus ist kein Ausweg" sagte er. Das kurdische Volk könne dadurch nichts gewinnen
Bei der Umsetzung der "Demokratischen Lösung" solle und werde das Kurdische Volk eine führende Rolle übernehmen. Das von KADEK ausgearbeitete Programm (siehe Nuce 103) würde bei den Nachbarvölkern diskutiert und vergleichbare Vorschläge würden ausgearbeitet werden. Mit einem Bündnis der demokratischen Kräfte der Region wird die neue gemeinsame Grundlage der Völker des Mittleren Ostens freiheitlich und demokratisch sein. Insbesondere nach dem Irak-Krieg sei der bestehende Zustand nicht weiter aufrechtzuerhalten. Doch was aus dieser Situation entstehen werden, das werde der Kampf für Demokratie und Freiheit entscheiden, sagte er.
Er kritisierte die Auffassung, für die Kurden sei nur der Ausweg des Nationalismus geblieben: "Es gibt einen anderen Weg; den Weg der Demokratie und Freiheit, den Weg von Freiheit und Gerechtigkeit" sagte er.

Zur aktuellen Situation der Türkei und der Haft des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan sagte er: "Unser Vorsitzender ist von starker Repression und Isolation betroffen. Abdullah Öcalan lehnt es ab, unter diesen Bedingungen Besuch zu empfangen. Er darf inzwischen nur noch einmal pro Monat Besuch empfangen, auch die Besuchsdauer ist auf die Hälfte gekürzt worden."
Der Angriff auf die Bevölkerung nach dem Erdbeben in Bingöl und die Repressionen gegen Abdullah Öcalan - die Ursache dafür sei die gleiche Geisteshaltung. Kalkan erinnert auch an die Äusserung des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrat der Türkei, die dieser in Brüssel machte: "Wir werden Öcalan an einem uns passenden Zeitpunkt aufhängen". In der Türkei bestehe derzeit eine gefährliche Lage. Die Anwälte müssten dagen rechtlich vorgehen. sagte Kalkan in seinem Redebeitrag. *(ÖP, 6.5., ISKU)*

Erdbebenhilfe in Bingöl - Spendenaktion

Heyva Sor a Kurdistane hat inzwischen ein Sonderkonto für Soforthilfe eingerichtet und bitten die Presse und alle humanitären Organisationen darum, die Bankverbindung zu Veröffentlichen und unsere Bemühungen um Hilfe für die betroffenen Menschen auf diese Weise zu unterstützen. Gleichzeitig bitten wir auch alle Hilfsorganisationen, mit Geld- oder Sachspenden (Medikamente, Decken etc.) zum Erfolg unserer Aktion beizutragen. Wir garantieren selbstverständlich, daß alle Geld- und Sachspenden vollständig an neutrale und unabhängige NGOs, die in der Türkei vor Ort tätig sind, weitergeleitet werden.
Stichwort "Erdbebenhilfe"
Konto: 214 122 BLZ: 574 514 10
Stadtsparkasse Linz a. Rhein
Heyva Sor a Kurdistane (HSK)

Meldungen

Kanadoglu: Schliessung der DEHAP ist eine politische Notwendigkeit
In der Anklageschrift gegen die DEHAP vor dem Verfassungsgericht verlangt der zuständige Staatsanwalt Kanadoglu ein Verbot politischer Betätigung gegen 86 Personen der DEHAP; das Verbot müsse vor dem 8. Juni erlassen werden. An diesem Tag wird ein zentraler Kongress der DEHAP stattfinden. In dem Schliessungsantrag wird unter anderem auch als Grund genannt, dass die DEHAP als Zentrale den Sitz der verbotenen HADEP benutzt...
(DIHA, 2.5., ISKU)

Verhaftung von 5 Personen in Gercüs
In Gercüs/Provinz Batman wurden 2 Personen wegen angeblicher KADEK - Mitgliedschaft verhaftet; 3 weitere Personen wurden mit dem Vorwurf der Unterstützung ebenfalls verhaftet. *(DIHA, 5.5., ISKU)*

Angriffe auf StudentInnen
Im Stadtteil Besiktas (Istanbul) kam es im Lauf des Vormittags zu schweren Angriffen von Mitgliedern des "Atatürk-Gedanken-Verein" gegen politisch links eingestellte Studenten. Ausgangspunkt war die Yildiz Teknik Universität; die Auseinandersetzungen weiteten sich auf einen grossen Bereich des Stadtteils aus. Insgesamt wurden nach bisherigen Informationen mindestens 28 Studenten verletzt.
(DIHA, 5.5., ISKU)

Barzani-Buch gilt als "separatistisch"
Wegen Übersetzung, Druck und Veröffentlichung des Buches "Barzani und die kurdische Freiheitsbewegung" wurden in Istanbul der Übersetzer (V. Ince), der Druckereileiter der Can-Druckerei und der verantwortliche Leiter des Doz-Verlags (Ahmet Okcuoglu) vom DGM Istanbul wegen "Separatismus" angeklagt.
(DIHA, 8.5., ISKU)

Revolutionäre Bergarbeiter-Gewerkschaft zur Arbeitssicherheit und Arbeitsgesetz
In einer Erklärung nahm der Vorsitzende der Dev Maden Is - Gewerkschaft Stellung zum geplanten Gesetz zur Arbeit und für Arbeitssicherheit. Damit das Gesetz in Kraft treten könne und auch für die Gesundheitsvorschriften und Sicherheitsvorschriften anwendbar sei, müssten die betreffenden Gesetze in eine fortschrittlichere und demokrati-

Erste Hilfsgüter in Maxmur eingetroffen

Der niederländische "Mutterschafts-Stiftung" ist es gelungen, drei LKW`s mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und medizinischem Gerät in den Nordirak zu schaffen.
Einer der LKW erreichte am 1. Mai das Flüchtlingslager Maxmur. Der dortigen Selbstverwaltung der Flüchtlinge wurden Hilfsgüter zur Grundversorgung übergeben: 20 Tonnen Mehl sowie 800 Nahrungspakete für Mütter mit Kindern. Nach einem eintägigen Aufenthalt in Maxmur setzte die niederländische Delegation ihre Fahrt in Richtung Mosul fort.

Bei Besuchen in Süleymania und Mosul übergab die Delegation den örtlichen Krankenhäusern dringend benötigte Medikamente sowie medizinisches Gerät.

Während ihres Aufenthalts im Nordirak trafen TeilnehmerInnen der Delegation auch mit unabhängigen Ärzteteams und medizinischen HerflerInnen zusammen, die versuchen, in der Region medizinische Hilfe zu leisten.

Viele Bemühungen der Internationalen Stiftung der Freien Frauen, humanitäre Hilfe nach Maxmur zu senden, wurden von nationalen und internationalen Hilfsorganisation mit der Begründung zurückgewiesen, dass "die Entsendung von Hilfsgütern in die Region unmöglich" sei. Obwohl es noch immer Schwierigkeiten gibt, macht das Beispiel des Engagements der "Mutterschafts-Stiftung" deutlich, dass es möglich ist, die Region mit humanitärer Hilfe und Unterstützung zu erreichen. Die Folgen des Krieges und des Embargos sind in der Region noch immer deutlich zu spüren und machen humanitäre Aktionen nach wie vor notwendig. "Obwohl das Flüchtlingslager Maxmur während der intensiven Phase des Krieges nicht direkt angegriffen wurde, sind die Spuren des Krieges auch hier unübersehbar", so ein Mitglied der Delegation.

Das grösste Problem der Menschen im Camp ist der anhaltende Mangel an medizinischen Gütern und Medikamenten zur Behandlung erkrankter Menschen. Seit das UNHCR kurz vor Kriegsausbruch seine Mitarbeiter aus dem Lager abzog, war kein Arzt in dem von 10.000 Menschen bewohnten Lager. Damit besteht ein dringendes Bedürfnis nach einem Arzt sowie Medikamenten und anderen medizinischen Gütern.
Mit den momentan vorhandenen Nahrungsmitteln können sich die Menschen im Lager die nächsten drei Monate versorgen. Das bedeutet, dass das Versorgungsproblem nicht gelöst ist, bis die UN und andere internationale Hilfsorganisationen bereit sind, ihre Verantwortung zu übernehmen.

Die Internationale Stiftung der Freien Frauen wird ihre Solidaritätskampagne mit dem Flüchtlingslager Maxmur fortsetzen. Wir rufen internationale Institutionen auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Bemühungen der Flüchtlinge für eine langfristige Lösung zu unterstützen.

Internationale Stiftung der Freien Frauen, 4.5. 2003

Zentrale des Menschenrechtsverein in Ankara von der Polizei durchsucht

Die Polizei der Politischen Abteilung und der für Vereine zuständigen Abteilung der Sicherheitsbehörden Ankara, haben am Dienstag die Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara durchsucht. Als Grund wurde "Unterstützung einer terroristischen Organisation" angegeben. Bei der Durchsuchung in Anwesenheit eines Staatsanwaltes des Staatsicherheitsgerichtes DGM wurden die Festplatten der Computer beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde die örtliche Filiale des IHD in Ankara durchsucht.

Der Vorsitzende des IHD-Ankara erklärte in einer Stellungnahme für die Nachrichtenagentur DIHA, die Durchsuchung sei eine Rechtsverletzung. Es seien auch eine grosse Anzahl Berichte, amtliche Dokumente, Bücher und Verlagsveröffentlichungen beschlagnahmt worden. Der IHD werde in seinem Kampf aber nicht schweigen, er habe auch bisher nicht geschwiegen. Die Durchsuchung sei ein heftiger Angriff auf die Verteidiger der Menschenrechte.

Proteste gegen die Durchsuchung
Die Zweigstellen des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul und Mersin protestierten in Erklärungen gegen die Duchsuchung der Zentrale und der örtliche Zweigstelle des IHD in Ankara. Sie erklärten, sie würden mit ihrer freiwilligen Arbeit für Rechte und Freiheiten der Menschen weitermachen und würden sich nicht zum Schweigen bringen lassen. In dieselbe Richtung äusserte sich auch der IHD-Vorsitzende H. Öndül. Die Durchsuchung sei nicht nur eine Verletzung nationaler Gesetze der Türkei, auch internationale Vereinbarungen seien dadurch missachtet worden.

Eine Protesterklärung gegen die Polizeiaktion wurde auch vom "Block für Arbeit, Frieden und Demokratie" veröffentlicht.

(DIHA, 6./7.5., ISKU)

Die dritte Ausgabe von CENÎ ist erschienen

...und kann ab sofort im Kurdischen Frauenbüro für Frieden bestellt werden!

Diesmal mit folgendem Inhalt:
- Es gibt eine Lösung - Die Frauenlösung
- 8. März: Frauen fordern weltweit Frieden
- Frauendelegation nach Kurdistan - eine Reise an die Grenze zum Krieg
- Unsere Sicht der Dinge (Dokumentation einer Erklärung der Partei der Freien Frau - PJA zur Situation im Mittleren Osten)
- Offener Brief von Danielle Mitterand an ihre kurdischen Freunde im Irak
- Mobilisierung gegen den Krieg
- Bericht vom 4. Treffen des Weltfrauenmarsches in Indien
- Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag (Auszüge)
- Flüchtlingslager Maxmur
- Kurzmeldungen: Leyla Zana, Europäisches Sozialforum, Demobericht aus Lüdenscheid etc.

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostr. 27 - 40 210 Düsseldorf
tel 0211 171 10 80 - fax 0211 171 10 78
ceni_frauen@gmx.de

Reporter ohne Grenzen bemängeln Pressefreiheit in Türkei

Anläßlich des 3. Mai als "internationalem Tag der Pressefreiheit" veröffentlichte die Organisation "Reporter ohne Grenzen" eine Reihe von Berichten zur Lage der Pressefreiheit weltweit. Auf 15 Seiten wird dabei auch auf die Lage der Journalisten in der Türkei eingegangen. Dem Bericht zufolge verbrachten 18 Journalisten das vergangene Jahr ganz oder teilweise in Haft. Von ihnen befinden sich immer noch fünf aufgrund ihrer Tätigkeit in Haft. Außerdem wurden im vergangenen Jahr 17 türkische Journalisten festgenommen, 31 bei der Ausübung ihrer Tätigkeit geschlagen.

(Yeni Safak, 3.5., ISKU)

schere Fassung gebracht werden. Ausserdem müssten alle undemokratischen Behinderungen in Bezug auf die Organisierung der Arbeiter gestrichen werden, sagte er. *(DIHA, 7.5., ISKU)*

Ethnische Auseinandersetzungen in Halis /Irak
In der Ortschaft Halis, circa 40 km nördlich von Bagdad, gehen die in den letzten Tagen ausgebrochenen bewaffneten Kämpfe zwischen Bevölkerungsgruppen weiter. Ärzte des örtlichen Krankenhauses verlangten Hilfe der amerikanischen Truppen vom Stützpunkt Bakuba, erhielten aber keine Unterstützung. Nach Angaben eines Arztes hätten arabischstämmige Personen Kurden auf dem Weg nach Kirkuk mit Schusswaffen angegriffen. Auch das Krankenhaus sei mehrmals angegriffen worden, um einen verwundeten Kurden umzubringen. Autos mit südkurdischen Kennzeichen würden beschossen. Auf den Strassen gebe es gegenseitige Racheaktionen. Mindestens drei Menschen seien bisher ums Leben gekommen.

(DIHA, 7.5., ISKU)

Waffeneinsatz gegen Erdbebenopfer in Bingöl
Weil bei der Verteilung von Zelten "amtliche Kreise" bevorzugt wurden protestierten die "normalen" Erdbeben-Opfer gegen die Art der Verteilung vor dem Amtssitz des Vali. Die eingesetzten Spezialeinheiten setzten dagegen auch Warnschüsse ein. Infolge der Steinwürfe der Demonstrierenden wurden einige Polizeifahrzeuge zerstört; bei den Auseinandersetzungen wurde zahlreiche Menschen verletzt, auch Journalisten waren unter den Opfern. Die eingesetzten Spezialeinheiten wurden durch Soldaten abgelöst. Es wurde berichtet, dass der Leiter der Spezialeinheiten und der Leiter der Sicherheitsbehörden ihres Amtes enthoben worden seien.

(DIHA, 2.5., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 105
16. Mai 2003

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Generalamnestie statt Reuegesetz

In der Türkei laufen derzeit breite Diskussionen um eine Generalamnestie und um den Regierungs-Vorschlag eines "Reuegesetzes" Der Gesetzentwurf, der bereits in der kommenden Woche im Kabinett behandelt werden soll, will mit dem Angebot von Strafnachlassen, der Schaffung einer neuen Identität und "gesichtschirurgischen Operationen" Mitglieder der Volksverteidigungskräfte zur Abgabe ihrer Waffen und zu Aussagen gegen ihre GenossInnen bewegen. Im Laufe dieser Woche äußerten sich namhafte MenschenrechtlerInnen und VertreterInnen demokratischer Organisationen zu dem Gesetzentwurf und brachten erneut die Diskussion um eine Generalamnestie auf die Tagesordnung.

Osman Özcelik, Mitglied des Organisationskomitees der DEHAP, Hüsnü Öndül, Vorsitzender des IHD, Muesser Günes von den Friedensmüttern und Yavuz Önen, Vorsitzender der Menschenrechtsstiftung (TIHV) wiesen gemeinsam den Entwurf des Reuegesetzes zurück und erklärten, dass für eine langfristige Lösung eine Generalamnestie notwendig sei.

Realistische Lösungen
Osman Özcelik unterstrich, dass die kurdische Frage das Hauptproblem der Türkei sei, aber auch der Schlüssel zur Demokratisierung. Der Staat habe bis heute die kurdische Frage mit "Terrorismus" identifiziert und damit den Stillstand vertieft.
Özcelik sagte weiter, dass die bewaffneten Kräfte des KADEK als Bedrohung dargestellt werden und dass mit ihnen auch die Demokratisierung eliminiert werden solle und fügte hinzu: "Sie müssen keine Bedrohung sein. Es ist möglich, die Demokratisierung der Türkei zu festigen. Und das kann durch eine Amnestie geschehen, die es den bewaffneten Kräften des KADEK ermöglicht, ihre Waffen niederzulegen und am sozialen und politischen Leben teilzunehmen". Mit einem Reuegesetz sei dies nicht möglich. An die Regierung gewandt forderte er, die Frage mit mehr Verstand und Realismus zu betrachten.

Botschaft zum Muttertag
Muesser Günes von den Friedensmüttern erklärte, dass niemand die Stimme des kurdischen Volkes ignorieren sollte, das seit Generationen für Freiheit und ein würdiges Leben kämpft, dem aber ein unwürdiges Leben aufgezwungen wird. Günes erzählte, dass sie viele Kinder verloren haben, ihre Häuser zerstört worden sind und sie zwangsweise Umgesiedelt wurden. Den KurdInnen dürfe nicht mit einem Reuegesetz geantwortet werden, wenn sie ein freies Leben mit ihrer eigenen Sprache und Kultur verlangen. Die kurdische Frage dürfe nicht als Terrorismus und Gewalt angesehen werden. Sie wies darauf hin, dass sich die Region und die gesamte Welt in einem Prozess der Veränderung befinden und das niemand mehr eine Politik betreiben kann, die die KurdInnen verleugnet. Anläßlich des Muttertages wandte sie sich an die türkischen Abgeordneten und an die Regierung: "Wir wollen nicht, dass Mütter leiden müssen. Wir wollen den Boden dafür bereiten, dass jede Mutter Grund dafür hat, den Muttertag zu feiern. Wir wollen eine Generalamnestie."

Es ist notwendig, Schritte für den Frieden zu unternehmen
Der IHD-Vorsitzende Hüsnü Öndül bezeichnete die kurdische Frage als eine Frage von Demokratie und Menschenrechten: "Wenn die Regierung in einer so umfassenden Frage wie der kurdischen Schritte unternehmen will, muss sie eine Generalamnestie ausrufen. Für einen Neuanfang müssen neue Wege gesucht werden, und neue Schritte müssen solche sein, die niemanden vor den Kopf stossen. Das ist nur mit einer allgemeinen Entscheidung möglich und nicht mit der Frage "Fühlst du dich schuldig oder nicht?"

Nicht-Regierungs-Organisationen sollten ihre Stimme erheben
Der TIHV-Vorsitzende Yavuz Önen reagierte ebenfalls auf den Gesetzesentwurf und erklärte, dass es keine andere Lösung als eine Generalamnestie gäbe. Önen erinnerte daran, dass das Parlament ein Gesetz über kurdische Radio- und Fernsehsendungen verabschiedet hatte, aber alle darin zugestandenen Rechte mit Hilfe von anderen Bestimmungen wieder zurückgenommen wurden. Der TIHV-Vorsitzende stellte fest, dass sich das System mit aller Macht gegen die Demokratisierung wehrt. So ein Gesetz kann nicht akzeptiert werden, erklärte er: "Die Regierung hat nicht den politischen Willen, die kurdische Frage zu lösen. Und die demokratischen Kräfte sind ebenfalls passiv. Das System übt grossen Druck auf sie aus. Die Türkei muss ihre Ängste überwinden, kann es aber nicht. Die demokratischen Kräfte sollten zusammenkommen und eine politische Macht werden."

Ohne Lösung kein Abgabe der Waffen
Das Mitglied des Führungsrates des KADEK, M. Karasu, erklärte bei Medya TV, bis zu einer vollständigen Lösung der "Kurdischen Frage" könne keiner der Freiheitskämpfer seine Waffen abgeben. "Ohne Lösung der Sachlage um unseren Vorsitzenden, ohne dass in der Türkei konkrete Schritte für Demokratie und in der "Kurdischen Frage" gemacht werden, ist es gefährlich, an eine Lösung des Problems zu denken". Die Türkei habe mit ihrer bisherigen Politik Bankrott gemacht, das habe auch der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz (USA) festgestellt, sagte Karasu. Die USA und die KADEK-Guerilla in eine Konfrontation zu treiben, das sei das letzte Glied in einer Fehlerkette der Türkei...
"Falls unsere Kräfte erneut in die Türkei gehen, beginnt der Krieg erneut. Wird die Türkei das überstehen können? Wir haben unsere Kräfte abgezogen und gesagt, wir wollen die Türkei beruhigen, die Gelegenheit soll genutzt werden und auf demokratischem Weg das Problem gelöst werden..."
Er warnte die Entscheidungsträger der Türkei. "...Es sei nötig, die Probleme innerhalb kurzer Zeit zu lösen; 4 Jahre seien bereits ohne Ergebnis verstrichen, weitere 4 Jahre könnten so nicht verstreichen. Wer so weiter machen wolle, begehe einen Fehler. Man sei offen für alle Kontakte zur Lösung der "Kurdischen Frage" sagte Karasu. Man sei bereit, mit allen Beziehungen aufzunehmen, die unsere nationalen Rechte und unsere Freiheit respektieren.

Auch Generalsekretär F. Saglar von der "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP) erklärte in einer Stellungnahme, zur Sicherung des inneren Friedens in der Türkei sei eine Generalamnestie erforderlich. Er kritisierte die Kurdenpolitik der USA: "Das ist unser Problem und wir müssen es lösen" sagte er. Die Rückkehr der KADEK-Kräfte in die Türkei müsse erreicht werden.
In einer Erklärung des Sozialistischen Demokratie Partei (SDP) nannte die Partei das Bündnis der Türkei mit den USA gegen den KADEK eine Bedrohung des inneren Friedens für die Türkei.

(KO, 12.5., DIHA, 9./13.5., ISKU)

Meldungen

"Lösungskonferenz" geplant
In einem Vorbereitungstreffen mehrerer gesellschaftlicher Gruppen, Gewerkschaften, Kammern und politischer Parteien wurden die Themen "Demokratisierung" und "Lösung der Kurdischen Frage" diskutiert. Die Teilnehmer beschlossen am 14./15.6. eine Konferenz zu den Themen durchzuführen. An der Konferenz sollen ca. 300 Personen teilnehmen. Von Seiten der DEHAP wurden mit Konferenzen auf örtlicher/regionaler Ebene für eine "Lösungskonferenz" mit Vertretern von Gewerkschaften, politischer Parteien und Organisationen aus dem zivilen Bereich Vorbereitungstreffen begonnen...
(DIHA, 10.5., ISKU)

Besuch bei Abdullah Öcalan
Vier Anwälte konnten am Mittwoch Abdullah Öcalan für eine Stunde auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen. Die Verwandten von ihm sind aus Protest gegen die zugestandenen Besuchszeit von 15 Minuten nicht mit zu dem Besuch gefahren.
Seit drei Wochen werden den Anwälten nur noch 45 Minuten und den Angehörigen eine viertel Stunde Besuchzeit zugestanden.
(DIHA, 14.5., ISKU)

Anklage wegen Äusserung im Fernsehen
Weil sie sich bei Medya TV zu dem Themenbereich "Abdullah Öcalan" geäussert hatte, wurde Bedia Akkaya, Vorsitzende der Frauenorganisation der DEHAP in Bulanik (Mus), wegen "Unterstützung" vor dem DGM [Staatssicherheitsgericht] Van angeklagt.
Ebenfalls vor dem DGM Van wurde entschieden, die Mitarbeiter der Monats- bzw. Wochenzeitung "Kadinin Sesi" und "Azadiya Welat" auf freien Fuss zu setzen. Sie waren unter dem Vorwurf "Unterstützung des KADEK" in Bitlis in Haft.
(DIHA, 12.5., ISKU)

Frauenprotest gegen "Jungfräulichkeitsklausel"
Nach einem Urteil des Kassationsgerichtshofes zur Vergewaltigung einer jungen Frau, bei dem ein Strafnachlass gewährt wurde, weil diese ihre Jungfräulichkeit nicht nachweisen konnte, ist eine breite Diskussion über rückständige Bestimmungen im türkischen Strafrecht entbrannt. Fraueorganisationen warnen in diesem Zusammenhang, dass die Regierung ohne Beteiligung der Frauenverbände eine Änderung von Strafrechtsbestimmungen vorbereite, die viele in den ver-

IHD-Quartalsbericht für Amed: Selbstmorde zeigen soziale Explosion

Amed: 95 Selbstmorde in 4 Monaten

Im Monatsbericht des IHD Diyarbakir berichtete der Vorsitzende S. Demirtas, dass in den ersten 4 Monaten im Gebiet insgesamt 95 Menschen Selbstmord begangen hätten. Zur Vermeidung einer weiteren Steigerung der Selbstmorde, müsse unverzüglich eine Lösung gefunden werden. Die Zahl der Selbstmorde sei so hoch wie nie in den letzten Jahren; die Selbstmorde seien ein Zeichen einer sozialen Explosion...

Zum Bericht sagte er, im Gebiet hätten die Rechtsverletzungen auch im April nicht aufgehört. Vor allem die bewaffneten Auseinanderssetzungen hätte die Bewegung für Demokratie getroffen. Die Angriffe unbekannter Täter und Verbrechen hätten weiter zugenommen, sagte Demirtas. Bei diesen Angriffen seien 14 Menschen ums Leben gekommen, 1 Person sei verletzt worden. In letzter Zeit sei in Diyarbakir im Bereich der Menschenrechte ein bedeutender Fortschritt gemacht worden, dieser Fortschritt müsse dauerhaft Bestand haben...

Statistik für den April:

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen Getötete *3 Menschen*
Angriffe unbekannter Täter und Verbrechen *14 Tote/r* *1 Verletzte/r*
Minenexplosionen *1 Tote/r* *1 Verletzte/r*
Festnahmen *75 Menschen*
Folter und Mißhandlungen *7 Menschen*
Polizeiangriffe auf Kundgebungen etc *4 Fälle mit 7 Festnahmen*
Rechtsverletzungen im Arbeitsleben *2 Beschäftigte öff.Dienst wurden zwangsversetzt*
Eröffnete Disziplinarverfahren *71 Fälle*
Verfahren und Strafen wegen Meinungsäusserung *66 Fälle*
Verbotene Bücher *2 Fälle*

(DIHA, 9.5., ISKU)

Kritische EU-Stellungnahme zu Haftbedingungen Abdullah Öcalans

Der Vorsitzende der EU-Erweiterungskommission, G. Verheugen, beantwortete zwei Anfragen von Abgeordneten des Europa-Parlaments zu den Haftbedingungen Abdullah Öcalans und was die EU unternommen habe oder tun werde für eine politische Lösung der "Kurdischen Frage" bzw. die Freilassung A. Öcalans. Die Antwort:
Man sei über die Haftbedingungen unterrichtet und beobachte die Angelegenheit genau; die Türkei sei aufgefordert, die Kriterien des Europäischen Menschenrechts-Abkommens einzuhalten. Im Bericht zur Situation der Türkei betreffend die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien, der Ende 2003 veröffentlicht werden soll, kommen ausserdem auch die Punkte "Kulturelle Vielfalt" und "Anerkennung kultureller Rechte" - und was die Türkei dazu unternimmt - zur Sprache. Auch die Haftbedingungen in den Gefängnissen der Türkei in Hinsicht auf europäische Standards und das Europäische Menschenrechtsabkommen sind Teil des Berichts über das Bewerberland Türkei. Im Februar seien die Haftbedingungen Abdullah Öcalans durch eine Delegation des Komitees zur Verhinderung von Folter geprüft worden. Die andauernde Isolation Öcalans werde beobachtet und sei als Problem ebenso bekannt wie die Situation der rechtlichen Vertretung durch seine Anwälte.

(DIHA, 12.5., ISKU)

Prozess gegen Verfassungsschutz

Am Freitag den 9.5. fand vor dem Verwaltungsgericht in Düsseldorf ein Prozess gegen den Verfassungsschutz NRW statt. Dieser hatte im Februar 2000 auf seiner Internetseite eine Broschüre unter dem Titel "Von der Bergen in die Metropole. Motive, Denkstrukturen und Ziele deutscher Kurdistanbrigadisten." veröffentlicht. Auf dieser Internetseite wurde u.a. auch das komplette persönliche Tagebuch der Internationalistin Anja F. über ihre Zeit in Kurdistan veröffentlicht. Gegen diesen schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht erhob die Betroffene im Februar 2001 Klage vor dem Verwaltungsgericht. Nach dem zweistündigen Prozess wurde die Klage zurückgewiesen. Erst in zwei Wochen wird es eine schriftliche Begründung für diese Entscheidung des Gerichts geben. In diesem Prozess erklärte der Verfassungschutz, dass er die oben erwähnte Broschüre nicht wieder veröffentlichen wird. Die Veröffentlichung habe ihre Aufgabe erfüllt. *(ISKU)*

Generäle gefährden EU-Kurs

In der Türkei spitzt sich der Konflikt zwischen der islamisch orientierten Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Erdogan und der politisch mächtigen, traditionell laizistischen Armeeführung zu. Die Streitkräfte blockieren wichtige Reformen, ohne deren Umsetzung Beitrittsverhandlungen mit der EU illusorisch bleiben: Einerseits, weil sie Erdogan nicht trauen, andererseits, weil sie die eigene Macht nur ungern aus den Händen geben. Die Europäer wollen bis Ende 2003 alle Reformen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in der Türkei unter Dach und Fach sehen, um dann 2004 den Stand der Umsetzung begutachten zu können. Erstmals hat jetzt ein Regierungsvertreter, der anonym bleiben will, die Generäle beschuldigt, sie wollten das ganze Reformprojekt zum Scheitern bringen. Konkret wehren sich die Militärs dagegen, dass ihr Einfluss auf die Rundfunk- und Fernseh-Aufsichtsbehörde RTÜK sowie auf das staatliche Kino-Kontrollgremium beendet werden soll. Damit würde die Armee wichtige Möglichkeiten einer diskreten Zensur verlieren. Der Streit um die Medienbehörden ist erst der Anfang: Brüssel besteht auf einem Abbau der für Demokratien unüblichen militärischen Einflussnahme auf die Politik. Nach Ansicht des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London könnte das Spannungsverhältnis zwischen der Armee und der AKP-Regierung, das sich immer wieder scheinbar an Kleinigkeiten neu entzündet, sogar zu einem neuen Staatsstreich in der Türkei führen.

(WZ, 15.5., ISKU)

Kritische Stimme im Verwaltungsgericht

Anläßlich einer Feier zum 135. Gründungstag des Verwaltungsgerichtshofes erklärte dessen Präsident Nuri Alan, das die Kompetenzvielfalt des Staatspräsidenten einem demokratischen System nicht anstehe, dass auch die Entscheidungen des Hohen Militärrates einer gerichtlichen Überprüfung offenstehen müßten und dass die Praxis politisch orientierter Stellenbesetzung maßgeblich zur Instabilität der Entwicklung der Türkei beigetragen habe. Alle diese Themen waren bereits mehrfach von unterschiedlichen Personen, z.T. auch durch Staatspräsident Sezer selbst, angesprochen worden.

(Zaman, 11.5., ISKU)

gangenen Jahren erreichte Verbesserungen des Schutzes von Frauen vor Gewalt und sexuellem Mißbrauch zunichte machten.

(Aksam, 6.5., ISKU)

Menschenrechtskommission besucht Gefängnisse

Die Vorsitzende Chr. Nickels der Menschenrechtskommission des Bundestags wird mit einer Delegation in der Türkei auch das F-Typ-Gefängnis in Diyarbakir besuchen und traf sich vorher mit der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments. Der Vorsitzende der Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments wird die Delegation begleiten.

(DIHA, 13.5., ISKU)

Arbeitsgruppen für 3. Kulturfestival in Diyarbakir haben begonnen

In Diyarbakir haben die Arbeitsgruppen für das 3. Kultur- und Kunstfestival begonnen. Das Festival soll in der letzten Maiwoche und in den ersten Junitagen stattfinden.

(DIHA, 10.5., ISKU)

Türkisches Strategieinstitut: Wir müssen in den Nordirak

Der Leiter des Forschungsinstituts "Avrasya - Strategie" (ASAM) sprach sich dafür aus, die türkische Armee im Nordirak einzusetzen. "Wir haben im Nordirak keinerlei Einfluß" sagte er. Während die Abstimmungsgespräche mit den USA andauern, bestünde ohne die Präsenz der türkischen Armee im Nordirak dort kein Einfluss der Türkei...

(DIHA, 12.5., ISKU)

Protest gegen Entlassung von Gewerkschaftern

Bei der Ünal - Elektrik A.S. in Kartal / Istanbul sind 56 Beschäftigte wegen Mitgliedsschaft in der Gewerkschaft "Türk Metal Sendikasi" entlassen worden. Dagegen protestiert die Belegschaft...

(DIHA, 12.5., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KO	Kurdish Observer
WZ	Wiener Zeitung

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 106
23. Mai 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK-Kampagne für Generalamnestie

Der Kurdistan-Kongress für Freiheit und Demokratie (KADEK) hat eine Kampagne für „gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation" in der Türkei angekündigt. Die Kampagne wird vom 31. Mai bis zum 14. Juli andauern.
In einer schriftlichen Erklärung des KADEK wird darauf verwiesen, dass eine Generalamnestie eine „Lösung der bestehenden Probleme im Mittleren Osten und der Türkei" einleiten könne. „Notwendig ist nicht ein Reuegesetz, sondern eine unterschiedslose Generalamnestie, die alle politischen und sozialen Rechte gewährleistet." Ein „Gesetz für Frieden und politisch-demokratische Partizipation" könne den Beginn eines Prozesses bedeuten, der zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage führt. Ein solcher Schritt sei von historischem Wert, so die Erklärung. „Nur auf diese Weise kann die seit 35 Jahren andauernde bewegte politische und soziale Geschichte der Türkei ein Ende finden."
Die Bevölkernug sei aufgefordert, seine demokratische Kraft einzusetzen, so der KADEK. „Die Bevölkerung der Türkei und ihre demokratischen Kräfte müssen erkennen, dass das auf Frieden und Geschwisterlichkeit basierende Projekt für eine demokratische, freie Einheit vom Vorsitzenden Apo den Ausweg aus der Sackgasse für die Türkei aufzeigt. Die Kampagne, mit der die Partizipation unseres Vorsitzenden, der Guerilla und der Gefangenen am demokratisch-politischen Leben gesichert werden soll, muss zum Kampf für die Erschaffung einer demokratischen Türkei werden. Die kurdische Bevölkerung in den anderen Teilen Kurdistans muss unter Einbeziehung der demokratischen Kräfte der arabischen, persischen u.a. Bevölkerung an der Demokratisierungsoffensive teilnehmen, die ihren Anfang in Nordkurdistan und der Türkei finden soll. Mit der Demokratisierung der Türkei wird der Grundstein gelegt für die Demokratisierung des Mittleren Ostens und eine Lösung der kurdischen Frage."
Es sei ein allseits ersehntes Ziel, dass die Guerilla die Waffen niederlege und sich die Gefängnisse leeren, so heißt es in der KADEK-Erklärung: „Aber wenn es das Ziel ist, eine Lösung für ein seit 30 Jahren andauerndes Problem zu finden und gesellschaftlichen Frieden zu sichern, so wird das mit der bestehenden Herangehensweise der Regierung nicht möglich sein. Nirgendwo auf der Welt sind politische, soziale und kulturelle Probleme jemals mit einem Reuegesetz oder durch Ignoranz gelöst worden. Die Forderung an die Guerilla und die Gefangenen, ihre Ziele aufzugeben, für die sie 30 Jahre lang gekämpft haben, bedeutet, an den Anfangspunkt zurückzukehren, an dem vor 30 Jahren die Probleme aufgetreten sind."
Die Türkei habe angesichts der kurdischen Frage immer Methoden der Unterdrückung und Vernichtung angewendet, so der KADEK. „Wenn es sich bei dem neuen Gesetz um eine neue Form der Unterdrückung und Vernichtung handelt, wird es zu keinem Resultat und keiner Veränderung kommen. Nur der Verzicht auf diese Politik bedeutet eine Neuheit." Gesellschaftlicher Frieden sei zu jeder Zeit durch Einigung und gegenseitiges Vergeben entstanden. In dem Sinne rufe der KADEK die Führung in der Türkei, die seit Jahrzehnten eine Demokratisierung und Lösung der kurdischen Frage vermieden habe, zur Selbstkritik auf. *(ÖP, 20.5., ISKU)*

Die Zukunft unserer Völker sollte nicht am Wetter scheitern

Auch am Mittwoch dieser Woche wurde wieder das anwaltliche Gespräch auf der Gefängnisinsel Imrali mit der Begründung "widriger Wetterverhältnisse" untersagt. Nachmittags werde Sturm aufkommen, so die in Gemlik zuständigen Militärs. Die erneute Verhinderung des Besuchs trotz positiver meteorologischer Daten hat unweigerlich zu verschiedenen Kommentierungen in der Öffentlichkeit geführt.
Warum wird jedes Gespräch mit Öcalan verhindert? Welche Botschaften Öcalans sollen die Öffentlichkeit nicht erreichen? Um das zu erfahren, muss ein Blick auf die Themen geworfen werden, die Öcalan bei den letzten Gesprächen mit seinen Anwälten behandelt hat. In einer Zeit, in der die EU-Mitgliedschaft, die kurdische Frage, die Entwaffnung der Guerilla und das KADEK-zentrierte "Reuegesetz" intensiv diskutiert werden, wird der Besuch bei Öcalan verhindert. Öcalan hat in den Gesprächen hat mit seinen Anwälten genau für diese Themenbereiche konkrete Lösungsvorschläge hervorgebracht. Er hat mitgeteilt, dass er seinen Einfluss für eine Lösung geltend machen wird, falls auch die Türkei im Thema kurdische Frage beherzt vorgehe und zu konkreten Schritten bereit sei. In bezug auf die kurdisch-türkischen Beziehungen erklärte er, seine intensiven Bemühungen für ein geschwisterliches Zusammenleben beider Völker fortzusetzen. Jedes Individuum und alle zivilgesellschaftlichen Einrichtungen seien gleichfalls dazu aufgerufen.
Die Verminderung der Besuchszeit für seine Familie auf 15 Minuten und für seine Verteidigung auf 45 Minuten hat Öcalan als unakzeptabel bezeichnet. Obwohl er angekündigt hat, im Falle einer Fortsetzung dieses Vorgehens künftig Besuche zu verweigern, hat er diese Entscheidung wieder zurück genommen und seine Anwälte kommen lassen, um weiterhin zu einer Lösung der kurdischen Frage beitragen zu können und eine weitere Anspannung der Atmosphäre in der Türkei zu verhindern. Deutlich wird daran, dass die fortgesetzten Besuche der Anwälte und die konkreten Lösungsvorschläge Öcalans bestimmten Kreisen nicht passen. Es sind eben die Kreise, die gegen eine Lösung der kurdischen Frage sind und Auseinandersetzungen zwischen den Völkern provozieren wollen. Öcalan hat letzte Woche zu seinen Anwälten gesagt: "Wir wollen die kurdische Frage mit der Türkei zusammen lösen. Unser Ansprechpartner ist die Türkei." Damit hat er sich energisch dagegen gewandt, die Lösung außerhalb zu suchen. Offensichtlich ist es auch diese Haltung Öcalans, die nicht an die Öffentlichkeit dringen soll. Bei Betrachtung dieser Fakten wird deutlich, was mit dem Besuchsverbot bei Öcalan verhindert werden soll:
Die Lösung der kurdischen Frage
Die Geschwisterlichkeit der Völker
Die Demokratisierung der Republik
Der Willen des kurdischen Volkes
(YÖG, 22.5., ISKU)

Meldungen

Verschwindenlassen
Am 24. April 2003 wurde der Leichnam von Siddik Kaya am Ufer des Flusses Murat in Bulanik gefunden. Laut dem Bericht der Gerichtsmedizin war er durch einen Kopfschuss getötet worden. Vorher hatte man ihm die Augen verbunden, ihn geknebelt und seine Hände auf dem Rücken gefesselt. Offenbar hatte man ihm einen Sandsack umgebunden, um die Leiche im Wasser zu versenken.
Siddik Kaya wurde seit dem 20. November 2002 vermisst, nachdem er das Haus seiner Schwester in Varto verlassen hatte. Er hatte seiner Schwester gesagt, er wolle sich mit Celal San, einem Angehörigen der Gendarmerie von Varto, an einer Brücke am Ortseingang treffen. Trotz intensiver Bemühungen der Familie von Siddik Kaya und des Türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) blieb das Schicksal des Bauern über sechs Monate lang ungeklärt. *(AI, 19.5., ISKU)*

"Wir werden weiter kämpfen"
Seit die HADEP-Mitglieder Serdar Tanis und Ebubekir Deniz nach ihrer Festnahme in Silopi vor mehr als 2 Jahren spurlos verschwunden sind, kämpfen ihre Familien darum, sie wieder zu finden. Ihre Hoffnung sei nicht gebrochen; sie würden weiter mit aller Kraft ihren Kampf für die beiden weiterführen, sagten sie. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

Türkei kann aktuell nicht in die EU
Der Vorsitzende der FDP, Westerwelle, sprach sich gegen eine aktuelle Aufnahme der Türkei in die EU aus; als Grund nannte er die aktuelle Praxis der Türkei auf dem Gebiet der Menschenrechte. *(DIHA, 19.5., ISKU)*

Ankara: Gewerkschaftsprotest gegen AKP - Regierung
Mit einer Protestkundgebung des Gewerkschaft-Verbandes Türk - Is mit ca 100.000 Teilnehmern für Brot und Arbeit wurde eine Art Generalprobe für einen Generalstreik in der Türkei durchgeführt. Der Vorsitzende von Türk Is, Kilic, drohte der AKP-Regierung, das Land in einen Kundgebungsplatz zu verwandeln. Hauptkritikpunkte sind die andauernden Privatisierung in der türkischen Wirtschaft und das neue Arbeitsgesetz. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

Festnahme wegen Hilfe für Erdbebenopfer
Studenten des Studentenvereins der Dicle-Universität wurden in

Machtkampf um die Menschenrechte

In der türkischen Menschenrechtspolitik gibt es zurzeit zwei Lager. Auf der einen Seite steht die Regierung, der es nach Ansicht des IHD-Vorsitzenden Hüsnü Öndül mit dem Streben nach einer Verbesserung der Menschenrechtslage ernst ist. Auf der anderen Seite stehen viele Beamte in Justiz, Verwaltung und Polizei, aus deren Sicht Aktivisten wie Öndül nichts anderes im Sinn haben, als den türkischen Staat zu zerstören. Auch die türkische Armee sperrt sich gegen weiter gehende Reformen.
Eine Folge des Machtkampfes ist, dass sich die Lage bei den Menschenrechten in der Türkei seit dem Amtsantritt der islamischen AKP vor einem halben Jahr trotz vieler Gesetzesänderungen nicht verbessert hat - obwohl die Regierung angekündigt hat, Folter werde nicht mehr geduldet. Der IHD zählte in den ersten drei Monaten des Jahres 392 Fälle von Folter und Misshandlung - etwa genauso viele wie im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres, sagt Öndül. Dennoch hofft er darauf, dass sich in den kommenden Monaten einiges verändern könnte.
Seine Zuversicht begründet der IHD-Vorsitzende mit dem "positiven Druck" durch die Europäische Union. Die Türkei hat bis Dezember 2004 Zeit, um den Europäern zu zeigen, dass ihr Weg zum Rechtsstaat unumkehrbar ist. Gelingt ihr das nicht, ist der für 2005 angestrebte Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen in höchster Gefahr. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause will die Regierung deshalb ihr neues Reformpaket im Parlament verabschieden lassen. Danach beginnt die Umsetzung, an der es bisher noch sehr hapert.
Der Reformwille inner- und außerhalb der Regierung werde dafür sorgen, dass sich auch die Haltung der Sicherheitsbehörden ändert: "Die türkische Gesellschaft will nach Europa - das ist das Wichtigste." *(SN, 21.5., ISKU)*

Bingöl festgenommen als sie für Kinder in Bingöl, die durch das Erdbeben traumatisiert sind, ein Freizeit- und Unterhaltungsprogramm organisieren wollten. *(DIHA, 17.5., ISKU)*

6. Gesetzanpassungs-Paket kommt ins Parlament
Das türkische Justizministerium hat das 6. Gesetzespaket für die Anpassung an EU - Gesetze fertiggestellt. Darin wird u.a. die Abberufung des Vertreters des Nationalen Sicherheitsrates aus der Medien-Kontrollbehörde RTÜK festgeschrieben; ausser dem staatlichen Fernsehen wird auch den privaten Fernsehanstalten Senderecht für Sendungen in Kurdisch eingeräumt. *(DIHA, 16.5., ISKU)*

'Diskussion um Entwaffnung sinnlos'

Die Diskussion der USA und der Türkei um eine Entwaffnung des KADEK erklärte Osman Öcalan für sinnlos, da der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan im Entwurf der neuen Kampflinie für eine Lösung der kurdischen Frage ohnehin auf friedliche Methoden gesetzt und der KADEK ebenfalls dementsprechende Beschlüsse gefasst habe. Falls Partizipationsbedingungen für den Kampf für Frieden und demokratischen Kampf entstehen würden, habe der KADEK auch keine Probleme mit einer Beteiligung. "Mehr als jeder andere haben wir einen politischen Kampf gefordert. Heute denken wir nicht anders darüber. Das Problem liegt nicht in der Entwaffnung, sondern darin, ob die grundlegenden Rechte des kurdischen Volkes anerkannt werden oder nicht, ob die Türkei sich demokratisiert oder nicht. Eine Demokratisierung in der kurdischen Frage, die Freiheit unseres Vorsitzenden, das entspricht dem Gegenpart einer Entwaffnung. Aber die Türkei lehnt das ab und beharrt auf Verleugnung und Vernichtung. Sie sieht nicht die Berechtigung des kurdischen Aufstandes und fordert Reue. Was wir der Türkei sagen, ist: Diese Zeit ist seit langem vorbei. Auf der Welt hat schließlich eine Entwicklung stattgefunden."
In Bezug auf die Entwicklungen im Mittleren Osten erklärte O. Öcalan, die USA seien dabei, das von ihnen selbst im letzten Jahrhundert errichtete System nieder zu reißen, weil sie erkannt hätten, dass sich der Kapitalismus nicht unter diktatorischen Bedingungen entwickeln könne. Die Türkei dagegen versuche, dieses System zu erhalten. Dagegen habe jedoch vor allem die Bevölkerung der Türkei sowie die USA und die EU Einspruch eingelegt. "Die Türkei kann nicht länger widerstehen. Die Politik, die wir in den letzten vier Jahren verfolgt haben, hat die Türkei an den letzten Punkt gebracht. Sie ist jetzt dazu gezwungen, endlich einen Schritt zu setzen. Zuerst hat sie gesagt, liefert Öcalan aus, dann werde ich einen Schritt setzen. Jetzt sagt sie, entwaffnet den KADEK, dann bin ich zu einem Schritt bereit. Aber das ist nicht mehr zu akzeptieren. Wenn sie jetzt endlich dazu bereit ist, einen Schritt zu setzen, die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen und die Freilassung unseres Vorsitzenden akzeptiert, dann haben auch wir keine Schwierigkeiten, weitere Schritte zu unternehmen."

Die USA seien in keiner Form mit der Forderung nach Entwaffnung an den KADEK herangetreten, so Öcalan. Allerdings beständen Pläne zur Entwaffnung der Kräfte im Irak und davon sei auch der KADEK nicht ausgeschlossen. Die Entwaffnung von KDP und PUK stehe im Zusammenhang mit der Form, die das künftige irakische Regime annehmen werden. Die Lage des KADEK stehe dagegen in Verbindung mit der Frage, welche Schritte die Türkei zu setzen gedenke. Falls die Rechte des kurdischsen Volkes nicht anerkannt, die Türkei sich nicht demokratisieren und die Isolation Abdullah Öcalans nicht aufgehoben werde, sei auch nicht an eine Entwaffnung zu denken. "Es mag sein, dass die USA bestimmte Beschlüsse gefasst haben, aber wichtig dabei ist, wie das vonstatten gehen soll. Auch die USA haben zu diesem Thema noch keinen klaren Plan vorgelegt. Wir haben uns bewaffnet, um zu einer Lösung zu kommen. Wir haben nichts getan, was wir bereuen müssten. Wir sind stolz auf unseren Kampf, sind Freiheitskämpfer. Mit einem Revolver haben wir angefangen. Und den haben wir von erarbeitetem Geld gekauft. Als wir angefangen haben, hat jeder uns verrückt genannt. Wenn wir zur Reue gezwungen werden sollen, werden wir bis zum Schluss Widerstand leisten. Die Türkei sollte sich nicht täuschen, die USA sollten das wissen: wenn es zum äußersten Punkt kommt, sind wir zu jedem Entschluss bereit. Die USA sagen: Legt die Waffen nieder. Und wir sagen: Lasst uns die Bedingungen dafür schaffen."

Statt Reue der Weg in die Berge
Falls die Türkei auf ihrer Haltung bestehe, könne es zu ernsthaften Eingriffen kommen, wie 2001 im wirtschaftlichen und 2002 im politischen Bereich, so fuhr O. Öcalan fort. Es gebe nichts zu bereuen: "Wir haben für Freiheit gekämpft und sind stolz darauf. Jetzt führen wir einen politischen Kampf und verhalten uns sehr entgegenkommend. Während das Reuegesetz vorbereitet wird, kommen täglich Dutzende Jugendliche in die Berge und schließen sich uns an. Und auch sie trifft keine Schuld. Wir sagen, im Gegenzug zu diesem Gesetz, für Freiheit und Würde, sollen Tausende in die Berge kommen und damit die Sinnlosigkeit des Reuegesetzes zeigen. In den Bergen lässt sich niemand finden, auf den das Reuegesetz angewandt werden könnte." *(ÖP, 20.5., ISKU)*

"Parallelgesellschaft" steht in Cannes am Pranger
Dass er die deutschen Farben beim größten Kinofestival der Welt vertritt, findet Yüksel Yavuz aufregend und doch normal: "Ich denke schon, dass ich den deutschen Film repräsentiere", sagt der kurdischstämmige Hamburger bei seinem ersten Cannes-Besuch mit einer Mischung aus Nachdenklichkeit und Selbstbewusstsein. Sein zweiter Spielfilm "Kleine Freiheit" zeichnet ein hartes Bild dessen, was Yavuz eine "Parallelgesellschaft" nennt: Unbeachtet von den Deutschen kämpfen zwei jugendliche Asylbewerber auf den Nebenstraßen der Reeperbahn in St. Pauli einen aussichtlosen Kampf um Anerkennung. Der bei aller inhaltlichen Härte sehr liebevoll gedrehte Streifen läuft in der Regisseurs-Schau "La Quinzaine des Réalisateurs"; deren künstlerischer Leiter François da Silva rühmt den Blick auf ein "selten gesehenes Deutschland". *(afp, 16.5., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AI	Amnesty International
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
SN	Stuttgarter Nachrichten

PCDK beschliesst Verzicht auf Waffengebrauch

Das Leitende Gremium der PCDK, Partei der demokratischen Lösung Kurdistans [Partei in Südkurdistan, Mitglied im KADEK], erklärte in einer schriftlichen Stellungnahme, dass sich nach der Niederwerfung des irakischen Regimes die Bedingungen von Grund auf geändert hätten und der politische Kampf nun an Bedeutung zunehmen werde. In der Erklärung heisst es, unter den neuen Bedingungen sei mit dem politischen Kampf auch die Erweiterung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten möglich geworden. Die PCDK wird keine bewaffneten Aktivitäten starten; alle Tätigkeiten erfolgen im politischem Bereich... Sie sieht ihre Aufgabe darin, in Nordirak und Südkurdistan schnell und mit Energie eine demokratische Lösung zu realisieren. Sie wird mit den USA und den demokratischen Kräften zusammenarbeiten. Auf dieser Basis ruft sie die kurdische Bevölkerung auf, den Kampf auf demokratischer Basis zu verstärken..." (DIHA, 17.5., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 107
30. Mai 2003

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden

Interview mit Dursun Ali Kücük von der KADEK-Leitung zur Kampagne "Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden", die zwischen dem 31. Mai und dem 15. Juli 2003 laufen wird.

Warum haben Sie diese Amnestie-Kampagne gestartet? Was sind Inhalt und Umfang der Kampagne?
Es geht nicht darum, dass wir Vergebung wollen. Die Anschuldigungen als KADEK gegen den Staat als Ganzes sowie der ständige Neuaufguss von Reuegesetzen können das Problem nicht lösen, sondern führen im Gegenteil in eine Sackgasse. Die Gesinnung, die hinter dem Reuegesetz steht, zeugt von dem Unverständnis über die Ursachen des 29. kurdischen Aufstandes, des demokratischen Widerstandes. Die Ursachen liegen in der Herangehensweise an die kurdische Bevölkerung, die lautet: "Du existierst nicht, du hast keinen Namen, deine Sprache, Identität, Kultur gibt es nicht, du bist kein Mensch, du bist ein Nichts." Damit einhergehend haben kontinuierlich Militäroperationen stattgefunden, die zur Anwendung des Selbstverteidigungsrechtes geführt haben.
Unsere Geduld und unser Kampf gilt der Schaffung von Demokratie und einem würdevollen Frieden. Unsere Politik ist dabei offensichtlich. Wir spielen oder taktieren nicht, so wie es von einigen behauptet wird. Wir sind aufrichtig und vollbringen große Bemühungen, damit sich in der Türkei demokratische Werte festigen. Ohne Frieden sowie eine offene und demokratische Politik kann sich Demokratie nicht entwickeln. Der erste und wichtigste Schritt ist die Sicherung von Frieden. Unser Vorsitzender hat gegen den Reuegesetzentwurf des Staates den Ausdruck vom "Gesetz für die Partizipation in einer demokratischen Gesellschaft" geprägt. Wenn wir von gesellschaftlichem Frieden und Generalamnestie sprechen, meinen wir damit nicht, dass eine Amnestie für KADEK-Mitglieder erlassen werden soll, die dann zurückkehren und nach Hause gehen. Lassen wir das Reuegesetz mal beiseite, unserer Meinung nach ist auch eine Amnestie sehr unzureichend.

Staat und Kontraguerilla haben in unzählbarem Ausmaß Verbrechen begangen. Die eigentlich Verantwortlichen für die schlechte Lage der Türkei sind sie. Wir lassen seit vier Jahren die Waffen schweigen. Die Krisen der Türkei, die Unfähigkeit der jeweiligen Regierungen haben nicht aufgehört. Mit dieser Situation ist niemand zufrieden, weder die Regierenden noch die Regierten. Es ist deutlich geworden, dass wir nicht dafür verantwortlich sind, dass sich die Lage der Türkei zunehmend verschlechtert.
Indem wir einen gesellschaftlichen Frieden, eine Atmosphäre der Einigung schaffen, wollen wir alle alten und immer noch blutenden Wunden schließen. Wir sagen Nein zu Nationalismus und allen Verhaltensweisen, die Feindschaft anfachen. Wir wollen in die Herzen und Köpfe unseres Volkes, der Soldaten und ihrer Familien ein Verständnis von Geschwisterlichkeit und Einheit pflanzen. Billiges Reden und Handeln liegt uns nicht. Unser Bemühen ist darauf ausgerichtet, positive Beiträge für die Aufhebung aller Hindernisse von Demokratisierung und Freiheit zu leisten. Dafür muss die Angst vor Separatismus und Spaltung aufgegeben werden. Die nur auf innerer Sicherheit basierende Politik muss ein Ende finden. Die Anklagen wegen Separatismus müssen aufhören. Es besteht Bedarf an einer Atmosphäre, in der sowohl wir dem Staat, als auch der Staat uns vergibt. Weder der Staat darf sich verhalten wie früher, noch der KADEK und das kurdische Volk. Das muss die Kernlogik der Veränderung sein. Eine unterschiedslose Generalamnestie ist Hauptstandbein für einen gesellschaftlichen Frieden. Diese muss angefangen mit dem KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und alle Gruppen und Individuen einbeziehen, die in der Vergangenheit bis heute die Leidtragenden waren. Es müssen Gesetze erlassen werden, die einer demokratischen Gesellschaft dienen. Die Politik muss auf dieser Grundlage neu bewertet werden.

Wie wird die Kampagne laufen? Was für Aktionen planen Sie?
Kriege, die nicht mit Frieden enden, gehen weiter. In Ländern, in denen demokratische Lösungen für die bestehenden Probleme gefunden wurden, war der erste Schritt ein Waffenstillstand und eine gegenseitige Friedenserklärung. Eine Form der Friedenserklärung des Staates ist eine Sache, die jeden mit staunender Bewunderung erfüllen wird. Frieden schließen ist eine Tugend. Tugend bedeutet Größe und Stärke. Ein Staat, der nicht auf seine Bevölkerung, auf die gesellschaftlichen Kräfte und friedlichen Kreise hört, ist kein demokratischer Staat.
Wir haben das Volk für bestimmte Fehler der Vergangenheit und in unserem Namen begangenes falsches Vorgehen um Vergebung gebeten. Ein demokratischer Staat hat keine Bedenken, seine Bevölkerung um Vergebung zu bitten. Nur faschistische, diktatorische, despotische und totalitäre Regime bitten das Volk nicht um Vergebung. Denn sie erwarten von der Bevölkerung zu jeder Zeit Gehorsam und wollen keine willensstarken Individuen und eine ebensolche Gesellschaft. Wie auch immer das aktuelle Reuegesetz genannt wird, es ist nicht anders als seine Vorgänger. In den letzten vier Jahren haben sich die demokratischen Kräfte in der Türkei, die Forderungen nach Frieden und Demokratie verstärkt. Mit der Zivilgesellschaft, mit allen, die für Veränderung und einen wirklichen Frieden sind, kann unabhängig von politischer Einstellung eine gemeinsame Kampagne für gesellschaftlichen Frieden, demokratische Partizipation, Politik- und Gedankenfreiheit sowie das Recht auf eigene Identität und Kultur geführt werden.

Gleichgültig auf welcher partizipatorischen Ebene laden wir alle gesellschaftlichen Gruppen unter Wahrung ihrer Unterschiedlichkeit dazu ein, in der Türkei einen inneren Frieden zu sichern. Diese Kampagne gilt nicht nur dem KADEK und den Kurden, sondern allen Menschen der Türkei. Darum sind das türkische Volk, zivilgesellschaftliche Organisationen, Friedensorganisationen, demokratische islamische Strömungen, laizistische und demokratische Kemalisten, Menschenrechtler, feministische Kreise, Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und Werktätige dazu aufgefordert. Wir bitten um ein vernünftiges und logisches Vorgehen. Reichen wir uns für den Frieden die Hand. Schaffen wir einen gegenseitigen Waffenstillstand und eine Atmosphäre von Frieden. Lasst uns nicht auf neue Spiele reinfallen, lasst uns nicht in neue Fallen stürzen, lassen wir es nicht zu neuen gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen. Nutzen wir unser Recht, demokratischen Druck auf den Staat, den Nationalen Sicherheitsrat und die Regierung auszuüben, indem wir uns gemeinsam an dieser Kampagne beteiligen.

Fortsetzung Seite 2

Meldungen

Wir sind bereit zu direkten Gesprächen
Osman Öcalan des Sprecherrates des KADEK sagte in einer Stellungnahme, für die friedliche Lösung der "Kurdischen Frage" werde durch das "Reuegesetz" keines der bestehenden Probleme gelöst. Für die Lösung auf demokratischem Weg sei der KADEK zu allen Schritten bereit. Er sagte im Namen der Mitglieder des Sprecherrates, man sei zu direkten Gesprächen und zur Niederlegung der Waffen bereit.
(DIHA, 23.5., ISKU)

Haseki/Syrien: Demonstration für Amnestie
Bei einer Demonstration im Rahmen der Kampagne "Generalamnestie für einen gesellschaftlichen Frieden" griff im syrischen Haseki die Polizei die kurdischen Demonstration an und nahm 7 Personen fest. *(DIHA, 27.5., ISKU)*

Erneute Verhandlung gegen Abdullah Öcalan in Athen
Am Montag begann der 2. Verhandlungstag des Verfahrens in Athen. Die Anwälte übergaben eine 130 seitige Verteidigungsschrift von A. Öcalan. Ausser ihm sind im Prozess 12 weitere Personen angeklagt, darunter auch frühere hochrangige Staatspersonen aus Griechenland (der frühere Aussenminister Pangalos, der frühere Innenminister Papadoglos, der jetzige Justizminister Pecalnikos. Das Gericht lehnte Anträge der Verteidiger, Abdullah Öcalan persönlich zu hören, ab.
(DIHA, 26.5., ISKU)

AI: Folter in der Türkei verbreitet und systematisch
Im Jahresbericht 2003 stellt amnesty international weiter systematische und verbreitete Folter in der Türkei fest. Dabei wolle die Türkei Mitglied der EU werden. In dem Bericht heisst es u.a., trotz der Gesetzesänderungen der Türkei bestünden die Behinderungen der Meinungsfreiheit weiterhin. Eine grosse Anzahl von Personen werde wegen ihrer politischen Ansicht festgenommen undgefoltert. Insbesondere wegen Kritik am Staat, wegen der Kurdischen Frage, den F-Typ - Gefängnissen oder religiösen Themen reagiere der Staat mit Unterdrückung.
(DIHA, 28.5., ISKU)

Ausnahmezustandspraxis ohne Ausnahmezustand
Nach Einschätzung einer Delegation der "Internationalen Menschenrechtsföderation" nach einem Besuch in Sirnak werden die Ausnahmezustandsregelun-

Statistik des IHD Diyarbakir für April

Die Zweigstelle Istanbul des Menschenrechtsvereins (IHD) veröffentlichte in einer Presseerklärung die Statistik über Menschenrechtsverletzungen für den Monat April. Im Rahmen der Presseerklärung sprach sich der IHD für eineGeneralamnestie anstelle des "Reuegesetzes" aus.

Festnahmen im April *163 Personen (42 Frauen, 7 Kinder, 114 Männer)*
Im Gefängnis verstorben *1 Person*
Verhaftungen mit Haftbefehl *24 Personen*
Folterfälle *8 Frauen, 17 Männer, 4 Kinder*
Verschwundene *1 Person*
Gefundene Verschwundene *1 Person*
Morde durch unbekannte Täter *11 Personen*
Verletzte bei Angriffen *7 Personen*
Umgekommene bei Arbeitsunfällen *2 Personen*
Verletzte bei Arbeitsunfällen *5 Personen*
Beschlagnahme Presseerzeugnisse *16 Zeitungen und Hefte*
Verhaftung von Journalisten *2 Fälle*
Durchsuchungen *1 Parteibüro und 1 Kulturzentrum*
Verbotsverfahren *gegen 1 Verein*
Aufführungsverbote *1 Film, 1 Zeitung und 1 Monatsheft*
Wegen Missachtung von sozialen oder wirtschaftlichen Rechten stellten 7 Personen einen Hilfsantrag
Bombenanschläge gegen 2 amtliche Stellen und 3 Arbeitsstätten...
(DIHA, 26.5., ISKU)

Verfassungsschutz setzt Kurden unter Druck

Vor 10 Jahren wurde vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot für die PKK erlassen. Seitdem ist ein Teil der hier lebenden Bevölkerung einer gezielten Kriminalisierung und Diskriminierung ausgesetzt. Versuche der Verfassungsschutzbehörden, Kurdinnen und Kurden für Spitzeltätigkeiten anzuwerben, sind Bestandteil der staatlich praktizierten Repression. Weigern sich die Betroffenen, müssen sie mit massiven Bedrohungen rechnen, zumal, wenn sie Asylsuchende sind. Diese Erfahrung ist für Kurden äußerst beklemmend: Viele von ihnen mussten ihre Heimat verlassen, weil die Türkei sie zwingen wollte, im Dienste des Staates als sogenannte Dorfschützer gegen die eigenen Leute tätig zu werden.
Die türkischsprachige Tageszeitung Özgür Politika berichtet in ihrer Ausgabe vom 27. Mai über den aktuellen Fall des am Bodensee lebenden Kurden Mehmet Sirin Özgür. Dieser sei das erste Mal im September 2002 von zwei Männern namens Markus Brauniger und Nagat in seiner Wohnung aufgesucht worden. Beide hätten sich als Mitarbeiter des baden-württembergischen Verfassungsschutzes vorgestellt. Sie hätten ihn über Kurden aus der Region und aktuelle politische Themen ausfragen wollen und sich insbesondere für Personen und geplante Aktivitäten des Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins in Friedrichshafen interessiert, dessen Vorsitzender Mehmet Sirin Özgür eine Zeit lang gewesen ist. Weitere Besuche seien von den Geheimdienstlern angekündigt worden.
Obwohl der Kurde eine Zusammenarbeit abgelehnt und sich weitere Kontakte verbeten habe, seien die Männer erneut erschienen und hätten erklärt, ihn außerhalb seiner Wohnung treffen zu wollen. Nachdem er sich diesem Ansinnen verweigert habe, habe er im vergangenen Monat verstärkte Observationen in der Nähe seiner Wohnung festgestellt. An einem Tag sei er z. B. während einer Fahrt mit seinem Auto von zwei anderen Fahrzeugen bedrängt worden. Der zunehmend auf ihn ausgeübte Druck habe ihn dazu veranlasst, sich durch Vermittlung eines Gewerkschaftsfreundes an ein Regionalbüro von Amnesty International zu wenden und Anzeige bei der Polizei Friedrichshafen zu erstatten. In einem Gespräch habe er jedoch den Eindruck gewonnen, dass ihm nicht geglaubt werde und man ihn vielmehr nach Auffassung eines Polizeibeamten für psychisch krank halte. "Natürlich zerstört ständige Verfolgung und die Angst davor das psychologische Gleichgewicht eines Menschen," äußert Mehmet Sirin Özgür. Der Verfassungsschutz wolle nicht nur über ihn an Informationen herankommen, sondern versuche auch, "meinen Willen zu zerstören".
Ausgerechnet seit Beendigung des bewaffneten Kampfes, der Auflösung der PKK im April 2002 und der Gründung des Kongresses für Demokratie und Freiheit in Kurdistan (KADEK) mehren sich Anwerbeversuche wie der Fall von Mehmet Sirin Özgür.
AZADI protestiert schärfstens gegen diese Unterdrückungs- und Einschüchterungspraxis. Wenn sich staatliche Institutionen über politische Vorhaben des KADEK oder Aktivitäten kurdischer Vereine informieren wollen, steht ihnen hierfür eine ganze Reihe offizieller Adressen zur Verfügung.
(Azadi, 28.5., ISKU)

Haftstrafe für IHD-Mitglieder wegen Presseerklärung

Wegen der Durchführung einer Presseerklärung gegen die F-Typ-Gefängnisse wurden IHD - Mitglieder zu 1,5 Jahren Haft verurteilt. In einer Erklärung aus diesem Anlass kündigten sie an, ihre Kampf nicht aufzugeben. In Bingöl wurden gegen den örtlichen Vorstand des Menschenrechtsverein IHD im Lauf von 2 Jahren 47 Prozesse und 5 Ermittlungsverfahren eröffnet. Davon endeten 23 mit Freispruch. 5 Ermittlungsverfahren wurden ohne Folgen eingestellt; 24 Verfahren dauern noch an. Angeklagt wurden "Straftaten" wie Verwendung des Begriffes "IHD" in englischer Sprache; Teilnahme an einem Festessen der HADEP; Verwendung des Begriffes "Vorsitzender" für Abdullah Öcalan, Forderung nach Lösung der kurdischen Frage, Schreiben von Zeitungsartikeln. *(DIHA, 28.5., ISKU)*

Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden

Fortsetzung von Seite 1

Wenn der türkische Staat ihrem Aufruf folgt, werden Sie dann die Waffen vollständig niederlegen? Wie werden Sie sich verhalten?
Unsere Haltung zu diesem Thema ist eindeutig. Wir haben mitgeteilt, dass wir die Waffen niederlegen werden, wenn es einen Waffenstillstand, Frieden und Demokratie gibt und die von uns gesetzten Schritte nicht ohne Entgegnung bleiben. Die Entwaffnung war dabei eine Frage der Zeit und der demokratischen Partizipation. Zur Zeit wird viel über Entwaffnung diskutiert. In unseren Erklärungen der letzten vier Jahre ist festgehalten, dass der Bedarf nach Waffen verschwindet, wenn eine Demokratisierung stattfindet, wenn es eine Lösung der kurdischen Frage gibt, eine Friedensatmosphäre gesichert wird und Gesetze für die Gewährleistung politisch-demokratischer Partizipation erlassen werden. Wir werden keiner Initiative zustimmen, die nicht dem Frieden und der Demokratisierung dient. Das Reuegesetz, die guten und schlechten Formen von Reue werden wir niemals akzeptieren. Das sollten diejenigen wissen, die es auf einen Versuch ankommen lassen wollen, der alten Politik eine neue Verpackung zu verpassen.
(ÖP, 26.5., ISKU)

gen in einem gravierenden Ausmass auch nach der formellen Aufhebung des Ausnahmezustandes weitergeführt. Das Mitglied S. Dibiolley sagte, der Staat müsse die kurdische Frage auf demokratische Weise lösen.
(DIHA, 26.5., ISKU)

15 Tage Schliessung von "Özgür Halk" und "Yeni Özgür Halk"
Für 15 Tage wurden die beiden politischen Zeitschriften mit Erscheinungsverbot belegt. Sie hätten über ihre Veröffentlichungen "Separatismus" betrieben.
(DIHA, 27.5., ISKU)

Gewerkschafter festgenommen
Wegen einer zweistündigen Arbeitsniederlegung von Arbeitern der Ledergewerkschaft wurden zwei Leitungsmitglieder der örtlichen Ledergewerkschaft von den Sicherheitskräften festgenommen, misshandelt und mit Haftbefehl ins Gefängnis eingeliefert. 400 Beschäftigte erklärten daraufhin, erst nach der Freilassung der Beiden würden sie die Arbeit wiederaufnehmen. *(DIHA, 27.5., ISKU)*

Keine Haftverschonung für ehemalige DEP-Abgeordnete
Auch am 3. Verhandlungstag des nach Entscheidung des Strassburger Menschenrechtsgerichtshof wiederaufgenommenen Verfahrens erfolgte keine Haftverschonung für die inhaftierte Leyla Zana und die übrigen Inhaftierten. In einer Stellungnahme kritisierte der Abgeordnete Lagendijk (Europaparlament) die Haltung des DGM in diesem Verfahren: Die Anträge der Verteidigung werden ständig zurückgewiesen, sagte er.
(DIHA, 23.5., ISKU)

Untersuchungsverfahren für unbekannte Parolen
Die Oberstaatsanwaltschaft Hakkari hat gegen 13 Personen ein Untersuchungsverfahren eröffnet, die auf einer Fotoaufnahme von Newroz mit offenem Mund zu sehen sind. Sie hätten "separatistische Parolen" gerufen. Das kann eine Strafe von 3 Jahren und 9 Monaten bei einer Verurteilung ergeben. *(DIHA, 23.5., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 108
06. Juni 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wann, wenn nicht jetzt:

FRIEDENSABKOMMEN!

In der Türkei wird zur Zeit über die Verabschiedung einer neuen Version des "Reuegesetzes" diskutiert, mit dem Straftätern im Sinne der Kronzeugenregelung Straferlass gewährt werden soll. Gesetze dieser Art gab es schon häufiger. Der Punkt, an dem sie sich alle gleichen: sie folgen einer patriarchalen Logik.

Die Logik von Herrschaft und Unterwerfung

Anders als bei den vorherigen Entwürfen sollen diesmal Guerillaangehörige ebenfalls von dem Gesetz profitieren können. Ausgenommen sind lediglich Abdullah Öcalan als Vorsitzender des KADEK (Kongress für Demokratie und Freiheit Kurdistans) sowie der KADEK-Präsidialrat. Für alle anderen gilt: Komm her und bereue! Gestehe, dass du dich schuldig gemacht hast! Bereue, dass du frei sein wolltest, dass du Mensch sein wolltest, dass du den Kopf gehoben hast, dass du aufgestanden bist gegen mich, den Staat in seiner gottgleichen Vollkommenheit! Wenn du bereust, wenn du Buße tust, will auch ich dich nicht vernichten, und wenn du diejenigen verrätst und der Vernichtung preisgibst, die nichts bereuen, will ich dich entsprechend entlohnen! Es ist die Logik der Unterwerfung, der Einseitigkeit, des Allmachtanspruches, des Herrschaftsprinzips, die nur die Wahl lässt zwischen Kapitulation und Tod. Diese Logik zieht sich durch die 5000-jährige Geschichte des Patriarchats.

Für gesellschaftlichen Frieden

Durch die kurdische Bevölkerung rollt dementsprechend eine Welle der Empörung. Seit Wochen sind es vor allem Frauen, die dem staatlichen Entwurf einen eigenen Entwurf entgegen setzen. Sie fordern eine Generalamnestie unter Einbeziehung aller politischen Gefangenen und der Guerilla, um mit diesem Schritt zu einem gesellschaftlichen Frieden zu gelangen. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen, MenschenrechtlerInnen, Gewerkschaften, Parteien, Studierende und Berufsverbände haben sich dieser Forderung angeschlossen. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass das Gesetz in seiner geplanten Form entwürdigend ist und eher dazu geeignet, den gesellschaftlichen Frieden zu vergiften, als zu einer Lösung beizutragen. Abdullah Öcalan hat gegen den Reuegesetzentwurf des Staates den Ausdruck vom "Gesetz für die Partizipation in einer demokratischen Gesellschaft" geprägt. Mit einem solchen Gesetz könnten Zehntausende aus den Bergen und den Gefängnissen sowie Hunderttausende aus dem Exil in Europa in die Türkei zurückkehren und in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht zur Entwicklung beitragen.

Intervention in das internationale Kräftesystem

In welchen politischen Zusammenhang fällt der Versuch der Türkei eines Neuaufgusses des Reuegesetzes?
Das internationale System befindet sich in einem Umformungsprozess. So galt auch die US-amerikanisch/britische Militärintervention im Irak nicht nur dem Saddam-Regime, sondern stellt eine Intervention in das internationale Kräftesystem dar. Die Besatzung des Irak ist der erste Schritt, von dem aus weitere Eingriffe in die Länder der Region folgen werden. Diese weiteren Interventionen können militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Natur sein. Die Regime der Region sträuben sich gegen jede Veränderung, aber das wird ihnen wenig nützen. Eines dieser Länder ist die Türkei.

US-Imperium oder Demokratie der Völker

Die aktuellen Entwicklungen sind nicht auf den Mittleren Osten begrenzt, sondern können als Weltkrieg bezeichnet werden. Auch wenn dieser Krieg eine andere Form hat als die vorherigen Weltaufteilungskriege, so geht es doch um die Aufteilung der Welt, um neue Kräfteverhältnisse und die Errichtung eines neuen Status Quo. Im Irak haben die USA und ihre Verbündeten es in relativ kurzer Zeit geschafft, das Saddam-Regime zu stürzen, das symbolisch für das reaktionäre Regime in der gesamten Region stand. Damit lösen sich gleichzeitig die Strukturen auf, die aus der Zeit des Zweiblocksystems stammen und heute ihren Sinn verloren haben.

Die USA-England-Koalition hat es nach der Überwindung des Ostblocks auch auf die Seiten des West-Systems abgesehen, die ihren Interessen nicht entsprechen. Sie streben die Weltherrschaft an. Die Führungsrolle, die sie im Westsystem zur Zeit des kalten Krieges inne hatten, soll künftig für die gesamte Erde gelten. Gegen diese Pläne sträuben sich die EU-Staaten, Russland, China und eben auch die Staaten des Mittleren Ostens. Die lange Zeit unbestrittene Rolle von internationalen Institutionen wie der UNO und der NATO befindet sich in der Auflösung. Deutlich geworden ist im Zuge der Irak-Intervention, dass diese Mächte nicht über die Kraft verfügen, sich den USA entgegen zu stellen. Trotz aller Versuche ist es niemandem gelungen, gegenüber den USA eine Alternative darzustellen. Ein neues internationales System ist deshalb unausweichlich. Aber welche Formen dieses System annehmen wird, ist noch nicht entschieden. Es gibt schlicht betrachtet nur zwei Möglichkeiten: das weltweite Imperium nach den Vorstellungen der USA oder eine globale Demokratisierung, die die Völker der Welt durchsetzen werden. Die einzige Kraft, die sich dem neuen Herrschaftssystem der USA entgegen stellen kann, ist ein weltweiter Kampf der Menschen dieser Erde für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Im Zuge der Globalisierung haben die Nationalstaaten an Bedeutung verloren. Ein Kampf, der sich innerhalb nationaler Grenzen beschränkt, hat im 21. Jahrhundert keine Chance mehr auf Erfolg.

Im Kampf für ein menschenwürdiges Leben

Sowohl bedingt durch ihre jahrzehntelange Erfahrung und ihre Organisiertheit im Kampf für Freiheit und Demokratie als auch bedingt durch die geographische Situation, durch die die kurdische Frage in vier Staaten des Mittleren Ostens wesentlich ist und hervorgerufen durch Flucht und Migration selbst bis nach Europa und Russland dringt, kommt den Kurdinnen und Kurden in diesem Kampf eine wichtige Rolle zu. Die demokratische Entwicklung der kurdischen Gesellschaft und besonders der kurdischen Frauen in den letzten Jahrzehnten erfordert Hochachtung. Innerhalb der feudalen Gesellschaftsstrukturen ist es gelungen, weite Teile der Bevölkerung zu einer vereinten Kraft des Aufstandes zu machen. Immer galt der Kampf mindestens ebenso sehr wie dem äußeren Feind den reaktionären Strukturen der eigenen Gesellschaft, die vor allem Frauen das Recht auf ein menschenwürdiges Leben versagten. Die kurdische Freiheitsbewegung ist dazu bereit, die Führung in der nötigen Demokratisierung des Mittleren Osten zu übernehmen und hat dafür konstruktive Vorschläge gemacht.

Fortsetung auf Seite 2

Meldungen

Erneut Einführung einer "Pufferzone" in Van

Im Kreis Saray in der Provinz Van wurde erneut eine "Pufferzone" eingerichtet. Bewohner, die auf ihre Grundstücke wollen, können nur mit einer "Grenz-Zutrittskarte" dorthin gehen. Die Karte wird vom Landratsamt und der Jandarma-Station des Kreises nur gegen einen Grundbuchauszug ausgestellt und ist jeweils einen Tag gültig. *(DIHA, 30.5., ISKU)*

6 Monate Haft wegen Kurdischreden

Gegen die DEHAP-Kandidatin Ruknettin Hakan (Van) bei den Parlamentswahlen im November 2002, wurden 6 Monate Haftstrafe verhängt. Sie soll auf einer Diskussion über die Anpassungsgesetze der Türkei an die der EU auf kurdisch geredet haben. *(DIHA, 30.5., ISKU)*

Proteste bei Kücükarmutlu-Verfahren/ Keine Haftverschonung erreicht

Bei den Protesten gegen die F-Typ-Gefängnisse griff die Polizei die Unterstützer des Todesfastens an; dabei kamen 4 Menschen ums Leben und 19 weitere wurden in Haft genommen. Während einer Verhandlung gegen die Inhaftierten kam es zwischen Angehörigen und der Polizei für kurze Zeit zu einem Tumult. *(DIHA, 30.5., ISKU)*

Erneut Verfahren wegen Buchveröffentlichung vor dem DGM

In Istanbul wurde vor dem Staatssicherheitsgericht, wegen der Veröffentlichung des Buches "Das 12. September - Regime wird verurteilt" der Verleger R. Zarakolu wegen "Störung der Öffentlichen Ordnung und Aufwiegelung der Bevölkerung gegeneinander" sowie "Separatismuspropaganda durch die Veröffentlichung" das Verfahren eröffnet. *(DIHA, 30.5., ISKU)*

Auch Verstorbene werden bestraft

Die 1. Kammer des Amtsgerichtes Ankara verhängte gegen insgesamt 45 Angeklagte (Vorstandsmitglieder, Ehrenmitglieder und Kontrollkommission sowie die Ersatzmitglieder des IHD) 3 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 35,6 Mio. TL. Begründung dafür war das angebliche Auffinden von "verbotenen Verlagserzeugnissen". Unter den Verurteilten sind auch 2 Verstorbene, Nebahat Altiok und Aysenur Zarakolu. *(DIHA, 2.6., ISKU)*

Militäroperationen in Bingöl

Wie Murat Karayilan als Mitglied des KADEK-Präsidialrates erklärt hat, führt der türkische Staat seit ein paar Tagen umfassende Militäroperationen durch. Er unterstrich weiterhin, dass die staatlichen Meldungen, die Guerilla befinde sich in Angriffsposition, nicht der Wahrheit entspreche: "In Bingöl finden täglich Militäroperationen statt. Zuvor hat eine acht Stunden andauernde Operation stattgefunden, bei der sechs Soldaten getötet wurden. Das war in Genc. Sie haben eine umfassende Operation durchgeführt und das ist das Ergebnis. Der Staat teilt mit, dass die Soldaten der türkischen Armee von der Guerilla verfolgt worden seien. Das stimmt nicht. Die Guerilla führt keinerlei Aktionen durch. Bei den Militäroperationen der türkischen Armee sterben Soldaten und es wird so getan, als ob die Guerilla angegriffen hätte. Der Bevölkerung der Türkei wird die Wahrheit bewusst verschwiegen, denn ansonsten würde sie nach dem Grund für diese Operationen fragen. Wenn die türkische Armee den Anspruch hat, eine militärische Kraft mit Ehre zu sein, sollte sie die Wahrheit sagen. Es finden ständig Operationen statt. Die Guerilla ist nicht mehr wie früher. Sie ist ausgebildet worden und lässt sich nicht so einfach vernichten. Interessant ist auch, dass diese Operationen in der Umgebung von Bingöl stattfinden. Die Not unseres Volkes nach dem Erdbeben wird als gute Gelegenheit betrachtet."

(ÖP, 1.6., ISKU)

Neue Militäroperation im Süden?

Zwischen den USA und der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) haben Gespräche über eine Militäroperation gegen den KADEK stattgefunden. Nachdem die USA angekündigt haben, dass die KDP nicht entwaffnet wird, haben in der Region militärische Vorbereitungen der USA und der KDP begonnen. Die Türkei dagegen verlegt Truppen nach Sirnak und an die Grenze zum Iran.
Neben den seit drei Tagen andauernden Gesprächen zwischen den US-Militärs und dem KDP-Führer Mesut Barzani in Zaxo und Dohuk haben außerdem Gespräche zwischen KDP und türkischen Abgesandten stattgefunden. In Dohuk und Zaxo hat die KDP damit begonnen, kriegserfahrene und über dreißigjährige Peschmergas auszuwählen. Wie es heißt, sollen die USA die KDP für eine Operation gegen den KADEK benutzen. Die Haltung der PUK ist noch unklar.

Militärtransporte an die iranische Grenze
Währenddessen verlegt die türkische Armee seit drei Tagen Truppen nach Sirnak, Beytüssebap und an die türkisch-iranische Grenze. Weitere Truppenbestände befinden sich nach wie vor in Südkurdistan, da die Frage der Grenzsicherung noch offen ist. All diese Entwicklungen lassen vermuten, dass die USA planen, die KDP und eventuell die PUK für eine Militäroperation gegen den KADEK zu benutzen. Diese Vermutung wird verstärkt durch die Tatsache, dass die Türkei nicht dagegen protestiert hat, dass die Kurden von der allgemeinen Entwaffnung im Irak ausgeschlossen bleiben.

Zudem haben die USA der Türkei die Garantie dafür gegeben, dass die Kurden im Süden für die Unschädlichmachung des KADEK eingesetzt werden.

Auf der anderen Seite verkleinern die USA den Machtbereich der mit ihnen verbündeten südkurdischen Organisationen. Die meisten Institutionen der KDP sind praktisch von den USA übernommen worden, so beispielsweise ökonomisch arbeitende Einrichtungen in Dohuk und Zaxo. Der Verkauf von Benzin und Gasflaschen liegt in US-Händen. Kürzlich haben die USA auch die Zoll- und Kontrollpunkte aufgehoben, die eine wichtige Einnahmequelle der KDP dargestellt haben.
In Zaxo-Bakirman haben die USA ein Hauptquartier eingerichtet. In Salyo, Dohuk, Hewler und Süleymania werden Vorbereitungen für die Errichtung weiterer militärischer Stützpunkt getroffen. Weiterhin wurde bekannt, dass die USA in den kommenden Tagen 15 000 Soldaten nach Dohuk verlegen wird.

(ÖP, 30.5., ISKU)

FRIEDENSABKOMMEN!

Fortsetzung von Seite 1

Es gibt nichts zu bereuen
Diese Tatsachen bleiben natürlich auch nicht den USA verborgen. Die vergeblichen Versuche, die kurdische Freiheitsbewegung zu kaufen, haben alte Tradition. Wer den Plänen der USA nicht nützt, soll möglichst vernichtet werden. In diesem Sinne ist in den letzten Wochen die Forderung nach einer Entwaffnung der bewaffneten Kräfte des KADEK aufgekommen. Gleichzeitig wurde in der Türkei das Reuegesetz aktuell. Aber die Haltung der kurdischen Bevölkerung, des KADEK, der PJA und Abdullah Öcalans ist eindeutig: Es gibt nichts zu bereuen.
Wir haben bewaffnet für Freiheit und Würde gekämpft, weil das System uns keine andere Möglichkeit gelassen hat. Gestern wie heute sind wir bereit, die Waffen niederzulegen, wenn uns eine politische Partizipation ermöglicht wird.

Demokratisierung bedeutet Lösung der kurdischen Frage
Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden haben wir oft betont, dass wir gegen jeden Krieg sind. Ebenso halten wir Freiheit und Würde für unverzichtbar. Nach dem Verlust ihrer strategischen Bedeutung in der Region bleibt der Türkei nur die Möglichkeit, über einen inneren Frieden erneut an Stärke zu gewinnen, wenn sie nicht gänzlich den Status einer Bananenrepublik der USA geraten will. Frieden funktioniert nicht ohne Demokratisierung und Demokratisierung bedeutet Lösung der kurdischen Frage. Die kurdische Seite ist dazu bereit. Eine Generalamnestie erfordert einen Sinneswandel und eine gegenseitige Annäherung. Mit dem Reuegesetz kann die Türkei nur verlieren. Wenn wir von Amnestie sprechen, dann meinen wir keinen Gnadenerlass, sondern die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Gegen die patriarchale Logik fordern wir gemeinsam mit Kurdinnen und Kurden weltweit:

Generalamnestie für einen gesellschaftlichen Frieden!

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., 1. Juni 2003

Zum Tod von Ismet Baycan

Ismet Baycan, Mitglied der ersten Friedensgruppe, ist im Gefängnis von Mus verstorben. Er hatte sich seit einiger Zeit in einem schlechten Gesundheitszustand befunden, doch bedauerlicherweise hatten sich die Gefängnisbehörden aus innenpolitischen Gründen geweigert, ihn behandeln zu lassen, so dass sein Tod unausweichlich wurde. Der türkische Staat ist aus diesem Grunde unmittelbar verantwortlich für den Tod des Friedensbotschafters Ismet Baycan.
Dieses Ereignis macht deutlich, wie weit der türkische Staat im Hinblick auf Frieden und Demokratie von der kurdischen Nation entfernt ist. Das derzeit vorbereitete Reuegesetz ist ein weiterer Beleg für diese Haltung. Durch dieses fortgesetzte, unkonstruktive Verhalten des türkischen Staates wird das neue Gesetz zum Scheitern verurteilt. Der KNK verurteilt noch einmal diese Methode und die inhumane Politik des türkischen Staates, die zu diesem tragischen Tod geführt haben.

(KNK, 27.5., ISKU)

Bombenanschlag gegen DEHAP-Büro
Gegen das DEHAP-Büro im Kreis Torbali/Izmir wurde ein Bombenanschlag verübt. Der Parteivorsitzende der Provinz Izmir bezeichnete den Anschlag als organisierte Provokation. Der Vorsitzende im Kreis Torbali erklärte, der Anschlag könne die Arbeit der Partei im Kreis nicht zurückwerfen...

(DIHA, 2.6., ISKU)

Diyarbakir - Festival beendet mit Forderungen nach allgemeiner Amnestie
Zum Abschluss des 3. Diyarbakir -Kunst und Kulturfestivals fand ein Konzert bekannter Künstler statt, an dem auch die Siegerin im Eurovisionswettbewerb , Sertab Erener teilnahm. In seiner Abschlusserklärung sagte der Oberbürgermeister der Stadt, F. Celik,: "Wir wünschen uns, dass beim nächsten Festival unsere Kinder nicht mehr in den Gefängnissen, in der Verbannung oder in den Bergen sind. Für Frieden in der Gesellschaft wollen wir eine allgemeine Amnestie".

(DIHA, 2.6., ISKU)

Hamburg: Anklage erhoben
Generalbundesanwalt Kay Nehm hat vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg Anklage "gegen einen mutmaßlichen Führungsfunktionär der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)" erhoben. Wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte, wird dem 48-jährigen Ali Z. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Geiselnahme, Land- und Hausfriedensbruch zur Last gelegt. Die Bundesanwaltschaft wirft Ali Z. unter anderem vor, für eine Besetzungsaktion in der SPD-Landesgeschäftsstelle Hamburg im Februar 1999 verantwortlich gewesen zu sein.
Der Angeklagte sitzt seit dem vergangenen Dezember in Untersuchungshaft. *(afp, 3.6., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KNK	Kurdischer Nationalkongress

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 109
13. Juni 2003

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Für eine Lösung der kurdischen Frage bis zum Jahr 2005

Türkei steht vor Entscheidung

"Ich möchte alle bewaffneten Seiten dazu auffordern, bis zum 1. September den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten, und alle politischen Kreise und Intellektuellen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen dazu, ihrer Verantwortung für Frieden und Demokratie nachzukommen." Diese Worte stammen vom KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der weiterhin ausführte, dass die Türkei im Zuge der jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten stark unter Druck geraten sei.
Öcalan verwies darauf, dass der Nationalismus im Mittleren Osten und in der Türkei im Rahmen der kurdischen Frage von bestimmten Kreisen angeheizt werde und die Türkei vor einer Entscheidung stehe: "Entweder werden die notwendigen Regelungen getroffen, um unser Projekt für eine demokratische Lösung umzusetzen oder die fortgesetzte Politik der Ausweglosigkeit wird die Zukunft ruinieren." Für eine Lösung der kurdischen Frage müsse bis zum Jahr 2005 eine Wegkarte entworfen werden. Mit dem geplanten Reuegesetz sei keine Lösung der bestehenden Probleme möglich. "Ich rufe alle betreffenden Seiten dazu auf, zum Thema demokratischer Dialog und Lösung aufrichtig vorzugehen und der eigenen historischen Verantwortung nachzukommen. Diese Erklärung gebe ich ab, weil ich gegenüber dem türkischen und dem kurdischen Volk Verantwortung habe."

Die Hauptbestandteile der Erklärung Öcalans:

1- Am 1. September 1998 haben wir einen Waffenstillstand erklärt, um eine Basis für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu schaffen. Am 1. September 1999 wiederum haben wir alle bewaffneten Kräfte aus dem Inland abgezogen. Im Jahr 2002 haben wir die Deklaration für Frieden und freie Einheit veröffentlicht. Jetzt setzen wir den vierten historischen Schritt.

2- Wir befinden uns an einer Wegkreuzung. Bis zum 1. September 2003 wird der Weg festgelegt werden: entweder es kommt über eine Diskussion zwischen Staat, KADEK und der gesamten Gesellschaft zu Frieden und einer demokratischen Lösung oder - falls es keine Einigung, keine Entwicklung in diesem Thema gibt - zu einer neuen Guerillaoffensive. Bis zum 1. September wird eine Antwort auf diese Frage gesucht werden. Wir ziehen den Weg des Friedens und einer demokratischen Lösung vor. Alle Beteiligten befinden sich in diesem Sinne vor einer Weggabelung.

3- Zu diesem Thema ist die Entscheidung des türkischen Staates und der gesamten Gesellschaft wichtig. Die imperialistischen Kräfte wollen den primitiven kurdischen Nationalismus stärken. Über den Süden, den Norden und den Iran soll eine Politik des nationalen Würgegriffs entwickelt werden. Damit werden Kämpfe zwischen dem chauvinistischen türkischen und dem primitiven kurdischen Nationalismus angestrebt. Die Türkei soll in einen nationalen Würgegriff genommen werden, aus dem sie sich 50 Jahre lang nicht wird befreien können. Das wird zu einem blutigen Konflikt führen, dem Hunderttausende zum Opfer fallen können. Hinter dem türkischen und dem kurdischen Nationalismus steckt dieselbe Kraft. Die grundlegende Frage ist, ob wir auf den nationalen Würgegriff oder auf eine demokratische Lösung setzen.

4- Wenn der Weg des Friedens und einer demokratischen Lösung gewählt wird, bedeutet das, eine zeitgenössische und demokratische Türkei vorzuziehen. Damit werden auch die Kopenhagener Kriterien erfüllt werden können. Diese Kriterien bedeuten Rechte in den Bereichen Identität und Kultur sowie das Recht auf Partizipation am politischen Prozess mit eigener Identität. Wir sind für eine solche Lösung. Sie würde die Befreiung der Türkei von der Oligarchie bedeuten.

5- Die in letzter Zeit aufgekommene Diskussion um eine Generalamnestie ist wichtig. Wenn eine Lösung der Frage und eine Entwaffnung gewollt wird, dann muss zu diesem Thema ein Gesetzespaket erstellt werden, mit dem gesellschaftlicher Frieden und demokratische Partizipation angestrebt werden. Statt eines Reuegesetzes muss ein Gesetz für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation erlassen werden. Es muss ein Zeitplan bis zum Jahr 2005 aufgestellt werden und dafür eine Wegkarte. Daran müssen wir arbeiten. Das Gesetz ist ein erster Schritt dafür, der Rest wird sich Schritt für Schritt entwickeln. Das ist es, was wir wollen.

6- Wenn das nicht funktioniert, wenn mit der Logik fortgefahren wird, dass eine Trennung zwischen Führung und Kader des KADEK gemacht wird, dann wird sich die Ausweglosigkeit vertiefen. Diese Denkweise muss überwunden werden. Wenn das nicht gelingt, wird eine neue Guerillaoffensive stattfinden. Wenn beharrlich auf Vernichtung gesetzt wird, dann sind für neu ausbrechende Gefechte die Vertreter dieser Politik verantwortlich und nicht wir. Wir hoffen, dass die Entwicklungen anders verlaufen werden. Es ist nicht das, was wir wollen.
(ÖP, 6.6., ISKU)

Grenzoperationen im Iran und der Türkei

Innerhalb der letzten Woche hat die iranische Armee umfassende Militäroperationen in Kelares, Xakurke, Yinere, Kandil und Zele an der türkischen Grenze durchgeführt. Mörsergranaten fielen u.a. auf Hochweiden, die von den Bauern im Sommer bezogen werden.
Während die iranischen Operationen weiter anhalten, führt auch die türkische Armee in Sirnak, Semdinli, Baskale, Uludere und Beytüsebap Operationen durch. An der Grenze wird der iranischen Armee Unterstützung geleistet.
Im Iran ist den Bauern dieses Jahr verboten worden, auf die Hochweiden zu ziehen. Außerdem wurde bekannt, dass sich die Repression gegen die Bevölkerung in letzter Zeit verstärkt hat. Die Militäroperation soll sich gegen die Volksmudschahedin und den KADEK richten. Zu vermuten ist, dass das Vorgehen alle oppositionellen Kräfte einschüchtern soll.
Die USA haben unterdessen den Grenzpunkt Haci Ümran an der irakisch-iranischen Grenze geschlossen und unter ihre Kontrolle genommen. Die Einreise in den Iran wird verhindert. Außerdem haben die USA den Iran dazu aufgefordert, im Rahmen internationaler Abkommen alle sich unmittelbar an der irakischen Grenze befindlichen Stütz- und Kontrollpunkte aufzuheben. Wie bekannt wurde, wird der Iran alle Stützpunkte um sechs Kilometer auf das eigene Territorium verlagern und hat dementsprechende Vorbereitungen getroffen.
(ÖP, 12.6., ISKU)

Meldungen

Tausende für "gesellschaftlichen Frieden" in Brüssel
Im Rahmen der vom KADEK gestarteten "Kampagne für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation" haben in Brüssel knapp 10.000 Menschen Frieden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage gefordert.
(DIHA, 11.6., ISKU)

PÇDK eröffnet Pressebüro in Bagdad
Die Kurdistan-Partei für eine demokratische Lösung (PÇDK) hat in Bagdad ein Pressebüro eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen neben Mitgliedern des PÇDK-Parteirats eine große Anzahl Intellektueller und Politiker teil. In Redebeiträgen wurde auf die historische Rolle der Kurden im Neuaufbau des Iraks verwiesen. Die in Bagdad begonnene Medienarbeit sei bedeutend für die Entwicklung von Demokratie im Irak. Wie PÇDK-Sprecher erklärten, werde die Arbeit in Bagdad, Mosul, Erbil und Süleymania sowie weiteren Städten künftig intensiviert werden.
(DIHA, 11.6., ISKU)

Beytüssebap erlebt ein Drama
Der IHD Diyarbakir untersucht zur Zeit die Situation von ca. 700 Menschen aus dem Dorf Yesilöz. Seit fast 4 Wochen müssen sie in Zelten am Rand der Gemeinde leben. da sie nicht in ihr Dorf zurückkehren dürfen. Falls bis zum Freitag keine Lösung des Problems zustande gekommen ist, wird der IHD am Freitag eine breit angelegte Kampagne starten, um die Menschen aus der lebensbedrohlichen Situation zu retten. *(DIHA, 11.6., ISKU)*

Fotografie als Anklagegrund
Der leitende Redakteur der kurdischen Wochenzeitung "Azadija Welat" wurde wegen eines abgedruckten Fotos von Abdullah Öcalan und verschiedenen Berichten wegen "Unterstützung einer illegalen Organisation" angeklagt. *(DIHA, 7.6., ISKU)*

Parlamentsbericht bestätigt "Hinrichtung ohne Urteil"
Wegen des erschossenen Haci Ölmez hat in einem Bericht der stellvertretende Vorsitzende der Menschenrechtskommission festgestellt, dass der Vorfall eine Hinrichtung war. Die 18 Soldaten hätten mit ihren Ferngläsern gesehen, dass H. Ö. unbewaffnet war. Sie hätten ihn unverletzt festnehmen können. In dem Bericht heisst es weiter, der Vorfall im Kreis Uludere/Sirnak sei Anwen-

Aufruf des Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. - Cenî

Die KDP geht gegen die Flüchtlinge im Lager Maxmur vor

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Nach dem von den USA geleiteten Krieg gegen das Saddam-Regime sind alle Augen auf die Entwicklungen im Irak gerichtet. Eines der meist diskutiertesten Themen hierzu ist das System, dass im Irak und vor allem im Norden des Landes geschaffen werden soll. In diesem Sinne werden die Kurden eine wichtige Rolle spielen. Als Prinzip gilt Demokratie contra Diktatur, Freiheit contra Unterdrückung. Jedoch sieht es in der Realität ganz anders aus, wie die jüngsten Taten der Demokratie Partei Kurdistan KDP gegen ihr eigenes Volk bewiesen.

Die KDP geht in den letzten Wochen auf behindernde und unterdrückende Weise gegen die Flüchtlinge im Lager Maxmur vor. Neben Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Kontakt zwischen den Flüchtlingen, Verwandtenbesuchen und Handelsbeziehungen, wurden innerhalb von einem Monat 20 Flüchtlinge des Lagers festgenommen. Der Gemeinderat des Flüchtlingslagers erklärte in einer Presserklärung, dass vor allem Frauen, die festgenommen worden sind, würdelose Folter angetan worden sei. Die Flüchtlinge hätten keinerlei Sicherheit für ihr Leben. Ein konkretes Beispiel hierfür sei Sidik Haci Hilali, der vor einem Monat festgenommen worden ist und von dem bis jetzt keinerlei Lebenszeichen zu bekommen ist.

Aufgrund des bewaffneten Kampfes zwischen kurdischen Guerilla-Einheiten und dem türkischen Militär, zerstörten türkische Sicherheitskräfte 4000 kurdische Dörfer, was dazu führte, dass Zehntausende aus ihrer Heimat flüchten mussten. Während ein Teil in türkische Metropolen zog, flüchtete ein anderer Teil vor allem nach dem Golfkrieg und ab 1993 in den Norden Iraks (Südkurdistan). Dort wurden unter dem Schutz des UNO Menschenrechtskommissariat die Lager Etrusch und Ninove gegründet, jedoch aufgrund des Drucks des türkischen Staats wieder geschlossen. Zuletzt gründeten die Flüchtlinge, wieder unter Schutz der UN, das Flüchtlingslager Maxmur auf dem 36. Breitengrad. Die Anzahl der dort lebenden Flüchtlinge beträgt ca. 10 000. Sie verwalten sich selbst und schufen einen demokratischen Stadtrat. Zusammen mit dem Krieg im Irak zog die UNO ihren Schutz zurück und überließ die Flüchtlinge ihrem Schicksal. Die KDP versucht nun durch Druck und Gewalt ihre eigene Politik im Gebiet geltend zu machen.

Als Cenî - das Kurdische Frauenbüro für Frieden e.V. verurteilen wir das Verhalten der KDP, das darauf abzielt, politischen Ertrag zu gewinnen. Wir bewerten die Probleme des Mittleren Ostens nicht unabhängig von der ungelösten kurdischen Frage. Ganz im Gegenteil sind wir der Überzeugung, dass all die Konflikte in der Region an diese eine Frage gebunden sind. Deshalb glauben wir daran, dass die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage von enormer Bedeutung für die Schaffung eines anhaltenden und würdevollen Friedens im Mittleren Osten ist. Jedoch ist auch Realität, dass das kurdische Volk diese historische Rolle nicht spielen kann, solange sie keine einheitliche nationale Linie besitzt. Die KDP sollte diese Wirklichkeit erkennen und ihre traditionellen beschränkten und feudalen Annäherungen aufgeben. Stattdessen sollte sie mit dafür sorgen, dass die nationale Einheit der Kurden hergestellt wird und Rolle spielen im Prozess der Schaffung eines Systems im Irak, das auf gerechtem Frieden, Geschwisterlichkeit, Demokratie und Freiheit basiert.

In diesem Sinn rufen wir alle demokratischen Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten auf, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen und gegen dieses Verhalten der KDP zu protestieren. Fordern Sie die Freilassung der festgenommenen Flüchtlinge und eine Erklärung der KDP zu diesem Thema. Senden Sie Protestschrieben an folgende Adressen und lassen Sie uns eine Kopie zukommen.

KDP
International Relations Bureau - London - UK
Tel: 00 44 207 498 26 64
Fax: 00 44 207 498 25 31
Email KdpEurope@aol.com

KDP Europe (Organizations)
Berlin , Germany
PF/P.O.Box 301 516
D-10749 Berlin
Tel.: +49 30 797 437 41
Fax: +49 30 797 437 46
Email: KDPEurope@t-online.de

Mit freundlichen Grüßen

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. *11.06.2003*

Vergangene Woche starb der Menschenrechtler Dino Frisullo

Als Generalsekretär der Organisation »Senza Confine« (Ohne Grenzen) kämpfte Dino Frisullo für die Rechte von Immigranten und Imigrantinnen, hungerstreikte mit Bootsflüchtlingen und setzte die italienische Rechte unter Druck. Ob im Irak, in Bosnien, in Israel, in Palästina, in Chiapas oder in der Türkei: Dino Frisullo lieh seine Stimme all jenen, die zum Schweigen gebracht werden sollten - vor allem Kurdinnen und Kurden.
Dino Frisullo kannte keine Ruhe. Er arbeitete Tag und Nacht, telefonierte auf mehreren Leitungen gleichzeitig, schrieb, redete und hielt auf der Straße den Kopf hin. Sein Leben war der permanente Widerspruch, die unablässige Aktion gegen das Unrecht.
Sie hatten ihm ein paar Rippen gebrochen und die Brille zerschlagen, die er stets ein wenig altmodisch und etwas oberlehrerhaft mit einem Band an seinem Hals befestigt hielt, als er im September 1997 zum ersten Mal in Istanbul festgenommen wurde. Im Rahmen des Friedenszuges »Musa Anter« hatte Dino Frisullo eine verbotene Pressekonferenz abgehalten, die von Antiaufstandseinheiten der türkischen Polizei gestürmt wurde. Vor Gericht verlas der Friedensaktivist eine Erklärung des Literaturnobelpreisträgers Dario Fo: »Kurdistan lebt: Es ist lebendig in den Feuern von Newroz, in den Gefängnissen, in der Erinnerung an die Verschwundenen und in den Narben der Gefolterten. Eingebrannt und lebendig im Widerstand in den Bergen.« Ein halbes Jahr später landete Dino Frisullo in Diyarbakir erneut im Gefängnis. Er hatte sich auf den Schultern der Menge über den Batikentplatz tragen lassen, wo Tausende das kurdische Neujahrsfest feierten. In den Händen hielt er, weithin sichtbar, die Titelseite einer Ausgabe der Tageszeitung il manifesto, auf der eine kurdische Guerillera abgebildet war. Als die Gendarmerie die Feier zerschlug, wurde er mit Hunderten inhaftiert und wegen angeblicher »Aufstachelung zum Rassenhaß« zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Eine diplomatische Krise zwischen der Türkei und Italien folgte, das Europaparlament protestierte, und europaweit verlangten Tausende die Freilassung des Aktivisten. Die kurdische Frage war erneut in aller Munde, und der internationale Druck führte schließlich zu seiner Ausweisung aus der Türkei.
Seit längerem schon litt Dino Frisullo an Krebs, wurde behandelt, verließ das Krankenhaus wieder und schloß sich erneut den Bewegungen auf der Straße an, protestierte gegen die Bombardierung Bagdads und rief zur Hilfe für die Erdbebenopfer von Bingöl auf. Dino Frisullo starb an seinem 51. Geburtstag, am Abend des 5. Juni im Beisein seiner Familie im Krankenhaus von Perugia.
Wir trauern mit seinen Freundinnen und Freunden in Rom, Diyarbakir und zahllosen anderen Orten der Welt.

(jW, 12.6., SKU)

dung von unangemessener Gewalt und eine Menschenrechtsverletzung.

(DIHA, 7.6., ISKU)

Mutige Richterentscheidung zu "Propaganda auf Kurdisch"
Der Richter Ahmet Hekimoglu am 10. Justizgericht Izmir sprach 13 Führungskräfte der HADEP frei, die am 13.05.2001 während einer Parteiveranstaltungen Reden auf Kurdisch gehalten haben sollen. Vorgeworfen wurde ihnen ein Verstoß gegen das Parteigesetz. Der Richter kam jedoch bei einer Würdigung des EU-Rechts zu dem Schluß, dass kein Rechtsverstoß vorliege.

(YS, 7.6., ISKU)

Starke Vorbehalte der türkischen Bevölkerung gegenüber den USA
Den Ergebnissen des amerikanischen Sozialforschungsinstituts Pew (Washington) zufolge, stehen 83% der türkischen Bevölkerung den USA ablehnend gegenüber. 71% der Befragten gaben an, in den USA eine militärische Bedrohung zu sehen. Gefragt nach den Gründen für ihre negative Haltung, gaben 52% der Befragten "Präsident Bush" an.
Als Hintergrund für die ablehnende Haltung der türkischen Bevölkerung gegenüber den USA sieht das Institut vor allem den Irak Krieg. Standen im Jahr 2000 noch 52% der Bevölkerung den USA positiv gegenüber, so verringerte sich dieser Wert im Jahr 2002 auf 30%. *(AS, 5.6., ISKU)*

Bombenanschlag auf Staatsanwälte
Durch eine ferngezündete Bombe wurden ein Staatsanwalt, zwei Polizisten und zwei weitere Personen verletzt. Für die Zündung der Bombe unter einer Brücke, als ein Konvoy mit Bediensteten des Staatssicherheitsgerichts Istanbul und ihrer Eskorte vorbeifuhr, übernahm die DHKP/C die Verantwortung.

(AS, 4.6., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
YS	Yeni Safak
AS	Aksam

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 110
20. Juni 2003

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

DEHAP-Politikerin von Zivilpolizisten entführt und vergewaltigt

Ein Angriff auf alle Frauen

Gülbahar Gündüz, Vorstandsmitglied der DEHAP-Frauenfraktion Istanbul, ist am vergangenen Samstagabend von vier Zivilpolizisten entführt und vergewaltigt worden. Wie Gülbahar Gündüz angibt, haben die vier Personen dabei zu ihr gesagt: "Warum führt Ihr Frauen diese Kampagne für eine Generalamnestie an. Ihr glaubt wohl, weil Ihr Frauen seid, rühren wir Euch auf der Straße nicht an. Das hier soll Euch Frauen ein Beispiel sein."

Bekannt gemacht wurde der Vorfall auf einer Pressekonferenz im Menschenrechtsverein (IHD) Istanbul. Neben Gülbahar Gündüz nahmen daran die stellvertretenden IHD-Vorsitzende Eren Keskin, die Vorsitzende der Istanbuler IHD-Zweigstelle Kiraz Bicici, die Vorsitzende der DEHAP-Frauenfraktion Istanbul Sabahat Tuncer sowie der Istanbuler DEHAP-Vorsitzende Metin Toprak teil. Anwesend waren außerdem viele Frauen von verschiedenen Frauenorganisationen.

Unter großen Schwierigkeiten berichtete Gülbahar Gündüz über den Vorfall folgendes: "Als ich am 14. Juni 2003 morgens gegen neun Uhr auf dem Weg zur DEHAP-Zentrale war, zwangen mich in Sarachane vier zivil gekleidete Personen, die von sich selbst sagten, dass sie Polizisten seien und Funkgeräte in den Händen hatten, in ein Auto einzusteigen. In dem Moment rief eine Person den Polizisten zu: "Was macht Ihr da, lasst sie zufrieden!". Die Personen antworteten: "Polizei, sei still." Dann wurde ich in einem weißen Fahrzeug entführt. Weil sie meinen Kopf gegen das Auto schlugen, wurde ich ohnmächtig. Als ich wieder zu mir kam, befand ich mich in einem sehr heißen Raum unter der Erde ohne Fenster. Ich wurde verhört. Meine Augen waren verbunden, sie folterten mich. Mit einem sehr harten Gegenstand schlugen sie auf meinen Kopf, mit einem Metallgegenstand rissen sie die Haut an meinem Rücken und an anderen Stellen an meinem Körper auf. Sie schlugen mich bis ich überall blaue Flecken hatte. In meinem Gesicht drückten sie Zigaretten aus. Ich wurde vergewaltigt, indem in den Oralbereich ein Geschlechtsorgan eingeführt wurde. Nach acht Stunden Folter brachten sie mich raus, setzten mich in einen Wagen und warfen mich in Gaziosmanpasa auf der Stadtautobahn in der Nähe meiner Wohnung am Straßenrand aus dem Auto. Ich konnte die Gesichter der Polizisten, die mich vergewaltigt haben, nicht genau erkennen, aber ich weiß, dass sie mittleren Alters waren."

Eren Keskin erklärte auf der Pressekonferenz: "Aus verschiedenen Gründen berichten uns Frauen, die in Polizeigewahrsam sexueller Gewalt ausgesetzt sind, normalerweise erst viel später von dem Erlebten, wenn die Folterspuren am Körper schon nicht mehr sichtbar sind. Gülbahar hat uns benachrichtigt, bevor die Spuren verschwunden sind und sich damit sehr mutig verhalten.
Ich bin vielen Fällen von sexueller Folter nach der Festnahme begegnet, aber ein Verbrechen dieser Art in dieser Zeit und mit dieser Gelassenheit ist aufsehenerregend. Im türkischen Strafgesetz wird nur vaginale Vergewaltigung als Vergewaltigung gewertet. Vielleicht führt dieser Vorfall auch in juristischem Sinne zu einer Neuregelung. Wir haben auch das Europaparlament informiert. Wir werden sehen, wie die Türkei da raus kommt."
Weiterhin erklärte Eren Keskin, dass innerhalb von einigen Tagen Strafanzeige gestellt werde.

In einer Erklärung vom vergangenen Sonntag veruteilte auch der Parteirat der Partei der freien Frau (PJA) den Angriff auf Gülbahar Gündüz und bezeichnete ihn als einen "Angriff des 'schmutzigen Staates' auf alle Frauen, die mit großer Sorgfalt und Entschlossenheit am Demokratisierungskampf in der Türkei teilnehmen."
Die PJA rief alle Organisationen und Personen, die sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzen, dazu auf, diesen Vorfall ebenfalls zu verurteilen.
Weiter heisst es in der Erklärung: "Der Angriff, der in genau dem Monat stattfindet, in dem unsere Genossinnen Zilan, Sema und Gulan im Frauenbefreiungskampf gefallen sind, richtet sich gegen die organisierte politische Kraft kurdischer Frauen. Zur Zeit läuft eine Kampagne "Für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation" in der Türkei und im Mittleren Osten gegen die schmutzigen Kriegsprovokationen. Der schmutzige Angriff auf die Frauenidentität ist nicht das Werk einiger weniger Personen, sondern ein direkter Angriff des Staates. Deutlich wird dies durch die unglaubliche Gelassenheit, mit der Gülbahar Gündüz am 14. Juni 2003 auf offener Straße verschleppt wurde. Es handelt sich um eine Provokation des Staates. Mit diesem Angriff hat der türkische Staat gesagt: 'Warum arbeiten Frauen für eine Generalamnestie, warum befinden sich die Frauen an vorderster Front?' Er bezweckt damit, Frauen einzuschüchtern und von ihrer Arbeit abzuhalten. Angegriffen wurde die Kraft und Fähigkeit von Frauen, Freiheit und Demokratie zu erschaffen. Er findet in einer Zeit statt, in der Frauen die Kampagne für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation auf ihren Höhepunkt getrieben haben, gegen die faschistischen Kriegsanhänger, die sich vom Blut unserer Völker ernähren.
Es ist ein Angriff derjenigen, die sich vor der Stärke von Frauen und der Geschwisterlichkeit der Völker fürchten und gleichzeitig ein Zeichen der Unfähigkeit des türkischen Staates und der AKP-Regierung. Staat und Regierung, die gemeinsam mit der reaktionären Gesellschaftsstruktur Massaker an Frauen verüben, haben ein weiteres Mal bewiesen, dass sie das Hindernis sind, das vor Frieden und Demokratie steht. Für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen in der Türkei und weltweit ist es eine Aufgabe im Sinne der Menschlichkeit, angesichts dieses Vorfalls nicht zu schweigen. Dieser Angriff darf nicht übergangen werden. Er gilt den Frauen, die organisiert für die Freiheit von Frauen und unserer Völker kämpfen und sich für Frieden und eine Lösung einsetzen. Auf dieser Basis muss Rechenschaft gefordert werden.
Vor kurzem wurde Semsiye Allak in Mardin von der traditionell-reaktionären Gesellschaft durch Steinigung getötet. Jetzt wurde Gülbahar Gündüz von staatlichen Kräften gefoltert und vergewaltigt. Was ihnen angetan worden ist, ist allen Frauen und der gesamten Gesellschaft angetan worden. Es ist vor allem Aufgabe der Frauen, die Verantwortlichen des Angriffs, mit dem die Kampagne für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation und der von Abdullah Öcalan mit großer Umsicht eingeleitete Friedensprozess zunichte gemacht werden soll, sowie das antidemokratische und kriegstreiberische System in der Türkei zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Angriff wird die Führungsrolle von Frauen nicht aufhalten können. Kein wie auch immer gearteter Angriff kann den Friedensmarsch von Frauen aus Kurdistan und der Türkei stoppen. Im Gegenteil wird unser Kampf dadurch gestärkt werden."

(Ceni, PJA, DIHA, 15.6., ISKU)

Meldungen

Friedensmütterprotest von Polizei angegriffen
Ca. 100 Frauen der Friedensmütterinitiative versammelten sich auf der Sanat Sokak und verlasen eine Presseerklärung zum Thema "Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden", in der darauf hingewiesen wurde, dass das geplante Reuegesetz keine Lösung darstelle. "Um zu einem bleibenden Frieden zu kommen, muss als erster Schritt eine bedingungslose Generalamnestie erlassen werden. Damit unsere Kinder zurückkehren können und wir alle gemeinsam in sozialem Frieden leben können, muss diese Amnestie auch die KADEK-Kräfte und den Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan einschließen. Die Waffen sollen endlich schweigen. Der Frieden soll zur Sprache kommen, den die Mütter in ihren Herzen tragen. Als erster Schritt muss ein Friedensgesetz erlassen werden." Nach der Verlesung der Presseerklärung wollten die Frauen einen halbstündigen Sitzprotest gegen die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz durchführen. Die Polizei griff ein und löste die Menge mit Gewalt auf. Daraufhin marschierten die Frauen unter Parolenrufen zum DEHAP-Gebäude, wo die Polizei erneut angriff.
(DIHA, 16.6., ISKU)

Weibliche Abgeordnete der AKP: Die Verantwortlichen finden und zur Rechenschaft ziehen
Die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz, Vorstandsmitglied der DEHAP-Frauenfraktion Istanbul, durch Polizisten hat zu Protesterklärungen der weiblichen Abgeordneten der AK Partei geführt. Sie bezeichneten den Vorfall als "Schrecken erregend".
(DIHA, 17.6., ISKU)

Unterdrückungsmassnahmen gegen Gewerkschaft, HADEP und DEHAP - ein Beispiel
R. Sönmez, Vorsitzender der Gewerkschaft Egitim Sen in Bingöl erhielt zuerst wegen Beteiligung an der Kampagne "Muttersprache" eine Degradierung; wegen Beteiligung an einer HADEP Veranstaltung wurde er dann nach Cankiri strafversetzt. Wegen "Teilnahme an einer DEHAP - Wahlveranstaltung" wurde er aus dem Dienst entlassen. *(DIHA, 18.6., ISKU)*

DEHAP-Vorstandsmitglied durch Messerstiche verletzt
Nach der Entführung und Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz aus dem DEHAP-Frauenvorstand

Gülbahar und den anderen zur Seite stehen!

Frauendelegation in die Türkei

Frauen, die kämpfen, sind eine Gefahr für das System. Das sieht auch der türkische Staat so und schlägt mit voller Kraft zurück. Am 14. Juni wurde Gülbahar Gündüz acht Stunden lang gefoltert als Botschaft an alle Frauen: "Wenn Ihr nicht wollt, dass Euch gleiches wiederfährt, dann bleibt zuhause. Richtet Eure Blicke auf den Boden und schweigt. Ihr seid schwach, Ihr könnt Euch nicht wehren, wir können alles mit Euch machen."
Aber die Frauen in der Türkei und in Kurdistan bleiben nicht zuhause. Sie schweigen nicht. Ihre Stimmen werden immer lauter. Gestern sind sie nach Bingöl gefahren. Aus allen Ecken der Türkei sind sie dorthin gefahren, wo seit zwei Wochen Militäroperationen der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla laufen, die seit über vier Jahren den bewaffneten Kampf eingestellt hat. In Bingöl hat es wieder Tote gegeben. Die Frauen sind dorthin gefahren, um einen Friedenstisch aufzubauen. Vor der Abfahrt aus Istanbul hielt die Soziologin Pinar Selek eine Ansprache, in der sie sagte:
"Wir Frauen sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen. Die Waffen sollen schweigen und der Angriff der patriarchalen, militaristischen Politik gegen unser Leben, unsere Körper, unsere Geschichte, unsere Kultur soll ein Ende finden. Die Gewaltkultur soll schweigen und das Grauen beendet werden, mit dem die Völker sich gegenseitig in den Abgrund stürzen. Die Waffen sollen schweigen und wir müssen reden. Lasst uns über die niedergebrannten Dörfer sprechen, über die Toten, die Vergewaltigungen, die Erniedrigungen, die Verleugnung und Vernichtung sprechen. Lasst uns über alles sprechen, was geheim gehalten wird und lasst uns gegenseitig in Erfahrung bringen, was wir erlebt haben. Lasst uns Frauen, Männer, Jugendliche, Alte, Kinder alle an diesem Tisch zusammen kommen und zur Stimme der Gesellschaft werden. Lasst uns als Individuen und zivile Organisationen gemeinsam eine Friedenskultur erschaffen. Setzen wir uns an den Friedenstisch und überwinden so die Ausweglosigkeit."
Aber der Staat wollte nicht, dass gesprochen wird. Der Staat sieht sich bedroht durch einen Tisch mit einem weißen Tischtuch, der von Frauen aufgestellt wird. Pinar und mit ihr 119 Frauen aus verschiedenen Städten der Türkei wurden gestern noch festgenommen. Aufgrund ihrer Position als Anwältinnen wurden Eren Keskin, die stellvertretende IHD-Vorsitzende, und mit ihr drei weitere Frauen freigelassen. Die anderen befinden sich immer noch in Gewahrsam der Polizei. Sie werden verhört und geschlagen.
In Diyarbakir gingen gestern hundert Frauen der Initiative "Mütter für den Frieden" auf die Straße, um ihrer Forderung nach gesellschaftlichem Frieden Ausdruck zu verleihen. Aus Protest gegen die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz wollten sie eine halbstündige Sitzaktion abhalten. Hundert Mütter mit weißen Kopftüchern, die sitzend und schweigend gegen eine staatliche Vergewaltigung protestieren, sind eine Bedrohung für den Staat. Sie wurden mit Knüppeln auseinander getrieben.
Die vielfachen Reaktionen von Frauenorganisationen auf die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz machen deutlich, dass die gewollte staatliche Botschaft ihr Ziel nicht erreicht. Die einhellige Antwort lautet: Keine Repression kann uns einschüchtern. Der Mensch wird durch Freiheit zum Menschen, das Leben durch Würde zum Leben.
Trotzdem: Der Staat schlägt zurück. Alleine abends nach Hause zu gehen, ist für Frauen noch unangenehmer als zuvor geworden. Wenn ein weißes Auto neben dir anhält, zuckst du unwillkürlich zurück. Jede Verspätung ist wieder Anlass zur Sorge. Aber gegen die Angst hilft der gemeinsame Kampf.
Wir rufen alle Frauen dazu auf, Gülbahar und den anderen zur Seite zu stehen. Lassen wir sie jetzt nicht allein. Lasst uns hinfahren und zeigen, dass der Kampf um Befreiung international ist. Der Angriff auf Gülbahar gilt uns allen.
Innerhalb kürzester Zeit wollen wir eine Frauendelegation in die Türkei organisieren, die mit den Frauen vor Ort zusammentreffen, sich austauschen und praktische Solidarität zeigen soll.
Weitere Informationen können im Büro von Ceni angefragt werden:
Tel: +49 (0) 211 17 11 080
Fax: +49 (0) 211 17 11 078
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., 17.6.

'Gewaltkultur zum Schweigen bringen'

Unter diesem Motto hatte eine Initiative aus verschiedenen Frauengruppen geplant, in Bingöl einen "Friedenstisch" aufzubauen. Aus verschiedenen Städten machten sich Frauen auf den Weg nach Bingöl. Beim Aufbruch der Gruppe aus Istanbul gab die Soziologin Pinar Selek eine Erklärung ab: "Kommt, lasst uns die Politik zivilisieren. Die Gewaltkultur soll schweigen. Weben wir den gesellschaftlichen Frieden gemeinsam, indem wir uns gegenseitig verstehen. Lasst uns reden, damit die Berge nicht mehr Schauplatz von bewaffneten Gefechten sind, sondern ein Ort des Zusammentreffens mit der Natur." Solange der Krieg nicht aufhöre, werde es auch Armut geben und Demokratie könne sich nicht entwickeln: "Lasst uns anfangen, zu reden. Die, deren Sprache die Waffen sind, sollen endlich schweigen. Die Massaker und die Ausweglosigkeit, die von den Herrschenden aufgezwungen wird in dieser Atmosphäre eines nicht benannten Krieges, soll ein Ende finden, indem Frauen zur Sprache kommen. Am Friedenstisch wollen wir alle gemeinsam reden und uns hinterfragen. Die patriarchale Gewaltpolitik hat mit ihrer jahrhundertealten Verleugnungs- und Vernichtungspolitik, mit ihrem Ruf nach Blut und Rache zu nichts anderem geführt, als zur Ausweglosigkeit. Sie wird auch zu nichts anderem führen." Wenn die Gewaltpolitik gegen Kurden, gegen eine große Geschichte, gegen die Natur und das Gewissen ihren Platz nicht einer Friedenskultur überlasse, werde im Namen der Freiheit nichts mehr geschehen können. "Wir Frauen sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen. Die Waffen sollen schweigen und der Angriff der patriarchalen, militaristischen Politik gegen unser Leben, unsere Körper, unsere Geschichte, unsere Kultur soll ein Ende finden. Die Gewaltkultur soll schweigen und das Grauen ein Ende finden, mit dem die Völker sich gegenseitig in den Abgrund stürzen. Die Waffen sollen schweigen und wir müssen reden. Lasst uns über die niedergebrannten Dörfer sprechen, über die Toten, die Vergewaltigungen, die Erniedrigungen, die Verleugnung und Vernichtung sprechen. Lasst uns über alles sprechen, was geheim gehalten wird und lasst uns gegenseitig in Erfahrung bringen, was wir erlebt haben. Lasst uns Frauen, Männer, Jugendliche, Alte, Kinder alle an diesem Tisch zusammen kommen und zur Stimme der Gesellschaft werden. Lasst uns als Individuen und zivile Organisationen gemeinsam eine Friedenskultur erschaffen. Setzen wir uns an den Friedenstisch und überwinden so die Ausweglosigkeit."

119 Frauen festgenommen
119 Frauen, die sich am "Friedenstisch" in Bingöl treffen wollten, sind am Montag festgenommen worden. Unter ihnen befinden sich die Soziologin Pinar Selek und die stellvertretende IHD-Vorsitzende Eren Keskin. Während Eren Keskin mit drei weiteren Anwältinnen abends auf freien Fuß gesetzt wurden, befinden sich die anderen Frauen immer noch in Gewahrsam. Direkt nach der Festnahme erklärte Pinar Selek über Telefon: "Wir werden wie Tiere behandelt." Die Frauen werden nach Angaben von Selek von der Polizei geschlagen.
(DIHA, 16.6., ISKU)

Istanbul ist am Montag ein DEHAP-Vorstandsmitglied aus dem Kreis Hazro bei Diyarbakir durch mit Messern von drei MHP-Mitgliedern angegriffen. Yusuf Dündar wurde verletzt an Brust und Rücken in die Notaufnahme eines Krankenhauses in Diyarbakir eingeliefert.
(DIHA, 16.6., ISKU)

Prozess wegen Veröffentlichung des Monatsberichts vom Menschenrechtsverein IHD
Gegen 7 leitende Mitglieder des IHD Diyarbakir wurde ein Verfahren eröffnet. Sie hätten den Bericht für den Monat April veröffentlicht, ohne vorher der Generalstaatsanwaltschaft ein Exemplar vorzulegen. Die Staatsanwaltschaft forderte 6 Monate Haft. *(DIHA, 17.6., ISKU)*

Tote bei Gefechten
Bei Gefechten zwischen Regierungstruppen und kurdischen Kämpfern in der Region Bingöl sind zwei Guerillas getötet worden, so türkische Medien gestern. Sieben mutmaßliche Unterstützer der kurdischen Guerilla seien bei der Militäraktion festgenommen worden.
(ap, 17.6., ISKU)

TRT klagt gegen Sendeauftrag in anderen Sprachen als Türkisch.
Die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT hat gegen die von der Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) am 18.12.02 erlassene Ausführungsvorschrift zu Sendungen in Sprachen und Dialekten, die in der Türkei gesprochen werden, Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Die TRT vertritt den Standpunkt, dass Sendungen in anderen Sprachen als Türkisch nicht durch das Gründungsgesetz gedeckt seien und dementsprechend keine Rechtsgrundlage für solche Sendungen gegeben sei. *(Milliyet, 12.6., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
PJA	Partei der freien Frau

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 111
27. Juni 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK: Angriffe auf demokratische Kräfte bedeuten neuen Krieg

Hinter den geschlagenen Frauen stehen Tausende Kämpfer und Kämpferinnen

Duran Kalkan, Mitglied des KADEK-Präsidialrates, hat darauf verwiesen, dass die Angriffe auf die demokratischen Kräfte in der Türkei einen neuen Krieg bedeuten und angekündigt, dass der KADEK zu diesen Entwicklungen nicht schweigen werde. Er forderte die Entwicklung und Aktivierung von Selbstverteidigung auf allen Gebieten.

In einem telefonischen Beitrag bei Medya TV bewertete Kalkan die aktuellen Entwicklungen und kritisierte in scharfer Form den Polizeiangriff in Istanbul auf DEHAP-Frauen sowie die Entführung und Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz. Der Angriff in Istanbul könne nicht so übergangen werden. Bei dem Fall von Gülbahar Gündüz handele es sich um den Beginn einer neuen Angriffswelle, so Kalkan.

"Sie werden angegriffen, weil sie für Frieden und Demokratie eintreten. Ich frage Erdogan: Wenn Mädchen mit Kopftüchern dem Druck der Polizei ausgesetzt sind, wird laut geschrien. Was wollten denn die Frauen in Istanbul und Bingöl, dass die Polizei sich zu so starker Repression veranlasst sieht. Nur weil sie Frieden und Demokratie fordern, sind sie dieser Behandlung ausgesetzt. Ebenso sind die Jugendlichen von Repression betroffen. Das muss eingestellt werden. Es ist eine Politik ohne Verstand."

Kalkan betonte, dass die Entwicklungen nicht positiv seien. Die demokratischen Kräfte und die Völker seien gewarnt. "Es findet ein Angriff statt. Dem Volk, den Frauen, denen, die Demokratie fordern und denen, die in den Bergen sind, ist Krieg erklärt worden. Darüber sollte sich niemand Illusionen machen. Vor den Augen der Öffentlichkeit werden Mädchen, Frauen und die Leichen von Guerillaangehörigen über den Boden geschliffen. Was ist mit ihren demokratischen Rechten? Soll so das Leben aussehen? Jeder sollte ein weiteres Mal darüber nachdenken und hellwach sein. Wir sind nicht diejenigen, die dafür verantwortlich gemacht werden sollten." In der Praxis sei deutlich geworden, dass der KADEK nicht verantwortlich für die negativen Entwicklungen sei. Alle Bemühungen des KADEK seien auf Frieden, Demokratie und eine Lösung ausgerichtet. "Aber angesichts derartig massiver Angriffe können wir uns nicht still verhalten." Jeder sei dazu aufgerufen, sich in Selbstverteidigungsposition zu begeben und die passive Haltung aufzugeben, so Kalkan. "Wenn die Guerilla ihre Vorkehrungen nicht getroffen hat, soll sie sich nicht in Bewegung setzen. Wenn das Volk auf die Straßen geht, soll es Vorkehrungen treffen. Wir haben das Recht auf Selbstverteidigung und müssen es einsetzen. Ich beglückwünsche die Frauen, die selbstlos für Frieden und Freiheit von Stadt zu Stadt ziehen und Widerstand leisten. Sie zahlen selbstlos den Preis für Freiheit und Frieden, sie sind auf dem richtigen Weg. Die reaktionären Kräfte greifen an, weil sie am Ende ihrer Kräfte sind."

"Um die kurdisch-türkischen Beziehungen zu verbessern, reicht eine demokratische Herangehensweise aus. Andernfalls werden die Probleme noch komplizierter werden. Die Konflikte werden sich vertiefen. Die Palästina/Israel-Frage zeigt das deutlich. Die größten Mächte versuchen, diesen Konflikt zu lösen und schaffen es nicht."

Kalkan wies darauf hin, dass die Regierung der Türkei einen Fehler begehe, indem sie die Lösung der kurdischen Frage der Politik der USA und EU entsprechend ausrichte. Diese Herangehensweise führe nur zu weiteren Konflikten.

"Das Volk ist starker Repression ausgesetzt. Die Armee führt überall Operationen durch, die in ihrem Ausmaß an die Zeit vor fünf bis sechs Jahren erinnern. Dass diese sich noch nicht weiter ausgeweitet haben, steht in Zusammenhang mit unserem Waffenstillstand. Wir sind an den Aufruf unseres Generalvorsitzenden gebunden. Aber nicht nur der Krieg, auch Frieden ist einseitig nicht möglich. Ein Waffenstillstand kann einseitig nicht ewig eingehalten werden. Wir haben alle Bemühungen darauf ausgerichtet, die Probleme auf friedlicher und demokratischer Ebene zu lösen, aber auf vielen Gebieten gibt es gewalttätige Auseinandersetzungen, auch in den Städten, das sollte jedem bewusst sein."

(DIHA, 23.6., ISKU)

Mit erhobenem Kopf

DEHAP-Vorstandsmitglied Gülbahar Gündüz, die am 14. Juni 2003 von vier Zivilpolizisten entführt und vergewaltigt wurde, hat eine schriftliche Erklärung abgegeben, in der es heißt:

"Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist für die Frauen der Frühling angebrochen. In mir ist eine Rose aufgeblüht und ihre Dornen bohren sich in mein Inneres. Aber es ist kein stechender Schmerz. Dieser Schmerz peitscht meinen Hass, meine Wut und meine Verbundenheit zum Kampf nur an. Dieser widerliche Angriff gegen mich, also gegen uns Frauen, soll uns dazu bringen, einen Schritt zurück zu machen. Aber unsere Antwort hat das patriarchale System, den Militarismus und diejenigen, die seit Jahren dieses Land vergiften, ins Leere laufen lassen. Denn die Frauen sind auf der Straße, sie schreien ihr jahrelanges Schweigen heraus, sie fordern Rechenschaft, sie steigern ihren Kampf, um das wiederzuholen, was uns genommen worden ist. Frauen sind diejenigen, die die Welt verschönern werden. Frauen haben nach Liebe, Frieden und Gerechtigkeit gesucht und jetzt ist die Zeit gekommen, diese Werte zu verbreiten. Seit Tagen regnen Solidaritätsbotschaften auf mich ein. In einer dieser Botschaften heißt es: 'Dein Hass ist mein Hass, Deine Wut ist meine Wut. Ich gebe Dir mein Wort, dass ich mich noch mehr in die Frauenarbeit einbringen werde.' Es gibt etwas, dass alle wissen sollten: Mein Kopf ist erhoben, meine Ehre ist unbeschmutzt. Sie sind es, die sich vor dem Tod fürchten. Unsere einzige Angst ist es, ehrlos zu sterben. Was ich schreibe, ist nur ein Bruchteil meiner Gefühle, die ich mit allen Frauen der Welt teilen möchte. Es wird nur eine kleine Weile dauern, bis ich wieder mit Rosen im Arm, mit der Helligkeit des Tageslichtes in den Augen, der Frische des Frühlings im Herzen und der Reinheit von Schneeglöckchen in Eurer Mitte sein werde."

(DIHA, 23.6., ISKU)

Meldungen

Kundgebung in Istanbul von Polizei angegriffen
Am Samstag wurde eine Protestkundgebung der DEHAP gegen die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz von der Polizei mit Knüppeln, Gas und Hunden angegriffen. Dabei kam es zu 84 Festnahmen und unzähligen Verletzten. 77 Personen wurden in der folgenden Nacht freigelassen, die übrigen wurden am Sonntag dem Staatsanwalt vorgeführt, darunter mehrere Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Jugendorganisation der DEHAP sowie eine Frau der Initiative "Mütter für den Frieden".
Die Freigelassenen berichteten später, dass die Polizei ohne Vorwarnung die Menge einkesselte und plötzlich mit Knüppeln, Tritten, Schlägen und Gasbomben angriff. Desweiteren wurden die Polizeihunde ganz bewusst insbesondere auf die Frauen gehetzt.
(DIHA, 22.6., ISKU)

Knüppeleinsatz der Polizei in Silopi gegen Frauen
Beim Versuch, eine Presseerklärung für eine Generalamnestie vor dem Gebäude der AKP in Silopi/Sirnak durchzuführen, griff die Polizei die Frauen mit Knüppeln an. Die Vorsitzenden der Frauenabteilung von Sirnak und Silopi wurden dabei festgenommen. *(DIHA, 20.6., ISKU)*

DEP-Inhaftierte nach wie vor in Haft
Am 4. Verhandlungstag des wiederaufgenommenen Verfahrens [wegen der Rechtsanpassung an europäische Standards] wurden die DEP-Inhaftierten wieder nicht auf freien Fuss gesetzt. Das Gericht beschloss die Aufrechterhaltung der Haft. Zur Vernehmung von Zeugen der Verteidigung wurde die Verhandlung auf den 18.7. vertagt.
(DIHA, 20.6., ISKU)

Angriff auf das DEHAP-Kreisbüro Hazro
Auf das Kreisbüro der DEHAP in Hazro wurde am Morgen ein Überfall verübt, bei dem in der Menge der Angreifer auch ein "Abschwörer" M. Mehmetoglu zu sehen war.
(DIHA, 19.6., ISKU)

Räumungsaufforderung für Erdbebenopfer
Bewohner der Notunterkünfte, die nach dem Erdbeben im Bereich Istanbul für die Gegend von Gebze aufgestellt wurden, erhielten jetzt vom dortigen Landrat eine Räumungsaufforderung. Die Wohnungen sollen ver-

Guerilla erklärt Bereitschaft zu umfassendem Verteidigungskrieg

Das Recht auf Verteidigung

In einer Erklärung aus dem Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) wird darauf hingewiesen, dass die türkische Armee in einen Kriegszustand versetzt wurde und damit die Möglichkeiten für einen Waffenstillstand außer Kraft gesetzt seien. Die türkische Armee verübe Vernichtungsschläge gegen die sich in Selbstverteidigungsposition befindlichen Guerillakräfte und strapaziere damit jede Grenze.
Ein Waffenstillstand könne nicht einseitig eingehalten werden, so heißt es weiter in der Erklärung. Um den Waffenstillstand fortzusetzen und einen demokatischen Lösungsprozess zu ermöglichen, müssten sich beide Seite daran halten.
Hinter den Angriffen stehe ein Konzept, so das HPG-Hauptquartier: "Gegen die stärker werdenden demokratischen Kräfte und angesichts der sich entwickelnden Möglichkeiten für eine demokratische Lösung will das oligarchische System diesen Prozess sabotieren und hat im Laufe des Monats Juni gegen unser Volk, die demokratischen Kräfte und die Selbstverteidigungskräfte Angriffe durchgeführt, die auf einem Konzept beruhen und sich gegenseitig ergänzen." Weiter wurde angekündigt, bis zum 1. September auf der Selbstverteidigungslinie zu beharren, aber das Recht auf Vergeltung zu nutzen.
Falls die auf Vernichtung ausgerichteten Angriffe nicht gestoppt würden, werde zunehmend ein Verteidigungskrieg aktuell. Für eine solche Entwicklung seien die Kräfte verantwortlich, die die Angriffe fortsetzten, keinen Schritt für eine Lösung setzten, sich einseitig in Kriegsposition begeben hätten und den Prozess sabotieren wollten. Die HPG habe ihren Anteil für eine Entwicklung von Demokratie und Frieden erfüllt.
Weiter heißt es in der Erklärung: "Als HPG sind wir in der Lage, einen umfassenden Verteidigungskrieg zu führen, um die notwendige Entgegnung zu geben und gegenüber der Angriffe uns selbst, unser Volk und unsere Werte zu verteidigen. Auf der Basis zwanzigjähriger Erfahrung und einer intensiven Ausbildung während der letzten vier Jahre können wir als professionelle Guerilla die Aufgabe erfüllen, die uns sowohl im Frieden als auch im Krieg zufällt. Für uns gilt der Aufruf unseres Vorsitzenden und Oberkommandierenden Apo, bis zum 1. September in Verteidigungsposition zu verharren. Wir werden innerhalb dieses Zeitraumes das universell gültige Recht auf Vergeltung zur Anwendung bringen. Gegen die Freie Frauenbewegung Kurdistans, die eine Vorreiterrolle im Kampf für Demokratie einnimmt, haben in Bingöl und Istanbul Angriffe stattgefunden. Weitere Angriffe wurden gegen unser Volk gerichtet, um den demokratischen Kampf zu unterdrücken. Gegen unsere Guerillakräfte, die sich in Verteidigungsposition befinden und keine Aktionen verüben, wurde die türkische Armee seit Anfang Mai in Alarmzustand versetzt. Alle Grenzen werden von der Armee gehalten. Im Inland werden Operationen durchgeführt, die von unterschiedlichem Ausmaß sind. An der Grenze zum Iran wurde gemeinsam mit der iranischen Armee eine Operation durchgeführt, die zur Vernichtung unserer Kräfte führen sollte. Die türkische Armee wurde vollständig in Kriegszustand versetzt und setzt ihre Operationen und Angriffe seit dem 10. Juni in ernster und umfassender Form fort."
Die HPG veröffentlichte folgende Bilanz der Operationen und Angriffe im Monat Juni:
13. Juni: Bei Gefechten in Baskale und Nusaybin-Bavok sind zwei Guerillaangehörige mit den Namen Serdar und Zerdest gefallen.
Am 15. Juni sind in Bingöl in der Nähe des Dorfes Ful die beiden Guerillaangehörigen Munzur und Harun gefallen. Unsere Freunde wurden auf unmenschliche Weise an einem Fahrzeug festgebunden und durch die Dörfer geschleift. Dieses Vorgehen zeigt auf grausame Weise, wo sich die Verantwortlichen in diesem Zeitalter befinden.
Am 17. Juni sind am Berg Serafettin in Bingöl-Karliova die beiden Guerillangehörigen Xemdin und Zagros gefallen.
Am 17. Juni begannen Operationen in Cicektepe, Ölmezler, Comak und Bilice bei Kigi, die ergebnislos am 20. Juni mit dem Rückzug der türkischen Armee endeten.
Am 17. Juni begann in Ovacik, Hozat und Cemisgezek eine Operation, an der 5-7000 Soldaten beteiligt waren. Die Operation endete ergebnislos am 20. Juni mit Rückzug der türkischen Armee. Am 18. Juni begann eine Operation der türkischen Armee im Gebiet Ciyayebizina in Gabar, die ergebnislos verlief. Beim Rückzug am 20. Juni brannte die türkische Armee das Gebiet nieder. *(ÖP, 24.6., ISKU)*

DEHAP startet Vermittlungsinitiative zwischen KADEK und türkischem Staat

Wie der DEHAP-Vorsitzende Tuncer Bakirhan zunächst gegenüber DIHA und bei CNN Türk erklärt hat, werde die DEHAP eine Vermittlerrolle zwischen KADEK und Staat übernehmen. Bakirhan rief dazu auf, eine "neue Seite zu öffnen" und erklärte, die DEHAP sei bereit, eine historische Rolle dabei zu übernehmen. "Als Partei können wir eine historische Rolle spielen für die Benennung der hauptsächlichen Probleme, der Diskussion in der Öffentlichkeit, der Festlegung der Lösungsvorschläge und der dafür notwendigen Methoden. Damit sich das Leid der Vergangenheit nicht wiederholt, werden wir in der Zukunft noch entschlossener vorgehen. Wir werden unsere Mission erfüllen, indem wir mit dem KADEK und dem Staat sprechen, ihre Meinungen und Vorschläge einholen und in diesen Prozess die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Intellektuellen einbeziehen."

Delegation wird KADEK besuchen

Der Vorschlag politischer Vermittlung sei auf positive Reaktionen gestoßen, so Bakirhan. "Der Friedensprozess dauert seit vier Jahren an. Im Rahmen der EU-Mitgliedschaft gibt es demokratische Bemühungen. Wenn in dieser Phase wirklich an eine Türkei gedacht wird, die Mitglied in der EU ist, dann müssen die KADEK-Kräfte, die im Ausland im Exil lebenden Menschen und die Tausenden von Menschen in den Gefängnissen in demokratischer Form in diesen Prozess einbezogen werden."
Die DEHAP sei entschlossen, zwischen Staat und KADEK zu vermitteln. "Dafür werden wir zunächst mit Vertretern politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Intellektuellen sprechen. Gemeinsam mit denjenigen, die unsere Vermittlerrolle unterstützen, werden wir eine Delegation zusammenstellen und mit KADEK-Vertretern zusammentreffen."
Es gehe dabei darum, die Meinung und Lösungsvorschläge des KADEK einzuholen. "Wir werden den KADEK-Vertretern sagen, dass wir für Frieden kämpfen. Wir werden ihnen folgende Fragen stellen: 'Was ist Ihrer Meinung nach dafür notwendig? Entsprechend der Realität der Türkei, was haben Sie für Forderungen und Gedanken? Werden Sie sich an dem Friedensprozess beteiligen? Was ist Ihrer Meinung nach dafür notwendig?' Unsere Beobachtungen und die eingeholten Vorschläge werden wir der Öffentlichkeit, dem Parlamentsvorsitz, dem Premierminister, dem Staatspräsidenten, den Parteichefs und den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen mitteilen."
Für eine politische Vermittlerrolle könne nicht auf die Zustimmung von irgendeiner Seite gewartet werden, so betonte Bakirhan weiterhin. "Wir betrachten unsere Vermittlungsinitiative als Grundstein für eine Normalisierung der Politik. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Bemühungen positiv aufgenommen werden. Wir rufen dazu auf, unsere Initiative zu unterstützen. Denn eine Türkei, in der ein demokratisches Modell entstanden ist, in der das Leid ein Ende gefunden hat und Geschwisterlichkeit vorherrscht, ist zum Nutzen aller. *(ÖP, 25.6., ISKU)*

kauft werden. Die Bewohner wissen nach eigenen Angaben nicht wo sie hin gehen können; bei einer amtlichen Räumung würden sie auf der Strasse stehen. *(DIHA, 20.6., ISKU)*

Eren Keskin: Falls mir etwas passiert, ist der Staat verantwortlich

Die stellvertretende IHD-Vorsitzende Eren Keskin gab in einer Erklärung bekannt, dass sie von 2 Personen "beschattet" wurde, die sie mit dem Tod bedroht und auch ihr Handy gestohlen hätten. "Ich werde ständig zur Zielscheibe gemacht; deswegen fürchte ich um mein Leben. Falls mir etwas passiert, ist der Staat verantwortlich" sagte sie. *(DIHA, 20.6., ISKU)*

Polizeidirektor verurteilt Drohung gegen "Azadiya Welat"-Mitarbeiter

In Malatya wurde dem "Azadiya Welat" Mitarbeiter Süleyman Özmen von Zivilpolizisten ein Revolver in den Nacken gehalten. Ein Polizeidirektor der Sicherheitsbehörden besuchte das DEHAP-Gebäude und verurteilte den Vorfall. *(DIHA, 19.6., ISKU)*

Mann verschleppt und gefoltert

Deniz Eren hat sich mit der Bitte um Hilfe an den IHD gewandt und Anzeige gestellt. Er war am 20.6. in Istanbul auf dem Nachhauseweg von Zivilpolizisten in ein Auto verschleppt und dort eine halbe Stunde lang mit Fäusten und Funkgeräten auf den Kopf geschlagen worden. Dabei wurde er zu seinem Bruder befragt, der nach seiner Haftentlassung nach Europa gegangen war. *(DIHA, 23.6., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termine

VERANSTALTUNG
Die Lage im Irak nach dem Krieg und Perspektiven für die Kurden
am 28.6. um 14.00 Uhr im Köhlersaal (S1 03/283) der TU Darmstadt (Altes Hauptgebäude/ Hochschulstr. 1)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 112
4. Juli 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung des KADEK-Präsidialrats zum geplanten Reuegesetz

Sieben Schritte zur Lösung

Die Regierung hat angekündigt, dass das zuvor als 'Reuegesetz' bezeichnete Gesetz unter dem Namen 'Gesetz zur Integration in die Gesellschaft' verabschiedet werden wird. Als Ziel des Gesetzes wird eine Entwaffnung und damit die Beendigung des 'Terrors' genannt. Der genaue Inhalt des Gesetzesentwurfs ist zwar noch nicht vollständig veröffentlicht, aber an die Medien wurde lanciert, dass außer der Führungsebene Organisationsmitglieder von einem Strafnachlass profitieren können.
Der Regierungssprecher hat in seiner Erklärung auch das 'Bedürfnis nach einem Leben in Ruhe und Frieden' zur Sprache gebracht. Wenn dieses Gesetz aus einem Bedürfnis nach einer Lösung heraus entstanden ist, so wird deutlich, dass das Problem nicht richtig analysiert wurde und den Anforderungen nicht entspricht.
Das Problem und die Organisation, auf die das Gesetz ausgerichtet sind, betrifft das grundlegende politische und Sicherheitsproblem der Türkei seit dreißig Jahren. Die Hauptursache dieses Problems ist die schwere Repression gegen das kurdische Volk auf jedem Gebiet unter Verleugnung kurdischer Identität. Der Gedanke, das Resultat könne beseitigt werden, ohne die Ursache zu beseitigen, ist nichts weiter als Selbstbetrug.
Die Aussage des türkischen Staates, das Problem lösen zu wollen, ohne mit den Vertretern derjenigen ein einziges Mal gesprochen zu haben, die dieses Gesetz ansprechen soll, hat keinerlei politischen und praktischen Wert. Bis heute hat weder mit unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan, noch mit dem KADEK noch mit dem Kurdistan-Nationalkongress (KNK) ein Gespräch stattgefunden. Für eine Lösung des Problems ist keine einzige Übereinstimmung erreicht worden. Es entbehrt jeder Logik, zu behaupten, das Problem zu lösen, ohne mit denen gesprochen zu haben, die den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Demokratie führen. Nirgendwo auf der Welt sind politische Probleme und bewaffnete Auseinandersetzungen auf diese Weise gelöst worden. Ohnehin zeigt die Ausgrenzung des Vertretungsorgans der Organisation, dass das Ziel nicht die Lösung des Problems ist. Gewollt ist eine Fortsetzung der seit Jahrzehnten angewandten Politik der Unterdrückung und Vernichtung unter neuen Bedingungen. Die Aufgabe einer Politik, die Jahrzehnte zu keinem Ergebnis geführt hat und auch in Zukunft zu keinem Ergebnis führen wird, erfordert zu aller erst ein Gespräch mit den Ansprechpartner in dieser Frage. Über ein solches Gespräch kann eine bleibende Lösung in realistischer Form gefunden werden.
Die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr einiger, die gezwungenermaßen im Ausland leben, reichen nicht aus für einen gesellschaftlichen Frieden. Gesellschaftlicher Frieden kann entstehen, wenn ein solches Gesetz gleichzeitig mit einer umfassenden demokratischen Reform und einem Gesetz zur demokratischen Partizipation am politischen Leben erlassen wird.
Unser Vorsitzender und unser Kongress haben immer mit gesundem Menschenverstand rationale Lösungsvorschläge hervorgebracht. Der Krieg wurde gestoppt und damit die Gelegenheit für eine Lösung innerhalb einer demokratischen Einheit gegeben. Vier Jahre lang haben wir in Selbstverteidigungsposition verharrt und somit unsere Aufrichtigkeit bewiesen. Unsere Haltung müsste als große Gelegenheit betrachtet werden, aber diese vier Jahre wurden von der Gegenseite vertan, weil keine Schritte für eine Lösung unternommen wurden. Das jüngste Gesetz, das erlassen werden soll, verstärkt unsere Sorge um verschwendete Zeit.
Aufrichtig wollen wir Einigung und Frieden zwischen dem kurdischen Volk, dem türkischen Staat und der Gesellschaft in einer Atmosphäre, in der die Verleugnung kurdischer Identität überwunden ist. Unzählige Male haben wir wiederholt, dass wir innerhalb der Einheit der Türkei leben wollen, nicht als separatistischer Einfluss, sondern als vervollständigendes und stärkendes Element. Wir sind davon überzeugt, dass das mit demokratischen Reformen zu verwirklichen ist.

Diese demokratischen Reformen, die wir auch Gesetze für gesellschaftlichen Frieden nennen können, müssen folgendes beinhalten:
1- Die Verleugnung kurdischer Identität muss aus der Verfassung und Gesetzgebung verschwinden. Die kurdische Identität muss gesetzlich anerkannt und respektiert werden.
2- Alle Verbote des Gebrauchs und der Entwicklung von kurdischer Sprache und Kultur müssen aufgehoben werden. In der Grundschule muss das Recht auf kurdischen Unterricht gewährleistet werden. Die Tatsache, dass Türkisch die offizielle Sprache der Türkei ist, sollte dabei nicht als Hindernis betrachtet werden.
3- Kurdische Veröffentlichungen in Radio, TV und Presse sollten keiner weiteren Beschränkung unterliegen als andere Veröffentlichungen auch.
4- Die Befugnisse regionaler Regierungsstrukturen müssen erweitert werden. Insbesondere Dienste wie Gesundheit und Kultur müssen der Region überlassen werden, um demokratische Strukturen zu vertiefen.
5- Politische Betätigung, die keine Gewalt anwendet und die politische Gesamtheit der Türkei nicht gefährdet, darf keiner Beschränkung unterliegen.
6- Für einen gesamtgesellschaftlichen Frieden müssen die Gefangenen einschließlich unseres Vorsitzenden, die bewaffneten Guerillakräfte und die im Exil lebende Bevölkerung alle politischen und sozialen Rechte zugesprochen bekommen.
7- Es muss eine Ausbildungs- und Bewusstseinskampagne durchgeführt werden, mit der die Gesamtbevölkerung und insbesondere das türkische und kurdische Volk nationalistische Vorurteile abzubauen lernt und sich auf jedem Gebiet eine Einheit verfestigt. Für einen wirtschaftlichen Aufschwung müssen die sozialen Probleme mit einem Sonderprogramm gelöst werden. Die materiellen und ideellen Schäden auf allen Gebieten müssen wieder gut gemacht werden und mit juristischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen die Wunden geschlossen werden.
Wenn diese rationalen und bescheidenen Forderungen unseres Volkes, dem alle Rechte genommen worden sind, erfüllt werden, wird in der Türkei ein bleibender Frieden und Ruhe einkehren.
Eine Politik, die die kurdische Identität leugnet sowie eine Entwicklung kurdischer Sprache und Kultur zu verhindern sucht, führt zu nichts anderem, als zu neuen bewaffneten Auseinandersetzungen. Wenn Bedarf nach Frieden und Ruhe besteht, dann ist es Aufgabe aller sich in verantwortlicher Position Befindender, diesen endlich auch zu verwirklichen. Aufgrund der Verantwortung, die wir gegenüber dem türkischen und kurdischen Volk empfinden, sind wir dazu bereit, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir rufen die Entscheidungsträger in der Türkei dazu auf, dieser Verantwortung gerecht zu werden. *(KADEK, 26.6., ISKU)*

(leicht gekürzt; vollständig zu finden unter **www.nadir.org/isku***)*

Meldungen

Reuegesetz entspricht Kriegserklärung"
In scharfer Form hat Murat Karayilan als Mitglied des KADEK-Präsidialrates das geplante Reuegesetz und die Regierung kritisiert. Da aufgrund der Entwicklungen im Mittleren Osten das Thema Kurdistan in den Vordergrund gerückt sei, sei der türkische Staat in Panik geraten und suche mit Kriegspolitik nach einer Lösung. Falls von dieser Politik nicht abgesehen werde, werde es zum Krieg kommen. "Die Türkei konkretisiert ihr Konzept. Sie hat ihren eigenen Weg festgelegt. Demgegenüber können wir nicht schweigen. Es finden Operationen statt; bisher haben wir eine Ausweitung des Krieges verhindert. Wenn jedoch auf Vernichtung und Verleugnung beharrt wird, dann bleibt uns nur ein Weg. Und der lautet Krieg." Bis zum 1. September werde weiterhin alles versucht werden, um einen Krieg zu verhindern. Wenn diese Bemühungen ergebnislos bleiben sollten, werde ein sehr heftiger Krieg ausbrechen, so warnte Karayilan. "Ein neuer Krieg wird nicht werden wie der alte. Wenn Krieg ausbricht, wird das wirtschaftliche, politische und soziale Leben zum Stillstand kommen." *(ÖP, 29.6., ISKU)*

NATO-Gipfel 2004 und Islam Konferenz in der Türkei
Mit einigem Stolz gab Außenminister Abdullah Gül bekannt, dass erstmals seit dem türkischen NATO-Beitritt das Gipfeltreffen in der Türkei durchgeführt wird. Als Termin ist der Mai 2004 vorgesehen. Außerdem wird ein Treffen der islamischen Staaten ebenfalls im kommenden Jahr in der Türkei durchgeführt. Darüber hinaus gab Gül bekannt, dass die Türkei für einen Sitz im Weltsicherheitsrat kandidieren werde. *(As, 29.6., ISKU)*

EU-Unterstützung
Nach Mitteilung des EU-Beauftragten in Ankara Hans Jörg Kretschner wird die EU bis 2006 jährlich 500 Millionen Euro für die GAP-Region zur Verfügung stellen. Außerdem kündigte Kretschner 9 Millionen Euro Unterstützung für Maßnahmen im Bildungswesen in Diyarbakir an. Die vorgesehene EU-Unterstützung soll in den Bereichen Bildung, Landwirtschaft, Kultur und Soziales verwendet werden und ziele auf eine Anhebung des regionalen Entwicklungsstandes auf EU-Niveau. *(Mil, 24.6., ISKU)*

Frauendemonstration in Ankara

10 000 Frauen aus der gesamten Türkei haben in Ankara auf einer Demonstration unter dem Motto "Frieden jetzt sofort" ihre Forderungen hervorgebracht und gegen Vergewaltigung protestiert. Die von dem "Ständigen Frauenbündnis für Frieden" organisierte Demonstration wurde von DEHAP-Frauen, der Initiative "Mütter für den Frieden", den Frauenplattformen Diyarbakir und Adiyaman, der Einheit werktätiger Frauen (EKB), KATAGI (Initiative zur Förderung eines Frauenstandpunktes), Frauen von Göc-Der, der Plattform für ein menschenwürdiges Leben, KAOS GL und einer Vielzahl weiterer Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt.

Auf der Abschlusskundgebung hielt die erste Ansprache Elif Akgül als Vorsitzende des Organisationskomittees und Frauensekretärin der Ausbildungsgewerkschaft Egitim-Sen. "Die Waffen sollen endlich schweigen, die Unterdrückten sollen sprechen. Die Unterdrückten sollen das Schikksal unseres Landes bestimmen." Ihre Rede wurde desöfteren von Parolen wie "Nein zum Krieg - Frieden jetzt sofort" unterbrochen. Weiter erinnerte Akgül an die Vorfälle in Bingöl, wo die Polizei das Aufstellen eines symbolischen Friedenstisches verboten und 120 Frauen festgenommen hatte. "Und heute werden wir mit starker Stimme, mit unseren kräftigen Farben diese Denkweise brechen! Die Berge sollen endlich nicht mehr Ort von Gefechten sein, sondern ein Ort des Zusammentreffens mit der Natur."

Im Redebeitrag von Ebru Yesilsaygin vom Ständigen Frauenbündnis für Frieden wurde darauf verwiesen, dass es sich bei den Angriffen auf die Frauen und der Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz nicht um einen Zufall handele. In der Türkei herrsche seit zwanzig Jahren ein unbenannter Krieg. Keiner politischen Kraft sei es bis heute gelungen, Frieden zu schaffen. Als Forderungen von Frauen wurden genannt: "Wir fordern die betreffenden Seiten für eine Lösung der kurdischen Frage zum Dialog auf. Die Waffen sollen endlich schweigen. Die Berge sollen nicht Ort bewaffneter Auseinandersetzungen sein, sondern Ort des Zusammentreffens mit der Natur. Jedem soll das Recht auf politische Betätigung zugestanden werden. Es darf kein Reuegesetz geben, sondern ein Gesetz für demokratische Partizipation muss erlassen werden. Isolation und F-Typ-Gefängnisse müssen abgeschafft werden. Die kurdische Frage darf nicht nur als ein Problem eines Teils der Gesellschaft betrachtet werden, sondern muss im Rahmen der Demokratisierung der Türkei behandelt werden. Wir fordern Freiheit für Leyla Zana. Sexarbeiterinnen sollen Sozialversicherung erhalten. Verbrechen unbekannter Täter, Fälle von Verschwundenen und Rechtsverletzungen müssen aufgeklärt und die Verantwortlichen verurteilt werden. Das Recht auf Unterricht und Medien in kurdischer und allen anderen Sprachen muss verfassungsrechtlich und praktisch gewährleistet werden. Dorfrückkehr muss ermöglicht werden."

Als nächste Rednerin trat Gülbahar Gündüz auf, die von Zivilpolizisten entführt und vergewaltigt worden war. Sie begann ihre Ansprache mit den Worten: "Ich bringe Euch den Stolz der Tulpen, die Reinheit von Schneeglöckchen und die Revolution der Rosen." Ihre Worte wurden von Beifall und der Parole "Wir sind alle Gülbahar" unterbrochen. Gülbahar Gündüz erklärte weiter, in ihr herrsche ein großes Gefühlchaos, aber beim Blick auf die Türkei könne sie nicht viele Worte finden. "Frauen haben Liebe und Gerechtigkeit gesucht und gefunden. Auch ich habe am 14. Juni versucht, Liebe und Gerechtigkeit zu verbreiten. Ich denke, dass meine Vergewaltigung allen Frauen galt. In meiner Person ist die Vergewaltigung allen Frauen angetan worden." Weiter erklärte sie, ihre Ehre sei unbeschmutzt, sie lasse sich nicht unterkriegen und werde ihren Kampf verstärkt fortsetzen. Im Anschluss sprach im Namen der Homosexuellen Oksan Öztok, die die Frauen auf türkisch und kurdisch begrüßte und auf die Unterdrücktung von Homosexuellen in der Gesellschaft hinwies. Um zu einem gesellschaftlichen Frieden zu gelangen, sei es notwendig, eine Generalamnestie zu erlassen. "Was wir wollen, ist die Geschwisterlichkeit des türkischen und kurdischen Volkes."

(DIHA, 29.6., ISKU)

Interview mit Gülbahar Gündüz

Sie wurden am 14.Juni verschleppt und mißhandelt (siehe jW vom 18.Juni). Wie geht es Ihnen heute?

Inzwischen geht es mir wieder besser, vor allem, weil ich sehr viel Unterstützung bekommen habe. Sicher haben die Täter gedacht, daß ich in der DEHAP von dem Angriff berichten würde, und sie also die Parteifrauen einschüchtern könnten. Sie haben nicht damit gerechnet, daß der Angriff so konkret, schnell und weltweit öffentlich wird. Ich habe ihnen ihre eigene Dummheit gezeigt. Das bedeutet für mich einen Sieg.

Wer waren die Täter?

Es waren vier Personen. Als ein unbeteiligter Mann gegen meine Entführung eingreifen wollte und rief, sie sollten mich loslassen, antwortete einer der Entführer, er solle still sein, sie seien Polizisten.

Es ist schwer und folglich ungewöhnlich für eine Frau, die vergewaltigt wurde, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Was hat Sie zu diesem mutigen Schritt bewogen?

Ich hatte zwei Möglichkeiten: Entweder zu schweigen und jahrelang mit schweren psychischen Folgen zu leben – und das war auch das Ziel der Täter. Oder ich mußte sprechen. Außerdem habe ich diesen Angriff nicht als gegen mich persönlich gerichtet begriffen, sondern als einen Angriff auf die Kampagne für eine Generalamnestie. Nachdem ich die Tat öffentlich gemacht habe, haben einige Frauen nach Jahren zum ersten Mal erzählt, daß auch sie vergewaltigt wurden. Erst jetzt konnten sie darüber reden.

Was, denken Sie, waren die Motive des Überfalls?

Das Motiv war einzig und allein, die Frauen einzuschüchtern und die Kampagne zu stoppen. Es gibt Foltermethoden, die hinterlassen keine Spuren. Neben medikamentöser gehört dazu auch sexuelle Folter, die schwer nachzuweisen und nicht sichtbar ist und natürlich die Betroffenen zum Schweigen bringen soll. Bei mir haben sie ganz bewußt sichtbare Spuren hinterlassen. Die Täter wollten die Frauen einschüchtern und die Kampagne stoppen.

Wie haben Ihre Eltern, Verwandte und Freundinnen reagiert?

Ich erhielt von allen Freunden und Freundinnen aus der Partei viel Unterstützung. Auch Menschen aus anderen Organisationen der Bewegung standen mir bei – auch viele aus dem Ausland. In Indien sind Frauen vor das türkische Konsulat gegangen, um zu protestieren.

Zu meinen Eltern habe ich schon lange keinen engen Kontakt mehr. Andere Verwandten haben gesagt: »Was hast du uns angetan?« Das war die erste Frage. Dann habe ich gleich den Hörer aufgelegt. Meine Schwester, die nicht politisch aktiv ist und wo ich mir nicht sicher war, wie sie reagiert, war sehr solidarisch. Zu meiner Überraschung interessiert sie sich jetzt für die politische Arbeit.

Sind weitere Proteste geplant? Gehen Sie juristisch gegen die Täter vor?

Ich habe Anzeige erstattet. Ich werde den juristischen Weg bis zum Ende gehen – wenn es sein muß, bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Und wir werden verstärkt gegen die sexuelle Folter kämpfen. Es gab nach meinem Fall zwei weitere Entführungsversuche und Bedrohungen. Und es gab Kundgebungen dagegen, und es wird Demonstrationen für eine Generalamnestie geben. Unsere Kampagne läuft noch bis zum 15. Juli. Der Protest gegen diese Art von Folter ist ein Teil davon. Wir fordern außerdem demokratische Partizipation. Und Frieden natürlich. *(jW, 2.7., ISKU)*

Regierung bestätigt Pläne zur Verkürzung des Wehrdienstes

Den Plänen der türkischen Militärführung zufolge soll der normale Grundwehrdienst von 18 auf 15 Monate, der Wehrdienst für Reserveoffiziere von 16 auf 12 Monate und die verkürzte Dienstzeit von 8 auf 6 Monate verringert werden. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit den strategischen Planungen bis zum Jahr 2020. In diesem Zusammenhang wird eine Verringerung der Armee auf 300.000 Soldaten angekündigt. *(As, 24.6., ISKU)*

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof gegen Staatssicherheitsgerichte

In vier Fällen kam das Gericht zu der Entscheidung, dass die Teilnahme eines Militärrichters in den Kammern von Staatssicherheitsgerichten einen Verstoß gegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem Grundsatz eines fairen und gerechten Verfahrens, darstellt.

(Za, 25.6., ISKU)

Dorfrückkehrer sollen wieder Dorfschützer werden

Die Bewohner des Dorfes Meselidere (Gavat) bei Siirt werden von Soldaten unter Druck gesetzt Dorfschützer zu werden.

Die Bewohner des Dorfes wurden 1996 gezwungen, ihr Dorf zu verlassen, da sie sich weigerten, Dorfschützer zu werden. Nachdem der Gouveneur von Siirt 2002 ihrem Antrag auf Rückkehr stattgegeben hat, sind 20 Familien in ihr Dorf zurückgekehrt, um es mit eigenen Mitteln wieder aufzubauen. Am 24. Juni gab es in der Nähe des Dorfes Gefechte. Daraufhin kamen 2 Tage später 30 Soldaten und ein Offizier ins Dorf. Die Bewohner mussten sich versammeln und wurden von Soldaten beschimpft: "Ihr seid alles Terroristen und wenn ihr nicht Dorfschützer werdet, dann müsst ihr das Dorf wieder verlassen." *(DIHA, 2.7., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
As	Aksam
Mil	Miliyet
Za	Zaman

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 113
11. Juli 2003

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Festnahme türkischer Einheiten im Irak bringt Provokationen zu Tage

Erschreckendes hinter dem Vorhang

Was hinter der US-Operation am 4. Juli in Suleymania gegen türkische Sondereinheiten und die "Turkmenenfront" steckt, wird zunehmend deutlicher. Die "störenden Aktivitäten" der Türkei in Südkurdistan, von denen der US-Außenministeriumssprecher Richard Boucher zuletzt gesprochen hat, weisen auf erschreckende Provokationen hin. Die us-amerikanischen Soldaten in Kerkuk erreichte vor der Operation in Suleymania ein geheimdienstlicher Hinweis, dessen Geheimnis in einem aus der Türkei kommenden LKW verborgen war.

Der LKW aus Iskenderun
Da die Türkei nicht mehr wie früher jederzeit Militäroperationen in Südkurdistan durchführen kann, konzentriert sich ihre Arbeit auf Anschläge gegen KADEK-Mitglieder. Vor zwei Wochen kam eine Person namens Salih Adigüzel mit einem LKW mit dem Nummernschild 7 DA 243 (Antalya), der im Hafen von Iskenderun Ladung aufgenommen hatte, nach Zaxo. Nach einem Treffen mit einer Person namens Tahir Cemal Tosini fuhr er weiter nach Kerkuk. Dabei wurde er von us-amerikanischen Soldaten und Geheimdienstlern verfolgt und schließlich in Kerkuk gestoppt und durchsucht. Im Inneren des LKW befanden sich drei Raketen von jeweils einem halben Meter Größe, Munition und Granaten. Adigüzel, der Fahrer des LKWs, der für den türkischen militärischen und zivilen Geheimdienst gegen Geld Kurierdienste übernommen hat, wurde mit Tahir Cemal Tosini festgenommen und in Kerkuk verhört. Aus dem Verhör ergab sich, dass die Waffen den von den USA festgenommenen türkischen Sondereinheiten übergeben werden sollten. Das Ziel der Aktion war eine Destabilisierung der Region durch Anschläge auf KADEK-Führungskräfte und provokative Aktionen im Irak in Zusammenarbeit mit den iranischen und syrischen Geheimdiensten, wogegen die USA aus der Sorge heraus, die Ereignisse könnten den gesamten Irak beeinflussen, intervenierten.
Beobachter in Südkurdistan gehen davon aus, dass das Konzept der Türkei in Südkurdistan von einem viel größeren Ausmaß als der Anschlagsplan gegen den Gouverneur von Kerkuk ist.
Bereits vor Monaten sind Geheimdienst- und JITEM-Kräfte aus der Türkei nach Zaxo gekommen und haben sich über Dohuk bis Erbil und Suleymania verteilt. Die Geheimdienstler begannen damit, die bereits bestehenden Organisationsstrukturen zu kontrollieren und entsprechend der neuen Konjunktur neu zu ordnen. In Suleymania befand sich das Planungszentrum dafür, weswegen die USA auch zuerst dort interveniert haben.

Umfassende Operation
Im Anschluss an die Operation in Suleymania wurden auch in Zaxo vier Personen verhaftet. Bereits im Vorfeld des Vorfalls waren in Zaxo vier türkische Geheimdienstler verhaftet worden. Die USA setzen ihre Operationen, mit denen die MIT- und JITEM-Strukturen in Südkurdistan aufgerieben werden sollen, fort. Offensichtlich bereitet ihre Anwesenheit und Einflussnahme in der Region den USA Schwierigkeiten, eine Ordnung ihren Wünschen gemäß herzustellen. Die Aktivitäten von MIT, JITEM und Armee in Südkurdistan waren vor zehn Jahren mit Unterstützung von KDP und PUK institutionalisiert worden. Immer noch verfügen Geheimdienst und Armee der Türkei in vielen Städten Südkurdistans über Zentralen. Mit der jüngsten US-Operation ist somit neben der Türkei auch Syrien und Iran eine ernste Warnung ausgesprochen worden. Die USA haben nach der Operation damit begonnen, alle aus der Türkei kommenden Lastfahrzeuge einzeln zu kontrollieren. Außerdem wurden an der syrischen Grenze weitere US-Soldaten stationiert. In den grenznahen Stützpunkten, die zuvor der irakischen Armee gehörten, befinden sich jetzt us-amerikanische Soldaten. Desweiteren wurden erneut Straßenkontrollpunkte errichtet. Diese unterstehen jedoch nicht wie früher der Kontrolle der Peschmerga, sondern Polizeikräften. Alle aus der Türkei kommenden Fahrzeuge werden in Feyde zwischen Mossul und Dohuk einzeln kontrolliert. Bereits gestern entstand eine kilometerlange Autoschlange. Deutlich wird dabei, dass die USA der Türkei sowie der Straßenkontrolle durch die KDP kein Vertrauen mehr schenkt.
(ÖP, 9.7., ISKU)

Türkei bewaffnet Turkmenen-Front

Vor der spektakulären Festnahme von elf türkischen Soldaten im Nordirak durch US-Streitkräfte gab es nach einem Bericht des türkischen Nachrichtensenders NTV einen weiteren Vorfall, der ein neues Licht auf die Ereignisse in Suleymania werfen könnte. Unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Nato-Quellen berichtete der Sender, wenige Stunden vor der US-Aktion gegen das türkische Büro hätten US-Streitkräfte 25 Kilometer von Suleymania entfernt türkische Soldaten in Zivil und ohne Papiere entdeckt, die Aktivisten der „Turkmenen-Front“ im Gebrauch von C-4 Sprengstoff unterrichteten. Die Türken hätten Waffen bei sich geführt, die nicht in der Inventarliste der türkische Armee stünden. Auf Befragen hätten sie angegeben, für das türkische Militärbüro in Suleymania tätig zu sein. Dieses wurde später von den US-Kräften ausgehoben. Auch dort wurde Sprengstoff gefunden, der nach türkischen Angaben aber offiziell registriert war.
Die Turkmenen gelten als Verbündete Ankaras im Nordirak. Ihre Bewaffnung durch die türkische Armee wurde von Ankara jedoch immer geleugnet. Als offenes Geheimnis aber gilt, wie ein Journalist der regierungsnahen Zeitung Yeni Safak im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung sagte, dass „Kräfte außerhalb des Staates“ militante Turkmenen auch militärisch unterstützen. Laut dem NTV-Bericht wurde Ankara von den USA bereits mehrfach gewarnt, dass „ehemalige Mitglieder“ von türkischen Spezialeinheiten und „militante türkische Nationalisten“ Turkmenen gegen die kurdische Mehrheit im Nordirak aufhetzten.
Die Vorgänge in Suleymania werden seit Mittwoch von einer amerikanisch- türkischen Kommission unter der Leitung von zwei Drei-Sterne-Generälen untersucht. Zuvor hatte US-General James Jones, der auch Nato-Oberbefehlshaber in Europa ist, am Dienstag überraschend Ankara besucht und war mit Generalstabschef Hilmi Özkök zusammengetroffen. Özkök hatte nach der Festnahme der Offiziere und Unteroffiziere von der „größten Vertrauenkrise zwischen der türkischen und der amerikanischen Armee“ gesprochen. Am Mittwoch sagte Jones der SZ, das Treffen sei in „sehr freundschaftlicher und nachdenklicher Atmosphäre“ verlaufen. Man sei sich einig, „dass am Ende des Prozesses die Dinge wieder im Lot sein sollen und ein solcher Vorgang sich nicht wiederholt“.
(SZ, 10.7., ISKU)

Meldungen

PCDK-Büro in Kirkuk eröffnet
Nach der Eröffnung von Büros in Bagdad, Mosul und Suleymania, eröffnete die PCDK, Partei der demokratischen Lösung Kurdistans, jetzt eine Vertretung in Kirkuk. Die PCDK sieht ihre vorrangige Aufgabe in der Stärkung der demokratischen Front im Irak.
(DIHA, 10.7., ISKU)

Urteilsschelte eines Richters im Süleyman Yeter Prozess
Gegen vier von neun angeklagten Polizeiverantwortlichen, die beschuldigt werden an der Folterung des Gewerkschaftsfunktionärs Süleyman Yeter beteiligt gewesen zu sein, wurden Gefängnisstrafen verhängt. Der Richter kritisierte die Urteile als "weder ausreichend für eine Einsicht oder Änderung der Verurteilten durch die Höhe der Strafe". S. Yeter war an der Folter gestorben; die mit ihm 14 Festgenommenen kamen mit dem Leben davon.
(DIHA, 8.7., ISKU)

Ferhat Tunc wegen "KADEK-Propaganda" verhaftet
Wegen einer Ansprache, die er auf dem Kulturfestival in Dogubeyazit gehalten hatte, wurde der bekannte Sänger Ferhat Tunc jetzt mit der Begründung "KADEK-Propaganda" verhaftet. Sein Anwalt kündigte Widerspruch an. Der Zentrale Vorstand des Menschenrechtsvereins IHD verurteilte die Verhaftung. *(DIHA, 8.7., ISKU)*

TV-Sender geschlossen
In Diyarbakir wurde der örtliche TV-Sender Gun TV für 30 Tage von der Aufsichtsbehörde RTÜK geschlossen, Seine Art der Nachrichtenpräsentation und Auswahl ähnele dem Sender Medya TV. Die Solidaritätsbesuche beim Sender dauern an. *(DIHA, 5.7., ISKU)*

Gefechte in Dersim
Seit fast 2 Wochen dauern Militärverlegungen in den Kreisen Hozat, Nazimiye und Ovacik der Provinz Dersim an. Sie haben den Charakter einer Militäroperation angenommen. Bei Gefechten auf der Strasse von Hozat nach Ovacik sind bei Kämpfen an zwei verschiedenen Stellen nach ersten Berichten 5 Soldaten verletzt worden *(DIHA, 5.7., ISKU)*

Vergeltungsschlag der HPG
Während die Operationen der türkischen Armee gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) sich intensivieren, hat die Guerilla Vergeltungsschläge ausgeübt. Bei den Operationen haben zwei Guerilla-Angehörige ihr Leben verloren, fünf Soldaten sind gestorben

Menschenrechtsgerichtshof untersucht den Fall Andrea Wolf

Irgendwo im kurdischen Bergland der Türkei, nahe der irakischen Grenze, liegt seit Oktober 1998 mit hoher Wahrscheinlichkeit die Leiche von Andrea Wolf. Ihre Mutter Liselotte Wolf-Sorg und deren Freunde glauben zu wissen, wo das Grab ist, und auch die Umstände des Todes zu kennen: Türkische Soldaten nahmen die 33- Jährige gefangen, misshandelten und erschossen sie, verstümmelten den Körper.
„Es fehlt die Leiche, und deshalb können wir auch keine DNA-Analyse vornehmen“, sagt dagegen eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt, die seit 1998 gegen Unbekannt ermittelt. Zudem sind die türkischen Behörden nicht bereit, zur Aufklärung des Falles beizutragen. Das Auswärtige Amt spricht „diese offene Frage regelmäßig auf verschiedenen Ebenen“ an. „Wir warten immer noch auf Antworten“, sagt eine Sprecherin. Die Karlsruher Bundesanwaltschaft wartet nicht mehr: Sie hat Ermittlungsverfahren gegen die frühere „Linksaktivistin“ Wolf längst eingestellt.
Ihre Mutter und deren Helfer haben beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Individualbeschwerde gegen die Türkei eingereicht. Es geht dabei um mehrere Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention, aber auch um eine Entschädigung für die Mutter. „Vorsichtig hoffnungsvoll“ sieht der Autor der Klageschrift, der Freiburger Rechtsanwalt und Wissenschaftler Jörg Arnold, dem Verfahren entgegen. Die Beweislage sei zwar schwierig, immerhin aber habe sich die Rechtsprechung mittlerweile zugunsten der Angehörigen von Verschwundenen entwickelt. Daher hält er auch eine entsprechende Entscheidung in diesem Fall für durchaus möglich. Die türkische Anwältin Eren Keskin hielte dies schon deshalb für „sehr wichtig“, weil es viele Fälle wie den von Andrea Wolf gebe. Ihr Tod sei nur ein Beispiel für die türkische Gewaltpolitik gegenüber Kurden, für die Verfolgung von Frauen und für das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit.

Letzte Hoffnung Straßburg

Die Istanbuler Anwältin berichtete u.a. beim Anwaltstag in Freiburg über die Entwicklung im Fall Andrea Wolf: Ihre Strafanzeige im September 2000 im Auftrag der Mutter, die Einstellung des Verfahrens durch die türkische Staatsanwaltschaft von Catak im März 2002 und die Bestätigung dieses Beschlusses – ohne Begründung – durch das Schwurgericht Ercis im Mai 2002.
Der Rechtsweg in der Türkei ist damit erschöpft, nun bleibt nur noch das Straßburger Verfahren. Jörg Arnold reichte im Januar seine 42-seitige Klage ein. Er stützt sich dabei auf die Ergebnisse der privaten „Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission“ (IUK). Die Kommission hat handfestes Material zusammengetragen, dessen Prüfung durch den Menschenrechts- Gerichtshof erheblichen außenpolitischen Schaden für Ankara nach sich ziehen könnte.
Dem aktuellen „Rundbrief 06“ der Kommission zufolge wurde Andrea Wolf, die im Januar 1997 nach Kurdistan gegangen war und als PKK-Kämpferin den Namen „Ronahi“ geführt hat, am 22. Oktober 1998 im türkisch-irakischen Grenzgebiet festgenommen. Wolf habe sich im Stabsquartier des Frauenverbandes aufgehalten und sei in einer Felsenhöhle unbewaffnet mit anderen entdeckt worden. Eine Zeugin habe aus einem Versteck heraus gehört, wie sie verhört, misshandelt und erschossen worden sei.

Verstoß gegen das Folterverbot

Die Türkische Botschaft beharrt indes weiter darauf, ihre Regierung habe keine Hinweise auf den Verbleib von Andrea Wolf. Das Innenministerium bestätigte lediglich die Gefechte und die Festnahme von drei PKK-Kämpfern. Arnold spricht in seiner Klageschrift von einer zweifachen Verletzung der Menschenrechtskonvention. Die Türkei habe nicht das Notwendige zur Aufklärung beigetragen und müsse sich den Tod Andrea Wolfs zurechnen lassen. Die Behörden seien den Hinweisen auf die Grabstelle nicht nachgegangen und hätten die Leiche nicht obduzieren lassen. Der Staat sei aber auch für das „zwangsweise Verschwindenlassen“ der Deutschen verantwortlich und habe gegen das Folterverbot verstoßen. Die von der Türkei vorgelegten Zeugenaussagen in einem Ermittlungsverfahren seien widersprüchlich und „offensichtlich manipuliert“, möglicherweise durch die Gewährung eines Strafrabatts oder eines Strafnachlasses an als „Kronzeugen“ behandelte PKK-Angehörige.
Nach Angaben von IUK-Mitglied Schmid wäre die bisher geschützte Zeugin der Tötung von Andrea Wolf bereit, vor dem Gerichtshof auszusagen. Mit ihrer Hilfe ließe sich die Leiche finden. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft will das hierzu notwendige Rechtshilfeersuchen an die Türkei stellen.

(SZ, 8.7., ISKU)

1492 Menschenrechtsverletzungen in der Region Izmir

Der IHD Izmir hat den Halbjahresbericht für die erste Jahreshäfte 2003 für die Region Izmir vorgestellt, demnach gab es in den ersten 6 Monaten 1492 Menschenrechtsverletzungen in der Region .

Gegen die Zweigstelle Izmir und Mitarbeiter des IHD`s sind allein in den ersten 6 Monaten 16 Verfahren eröffnet worden.

Verbrechen unbekannter Täter: 1 Toter
Festnahmen: 173
Verhaftungen: 47
Festnahme von Pressevertretern: 3
Verhaftete Pressevertreter: 1
Verhaftete Schriftsteller: 1
Festgenommene Flüchtlinge: 95
Misshandlungen bei der Festnahme: 58
Folter auf der Polizeistation: 2
Polizeiübergriffe bei der Abgabe von Presseerklärungen: 3
Drohungen bei der Festnahme, sexuelle Belästigungen : 27
Beschlagnahmte Presseerzeugnisse: 152
Entlassungen: 167
Andere: 762

(DIHA, 7.7., ISKU)

und zwölf weitere Soldaten verletzt worden. Wie bekannt wurde, hat sich die am 23. Juni in Hozat und Cemisgezek (Dersim) begonnene Operation der türkischen Armee auf Pertek und Nazmiye ausgebreitet.
Wie die HPG-Kommandantur in Dersim gegenüber MHA bekannt gegeben hat, wurde aufgrund der Operationen ein Vergeltungsschlag durch die Guerilla ausgeübt, bei dem drei Soldaten getötet und sieben weitere verletzt wurden. *(ÖP, 9.7., ISKU)*

KADEK-Appelle müssen beachtet werden
Auf der am Wochenende durchgeführten Konferenz "Demokratisierung der Türkei und Lösung der Kurdischen Frage" debattierten politische Parteien über eine Lösung. Der Vorsitzende der SHP, Murat Karayalcin, betonte, eine Lösung solle im Verlauf der Aufnahme in die EU erfolgen; der Vorsitzende der Freien Partei, Ahmet Turan Demir, wollte den Aufruf des KADEK berücksichtigt haben. Der Vorsitzende der SDP, Akin Birdal, sagte, es müsse mit der Anerkennung der Kurdischen Frage als eine Tatsache begonnen werden. *(DIHA, 6.7., ISKU)*

DEHAP übergibt eine Millionen Unterschriften
DEHAP-Vizevorsitzenden Osman Özçelik erklärte in diesem Zusammenhang, dass das geplante Gesetz zur "Rückgewinnung für die Gesellschaft" keinen wirklichen Unterschied zu sechs Vorgängergesetzen zeige, die nicht mehr als 800 PKK-Militante dazu bewegt haben, aufzugeben. Erforderlich sei eine allgemeine Amnestie ohne ehrverletzende Bedingungen als einen Schritt zur Herstellung eines gesellschaftlichen Friedens. *(SZ, 3.7., ISKU)*

Verbot der Todesstrafe
Am 1. Juli ist das 13. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention in Kraft getreten. Es verbietet auch in Kriegszeiten die Todesstrafe. *(Za, 2.7., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YS	Yeni Safak
ZA	Zaman
SZ	Süddeutsche Zeitung

KurdInnen weiterhin der Kriminalisierung ausgesetzt

Seit nun mehr als vier Jahren sind die Kurden, bemüht um eine demokratische Lösung der Kurdenfrage, einen schwierigen Weg gegangen. Mit der Kampagne "Gesellschaftlicher Frieden erfordert Demokratie " ist der Wunsch nach Anerkennung und Demokratie umrahmt worden.
Aber dennoch werden die Kurden seitens der deutschen Politik weiterhin der Kriminalisierung ausgesetzt. Wie das jüngste Beispiel zeigt. Ohne einen Durchsuchungsbefehl wurden am 8.Juli 2003 in den Räumlichkeiten des Mala Kurda-Vereins in Köln Personalien kontrolliert. Es ist eine Schikane seitens der Kölner Behörden, die seit der Eröffnung der Vereinsräume immer wieder mit scheinheiligen Gründen entweder bürokratische Hürden legen oder mit polizeilichen Durchsuchungen die Vereinsmitglieder physisch drangsalieren.
Wir verurteilen dieses Vorgehen der staatlichen Behörden und fordern sie auf, an einer Lösung der Frage mitzuwirken, die nur im gegenseitigen Dialog gelöst werden kann und nicht mit der Kriminalisierungsversuchen einer ganzen Bevölkerungsgruppe.
Die deutsche Regierung muss endlich von ihrem Kriminalisierungs-Konzept abweichen. Es dient nicht zum Zweck der Völkerfreundschaft und gefährdet die Integrationsbemühungen beiderseits.

Presseerklärung von YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, 9.3.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 114
18. Juli 2003

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung Abdullah Öcalans zur Entwicklung der Region

Ein reelles, ehrliches Bedürfnis nach Frieden

In Gesprächen mit seinen AnwältInnen Anfang Juli konkretisierte Abdullah Öcalan erneut seine Vorschläge für einen Friedensprozess in der Türkei und dem Mittleren Osten. Wir geben hier eine stark gekürzte Zuammenfassung der Gespräche wieder.

Öcalan betonte, er werde aus seiner Haft heraus die Realisierung seiner Vorschläge verfolgen, da es ihm darum gehe, weitere Katastrophen und Blutvergießen zu verhindern, die der Bevölkerung im Falle fehlschlagender Entwicklungen drohten. Auch den KADEK, würde er kritisieren, wenn dieser sich einer anderweitigen Politik verschreibe: "In meiner Vorstellung von Sozialismus gibt es keinen Platz für starre bürokratische Apparate und klassische linke Dogmen".

Öcalan rief in Erinnerung, dass die Türkei noch immer keine klare Entscheidung zugunsten der Demokratie getroffen hätte. Sollte diese nicht erfolgen, wäre die unausweichliche Folge ein neuer Krieg. Den jüngsten bewaffneten Zusammenstössen und der Vergewaltigung der kurdischen Frauenrechtlerin Gülbahar Gündüz durch Istanbuler Polizeibeamte entnehme er, dass es innerhalb des türkischen Staates schwere Grabenkämpfe gebe: "Ein nicht zu unterschätzender und weiterhin an Stärke gewinnender Teil will der Demokratie den Weg bereiten, sowohl nach innen als auch mit der Perspektive eines EU-Beitrittes. Dies heißt jedoch nicht, dass es nicht auch eine antidemokratische, rassistisch-chauvinistische Fraktion innerhalb des Staates gibt. Sowohl innerhalb der Gesellschaft selbst als auch im Staat haben sich diese letzteren Kräfte eingenistet.

Öcalan betonte, die Vergewaltigung von Gülbahar Gündüz sei ein finsterer Angriff, der sich genau in diesem Fahrwasser vollzogen habe: "Bei den Tätern handelt es sich um eine Gruppe mit genügend Macht, um aus dem Inneren des Staates heraus dem Staat Paroli zu bieten. In den Jahren des bewaffneten Konfliktes entführten und ermordeten sie Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Jetzt lassen sie das Vergewaltigungsopfer bewusst am Leben, um ein abschreckendes Beispiel für die Frauenbewegung zu schaffen.

Dies sind provokative Handlungen mit sehr schwerwiegenden Folgen. Denn die Vergewaltigung einer Frau kommt der Vergewaltigung von Millionen von Frauen gleich. Gündüz ist DEHAP-Aktivistin, und der Angriff auf sie galt allen DEHAP-Mitgliedern. Ich hoffe nur, dass das Schreckgespenst der paramilitärischen Gewalt nicht noch einmal aus seiner Gruft aufsteht. Um eben dies zu verhindern, rufe ich den Staat dazu auf, diese Handlungen effektiv zu unterbinden. Denn schon ein oder zwei weitere Vorfälle dieser Art führen unweigerlich in den Bürgerkrieg.

Seit fünf Jahren diskutieren wir, ob unsere Zukunft Frieden oder Krieg bringen wird. Wir haben uns in Geduld geübt. Ich habe über meine Verurteilung zum Tode hinwegzusehen versucht. Noch zu Zeiten meines Aufenthaltes in Syrien habe ich versucht, von unserer Seite aus Vorkehrungen zu treffen, damit Türken und Kurden nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Sowohl während meines Europaaufenthaltes als auch über meine Haftzeit hinweg habe ich aus eigener Initiative heraus einen Prozess einzuleiten versucht, der solche Manipulationsbestrebungen durchkreuzt."

Der weiterhin inhaftierte KADEK-Vorsitzende hat nach eigenen Angaben einen Brief an die türkische Regierung verfasst, in dem er darauf hinweist, dass die aktuellen Diskussionen über einen Gesetzesentwurf zur Wiedereingliederung der KADEK-Aktivistinnen und Aktivisten in die Gesellschaft zu kurz greifen. Insbesondere sei es trügerisch, die Kommandoebene der Bewegung von der Möglichkeit der Wiedereingliederung auszusparen und von allen restlichen AktivistInnen eine regelrechte Kapitulation zu erwarten.

Insbesondere in Verbindung mit der häufigen Verweigerung von Verteidigergesprächen seitens der Behörden ergebe sich durch diese Trennung der KADEK-Führung vom Rest der kurdischen Bewegung das Bild der Umzingelung mit dem Ziel der Liquidierung.

"Dabei hoffen wir doch auf das Gegenteil", so Öcalan weiter: "Es wird sich allerdings innerhalb weniger Wochen herausstellen, ob von Isolation und Umzingelung abgelassen wird oder ob eine weitere Einschränkung meines Aktionsradius als schleichender Tod zur Zermürbung unserer Freiheitsbestrebungen betrieben wird. Insbesondere wenn die Repressionen gegen die Bevölkerung und die militärischen Operationen gegen die Guerilla andauern sollten, so ist dies eine Kriegserklärung. Die Bevölkerung wird sich sicher ihre eigene Meinung bilden. Unsere Erwartung jedenfalls besteht nicht in einem Amnestiegesetz, sondern in einem neuen Fahrplan zur Lösung der kurdischen Frage."

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Lösung sei eine intensive und pluralistische Debatte in der türkischen Öffentlichkeit sowie die Förderung vertrauensbildender Maßnahmen. Die Guerillakräfte könnten dann ihre Waffen niederlegen, wenn Gesetze erlassen würden, die ihren Forderungen entsprächen. Er selbst müsse nach seiner Entlassung nicht unbedingt eine öffentliche Funktion übernehmen, sagte Öcalan. Falls sich die Regierung darauf beriefe, dass unter der Bevölkerung starke emotionale Reaktionen vorhanden sind, sei er durchaus bereit, ins Exil zu gehen. Die Rückkehr der bewaffneten Kräfte ins zivile Leben sowie die Freilassung der politischen Gefangenen könne in Stufen vor sich gehen. Insgesamt aber sollte ein solcher Fahrplan bis 2005 abgeschlossen sein - was parallel zur Debatte über den EU-Beitritt der Türkei wäre. Bis Anfang September habe die türkische Regierung Zeit, die Bereitschaft zur Diskussion eines solchen Fahrplans zu signalisieren. Sollten sich gegenteilig militärische Angriffe ereignen, so sei die KADEK-Führung allerdings berechtigt, sich für einen erneuten Guerillakrieg zu entscheiden.

Damit wäre der Friedensmission Öcalans nach 5 Jahren ein Ende gesetzt. In der Natur eines wiederaufflammenden Krieges läge es, dass Angriffe auf die Bevölkerung seitens der Sicherheitskräfte Vergeltungsschläge auf touristische Einrichtungen, Pipelines und wirtschaftliche Ziele nach sich zögen. Daher sei es von dringender Wichtigkeit, der türkischen Bevölkerung die Vermeidbarkeit einer solchen Situation nunmehr in klaren Worten auseinanderzusetzen. "Ich bin davon überzeugt, dass die türkische Bevölkerung ein ebenso reelles, ehrliches Bedürfnis nach Frieden verspürt wie die kurdische es tut. Die Staatsführung muss diesem Willen ein Ohr schenken.

Ich hoffe, es kommt noch zu einem wirklichen Frieden. Doch auch andernfalls werden wir keineswegs kapitulieren oder den Kopf senken. Auch meinem Tod bin ich dann in Würde entgegenzusehen bereit. Er wäre ebenso ehrenvoll wie ein Leben für den Frieden. Noch stehen die Chancen fünfzig zu fünfzig!"

Ähnlich strukturierte Fahrpläne seien auch für die Lösung der ethnischen Konflikte in Irak, Syrien und Iran angeraten, so Öcalan. Unter Beibehaltung der konkreten Eigenheiten jeder Region könnten sich kurdische Gruppierungen zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

Meldungen

Gedenkveranstaltungen für das Todesfasten 1982

Aus Anlass des Todesfastens und des Todes von Kemal Pir, M. Hayri Durmus, Akif Yilmaz und Ali Cicek, die am 14. Juli 1982 im Gefängnis von Diyarbakir nach ihrem Protest gegen die Haftbedingungen starben, wurden in Istanbul, Mardin, Batman und Antep sowie in verschiedenen europäischen Ländern Gedenkveranstaltungen durchgeführt.
"Der Geist des 14.7. wird auch in 1000 Jahren noch leben" - unter diesem Motto wurden die Veranstaltungen durchgeführt.
Duran Kalkan, Mitglied des KADEK - Präsidialrates, sagte in Würdigung des Gedenktages: "der Geist des 14.7. lebt weiter. Der am 14.7. begonnene Kampf für Ehre und Freiheit gewinnt an Stärke und wird bis zum Erfolg forgeführt. Es gibt eine Bewegung des Volksaufstands, die sich ständig vergrössert."
(ÖP, 15.7., ISKU)

Kurdisch bleibt als Schriftsprache verboten

Trotz aller Anpassungsgesetze an "Europäische Standards" bleibt Kurdisch als Sprache für Sprachkurse bzw. Veröffentlichungen in der Türkei verboten.
Im Lauf der letzten Wochen wurden vor allem in Dogubeyazit nach dem erfolgreichen Kulturfestival mehrere der Künstler, die dort auftraten (der Sänger Ferhat Tunc, die Sängerin Rojin und Murat Batgi verhaftet oder erhielten einen Haftbefehl mit der Beschuldigung "Unterstützung einer verbotenen Organisation".
Ebenfalls in Dogubeyazit wurde der Antrag auf Durchführung eines Kurdisch-Sprachkurses nicht genehmigt mit der Begründung, es sei kein geeigneter Platz vorhanden. *(ÖP, 15.7., ISKU)*

Änderung des Antiterrorgesetzes erneut bestätigt

Das Parlament hat die Aufhebung von § 8 des Antiterrorgesetzes ("Meinungsschuld"), die im Rahmen des 6. EU-Anpassungsgesetzes erfolgte und gegen die Staatspräsident Sezer Veto eingelegt hatte, ohne Änderung erneut beschlossen. *(AS, 11.7., ISKU)*

Menschenrechtsbericht der Jandarma

Das Menschenrechtszentrum der Jandarma (Gendamerie), das vor 2,5 Monaten eingerichtet wurde, legte einen ersten Arbeitsbericht vor. Dem Bericht zufolge gingen in diesem Zeitraum 46 Beschwerden ein. 30 dieser Beschwerden vielen nicht

Stimme des Friedens verhaftet

Der wohl bekannteste Liedermacher der Türkei, der Kurde Ferhat Tunç wurde nach einem Konzert am Abend des 7. Juli wurde verhaftet.
Angeblich habe er bei einem Konzert am 22. Juni in Dogubeyazit alle 40.000 Besucher mit "Guten Tag liebe PKK-Freunde" begrüßt und wurde erst 14 Tage später am Montag um 23.00 in Milas (Provinz Mugla) festgenommen.
In Dogubeyazit, einer Provinzstadt am Fuße des Berges Ararat, fand am 22. Juni das "2. Kultur-, Kunst- und Tourismusfestival" statt - veranstaltet von der Provinzverwaltung. Dort soll Ferhat Tunç Propaganda für den KADEK betrieben haben. Einem offenen Brief von ihm aus dem Hochsicherheitsgefängnis Mugla zufolge hat er lediglich einen Friedensgruß überbracht. "Wenn der Wunsch nach gesellschaftlichem Frieden, der Brüderlichkeit der Völker und der Demokratisierung der Gesellschaft durch eine Generalamnestie Propaganda für den KADEK sein soll, habe ich wohl so etwas getan" so Tunç. Es gäbe seiner Meinung nach eine Fraktion Falken im Lande, die die Demokratisierung der Gesellschaft unter allen Umständen verhindern wollen. Die Entwicklung des Landes sei an einem neuralgischen Punkt angelangt, was sich an der Heftigkeit der Gegenwehr dieser Kräfte zeige.
In den letzten Wochen sind immer wieder fortschrittliche Kräfte der DEHAP, ÖDP, des IHD, von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen verhaftet, gefoltert und verschleppt worden. In diesem Zusammenhang muss auch die Inhaftierung von Ferhat Tunç gesehen werden, der gerade eine Tournee absolvierte, die unter dem Motto "Ein Lied für den Frieden" viele Tausende Besucher anzog.
Auch die Solidaritätsveranstaltung im Istanbuler Zentrum des Türkischen Menschenrechtsvereins wurde von massiver Polizeipräsenz, Einschüchterungsversuchen und Pressebehinderungen begleitet.
Auf dem Meeting am 10. Juli, an dem zahlreiche Schriftsteller, Filmemacher, Künstler und Politiker teilnahmen, wurde die Inhaftierung von Ferhat Tunç verurteilt und seine Freilassung gefordert. Auch Staatspräsident Sezer bezeichnete die Festnahme Tunçs zu der Zeit, in der das 6. EU-Anpassungsgesetzespaket das Parlament passieren soll, als großes Unglück.
In der größten liberalen Tageszeitung der Türkei "Radikal" fragt sich der Kolumnenschreiber Çelikkan, weshalb denn Tunç überhaupt im Gefängnis sitzt, wo doch die Polizei nach eigener Aussage auf ihrem Video besagte Begrüßung nicht auszumachen in der Lage ist, da es "verloren" ging und auch die Sicherheitskräfte des Konzertabends derartige Aussagen nicht bezeugen können, im Gegenteil sie bedankten sich bei Tunç für das großartige Konzert.
Der Anwalt des Sängers Erdinç Firat hat deshalb gegen die Inhaftierung Einspruch erhoben.

(ISKU, 13.7.)

Augenzeugen berichten von Massaker an Dorfewohnern in Bingöl:

Es war die Kontraguerilla

Die stellvertretene IHD Vorsitzende Rehan Yalcindag und der Vorsitzende des IHD Bingöl, Ridvan Kisgin, sind vor die Presse getreten um Informationen über das Massaker im Dorf Pakuni in der Region Bingöl vor zwei Tagen zu geben. Bei dem Überfall wurden fünf Dorfbewohner getötet. Yalcindag und Kisgin berichten, dass die Dorfbewohner, die sich an sie gewandt hatten, behaupteten, dass die Kontraguerilla diese Morde begangen habe. Die Mörder hätten gut türkisch gesprochen, sie hätten zwar Guerillakleidung getragen, aber man konnte darunter Armeekleidung erkennen.
Die Augenzeugen, deren Namen bekannt sind, haben folgende Angaben zum Ablauf gemacht: Als sie auf dem Feld gearbeitet haben, sind 6 Männer mit M16 Gewehren in Guerillakleidung gekommen und haben sie gefragt wer sie seien. Als Mahmut Kaya sagte, das er kein türkisch könne, haben sie ihn und zwei andere Dorfbewohner mit ins Dorf mitgenommen.
Im Dorf sind sie zuerst zum Haus von Ahmet Acar gegangen und haben dort Ahmet Acar und Erdal Acar mitgenommen. Dann sind sie zu einem weiteren Haus, das von Hüseyin Özmen, gegangen. Mit Hüseyin Özmen und den anderen haben sie dann das Dorf verlassen. Der Sohn von Hüseyin und die Frauen sind ihnen gefolgt, wurden aber zurückgeschickt. Erdal Acar rief ihnen zu "das ihnen ja keiner folgen solle." Ihnen wurde noch von den Kontras mitgeteilt, dass ihr Kommandant unterhalb des Dorfes sei. Dorthin würden sie die Männer bringen, verhören und später wieder freilassen. In der Nacht haben sie dann Schüsse gehört und sind wegen der Dunkelheit nicht gleich losgelaufen. Erst um 5 Uhr morgens haben sie die Ermordeten gefunden. Um 6 Uhr haben sie in der örtlichen Polizeistation Bescheid gegeben. Jedoch erst um 12.30 Uhr ist eine Einheit mit einem Offizier und ein paar Soldaten gekommen. Sie haben alles sehr oberflächlich behandelt. Einer der Soldaten behauptete, dass es eine Auseinandersetzung zwischen den Dorfbewohnern gewesen sei, um so den Vorfall herunterzuspielen.
Es gibt viele Gründe an der staatlichen Version über die Ermordung der Dorfbewohner zu zweifeln:
Die sechs bewaffneten Personen seien kurze Zeit vorher in Guerillakleidung ins Dorf gekommen und hätten um Brot, Mehl etc. gebeten. Die von ihnen mitgenommen Sachen sind später von Dorfbewohnern am Rande des Murat-Flusses gefunden worden.
Normaler Weise wäre nach so einem Vorfall mit so einer Bedeutung eine Operation durch die türkische Armee begonnen worden. Jetzt aber sind nur der Gouverneur, ein Offizier und drei Personen als Personenschutz gekommen.
Auch ist diese Region stark gesichert. Sie wird mit Thermokameras überwacht. Deshalb ist schon öfters nachts Vieh erschossen worden.
Die ermordeten Dorfbewohner waren im Dorf sehr beliebt. Sie hatten Beziehungen zur DEHAP.
Die Mörder haben sehr gut türkisch gesprochen, aber nur ein paar Wörter kurdisch.
Ausserdem sind die Leichen der Ermordeten nicht zur Autopsie gebracht worden.
Um die Umstände zur Aufklärung der Morde zu klären, wird der IHD eine Delegation nach Bingöl schicken. *(ÖP, 13.7., ISKU)*

Ein reelles, ehrliches Bedürfnis nach Frieden

(Fortsetzung von Seite 1)

einem gemeinsamen Demokratiefahrplan für den Mittleren Osten entschließen. "Nationalismen jeder Art bergen Gefahren. Insbesondere, da kurdischer Nationalismus, türkischer Nationalismus, arabischer und persischer Nationalismus gegeneinander ausgespielt werden sollen, ist ein gemeinsamer Fahrplan für die Region ein wirksames Gegengift. Eventuelle kriegerischer Handlungen würden zwar zu erheblichem Blutvergießen und Chaos führen, in letzter Instanz aber kein anderes Ergebnis hervorbringen als eben die anskizzierte Dialoglösung."
Mit der Perspektive eines Demokratischen Mittleren Ostens, in dem jeweils ein freies Kurdistan fester Bestandteil der jeweiligen demokratischen Staaten Türkei, Iran, Syrien und Irak sein müsse, wandte sich Öcalan abschließend insbesondere an die türkische Bevölkerung und die Regierungen der genannten Staaten mit dem Appell, die gemeinsame Verantwortung für die Verwirklichung dieser dringend notwendigen Friedenslösung wahrzunehmen. *(ISKU)*

in den Zuständigkeitsbereich. Von den verbliebenen Beschwerden werden 6 zur Zeit noch bearbeitet, bei 8 stellte sich heraus, dass sie auf offensichtlich unrichtigen Angaben beruhen. Bei einer Beschwerde wegen Mißhandlung und ungerechtfertigtem Freiheitsentzug wurde gegen einen Mitarbeiter der Jandarma Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt.

(RA, 11.7., ISKU)

"Altbekannte" Personen tauchen wieder auf

Der Vorsitzende des IHD Bingöl, Ridvan Kizgin, erklärte in einer Stellungnahme, Bewohner des Dorfes Pakuni Ortsteil Pul hätten am 10.7. in dem Ort 6 Kontra-Mitglieder gesehen. In dem Ort wurden letzte Woche 5 Personen ermordet; einer von ihnen starb im Krankenhaus Elazig.
Bereits vor einigen Wochen gab es Berichte in der Zeitung ""Yeniden Özgür Gündem", im Raum Diyarbakir seien Personen gesehen worden, die seit der Zeit der "Morde unbekannter Täter" als Mitglied der Kontra-Guerilla bekannt sind. *(ÖP, 15.7., ISKU)*

Amed: 798 Menschenrechtsverstösse im Juni

Der Vorsitzende der Zweigstelle des IHD Diyarbakir, Selahattin Demirtas, hat den Bericht für die Region des Monats Juni bekannt gegeben: "Im Juni gab es 798 Menschenrechtsverletzungen. Wir sind besorgt über diese neuen Entwicklungen" Bei den friedlichen Aktionen für Generalamnestie - gegen das Reuegesetz sind viele Personen festgenommen verhaftet und verletzt worden. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen ähneln der der 90er Jahre, militärische Operationen, bewaffnete Auseinandersetzungen, Morde unbekannter Täter, das Verschwindenlassen von Menschen, die Ermordung von Dorfbewohnern zeigen, wie nah man an einer kriegerischen Auseinandersetzung ist."

(DIHA, 15.7., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
AS	Aksam
RA	Radikal

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 115
25. Juli 2003

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Osman Öcalan: Konflikt zwischen USA und Kurden unwahrscheinlich

Als Mitglied des KADEK-Präsidialrates hat Osman Öcalan sich zu den Verlautbarungen des US-Botschafters in der Türkei, Robert Pearson, geäußert. Ein kurdisch-amerikanischer Konflikt sei unwahrscheinlich, so erklärte Öcalan. Mit seinen jüngsten Äußerungen habe Pearson sowohl sein eigenes Land als auch die Türkei in eine schwierige Lage gebracht.
Person hatte nach dem Besuch us-amerikanischer Offiziere vergangene Woche in Ankara erklärt, der KADEK müsse sich aus dem Nordirak zurückziehen, ansonsten würde er mit militärischen Mitteln dazu gezwungen werden. Pearsons Zeit als Botschafter ist jedoch abgelaufen, für morgen wird seine Rückkehr in die USA erwartet.
Gegenüber der Nachrichtenagentur MHA erklärte Osman Öcalan: "Der US-Botschafter in der Türkei, Robert Pearson, hat vor und nach dem Krieg eine erfolglose Politik verfolgt. Es ist ihm nicht gelungen, die Türkei als Verbündete der USA in die Interventionsphase einzubinden. Pearson ist ein Diplomat, der sowohl die Türkei als auch die USA getäuscht hat. Er ist zu einem großen Teil dafür mit verantwortlich, dass die Türkei im Krieg nicht gemeinsam mit den USA gehandelt hat."
Weiter erklärte Öcalan, die US-Regierung überprüfe nach dem Krieg die Kräfte in der Region und sei darum bemüht, festzulegen, wer welche Positionen vertrete. Obwohl die Türkei dazu aufgefordert worden sei, ihre Haltung zu ändern, habe sie ihre Position nicht eindeutig festlegen können. "Und das ist auch ein Grund für die Krise in Suleymania." Bei den Erwartungen der USA an die Türkei handele es sich um folgende: "Wie wird die Haltung der Türkei in der Lösung der kurdischen Frage sein? Wird sie ihre Beziehungen zum Iran und zu Syrien abbrechen? Außerdem drängen die USA die Türkei dazu, im Neuaufbau des Irak eine positive Haltung anzunehmen."
Die Türkei habe jedoch Schwierigkeiten, sich festzulegen. Genau zu diesem Zeitpunkt setze Pearson seine täuschenden Manöver fort: "Er treibt die Türkei dazu, ihre falsche Politik fortzusetzen. Indem er von einem möglichen Konflikt zwischen den USA und den Kurden spricht, verhindert er positive Schritte der Türkei auf eine Lösung zu. Pearson wird als erfolgloser Diplomat in die Geschichte eingehen. Er arbeitet nicht auf eine Lösung hin, sondern versucht die Ausweglosigkeit zu vertiefen und dient damit weder dem Land, das er repräsentiert, noch einer Lösung der Probleme der Türkei und des kurdischen Volkes. Die Interviews, die er jetzt gegeben hat, entsprechen ein bisschen dem, was die Interviewer hören wollten. Wir gehen nicht davon aus, dass die USA sich den Worten Pearsons entsprechend verhalten werden. Die USA werden einen kurdischen-amerikanischen Konflikt nicht ins Auge fassen. Die US-Politik ist auf eine Lösung in der Region ausgerichtet und die Lösung der kurdischen Frage nimmt dabei eine wichtige Stellung ein. Wir halten es für unwahrscheinlich, dass zwischen Kurden und den USA ein gewalttätiger Konflikt ausbricht."
Anders als in den beiden vorhergegangenen Jahrhunderten müssten die USA im 21. Jahrhundert auf eine Lösung hinarbeiten. "Die USA sind dazu gezwungen, eine Lösung anzustreben. Die bestehenden Regime und rückständigen Strukturen im Mittleren Osten werden überwunden werden. Deshalb sind Bündnisse, die jetzt mit den bekannten Kräften eingegangen werden, vorübergehend. Ich denke nicht, dass Bündnisse mit KDP, PUK, der Türkei und ähnlichen Kräften über Jahre hinweg halten werden. Es sind Bündnisse, die für ein paar Monate ihre Funktion erfüllen." Washington könne wohl aufgrund der momentanen Schwierigkeiten, die durch den Widerstand der Saddam verbundenen Kräfte entstanden sind, vorübergehend Bedarf nach Unterstützung durch die KDP oder die Türkei verspüren, aber dieser könne niemals die US-Politik bestimmen. "Aufgrund von Eigeninteressen sind die USA dazu gezwungen, einer Demokratisierung im Mittleren Osten zuzustimmen. Dementsprechend müssen sie nicht nur eine Teil-Lösung, sondern eine Gesamtlösung der kurdischen Frage produzieren. Ausweglosigkeit stellt eine Situation dar, die für die USA zur Zeit nicht tragbar ist. Deshalb führen die Besuche der US-Generale in Ankara vielleicht zu einem vorübergehenden Bündnis, das aber nicht von Dauer sein wird. Diese Übergangssituation wird innerhalb von vielleicht drei bis vier Monaten überwunden werden.
Die USA sind dazu gezwungen, bleibende Bündnisse mit Kräften einzugehen, die für eine demokratische Veränderung eintreten."
In Bezug auf die Position der Türkei im Nordirak erklärte Öcalan: "Die Existenz der Türkei im Nordirak wurde zwischen 1999 und 2003 toleriert, weil zu dem Zeitpunkt eine Lösung nicht weiter thematisiert wurde. Die Türkei hat sich darauf gestützt und es darauf angelegt, den kurdischen Befreiungskampf zu unterdrücken. Aber jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, wo diese Phase vorbei ist. Heute hat eine Politik Einfluss, die auf eine Lösung ausgerichtet ist. Die Türkei hat weder für Süd- noch für Nordkurdistan eine Lösung parat. Sie will ihre alte Politik fortsetzen und versucht deshalb mit allen Mitteln, der Befreiung unseres Volkes in Südkurdistan Grenzen zu setzen. Das politische und militärische Vorgehen der Türkei ist äußerst provokativ. Diese Provokationen sollten mit der Operation in Suleymania unterbunden werden. Wenn die Türkei so weitermacht, wird sie unweigerlich mit noch härteren Sanktionen belegt werden. Vielleicht wird ein paar Monate lang Toleranz geübt, aber danach werden die Konsequenzen hart sein. Die Entwicklungen lassen sich nur so deuten."

(DIHA, 22.7., ISKU)

Irak: Türkei stellt Bedingungen

Die Türkei knüpft die von den Vereinigten Staaten erbetene Beteiligung an einer Stabilisierungstruppe für Irak Presseberichten zufolge an mehrere Bedingungen. Auf der militärischen Ebene fordere die Türkei, dass dem Oberbefehlshaber des amerikanischen Zentralkommandos, General John Abizaid, ein türkischer Offizier als Stellvertreter zur Seite gestellt werde.
Abizaid hatte vor einigen Tagen in Ankara mit der türkischen Führung über einen Irak-Einsatz gesprochen. Türkischen Presseberichten zufolge geht es dabei um bis zu 12.000 Soldaten. Laut "Hürriyet" will Ankara als Gegenleistung unter anderem durchsetzen, daß die Amerikaner das Autonomiestreben der nordirakischen Kurden begrenzt. Die Kurden dürften nicht wie bisher einen eigenen Staatshaushalt in Irak haben, fordert die Türkei demnach. Außerdem müssten die Kurden genauso entwaffnet werden wie andere irakische Volksgruppen auch. Zudem müsse die territoriale Integrität Iraks erhalten bleiben. Es dürfe auch keinen Bundesstaat geben, "dessen innere Grenzen auf ethnischen Trennungslinien gründen."

(FAZ, 24.7., ISKU)

Meldungen

Reform des Strafgesetzbuches (TCK) behält Einschränkungen der Meinungsfreiheit bei.
Befinden sich im geltenden Strafgesetzbuch 29 Bestimmungen, die Meinungsdelikte betreffen, so sind es im Entwurf für das neue Strafgesetzbuch immer noch 25. Die bisher in ihrer Anwendung zu massiver Kritik seitens der EU und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führenden Paragraphen 159 und 312 des TCK werden mit neuer Paragraphennummer auch in das neue Gesetz übernommen.
(YS, 17.7.;ISKU)

Mienenräumung in den Südostprovinzen in Vorbereitung.
Das Verteidigungsministerium konnte die Mittel für den Beginn der Mienenräumung auf einer Fläche von 3,85 Mio. Hektar in den türkischen Südostprovinzen sicherstellen. Für die Räumung der Mienen im Grenzgebiet zu Syrien wurden 17 Billiarden TL bereitgestellt. Nach erfolgter Räumung sollen die Ländereien der Bevölkerung zur Nutzung geöffnet werden. *(ZA, 16.7.,ISKU)*

"DEP-Verfahren ist eine Rechtsparodie"
Die internationale Menschenrechtsföderation (FIDH) bezeichnete das erneute Verfahren gegen die ehemaligen DEP-Abgeordneten als "Rechtsparodie". Die Föderation forderten die Freilassung der inhaftierten DEP - Abgeordneten. *(DIHA, 21.7., ISKU)*

Hungerstreik von KADEK und PJA-Gefangenen
Wegen der Angriffe auf die demokratischen Friedensproteste des Volkes und auch wegen der zunehmenden Unterdrückung in den Gefängnissen werden die inhaftierten KADEK - und PJA - Mitglieder einen 2 - tägigen Hungerstreik durchführen. *(DIHA, 22.7., ISKU)*

Ferhat Tunc wieder auf freiem Fuss
Wegen seiner Rede auf dem Kulturfestival in Dogubeyazit war der Sänger Ferhat Tunc mit der Begründung "KADEK - Propaganda" in Mugla verhaftet worden. Von einem übergeordneten Gericht wurde er nach seiner Haftbeschwerde wieder auf freien Fuss gesetzt. In seiner anschließenden Stellungnahme sagte er, er sei der Letzte, den man als Separatisten oder Terroristen bezeichnen könne.
Die Sängerin Rojin, die auch wegen ihres Auftrittes in Dogubeyazit in Haft kam, gab bekannt, dass sie wegen der Inhaftierung

Erdogan: Kraftprobe mit den Militärs

Mit einem siebten Reformpaket will die Regierung Erdogan die Türkei für den Beginn von Beitrittsgesprächen mit der EU endgültig fit machen. Außenminister Abdullah Gül versicherte noch einmal, dass es kein achtes Paket geben werde. Damit entfällt auf das siebte Paket die heikelste Reformaufgabe - die Beschränkung der politischen Macht, die Ankaras Generäle seit jeher wie selbstverständlich ausüben.
Dazu musste sich die Regierung an eine Bastion der türkischen Politik wagen: den Nationalen Sicherheitsrat. Dort sind der Staatspräsident, einige Mitglieder des Kabinetts und die obersten Kommandeure der Armee vertreten. Außerdem gehört zum Nationalen Sicherheitsrat ein Sekretariat, das die Ausmaße eines eigenen Ministeriums hat.
Die Entscheidungen des Sicherheitsrates haben laut Verfassung empfehlenden Charakter. Tatsächlich bestimmt der Sicherheitsrat aber in vielen Bereichen seit zwei Jahrzehnten die Politik Ankaras. Denn in der Türkei werden unter der Rubrik nationale Sicherheit auch potenzielle oder wirkliche Bedrohungen durch islamistische Unterwanderung oder den kurdischen Separatismus gezählt. So bestimmte der Sicherheitsrat beispielsweise, welche Sprachen in der Türkei unterrichtet werden dürfen. Er entsendet auch einen Vertreter in die Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Fernsehen.
Um den Einfluss des Rates auf die Tagespolitik zu schmälern, soll er nun einfach seltener zusammentreten, nämlich alle zwei Monate anstatt wie bisher einmal im Monat. Künftig kann der Ministerpräsident den neuen Generalsekretär vorschlagen und der Staatspräsident kann ihn ernennen.
Dass die Regierung den Einfluss des Militärs nicht direkt beschneidet, sondern über Umwege, hat einen einfachen Grund. Die Regierung hat ihre Schritte so gewählt, dass sie ganz ohne eine Änderung der Verfassung auskommt. Dazu fehlt ihr nämlich knapp die Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die kemalistische Opposition hat bereits angekündigt, dass nun mit weiteren Reformen für den EU-Beitritt Schluss sein soll. Solange die gemäßigt islamische Regierung aber auf Verfassungsänderungen verzichtet, kann ihr die Opposition nichts anhaben. Widerstand könnte nur vom Staatspräsidenten Ahmet Neçdet Sezer kommen.
Trotzdem gleicht die Aufgabe, die Rolle des Sicherheitsrates auf dem Gesetzeswege einzuschränken, ein wenig der Quadratur des Kreises. Denn auch bisher beruhte seine Bedeutung nicht nur auf dem, was in Gesetzen verankert ist, sondern im Wesentlichen auch auf dem Gewicht, das das Militär in der Türkei traditionell besitzt. Es ist eine nirgends in Gesetze gegossene psychologische Größe. Viele Türken finden es legitim, dass sich das Militär in die Politik einmischt. Aber künftig sollen die Ausgaben des Militärs vom Rechnungshof überprüft werden.

(DP, 18.7., ISKU)

Europäischer Gerichtshof verurteilt abermals Türkei

Die Strassburger Richter gaben am Donnerstag einem ehemaligen Dorfgeistlichen aus der Region Mus Recht, der mit seiner Familie wegen angedrohter Repressalien aus einem Dorf im vorwiegend von Kurden bewohnten Südosten des Landes geflohen war.
Zugleich wiesen sie Ankara an, dem 62-Jährigen Schadensersatz in der Höhe von 39'500 Euro zu zahlen.
Gemäss dem Kläger hatte die Polizei ihn 1994 aufgefordert, drei junge Frauen aus seinem Verwandtenkreis auszuliefern, weil diese angeblich der PKK beigetreten waren. Die Polizisten drohten nach diesen Angaben, andernfalls das ganze Dorf in Brand zu stecken.
Daraufhin floh der Imam mit seiner Familie und anderen Verwandten. Wenig später, im September 1994, zündete die Polizei dann sein Haus an. Der Gerichtshof, der vor Ort ermittelt und Zeugen vernommen hatte, nannte diese Version - die die türkische Regierung bestreitet - «sehr wahrscheinlich».
Die Vertreibung und die Zerstörung des Hauses habe die Familie in Angst und Verzweiflung gestürzt, begründeten die Richter ihr Urteil. Dies sei ein Verstoss gegen das Misshandlungsverbot, stellte das Gericht fest.
Ausserdem seien die Grundrechte auf Schutz des Eigentums und des Privatlebens verletzt worden. Das Gericht rügte ferner die «flagranten Lücken» bei den Ermittlungen. Der Kläger sei damit auch um einen fairen Prozess gebracht worden.

Am Dienstag verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Türkei wegen der Misshandlung von drei mutmaßlichen Anhängerinnen der kurdischen Arbeiterpartei PKK hat. Die Straßburger Richter stellten ein Verstoß gegen das Folterverbot fest. Sie wiesen die Regierung in Ankara an, den Klägerinnen insgesamt 69.718 Euro an Schadenersatz zu zahlen. Die heute zwischen 28 und 41 Jahre alten Frauen waren im Dezember 1993 in Istanbul festgenommen worden. Während des zweiwöchigen Polizeigewahrsams und anschließender Untersuchungshaft wurden die jungen Frauen mit Schlägen und Elektroschocks misshandelt und an den Armen aufgehängt. Die Frauen zeigten die Polizisten an, die jedoch im Juli 1995 von einem Schwurgericht in Istanbul "mangels Beweisen" freigesprochen wurden. *(afp, 24.7., ISKU)*

798 Menschenrechtsverstösse in Amed

Nach Angaben des IHD kam es im Juni in der Region Amed zu 798 Menschenrechtsverletzungen. Vor allem bei den friedlichen Aktionen für eine Generalamnestie und gegen das Reuegesetz sind viele Personen festgenommen, verhaftet und verletzt worden, sagte der Vorsitzende der Zweigstelle des IHD Diyarbakir, Selahattin Demirtas, bei der Vorstellung des Berichts.

Angriffe auf das Leben
In Auseinandersetzungen Getötete und Verletzte: *24 Tote, 6 Verletzte*
Morde unbekannter Täter/Aussergerichtliche Hinrichtungen *10 Tote*
Minen und explosive Gegenstände *1 Verletzter*

Rechtsverletzungen gegen individuelle Sicherheit
Festnahmen 348
Gemeldete Folterungen und Misshandlungen 168
Davon:
a) von Gendarmerieangehörigen: *1*
b) von der Polizei *166*
c) von Dorfschützern 1
d) von Gefängniswärtern –
Verhaftungen 39

Eingriffe in gesellschaftliche Ereignisse
(Kundgebungen/Demonstrationen)
a) Anzahl der Eingriffe: *9*
b) Festnahmen: *185*
c) Verletzte/Schläge: *32*

Rechtsverletzungen im Arbeitsleben
Entlassung/Versetzungen: *2*
Disziplinarverfahren u. Strafen: *38*

Rechtsverletzungen gegen die Gedanken und Meinungsfreiheit
Ermittlungen und Strafen: *134*
Verbotene Radios/TV`s: *1*
Verbotene künstlerische Aktivitäten (Theater, Filme etc.): *4*
Verbotene bzw. beschlagnahmte Publikationen (Zeitungen, Bücher etc.): *1*

Sonstige
Selbstmorde/Versuche: *9*

(DIHA, 15.7., ISKU)

Klage beim Europäischen Gerichtshof in Strassburg eingereicht habe. Ihre Festnahme sei eine Verletzung des Europäischen Menschenrechtsabkommens.

(DIHA, 16.7., ISKU)

Gute Nachricht für Unterstützer von Hasankeyf
Der Unterstützungsverein für Hasankeyf bezeichnete die Äusserungen von Ministerpräsident R.T. Erdogan als hoffnungsvolle Aussagen. Erdogan hatte gesagt, der historische Ort Hasankeyf werde nicht unter dem Wasser eines neuen Stausees verschwinden.

(DIHA, 22.7., ISKU)

Friedensinitiative Mus: Freilassung der DEHAP - und IHD - Leitungsmitglieder
Die Friedensinitiative Mus forderte die Freilassung der DEHAP - und IHD - Leitungsmitglieder aus Mus, die wegen der Teilnahme an der Beerdigung von Ismet Baycan verhaftet worden waren. Ismet Baycan war Mitglied der 1. Friedensgruppe der PKK und starb während seiner Haft wegen fehlender ärztlicher Versorgung im Gefängnis Mus.

(DIHA, 22.7., ISKU)

Menschenrechtsverstöße in Bingöl.
Der Vorsitzende der Zweigstelle des Türkischen Menschenrechtsvereins, Zweigstelle Bingöl, Ridvan Kizgin berichtet von gegen ihn gerichteten Drohungen und einer steigenden Zahl von Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen. Beim Verein wurden in 2001 280 Vorfälle, 2002 490 Vorfälle und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 630 Vorfälle gemeldet. Es sei u.a. festgestellt worden, dass Personen unbekannter Identität Dörfer in der Provinz besuchten und dort um Wasser und Lebensmittel bäten. Würde ihnen diese Hilfe gewährt, kämen am nächsten Tag Sicherheitskräfte und verhafteten Dorfbewohner wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

(YS, 18.7., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ZA	Zaman
YS	Yeni Safak
FAZ	Frankfurter Allgemeine
DP	Die Presse (Wien)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 116
01. August 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zuerst müssen die Dörfer von den Minen gesäubert werden.

25 Mio. Minen auf kurdischem Gebiet

Nach Aussagen des Verteidigungsministerium der Türkei soll im September im Grenzgebiet von Hatay-Sirnak mit der Minenräumung begonnen werden.

Der AKP Abgeordnete von Urfa Mehmet Faruk Bayrak gab bekannt, das im September mit der Minenräumung des Grenzgebiet zu Syrien begonnen wird. Als erstes soll das Grenzgebiet von Urfa und Mardin und später das Gebiet von Sirnak Hatay von Minen geräumt werden. Dafür wird sich ein Zeitraum von einem Jahr gesetzt.
Für die Räumung werden 350 Millionen Dollar benötigt, als Ergebnis könnten 350.000 qm Land im Grenzgebiet wieder für Ackerbau freigegeben werden. Vom Verteidigungsministerium wurden 25 Millionen Dollar für dieses Projekt freigegeben.
An der Beseitigung der Minen werden professionell dafür ausgebildete Soldaten und Spezialfirmen beteiligt.

Die bis heute durch Minen getöteten oder Verletzten werden keinerlei Entschädigung erhalten. Ausserdem werden Minen, die im Zeitraum von 1984 bis 2000 in den besiedelten Regionen gelegt worden sind, nicht geräumt.

Die stellvertretende Vorsitzende des IHD Diyarbakir Reyhan Yalcindag geht davon aus, das die Aussagen des Abgeordnete nicht ernstgemeint sind. Wenn der Staat es ernst meinen würde, würde er die Minenräumung in den besiedelten Regionen beginnen.

Es wurden tausende Menschen durch Minen in den besiedelten Gebieten verletzt oder getötet. Den tausenden Opfern bzw. deren Angehörigen müsse eine Entschädigung gezahlt werden.
Eine Minenkarte soll es schon lange nicht mehr geben. Wobei die Frage ist, wie eine solch wichtige Karte einfach verschwinden kann. Die Menschen können nicht zu Ihren Dörfern zurück, weil die Verminung es nicht zulässt. Nach der Meinung von Reyhan Yalcindag, muss der Staat ernsthafter an das Problem rangehen und schlägt vor, dass der Staat eine neue Minenkarte und ein konkretes Konzept für eine umfassende Minenräumung erstellt. Nur so werden professionelle Gruppen und freiwillige aus der ganzen Welt und internationale Menschenrechtsorganisationen kommen. Die EU würde so ein Projekt sicher unterstützen. Wieviel Jahre es dauern wird, kann nur die Arbeit zeigen.

Der Stellvertretende Vorsitzende von Göc-Der Diyarbakir Serdar Talay meint, das der Verteidigungsminister nicht mit der Minenräumung in den Grenzregionen sondern in den besiedelten Regionen beginnen sollte. Alle zehn Tage werden Menschen durch Minen verletzt oder getötet. In den Berggebieten liegt die Zahl der Opfer sogar höher.

Das grösste Hindernis für Rückkehr in die Dörfer sind die Minen. Wenn die Arbeit des Staates ernst genommen werden soll, muss mit dem Beginn der Räumung der Minen begonnen und das Dorschützersystem aufgehoben werden. Nach Talays Aussage sind die 4000 geräumten oder verbrannten Dörfer zum Großteil vermint worden um eine Rückkehr zu verhindern.

Die Türkei hat 1952 zur Grenzsicherung und Verhinderung von Schmuggel die Grenzregion zu Syrien in der Breite von bis zu 1 km, 3,5 Mio qm geräumt ohne den Besitzern des Ackerlands Entschädigung zu zahlen. Die Gebiete entlang des Grenzverlaufs bei Sirnak, Urfa, Mardin, Kilis und Hatay wurden enteignet und vermint. Insgesamt eine Strecke von 760 km. Ausserhalb dieses Gebietes wurden ein 5-10 km breiter Streifen als Schutzzone eingerichtet.

Nach dem Bericht von Thomas Gerbauer von Medico International gibt es 125 Mio. Minen weltweit. Davon befinden sich 25 Mio. auf kurdischen Gebieten. Nach dem Bericht von Medico über Kurdistan sind zwischen 1979 bis 1996 25000 KurdInnen durch Minen verletzt oder verkrüppelt. Davon sind 10000 Nordkurden.
Von 1990 bis 2002 sind in Nordkurdistan 975 Menschen durch Minen getötet worden.

(ÖP, 28.7., ISKU)

Wir glauben, dass wir damit etwas gewinnen können

DEHAP-Delegation nach Südkurdistan

Wie der Delegationssprecher Tuncer Bakircan (Vorsitzende der DEHAP) berichtet, wird am 4. August eine Delegation nach Südkurdistan fahren um dort mit den Parteien KDP, PUK, sowie dem KADEK und US-Vertretern über ihr ausgearbeitetes Lösungspaket zu diskutieren.
Bakircan erhofft, dass die angesprochenen Parteien das Lösungspaket positiv aufnehmen. Konstruktive Vorschläge der angesprochenen Parteien sollen mit eingearbeitet werden. Den US-Vertretern werden ebenfalls Vorschläge unterbreitet. Es werden auch Vorschläge von der Türkei in dem Lösungspaket berücksichtigt sein, auf die auch der KADEK zugehen soll.
Ebenso sollen die Lösungsvorschläge des KADEK´s vom türkischen Staat akzeptiert und berücksichtigt werden.
Die Ergebnissen werden später in einem Bericht veröffentlicht werden.

An der Delegation werden Tuncer Bakirhan, der stellvertretene Vorsitzende Nazmi Gür, der Bürgermeister von Diyarbakir Feridun Celik, der Vorsitzende der Demokratieplattform Diyarbakir Selahattin Demirtas, die Vorsitzende der Friedensmütterinitiative Müesser Günes und die Vorsitzende der Förderation der Rechtsberatungs- und Solidaritätsvereine der Angehörigen der Verhafteten (TUHAD-FED) Nursel Aydogan teilnehmen.

(DIHA, 31.7., ISKU)

Volksverteidigungskräfte weist auf Provokationen hin

In Südkurdistan haben die Provokationen gegen die Bevölkerung weiter zugenommen. Das Pressebüro der Volksverteidigungskräfte (HPG) berichtete über folgende Vorfälle. In den Gebieten von Haftanin und Metina hat die Contraguerilla in Guerillabekleidung Überfälle auf die Bevölkerung gemacht.
Sie bedrohten die Dorfbewohner, haben Diebstähle verübt und sprengten im Dorf Baze in Begova ein Wasserdepot in die Luft. Nach den Aussagen von HPG ist am 28. Juli in Begova auf Feldarbeiter mit Gewehren geschossen worden. Nach dem Bericht des Pressebüros sind solche Aktionen vom türkischen Geheimdienst gesteuert worden. Mit diesen Contraangriffen will die türkische Armee den Einfluss der Volksverteidigungskräfte in der Region schwächen.

(DIHA, 31.7., ISKU)

Meldungen

Besuch der Anwälte bei Öcalan
Nachdem am Mittwoch wegen "schlechten Wetterbedingungen" keine Überfahrt auf die Militärinsel Imrali zum Besuch bei Abdullah Öcalan möglich war, konnten heute seine Anwälte für eine Stunde mit ihm sprechen. Wie die Anwälte in einem ersten Gespräch berichteten werden sie sich wegen einiger gesundheitlicher Probleme Öcalans um eine ärztliche Versorgung ihres Klienten kümmern. *(DIHA, 31.7., ISKU)*

Militäroperation am Tendürek-Berg (Van/Caldiran)
Im Gebiet des Tendürek-Berg im Kreis Caldiran (Van) hat eine Militäroperation der türkischen Armee begonnen. Angeblich wird das Gebiet als Durchgangsweg von KADEK-Mitgliedern genutzt .
(DIHA, 30.7., ISKU)

IHD: Forderung der USA nach Militärunterstützung ablehnen
Die Vorsitzende des IHD Adana, Eylem Güden, rief dazu auf, die Forderung der USA nach militärischer Unterstützung durch die Türkei bei der Besetzung des Irak abbzulehnen.
(DIHA, 30.7., ISKU)

Arbeitsverbot für Maxmur-Flüchtlinge in Zaxo und Dohuk
Die Verwaltung der KDP in Zaxo und Dohuk hat Flüchtlingen aus dem Lager Maxmur trotz schriftlicher Genehmigung die gerade eröffneten 10 Arbeitsstätten für 300 Mitarbeiter in den beiden Städten nach einem Monat wieder schliessen lassen.
(DIHA, 30.7., ISKU)

Keine Lösung für kurdische Flüchtlinge im Irak?
Das Hochkomissariat des UNHCR (Flüchtlingswerk der UN) hat durch den Zuständigen für den Irak erklären lassen, die Situation der kurdischen Flüchtling im Irak sei noch ungeklärt; eine Lösung sei vom Iran und der Türkei abhängig.
(DIHA, 30.7., ISKU)

"Zivilisierung" des MGK akzeptiert
Im Rahmen des 7. Anpassungsgesetzes an die Rechtsnormen der EU hat das türkische Parlament einer "Neuorganisierung" des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei zugestimmt. Als eine der Hauptaufgaben wird die Untersuchung von Foltervergehen sein..
(DIHA, 30.7., ISKU)

Morddrohung gegen Zeitungsausträger
In Van - Ercis wurde der Zeitungs-

austräger Suat Polatcanli von Polizisten mit dem Tod bedroht: "Wenn du weiter diese Zeitung verkaufst, bringen wir dich um."
(DIHA, 29.7., ISKU)

Ermittlungsverfahren wegen Faxaktion
In Sanliurfa wurde gegen 10 Personen des DEHAP-Vorstandes der Provinz und des Kreises ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Sie hatten an die Parlamentsabgeordneten von Urfa Faxe verschickt mit der Forderung nach einer allgemeinen Amnestie für Verurteilte aus politischen Gründen.
(DIHA, 29.7., ISKU)

Soldaten in den Irak zu schicken bedeutet eine Verschärfung der Probleme
Der DEHAP-Vorsitzende der Provinz Sirnak, R. Sadak, verurteilte in einer Erklärung, dass das neue "Reuegesetz" auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt worden sei; ebenso verurteilte er die Vorbereitungen, Soldaten in den Irak zu schicken. "Als Lösung der inneren Probleme versucht eine erfolglose Regierung mit erfolgloser Politik nach einem Ausweg mit der Entsendung von Soldaten in den Irak. Die Entsendung bedeutet eine Verschärfung der "Kurdischen Frage" innerhalb und ausserhalb der Türkei."
(DIHA, 28.7., ISKU)

Protesterklärungen gegen neue Gefängnisse
Die Unterstützungsvereine der Angehörigen Inhaftierter THAY-Der und TUAD haben sich in Erklärungen gegen die Inbetriebnahme neuer Hochsicherheitsgefängnisse ausgesprochen. Gefängnisse dieses D-Typs sind nach bisherigen Berichten in Diyarbakir, Denizli, Kandira und Beylikdüzü gebaut worden. Die Vereine sprechen sich gegen die Nutzung dieser Gefängnisse aus, da sie mit den Menschenrechten nicht vereinbar sind. *(DIHA, 23.7.,ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika

Prozess gegen Heyva Sor

Kronzeuge widerruft Aussage

Am 11. Juli 2003 begann vor dem Landgericht Koblenz der Prozess gegen die als gemeinnützig anerkannte Hilfsorganisation Heyva Sor a Kurdistanê. Ihr wird vorgeworfen, gegen das Vereinsgesetz im Rahmen des PKK-Verbotes verstoßen zu haben. Aufgrund von Aussagen des von der Anklage präsentierten Kronzeugen Engin Sönmez soll die Organisation in die PKK-Strukturen eingebunden sein und Millionenbeträge an die PKK weitergeleitet haben. Die Anklage beruht auf den Aussagen von Engin Sönmez, der sich als Kronzeuge über einen längeren Zeitraum im Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA) befunden hatte.

Die gestrige Verhandlung brachte jedoch eine überraschende Wendung: Engin Sönmez widerrief seine in der letzten Woche vor Gericht gemachten Aussagen. Zu Beginn der Verhandlung erläuterte er die Gründe für sein Verhalten. Nach dem Prozesstag habe er sich gegenüber seiner Familie als "Schuldiger" empfunden und ein "schlechtes Gewissen" gehabt. Er befinde sich seither in einem äußerst "schlechten psychischen Zustand".

Des weiteren erklärte Sönmez, dass er aus Furcht vor Folter und der brutalen Unterdrückungs- und Verleugnungspolitik des türkischen Staates 1996 nach Deutschland geflüchtet sei, auch, weil er dachte, seine "nationale Zugehörigkeit hier besser deutlich machen zu können". Er sei damals der Meinung gewesen, "in Deutschland gebe es Demokratie und Freiheit". Deshalb habe er Asyl beantragt und sich 1997 der PKK angeschlossen, weil ihm schon in der Türkei deren "Ideen gefallen habe". Seine Absicht sei gewesen, "die Stimme des kurdischen Volkes in die Öffentlichkeit zu bringen", weil er in seiner Heimat täglich habe erleben müssen, dass Menschen gefoltert worden seien. Seit dem 16. Februar 1998 ist Sönmez anerkannter Asylbewerber.

In Deutschland habe er jedoch von zahlreichen Abschiebungen in die Türkei erfahren. Aus Angst, selbst angeschoben und als PKK-Kader dort verhaftet und gefoltert zu werden, sei er 1998 zur Polizei in Mainz gegangen und habe Angaben über die Organisation gemacht. Aufgrund des polizeilichen Meldedienstes hat das Bundeskriminalamt (BKA) nach Aussage des BKA-Zeugen René Becker hiervon erfahren und den heute 24-Jährigen ausfindig gemacht. Er sei Anfang März 1998 ins Zeugenschutzprogramm genommen und mehrere Wochen lang im Gästehaus der Behörde täglich vernommen worden. Das Vernehmungsprotokoll umfasst Becker zufolge 170 Seiten. Sönmez erklärte, alle Fragen zur PKK, ihrer Struktur, zu verantwortlichen Personen und auch zu Heyva Sor im Sinne der Polizei bzw. des BKA beantwortet zu haben, um nicht abgeschoben zu werden. Dabei habe er "die Sachen übertrieben und Fragen falsch beantwortet". Das wolle er heute "korrigieren ".

Auch die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte Interesse an Engin Sönmez und 1998 ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) eingeleitet, das jedoch im Mai 1998 wohl aufgrund der umfangreichen Aussagen des Kurden wegen "geringer Schuld" eingestellt worden ist.

Wie im Falle von Heyva Sor, war Sönmez offenbar auch für weitere Prozessen gegen mutmaßliche PKK-Funktionäre als "Kronzeuge" eingeplant. Das dürfte sich nach dem gestrigen Verhandlungstag erledigt haben.

Die Rechtsanwälte Kronauer und Diesing werfen den Strafverfolgungsbehörden vor, dass sie seit langem versuchten nachzuweisen, bei Heyva Sor handele es sich um eine verbotene Organisation: "Das zieht sich nun schon seit über 5 Jahren hin mit eher magerem Ergebnis. Es zeigt, wie schwach die Anklage ist. " Jedenfalls sei "die Hauptstütze der Anklageseite" erst einmal zusammengebrochen. Fraglich sei auch, ob die ursprüngliche Anklage aufrechterhalten werden kann.

Am 1. September 2003 wird das Verfahren fortgesetzt. Auch Engin Sönmez wird dann weiter vernommen werden. Der Prozess ist vorerst bis zum 5. Oktober terminiert.

Pressemitteilung von AZADI, Rechtshilfefond für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, 31.7.

IHD: Zunahme der Rechtsverletzungen in den Monaten Mai und Juni

Der IHD Istanbul stellte auf einer Pressekonferenz den Bericht über die Rechtsverletzungen in den Monaten Mai und Juni vor. Saban Dayanan, Vorstandsmitglied des IHD Istanbul forderte, dass die Rechtsänderungen im Rahmen der Angleichung an die Europäische Union sofort in die Praxis umgesetzt werden müssen.
Bisher habe sich überhaupt nichts geändert. In den beiden Monaten haben sich ca. 70 Personen wegen Schlägen, Mißhandlungen und Folter an den IHD Istanbul gewandt. Nach Ihren Feststellungen wurden in diesen Monaten wegen "Meinungsdelikten" 135 Jahre Haft und 92 Mrd. TL Geldstrafen verhängt.

Neben der verstärkten Gewaltanwendung der Polizei bei Presseerklärungen und Demonstrationen für eine Generalamnestie sei auch das Thema Hinrichtung ohne Urteil wieder auf die Tagesordnung gekommen.

In den zwei Monaten habe es vermehrt Festnahmen und Verhaftungen und Haftstrafen gegen Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter des IHD sowie Aktivisten gegeben, um sie einzuschüchtern.

Dayanan sagte weiter, das für eine Demokratisierung und "Zivilisierung" die Staatssicherheitsgerichte und der "Nationale Sicherheitsrat" aufgelöst werden und Folter, Behinderungen der Meinungs- und Organisationsfreiheit abgeschafft werden müssten.

In den letzten beiden Monaten seien 930 Menschen festgenommen worden; 140 Menschen hätten Folter, Misshandlungen oder Gewalt erfahren. Die Haftbedingungen und der Druck gegen die Häftlinge habe zu 4 Selbstmorden geführt.
Bei Angriffen "unbekannter Täter" seien 8 Personen, bei Schusswaffengebrauch der Polizei eine Person, bei Arbeitsunfällen 3 Personen ums Leben gekommen.
Bei erlittenen Angriffen seien 29 Menschen, bei Schusswaffengebrauch der Polizei 1 Person, bei Arbeitsunfällen 7 Personen verletzt worden.
Durch Bomben wurden 7 Personen verletzt, 1 Regierungsfahrzeug, 2 Geschäfte und 2 Staatsgebäude beschädigt.
7 TV Anstalten und Radios seien (vorübergehend) geschlossen worden; 41 Zeitungen und Zeitschriften seien beschlagnahmt worden, ein Kulturzentrum geschlossen sowie 2 Gewerkschafter seien verhaftet worden.
(DIHA, 25.7., ISKU)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 117
08. August 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Osman Öcalan zum Reuegesetz und einseitigen Waffenstillstand

Die Türkei ist gefragt!

Osman Öcalan, Mitglied des KADEK Präsidialrats erklärte, dass das Reuegesetz der AKP Regierung abgelehnt wird. Ebenso werden sie den 4 Jahre andauernden einseitigen Waffenstillstand beenden, falls der türkische Staat bis zum 1. September nicht einen Waffenstillstand gegenüber des Freiheits- und Demokratie-Kongress Kurdistans KADEK erklärt.

Osman Öcalan beteiligte sich am 3. August telefonisch an der Sendung Güne Bakis bei Medya-TV und bewertete das von der AKP Regierung verabschiedete Reuegesetz.

Osman Öcalan behauptete, dass das neue Gesetz unter dem Namen ‚Rückkehr in die Gesellschaft' keinen Unterschied zu den bisherigen Reuegesetzen darstellt und kein Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage beinhaltet. Das Gesetz sei einseitig und bezwecke die kurdische Freiheitsbewegung zu vernichten. "Es wurde keine Beratung mit kurdischen Vertretern abgehalten. Die Regierung und die Armee haben sich untereinander verständigt. Sie verleugnen weiterhin die Situation des kurdischen Volkes und versuchen wie früher die kurdische Befreiungsbewegung zu vernichten."
Für die Guerilla stehe aber nicht die Rückkehr nach Hause auf der Tagesordnung sondern die Freiheit. Der dreissigjährige Kampf hat eine sehr starke politische Bewegung und eine bewußte Bevölkerung hervorgebracht. Ebenso stehe das von der türkischen Presse lancierte Exil der Führungskräfte des KADEK nicht zur Diskussion. Diese Nachricht sei frei erfunden.

"Sie versuchen uns von der Führung zu trennen. Sie rufen ausser die Führungsebene alle auf zurück-zukehren. Warum diese Menschen in die Berge gegangen sind wird nicht gefragt. Das kurdische Volk ist der Führung sehr verbunden. Die KurdInnen sind nicht mehr die alten KurdInnen. Wir können nicht mehr hinters Licht geführt werden."

Der einzige Weg die Kurden von Ihrer Führung zu trennen sei Ihre Vernichtung. Der Staat habe keine einzige Organisation, auch keine legale Organisation zur Beratung zugezogen. Öcalan forderte den Staat auf, die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik aufzugeben und die Rechte der kurdischen Bevölkerung in die Verfassung aufzunehmen.

"Die Kurden sind keine Minderheit, sie sind ein Volk von 20 Millionen in der Türkei und machen damit ein Drittel der türkischen Bevölkerung aus. Die verabschiedeten Gesetze müssen das kurdische Volk erwähnen."

Die KADEK weiss, dass die Türkei und die USA keine Vereinbarungen bezüglich des KADEK haben. Aber der türkische Staat versuche die USA gegen den KADEK aufzuhetzen. Öcalan betonte, dass der KADEK keine Organisation sei der man drohen könne. Ausserdem habe die USA auch nicht den Willen gegen den KADEK vorzugehen, aber der türkische Staat versuche mit all seiner Kraft in Abstimmung mit den regionalen Staaten die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren. "Die Türkei möchte uns von den USA vernichten lassen." so Öcalan "Heute ist die Kriegssituation beendet. Mit der Intervention der USA im Irak sind auch die Bedingungen der alten Politik nicht mehr gegeben. Aufgrund des seit vier Jahre von unserer Seite andauernden Waffenstillstands und der Intervention der USA in den Irak, hat die alte Politik der Türkei, Irans und Syriens keine Bedeutung mehr. Somit wird eine neue Politik gebraucht. Wir denken nicht, dass die Politik der USA eine Praxis die keine Lösung der kurdischen Frage beinhaltet, gut heissen wird.

Wenn der türkische Staat bis zum 1. September nicht erklärt, dass sie sich mit der KADEK im Waffenstillstand befinden, wird der einseitige Waffenstillstand seine Bedeutung verlieren."

An konkreten Forderungen formulierte Osman Öcalan:

1. Am 1. September endet der Waffenstillstand. Wir wollen keinen neuen Krieg. Falls der türkische Staat von sich aus einen Waffenstillstand ankündigt, wird die Waffenruhe fortdauern. Das ist die Voraussetzung für eine Lösung. Innerhalb eines Monats soll die Regierung Stellung dazu beziehen. Wenn sie für ein Fortbestehen des Waffenstillstandes sind, müssen sie die Bedingung für einen beidseitigen Waffenstillstand schaffen.

2. Wenn der türkische Staat eine Lösung will, laden wir ihn zu einen Dialog ein. Es gab ein Treffen in Maxmur auf der untersten Ebene. Das reicht aber nicht aus. Der Staat, die Regierung und die Armee müssen zu einen Dialog kommen. Wenn Ihre Gesetze positive Seiten beinhalten, können wir das dort bereden. Wenn sie bezwecken mit diesem Dialog dem Gesetz eine Bedeutung beizumessen, kann das diskutiert werden und als ein kleiner Schritt bewertet werden; sonst hat das Gesetz einseitig keinen praktischen Wert.

3. Die kurdische Bevölkerung und die kurdischen Freiheitskämpfer werden das Gesetz nicht annehmen. Inhaltlich lehnen wir dieses Gesetz ab und rufen alle dazu auf, das Gesetz nicht zu akzeptieren.

Abdullah Gül sagte, wir bringen ein Gesetz heraus, das Wirkung haben wird. Wenn wir damit ein Drittel der Guerilla erreichen, werden weitere Schritte folgen. Doch dieses Gesetz geht an der Realität vorbei und ist für die Lösung der kurdischen Frage keine Antwort. Die neuen Gesetze werden zu keiner Lösung führen.

(ÖP, 5.8., ISKU)

KADEK kein Thema

Wie die griechische Zeitschrift "Nemessis" veröffentlichte, besprachen US-Generalkommandierender im Irak, Richard Myers, und US-Verteidigungsminister Rumsfeld letzte Woche im Pentagon nicht das Thema KADEK. Wie Myers auf Nachfragen des Magazins hin erklärte, sei weder die Entwaffnung der KADEK-Truppen noch ihre Entfernung aus dem Nordirak besprochen wurden, wie von türkischen Medien behauptet. "Ich telefoniere von Zeit zu Zeit mit meinen türkischen Amtskollegen, doch über diese Sachen haben wir nicht gesprochen" so Myers. Die Medienberichte seien für ihn selbst überraschend und frei erfunden, teilte er weiter mit.

(Bericht aus Istanbul, ISKU)

Meldungen

Gefecht bei Nusaybin
Zwischen türkischen Truppen und Kräften des KADEK kam es im Kreis Nusaybin zu einem Gefecht, bei dem 2 Mitglieder des KADEK und 3 türkische Soldaten ums Leben kamen.
(DIHA, 6.8., ISKU)

Die DEHAP-Delegation nach Südkurdistan verschoben.
Aufgrund von Schwierigkeiten die mit der aussergewöhnlichen Situation im Irak verbunden sind, muss die DEHAP ihre Mission nach Südkurdistan, die sie am 4. August aufnehmen wollte, verschieben.
Sobald sich die Möglichkeit für die Delegation eröffnet, wird sie nach Südkurdistan reisen um mit Vertretern des KADEK, der KDP, PUK und USA-Vertretern über ein Lösungspaket für die kurdische Frage zu reden.
(ÖP, 5.8., ISKU)

Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an Beerdigung beantragt
Das Mitglied der "1. Friedensgruppe", Ismet Baycan, verstarb im Gefängnis Mus vor kurzer Zeit. Wegen Teilnahme an seiner Beerdigung wurde jetzt anhand von Filmaufnahmen der Polizei bei den Sicherheitsbehörden in Van, Siirt, Diyarbakir und Bitlis gegen die Teilnehmer an der Beerdigung Ermittlungsverfahren beantragt. *(DIHA, 5.8., ISKU)*

4. Munzur-Festival auch mit Protesten gegen geplante Stauanlagen
Im Verlauf des 4. Munzur-Kultur- und Natur-Festivals wurde in Tunceli/Dersim eine Protestdemonstration mit ca. 1.500 Personen gegen die geplante Stauanlage im Munzur-Tal durchgeführt. Auch Vertreter/innen der Umweltinitiative Bergama beteiligten sich...
(DIHA, 3.8., ISKU)

Zuerst Freispruch, dann lebenslänglich
11 Jahre nach dem einst erfolgten Freispruch in einem Mordprozess im Bezirk Midiyat wegen Mordes in 8 Fällen wurden die 10 angeklagten Dorfschützer nach Annullierung der ursprünglichen Strafe jetzt in Denizli in einem erneuten Verfahren bei gleicher Beweislage zu lebenslanger Haft verurteilt
(DIHA, 3.8., ISKU)

Menschenrechtsklausel im Baku Ceyhan Pipeline Vertrag.
Im jüngst in Baku unterzeichneten Vertrag bezüglich der Sicherungsmaßnahmen für das Pipelineprojekt wurde eine Klausel auf-

Die Maxmur-Lüge

Von türkischen Medien wurden Beiträge gebracht, dass sich die Flüchtlinge des Lagers in Maxmur (Südkurdistan/Nordirak) darauf vorbereiten würden, von dem letzte Woche verabschiedeten "Reuegesetz" zu profitieren. Auf Nachfragen bei der UNO stellte sich heraus, dass diesbezüglich keinerlei Anträge oder Anfragen gestellt wurden.

Nachdem das offiziell "Gesetz zur gesellschaftlichen Reintegration" benannte Regelwerk in der amtlichen Zeitung "Resmi Gazete" veröffentlicht wurde, behaupteten türkische Printmedien und Fernsehanstalten in dieser Woche, die Bewohner des Campes Maxmur würden sich darauf vorbereiten zurückzukehren. Es stellte sich heraus, dass das Gegenteil der Fall ist. Weder an den zuständigen Flüchtlingshochkommissar der UNO in Genf, Peter Kessler, noch an eine andere Stelle hätten sich Flüchtlinge mit derartigen Anliegen gewandt, noch konnte eine Militärkommission, gebildet aus türkischen und amerikanischen Offizieren, bei einem Besuch im Lager am letztem Wochenende die Flüchtlinge vom Reuegesetz überzeugen und zur Rückkehr bewegen. Laut Kessler hat die Türkei noch keine konkreten Schritte für die Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge begonnen. Der UNHCR betonte, zuerst müssten sichere sozialen und zivilen Bedingungen geschaffen werden. Die seit 10 Jahren im Irak lebenden Flüchtlinge fordern dagegen, dass zuerst Schritte in Richtung Demokratisierung unternommen werden müssten.

Der UNO Sonderbeauftragte für Irak, Sergio Vieira de Mello´, teilte nach einem Treffen mit Außenminister Gül in Ankara mit, dass er deutlich gemacht habe, dass die UNO auf einer zivilen Lösung des Problems bestehe. Man habe über die Notwendigkeit gesprochen, für die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge aus der Türkei als auch der tausenden Irak-Flüchtlinge alle Anstrengungen zu unternehmen.

Die Flüchtlinge im Maxmur-Camp haben indessen ihre konkreten Forderungen veröffentlicht. Sie möchten in einem Land leben, indem sie in politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereichen ihr Leben selbst frei gestalten können:

1. Anstelle des umstrittenen Reuegesetzes muss ein Gesetz für Frieden und demokratische Partizipation beschlossen werden.

2. Die zerstörten und niedergebrannten Dörfer müssen wieder aufgebaut werden.

3. Für die Rückkehr müssen freie Bedingungen herrschen und Entschädigung ist zu leisten.

(Bericht aus Istanbul, ISKU)

Das türkische Militär wehrt sich

Exakt fünf Tage widerstand der Parlamentsbeschluß der Wirklichkeit. Dann wurde der staunenden Öffentlichkeit am Montag verkündet, er sei gecancelt. So zumindest lautete die offizielle Version, die sich darauf stützt, dass Ministerpräsident Erdogan in den vergangenen Tagen intensiv mit der Armeeführung verhandelt habe. Inoffiziell allerdings war das Gesetz, wonach die türkische Armeeführung zukünftig nicht mehr Chefin der Türkei ist, bereits 24 Stunden vor seiner Beschlußfassung beerdigt worden. Als sich nämlich Generalstabschef Özkök bei Ministerpräsident Erdogan am vorvergangenen Dienstag – überraschend, wie es hieß – einfand, stellte er bereits die Weichen zur weiteren Kontrolle der immer noch mächtigen Nebenregierung namens MGK (Nationaler Sicherheitsrat). Dass Erdogan tags darauf in Istanbul vom Pferd fiel und nicht an der angeblich so bedeutsamen Parlamentssitzung in Ankara teilnehmen konnte, mag Folge dieses Treffens unter vier Augen gewesen sein – einer echten Begegnung der dritten Art zur vorausauseilenden Entmündigung eines Parlaments vor Re-Etablierung der noch gar nicht gestürzten Militärmachthaber.

Wie zu erwarten nach Jahrzehnten einer absolutistischen Hüterrolle für als wahr angesehene Werte wehrt sich die Armee also und wird sich nicht einfach beiseite schieben lassen, nur weil die EU eine »funktionierende Demokratie« wünscht. Seit dem Übergang vom offen terroristischen Folterregime 1980 zur verdeckt terroristischen MGK-Sonderregierung Mitte der Achtziger verfügt diese über das letzte Wort – und über den Ratsvorsitz. Dieser sollte ihm nun genommen werden. Ein ziviler Kandidat wurde benannt – und hurtig ersetzt durch einen Vier-Sterne-General. Der fungiert also als MGK-Generalsekretär zunächst für ein Jahr. Und bis dahin fließt noch viel Wasser durch den Bosporus – wie auch in den vergangenen zwölf Monaten, seitdem die Große Nationalversammlung der Türkei ein Reformpaket dem anderen in Richtung EU folgen lässt, Willfährigkeit demonstrierend.

Den sieben Sendungen will Erdogan gar – wenn nötig – eine achte folgen lassen. Derweil befindet sich allerdings die türkische Wirklichkeit weiterhin auf der Überholspur und läßt Parlamentsbeschlüsse rechts liegen. Oder vielmehr links. Schließlich wäre es an der Zeit, daß sich die »Republik« Türkei tatsächlich zu einer solchen entwickelte – ohne Folter, mit einer Abgeordneten Leyla Zana in Freiheit, mit Kurdischunterricht an den Schulen und einer Armee unter Kontrolle. Dem ist solange nicht so, wie das Kräfteverhältnis innerhalb des Landes sowie die türkische Rolle auf dem internationalen Kräftefeld relativ offen sind. Sich zu positionieren, scheint den innertürkisch Konkurrierenden schwer zu fallen. Dabei wäre ein Blick in die »Demokratien« des Westen vielleicht lehrreich. Dort geschieht viel von dem, was an der Türkei kritisiert wird, völlig unbehelligt. In Wirklichkeit.

(jW, 6.6., ISKU)

genommen, die die Vertragsparteien zur Einhaltung der Standards der europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet. Von Amnesty International und dem Kurdischen Menschenrechtsprojekt war zuvor heftige Kritik an dem Projekt geübt worden, das zu Enteignungen und Menschenrechtsverstößen führen werde. *(Radikal, 2.8., ISKU)*

Menschenrechtskommission des Parlaments kontrolliert Polizeistationen und Gefängnis

Wegen erhobener Foltervorwürfe kontrollierten Mitglieder der Menschenrechtskommission des Parlaments im Gefängnis Aydin die Kinderabteilung sowie zwei Polizeistationen. Für das Gefängnis gab es eine konkrete Beschuldigung wegen erlittener Folter. Ebenfalls wegen der vorgenommenen Folter hatte der IHD eine Untersuchung durchgeführt und einen "dringenden Aufruf" veröffentlicht. Der Justizminister hatte erklärt: "Es gibt keine Folter."

(DIHA, 2.8., ISKU)

Erneute Dorfräumung erregt Besorgnis

Der örtliche Sekretär des Vereins Göc-Der in Diyarbakir, Rechtsanwalt M. Karaman, äusserte seine Besorgnis über eine erneute Dorfräumung. In Hakkari wurden das Dorf Aksu und 6 Weiler erneut geräumt, nachdem die Bewohner/innen aus eigenen Mitteln die Rückkehr organisiert hatten.

(DIHA, 1.8., ISKU)

Klage gegen Spezialeinheiten wegen Folter und Verstümmelung

Im Rahmen einer Operation kam in Tokat ein Mitglied der Maoist Komünist Partisi (MKP) ums Leben. Seine Eltern klagten die Sicherheitsverantwortlichen an. Dokumentiert mit Fotos und Filmaufnahmen wurden an der Leiche des Getöteten Folterspuren und Verstümmelungen festgestellt. Am Leichnam waren u. a. ein Ohr abgeschnitten und Finger einer Hand zerstückelt.

(DIHA, 1.8., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt

Kampagne für die kurdische Sprache in Bitlis

Bitlis: Der Provinzvorsitzende der DEHAP in Bitlis, Vedat Yamac, hat bekanntgegeben, dass die Partei eine Kampagne für die kurdische Sprache gestartet hat.

Die regionalen Organisationen der DEHAP in Bitlis haben sich in ihrem zentralen Büro in Tatvan versammelt, um die Entwicklungen der jüngsten Zeit und die Situation der Partei zu bewerten. Der Provinzvorsitzende der DEHAP in Bitlis, Vedat Yamac, veröffentlichte Informationen über das Treffen und gab bekannt, dass verschiedene Entscheidungen getroffen worden seien: "Wir haben auf dem Treffen eine Reihe von Entscheidungen gefällt. Wir werden am 17. August einen Massenausflug zum Berg Nemrud organisieren. Wir werden auch an der Demonstration zum Weltfriedenstag am 1. September in Van teilnehmen. In jedem Bezirk werden wir, im Rahmen der Bücher-Kampagne, eine Bibliothek eröffnen. Zusätzlich werden wir eine Kampagne starten, die das Sprechen in kurdischer Sprache in unserem Bezirk fördern soll. Unsere Sprache ist hier, wie auch in der gesamten Region, von Assimilation bedroht."

Yamac fügte hinzu, dass die Kampagne zunächst mit den Parteimitgliedern und -funktionären selbst beginnt und dann auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt wird. Die Kampagne werde fortgesetzt, bis sich das Sprechen in Kurdisch mehr verbreitet habe.

(ÖP, 5.8., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 118
15. August 2003

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK: “Demokratische Entwicklung steht unmittelbar bevor...”

Diese Stellungnahme fasst die Ergebnisse einer sechstägigen Konferenz der Führung des KADEK zusammen. Wir geben hier eine stark gekürzte Fassung wieder. Vollständig ist der Text auf unserer Seite **www.nadir.org/isku** *nachzulesen.*

Was die politisch-militärische Position betrifft geht die Führung des KADEK davon aus, dass der Sturz des irakischen Regimes im Gefolge der U.S. Intervention einen Prozess angestoßen hat, der zu einer nahezu vollständigen Auflösung des Status Quo im Mittleren Osten führt. Angesichts dieses Prozesses haben die führenden regionalen Mächte Anstrengungen unternommen, um diesen Wandel aufzuhalten. Die amerikanische Intervention war nicht beschränkt auf die Zerstörung des irakischen Regimes, sondern hat letztlich die Zukunft der regierenden Machthaber in der Türkei, dem Iran, in Syrien und anderen Staaten der Region in Frage gestellt.

Unmittelbar im Anschluss an ihren militärischen Erfolg drohten die USA dem Iran und Syrien und machten der Türkei schwere Vorwürfe. Gleichzeitig trafen sie Vorkehrungen, die den Einfluss der irakischen Opposition begrenzen sollten, besonders den der KDP und der Schiiten. Angesichts dieses Angriffs zeigte der Iran die Tendenz Widerstand zu leisten, während Syrien es vorzog, sich loyal der Türkei anzuvertrauen. Die KDP andererseits traf eine Absprache mit den Schiiten, um so gemeinsam ihr Unbehagen zu äußern. Die Türkei wiederum versuchte, ihre Beziehungen zu den USA zu verbessern und gleichzeitig eine führende Rolle unter deren Gegnern einzunehmen. Der Umstand, dass es den USA nicht gelang, im Zentralirak Stabilität herzustellen, veranlasste die Türkei, ihre Anstrengungen zur Gefährdung der Intervention zu verstärken und die USA zu Kooperation nach ihren Bedingungen zu zwingen. Angesichts eines solchen fait accompli sind sich die USA über den weiteren Verlauf ihrer Intervention im Unklaren. Die generelle Tendenz der zukünftigen Entwicklung ist deshalb ebenfalls nicht klar. Die Entscheider in der türkischen Politik haben es daher eilig, diese Unsicherheit zu nutzen und ihr sogenanntes Reuegesetz voranzutreiben, das im Grunde auf einen neuerlichen Angriff auf die kurdische Freiheitsbewehung hinausläuft. Deshalb wird die Stationierung türkischer Truppen im Irak von der türkischen Regierung sowohl als Mittel zur Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung gesehen wie auch als ein Zug im Spiel um die Oberhand bei den Entwicklungen in der Region.

Angesichts der Tatsache, dass die jüngsten Entwicklungen auch eine Gelegenheit bieten, den Status Quo im Mittleren Osten zu überwinden – eines Status Quo, der für die Kurden Verleugnung und andauerndes Chaos bedeutete – wurden sie von den meisten Kurden begrüßt. Vor diesem Hintergrund haben sich die Türkei, Iran und Syrien abgestimmt, hart gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorzugehen. Insbesondere die Türkei hat ihre Bemühungen verstärkt, die USA dazu zu bringen, gegen den KADEK vorzugehen und ein Umfeld zu schaffen, in dem die Politik ihrer Allianz gedeihen kann. Dieses Umfeld besteht nicht nur aus zunehmenden politischen und militärischen Attacken gegen unsere Bewegung, sondern auch in dem Versuch, die USA in eine Auseinandersetzung mit der kurdischen Freiheitsbewegung hineinzuziehen. Obwohl diese ganze Kampagne darauf abzielt, den Kurden die Kraft zur Initiative zu nehmen, sind die Bedingungen reif dafür, dass die fortschrittlichen Kräfte unter den Kurden beim Bestimmen des weiteren Verlaufs der Entwicklung die Initiative ergreifen.

Wir sind daher zuversichtlich, dass es dem KADEK möglich sein wird, den Verlauf der Ereignisse dadurch zu beeinflussen, dass er seine gegenwärtige Defensivposition aufgibt und seine politischen, organisatorischen, militärischen und diplomatischen Anstrengungen verstärkt. Wir glauben, dass in der Tat eine demokratische Entwicklung unmittelbar bevorsteht.

Die eingetretene Verzögerung im Ablauf der Ereignisse und die Ungewissheit als Folge des Widerstands der Verteidiger des Status Quo können nur vorübergehend sein. Keine internationale, regionale oder gar lokale Macht könnte eine Politik nach altem Muster fortsetzen. Die gegenwärtige Ungewissheit wird neuen Entwicklungen Platz machen und durch frischen Schwung in unserem Kampf wird noch deutlicher werden als zuvor, dass Einheit in Demokratie der Weg zur Lösung der kurdischen Frage ist. In dem Ausmaß, wie es den Kurden gelingt die Initiative zu ergreifen, ist eine demokratische Entwicklung in allen Ländern fast sicher, die über Kurdistan Herrschaft ausüben.

Die USA werden den Versuch der Umgestaltung des kapitalistischen Systems nicht aufgeben. Die globale Dominanz eines Kapitalismus auf neokolonialistischer Basis ist in eine Sackgasse geraten. Die oligarchischen, autokratischen, theokratischen und monarchischen diktatorischen Regime des Neokolonialismus behindern die soziale Entwicklung. Globalisierung verlangt, dass alle nationalen Beschränkungen des Flusses von Rohstoffen, Kapital und Technologie abgebaut werden. Soziale Entwicklung andererseits erfordert, dass Gesellschaften sich entschließen, an den Produktionsprozessen teilzunehmen. Aus all diesen Faktoren entsteht eine Korrelation zwischen dem Prozess der Umgestaltung des Kapitalismus und der Demokratisierung. Wenn der Kapitalismus sich reproduzieren will, muss er die Demokratisierung vorantreiben. Andernfalls wird er das Schicksal des sozialistischen Systems teilen. Vor diesem Hintergrund bekommt die mittelöstliche Intervention der USA die Qualität einer externen transformativen Dynamik. Sie wird demokratische Entwicklung unvermeidbar machen – selbst wenn dies auf der Grundlage von Abhängigkeit geschieht. Der Prozess der Umgestaltung des Kapitalismus verlangt daher dringend, dass der herrschende Status Quo überwunden wird und eine demokratische Entwicklung an seine Stelle tritt.

Der unerbittliche Prozess der Intervention, der sich aus dem Wunsch des Kapitalismus nach Veränderung ergibt, enthält aber auch für die Menschen die Gelegenheit, unabhängige Demokratien zu etablieren.

Wenn es ihnen gelingt die Initiative zu ergreifen, können diese Möglichkeiten sehr wohl in den Dienst einer demokratischen Zivilisation gestellt werden. Die Kurden könnten eine treibende Kraft in diesem Prozess werden, einem Prozess der gleichbedeutend ist mit dem Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf eine Zivilisation auf der Grundlage von Klassengesellschaften abgelöst wird von einer demokratischen Zivilisation. Die Freiheitsbewegung, für die der KADEK steht, hat das Potenzial, die KurdInnen sowohl zum handelnden Subjekt als auch zum Gegenstand dieses Prozesses zu machen. *(KADEK, 10.8., ISKU)*

Meldungen

Panzer für Türkei?
Die türkische Armee ist sehr an deutschen Panzern interessiert. Dennoch dürfte es in absehbarer Zeit keine offizielle Anfrage aus Ankara an die Bundesregierung geben. Die türkischen Generäle wollen keine Abfuhr riskieren und deshalb die im kommenden Jahr anstehende EU-Entscheidung über den Beginn von Beitrittsgesprächen mit der Türkei abwarten: Erhält die Türkei grünes Licht, gibt es keinen Grund mehr, der Türkei Rüstungsgüter vorzuenthalten.
(BN, 14.8., ISKU)

Türkische Armee-Einheit bereitet sich auf Irak-Einsatz vor
Nach der Grundsatzentscheidung der türkischen Regierung für eine Truppenentsendung nach Irak bereitet sich eine erste Armee-Einheit auf den Einsatz im südlichen Nachbarland vor. Eine Armee-Division mit Erfahrung bei Auslandseinsätzen in Bosnien und Afghanistan habe den Befehl erhalten, sich für den Einsatz bereit zu halten. Der Kommandant der Einheit, General Ümit Sahintürk, werde im Falle einer türkischen Beteiligung an der geplanten Irak-Stabilisierungstruppe die türkischen Soldaten in Irak befehligen.
(AFP, 14.8., ISKU)

Die 81 jährige Emine Kiyancicek ist frei gekommen
Die 81 jährige war mit drei weiteren Großmüttern im Alter von 61-81 Jahren wegen Unterstützung der PKK/KADEK mit Lebensmitteln, zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie war 2 ½ Jahre im Gefängnis von Dersim inhaftiert. Nach ihrer Freilassung äußerte sie, dass der Staat sie nicht weich gekriegt und dass sie am meisten die Berge vermisst habe. Sie wurde von 24 Enkeln empfangen und in ihr Dorf begleitet. *(DIHA, 13.8., ISKU)*

Ermittlungsverfahren wegen Friedhofbesuch
Gegen den gesamten DEHAP-Vorstand in der Provinz Tunceli [Dersim] wurde von der Generalstaatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die DEHAP-Mitglieder hatten das Grab des KADEK-Mitgliedes C. Dagtekin besucht und einen Kranz niedergelegt.
(DIHA, 13.8., ISKU)

Polizeichef von Istanbul soll zurücktreten
Der IHD-Istanbul hat den Polizeichef der Stadt, Celalettin Cerrah, aufgefordert, wegen des Vorge-

Öcalans Gesundheitszustand verschlechtert sich zunehmend

Die Anwälte des seit 4 Jahren in Isolationshaft gefangenen gehaltenen Abdullah Öcalan berichten von einer zunehmenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes ihres Mandanten.
Seit seiner illegalen Verschleppung aus Kenia im Februar 1999 befindet sich der Vorsitzende des KADEK, Abdullah Öcalan, auf der Gefängnisinsel Imrali im türkischen Marmarameer. Er ist der einzige Gefangene in der Festung und in einer Zelle von 13 qm inhaftiert.
Die außerordentlichen klimatischen Verhältnisse und die schweren Isolationshaftbedingungen haben den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans stark angegriffen. Demnach leidet der Kurdenführer unter massiven Atembeschwerden, die zu ernsten Schlafstörungen führen. Vereinzelt treten auch Erstickungsanfälle auf, weshalb die Anwälte Öcalans um das Leben ihres Mandanten fürchten. Außerdem hat die lange Haftzeit in Totalisolation dazu geführt, dass sein Geruchs- und Geschmackssinn stark beeinträchtig sind. Eine ärztliche Versorgung ist auf der Gefängnisinsel nur begrenzt möglich.
In einem Statement des Istanbuler Rechtsanwaltbüros, das Abdullah Öcalan betreut, fordern die Anwälte eine sofortige Verbesserung der Haftbedingungen. U.a. werden die Einsetzung einer unabhängigen Ärztekommission, die Verlängerung der Besuchszeiten von Familienangehörigen (momentan 15 Minunten pro Monat) und die Verlegung an einen anderen Ort gefordert. Darunter verstehen die Anwälte die Überführung ihres Mandanten in den Hausarrest.
Die Internationale Initiative unterstützt uneingeschränkt die oben genannten Forderungen. Die Isolationshaft von Abdullah Öcalan muss sofort aufgehoben werden.

(Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan", 14.8., ISKU)

Mehr Gesetze - Weniger Menschenrechte

Auf einer Pressekonferenz in Ankara stellte Yusuf Alatas, stellvertretender Vorsitzende des Türkischen Menschenrechtsvereins IHD, den jüngsten Bericht über das erste Halbjahr 2003 vor. Er betonte am Anfang der Veranstaltung, dass zwar ein EU-Anpassungspaket nach dem anderen beschlossen würde, doch hätte dies mit der Realität nicht viel zu tun. So positiv die Gesetzesänderungen auch seien, an der gesellschaftlichen Realität hätten sie nichts geändert. Für die Erhöhung der demokratischen Standards und den Schutz der Menschenrechte seien Umsetzungen gefordert, nur so bringen die neuen Gesetzespakete auch Nutzen. Während zahlreiche Beschlüsse und Gesetzesänderungen den Willen bekunden, endlich der EU beitreten zu können, ist im Land selbst eine Verschlechterung der Situation zu beobachten.
Im Gegensatz zum Vorjahr fiel der IHD-Bericht für das erste Halbjahr 2003 schlechter aus als zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Menschrechtsverletzungen erhöhte sich deutlich. So starben 14 Menschen bei extralegalen Hinrichtungen oder sie wurden „auf der Flucht erschossen" beziehungsweise seien sie „zufällig unter Feuer geraten". Ebenso wurden sie Opfer von Dorfschützen und bewaffneten Sicherheitskräften. In Gefängnissen starben insgesamt 15 Menschen durch Selbsttötungen wie Selbstverbrennnugen. Weitere Todesursachen waren das Nichtbehandeln von Krankheiten und gewaltsame Überfälle. Weitere 41 starben bei Zusammenstößen, 27 erlitten auf diese Art Verletzungen. Die Zahl der Folteropfer im ersten Halbjahr 2003 liegt bei 705 Personen. 241 Menschen wurden auf Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch die Polizei schwer verletzt.
Seitens der Polizei bestätigte man 43 Folteropfer. Elf Verfahren seien eröffnet wurden, um gegen 63 Beamte gerichtlich vorzugehen. Davon wurden bereits 13 freigesprochen, acht Verfahren wurden vertagt und 29 Polizisten gingen wegen Verjährung straffrei aus. Übrig bleiben 13 verurteilte Polizisten. Ihre Haftzeit summiert sich auf 63 Jahre und sechs Monate. Ganz anders fällt das Ergebnis bei politisch angeklagten Personen aus. So wurden 270 Verfahren eröffnet und die Angeklagten blicken nach ihrer Verurteilung auf insgesamt 200 Jahre Gefängnis und einen Schuldenberg von 153 Milliarden Lira.
1321 Verfahren laufen derzeit. Nach abgeschlossenen Verfahren wurden 221 Menschen freigesprochen. 92 Verfahren wurden neueröffnet, angeklagt sind 904 Männer und Frauen.
Doch nicht nur die menschenrechtlichen Situationen tragen zur Besorgnis bei. Vizepräsident Alatas wies weiterhin auf die Repressionen hin, die den IHD im ersten Halbjahr 2003 betrafen. Die Büros in Istanbul und Ankara wurden durchsucht und Akten sind beschlagnahmt worden. Unter diesen Bedingungen bringt das Gesetz zur gesellschaftlichen Partitzipation, das mit Billigung des Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer beschlossen wurde, keine Änderung. Im Gegenteil, es unterscheide sich kaum von den Reuegesetzen vorheriger Regierungen, bemerkte Alatas. „Um die ernsten Probleme in der Türkei zu lösen", so Alatas weiter, „müssen neue Wege beschritten werden. Die Wurzeln sind es, bei denen angesetzt werden muss." Diskussionen und Dialog würden der Wegbereitung dienen, um die Situation zu verbessern. *(YÖG, 7.8., ISKU)*

Frauen in der Türkei rufen zum Frieden auf

Die Frauenorganisation KATAGI (Initiative zur Entwicklung eines Frauenstandpunktes) lädt ein zu einer internationalen Frauen-Friedens-Initiative, die am 20./21. September 2003 in Bingöl stattfinden soll. Diese Initiative knüpft an die vielfältigen Aktivitäten der vergangenen Monate an: Unter dem Motto "die Gewaltkultur zum Schweigen bringen" wurden, durch ein Bündnis verschiedener Frauenorganisationen, darunter türkische, kurdische, Frauen-, Lesben- und Transsexuellen-Organisationen, in verschiedenen Städten der Türkei die Initiative Friedenstisch durchgeführt. Mit dem Aufruf zu Friedensgesprächen wollten sie, im Gegensatz zur langen Tradition militärischer Gewalt die in der Türkei vorherrscht, zu Gesprächen unter allen gesellschaftlichen Kräften zur Lösung zahlreicher Probleme anregen und eine Kultur des Friedens etablieren. Bereits im Juni 2003 sollten die Friedensgespräche auch in Bingöl stattfinden. Dort wurde die Initiative jedoch von den Sicherheitskräften verhindert, 119 Frauen wurden brutal festgenommen und eiligst aus der Stadt geschafft. Mit neuer Kraft und in Solidarität mit der Bevölkerung in Bingöl, haben die Frauen nun beschlossen die Friedensgespräche am 20./21 September erneut in Bingöl durchzuführen.
Im Aufruf von Katagi dazu heißt es: "Wiederholte Male haben wir nach den Erfahrungen in Bingol unsere Friedensgespräche in Adana, Diyarbakir, Istanbul und in Ankara auf den "Peace! Right Now!-Demonstrationen" eingerichtet. Wir werden wiederholen, was wir sagen, bis eine friedliche Kultur öffentlich ausgerufen wird. Denn: Die Türkei kann sich nicht ändern, so lange sich in Städten wie Bingöl nichts ändert.
Frieden wird niemals kommen, solange in Städten wie Bingöl ein friedliches Leben nicht möglich ist.
Wir laden Frauen von überall auf der Welt ein, um sich unserm Streben nach Frieden in der Türkei anzuschließen und um Bingöl im September wieder zu besuchen."

(Katagi, ISKU)

hens der Polizei bei den Aktionen der Kriegsgegner während der Hochzeit des Sohns von Erdogan, zurückzutreten. *(ÖP, 13.8., ISKU)*

Verbotene Kassetten und CDs
Das Gouverneursamt von Mus gab das Verbot von insgesamt 123 verschiedenen CDs und Kassetten bekannt. Dazu gehören die Filme "Alter Mann, kleines Mädchen" und der Film "Sinir" auf DVD, die CDs von Koma Berxwedan, von Ahmet Kaya "Sarkilarim daglara", Musik von Grup Yorum und diverse Cassetten mit Volksmusik. Die Polizeichefs von Mus und Varto kündigten an, das die Polizei angewiesen sei, den CD- und Kassettenverkäufern das Verbot mitzuteilen und bei Verstößen Strafen zu verhängen. *(ÖP, 12.8., ISKU)*

Innenminister sagt nicht die Wahrheit
Gülbahar Gündüz, die In Istanbul von mutmasslicher Zivilpolizei sexuell misshandelt wurde, bezeichnete die Behauptung von Innenminister Aksuyu, sie unterstütze die Polizei nicht bei der Aufklärung des Verbrechens, als Lüge. *(DIHA, 8.8., ISKU)*

Haftbefehle gegen M. Batgi und Rojin aufgehoben
Die Teilnehmer des Kulturfestivals in Dogubeyazit, Murat Batgi und die Sängerin Rojin erhielten wegen der Anschuldigung "Unterstützung" einen Haftbefehl. Durch das Verwaltungsgericht wurden die Haftbefehle jetzt aufgehoben.
(DIHA, 8.8., ISKU)

Festgenommene Jugendliche sollen "Reueantrag" unterschreiben
Die IHD-Vorsitzende in Urfa gab eine Erklärung ab, dass 3 Personen unter Anschuldigung "Anschluss an eine illegale Organisation" verhaftet worden seien. Im Verlauf der Festnahme seien sie aufgefordert worden einen Antrag auf das neue Reuegesetz zu unterschreiben.
(DIHA, 7.8., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
BN	Bremer Nachrichten

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 119
22. August 2003

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

„Roadmap“ für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage

Am 2. August veröffentlichte der KADEK eine sogenannte Roadmap für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei. Da der Umfang dieser Wegbeschreibung unseren Rahmen hier sprengen würde, veröffentlichen wir nur einen kleinen Teil davon. Den gesamten Text finden Sie auf unserer Internetseite.

Wir sind unserer Entscheidung seit dem 2. August 1999 treu geblieben und haben nicht nur unsere bewaffneten Aktionen gestoppt, sondern haben auch vernünftige Vorschläge und Denkansätze verlauten lassen, um einen echten Frieden herbeizuführen. Wir haben alles, was wir konnten, getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, die dem Frieden förderlich ist. Wenn dies auch noch nicht ausgereicht hat, so hat sich doch das Klima in der Türkei (ein wenig) in Richtung auf eine Lösung verändert. Das Niveau der Diskussion über die Notwendigkeit, die kurdische Frage zu lösen, ist besser geworden und es hat sich hierzu eine Meinung in der Öffentlichkeit gebildet. Es wurde deutlich, dass jetzt die Regierung am Zug war. Obwohl 2002 einige begrenzte Maßnahmen ergriffen wurden, blieben diese ohne praktische Folgen. Entscheidungen wurden nicht umgesetzt. Die Repressionen nahmen im Gegenteil zu und es kam zu fortgesetzten Militäraktionen. Zu einer Zeit, in der die kurdische Gesellschaft mit einigen bescheidenen Vorschlägen ihre Bereitschaft für eine Lösung deutlich macht, in der es in der Türkei Bedingungen gibt, die es erlauben, geeignete Schritte zur Lösung des Problems zu unternehmen, in der die regionale Entwicklung eine Lösung des Problems von der Türkei verlangt, in der die Beziehungen zur EU und zu den USA gestärkt werden müssten, bedeutet das Festhalten an einer Politik der Nicht-Lösung, dass der Waffenstillstand, der nun vier Jahre gehalten hat, zu Ende gehen wird. Das jüngste Reuegesetz, mit dem KADEK eliminiert werden soll, bezeichnet das Ende dieses Friedensprozesses. Dieses Gesetz ist im Wesentlichen kein Beitrag zur Problemlösung, sondern spricht für die Absicht, unsere Kräfte einzukreisen und zu eliminieren. Auch den jüngsten Beziehungen der Türkei zu Syrien und dem Iran liegt die klassische Verleugnung der Kurden zugrunde, auch sie haben die Unterdrückung der Freiheitsbewegung zum Ziel. Der Wunsch, die Stationierung türkischer Truppen im Irak dazu zu verwenden, die USA dazu zu bringen, KADEK und die Guerilla militärisch anzugreifen, ist ebenfalls ein Zeichen dafür, dass die Türkei einen Konflikt der Lösung der kurdischen Frage vorzieht. Zusammen mit den neuerlich vermehrten Repressionen gegen die Zivilbevölkerung wird deutlich, dass hier einer Politik des Drohens und Erpressens gegen unsere Bewegung verfolgt wird. Offensichtlich möchte die Türkei uns wissen lassen, dass es für uns nur die bedingungslose Kapitulation geben kann. *(KADEK, 2.8., ISKU)*

Von grenzenlosem Schmerz zur grenzenlosen Suche nach Freiheit

Den Schmerz zu erkennen, seine Ursachen festzustellen und dann den Entschluss zu fassen, die Wurzel des Übels zu beseitigen - das ist ein Weg, auf dem sich viele Freiheitsbewegungen herausbildeten. Innerhalb dieses Prozesses fanden auch Individuen mit der Bewusstseinsbildung die Kraft, ihren Schmerzen, ihre Wut und ihre Trauer in Widerstand zu verwandeln. Aus der Ablehnung von Unrecht und Gewaltherrschaft wuchs schnell die Suche nach Alternativen, die Suche nach einem freien, kollektiven Leben... Das waren u.a. die Dynamiken gewesen, unter denen sich die Frauenbewegung in Westeuropa Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre entwickelt hatten. Doch wo sind heute die Zehntausenden von Frauen, die damals gegen Gewalt gegen Frauen auf die Strasse gegangen sind und betonten, dass das Private politisch sei?

War in der Zeit des Aufbruches die Kraft vorhanden, Perspektiven zu entwickeln und Forderungen zu stellen, sich in das politische und gesellschaftliche Geschehen einzumischen, verblasste die Kritik der Ausbeutungsverhältnisse hin zum Aufzählen vielfältiger Missstände. Bemühten sich insbesondere einige Teile der Frauenbewegung darum, Verbindungen zu sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen herzustellen und das Geflecht der Herrschaftsstrukturen zu entlarven, so ist das Resultat heute, dass alle sich nur noch als "Opfer" von irgendwas empfinden.

In der Flut aus Daten und Informationen, die tagtäglich über Internet und Medien auf uns einströmen, ist kaum noch jemand in der Lage, Wahrheit von Fälschung zu unterscheiden - geschweige denn Schmerz gegenüber dem Unrecht zu empfinden. Genauso ist es in den Strassen Westeuropas kaum noch möglich, jemandem zu begegnen, der Freude und Euphorie gegenüber fortschrittlichen Entwicklungen und neuen Initiativen zu empfinden vermag. Obwohl sich an den Gründen von den Protesten von vor 20-30 Jahren in Westeuropa im Wesentlichen nicht viel geändert hat, scheinen hier viele der früheren AktivistInnen abgestumpft und entmutigt. Es scheint, als würden sie darauf warten, dass jemand sie aus dem Schlaf rüttelt. Denn die politischen Entwicklungen gehen insbesondere in den letzten Tagen mit rasanter Geschwindigkeit weiter.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit ihrer **Roadmap** für eine politische Lösung der kurdischen Frage und zur Demokratisierung des Mittleren Ostens eine wichtige Initiative in die Hand genommen. Diese Initiative, die zugleich auch eine demokratische Neugestaltung der sozialen und politischen Beziehungen, der gesellschaftlichen Organisierungen beinhaltet, zeigt, dass im Mittleren Osten die Verwandlung des Schmerzes in eine neue Lebensperspektive nicht wie in Europa auf halben Wege zur Umkehr gebracht werden konnte. Eine demokratische Föderation der Völker des Mittleren Ostens beinhaltet zugleich einen neuen, globalen Aufbruch für eine demokratische und ökologische Gesellschaftsorganisierung, für die Befreiung der Frau und soziale Gerechtigkeit. Wenn alle freiheitsliebenden Menschen die freudige Aufregung über die Chance verspüren können, die in diesem Projekt liegt, so bin ich mir sicher, dass sie mit ihrer Unterstützung dazu beitragen werden, dass auch sie selbst ihren totgeglaubten Träumen Schritt für Schritt in diesen Tagen näher kommen werden. Nicht als "Opfer" oder als romantische VerliererInnen, sondern als verantwortungsbewusste, entschlossene Menschen liegt es an uns allen, mit unseren Projekten, mit unseren Gedanken und Taten an unserer grenzenlosen Suche nach Freiheit festzuhalten.

(ÖP, 15.8., ISKU)

Meldungen

Türkei orientiert sich auf "L-Typ"-Gefängnisse
In der Türkei wird die Anzahl der "Hochsicherheitsgefängnisse" zunehmen. Bisher gab es aufgrund des Widerstands der Öffentlichkeit diese Gefängnisse - anders als in den USA und Europa - nur in begrenzter Anzahl. Nach Diyarbakir und Denizli wird jetzt ein weiteres in Sakarya eingerichtet. Die genannten "L-Typ" Gefängnisse sind nach den F-Typ-Gefängnissen die am meistenumstrittenen.
(DIHA, 18.8., ISKU)

Anwalt will eventuell Verteidigung aus Protest niederlegen
In dem laufenden erneuten Verfahren gegen die ehemaligen DEP-Abgeordneten, das nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wieder aufgerollt wurde, sind in den bisherigen sechs Verhandlungen sämtliche Anträge der Verteidigung vom Gericht abgelehnt worden. Der Verteidiger Y. Alatas machte deutlich, dass er aus diesem Grund überlege, sein Mandat niederzulegen.
(DIHA, 18.8., ISKU)

Türkische Regierungspartei kann jetzt Verfassung ändern
Die türkische Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat im Parlament von Ankara jetzt eine Zweidrittel-Mehrheit und kann ab sofort aus eigener Kraft die Verfassung ändern. Die Zahl der AKP-Abgeordneten in der 550 Sitze umfassenden Nationalversammlung stieg durch zwei Überläufer aus anderen Parteien von 366 auf 368, wie türkische Medien am Freitag berichteten. Auch der Bürgermeister der türkischen Hauptstadt Ankara, Melih Gökcek, sowie andere Lokalpolitiker traten bei der Feier zum zweiten Jahrestag der AKP-Gründung am Donnerstag in die Partei ein, was vor allem mit Blick auf die im kommenden Frühjahr anstehenden Kommunalwahlen wichtig ist.
(afp, 15.8., ISKU)

Talabani: Wir wollen keine türkischen Soldaten im Irak
Der Leiter der PUK (Patriotische Union Kurdistans), Talabani, sagte in einer Stellungnahme, der Irak sei mit der Anwesenheit ausländischer Soldaten zufrieden, aber man wolle keine Militäreinheiten aus der Türkei oder den anderen Nachbarländern.
(DIHA, 15.8., ISKU)

Initiativen zur Isolationshaft von Abdullah Öcalan

Die Anwälte des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan beantragten beim Justizministerium und bei zivilen Organisationen sofortige Hilfsmassnahmen für die Sicherheit der Gesundheit Abdullah Öcalans. Ausserdem verschickten sie an 40 internationale humanitäre Organisationen einen Appell, in dem sie auf die unzumutbaren Lebensbedingungen ihres Mandanten hinwiesen.
Einer der Verteidiger Öcalans erklärte, eine negative Entwicklung der Gesundheit Öcalans werde neben dem kurdischen Volk auch die ganze Türkei beeinträchtigen; er rief die Regierung und die internationalen Organisationen zur Beobachtung der Situation auf.
Die Frauenorganisationen der DEHAP aus den Provinzen Diyarbakir, Adana und Van starteten eine Fax-Kampagne an das Gesundheits- sowie das Justizministerium. Neben der Verbesserung der Lebenssituation Öcalans fordern sie die Schließung des Gefängnis auf Imrali.
Auch die KADEK-Inhaftierten in den vielen Gefängnissen der Türkei verlangten in Erklärungen, die Lebensbedingungen von Abdullah Öcalan müssten auf einen normalen Stand gebracht werden.
Wie schon in der letzten Nuce berichtet, sind die konkreten Forderungen u.a. die Einsetzung einer unabhängigen Ärztekommission, die Verlängerung der Besuchszeiten von Familienangehörigen (momentan 15 Minunten pro Monat) und die Verlegung Öcalans an einen anderen Ort. Darunter verstehen die Anwälte die Überführung ihres Mandanten in den Hausarrest.

(DIHA, 14.-19.8., ISKU)

Schikane in der JVA Celle

Seit Beginn des PKK/KADEK-Prozesses in Celle am 1.April 2003 war einer der Angeklagten, Hasan A., massiven Schikanen in der JVA Celle (Trift) ausgesetzt. Vor und nach jeder Verhandlung im Oberlandesgericht musste er seine Kleidung wechseln. Die alltägliche Knastsituation nutzen zwei Bedienstete der JVA aus, um den Anklagten besonders erniedrigend zu behandeln. So musste sich der Angeklagte mehrere Minuten nackt vor ihnen hin- und herdrehen. Auch eine Ganzkörperdurchsuchung wurde schikanös lange ausgedehnt.
Am 20. Mai 2003 weigerte sich Hasan A., sich vor den beiden Wärtern auszuziehen. Diese stießen ihn daraufhin von einem Stuhl, traten den Gefangenen und zogen ihn dann gewaltsam aus. Danach führten sie ihn nackt über einen Flur. Hasan A. erschien an diesem Verhandlungstag nur mit Jogginghose und Hemd bekleidet im Gerichtssaal.
Hasan A. protestierte gegen die Maßnahmen und bezeichnete sie als erniedrigend und menschenunwürdig. Am 21. Mai betrat Hasan A. den Gerichtssaal nur im Schlafanzug. Er gab zu den Vorgängen eine Erklärung ab und protestierte gegen seine unmenschliche Behandlung. Daraufhin verhängte das Gericht gegen ihn Disziplinarmaßnahmen, indem ihm für eine Woche die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen untersagt wurde.
Seit die Rechtsanwälte gegen die Misshandlung ihres Mandanten intervenierten und auch der Vorsitzende Richter sich über die Vorgänge in der JVA informierte, hat sich die Situation entspannt. Der zweite Angeklagte im Prozess, Ali K., der in einem anderen Celler Gefängnis (Salinenmoor) einsitzt, ist von solchen Schikanen nicht betroffen.

AZADÎ-Info Nr. 11

Ihre Schuld ist es, Lebende unter der Sonne zu sein

Der Anfang der Geschichte liest sich wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht: Mutter und Vater flüchten aus Küçük Kürdistan, dem kurdischen Teil Syriens, um ihrer Liebe eine Chance zu geben. Die Mutter, Kaufmannstochter aus gutem libanesischen Hause, war einem arabischen Scheich versprochen. Eine Ehe mit einem einfachen Kurden kam für die Familie nicht in Frage. Dem jungen Paar blieb nur die Flucht. Rojin ist eines von fünf Kindern dieser Beiden und wuchs in der Türkei auf. Der Name Rojin bedeutet das Leben der Sonne und bereitet der jungen Musikerin immer wieder Schwierigkeiten. Nun wäre es unproblematisch gewesen den Namen zu ändern. Viel Ärger hätte sie sich erspart. Doch den Namen gaben ihr ihre Eltern und es wäre unehrenhaft, den Namen zu ändern, erzählte die junge Frau. So scheiterte eine erfolgversprechende Theaterlaufbahn am türkischen Staatstheater an ihrer Herkunft und an ihrem Namen. Mit der Begründung Kontakte zur „Organisation" zu haben, bekam sie keinen Vertrag, obwohl sie bereits während ihres Studiums eine gefragte Darstellerin war und Hauptrollen übernahm. Nun versuchte sie auf anderen Wegen an ihrer Schauspielkarriere zu basteln. Musikerin zu werden, war eigentlich nicht ihr Ziel. Doch um ihr Studium zu finanzieren, sang sie auf Hochzeits- und Familienfeiern. Später trat sie auch in Bars auf. Doch war es ihr Traum, Theater zu spielen. Nach Abschluss der Universität ging Rojin für ein Jahr nach London. Dort war sie Mitglied in einem Musical-Ensemble. „Alles was ich bisher gelernt habe: Tanz, Theater und Musik vereinigte sich in der Arbeit in London", sagte sie jüngst in einem Interview. Doch der Auslandsaufenthalt ließ in ihr den Gedanken wachsen, ein Album in der Türkei zu produzieren. Vier Jahre dauerte es, bis das Produkt in den Läden gekauft werden konnte. Geldmangel verzögerte die Produktion immer wieder. Ihr aktuelles Album heißt "Si" und bedeutet auf kurmancî-kurdisch Schatten. Das Album ist den Frauen der kurdisch-türkischen Gesellschaft gewidmet, die noch immer im Schatten ihrer Männer, Väter und Brüder leben. Die Musik spiegelt die Gefühle der Frauen wieder, die in solchen Vierteln aufwachsen, wie demjenigen Rojins. "Dort war es bunt, gemischt und schön. Zigeuner, Kurden, Araber, Gauner und Sänger wohnten dort" beschreibt sie das Viertel Adana`s, in dem sie aufwuchs.

Rojin war in die Schlagzeilen geraten, als sie nach einem Konzert festgenommen und wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation angeklagt wurde. Grund dafür war ein Lied, das eine Liebesgeschichte erzählt. Die Frau von der das Lied erzählt, trägt den Namen Kurdistan. Es kostete einige Mühen, das Gericht davon zu überzeugen, dass das Lied nicht politisch zu verstehen sei, sondern dass der Name Kurdistan in Syrien ein üblicher Mädchenname sei. Die Anklage wurde fallengelassen. Dennoch spiegelt der Fall die derzeitige Situation in der Türkei wieder. Mehrere kurdische Künstler hatten und haben Schwierigkeiten mit der türkischen Justiz und alles deutet immer wieder darauf hin, dass einzig die Herkunft Grund für derartige Auseinandersetzungen ist, sprach Rojin. Sie vergleicht die Situation mit einem Titel von Oktay Akbal „Ihre Schuld ist es Mensch zu sein" und formulierte den Titel in „Ihre Schuld ist es Rojin zu sein" um. Dabei betont Rojin immer wieder, dass ihre Art sich auszudrucken nicht über die Politik erfolge. Sie definiere sich über ihre Musik. Die Lieder singt sie außerdem nicht nur in kurdischer, sondern neben Titeln in englischer, arabischer, ungarischer oder bulgarischer Sprache singt sie auch auf zusammen mit Deutschen und Franzosen. Immer wieder zieht sie das Medieninteresse auf sich, weil immer wieder vermutet wird, dass sie politisch agiert. Einziger Anhaltspunkt ist der Name Rojin. Derzeit arbeitet die junge Frau an einem Filmprojekt, das Momentaufnahmen der Türkei darstellen wird.

Anja Hotopp & Mieste Riecke
Quellen: Radikal, Yeniden Özgür Gündem, Evrensel, Acik Radyo

Festnahme wegen Besuch bei Streikenden
Die Beschäftigten der Collins-Loft - Fabrik in Istanbul legten die Arbeit nieder, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Bei einem Solidaritätsbesuch wurden der Provinzvorsitzende der EMEP und 4 Begleiter festgenommen.

(DIHA, 15.8., ISKU)

Aufenthaltsverbot für Saisonarbeiter - Protest des IHD
Die Zweigstelle des IHD in Istanbul verurteilte in einer Erklärung das Aufenthaltsverbot für Erntesaisonarbeiter in Akcakoca (Düzce) und am Meer, das der Landrat von Akcakoca und der Bürgermeister erlassen hatten.

(DIHA, 15.8., ISKU)

Erneut Ausgrabungsarbeiten in Hasankeyf
Nach 7 Jahren Unterbrechung begannen jetzt erneut Ausgrabungsarbeiten an den historischen Stätten in Hasankeyf. Die Flutung Hasankeyfs im Stausee Ilisu konnte in letzter Minute erst einmal verhindert werden.

(DIHA, 14.8., ISKU)

Polizei verbietet Aktionszelt
Für die am 15. August beginnenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst wollte die KESK ein Informationszelt unter den Motto "Eine demokratische Türkei für ein menschengerechtes Leben" aufstellen. Das wurde von der Polizei verboten.

(DIHA, 14.8., ISKU)

Flüchtlinge ertrunken
Fünf Menschen sind gestern vor der Ägäis-Insel Lesbos beim Versuch gestorben, ohne Papiere von der Türkei nach Griechenland einzureisen. Ihr Boot kenterte drei Seemeilen vor der Küste wegen rauer Winde, so die Medien. Die Küstenwache rettete 33 Flüchtlinge.

(dpa, 15.8., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 120
29. August 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Diyar Xelip vom Parteivorstand der PCDK

Die Demokratisierung vorantreiben

Wo ist die PCDK organisiert und was macht sie konkret, um die genannten Ziele zu verwirklichen?

Die Partei für eine demokratische Lösung in Kurdistan (im Irak) ist noch sehr neu. Bis zum Sturz des Saddam-Regimes konnten wir nur im Untergrund arbeiten. Seit Kriegsende sind wir hauptsächlich in den Städten aktiv, die in seinem Einflussgebiet lagen. Wir haben Vertretungen in Bagdad, Mossul, Kerkuk und mehreren kleineren Städten. In Basta, Amadi, Kut, Suleymania, Erbil und Dohuk bestehen Organisationsstrukturen, dort sind aber noch keine Vertretungen eröffnet worden. Außerdem sind wir in Europa organisiert und haben ein Büro in Brüssel.
Im Medienbereich haben wir eine Monats- und eine Kinderzeitschrift. Außerdem geben wir eine Tageszeitung heraus, die in Bagdad auf arabisch und kurdisch erscheint und außer in den KDP- und PUK-Gebieten überall legal verkauft wird. Unsere Frauenorganisation TJAK (Bewegung Freier Frauen Kurdistans) gibt ebenfalls eine eigene Zeitschrift heraus, eine weitere Zeitschrift erscheint in Europa.
Wir haben Kontakte zu vielen politischen Parteien im Irak, auch zu assyrischen, turkmenischen und arabischen, aber für ein Bündnis kommen nur solche Parteien in Frage, die ernsthaft für Demokratisierung eintreten.
Ein Punkt, an dem es Schwierigkeiten gibt, ist immer wieder der, dass die meisten Parteien mit der alten Mentalität behaftet sind, nur Eigeninteressen verfolgen und lediglich bestimmte gesellschaftliche Gruppen repräsentieren. Ihr Denken verläuft nach dem alten Modell. Die grundlegende Frage ist für sie: "Wer ist an der Macht?" und nicht "Wie wird die Macht genutzt?". Macht wird also nicht dazu genutzt, um eine Demokratisierung voranzutreiben, sondern lediglich, um Macht zu haben.
Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt allgemein gesagt in der Arbeit mit der Bevölkerung. Die Menschen im Irak müssen sich ihrer Situation bewusst werden und die Fähigkeit erlangen, sich selbst zu verwalten und zivile Organisationen aufzubauen.

Wie ist das Verhältnis der PCDK zu den USA?

Durch die US-Intervention im Irak wurde der bestehende Status Quo aufgehoben. Die USA verfolgen eigene Interessen und üben deshalb Herrschaft aus. Ihre Herangehensweise an den Irak bewegt sich im Rahmen des eigenen Profits. Das alte Regime, die alten Strukturen standen den USA bei der aus Eigeninteressen angestrebten Globalisierung im Weg und waren hinderlich für ihre Weiterentwicklung. Die USA waren nach ihrer eigenen Logik dazu gezwungen, zu intervenieren und diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Jetzt wollen sie ein System aufbauen, das ihren Interessen entspricht. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, ein Land zu erobern und es sich gefügig zu machen. Es gibt die militärische, die wirtschaftliche und die sozialkulturelle Option. Die USA verfolgen alle drei Optionen gleichzeitig.
Auch wir haben das alte System abgelehnt und stehen seiner Zerschlagung positiv gegenüber. Im Vergleich zum Saddam-Regime stellt die momentane Situation einen Fortschritt dar, aber eben nur bis zu einem gewissen Punkt. Wir haben ein pragmatisches Verhältnis zu den USA, aber wir würden es begrüßen, wenn sie noch eine Weile hier bleiben, bis sich die Lage etwas stabilisiert hat. Die bestehenden Organisationen auf der politischen Bühne basieren immer noch auf Chauvinismus, Nationalismus, Konfessionismus. Es besteht die Gefahr von Chaos und Bürgerkrieg.

Wie bewerten Sie die von den USA eingesetzte Übergangsregierung?

Die USA möchten ein liberales System aufbauen, aber dafür gibt es keine geeignete Grundlage, weil die meisten Organisationen auf der politischen Bühne wie gesagt der alten Mentalität nachhängen und ein solches System nicht verwirklichen können. Sie sprechen sich zwar offiziell für die USA aus, aber faktisch arbeiten sie gegen die USA, weil es ihnen an der Fähigkeit mangelt, sich zu erneuern und die alten Strukturen zu überwinden.
Das wissen auch die USA. Um die negativen Reaktionen der verschiedenen Volksgruppen abzuschwächen, sind ihre Vertreter an dieser Übergangsregierung beteiligt worden. Es gibt für die USA keine Grundlage, über Wahlen eine Regierung zu bilden, die US-Interessen verfolgt. Von Wahlen würden zur Zeit vor allem die Schiiten profitieren und genau das wollen die USA nicht.
Die Übergangsregierung bildet einen Anfang, aber problematisch ist eben der Punkt, dass das neue System auf Grundlage ethnischer und religiöser Zugehörigkeit errichtet wird und nicht nach dem Willen des Volkes. Mit den meisten Parteien wurde gar nicht erst verhandelt. Die meisten Regierungsmitglieder wurden als Parteiunabhängige ernannt. Von 20 bestehenden Parteien sind nur drei an der Übergangsregierung beteiligt, dadurch ist sie schwach und hat wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass sie unbedingt erweitert werden muss und wir wollen natürlich auch einen Platz darin einnehmen.

Was sagen Sie zu den Plänen, nach denen 12000 Soldaten aus der Türkei im Irak eingesetzt werden sollen?

Um diese Frage zu beantworten, muss ich weiter ausholen. Die Türkei ist dagegen, dass sich der Status Quo in der Region ändert. Jede Veränderung im Irak wirkt sich auch auf die Türkei aus. Deshalb hat sie sich geweigert, sich am Krieg zu beteiligen. Zuvor versuchte sie, die Intervention zu verhindern und jetzt arbeitet sie mit allen Mitteln daran, eine Veränderung des System zu blockieren. Sie hat Angst davor, dass der Demokratisierungsprozess im Irak voranschreitet, damit auch die kurdische Frage gelöst und sie selbst dazu gezwungen wird, im eigenen Land das gleiche zu tun. Sie setzt alle Mittel ein, um einen Fuß in den Irak zu kriegen und Einfluss auf die Entwicklungen auszuüben. Die USA wissen das genau. Deshalb haben sie die Aktion in Suleymania gemacht und setzen der Türkei klare Grenzen. Die Türkei soll außen vor gehalten werden. In den letzten Wochen sind die USA sowohl militärisch als auch politisch in Bedrängnis geraten. Dadurch sieht die Türkei die Möglichkeit, über eine angebliche Unterstützung der USA einen Fuß in den Irak zu bekommen. Wenn die USA die Anwesenheit türkischer Soldaten im Irak akzeptieren, werden sie die Initiative der Türkei einschränken und sie nicht im Norden, sondern eher im Süden einsetzen.
Wir als Partei sehen das so: Solange die Türkei im eigenen Land nichts für ihre Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage tut, wollen wir auch ihre Hilfe nicht. *(ISKU, August 2003)*

Meldungen

DEHAP Adana: Aufruf an KADEK und Regierung
In einem gemeinsamen Aufruf des DEHAP-Vorsitzenden und des Vorsitzenden des IHD in Adana wurde der KADEK zur Verlängerung des Waffenstillstandes nach dem 1.9. und die türkische Regierung zu einer Einstellung der Militäroperationen aufgefordert. Der KADEK wurde zu einer Erklärung zum Waffenstillstand aufgefordert. *(DIHA, 24.8., ISKU)*

Türkei nimmt Dorf im Grenzgebiet unter Beschuss
Zeitgleich mit den Provokationen in Kirkuk, nahmen türkische Soldaten im Grenzgebiet zum Irak das Dorf Berwari Bala unter Beschuss. Sie feuerten auf das Dorf 15 Raketen ab. Bei dem Beschuss sei niemand verletzt worden; die Dorfbewohner hätten ihre Häuser jedoch verlassen müssen. *(DIHA, 25.8., ISKU)*

Gefecht im Kreis Besiri/Batman
Am 20. August kam es zwischen der türkischen Armee und einer Einheit des KADEK zu einem stundenlangen Gefecht; auf der Seite der KADEK-Einheit gab es 7 Gefallene, bei der türkischen Armee kamen 2 Soldaten ums Leben; 9 weitere wurden verletzt. *(DIHA, 22.8., ISKU)*

Protestmarsch in Sirnak
Die DEHAP-Frauen in Sirnak hatten beabsichtigt, eine Fax-Protest-Aktion wegen der Gesundheitsprobleme Abdullah Öcalans durchzuführen. Die Polizei verhinderte diese Initiative. Aus Protest gegen die Polizeiaktion veranstalteten die Frauen einen Protestmarsch mit Parolen von der Post bis zum DEHAP-Büro. *(DIHA, 22.8., ISKU)*

Vali Tan (Van) will Angehörige von KADEK-Mitgliedern treffen
In einer Erklärung des Vali [Gouverneur] von Van wird behauptet, bis jetzt hätten sich 141 Antragsteller aus den Gefängnissen aufgrund des neuen "Abschwörergesetzes" gemeldet. Doch die mit dem Gesetz eigentlich verbundenen Ziele seien bisher nicht erreicht worden. Er überlege, in den nächsten Tagen mit Familien von KADEK-Mitgliedern eine Versammlung durchzuführen. *(DIHA, 22.8., ISKU)*

Ankara entscheidet diese Woche noch nicht über Truppen für den Irak
Die türkische Regierung wird in dieser Woche noch nicht über die

Gespräch mit der Ärztin Inge von Alvensleben über das Camp Maxmur

Eine Rückkehr ohne Bedingungen

Trotz des Anfang August vom türkischen Parlament beschlossenen »Gesetz zur gesellschaftlichen Integration« ehemaliger PKK-Rebellen und der damit verbundenen Rückkehraufforderung leben noch immer mehr als 10000 türkisch-kurdische Flüchtlinge im irakischen Lager Maxmur. Wie ist dort, zwischen den Städten Mossul und Erbil, die Lage?

In der Gegend um das Flüchtlingscamp haben US-amerikanische Truppen und die irakische Demokratische Partei Kurdistans (KDP) das Sagen, am Eingang zum Lager ist zudem die UNO präsent. Nach dem offiziellen Kriegsende können die Flüchtlinge nun erstmalig das Camp problemlos verlassen. Die KDP hatte die Flüchtlinge aus der Türkei zuvor immer wieder massiv drangsaliert, Vieh gestohlen, sogar mehrere Menschen ermordet und viele verletzt. Zur Zeit verhält sie sich relativ ruhig. Auch die Lebensmittelversorgung hat sich ein wenig verbessert, es gibt gechlortes Flusswasser zum Trinken. Allerdings fehlen Vitamine, Eiweiß und Fleisch. Wer etwas Geld hat, kann sich Gemüse, Eier und Obst dazukaufen, aber das steht nicht allen zur Verfügung. Auch die Stromversorgung fällt immer wieder für Stunden aus. Vor allem steht es um die Gesundheitsversorgung nicht besonders gut.

Wie reagiert die irakische Bevölkerung auf die Existenz einer »türkisch-kurdischen« Stadt in ihrer Gegend?

Als die Flüchtlinge vor einigen Jahren hier ankamen, war die Bevölkerung zunächst sehr abweisend. Ein Grund dafür waren die Schauermärchen, die die KDP und die ebenfalls in Nordirak agierende Patriotische Union Kurdistans (PUK) über sie verbreiteten. Unterdessen hat sich das Verhältnis entspannt, es kommen gelegentlich Menschen aus dem Dorf ins Camp. Aber die irakische Bevölkerung ist selbst arm, so dass sie den Flüchtlingen keine Unterstützung bieten kann - selbst wenn sie es wollte.

Im Lager haben sich die Flüchtlinge selbst organisiert. Wird das auch nach Kriegsende weiter geduldet?

Ja. Inzwischen gibt es diverse Komitees und Vertretungen, die Stadtverwaltung wird jährlich neu gewählt. Vor allem die Frauen haben zahlreiche Institutionen geschaffen, darunter eine monatliche Zeitung, Kurse, eine Schneiderei, aber auch politische Treffpunkte, zudem Angebote für Kinder. Es gibt ein Jugendzentrum, ein Pressebüro, und eine Art Gericht kümmert sich um Fälle häuslicher Gewalt. Außerdem gibt es eine mit Hilfe des UNO-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) erbaute Schule, deren Zeugnisse auch anerkannt werden. Hier lernen immerhin 3100 Kinder und Jugendliche bis zum Abitur in kurdischer Sprache. Aber außer einem kleinen Kontingent an Heften und Bleistiften einmal im Jahr vom UNHCR kommt keinerlei Unterstützung von außen. Die 92 Lehrerinnen und Lehrer arbeiten ehrenamtlich und fertigen die Unterrichtsmaterialien selbst an.

Das so genannte Amnestie-Gesetz der türkischen Regierung ist unter Kurden heftig umstritten. Werden die Flüchtlinge nun in die Türkei zurückkehren, oder richtet man sich in Maxmur ein?

Die türkische Regierung versucht immer wieder, die Flüchtlinge in die Türkei zurückzuholen. Da wird dann sinngemäß über einen Radiosender warme Suppe für alle angeboten - als ob die Menschen nach Irak geflohen wären, weil es dort besseres Essen gäbe. Nachdem das offiziell »Gesetz zur gesellschaftlichen Reintegration« genannte Dokument Ende Juli in der Türkei veröffentlicht wurde, wird behauptet, die Bewohner des Camps würden sich auf ihre Rückkehr vorbereiten. Aber weder dem zuständigen UNO-Flüchtlingshochkommissar in Genf, Peter Kessler, noch einer anderen UNO-Vertretung liegen derartige Anliegen vor. Laut Kessler hat die Türkei noch keine konkreten Schritte für die Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge unternommen.

Unter welchen Bedingungen würden die Flüchtlinge denn überhaupt in die Türkei zurückkehren?

Auf einen Nenner gebracht: unter menschenwürdigen Bedingungen. Sie möchten in einem Land leben, in dem sie ihr Leben im politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereich selbst frei gestalten können. Deshalb wird von einer Mehrheit das »Reuegesetz« abgelehnt und stattdessen ein Gesetz für Frieden und demokratische Partizipation gefordert. Die zerstörten und niedergebrannten Dörfer müssen wieder aufgebaut werden. Die Rückkehr muss ohne Bedingungen erfolgen, und es soll Entschädigung geleistet werden. Solange das nicht möglich ist, arbeiten die Menschen daran, die Lebensumstände in der unwirtlichen Wüste Maxmurs zu verbessern.

Ist die Existenz des Camps bedroht?

Die USA haben meines Wissens keine konkreten Äußerungen über die Zukunft des Camps oder eine eventuelle Räumung gemacht; sie machen aber klar, dass sie das Camp beobachten, und durchsuchten einige Häuser nach Waffen. *(ND, 27.8., ISKU)*

Blutige Auseinandersetzungen in Kirkuk

Turkmenische Bewohner beschuldigten die Kurden, für den Anschlag auf auf das Grabmonument des schiitischen Heiligen Imam Musa Ali verantwortlich zu sein. Bei anschließenden bewaffneten Auseinandersetzungen starben nach Angaben von kurdischer Seite fünf Turkmenen und drei Kämpfer der PUK. Am Sonnabend sprangen die Unruhen auf Kirkuk über. Zunächst demonstrierten Turkmenen in Kirkuk, drohten Rache zu nehmen und riefen »Kirkuk ist türkisch und wird türkisch bleiben!« - eine Anspielung darauf, dass sich die Türkei als Schutzmacht des hier vor Jahrhunderten eingewanderten Turkvolkes betrachtet und seine Ansprüche auf Teile Nordiraks noch nicht aufgegeben hat.

Während der Protestaktion in Kirkuk wurden von einer Polizeiwache aus drei turkmenische Demonstranten erschossen. In der Nacht wurden noch zwei erst vor kurzem errichtete Statuen von Turkmenen von Unbekannten mit Panzerfäusten zerstört.

Während auf kurdischer Seite die PUK vehement bestritt, für den Anschlag auf das Heiligtum in Tuz Churmato verantwortlich zu sein, wird sie von der Turkmenischen Front (TC) scharf kritisiert. Dr. Aydin Beyatli vom TC-Lenkungsausschuss forderte sogleich die Entsendung türkischer Truppen nach Kirkuk. Auch vier arabische Stämme aus der Umgebung schlossen sich diesem Begehren an.

Der Vertreter der PUK in Ankara sieht es genau umgekehrt, er beschuldigte die Turkmenen, die Zwischenfälle provoziert zu haben, um einen Vorwand für die Entsendung türkischer Truppen nach Kirkuk zu liefern. Wer auch immer die Panzerfaust auf das Heiligtum abgeschossen hat, er traf mitten in schwelende Konflikte hinein. Die Kurden, lange Zeit ebenso wie die Turkmenen von Saddam Hussein unterdrückt, wollen in der Region die Verwaltung möglichst weitgehend in die Hand zu bekommen. So fordern sie, das von Saddam der arabischen Provinz Salahuddin zugeschlagene Tuz Churmato, solle zu Kirkuk gehören. In Kirkuk, wo neben Kurden auch Araber, Turkmenen und christliche Assyrer leben, ist es den Kurden nach langem Tauziehen gelungen, den Bürgermeisterposten zu besetzen. Ebenso in Tuz Churmato. In dieser Region hat es zu Zeiten Saddam Husseins eine drastische Arabisierungspolitik gegeben, die die Kurden nun rückgängig machen wollen. Die Rücksiedlung läuft noch relativ behutsam ab, trotzdem fühlen sich die anderen Minderheiten politisch zur Seite gedrängt. Land auf Land ab hatten früher die Araber das Sagen, nun fallen die Posten hauptsächlich an Kurden.

(ND, 26.8., ISKU)

Entsendung von Truppen in den Irak entscheiden. Das teilte Justizminister Cemil Cicek am Montag nach einer Kabinettssitzung in Ankara mit. Die Regierung wolle erst die Berichte zweier Delegationen abwarten, die derzeit im Irak die Lage erkundeten. Falls die Türkei Soldaten in den Irak schickt, sollen diese nach früheren Angaben von Außenminister Abdullah Gül einen eigenen Sektor erhalten. *(TT, 26.8., ISKU)*

Staatsterrorismus in Syrien

Nach Informationen der syrischen Menschenrechtsorganisation (HRAS) wurde einem Kurden aus Kobaniye, der durch Folter am 10.8. nach seiner Verhaftung am 8.8. durch den militärischen Sicherheitsdienst in Aleppo gestorben ist, vor seinem Tod ein Auge ausgerissen. Mund, Nase und die Genitalien wurden verstümmelt. Die syrischen Menschenrechtler riefen die Öffentlichkeit auf, dieser schrecklichen Tat der syrischen Geheimdienste international nachzugehen, um die Verantwortlichen zu bestrafen.

Zeitgleich wurde bekannt, dass zwanzig arabische und kurdische Demokraten, die sich in der Stadt Aleppo zu einem Symposium treffen wollten, vor einigen Tagen von den syrischen Behörden festgenommen wurden. Über das Schikksal der Verhafteten besteht derzeit Unklarheit. *(KDS, 20.8., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
KDS	Koalition für ein demokratisches Syrien
ND	Neues Deutschland
TT	Tiroler Tageszeitung

Termine:

11. Internationales Kurdisches Kulturfestival

Am **13. September** veranstaltet die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) zum elften mal ein großes internationales Kulturfestival. Das Fest unter dem Motto **“Für einen demokratischen Mittleren Osten”** beginnt um **12.00 Uhr** im **Gelsenkirchener Rennverein** (Trabrennbahn). Aus ganz Europa fahren an diesem Tag Busse nach Gelsenkirchen; Kontakt kann über die kurdischen Vereine vor Ort hergestellt werden.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 e-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.nadir.org/isku

Nr. 121
5. September 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Arbeit an friedlicher Lösung geht weiter - 3-Stufen-Plan vorgestellt

KADEK beendet Waffenstillstand

Der seit dem 1. September 1998 bestehende einseitige Waffenstillstand der Kurdischen Befreiungsbewegung ist beendet. Das erklärte das Mitglied des Präsidialrats des Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK), Mustafa Karasu, am 1. September gegenüber dem kurdischen Sender MEDYA-TV. Die andauernden militärischen Operationen hätten den Waffenstillstand in einen nicht mehr zu verstehenden Zustand gebracht. Es werde daran gearbeitet, bis zum 1. Dezember einen gegenseitigen Waffenstillstand zu erreichen. Mit dem Ende des einseitigen Waffenstillstandes sei der Krieg nicht wieder gekommen, aber gegen die militärischen Operationen mit dem Ziel der Vernichtung werde es härtere Antworten geben, sagte er.

“Wir werden für den Stufen-Plan arbeiten”

"Falls der Waffenstillstand nicht akzeptiert wird, bedeutet das erneute Kämpfe" sagte Karasu. Der Stufenplan sei in das Zentrum der Bemühungen und Anstrengungen gerückt, betonte er. Er erinnerte daran, dass im Stufenplan die Bedingungen für einen beiderseitigen Waffenstillstand in den Mittelpunkt gestellt wurden; falls trotzdem Angriffe stattfinden sollten, werde es darauf Antworten geben. “Die nächsten 3 Monate sind für uns hauptsächlich eine Zeit der Bemühungen, einen beiderseitigen Waffenstillstand zu erreichen.”

"Wenn das kurdische Volk seinen Willen realisiert, verlieren die Kriegstreiber"

Karasu betonte, dass der KADEK an der Politik für Frieden und eine demokratische Lösung beharrlich festgehalten hat: "Der KADEK muss im Mittleren Osten als der beste Verbündete angesehen werden. Unser Kampf ist ein Kampf zur Beseitigung des dortigen Unrechts, ein Kampf um wirklichen Frieden. Ein Krieg wird die kurdische Frage nicht lösen."

Der Lösungsvorschlag besteht aus 3 Abschnitten

Für das Erreichen der innerhalb eines Jahres anvisierten Ziele hat der KADEK einen 3-Stufen-Plan entworfen. Die erste Stufe sieht das Erreichen eines gegenseitigen Waffenstillstands bis zum 1. Dezember 2003 vor. In der zweiten Stufe vom Dezember 2003 bis zum April 2004 sind vertrauensbildende Massnahmen vorgesehen. In der dritten Stufe soll bis zum 1. September 2004 eine vollständige Lösung des Problems erreicht werden.
Karasu betonte im Namen des KADEK, dass bei einer Umsetzung dieses Planes Frieden und eine Lösung der kurdischen Frage möglich seien. Für die Aufnahme der Türkei in die EU werde das eine große Chance bedeuten.

Keine Kriegserklärung

Auch der offizielle Vertreter des KADEK in Armenien, Yilmaz Shiar, betonte gegenüber der örtlichen Presse, dass die Beendigung des Waffenstillstandes keiner Kriegserklärung gleichkomme. Er teilte mit, dass der KADEK der Türkei drei weitere Monate gebe, ihr Verhältnis zu den Kurdinnen und Kurden zu überdenken. Falls die Türkei die Notwendigkeit zu Verhandlungen nicht einsehe, könnte ein neuer Krieg erklärt werden. “Die KurdInnen werden nicht mehr in den Bergen kämpfen, es wird ein neuer, ein moderner Krieg werden”, so Shiar. “Um diesen Krieg zu vermeiden, muss Ankara seine friedlichen Absichten deutlich machen und die Bereitschaft zeigen, Reformen in den kurdischen Gebieten durchzuführen.”

“Wir können der Tötung unserer Führung nicht zusehen”

Zu den Forderungen des KADEK gehören auch die Verbesserungen der Haftbedingungen des inhaftierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die Beendigung seiner politischen Isolation sowie die Einsetzung einer unabhängigen Komission, die seinen Gesundheitszustand überwacht. Sollte sich Öcalans Zustand verschlechtern, könnte der Krieg auch früher ausbrechen. Nach Angaben des KADEK-Präsidialratsmitglieds Osman Öcalan verfügt der KADEK über Informationen, nach denen es geplant sei, den KADEK-Vorsitzenden mit medizinischen Mitteln zu töten. “Wir können der Tötung unserer Führung nicht zusehen.”, sagte Öcalan weiter.

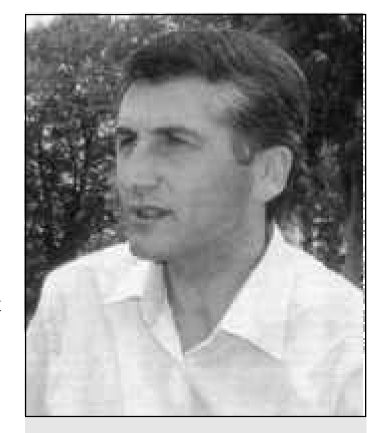
(DIHA, 1.9., KM., 2.9., ISKU)

Amed: 100.000 bei Friedenskundgebung

Zu einer Kundgebung am 1. September auf dem Bahnhofsplatz in Amed (Diyarbakir) unter dem Motto "Der Frieden wird gewinnen" kamen 100.000 Menschen. Bei der Kundgebung waren auch TeilnehmerInnen aus 10 anderen Provinzen anwesend. Das neu verabschiedete "Reuegesetz" wurde bei der Kundgebung verurteilt. Ausserdem wurden Forderungen zur Verbesserung der Bedingungen für die Gesundheit Abdullah Öcalans erhoben. Die Kundgebung in Izmir wurde vom Vali nicht erlaubt. Bei Polizeieinsätzen gegen den Versuch, Presseerklärungen abzugeben, wurden von der Polizei Tränengas und Schlagstöcke eingesetzt. Auch Schusswaffen kamen zum Einsatz. Nach Berichten von Augenzeugen sah es in der Stadt danach aus wie auf einem Schlachtfeld. In Denizli, Usak und Mugla kam es zu Presseerklärungen mit grosser Beteiligung. In Manisa fand eine Kundgebung von 3000 Personen statt. In Hatay und Iskenderun fanden Feiern der "Demokratie-Plattform" statt. In Erklärungen wurde die Absicht der Türkei, Truppen in den Irak zu schicken, verurteilt. *(DIHA, 1.9., ISKU)*

Türkei deportiert Kurden in den Iran

Eine große Zahl iranischer und kurdischer Flüchtlinge, die in einem Flüchtlingslager nahe der Stadt Van in Nordwestkurdistan lebten, ist von der türkischen Polizei verhaftet und in den Iran abgeschoben worden. 19 namentlich bekannte Personen wurden, z.T. zusammen mit ihren Familien, am 30. August verhaftet und abgeschoben, mindestens 7 weitere am darauffolgenden Sonntag. Die Verhafteten wurden mit Bussen an die iranische Grenze gebracht. Dabei kam es zu gewaltsamen Übergriffen der Polizei, als ein Teil der Flüchtlinge versuchte, Widerstand zu leisten. Einem von ihnen gelang dabei die Flucht und daraufhin die Rückkehr nach Van.
Bei einem Großteil der Deportierten handelt es sich um Mitglieder oppositioneller Gruppierungen aus dem Iran. Es ist davon auszugehen, dass sie nach ihrer Abschiebung in die “Islamische Republik” angeklagt und damit automatisch zum Tode verurteilt werden.
Kurdische Parteien und Initiativen haben sich auf Grund der dringlichen Lage an das UNHCR, an Amnesty International und an weitere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gewandt und um Unterstützung bei der Rettung des Lebens der Deportierten gebeten. *(KM, 2.9., ISKU)*



Heval Erdal (Engin Sincer), Mitglied des KADEK-Präsidialrats, starb am 15. August in Kurdistan bei einem tragischen Unfall. Wir trauern um einen großen Freund und Genossen.

Meldungen

Hungerstreik für Abdullah Öcalan

Eine Gruppe von Mitgliedern der "Initiative Angehöriger von Inhaftierten" begann in Bagcilar/Istanbul einen Hungerstreik für die Verbesserung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans. Von der Regierung wird verlangt, auf die Aufrufe des KADEK zustimmend zu reagieren. *(DIHA, 2.9., ISKU)*

26 Festnahmen wegen Landestracht

26 Teilnehmer der Kundgebung zum Anti-Kriegstag, die unter dem Motto "Der Frieden wird gewinnen" in Diyarbakir stattfand, wurden festgenommen. Sie hatten die landesübliche Tracht getragen. Nun wird ihnen das "Tragen von Guerillakleidung" vorgeworfen. *(DIHA, 2.9., ISKU)*

DEHAP-Flugblätter verboten

Fugblätter, die von der DEHAP für den 1. September, dem internationalen Antikriegstag vorbereitet waren, enthielten in Türkisch und Kurdisch die Forderungen „Es lebe der Friede“, „Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker“. Das war die Begründung für das Verbot, die Flugblätter zu verteilen.
In Hakkari wurde die Parole „Frieden in der Türkei und im Südosten“ und „Eine demokratische Lösung für das kurdische Problem“ für eine Kundgebung am 3.9. nicht genehmigt. *(DIHA, 30.8., ISKU)*

Friedenskreis angeklagt: 125 Teilnehmerinnen betroffen

Beim Versuch, in Bingöl einen „Friedenskreis“ ins Leben zu rufen, wurden die Teilnehmerinnen von der Polizei brutal angegriffen und festgenommen. Gegen

Ferhat Tunç: Ich bestehe darauf

"Frieden" sage ich, "Brüderlichkeit" sage ich - dafür singe ich meine Lieder, dafür setze ich meine Persönlichkeit ein und wiederhole von neuem: Ich möchte Frieden, ich möchte Brüderlichkeit, ich möchte Freundschaft...
Darauf bestehe ich. Und wenn die finsteren Kräfte in Krieg und Blutvergiessen verharren, so bestehe ich Millionen mal und mehr darauf. An den leeren Gesetzespaketen des Staates, die nicht in die Praxis umgesetzt werden, an den unglaubwürdigen und bedeutungslosen "Reuegesetzen" wird festgehalten, deshalb bestehe ich Millionen mal und mehr darauf: lasst ab von dieser Paket-Demokratisierung! Lasst ab von diesen Reuegesetzen! Sofort!
Denn: Was haben die "Paketbeschlüsse" der Türkei gebracht, wie nützlich und brauchbar waren diese? Gab es nicht seit Beginn der 90er eine Unzahl an "Ökonomieentwicklungs-", "Angleichungs-" und "Südost-Entwicklungspaketen"; waren da nicht ungezählte "Reuegesetze"? Was hat es unserer Gesellschaft gebracht? Welchen Wohlstand, welchen Frieden hat es der Türkei gebracht? Diese unglaublichen unlogischen und absurden Passionen des Staates beschämen indirekt auch mich. Wie zuträglich diesen dunklen Kräften diese scheindemokratischen Beschlüsse sind, wie sie dem Zentrum der Dunkelheit gut tun, weiß ich so gut wie alle. Deshalb protestiere ich gegen diesen Staat, deshalb werde ich weiter vor solchen Machenschaften warnen.
Aus diesen Gründen bin ich heute in Diyarbakir… Am 1. September, dem Weltfriedenstag, in Diyarbakir zu sein und dort vor Hunderttausenden ein Konzert zu geben, ist ein wichtiger Schritt, um der Brüderlichkeit und dem Frieden in der Türkei Unterstützung anzutragen. Diese Unterstützung geben zu dürfen und in dieser Richtung etwas unternehmen zu können, erfüllt mich Stolz. Und mit diesem Stolz empfehle ich mich dem Staat und denen an der Seite des Krieges. Diese Empfindungen genießen, heißt eigentlich den Unterschied zu spüren zu deren Auffassung von Leben und wird dies offenbar werden lassen. Und im Besonderen diese Art von Leben am Weltfriedenstag zu protegieren, wird diesen Tag noch bedeutungsvoller machen. Das werden sie spüren…
Ja, heute ist der erste September - Weltfriedenstag.
Und es ist schwer für mich, den gesellschaftlichen und historischen Sinn dieses Tages darzustellen. Dem genügt meine Auffassungsgabe nicht… Denn wie viele solcher "Friedenstage", aber auch wie viele Tage des Krieges, des Hungers und des Sterbens wir erleben - ich kann es nicht erklären.
Meine Gefühle verfinstern sich…
Das sind Gefühle die in mir waren genau vor einem Jahr, hier an dieser Stelle, als ich versuchte, mich durch mein erstes Geschriebenes in dieser Kolumne zu erklären. Ich sagte wohl folgendes: "Des Kalenders Blätter vergehen wie die Tage und ich erfreue mich an jedem mit Begeisterung. Doch an jenem 1. Tag im September ist meine Erregung am Äußersten. Denn dieser Tag ist der Tag des Friedens in der Welt." Ja, so begann ich mein Schreiben in Özgür Gündem im letzten Jahr. Die Zeitung begann ebenfalls in diesen Tagen erneut herausgegeben zu werden. Dies ist auch von Bedeutung für mich. Es begann eine Zeitung zu erscheinen, die sich in den Dienst des Friedens gestellt hatte, als auch ich in dieser Zeitung, als ein empfindsamer Künstler der Türkei, Artikel des Friedens schreiben wollte. Das war ein großes Glück im Namen des Friedens und der Brüderlichkeit…
In diesem Zustand des Glücks durchlebte ich das Jahr und möchte mein Leben so fortführen. Aber wenn ich jetzt einen Blick zurück werfe: unseren im Namen des Friedens zurückgelegten Weg haben die, die ihn auch zurücklegen sollten, in Wirklichkeit gar nicht beschritten. Wie ich oben bereits sagte, sie spielen mit leeren Paketen, lassen mit ihnen spielen. Dabei ist doch diese sinnlose, untaugliche Arbeit auf dem Wege nach Europa unnötig verschwendete Zeit. Wobei! Wäre der Wunsch nach Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ein aufrichtiger, hätten auch die Schritte in diese Richtung aufrichtige sein müssen.
Diese Aufrichtigkeit hätte am Beispiel der Anerkennung der Rechte der Kurden, an Gewährung von mehr Freiheiten, an einem ersten Schritt zu einer demokratischen Lösung der Kurdenfrage demonstriert werden können.
Dieser erste Schritt wiederum ist eine politische Generalamnestie, die keine Unterschiede macht…
Wer glaubt, ohne die kurdische Angelegenheit friedlich zu lösen in die EU zu gelangen, der irrt. Denn weder die Erholung der angeschlagenen Ökonomie, noch die Erhöhung der sozialen Standards auf europäisches Niveau, weder die Ägäisfrage noch die Zypernfrage, noch dies noch jenes- nichts ist so wichtig und gewichtig wie die Lösung der Kurdenfrage auf dem Weg der Türkei nach Europa. Wenn keine Schritte in diese Richtung unternommen werden, ist nicht einmal ökonomisch oder sozial etwas unmöglich, auch der Ausbruch eines neuen Krieges nicht. Zypern und die Ägäis sind diplomatische Angelegenheiten und lediglich in diesem Bereich wichtig. Die Grundlage für den Weg der Türkei nach Europa bildet also das Annehmen und Lösen der kurdischen Angelegenheiten.
Das ist es. Deshalb sage ich fortlaufend Freundschaft, Frieden und Brüderlichkeit und werde darauf bis zum Ende bestehen. Dies und die "Konzerte für den Frieden", mit denen ich die Bedeutung dieser Worte mit Praxis füllte, tue ich für eine glückliche Türkei und möchte es so verstanden haben. Ja, und deshalb singe ich heut Abend in Diyarbakir und am 3. September, nach 20 Jahren Verbot, in Hakkari, am 5. September in Izmir und am 6. in Mardin Lieder für den Frieden. Und diese Lieder zu singen, werde ich allzeit fortfahren. Was der Preis dafür auch sein soll, soll es so sein - ich werde bis zum Ende darauf bestehen!

(YÖG, 1.9., ISKU)

IHD: Anteil von Folterfällen hat sich im Monat Juli um 40% erhöht

Im Monatsbericht des IHD, der von der Zweigstelle Istanbul für den Monat Juli erstellt wurde, wird festgestellt, dass die Zahl der Festnahmen zurückging; die Anzahl der Folterfälle stieg dagegen um 40%.
In einer einleitenden Erklärung der Vorsitzenden des IHD-Istanbul zu den aktuellen Rechtsverletzungen betonte sie, dass sich die Menschenrechtsverletzungen in den letzten 17 Jahren überhaupt nicht geändert hätten. In der Vorstellung des Berichts bezeichnete das Vorstandsmitglied Dayanan die Situation der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und weltweit als besorgniserregend. Die Vorfälle im Nordirak seien eine systematische Provokation. Er forderte, die Türkei dürfe keine Soldaten in den Irak schicken und verlangte ein Ende der Einmischung der Türkei.
Die Zahl der Festnahmen habe sich gegenüber Juni verringert; Folter habe dagegen gegenüber Juni um 40% zugenommen. Im Juli wurden 275 Personen festgenommen, davon waren 92 Frauen und 9 Kinder. 59 Personen erhielten einen Haftbefehl. 35 kamen zur Beratung wegen erlittener Folter, 4 von ihnen gaben eine Presseerklärung ab. 24 Personen erhielten Morddrohungen; 7 Personen kamen ums Leben als Opfer von Mordanschlägen unbekannter Täter. Wegen Meinungsdelikten gab es Strafen von 4 Jahren und 6 Monaten Haft. 14 Zeitungen und Zeitschriften wurden beschlagnahmt. Wegen Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten wurden 4 Anträge gestellt. Im Zusammenhang mit Bombenanschlägen auf Arbeitsstätten oder Banken wurden ebenfalls 4 Anträge gestellt.

(DIHA, 29.8. ISKU)

125 Teilnehmerinnen, darunter die stellvertretende IHD-Vorsitzende Eren Keskin und die KATAGI-Vertreterin Pinar Selek, wurde jetzt ein Gerichtsverfahren eröffnet.

(DIHA; 31.8., ISKU)

Prozess gegen Gewerkschafter
Wegen einer Presseerklärung „Kampf gegen den Rassismus und Krieg“ wurde gegen 19 Vorstandsmitglieder der KESK, darunter der Vorsitzende Sami Evren, wegen Verstoss gegen das Versammlungs- und Demonstrationsgesetz jetzt ein Gerichtsverfahren eröffnet. *(DIHA; 29.8., ISKU)*

Göc-Der: Mit Auflösung des Dorfschützertums beginnt Rückkehr in die Dörfer
Der Solidaritätsverein der aus den Dörfern Vertriebenen, Göc-Der, übergab dem Parlament einen Bericht, wonach bei einem Ende der Tätigkeiten der Dorfschützer die Rückkehr in die Dörfer beginnen wird. In dem Bericht wird auf die Zerstörungen durch die Tätigkeit der Dorfschützer warnend hingewiesen. *(DIHA, 2.9., ISKU)*

Klage in Strassburg angekündigt
Im Dorf Gölagili (Malazgirt/Mus) hatten sich 2 Dorfschützer Land und in Malazgirt 5 leerstehende Läden angeeignet. 6 Jahre versuchte der Eigentümer erfolglos zu seinem Recht zu kommen. Er kündigte jetzt an, Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Klage einzureichen.

(DIHA, 3.9., ISKU)

TAYAD verurteilt Polizeieinsatz vor dem DGM Istanbul
Aus Solidarität und zur Unterstützung von Mitgliedern, die seit 2 Jahren in Haft sind, versammelten sich Mitglieder des Jugendvereins Istanbuls vor dem DGM [Staatssicherheitsgericht] in Besiktas. Sie wurden von der Polizei mit Tränengas u.a. angegriffen und festgenommen. TAYAD und Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes) verurteilten den heftigen Polizeieinsatz in einer Erklärung.

(DIHA, 1.9., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
KM	KurdishMedia.com

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 122
12. September 2003

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Türkische Soldaten unerwünscht - doch sie kamen bereits: undercover

Wie der Zuständige der KDP für die Region Duhok Muhammed Malla Kadri in einem Interview mit der Tageszeitung "Yeniden Özgür Gündem" verlauten lässt, sind türkische Truppen in Südkurdistan/Nordirak unerwünscht, denn "seit 1991 mischt sich die Türkei in unsere Angelegenheiten, würden sie kommen, würde dies unsere Ruhe stören. Selbst wir könnten es nicht verhindern, wenn das Volk auf solche Provokationen reagiert und sie angreifen würde" so Kadri.
Bis 1991 hätte es zum Beispiel keine Probleme mit den Turkmenen der Region gegeben. Doch seitdem mische sich die Türkei immer wieder aktiv ein und behaupte, es gäbe Probleme. Wenn die Türken neben Iranern und Syrern - wie geplant sei - wirklich Soldaten in den Irak schicken würden, käme es zu heftigen gemeinsamen Reaktionen der Kurden. Sie sollten nicht nur nicht nach Südkurdistan, sondern überhaupt nicht in den Irak kommen, betont Kadri. Würden die Iraner kommen, würden die Schiiten protejiert werden, würden die Syrer kommen, könnte das die sunnitischen Araber stärken. Gleiches sei im Falle des Einmarsches mit den Turkmenen zu erwarten. Bisher gäbe es zwar in der Region Bamerni, Kaniye, Masi und Batifa ein Kontingent von ca. 2000 türkischen Soldaten, diese blieben bisher jedoch den städtischen Zentren fern und harren in ihren Stellungen auf dem Lande aus.
Auch das Vertreiben der KADEK-Einheiten aus dem Gebiet sehe er nicht als seine vordringliche Aufgabe. Weder die PUK noch die KDP hätten die Absicht KADEK-Verbände aus der Region zu entfernen, so Kadri. "Wir Kurden, die wir in vier Teilen leben, möchten das geschwisterliche Zusammenleben aller Kurden" betonte er. Die Politik der Türkei gegenüber den Kurden dort müsse sich ändern kritisierte er. Die auf Kurden abzielende Politik entspreche nicht internationalen Standards, sie sollten sich endlich aus der Region zurückziehen und Frieden einkehren lassen. Kadri meinte, die Türkei solle den innerhalb ihrer Grenzen lebenden Kurden endlich gestatten ihre eigenen Gouverneure und Landräte zu wählen, kurdisches Fernsehen und Radio zulassen sowie kurdische Schulen eröffnen.
Wie die Mesopotamische Nachrichten Agentur meldet sind jedoch bereits 1700 Soldaten des 4. Armeekorps der Türkischen Armee aus Mamak ausgestattet mit falschen Papieren insgeheim in den Irak eingeschleust worden. Sie seien in die Region Mosul und Kirkuk geschickt worden. Der 4. Armeekorps - in dem ungewöhnlich viele Offiziere zu finden seien - war früher im Kosovo eingesetzt. Die KDP-Polizei der Region Zaxo und Duhok habe ihre Personalkontrollen verstärkt und rufe die Bevölkerung zur Wachsamkeit auf. "Der türkische Geheimdienst könnte in Zusammenarbeit mit Turkmenen und alten Baath-Partei-Kadern Provokationen planen und durchführen, so die Befürchtungen. Die Peschmerga-Kämpfer der KDP sind in den letzten zwei Tagen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden und der Ausnahmezustand in ganz Irak sei ausgerufen worden, so die Agenturmeldung.
Wie bekannt wurde, will die AKP-Regierung der Türkei die alte Strategie der Provokationen und Geheimdienstaktionen gegen die Kurden wieder aufnehemn. Die DYP- Chefin Tansu Ciller hatte 1992 solch ein Konzept mit Polizei und Armee entwickelt. Nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Ankara am 22. August sei nun diese alte Strategie wieder zum Leben erweckt worden. Es sei geplant durch Provokationen, wie anfangs der 90er Jahre, die PUK und die KDP dazu zu bringen, gegen den KADEK vorzugehen.

Berichte aus Istanbul, 10.9.

Türkischer Beamter: Reuegesetz erfolglos

Nach Angaben eines türkischen Staatsbeamten gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters hat das im letzten Monat verabschiedete "Reuegesetz" nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Zwar haben bislang etwa 2.000 Menschen eine Amnestie nach dem Gesetz beantragt, das angestrebte Ziel, die Guerilla mit dem Gesetz zum Rückzug aus den Bergen zu bewegen, wurde jedoch nicht erreicht. Mehr als 90 Prozent der Anträge auf Amnestie seien von Personen gestellt worden, die sich bereits im Gefängnis befinden. Etwa die Hälfte von ihnen sei wegen PKK/KADEK-Mitgliedschaft verurteilt, die anderen kommen aus anderen linken und aus islamistischen Organisationen.
Zur Rettung der "Reuegesetz-Kampagne" wird nun verstärkt Druck auf Familien ausgeübt, deren Angehörige bei der Guerilla vemutet werden. Auch mit Aufrufen während des Gottesdienstes sollen Familienangehörige von GuerillakämpferInnen zur Mitarbeit am Reuegesetz gedrängt werden.
Ungeachtet dieser Anstrengungen stößt das "Reuegesetz" in den kurdischen Gebieten der Türkei weiter auf starke Ablehnung.
Kurdische Politiker aus der Region lehnen das Gesetz ab und vergleichen es mit ähnlichen Gesetzen aus der Vergangenheit, die eine Amnestie im Austausch mit Zeichen von Reue und Informationen über die Guerilla angeboten hatten.
Sie verlangen eine Generalamnestie, die auch Abdullah Öcalan einschließt, Der KADEK-Vorsitzende selbst sieht nach Angaben seines Anwalts Mahmut Sakar in dem Gesetz die Gefahr, Verbitterung hervorzurufen. "Öcalan sagt, das Gesetz werde wegen der enthaltenen Reueforderung und der Möglichkeit der Bestrafung die Menschen eher dazu bringen, in die Berge zu gehen als von dort zurückzukommen", so Sakar.

(ISKU)

Herbst-Kampagne des KADEK

Osman Öcaln erkärte gegenüber Medya-TV im Namen des KADEK, dass am 20. September eine Herbstkampagne beginnen werde, die mit Nachdruck Frieden und eine demokratische Lösung fordern werde. "Innerhalb der nächsten drei Monate wird sich zeigen, ob eine Lösung kommt oder ein Krieg.", so Öcalan. "Unser Slogan heißt: 'Wir haben keine Geduld mehr - Lösung unbedingt.' Deshalb starten wir diese Kampagne.
Öcalan äußerte sich ebenfalls zu dem verstorbenen Präsidialratsmitglied Engin Sincer: "Er war ein junges, der Entwicklung offen stehendes Mitglied. Sein Tod trifft uns alle zutieftst. Sein Verlust wiegt in dieser Phase besonders tief."

(ÖP, 9.9., ISKU)

Meldungen

Militäroperation in Ercis
Im Kreis Ercis/Van begannen türkische Militäreinheiten zusammen mit Dorfschützern eine militärische Operation.
(DIHA, 10.9., ISKU)

Öcalans gesundheitliche Probleme bestehen weiterhin
Nach dem Treffen mit dem KADEK-Vorsitzenden Abdulah Öcalan auf Imrali berichteten die Anwälte, dass seine gesundheitlichen Probleme weiterhin bestehen. Sie verlangten den Besuch und eine Untersuchung durch eine Delegation unabhängiger Ärzte.
(DIHA, 10.9., ISKU)

Dorfrückkehr: Familien warten seit 6 Monaten in Zelten
Im Kreis Dicle/Diyarbakir wurden vor 11 Jahren 35 Familien aus dem Dorf Bogazköylü vertrieben. Nach der Entscheidung zur Rückkehr müssen sie jetzt seit 6 Monaten in Zelten auf die Möglichkeit zur Rückkehr ins Dorf warten. Der AK-Parteiabgeordnete A. Akgül nannte als Problem die "nichtarbeitende Bürokratie".
(DIHA, 10.9., ISKU)

Protestmarsch des IHD geplant
Gegen die Entsendung türkischer Truppen in den Irak will der IHD-Istanbul aus Protest einen Friedensmarsch nach Ankara durchführen. Mit dem Marsch soll auch die Öffentlichkeit mobilisiert werden. *(DIHA, 9.9., ISKU)*

Erneuter Hungerstreik in Mersin
Wegen "Störung der Nachbarschaft" hatte die Polizei in Mersin ein Stadtteilbüro überfallen, in dem ein Hungerstreik aus Solidarität mit Abdullah Öcalan stattfand. 52 Personen wurden festgenommen, 15 Frauen der "Initiative der Familien von Inhaftierten" begannen jetzt erneut mit einem Hungerstreik. *(DIHA, 7.9., ISKU)*

Protest gegen Räumung von Almen
Im Kreis Cemisgezek (Dersim) forderte das Militär die Hirten zum Verlassen der Almen auf, da in Kürze Militäroperationen beginnen würden. Von gesellschaftlichen Gruppen und demokratischen Organisationen wurde dagegen Protest geäussert. Die Viehzucht sei die Grundlage der Wirtschaft der Bauern. "Die Massnahme bedeutet eine Wiederkehr des Ausnahmezustandes. Die Operationen müssen sofort beendet werden" *(DIHA, 7.9., ISKU)*

IHD fordert beidseitigen Waffenstillstand

Die 13 Zweigstellen des Menschenrechtsvereins (IHD) im Osten und Südosten der Türkei haben in einer gemeinsamen Stellungnahme zu einem beidseitigen Waffenstillstand zwischen der türkischen Regierung und dem KADEK aufgerufen, um den Frieden in der Region sicherzustellen. "Wir rufen die Regierung und insbesondere den Militärapparat auf, eine sinnvolle und auf Menschlichkeit bedachte Haltung einzunehmen, anstatt auf einer Politik von Krieg und Angriffen zu beharren." so die Erklärung der 13 Vorsitzenden der IHD-Zweigstellen.
Der KADEK hatte kürzlich den einseitigen Waffenstillstand, der 1998 ausgerufen worden war, für beendet erklärt.
Die IHD-Vorsitzenden erklärten, dass die Türkei 15 Jahre mit bewaffneten Auseinandersetzungen verschwendet habe, weil der Staat sich weigerte die kulturellen und ethnischen Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen: "Der Preis für diese Periode der bewaffneten Auseinandersetzungen war in Hinblick auf Menschenrechte, Wirtschaft, Politik und Militär enorm. Nach 1998 waren wir voller Hoffnung angesichts des Waffenstillstands des KADEK und der im Rahmen der EU-Anpassung begonnen Verbesserung der Menschenrechte seitens der Regierung. Aber all diese Verbesserungen blieben nutzlos. Seit 1999 hat die Regierung drei mal gewechselt, aber keine der neuen Regierungen hat eine neue Haltung angenommen und stattdessen mit der kurdischen Frage das bedeutendste Problem der Türkei ignoriert."
Die IHD Vorsitzenden betonten, dass sie die Anpassungsgesetze würdigen, jedoch kein Bemühen der Regierung erkennen konnten, die kurdische Frage auf demokratische und friedliche Weise zu lösen. "Unsere Berichte zeigen, dass es alle vermeiden sollten, zu der Atmosphäre zurückzukehren, die die bewaffneten Auseinandersetzungen mit sich bringen. Wir wissen, was bewaffnete Auseinandersetzungen bedeuten. Wir kennen die Schäden der bewaffneten Kämpfe sehr gut. Wir wissen auch, dass die Regierung während der Kämpfe in der Hand illegaler Organisationen innerhalb des Staates ist. Diese Kreise werden es nie aufgeben, für eine chaotische Situation zu sorgen.", heißt es in der Erklärung.
Ebenfalls zur Sprache kommt das "Reuegesetz": "Unsere Friedensbemühungen wurden von der Regierung mit dem "Reuegesetz" beantwortet, dass einen Angriff auf das menschliche Selbstwertgefühl darstellt. Diese Antwort der Regierung auf unseren Friedensaufruf wird von der Geschichte als Hässlichkeit verurteilt werden. Wir glauben, dass es diese Regierung verdient, als die ängstlichste und kurzsichtigste bezeichnet zu werden."
Die IHD-Vorsitzenden machten auf die gestiegene Zahl der Menschenrechtsverletzungen in der Region und auf die begonnenen militärischen Vorbereitungen aufmerksam und sagten, dass die Informationen, die aus den Städten der Region eintreffen, Anlass zur Sorge geben.
"In den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 wurde das Recht auf Leben für 130 Menschen aufs Spiel gesetzt. Die Zahl der Angriffe auf ZivilistInnen in der Region ist angestiegen, insbesondere in Bingöl, Hakkari, Sirnak und Batman. Die zunehmenden militärischen Aktivitäten in zehn ländlichen Gebieten stellen uns vor die Frage, ob das die Vorbereitungen für neue Kämpfe sind. Weiterhin wurden aufgrund miltärischer Operationen Gebiete in den Regionen Kemerli, Cesme, Ali Bogazi, Kocoglu und Hozat geräumt. Ist das die Rückkehr zu der Politik der Dorfentvölkerungen, die 3,5 Millionen Menschen vertrieben hat?"
Der IHD fordert in der Erklärung von der Regierung Schritte, die die Rückkehr zu den alten schlimmen Zeiten verhindern: "Die Regierung sollte unseren Vorschlägen folgen, um den Frieden in der Türkei zu sichern: Das Reuegesetz sollte fallengelassen und stattdessen eine Generalamnestie ausgerufen werden. Alle vertriebenen DorfbewohnerInnen sollten in ihre von den Sicherheitskräften geräumten Dörfer zurückkehren. Das Dorfschützersystem, das den sozialen Frieden zerstört, sollte beendet werden. Im Parlament sollte eine Kommission einberufen werden, die die Angriffe der letzten 15 Jahre in der Region untersucht. Die Grundrechte und Freiheiten sollten garantiert werden."
Die Vorsitzenden der IHD-Zweigstellen machten auch auf die Situation von Abdullah Öcalan aufmerksam und wiesen darauf hin, dass er sich in Isolation befindet. "Die Anwälte Öcalans beklagen seinen schlechten Gesundheitszustand und sagen, dass dies nicht entsprechend untersucht würde. Um soziale Spannungen zu vermeiden, sollte Öcalan von unabhängigen Ärzten untersucht werden." *(TDN, 8.9., ISKU)*



Engin Sincer [Heval Erdal] wurde am 8. September unter Anteilnahme der Bevölkerung in Maras in Nordkurdistan begraben. Ein langer Aurokorso hatte seinen Leichnam durch viele Städte aus den Kandilbergen im Südosten Kurdistan in die Heimatstadt seiner Familie gebracht. Überall standen die Menschen an den Straßen und begleiteten den Konvoi. Parolen wurden gerufen wie "Sehit namerin - Die Gefallenen sind unsterblich".

Polizei verbietet weiterhin kurdische Lieder
Während die Regierung zusagte, dass im türkischen Radio oder Fernsehen Sendungen in kurdischer Sprache erfolgen können, werden kurdische Lieder weiterhin Opfer von Polizeiaktionen. Bei einer Hochzeit in Sabaniya/Van erschien die Polizei, das Singen kurdischer Lieder sei unerwünscht. Eine Person wurde festgenommen. *(DIHA, 8.9., ISKU)*

In einem Jahr 247 Strafverfahren
Im Lauf des 1. Jahres seit Erscheinen der Zeitung "Yeniden Özgür Gündem" wurden gegen die Zeitung 247 Strafverfahren eröffnet; in einige Provinzen darf die Zeitung nicht ausgeliefert werden. Insgesamt wurden 300 Mrd. TL Geldstrafen (ca. 200.000 Euro) verhängt und für 188 Tage ein Erscheinungsverbot erlassen. *(DIHA, 5.9., ISKU)*

Protest iranischer Flüchtlinge gegen Auslieferung
Vor dem Gebäude des UN-Kommissariats begannen kurdische Flüchtlinge einen Sitzstreik gegen die Auslieferung von Flüchtlingen von der Türkei an den Iran. 10 Flüchtlinge waren in den letzten Tagen in Van festgenommen und in den Iran abgeschoben worden. Die Polizei löste die Aktion gewaltsam auf. *(DIHA, 5.9., ISKU)*

Stammesführerin: "Ich wünsche Öcalan baldige Genesung"
Der Surci-Stamm besitzt im Gebiet von Iran, Irak, Türkei und Syrien etwa 1,5 Millionen Mitglieder; seit 32 Jahren wird der Stamm von seiner Führerin Zerifistan Surci geleitet. Sie war das erste Mal zu einem Interview mit DIHA bereit. In der Zeit ihrer Leitung habe sich die Zahl der Frauen, die geschlagen werden, verringert, berichtete sie. Auch die Zahl von Heiraten mit mehr als einer Frau sei gesunken. Sie sei wegen ihrer Leitungstätigkeit auch in die USA eingeladen worden. Abdullah Öcalan sei der fähigste kurdische Führer; sie wünsche ihm baldige Genesung. *(DIHA, 5.9., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
TDN	Turkish Daily News

Bilanz der Menschenrechtsverstösse in der Region Diyarbakir, August 2003

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen Getötete und Verletzte: 17 Tote, 4 Verletzte
Morde/Angriffe unbekannter Täter/Aussergerichtliche Hinrichtungen: 9 Tote 7 Verletzte
Minen und explosive Gegenstände: 2 Verletzte
Festnahmen: 58
Gemeldete Folterungen und Misshandlungen: 9
Davon:
a) von Gendarmerieangehörigen: 4
b) von Sicherheitskräften (Polizei): 5
c) von Dorfschützern: 1

Verletzungen des Eigentumsrecht
Anzünden von Ländereien: 1
Sonstiges: 2

Zwangsversetzungen: 1
Entlassung/Versetzungen: 7

Ermittlungen und Strafen gegen die Gedanken und Meinungsfreiheit: 53
Verbotene künstlerische Aktivitäten (Theateraufführungen, Filme etc.): 1
Verbotene bzw. beschlagnahmte Publikationen (Zeitungen, Bücher etc.): 1

Abgelehnte Antrag auf medizinische Versorgung: 1
Selbstmorde/versuche: 3

Insgesamt: 211 Menschenrechtsverletzungen
(DIHA, 11.9., ISKU)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 123
19. September 2003

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Mizgin Sen, Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses

"Keine einseitigen Schritte mehr"

Wird der KADEK den bewaffneten Kampf wiederaufnehmen, wie es die Presse schreibt?
Nach der Erklärung des KADEK zum 1. September schrieben alle großen Presseagenturen, das der KADEK der Türkei den Krieg erklärt habe. Tatsächlich hat der KADEK lediglich den einseitige Waffenstillstand beendet. Die Menschen sollen wissen, dass die PKK bereits am 1. September 1998, noch vor der Entführung von Abdullah Öcalan, den einseitigen Waffenstillstand erklärt hatte. Das war vor genau fünf Jahren. In der jetzigen Situation ist ein einseitiger Waffenstillstand sinnlos, insbesondere angesichts der permanenten Angriffe auf die Guerilla und angesichts des Krieges gegen den Irak, der eine gefährliche Situation für die Guerilla geschaffen hat. Der KADEK will Probleme vermeiden.

Ist es ein guter Zeitpunkt, den Waffenstillstand zu beenden und mit bewaffneten Auseinandersetzungen zu drohen, während für die Türkei die Tür zu EU noch nicht völlig verschlossen ist und wo die USA vermutlich keine Guerilla-Armee auf irakischem Gebiet dulden werden?
In den letzten Monaten kam es zu einer Vielzahl von Zwischenfällen zwischen der türkischen Armee und der Guerilla des KADEK. Die Türkei greift mit schweren Waffen und Hubschraubern an. Die türkische Regierung setzt ihre Anstrengungen fort, den KADEK zu vernichten und das kurdische Volk zu assimilieren; eine Assimilierungspolitik, die seit beinahe einem Jahrhundert andauert. Die größte Reform, die von der türkischen Regierung kam, war das "Reuegesetz". Das hat nichts mit einer Amnestie zu tun, es ist nur ein Freibrief für Denunzianten. Die positiven Schritte in der türkischen Rechtsprechung, etwa die Möglichkeit, Neugeborenen kurdische Namen zu geben, werden durch Anordnungen der Minister blockiert, die die Umsetzung dieser Gesetze verhindern. Der KADEK hat keinen Krieg erklärt. Die Erklärung des KADEK bedeutet den Übergang von der passiven zur aktiven Selbstverteidigung. So lange die Türkei uns angreift, werden wir uns nicht nur verteidigen, sondern auch Vergeltung üben. Das ist vor kurzem passiert. Nachdem sieben Guerillas im Gebiet von Batman getötet wurden, hat der KADEK Vergeltung geübt, indem eine Polizeistation in Sirnak angegriffen wurde. Nach einem Angriff auf Kämpfer(inn)en des KADEK in Diyarbakir hat der KADEK mit einem Angriff auf den Konvoi des Gouverneurs von Dersim Vergeltung geübt. Es wird auch andere Veränderungen in der Guerilla-Taktik geben. Es wird nicht mehr nur militärische Auseinandersetzungen in den Bergen geben, wie während des 15jährigen Krieges. Der KADEK wird auch Angriffe in den Städten, auf Symbole des türkischen Staates und auf ökonomische Ziele durchführen.

Wird sich ein neuer bewaffneter Kampf nicht gegen die Entwicklung der Massenbewegungen richten, die unter dem Dach der DEHAP arbeiten?
Die Massenbewegung steht nach wie vor an erster Stelle. Wir nennen das "Serhildan", was "Aufstand" bedeutet. Der bewaffnete Kampf ist ein Teil des gesamten Kampfes. Er kann nie den Kampf der Massen ersetzen. Die Hauptaufgabe ist der Aufbau einer Massenbewegung für eine Demokratisierung in ganz Kurdistan. Der KADEK will beim Aufbau dieser Massenbewegung eine aktive Rolle spielen. Aber eine friedliche Massenbewegung muss früher oder später konkrete Ergebnisse hervorbringen. Sonst werden die Massen ungeduldig.

Der KADEK hat eine Roadmap ausgearbeitet, vergleichbar mit der, die für Palästina und Israel entwickelt wurde. Aber die palästinensisch-israelische Roadmap ist gescheitert. Hat eine Roadmap für die Kurd(inn)en in der Türkei mehr Chancen auf Erfolg?
Positive Schritte müssen beidseitig und gleichzeitig erfolgen. Es ist unmöglich für eine Seite A-B-C zu sagen, bevor nicht die andere D-E-F gesagt hat. Es muss A-A, B-B und C-C heißen. Das war das besondere an der Roadmap für den palästinensisch-israelischen Konflikt. Genau das ist auch für die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei notwendig. Wir machen seit Jahren einseitige Angebote; manchmal radikale, manchmal gemäßigte. Mitunter so gemäßigte, dass viele Menschen sagen: "Die PKK weiss nicht was sie will." Diese Taktik blieb ohne Ergebnis. Die Ausarbeitung der Roadmap war das Ergebnis einer langen Diskussion über den einseitigen Waffenstillstand. Es wird keine einseitigen Schritte mehr geben. Der KADEK gibt der Türkei Zeit, genau bis zum 1. Dezember, um den Prozess mit einem beidseitigen Waffenstillstand zu beginnen. Dann müssen beide Seiten kleine Schritte nach vorn unternehmen, nicht mit dem Ziel, das Problem zu lösen, sondern um Vertrauen zwischen beiden Seiten aufzubauen. Diese Phase wird bis zum 1. April andauern. Danach müssen grundlegende Massnahmen ergriffen werden, um bis zum 1. September 2004 eine befriedigende Situation zu erreichen, so dass für einen der größten Konflikte des Mittleren Ostens eine langfristige friedliche Lösung gefunden werden kann.

Und wenn das nicht funktioniert?
Wenn das nicht funktioniert, werden die militärischen Operationen gesteigert. Der Krieg wird, anders als vorher, auch in den Städten geführt werden. Die Guerilla wird ausgewählte Ziele angreifen, um den türkischen Staat zu Zugeständnissen zu bewegen. Leider ist es während eines Krieges nicht möglich, zivile Opfer auszuschließen. Aber ich wiederhole noch einmal: In den Augen des KADEK wird die militärische Option allein zu keiner Lösung des Konflikts führen. Eine politische Lösung ist notwendig. Dafür ist eine Massenbewegung wichtig. Die Zivilgesellschaft muss politischen Druck ausüben.

Hat die Globalisierungskritische Bewegung Einfluß auf die Strategie des KADEK?
Aus ideologischer Sicht unterstützt der KADEK nicht mehr das Konzept von Nationalstaaten. Es ist ein Konzept, das in der heutigen Weltlage nicht mehr funktioniert. Nach dem jetzigen Stand der Globalisierung und der Globalisierungskritischen Bewegung setzt der KADEK den Schwerpunkt eher auf kulturelle als auf nationale Identität. Aus diesem Grund unterstützt der KADEK die Suche nach einer föderalen Lösung in allen Ländern, in denen die Kurd(inn)en einen großen Bevölkerungsanteil stellen, wie in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien. Aus Sicht des KADEK ist das in der jetzigen Weltlage eher zu erreichen als ein unabhängiges Kurdistan.

Können sie sich vorstellen, dass die Türkei Teil einer internationalen Friedenstruppe im Irak wird?
Der Türkische Staat stellt eine Bedrohung für alle Kurd(inn)en dar, nicht nur für den KADEK, sondern auch für KDP, PUK und für die Kurd(inn)en im Irak. Die USA wären sehr glücklich, wenn die Türkei den Irak stabilisieren würde, aber die Türkei ist das letzte Land auf der Welt das in der Lage wäre, für Sicherheit im Irak zu sorgen. *(KM, 17.9., ISKU)*

Meldungen

KADEK nicht auf EU-Terrorliste
Am Dienstag veröffentlichte die EU eine Neufassung der Liste, auf der Organisationen aufgeführt werden, die der "Beteiligung an terroristischen Aktivitäten" bezichtigt werden. Zur Verärgerung der Türkei sind weder KADEK noch DHKP/C in die Liste aufgenommen. Außenminister Gül zeigte sich enttäuscht über die Nicht-Aufnahme des KADEK in die Liste und bezeichnete den Vorgang als nicht bestandenen Test der EU in dieser Frage. *(KM, 18.9., ISKU)*

"Friedensbüro" und "Frauenparlament" beschlossen
Auf ihrer 1. Konferenz beschloss die "Demokratische Frauen-Bewegung" laut einer Mitteilung ein "Friedensbüro" und ein "Frauenparlament" ins Leben zu rufen. Als Name wurde "Demokratische Freie Frauenbewegung" beschlossen. *(DIHA, 17.9., ISKU)*

Zeitungsausträger bedroht
In Siirt wurde der Zeitungsausträger von Özgür Gündem, M. Altay, vom Provinzvorstand der AK-Partei, der auch Dorfschützerchef ist, und dessen Bruder, Kadri Özbey, angegriffen. Altay erstattete Anzeige beim Oberstaatsanwalt, sein Leben sei bedroht. *(DIHA, 17.9., ISKU)*

Militäroperationen
Im Kreis Ercis/Van fand in der vergangenen Woche eine 3 Tage dauernde Operation statt. Jetzt begann erneut eine Militäroperation. In Dersim finden ebenfalls Operationen statt, bei denen auch "Abschwörer" Hilfsdienste leisten *(DIHA, 17.9., ISKU)*

Arbeitsniederlegung gegen Privatisierungspolitik
Aus Protest gegen die Privatisierungspolitik der AK-Regierung werden morgen 7000 Gewerkschaftsmitglieder der Gewerkschaft "Petrol-Is" für einen halben Tag die Arbeit niederlegen. *(DIHA, 17.9., ISKU)*

Wegen Arbeitsniederlegung für Lohnerhöhung entlassen
Die Baufirma Önka Insaat, die in Diyarbakir Kanalisationsarbeiten durchführt, hat ca. 50 Beschäftigte aus der Vermessungabteilung entlassen. Sie hatten eine Woche lang für höhere Löhne gestreikt. *(DIHA, 17.9., ISKU)*

Kurdische Flüchtlinge weiter in Angst
Die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge aus dem Iran durch die Ausländerpolizei in Van hat zu

Verfahren wegen Festivalteilnahme

Die Oberstaatsanwaltschaft des DGM Ankara hat gegen die Musiker Haluk Levent und Musa Eroglu, den DEHAP-Vorsitzenden Tuncer Bakirhan, den Vorsitzenden der Özgür Toplum Partisi (ÖTP), Turan Demir, den KESK Gewerkschaftsvorsitzende Mustafa Avci und den ehemaligen HADEP-Vorstandsmitglied Ahmet Türk ein Untersuchungsverfahren wegen der Teilnahme am 11. Internationalen Kurdischen Engin Sincer Kulturfestival in Gelsenkirchen eröffnet. Insgesamt wird gegen 15 Personen wegen "Unterstützung einer illegalen Organisation" ermittelt. Der Staatsanwalt Köksal ist bereits bei der Auswertung der Aufzeichnungen des Festivals.

Die Betroffenen Politiker, Turan Demir, Ahmet Türk und Mustafa Avci antworteten auf das Verfahren mit der Äußerung, das sie für den Frieden an jeder Aktivität teilnehmen würden.

ÖTP-Vorsitzender Ahmet Turan Demir: Jeder Mensch hat das Recht seine Meinung frei zu äussern. Dies ist der Sinn einer politischen Partei. Es ist auch unser Pflicht, als eine Partei in der Türkei, ein so dringendes und nicht gelöstes Problem zu thematisieren. Wenn eine legale Partei sich nicht frei äußern darf und wenn sie es tut verfolgt wird, dann sieht man wie demokratisch sich die Türkei entwickelt hat. Sie verbreiten, dass sie den Demokratisierungsprozess beschleunigt hätten, verabschieden ein Reformpaket nach dem anderen und verbreiten in den Medien die Gedankenfreiheit wäre gewährt. Aber dies ist nicht wahr. Wenn das so wäre sollten sie es auch praktizieren.

KESK-Vorsitzender Mustafa Avci: Wir sind Partei ungebunden aber auf der Seite von Frieden und Demokratie.
Wir werden auf jeder Veranstaltung unser Verlangen nach Frieden und Demokratie äussern. Auch wenn wir dafür angezeigt werden. Das ist nicht unser sondern deren Problem. Das sagen wir ihnen auch ins Gesicht.
Was wollen wir denn? Frieden! Was wollen wir denn? Demokratie! Was wollen wir denn? Geschwisterlichkeit. Wir haben für den Frieden schon sehr viel geopfert und haben nicht vor noch mehr zu bezahlen. Wir werden auch weiterhin Gegendruck produzieren.

Das ehemalige HADEP-Vorstandsmitglied Ahmet Türk: In einer Zeit in der die Türkei die Mitgliedschaft der EU beantragt hat und eine demokratische Haltung erforderlich ist, benutzt die türkische Regierung immer noch ihre alte Verleugnungspolitik. Mit der Erniedrigung und Verfolgung von Menschen kann man die Türkei nicht führen. Mit Unterdrückung ist es nicht möglich, die Menschen ruhig zu halten und Frieden, Geschwisterlichkeit und Gleichberechtigung zu schaffen. Sie haben bis heute die Türkei so geführt. Aber jeder weiß, dass dieses Land so nicht weitergeführt werden kann. *(ÖP, 18.9., ISKU)*



Mehr als 100.000 KurdInnen und Kurden sowie FreundInnen und UnterstützerInnen aus aller Welt feierten am vergangenen Wochenende in Gelsenkirchen das 11. Internationale Friedensfestival. Bei dem Fest stand neben der Forderung nach Frieden und Demokratie auch das Gedenken an den im August verstorbenen Engin Sincer im Mittelpunkt.

Leyla Zana und Mitangeklagte halten Gericht vor Gericht

Wiederholung des Originals von 1994

Das Wiederholungsverfahren gegen die vier kurdischen Parlamentarier neigt sich seinem Ende zu. Vertagt auf Freitag, den 17. Oktober, glich sich der bisherige Verlauf in der Tat der Prozessfarce von 1994 an. Für den Oktobertermin ist zu erwarten, daß Staatsanwalt Dilaver Kahveci noch einmal darlegen wird, warum die im zehnten Jahr einsitzenden Angeklagten weiter hinter Schloß und Riegel gehören. Danach hat das Gericht das letzte Wort zur Urteilsverkündung - ob es am selben Tag geschieht, bleibt abzuwarten.

Der ganztägige Verhandlungstag am Montag stand derweil nahezu vollständig im Zeichen der Verteidigung und ihrer Klienten. Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan brachen ihr anhaltendes, gegen die unfaire Verfahrensführung demonstrierendes Schweigen und hielten jeweils engagierte, hochpolitische Reden. Dabei verwahrte sich Leyla Zana nach einem Bericht der Mesopotamischen Nachrichtenagentur MHA zunächst dagegen, für die EU-Beziehungen der Türkei als »Verzierungsgewächs oder Make-up« zu dienen. Dazu seien sie und ihre Mitangeklagte keinesfalls bereit. Die Freiheitskämpferin, die 1991 als erste Kurdin überhaupt ins Parlament der Türkei gewählt worden war, problematisierte in ihrer Rede dann insbesondere die Rolle der Staatssicherheitsgerichte DGM. Diese seien ein Produkt des Militärputsches vom 12. September 1980.

Auch der ehemalige DEP-Vorsitzende Hatip Dicle kritisierte die DGM. Diese vertreten die staatliche »Unterdrückungsmentalität« und seien »politische Institutionen«. Orhan Dogan beklagte insbesondere eine »unmenschliche Behandlung«, der die Angeklagten ausgesetzt seien. Diese fänden insbesondere unter dem Deckmantel vorgeblicher »Durchsuchungen« statt. Selim Sadak äußerste schließlich seine Bewertung des Prozesses: »Dieses Verfahren hat nichts mit Recht zu tun.« Vielmehr werde ein von der Politik vorgegebener Beschluß vom Gericht umgesetzt. Die von den kurdischen Politikern vorgebrachten Anklagen des Gerichts bilanzierten zugleich den seit 1994 anhaltenden Justizskandal. Dabei kam das Gericht auch während dieses Verhandlungstages seinem Ruf als verlängerter Arm von Politik und Militär der Türkei nach und lehnte erneut den Antrag auf »sofortige Freilassung« ab. »Keine Minute länger«, so hatte das Verteidigerteam gefordert, sollten die ehemaligen Abgeordneten der seit Juli 1994 verbotenen Demokratie-Partei (DEP) in Haft bleiben müssen, wo sie sich seit März 1994 befinden. Sie waren am 8. Dezember 1994 in einem klassischen Gesinnungsprozeß vom Staatssicherheitsgericht Nr. 1 in Ankara zu jeweils 15 Jahren Haft verurteilt worden wegen Unterstützung einer »bewaffneten Bande«, womit die PKK-Guerilla gemeint war. Die ursprünglich geforderten Todesurteile konnten verhindert werden. Nach nahezu siebenjähriger Prüfungsphase bescheinigte schließlich der Europäische Menschenrechtsgerichtshof im Juli 2001, dass der Prozess vor keinem »unabhängigen und unparteiischen Gericht« stattgefunden hätte. Seit dem 21. Februar 2003 wird vor eben jenem DGM Nr. 1 in Ankara erneut verhandelt.

(jW, 17.9., ISKU)

grosser Besorgnis der anderen Flüchtlinge geführt. Das UN-Hochkommissariat in der Türkei erklärte, die Flüchtlinge dürften nicht ausgewiesen werden. Türkische Stellen erklärten, die Abschiebung sei ein Versehen gewesen. *(DIHA, 15.9., ISKU)*

Verfahren "Hinrichtung ohne Urteil" abgeschlossen
Verfahren wegen Folter und "Hinrichtung ohne Urteil" müssen vor der gerichtlichen Klärung von der Verwaltung genehmigt werden. Aus diesem Grund bleibt auch die Ermordung der 18 jährigen Selma Kilic und zweier KADEK-Mitglieder in Silvan ungesühnt. Der Vali von Diyarbakir lehnte nach einer Voruntersuchung ein Strafverfahren gegen 43 Polizisten wegen "Hinrichtung ohne Urteil" ab.
(DIHA, 13.9., ISKU)

KP-Vorsitzender Bulgariens: Wir stehen an Öcalans Seite
Auf einer Kundgebung von linken und kommunistischen Parteien sagte der Vorsitzende der KP, er stehe an der Seite Öcalans und "Wir grüssen die kurdischen Freunde, die für Öcalan im Hungerstreik sind".
(DIHA, 13.9., ISKU)

Verhaftungen wegen Plakatieren
Für ein neu erschienenes Buch von Abdullah Öcalan "Verteidigung des freien Menschen" wurden in zahlreichen Orten Plakate geklebt. Dabei Festgenommene wurden mit Haftbefehl ins Gefängnis eingeliefert.
(DIHA, 12.9., ISKU)

Freispruch beim DGM für Eren Keskin
E. Keskin war vom DGM wegen "Aufhetzen zu Hass und Völkerfeindschaft" angeklagt. Sie habe bei einer Veranstaltung in Deutschland eine entsprechende Rede gehalten. Das Staatssicherheitsgericht, DGM, kam jetzt in einem Verfahren zum Freispruch.
(DIHA, 12.9., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
KM	KurdishMedia.com
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 124
26. September 2003

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Schluss mit der Isolationsfolter

Nicht nur in der Türkei und in Kurdistan sind viele Initiativen, um die lebensbedrohliche Situation für Abdullah Öcalans zu verbessern. Auch in anderen Teilen dieser Welt finden Demonstrationen, Kundgebungen, Hungerstreiks und andere Proteste gegen die totale Isolation und damit die von der Regierung angestrebte langsame Vernichtung des Vorsitzenden des KADEK statt.

Rechtverletzungen bei den Haftbedingungen Abdullah Öcalans
Die angewandte Isolationshaft verstößt gegen geltendes türkisches Recht. Isolation darf in der Türkei lediglich als Disziplinarstrafe verhängt werden. Gefangenenrechte betreffende Maßnahmen unterstehen rechtlich der Staatsanwaltschaft bzw. dem Justizministerium. Im Falle von Herrn Öcalan sind die Kompetenzen auf eine nicht klar definierte und außerrechtliche Körperschaft, den sogenannten Krisenstab, verlegt, die keinerlei juristischer Kontrolle unterworfen ist. Die Verteidiger haben wiederholt Anträge auf Lockerung der menschenunwürdigen und juristisch nicht zu rechtfertigenden Haftbedingungen an das türkische Justizministerium, die Generaldirektion für Justizvollzugsanstalten und die zuständige Staatsanwaltschaft gestellt. Trotz positiver Bescheide der Staatsanwaltschaft hat keine Änderung stattgefunden. Die Tatsache, dass Herr Öcalan auf Imrali inhaftiert ist, wird immer wieder als Vorwand benutzt, um Besuche der Verteidiger und Verwandten zu verhindern. Die zuständigen Behörden stehen jedoch eindeutig in der Verpflichtung, regelmäßige Besuche bei Herrn Öcalan zu ermöglichen und dazu geeignete Transportmittel bereitzustellen. Die Angehörigen dürfen keinen Körperkontakt mit A. Öcalan haben, obwohl es nach der geltenden Regelung für politische Gefangene einmal im Monat üblich ist. Bei den Anwaltbesuchen werden die rechtlich abgesicherten Bedingungen der Vertraulichkeit nicht ausgeübt. Gespräche werden überwacht und abgehört. Die von den Verteidigern mitgeführten Dokumente bzw. Notizen werden vom Gefängnispersonal permanent konfisziert. Herr Öcalan wird ununterbrochen visuell überwacht, sowohl über ein Kamerasystem als auch durch die Wachen. Zusätzlich zu den Torturen der Isolation brennt in seiner Zelle 24 Stunden am Tag das Licht. Obwohl es in der Türkei ein Recht aller Gefangenen ist, jegliche nicht verbotenen Publikationen zu erhalten, stehen ihm lediglich eine stark begrenzte Auswahl an veralteter Tagespresse und drei Büchern sowie ein Radiogerät, welches auf einen Kanal beschränkt ist, zur Verfügung. A. Öcalan hat lediglich die Möglichkeit 2 Stunden am Tag an die Luft zu gehen. Sportliche Aktivitäten stehen im nicht zur Verfügung.
Das Frauenbüro für Frieden, CENI, bittet, sich mit einem Schreiben an folgende Institutionen zu wenden:
CPT-Europäisches Komitee zur Verhinderung von Folter
Fax: 33 3 88412772
E-Mail: cptdoc@coe.int
WHO-Weltgesundheitsorganisation
Fax: 41 22 7913111
E-Mail: info@who.int
AI–Amnesty International
Fax: 44 20 79 56 11 57,
http://web.amnesty.org

Interview mit Ayse Tugluk

Ayse Tugluk ist eine von insgesamt 25 Anwält(inn)en, die Abdullah Öcalan vertreten. Sie besuchte in Europa Politiker/innen und Menschenrechtler um über die Situation Abdullah Öcalans zu sprechen.

Frau Tugluk, haben Sie in Deutschland offene Ohren gefunden?
Unsere Gesprächspartner waren sehr interessiert, doch wenn es um aktive Unterstützung geht, egal ob rechtlich oder politisch, geschieht nichts. Wir glauben, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die wir besucht haben, ihrem Anspruch nicht gerecht werden. Man scheint hier den Kurden gegenüber gleichgültig zu sein, obwohl sie so sehr eine demokratische Lösung ihrer Probleme fordern.
Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei muss die kurdische Frage behandelt werden. Ohne deren Lösung kann es keinen türkischen EU-Beitritt geben.
Was hat die Haftsituation Abdullah Öcalans mit dem EU-Beitritt der Türkei zu tun?
Der Fall unseres Mandanten ist von der politischen Problematik nicht zu trennen. Ein EU-Beitritt der Türkei kann die Demokratisierung des Landes beschleunigen, doch die Türkei hat kein gewachsenes Wertesystem, das mit dem von Europa vergleichbar wäre. Das muss schrittweise geschaffen werden, und in diesem Rahmen müssen die Kurden einbezogen werden. Es ist eine Fehleinschätzung, wenn die kurdische Frage als ein Problem unter vielen behandelt wird: Sie ist das zentrale Problem in der Türkei.
Vor dem Europäischen Gerichtshof läuft jetzt ein Revisionsverfahren. Sind kurzfristige Veränderungen zu erwarten?
Das Revisionsverfahren ist zu begrüßen, aber es wird dauern. Der Beschwerde unseres Mandanten, dass es auf Imrali kein faires Verfahren gegeben hat, wurde stattgegeben. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens in der Türkei würde sich günstig auf die Politik auswirken. Außerdem haben wir unseren Antrag ergänzt. Mehr als 30000 Menschen wurden in dem Konflikt getötet, die meisten waren Kurden. Mehr als 4000 Dörfer wurden zerstört, es gab Tausende von außergerichtlichen Hinrichtungen. Wir fordern ein Sondergericht, vor dem die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen aller Konfliktparteien untersucht werden.
Was sagt das Antifolterkomitee des Europarates zu der Haftsituation Ihres Mandanten?
Vertreter des Komitees haben ihn dreimal auf Imrali besucht. Sie fordern, dass Herr Öcalan mit seiner Familie telefonieren kann und dass ihm ein Fernseher überlassen wird. Doch die Türkei weigert sich, dem nachzukommen.
Ist Herr Öcalan noch immer »Staatsfeind Nr. 1« in der Türkei?
Er ist nicht irgendein Krimineller, sondern Träger eines politischen Willens. Der türkische Staat weiß sehr genau, welchen Einfluss er hat. Vor wenigen Wochen erst sagte Tuncer Kilinc, der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates: »Wir haben Öcalan zwar nicht hingerichtet, aber wir tun das jeden Tag.« Und auch Tayyip Erdogan meinte, bevor er Ministerpräsident wurde, er wolle keine Todesstrafe für Öcalan, der solle wie Rudolf Hess behandelt werden, der vormalige Stellvertreter Adolf Hitlers. Bis an sein Lebensende soll er im Gefängnis bleiben.
Wie sind Ihre Arbeitsbedingungen?
Es gibt im Staat aber auch in den Anwaltskammern, die verbreitete Meinung, dass Herr Öcalan schuldig ist, also sind auch die Anwälte schuldig. Als das Verfahren 1999 in Ankara begann, wurden die Kollegen von der Polizei verprügelt. Ihre Unterlagen wurden beschlagnahmt, sie wurden auf der Polizeiwache verhört. Es gibt Drohungen, auch Todesdrohungen. Manche bezeichnen uns als »Landesverräter«. Etliche Beschwerden gegen uns sind anhängig, doch bisher gab es kein rechtsgültiges Urteil. Wir versuchen der Verantwortung für unseren Mandanten gerecht zu werden. Natürlich sind unsere Arbeitsmöglichkeiten auch von der politischen Entwicklung abhängig.
(ND, 24.9., ISKU)

Meldungen

Sofortige Freilassung von Ayse Yeter gefordert
Die Witwe des in Haft ermordeten Gewerkschaftsfunktionärs der Hafenarbeitergewerkschaft Suleyman Yeter wurde am 16.9. mit der Beschuldigung verhaftet, sie sei "Mitglied einer illegalen Organisation". Menschenrechtsaktivisten, Vertreter politischer Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Intellektuelle forderten ihre sofortige Freilassung. Die Verhaftung sei eine Drohung gegen die Kräfte, die für Demokratie kämpfen. *(DIHA, 23.9., ISKU)*

7 Jahre und kein Urteil
Im September 1996 wurden im E-Typ-Gefängnis von Diyarbakir 10 Häftlinge von Aufsehern, Militär und Polizei ermordet. 23 weitere Inhaftierte wurden dabei verletzt. Die Angehörigen der Opfer forderten in einer Erklärung, die Verantwortlichen endlich zu bestrafen. Gegen die 72 angeklagten Soldaten, Wärter und Polizisten wurde bis heute kein Urteil gefällt.
(DIHA, 23.9., ISKU)

Strafe wegen "sayin Öcalan" aufgehoben
Der Kassationsgerichtshof hat eine verhängte Gefängnisstrafe von 3 Jahre 9 Monate gegen den ehemaligen Jugendvorsitzenden der HADEP in Hakkari aufgehoben. Er soll in einer Rede "Sayin Öcalan" was soviel wie "gechätzter Herr Öcalan" bedeutet, gesagt haben. *(DIHA, 23.9., ISKU)*

Druck auf den IHD nimmt zu
Der stellvertretende Vorsitzende des IHD wies daraufhin, dass der IHD seit 4 Jahren unter starkem Druck durch die Justiz stehe. "In der Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen im Lauf von 14 Jahren betrug die Zahl der Gerichtsverfahren gegen die IHD-Verantwortlichen 300; diese Zahl hat sich in den in den letzten 4 Jahren auf 500 erhöht
(DIHA, 22.9., ISKU)

KON-KURD startet Kampagne
Die Könföderation kurdischer Vereine in Europa startet eine neue Kampagne unter der Losung "Demokratische Lösung für Frieden". Mit der Kampagne wird angestrebt, die drohende Kriegsgefahr einzudämmen, erklärte KON-KURD. Die Organisationen in Europa werden aufgerufen, für die Lösung der Kurdischen Frage aktiv zu werden.
(DIHA, 19.9., ISKU)

Treffen des KNK mit Europaparlamentsmitgliedern
Eine Abordnung des Kurdischen

Kurdische Politiker und Künstler wieder frei

Die am letzten Montag festgenommenen Vorsitzenden der beiden prokurdischen Parteien DEHAP und Özgür Parti, Tuncer Bakirhan und Ahmet Turan, sind wieder frei. Sie waren am Mittwoch dem Haftrichter am Staatssicherheitsgericht in Ankara vorgeführt worden, der ihre Freilassung anordnete. Mit den beiden kurdischen Politikern waren auch der Rocksänger Haluk Levent und zwei Gitarristen seiner Band freigelassen worden. Allen hatte die Staatsanwaltschaft vorgeworfen, sie hätten am 13. September in Deutschland an einer Veranstaltung der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) teilgenommen.
Die fragliche Veranstaltung war das jährlich stattfindende kurdische Kulturfestival, das von YEK-KOM (Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland) veranstaltet wird. Bei den Auftritten der Haluk Levent Band und den Reden der beiden aus der Türkei angereisten Politiker wurden Fahnen von Abdullah Öcalan und angeblich andere PKK-Transparente geschwenkt. Die Staatsanwaltschaft warf den fünf deshalb Unterstützung der terroristischen Vereinigung PKK bzw. KADEK vor. Alle fünf wurden nach ihrer Vernehmung am Montag in vorläufigen Gewahrsam genommen. Während Haluk Levent vor seiner Festnahme gegenüber der Presse sagte, er habe nicht gewusst, dass es sich um eine PKK-Veranstaltung handelte, erklärten die beiden Politiker, sie ständen zu jedem Wort, das sie in Gelsenkirchen gesagt haben, und es habe für sie keinen Grund gegeben, einer Veranstaltung fern zu bleiben, bei der der Bürgermeister von Gelsenkirchen die Schirmherrschaft übernommen hatte.
Die Festnahme der Politiker und Musiker hatte sich in eine Kette ähnlicher Vorfälle in den letzten Jahren eingereiht. Allerdings traf das Vorgehen der Staatsanwälte dieses Mal nicht mehr auf die ungeteilte Zustimmung der veröffentlichten Meinung und der staatlichen Autorität. Justizminister Cemil Celik äußerte sich kritisch zu den Festnahmen und sagte: "Wir machen unsere Reformen nicht, um die Gesetzblätter anschließend im Regal verstauben zu lassen. Auch Ministerpräsident Tayyip Erdogan, der unmittelbar nach seiner Rückkehr vom IWF-Gipfel in Dubai nach dem Vorfall gefragt wurde, äußerte sich erstaunt und sicherte zu, sich persönlich darüber zu informieren.
Das Staatssicherheitsgericht in Ankara entschied dennoch, dass ein Verfahren gegen Bakirhan wegen der Teilnahme am Kurdischen Kultur-Festival stattfinden wird. So lange wird er aber auf freiem Fuss bleiben. Weitere 13 türkische Festival-Teilnehmer könnten Presseberichten zufolge vor Gericht gestellt werden. Wegen "Unterstützung einer illegalen Vereinigung" drohen ihnen bei einer Verurteilung bis zu sieben Jahre Haft. Aus Protest gegen die Festnahme von Bakirhan, Demir und Levent waren in Diyarbakir, Sanliurfa, Mardin, Batman, Van, Adana und Siirt Tausende auf die Strasse gegangen.

(DIHA, taz, 23./24.9.,ISKU)

Diskussionen über die Roadmap

Die DEHAP-Bezirksorganisation von Diyarbakir gab bekannt, dass sie Initiativen, die das wiederaufflammen bewaffneter Konflikte verhindern können, mit aller Kraft unterstützt. In diesem Zusammenhang diskutieren Vorstand und Mitglieder der DEHAP seit einer Woche die 3 Stufen der "Roadmap", die der KADEK als Lösungsvorschlag für den kurdisch-türkischen Konflikt vorgestellt hat.
Geplant ist ein insgesamt 15 tägiger Diskussionsprozess im Bezirksgebäude der DEHAP in Diyarbakir. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bildungsausschuss der DEHAP, Abdullah Akengin, stossen die Diskussionen auf grosses Interesse. An den Diskussionen nehmen die Vorstände der Bezirks-, Orts- und Disktriktsverbände teil sowie Mitglieder der Jugend- und Frauenkommissionen, Gemeindevorstandsmitglieder, Stadtviertel- und ArbeiterInnenkommitees sowie weitere aktive Mitglieder der DEHAP.

Ziel ist die Abwendung des drohenden Krieges

Abdullah Akengin betonte auch, dass das grundsätzliche Ziel der Diskussionen die Abwendung des sich neu entwickelnden Krieges ist. Die DiskussionsteilnehmerInnen vertreten mit großem Engagement die Richtigkeit der vom KADEK vorgestellten Roadmap. Alle waren sich darin einig, dass die ersten Schritte darin bestehen müssen, die militärischen Operationen zu beenden, das Dorfschützersystem aufzuheben, die Rückkehr in die entvölkerten Dörfer zu ermöglichen und das Aktivwerden von paramilitärischen Einheiten zu verhindern. Über weiter notwendige Schritte muss eine breite Diskussion geführt werden. Abdullah Akengin betonte, dass die geführten Diskussionen von der DEHAP auch in die Praxis umgesetzt werden.

(DIHA, 21.9., ISKU)

Widerstand gegen türkische Truppen in Irak

Die Unterstützung des Nationalen Sicherheitsrates wäre für die Regierung wichtig gewesen, um Widerstände in den eigenen Reihen gegen die Truppenentsendung zu überwinden. Doch Präsident Sezer, der die Sitzungen des Sicherheitsrates leitet, beharrte auf einem UNO-Mandat.
Überraschend sprach sich auch der Chef des Unternehmerverbandes Tüsiad, Tuncay Özilhan, gegen die Truppenentsendung aus. Noch im Frühjahr hatte er sich für eine volle Zusammenarbeit mit den USA ausgesprochen. Özilhan sprach auch offen aus, was zahlreiche Berichte von türkischen Delegationen, die Irak besuchten, und von nach Ankara eingeladenen arabischen Stammesführern aufzeigten: Nicht nur die Kurden, sondern alle Gruppen in Irak sind gegen den türkischen Truppeneinsatz. Als Kronzeugen konnte Özilhan US-Aussenminister Powell anführen. Dieser hatte vor kurzem erklärt, die Entsendung türkischer Truppen sei wegen der Ablehnung durch die Iraker ein sehr sensibles Thema. Überdies ist unklar, wo die Truppen eingesetzt werden sollten. Die Türkei wünschte eine Stationierung in der Nähe der zwischen Kurden und Turkmenen umstrittenen Ölstadt Kirkuk. Das reizte jedoch die kurdischen Verbündeten der USA besonders stark. Die Regierung Erdogan bleibt dennoch zum Einsatz entschlossen. Es geht ihr um den türkischen Einfluss in Irak, die endgültige Ausschaltung der PKK.

(TB, 23.9., ISKU)

Rojda erlaubt - Xezal illegal

Kurdische Eltern dürfen ab sofort in der Türkei ihren Kindern traditionelle Namen in der eigenen Muttersprache geben. Das Innenministerium in Ankara schickte am Mittwoch ein entsprechendes Rundschreiben mit der Weisung kurdische Namen zu akzeptieren an 81 Provinz-Meldebehörden. Jedoch zeigt auch dieser an sich begrüßenswerte Vorstoß wieder einmal die Halbherzigkeit, mit der auch diese Regierung die kurdische Frage angeht. Die nun gestatteten Vornamen dürften "keinen Anstoß erregen" und nur Buchstaben enthalten, die zum türkischen Alphabet gehören. Damit scheiden die gebräuchlichen Lettern x, w und q im lateinischen Kurdischen Alphabet, das seit 1932 in Benutzung ist, aus. Mehrere Familien hatten sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt, weil kurdische Namen nicht zugelassen waren.
Die neue Weisung führt nun zu der Situation, dass traditionelle kurdische Namen wie Rojin, Rojda, Hivda, Helin oder Rubar erlaubt sind, Namen mit den Buchstaben Q, X und W jedoch nach wie vor verboten sind. So werden dann Namen wie Xezal, Welat, Ciwan oder Bawer nicht zugelassen.

(Bericht aus Istanbul, 26.9.)

Nationalkongress traf sich mit Abgeordneten des Europaparlaments.Gesprächsthema war der vorgeschlagene Stufenplan des KADEK für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage.

(DIHA, 25.9., ISKU)

Zeitungsverbot für Gefängnis

Von der Staatsanwaltschaft in Nusaybin wurde die Auslieferung der Zeitungen Yeniden Özgür Gündem und Azadiya Welat an Inhaftierte verboten.

(DIHA, 25.9., ISKU)

Entscheidung über Irak-Truppe abwarten

Im Hinblick auf die Entscheidung über eine Truppenentsendung in den Irak empfahl der Nationale Sicherheitsrat eine in Vorbereitung befindliche UN-Resolution abzuwarten. Im Hinblick auf die PKK/KADEK sollen die Verhandlungen über die Auflösung der Organisation mit den USA fortgesetzt werden. *(RA, 20.9., ISKU)*

Türkei verweigert Bestätigung

In Reaktion auf die Weigerung der EU-Staaten, den KADEK auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen, verweigerte die Türkei die offizielle Bestätigung dieser Liste. Als Folge entsteht nun Rechtsunsicherheit, ob die Türkei die dieses Mal neu aufgenommenen Organisationen als "terroristisch" anerkennt und entsprechende Maßnahmen ergreift.

(AS, 19.9., ISKU)

9,6 Millionen "working poor"

Einer Untersuchung des Vereins der Arbeiterrentner (TIED) zufolge erhalten 9,6 Millionen Beschäftigte in der Türkei ein Gehalt, das nicht ausreicht, um die Ernährungsausgaben einer vierköpfigen Familie zu bestreiten. Zu diesem Personenkreis gehören u.a. die 5,5 Millionen Beschäftigten, die nur den Mindestlohn erhalten. *(AS, 19.9., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RA	Radikal
AS	Aksam
ND	Neues Deutschland
TB	Tagblatt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 125
03. Oktober 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung des KADEK-Präsisialrates

Nein zur Isolation, Ja zum Frieden!

Objektiv gesehen sind die Voraussetzungen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage gereift. Jedoch blieben bisher die mutigen und konstruktiven Lösungsvorschläge, die der KADEK in den letzten vier Jahren wiederholt formuliert hat, seitens des türkischen Staates unbeantwortet, was wiederum eine demokratische Lösung verhindert.
Die Vorkommnisse der Vergangenheit und Gegenwart sind das unheilvolle Produkt einer Politik der Vernichtung und Verleugnung, sowie des dagegen gerichteten Widerstandes.
Über fünf Jahre hinweg hielt der KADEK an einem einseitig erklärten Waffenstillstand fest, um weiteres Leid zu vermeiden. Dieser ist hinfällig geworden, da die Bemühungen um eine friedliche Lösung unbeantwortet geblieben sind. Dies wiederum ist dem Festhalten des türkischen Staates an seiner Vernichtung- und Verleugnungspolitik geschuldet.

Die kontraproduktiven Politik der AKP-Regierung und des Schattenkabinetts, das letztendlich die Geschicke der Türkei leitet, richtet sich gegen eine Demokratisierung des Landes und gegen eine demokratische Lösung der kurdischen Frage. Trotzdem ist dem türkischen und kurdischen Volk nach wie vor die Möglichkeit zu einer friedlichen Lösung gegeben.
Die Interessen unserer Völker liegen nicht im Krieg, sondern im Frieden. Eine Politik, die dem Frieden keine Chance einräumt, bringt das Vorhaben einer demokratischen freien Einheit in Gefahr, die durch unsere Völker zu verwirklichen ist. Die vom KADEK formulierte "Wegbeschreibung (Roadmap)" hingegen bietet die Grundlage für eine rationale und praktikable Lösung der kurdischen Frage. Demgegenüber würde eine gegenseitig verantwortliche und konstruktive Haltung der Konfliktparteien, sowie die aktive Unterstützung der internationalen demokratischen Kräfte, wichtige Fortschritte auf dem Weg zu Frieden und Demokratie mit sich bringen.

Die Ereignisse im nationalen und regionalen Kontext drängen die Türkei, Syrien und den Iran dazu, die kurdische Frage vorrangig zu behandeln. So ist das Festhalten der oligarchischen, theokratischen und autokratischen Regimes am Status quo und einer Politik, dieses Problem weiterhin zu ignorieren, nicht mehr hinnehmbar.
Deshalb hat der KADEK zu einer Kampagne "Für Frieden und eine demokratische Lösung" ab dem 20. September 2003 aufgerufen. So sind das türkische und kurdische Volk, aber auch alle anderen Kräfte, die Frieden und Demokratie einfordern, zu einer breiten Beteiligung aufgerufen. Diese muss zu einer demokratischen Barrikade gegen kriegstreiberische, oligarchische und nassauernde Kreise werden.
Die schweren Isolationshaftbedingungen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die seinen Gesundheitszustand schwer angegriffen haben, und die Politik, die auf die Kapitulation des KADEK und der Volksverteidigungskräfte ausgerichtet ist, aber auch die Repression gegen demokratische kurdische Institutionen gefährden den Friedens- und Demokratisierungsprozess.
Mit dieser Kampagne fordert unser Volk die sofortige Verlegung unseres Vorsitzenden an einen Ort, der seiner Gesundheit mehr zuträglich ist. Des weiteren muss sein Gesundheitszustand von einer unabhängigen internationalen Ärztekommission untersucht werden, welche die Öffentlichkeit darüber zu informieren hat.

Das türkische Volk, sämtliche progressiven Kräfte und Menschenrechtsorganisationen, sowie alle zivilgesellschaftlichen Organisationen sind zur aktiven Teilnahme und Unterstützung der Kampagne "Für Frieden und eine demokratische Lösung" aufgerufen.
Die Verantwortlichen des türkischen Staates rufen wir zum Dialog auf. Die kurdenfeindliche Politik, die auf Vernichtung und Leugnung der Kurden ausgerichtet ist, muss endlich beendet und der Widerstand gegen die Erlangung eines eigenen kurdischen Status im Mittleren Osten aufgegeben werden. Weiterhin sind die Verantwortlichen des türkischen Staates dazu aufgerufen, davon Abstand zu nehmen, die USA. zu einem militärischen Vorgehen gegen den KADEK zu bewegen. Die vom KADEK unterbreitete "Wegbeschreibung (Roadmap)" für eine demokratische und friedliche Lösung muss endlich beantwortet werden.

KADEK-Präsidalrat, 17.9.2003

Urteil im DEHAP-Prozess: 2 Millionen Stimmen sollen verschwinden

Wahlfälschung per Gericht

In einer Entscheidung hat das Kassationsgericht ein Gerichtsurteil bestätigt, das der DEHAP vorwirft, bei den letzten Parlamentswahlen die Teilnahme durch gefälschte Unterlagen erreicht zu haben. Jetzt ist in der Türkei ein politischer Streit ausgebrochen. Ob dies nun Neuwahlen zur Folge hat oder die 2 Millionen Stimmen für die DEHAP einfach gestrichen werden, wird Entscheidung der obersten Wahlbehörde sein. Eine Annullierung der für die DEHAP abgegebenen Stimmen würde zur Verschiebungen bei den Stimmenanteilen der anderen Parteien führen. Davon könnte vor allem die DYP von M. Agar profitieren. Sie kann bei einer Neuverteilung der Mandate mit bis zu 67 Sitzen im 550 Mitglieder zählenden Parlament rechnen. Das ginge vor allem zu Lasten der Regierungspartei. Nach seiner Wahl als unabhängiger Kandidat war M. Agar in die DYP eingetreten und kurz danach als Nachfolger von Tansu Ciller Parteichef geworden.

Die allein regierende AKP will Presseberichten zufolge eine Neuverteilung der Mandate nicht hinnehmen und notfalls Neuwahlen anstreben, wie u.a. die rechtsgerichtete Jugend-Partei (GP) und die Arbeiterpartei (IP).

Klage vor Europäischem Gerichtshof angekündigt
Die DEHAP kündigte an, sie werde vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage einreichen. Das Urteil habe politischen Charakter. Parlamentspräsident Arinc sagte in einer Stellungnahme, die Stimmen für die DEHAP seien gültig, das Wahlgesetz sei durch das Urteil nicht berührt.

“Neues Beispiel für Rechtlosigkeit”
Der Vorsitzende der Özgür Toplum Parti (Freiheitspartei), T. Demir, sagte in einer Stellungnahme zum Urteil des Kassationsgerichts, weltweit sei kein vergleichbares Urteil bekannt. In der Türkei sei ein neues Beispiel für Rechtlosigkeit geschaffen worden.

(DIHA, 29.9., ISKU, 30.9.)

Meldungen

Keine Fortschritte bei Zulassung von Kurdisch-Unterricht
Hatte Justizminister Cemil Çiçek erklärt, dass es der seit Monaten bestehenden Möglichkeit noch keine Anträge auf Zulassung von Kurdisch-Kursen gegeben habe, antwortete das Kurdisch-Institut in Istanbul mit dem Hinweis darauf, dass die gestellten Anträge monatelang nicht bearbeitet worden seien. Anträge aus Urfa und Diyarbakir seien zurückgewiesen worden. In Urfa sei die Zurückweisung mündlich erfolgt, so dass bisher keine Klagemöglichkeit besteht. Seit Mitte August sei jedoch etwas Bewegung entstanden und Inspektoren zur Bearbeitung der Anträge entsandt worden. (RA, 22.9., ISKU)

Frauen-Filmfestival in Diyarbakir
In Diyarbakir wird zum erstenmal ein Frauen-Filmfestival durchgeführt. Das Frauen-Solidaritätszentrum Selis strebt an, dass die Frauen auch im Bereich "Kino" ungestört ihre eigenen Aussagen und Vorstellungen vorbringen können. *(DIHA, 26.9., ISKU)*

14 Festnahmen wegen T-Shirt-Druck
In Sirnak wurden bei einer Durchsuchungsaktion der Polizei 10 Mitarbeiter einer Druckerei und 4 DEHAP-Mitglieder festgenommen sowie 2900 T-Shirt, die mit dem Aufdruck "Der Friede wird gewinnen" versehen werden sollten, beschlagnahmt. Die 14 Festgenommenen wurden inzwischen wieder freigelassen; die T-Shirts blieben beschlagnahmt.
(DIHA, 27.9., ISKU)

Unterstützung für KADEK-Aufruf
Bei einer Kundgebung der Koordination "Nein zum Krieg gegen den Irak" bekräftigten in Istanbul 5000 Teilnehmer ihre Zustimmung zum Aufruf des KADEK für ein Zusammenleben in einem demokratischen und friedlichen Land.
In Malatya und Izmir forderten bei Kundgebungen zum 3. Jahrestag der Intifada in Palästina die Teilnehmer Freiheit für das palästinensische Volk und ein Ende der Besetzung des Irak. In Gaziantep protestierten Kriegsgegner gegen die geplante Entsendung von Soldaten in den Irak.
(DIHA, 27.9., ISKU)

Gefecht in Dersim
Im Rahmen einer Operation der türkischen Armee im Gebiet Dersim - Bingöl gegen KADEK-Militante kam ein Unteroffizier der

Öcalan verweigert Anwaltsbesuche

Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 in die Türkei befindet sich Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. Durch die schweren Isolationshaftbedingungen ist sein Gesundheitszustand stark angegriffen. Die Anwälte Abdullah Öcalans fürchten um das Leben ihres Mandanten. Eine ärztliche Versorgung ist auf der Gefängnisinsel nur begrenzt möglich.

Zwar hat das Antifolterkomitee des Europarates schon mehrmals die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gefordert, was bisher jedoch von der Türkei ignoriert wird. Nun hat sich Abdullah Öcalan entschlossen, aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen bis auf weiteres das Zusammentreffen mit seinen Anwälten zu verweigern. So würde nur die Verlegung in ein anderes Gefängnis, die volle Aufhebung der Isolationshaftbedingungen und Hafterleichterungen, wie sie das CPT vorgeschlagen hat, diesen Zustand beenden können.

Bisher waren diese Besuche der einzige Zugang zu dem Vorsitzenden des KADEK. Seinem Einfluss war es zuzuschreiben, dass die PKK den Krieg einseitig beendete und ihre bewaffneten Kräfte auf Territorien außerhalb der Türkei zurückzog, um so eine politische Lösung der kurdischen Frage zu ermöglichen. Die sich bietende Chance wurde von der Türkei jedoch nicht ausreichend genutzt. Zwar verabschiedete das türkische Parlament im Zusammenhang des EU-Beitrittsprozesses mehrere Reformpakete, die den Kurden mehr Rechte zugestehen. Eine reale Umsetzung ist jedoch weiterhin nicht in Sicht. Nach wie vor ist die Menschrechtslage in der Türkei katastrophal. Immer noch werden einfachste demokratische Forderungen repressiv verfolgt und demokratische Parteien mit dem Verbot bedroht. Mit dem "Rückzug" des Vorsitzenden des KADEK entsteht eine brisante Situation, da nun sein mäßigender Einfluss unterbrochen ist. Die Kurden in der Türkei, aber auch in Europa sind hingegen äußerst besorgt. Auch sie haben umfangreiche Protestsaktionen angekündigt.

Indes hat der KADEK mit dem 1. September 2003 den einseitigen Waffenstillstand aufkündigt. So wurde der türkischen Regierung eine Frist von drei Monaten eingeräumt, positive Schritte hin zu einem bilateralen Waffenstillstand zu unternehmen. Darunter sind u.a. die Einstellung sämtlicher militärischen Operationen der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla, sowie die Beendigung der Angriffe auf kurdische Institutionen durch die Sicherheitskräfte zu verstehen. Andernfalls wäre ein erneuter Waffengang unausweichlich.

Dies muss verhindert werden. Als internationale Friedensinitiative sind wir über die aktuellen Entwicklungen äußerst besorgt. Deshalb fordern wir die europäische Staatengemeinschaft dazu auf, auf die Türkei mäßigend einzuwirken. Die kurdische Frage muss wieder thematisiert werden. Ein erneuter Krieg aber hätte unabsehbare Folgen. Beide Seiten in dem Konflikt müssen an einer friedlichen Lösung des Konfliktes festhalten. Die Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan wäre ein glaubhafter Schritt in die richtige Richtung. Die Türkei muss in einvernehmlichen Dialog mit ihren kurdischen Bürgern die brennenden Probleme des Landes lösen. *(II, 30.9., ISKU)*

Interview mit Bekir Kaya, Anwalt von Abdullah Öcalan

Todesstrafe auf Raten

Welche Auswirkungen hat die seit fast fünf Jahren währende Isolationshaft für Abdullah Öcalans?

Die Bedingungen im Hochsicherheitstrakt auf Imrali greifen Öcalans Gesundheit zunehmend an, es ist feucht, der Luftdruck wechselt sehr schnell, was dazu führt, daß er unter Atembeschwerden leidet, sein Schlaf wird von Erstickungsanfällen unterbrochen. Seine Sehkraft ist geschwächt und den Geruchssinn hat er verloren. Was da betrieben wird, ist die Todesstrafe auf Raten. Eine staatliche Kommission von sechs Ärzten hat Öcalan untersucht, aber nichts über den tatsächlichen Gesundheitszustand veröffentlicht.

Sie meinen, daß keine unabhängige Kommission von Ärzten ihn untersucht hat, sondern vom Staat bestellte Ärzte, die Gefälligkeitsgutachten geschrieben haben?

Genau aus diesem Grund haben wir immer wieder Anträge auf Verbesserung der Haftbedingungen gestellt, was aber nichts genützt hat. Wir fordern weiterhin eine Untersuchung durch eine unabhängige Ärztekommission, die über eine entsprechende fachliche Kompetenz verfügt. Die Türkei ist Mitglied im Europarat und hat die EU-Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Deshalb ist sie verpflichtet, deren Bestimmungen umzusetzen.

Setzen sich internationale Organisationen wie Amnesty International für Öcalan ein?

Wir müssen leider feststellen, dass internationale Menschenrechtsorganisationen sich im Fall Öcalan nicht gerade sehr engagiert zeigen. Wir glauben, dass dies politische Ursachen hat.

Wie es heißt, hat Öcalan den Waffenstillstand zwischen der türkischen Staatsmacht bzw. dem Militär und der Guerilla aufgekündigt.

Der einseitige Waffenstillstand war am 1.September 1999 von der PKK mit dem Ziel ausgerufen worden, den Weg für eine politische Lösung freizumachen. Die staatliche Politik hat sich aber nicht geändert. Zwar sind auf dem Papier einige Reformpakete verabschiedet worden, aber die Lage für die Kurden hat sich nicht gebessert. So hat das türkische Militär in den letzten Monaten massive militärische Operationen durchgeführt, um die Guerilla zu vernichten. Nicht Öcalan hat den Waffenstillstand aufkündigt, sondern das türkische Militär.

Hat die Aufkündigung des Waffenstillstands auch damit zu tun, daß die USA und die Türkei die kurdische Guerilla im Irak zur Kapitulation aufgefordert haben?

Es ist die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden, an der sich nichts geändert hat. Die Angriffe auf Zivilisten haben zugenommen, die Folter auch, und legitime Forderungen werden mit Gewalt unterdrückt.

Hat Öcalan sich zu Forderungen der USA geäußert, Mitglieder der kurdischen Guerilla an die Türkei auszuliefern?

Die Haltung der USA gegenüber der PKK-Nachfolgepartei KADEK und wie weiter gegen die Guerilla vorgegangen werden soll, ist nach wie vor unklar. Wir sehen zwar die Gefahr, daß US-Truppen mit der Türkei zusammenarbeiten könnten. Aber zur Zeit betrachten wir die Guerilla im Gebiet der PUK im Nordirak als sicher.

Hat sich die PUK deutlich dazu erklärt?

Nein, aber in ihrer jetzigen Verfassung wird die PUK kaum in der Lage sein, Guerillakämpfer gefangenzunehmen und an irgendwen auszuliefern. Das würde die KADEK auch nicht hinnehmen.

Was erwarten Sie vom Revisionsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof?

Wir haben dort bereits einen Urteilsspruch erreicht, der unsere Beschwerde anerkennt, weil Öcalan keinen fairen und gerechten Prozeß in der Türkei hatte. Aber wir legen sehr großen Wert darauf, daß auch die Entführung Öcalans einbezogen wird. Dem ist jedoch nicht entsprochen worden. Dagegen haben wir Widerspruch eingelegt. Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte prüft nun den Fall. Wir glauben, genügend Beweise in der Hand zu haben, daß bei der Entführung gegen internationales Recht verstoßen wurde. Wird die Revision zugelassen, müßte es zu einem Wiederaufnahmeprozess in der Türkei kommen.

(jW, 2.10., ISKU)

Armee bei einem Gefecht ums Leben. *(DIHA, 28.9., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
RA	Radikal
jW	junge Welt
II	Internationale Initiative "Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Termine:

"10 Jahre PKK-Verbot" Verbot oder Lösung?

Am 26. November vor 10 Jahren hat der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot der PKK erlassen, mit einschneidenden Folgen für die Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Dennoch: Trotz des Verbotes und massiver Repression in den vergangenen Jahren, konnte dies die Menschen nicht daran hindern, weiterhin für ihre legitimen Rechte politisch zu kämpfen und sich beharrlich für eine Lösung im Kurdistan-Konflikt einzusetzen. Die kurdische Bewegung hat insbesondere in den letzten fünf Jahren eindrucksvoll ihre Fähigkeit bewiesen, in die Zukunft weisende Perspektiven zu entwickeln. Die einstigen Beweggründe für das PKK-Verbot sind längst beseitigt. Dennoch werden den Kurdinnen und Kurden nach wie vor fundamentale demokratische Rechte vorenthalten. Immer noch stehen kurdische Politiker wegen ihrer politischen Betätigung vor Gericht oder befinden sich in Strafhaft.

In den kommenden 2 Monaten werden aus Anlaß des 10. Jahrestages des PKK-Verbots bundesweit Aktionen stattfinden.

Die ersten Termine der Kampagne:

9. Oktober - Hamburg
14.00 Uhr Kundgebung am türkischen Konsulat (Tesdorpfstr.) mit anschließender Demo, zeitgleich Ausstellung am Hauptbahnhof
19.30 Uhr Veranstaltung und Ausstellung zu 10 Jahren PKK-Verbot, HWP (Von-Melle-Park 9)

11. Oktober - Hannover
ab **10.00 Uhr** Infotisch und Ausstellung am Klagesmarkt
12.00 Uhr Demonstration

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 126
10. Oktober 2003

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der 9. Oktober, Aktionstag in vielen Städten und Ländern

Für Frieden und demokratische Reformen

In der Türkei, in Europa und allen Teilen Kurdistans finden täglich Aktivitäten wie Kundgebungen, Demonstrationen und Hungerstreiks etc für das Leben Abdullah Öcalans sowie für die Demokratisierung der Türkei und gegen die Kriegspolitik der türkischen Regierung statt. In der Nacht zum 8. Oktober verteilten die Volksverteidigungskräfte, HPG, in allen Stadtteilen von Qoserê Flugblätter für die Teilnahme an der Kampagne: "Für den Frieden demokratische Reformen". Mit diesem Flugblatt ruft die HPG die Bevölkerung zum Volksaufstand auf. Am 9. Oktober soll niemand das Haus verlassen, die Kinder sollen nicht zur Schule geschickt werden und Ladenbesitzer ihre Geschäfte geschlossen halten.

In dem Flugblatt unter der Parole: "Seine Gesundheit ist auch unsere Gesundheit" heißt es: "Am 9. Oktober soll sich jeder an den Aktionen beteiligen. Der 9. Oktober ist der Tag, an dem der Vorsitzende Apo Syrien verliess und nach Europa ging. Jetzt ist der 4. Jahrestag dieses Ereignisses. Um noch einmal den Verantwortlichen dieses Komplotts sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes ihre Würdelosigkeit deutlich zu machen, soll niemand zur Schule, zur Arbeit oder auf eine Reisen gehen."

In Qoserê Mardin versammelte sich um 12.30 Uhr an die tausend Personen, um dort eine halbe Stunde still zu verharren.

Sie marschierten dann in Richtung des Gebäudes der AKP, als die Staatskräfte mit Schlagstöcken angriffen um die Protestierenden zu zerstreuen. Dennoch bildeten sich neue Demostrationszüge, die ihren Marsch zur AKP fortsetzten. An den Straßen, Geschäften und von den Balkonen zeigten Anwohner/innen ihre Zustimmung. Die Menschen drückten mit ihrem Marsch die Verbundenheit zu Öcalan aus.

Wenn die Polizei dem einen Demonstrationzug den Weg versperrte schlossen sich die Teilnehmer/innen einem anderen Zug an. Arjin Azad Karahan, die Vositzende der Dehap von Qoserê und Zeynî Ipek, Mitglied des Rates von Qoserê sowie zwei weitere Mitglieder der DEHAP ebenso drei Studenten wurden festgenommen.

Auch in Amed fanden Kundgebungen vorwiegend von Frauen und Jugendlichen für die Gesundheit Abdullah Öcalans und "für Frieden und demokratische Reformen" statt. Bei diesen Kundgebungen wurden sehr viele Menschen durch die Polizei verletzt und festgenommen. In den Stadtteilen wurde an den Jahrestag des Internationalen Komplotts gegen den Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan erinnert, Flugblätter wurden verteilt und Parolen wie: "Es lebe der Vorsitzende Apo", "Die Gesundheit Öcalans ist unsere Gesundheit" "Nein zum Krieg" gerufen.



Aktion in Istanbul Foto: DIHA

In Saglik Ocagi Baxlarê kamen am Morgen ca. 50 Personen zusammen und riefen Parolen für Öcalan. Eine Gruppe blockierte den Verkehr.

In Sakarya machten ca. 30 Personen gegen 13. Uhr eine Kundgebung. Sie blockierten den Verkehr.

In Bajaroka Kayapinar kamen mehr als hundert Personen zusammen. Um die Menge zu verteilen gab die Polizei Schüsse ab. Bei Schlagstockeinsätzen wurden 5 Personen verletzt, fünf weitere wurden festgenommen.

In Yunusemre wurden Moltow Cocktails auf Polizeiwagen geworfen, ein Polizeiwagen brannte aus.

Flugblätter der "Demokratischen Volksinitiative Amed" wurden in den Vierteln verteilt. Sie rufen dazu auf, dass die Bevölkerung morgen nicht nach draussen geht und nachmittags mit Kundgebungen die Verbundenheit mit dem Vorsitzenden des KADEK zum Ausdruck bringt.

(DIHA, 8.10., ISKU)

Bilanz der Menschenrechtsverletzungen im Osten und Südosten der Türkei September 2003

Die Bilanz wurde aus IHD-Filialen der Regionen im Osten und Südosten der Türkei - aus den Anträgen die beim IHD eingegangen sind, sowie aus den Zeitungsberichten zusammengestellt. Im September gingen allein in den Menschenrechtsverein IHD-Diyarbakir insgesamt 103 Anträge ein.

Verletzungen gegen das Leben
Anzahl der Toten bei militärischen Gefechten: 1
Tot durch "Morde unbekannte Täter" und ausserrechtliche Hinrichtungen: 5
Verletzten durch "Morde unbekannte Täter" und ausserrechtliche Hinrichtungen: 3
Minenopfer und Opfer von Explosionsmateriallien: 5 Tote und 4 Verletzte

Verletzungen der Individuellen Rechte
Festnahmen: 139
Vorwurf von Folter und schlechter Behandlung: 15
a) durch Gendarmariepersonal 3
b) durch Sicherheitskräfte 11
c) durch Dorfschützer 1
Vorwurf des Verschwindenlassens: 1
Verhaftungen: 20
Eingriff in gesellschaftliche Ereignisse
a) Anzahl der Ereignisse: 3
b) Festnahmen: 18
c) Verletzungen: 7
Angriff gegen Privateigentum
a) Verbrennung von Land: 1
b) Andere 5
c) Zwangsvertreibung: 3.000 Personen
Verletzungen des Arbeitslebens
Entlassung: 2
Andere: 1

Verletzung des Gedanken- und Meinungsfreiheit
Eingeleitete Verfahren und Verurteile: 159
Anzahl der Schliessung von zivilen Gesellschaftsorganisationen: 1
Schliessung von Radio und TV -
Anzahl der Verbot gegen Aktivitäten (Theater, Kino u.a.): 1
Eingesammelte/Verbotene Publikationen (Zeitung, Buch u.a.) 18
Andere: 1
Gefängnisse
Antrag auf Verlegung: 3
Folter - Schlechte Behandlung: 2
Gefängnissprobleme: 9
Andere: 70
Andere
Antrag auf Behandlung: 1
Suizid und Suizidversuche: 3
Anzahl der Gesamten Verletzungen: 430

(DIHA,10.9., ISKU)

Meldungen

Festnahmen in Ceyhan und Mersin
In Adana-Ceyhan und Mersin wurden von DEHAP und Özgür Parti Presseerklärungen zur Lösung der Kurdischen Frage auf friedlichem Weg und eine Lösung der gesundheitschädlichen Haftbedingungen für den KADEK-Vorsitzenden Abdulah Öcalan abgehalten. Die Polizei nahm 30 Personen dieser Pressekonferenz fest.
(DIHA, 8.10., ISKU)

Einmarsch der Türkei bedeutet nicht Frieden sondern Krieg
Der Generalsekretär der "Demokratischen Lösungspartei Kurdistans" verurteilte die Entsendung von Soldaten der Türkei in den Irak. "Der Einmarsch der Türkei entspricht nicht dem Willen des Irak; er bringt unserer Meinung nach keinen Frieden sondern Krieg. Ein Staat ohne Stabilität und Frieden im eigenen Land kann einem anderen Land keinen Frieden bringen. Wir wollen ein System im Irak, das die demokratischen sowie die Menschenrechte verteidigt. Für die Verwaltung schlagen wir ein Bundesstaatensystem vor; es soll weder ethnisch noch religiös geprägt sein.
(DIHA, 8.10., ISKU)

Gefecht in Bingöl
Im Kreis Karliova/Bingöl kam bei einem Gefecht ein KADEK-Mitglied und zwei türkische Soldaten ums Leben, 6 Soldaten wurden verwundet. Ebenso begannen in Agri, in Patnos, Tutak und Eleskirt Militäroperationen.
(DIHA, 6., 7.10., ISKU)

Schlechtes Zeugnis für die AKP
Eine von der regierenden AKP in Auftrag gegebene Umfrage zeigt, dass im September die Regierung bei den Themen Truppenentsendung in den Irak, Hochschulreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Zypern-Politik überwiegend als "nicht erfolgreich" bewertet wurde. Demgegenüber wurde sie bei der Inflationsbekämpfung und ihrer EU-Politik als "erfolgreich" bewertet. Der Umfrage zufolge wurde als erfolgreichster AKP-Politiker Ministerpräsident Erdogan mit 34,1 % bewertet, gefolgt von Außenminister Gül mit 18,9 %.
(NTV, 3.10., ISKU)

Syrischer Ministerpräsident empfängt Kurden
Der syrische Ministerpräsident Nadschi El-Otari empfing am 5. Oktober eine dreiköpfige kurdische Deligation in seinem Sitz in Damaskus. Zuvor protestierten ca.

Dringender Aufruf zur Erstellung einer Beobachtungsdelegation

Dialogaufruf von Frauen vor Gericht

Weil sie zum Dialog für eine Friedensinitiative aufgerufen haben, sollen 125 Frauen wegen Verletzung des "Kundgebungs- und Demonstrationsgesetzes" am 7. November 2003 in Bingöl verurteilt werden. Wir sehen dieses Verfahren als ein kleineres aber wichtiges Verfahren, das es zu beobachten gilt, um die militaristische Herangehensweise und die Unrechtmäßigkeit in der Türkei zu überwinden. Wir laden Sie zur Prozeßbeobachtung nach Bingöl ein.

Als 39 unterschiedliche Organisationen waren wir nach Bingöl gefahren, und es wurde nicht zugelassen, dass wir diese Worte an die Einwohner/innen von Bingöl richten: "Für eine Welt ohne Gewalt, in der sich jede/r sicher fühlt. Kommt, lasst uns diskutieren, wie wir die militaristische Gewalt aus unserem Leben verbannen und Frieden schließen können." Obwohl wir diese Erklärung zuvor schon in Istanbul, Adana, Diyarbakir und Ankara gehalten hatten, sind wir in Bingöl daran gehindert und festgenommen worden, indem uns gesagt wurde: "Hier sind die Euch bekannten Gesetze nicht gültig."

Wir laden Sie/Euch ein in die Türkei zu kommen, um den Bingöl-Prozess zu beobachten und Eure Solidarität mit uns zu zeigen.

Wir als Kurdisches Frauenbüro für Frieden - Cenî - wollen die Stimmen dieser Frauen auch hier hörbar machen und den Frauen, die in Bingöl angeklagt sind, unsere Solidarität zeigen. Aufgrund des Aufrufes, der uns von Fraueninitiativen aus der Türkei erreicht hat, wollen wir eine internationale Frauendelegation zur Prozessbeobachtung nach Bingöl zusammenstellen. Wir laden auch Sie zur Beteiligung ein - lasst uns in Bingol zeigen, dass die Frauen mit ihrer Forderung nach Frieden und Dialog nicht alleine stehen!

Nähere Informationen über:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Tel: +49 (0) 211 17 11 080, e-mail: ceni_frauen@gmx.de

Parlament für Truppenentsendung in den Irak

Mit 358 gegen 183 Stimmen erteilte das türkische Parlament der Regierung am 7. Oktober die Genehmigung, Truppen in den Irak zu entsenden. Die Entscheidung fiel in geheimer Sitzung, ohne dass Einsatzort und Zahl der zu entsendenden Soldaten bestimmt wurden.

Anders als im März, wo ein ähnlicher Antrag im Parlament gescheitert war, gelang es Ministerpräsident Erdogan seine Partei geschlossen zu halten. Mit wieviel Überzeugung die AKP-Abgeordneten jedoch für den Regierungsantrag stimmten, muss dahingestellt bleiben - eine Reihe von Abgeordneten hatten in den vergangenen Wochen immer wieder deutlich gemacht, dass sie gegen ein türkisches Engagement im Irak seien. Dies gilt - Meinungsumfragen aber auch Eindrücken auf der Straße zufolge - auch für die Mehrheit der türkischen und kurdischen Bevölkerung, die nach wie vor nicht davon überzeugt ist, dass dieser Schritt erforderlich und ausreichend legitimiert ist.

Neben einer ernsthaften Gefährdung des Standes der türkisch-amerikanischen Beziehungen im Falle einer Verweigerung, sich an der Besetzung des Iraks zu beteiligen, werden vor allem Sicherheitsbedenken für die Entscheidung angeführt. Diese betreffen zum einen die territoriale Integrität des Iraks und zum anderen die Sicherheit der Volksgruppe der Turkmenen. In vielen Szenarien, die in den vergangenen Wochen in türkischen Zeitungen zu lesen waren, wird die Gefahr herausgestellt, dass ethnische und religiös-konfessionelle Spannungen zu einer Spaltung des Iraks führen könnte. Meldungen über Diskussionen in den USA, ob "die Grenzen des Iraks bei seiner Gründung falsch gezogen wurden" nahmen im August in den Medien breiten Raum ein.

Mit der Klärung des versprochenen US-Kredites in Höhe von 8,5 Mrd. Dollar noch vor der Parlamentsentscheidung ist es dieses Mal auch gelungen, die Frage des militärischen Engagements von wirtschaftlichen Fragen zu trennen und damit den Eindruck zu vermeiden, die türkischen Soldaten seien "gekauft" worden.

Gegen die Parlamentszustimmung zur Entsendung von Soldaten in den Irak wurde die Bogaz-Brücke in Istanbul von Demonstranten blockiert; beim Einsatz der Polizei wurden 30 Personen festgenommen. In Protesterklärungen gegen die Truppenentsendung riefen zivile Vereinigungen und demokratische Massenorganisationen auf, das legitime und demokratische Widerstandsrecht wahrzunehmen. Vor den Provinz-Büros der AK-Partei wurden in zahlreichen Orten Proteste durchgeführt.

(IP, DIHA, 7.10., ISKU)

Soldaten erschiessen Kind

In der Nacht vom 30. September legten türkische Soldaten in der Nähe des Dorfes Ücgüzler im Kreis Caldiran (Van) einen Hinterhalt, um Schmuggler zu fassen. Sie hielten eine Gruppe von Dorfbewohnern an, von denen die meisten fortliefen. Nur Zahir Yilmaz (14) und Seyfettin Kaya (49) stellten sich. In diesem Moment soll auf Zahir Yilmaz geschossen worden sein. Er verstarb auf der Gendarmeriewache. Seyfettin Kaya sagte, dass sie sich auf den Weg in den Iran gemacht hätten, um Heizöl zu holen. Sie hätten die Grenze vielleicht 5 Meter passiert, weil die Leute aus dem Iran das Heizöl hergebracht hatten. "Wir beluden unsere Pferde und machten uns auf den Weg ins Dorf. Nach 150 Metern wurden wir von den Soldaten angehalten. Es war um Mitternacht. Sie forderten uns auf, stehenzubleiben, aber die meisten rannten fort. Die Soldaten waren ca. 15 Meter von uns entfernt. Zahir und ich hoben die Arme und sagten, dass wir uns stellen würden. Dennoch wurden wir von drei Seiten beschossen. Zahir wurde von einer Kugel in den Rücken getroffen. Wir mussten uns mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen und wurden mit Stiefeln getreten. Auch Zahir wurde einem Verhör unterzogen, obwohl er verletzt war. Nach anderthalb Stunden war immer noch kein Fahrzeug da und ich habe Zahir auf den Rücken genommen, um zum Dorf zu gehen. Nach 1 Kilometer kam dann ein Jeep und sie haben Zahir zur Wache gebracht. Dort vergingen noch einmal 40 Minuten, bevor Zahir verstarb."

(YÖG, 3.10., ISKU)

Bilanz des Reuegesetzes

Das Integrationsgesetz, das die AKP Regierung vor 2 Monaten mit dem Ziel verabschiedete, 5.000 Militante der PKK/KADEK "von den Bergen" zu holen, hat nicht den erwarteten Zuspruch gefunden. Aus den Gefängnissen wurden insgesamt 2.012 Anträge auf Anwendung des Gesetzes gestellt. 225 Militante verliessen ihre Organisationen und stellten sich den Sicherheitskräften. Von den "in den Bergen" aktiven KADEK Militanten sollen sich 120 gestellt haben.

Neben 1.242 Aktivisten der KADEK haben sich 545 Angehörige der Hizbullah und 123 Angehörige der DHKP/C gemeldet, um in den Genuss des Gesetzes zu kommen. Die Gesamtzahl der 2.237 Anträge verteilt sich auf 32 verschiedene Organisationen. Mittlerweile wurden 767 Organisationsmitglieder freigelassen. Darunter befinden sich 294 Angehörige der KADEK, 167 von der Hizbullah und 290 von der DHKP/C. Dazu kommen die Personen, die sich stellten und deswegen straffrei ausgingen. Das sind bei der KADEK 101, Hizbullah 77 und DKHP/C 5. Anträge aus den Reihen von radikalen islamischen Organisationen kamen von: Hilafet Devleti 17, Hizb-ut Tahrir 39, IBDA-C 28, Islami Hareket 14, Islami Cihad 8, Selam Kudüs Ordusu 4, Vasat 13, Tevhid-i Selam 3. Von linken Organisationen waren es: MLKP 11, TDKP 5, TIKP 4, TKP/ML 5, TIKKO 58, TDP 3, Dev-Sol 11, Dev-Yol 3, THKP/C 5, Kurtulus 1.

(Milliyet, 2.10., ISKU)

150 staatenlose Kurden vor dem Sitz des Ministerpräsidenten gegen die Sondervolkszählung von 1962 und forderten die ihnen seit dem aberkannte syrische Staatsangehörigkeit zurück. Die Protestaktion wurde anläßlich des 41. Jahrestages der Sondervolkszählung von sechs kurdische Parteien in Syrien organisiert.

Die Protestierenden haben während der Aktion vergrößerte Ausweise, die die kurdischen Staatenlose in Syrien erhalten, hochgehalten und auf einem großen Transparent Forderungen nach der Rückgabe der Staatsabgehörigkeit gestellt. *(amude.com, 5.10., ISKU)*

Menschenrechtsgerichtshof verurteilt Türkei wegen Zensur

Im Fall des Autors Zeynel Abidin Kizilyaprak kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zu dem Schluß, dass das Verbot des Buches "Erinnerungen eines Soldaten" im Jahr 1991 unzulässig war. Das Gericht bewertete den Schutz der Einheit des Territoriums zwar als legitimes Kriterium für die Einschränkung der Meinungsfreiheit, urteilt jedoch, dass in demokratischen Gesellschaften dieser Schutz so nicht nötig sei. Die Türkei wurde verurteilt, dem Autoren 5.250 Euro Schadenersatz zu zahlen. *(Aksam, 4.10., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtengentur
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
IP	Istanbul Post

Termine:

Zwischen allen Fronten
Die Situation kurdischer Flüchtlinge im Lager Maxmur im Nordirak

Informationsveranstaltung mit Inge von Alversleben, Ärztin Berlin am 20.10.´03 um 19 Uhr, HWP, Von-Melle-Park 9, 20249 Hamburg, Eintritt: 2.-

Eine gemeinsame Veranstaltung des Asta der HWP, dem Flüchtlingsrat Hamburg, der Kurdistan-Solidarität Hamburg und dem Kölibri - GWA St. Pauli Süd, im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Flucht und Krieg" des Flüchtlingsrats und der GWA und der Aktionswoche gegen Bildungs- und Sozialabbau des AStA der HWP.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.

Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 127
17. Oktober 2003

Nûçe

....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung Abdullah Öcalans vom 1. Oktober

Aufruf für Frieden und Demokratie

Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Gesprächsprotokoll der Anwälte Abdullah Öcalans. Bei diesem Besuch teilte Öcalan seinen AnwältInnen mit, dass er wegen der verschärften Haftsituation gegen ihn ab sofort keinen Besuch mehr empfangen wird, bis Schritte zur Entspannung der Situation von Seiten der türkischen Regierung eingeleitet werden. Der Europarat soll sich dieses Themas annehmen und die Anwälte sollen dann wiederkommen, wenn in dieser Frage Abkommen geschlossen worden sind.



Die USA und Europa sind zum Angriff übergegangen. Die Völker des Mittleren Ostens sind in einer derart bemitleidenswerten Lage, dass sie nicht einmal fähig zu einem Bündnis sind. Deshalb müssen sich in der Türkei alle demokratischen und patriotischen Kräfte zu einem demokratischen Bündnis zusammenschließen, da sonst die AKP ihre Plätze einnehmen wird.
Sollte die AKP nicht der Demokratie dienen, werden wir ihr gegenüber in schärfste Opposition treten. Wenn die AKP nicht schleunigst zu einer demokratischen Praxis finden sollte, wird sich eine Situation wiederholen, die Anfang des letzten Jahrhunderts zum Zerfall des osmanischen Reichs geführt hat. Dies ist eine objektive Feststellung. So wie im Irak die Grundlage für einen kurdischen Staat vorhanden ist, werden sich auch die Verhältnisse in Nord-Kurdistan ändern. Dies wird sich wiederum massiv auf die Türkei auswirken. Wenn dies als gefährlich bewertet wird, wie könnte dem dann vorgebeugt werden? Mit einer türkisch-kurdischen freiheitlichen Gemeinschaft und mit demokratischen Verhandlungen. Wenn in der Türkei die demokratische, freiheitliche Einheit verwirklicht wird, wird dies den Weg für ähnliche Lösungen in allen Gebieten freimachen. Die kurdische Frage kann auf diesem Weg ohne Separation gelöst werden. Dies bedeutet letztendlich einen Kompromiss für eine demokratische Befreiung. Deshalb muss von einer Leugnung und Vernichtung der Kurden Abstand genommen werden.
Ich habe in Europa und in Südkurdistan gegen das primitive Nationalismusverständnis gekämpft. Meine Linie der freien Einheit und der Geschwisterlichkeit der Völker hat mich nach Imrali gebracht. Weil ich die Existenz des Imperialismus und die Basis, auf den er sich stützt, geschwächt habe, wurde ich hierher gebracht. Griechenland hat mich an die USA ausgeliefert, Israel hat dabei geholfen. Dieser Plan wurde gegen die Türkei durchgeführt. Es waren nicht die Türken, die mich hierher gebracht hat. Ich werde diesen Plan ins Leere laufen lassen. Deshalb ist meine Gesundheit wichtig. Die Türkei wird keinen Gewinn daraus erzielen, wenn meinen Gesundheitsproblemen nicht vorgebeugt wird und meine politische und rechtliche Isolation anhält.
In Südkurdistan entwickelt sich eine neue Struktur. Auch 40 Million Kurden können so ausgebildet werden, dass eine Kraft in der Stärke eines Staates entstehen kann. Auch der KADEK kann ein Teil davon sein. Der KADEK wird das Kräftegleichgewicht beachten müssen. Wenn weiterhin an der Verleugnung und Vernichtung beharrt wird, wird der KADEK sich der Gegenseite zuwenden. Wenn die kurdische Frage nicht auf friedlichem Wege gelöst wird, werden andere Entwicklungen zwangsläufig eintreten.
Jeden Tag höre ich aus dem Radio, dass gesagt wird: "Liefert mir den KADEK aus". Diese Bestrebung der Türkei ist sehr gefährlich. Das ist der eigentliche Grund für das Sevres-Syndrom der Türkei. Der KADEK sollte nicht zum Feind gemacht werden. Nach einer vierjährigen Phase [des einseitigen Waffenstillstands] sollten die Türkei und der KADEK nicht erneut gegeneinander antreten. Im Rahmen des demokratischen Verständnisses und eines gerechten Friedens sollte der KADEK gerufen werden. Es ist an der Zeit einen achtzig jährigen Fehler zu korrigieren. Wenn ein Appell in dieser Richtung an den KADEK gerichtet wird, wird er zur Beteiligung an der demokratischen-politischen Einheit kommen. Wenn sich eine demokratische Annäherung zeigt und der KADEK sich diesem nicht nähert, werde ich der erste sein, der intervenieren wird. Aber ein Verständnis, wonach der Vorstand und die Mitglieder getrennt behandelt, der Kopf abgerissen und der Körper zerstückelt werden soll, ist eine grausame Annäherung und hat mit Demokratieverständnis nichts zu tun. Wenn kein Abstand von diesem Verständnis genommen wird und der gegenwärtig angewandten Politik kein Einhalt geboten wird, wird der KADEK seine Linie umsetzen. Wenn die Türkei mit den USA gegen die Guerilla vorgeht, wird die Guerilla sich in der gesamten Türkei ausbreiten. Nicht nur in den Bergen und in den Dörfern, sondern auch in den Städten, überall wird sich die Guerilla einsetzten. Ich bin für einen sol-

→

Neuerscheinung

Jiyanekê din - ein anderes Leben

Mehr als zwei Jahre - von 1995 bis 1997 - war Anja Flach als Internationalistin in den Bergen Kurdistans und hat dort das Leben der Guerillaeinheiten der kurdischen Befreiungsbewegung kennengelernt und geteilt. Mitten in einem Krieg gegen die zweitgrößte Armee der NATO wird sie Augenzeugin und Teilnehmerin des noch immer andauernden Versuchs, ein anderes Leben aufzubauen - ein Leben, das für das unter Jahrhunderten Krieg, Unterdrückung und Verleugnung leidende kurdische Volk ebenso eine menschenwürdige Perspektive bietet wie für die zerstörten Beziehungen zwischen Männern und Frauen und für die einzelnen ProtagonistInnen dieses Kampfes. Die Tagebuchaufzeichnungen dieser Zeit hat sie zu einem Buch verarbeitet, das zugleich den Alltag und die politische Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung Mitte der 90er Jahre beschreibt und die subjektiven Erfahrungen, Erkenntnisse und Schwierigkeiten dokumentiert, die der Weg von den europäischen Metropolen in die Strukturen einer kämpfenden Befreiungsbewegung bereithält.

Anja Flach:
Jiyanekê din - ein anderes Leben
Zwei Jahre bei der kurdischen Frauenarmee

Herausgegeben von der Informationsstelle Kurdistan e.V.
Erschienen im
Mezopotamien Verlag
Paperback, 288 Seiten, 10 Euro
ISBN 3-931885-49-6
Bestellungen in jedem Buchladen oder direkt bei der ISKU.

Meldungen

Gefangene beginnen mit unbefristetem Hungerstreik
Die Solidaritätsvereine von Inhaftierten und deren Familien TUAY-DER und ATHAYD-DER (Adana) teilten mit, dass am 1. Oktober 100 KADEK-Inhaftierte in 10 Gefängnissen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen haben. Sie apellierten an die AKP-Regierung, erfolgversprechende Schritte für die Bewahrung des Friedens und für eine demokratische Lösung durchzuführen.
(DIHA, 10.10., ISKU)

Bewaffneter Angriff auf Kommandanturfahrzeug
In Dicle/Diyarbakir wurde gegen ein Kommandanturfahrzeug der Sicherheitsbehörden ein bewaffneter Angriff verübt, ein Polizist wurde verletzt. Daraufhin wurde das Stadtzentrum durchsucht und Kontrollpunkte eingerichtet. Panik brach aus, weil auch zeitweilig der Strom abgeschaltet worden war. Während dieser Zeit sollen Sondereinheiten im Stadtzentrum geschossen haben. In den frühen Morgenstunden begannen in der Region Dicle militärische Operationen in Zusammenarbeit mit Dorfschützern.
(DIHA, 15.10., ISKU)

Angriff auf Militärfahrzeug
In der Gemeinde Kürkcüler bei Adana wurde ein Militärfahrzeug, das Gefangene zum E-Typ Gefängnis in Kürkcüler bringen sollte, von bisher Unbekannten unter Beschuss genommen. Ein Soldat kam dabei ums Leben, ein weiterer wurde verletzt ins Krankenhaus gebracht.
(DIHA, 15.10., ISKU)

Gefallene beigesetzt
In Ovacik/Dersim wurden 4 gefallene KADEK-Mitglieder von der Gemeinde Ovacik beigesetzt, die bei einem Gefecht ums Leben kamen. *(DIHA, 13.10., ISKU)*

DEHAP-Kreisvorsitzender verhaftet
In Ovacik/Dersim wurden 3 Personen, darunter der örtliche DEHAP-Kreisvorsitzende, verhaftet und nach der Vorführung vorm Gericht wegen der "Unterstützung und Hilfeleistung Illegaler", ins Gefängnis von Overcik überführt.
(DIHA, 15.10., ISKU)

Haftbefehl gegen 2 Kinder
Wegen "unerlaubter Demonstration" wurden in Diyarbakir 7 Personen vom Staatsicherheitsgericht, DGM, in Haft genommen; 2 der Verhafteten sind Kinder. Rechtsanwalt Karaman erklärte dazu, der Haftbefehl des DGM

Militäraktion in Mardin

Während in Mardin/Derik der Prozess gegen 405 Offiziere und Soldaten aus der Region wegen wiederholter Vergewaltigung einer Frau während Ihrer Festnahme 1993 und 1994 eröffnet wurde, führte das Militär in der Nacht zum 14. Oktober eine Aktion gegen das Dorf Kovali im Kreis Derik durch. Durch Schüsse wurden im Dorf fünf Bewohner schwer verletzt.
Nach Aussagen von Augenzeugen passierte folgendes:
Der 17 jährige Murat Demir kam gegen 24 Uhr vom Schafe hüten und hörte die Hunde anschlagen als er sich dem Dorf näherte. Er sah, dass sein 80 jähriger Großvater das Haus verlies und rief ihm zu "Großvater, Soldaten". Indem Moment eröffneten die Soldaten das Feuer.
Beide wurden verwundet. Als der Vater Hamdullah Demir die Schüsse hörte, lief er aufs Dach um zu sehen was passiert ist. Als er sah, dass sein Sohn und sein Vater verletzt waren, lief er aus dem Haus um Ihnen zu helfen. Daraufhin wurde auch auf ihn das Feuer eröffnet.
Andere Verwandte aus dem Dorf gingen auch nach draussen als sie die Schüsse hörten.
Nusret Demir(65) und Mehmet Demir(38) wurden ebenfalls unter Beschuss genommen als sie versuchten mit dem Traktor zum Ort des Geschehens durch zu kommen.
Sporadisch wurde auf die Häuser des Dorfes geschossen. Andere Dorfbewohner wurden von den Soldaten bedroht und geschlagen. Die Verletzten wurden später von Verwandten mit Autos in die umliegenden Krankenhäuser gebracht. Auf dem Weg ins Krankenhaus wurden sie bei der 500 Meter entfernten Polizeistation von Soldaten beschossen. Als sie anhielten wurden sie wiederholt von Soldaten bedroht. Eine halbe Stunde lang wurden sie mit Gummiknüppeln und Fäusten attackiert. Sie sollten auf keinen Fall im Krankenhaus erzählen was passiert wäre, sonst würden sie getötet werden. Sie hätten PKK`lern Unterschlupf gewährt. Ein weiterer Verwandter wurde festgenommen und erst am nächsten Tag wieder freigelassen.
Zwei der Verletzten befinden sich immer noch in einem kritischen Zustand.

Der Vorfall in Kovali Köy ist ein geplanter militärischer Angriff
Der Menschenrechtsverein IHD hat eine Kommission zur Untersuchung des Angriffs gegen das Dorf Kovali Köy/Kreis Derik, bei dem 5 Dorfbewohner verletzt wurden, gegründet. Der Leiter der Kommission, der IHD-Vertreter des Gebietes, erklärte, der Angriff der Soldaten sei ein Anschlag auf das Recht, zu leben; er erwarte eine Stellungnahme der Jandarmakommandantur.

(DIHA, 14/15.10., ISKU)

Aktionen für das Leben Öcalans

In zahlreichen kurdischen und türkischen Städten finden derzeit Protestaktionen statt, um der Forderung nach verbesserten Haft- und Gesundheitsbedingungen für Abdullah Öcalan Nachdruck zu verleihen. Die Aktionen stehen im Zusammenhang mit der vom KADEK ausgerufenen Kampagne "Für Frieden und demokratische Reformen". Allein am Mittwoch kam es trotz z.T. massiver Polizeiübergriffe zu landesweiten Protesten. In Istanbul klebte eine "Demokratische Volksinitiative" in mehreren Stadtteilen Plakate mit dem Bild des KADEK-Vorsitzenden Öcalan und sprühte Parolen wie: "Es lebe der Vorsitzende Apo", "Deine Gesundheit ist unsere Gesundheit", "Kein Leben ohne den Vorsitzenden" an die Wände.
In Kocaeli führte eine Gruppe Jugendlicher, Frauen und Kinder eine Demonstration durch.
Zu einer Kundgebung in Amed versammelten sich etwa 100 Frauen, um auf die kritische Gesundheitssituation Abdullah Öcalans aufmerksam zu machen. Bis zum Eintreffen der Polizei wurden Parolen wie : "Es lebe der Vorsitzende Apo", "Frauen, Leben Freiheit", und "Kein Leben ohne Öcalan" gerufen. Danach zerstreute sich die Menge.
Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen kam es in Siirt, als die Polizei mit Warnschüssen versuchte, eine Demonstration von 200 Personen im Stadtteil Conbayiri zu verhindern. Die DemonstrantInnen setzten sich mit Steinen und Stöcken zur Wehr. Auch in Eruh kam es zu Angriffen der Polizei auf die Bevölkerung, nachdem in der Nacht in mehreren Stadtvierteln Feuer entzündet und zwei Trafostationen des staatlichen Elektrizitätsunternehmens TEDAS in Flammen aufgingen.

(DIHA, 16.10., ISKU)

Fortsetzung von der ersten Seite: Aufruf für Frieden und Demokratie

chen Situation nicht verantwortlich, denn ich habe akzeptable Vorschläge unterbreitet und die notwendigen Warnungen zur richtigen Zeit gegeben. Der KADEK wird viel stärker als je zuvor Widerstand leisten: um seine Existenz aufrecht erhalten zu können, um nicht liquidiert zu werden und um seine Würde zu schützen.
Die Isolation gegen mich ist in erster Linie eine Isolation gegen das kurdische Volk, dem türkischen Volk und seine demokratischen Kräfte. Gleichzeitig ist es eine Praxis der Isolation, die gegen alle Gefangenen angewandt wird. Die gegen meine Person gerichtete Politik stellt auch die Aufhebung jeglicher politischen und juristischen Möglichkeiten dar. Die Regierung ist hierfür verantwortlich. Alle im In- und Ausland, die die AKP an die Regierung gebracht haben, sind - wissend oder unwissend - verantwortlich für die angewandte Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk in meiner Person.
Wenn die Probleme nicht gelöst werden, sind es nur noch zwei Monate bis zum Ausbruch des Guerillakrieges. Wir haben eigentlich im September einen Schritt erwartet, aber dieser blieb aus. Ein Monat ist nun so vergangen. Das kurdische Volk möchte die demokratische Lösung erreichen, die es mit der Kampagne "Demokratische Lösung für den Frieden" entwickelt. Wenn keine Schritte in Richtung einer Lösung unternommen werden, wird zwangsläufig ein harter Guerillakrieg beginnen. Dieses Mal wird er langjährig und zerstörerisch sein.
Die USA wird nicht wie angenommen gegen die Guerilla vorgehen können, da bin ich mir sicher. Auch der Iran und Syrien werden gegen sie nicht vorgehen können. Ich bin derjenige, der diese Bewegung am besten kennt. Sie wird unter jeder Bedingung Widerstand leisten. Die USA, der Iran und Syrien werden ihr nichts antun können. Die Kriegsart der Guerilla wird nicht zulassen, dass die Angriffe der Angreifer erfolgreich sein werden, im Gegenteil, sie werden mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Sie werden ausser neuen Problemen und Schwierigkeiten nichts erreichen. Sie werden vielleicht Kriegsverletzte und Kranke an die Türkei ausliefern, dass ist aber auch alles.
Zum Schluss: Die Entwicklung ist aus Sicht der Kurden in einer kritischen Phase angelangt. Es ist eine lebenswichtige Notwendigkeit, dass das Volk seinen Willen so stark wie nur möglich darlegt, damit die Phase zum Nutzen der Kurden entwickelt wird und um eine demokratische Lösung zu erreichen. Das kurdische Volk hat mit den Volksaufständen der Vergangenheit eine große Kampferfahrung gewonnen. Mein Glaube ist fest, dass mit einer erneuten demokratischen Offensive die Freiheit und die Demokratie gewinnen wird. Auf dieser Grundlage rufe ich das kurdische Volk dazu auf, für Demokratie und Freiheit sich zu erheben und die Türkei zu demokratisieren und Kurdistan zu befreien. Ich begrüße im Vorfeld alle, die sich an der "Demokratische Lösungskampagne für den Frieden" beteiligen und wünsche viel Erfolg.

(stark gekürzt und redaktionell Überarbeitet - Nûçe)

gegen Kinder könne nicht hingenommen werden.

(DIHA, 15.10., ISKU)

Protest gegen Festnahmen
Der Solidaritätsverein TAYAD verlangte in einer Protesterklärung die Freilassung von 8 Festgenommenen. Die Polizei hatte gegen Mitternacht die Zeitung "Okmeydani Halkin Sesi", die Organisation Genclik Gelecekir und den Istanbul Genclik Dernegi durchsucht und 8 Personen festgenommen.

(DIHA, 15.10., ISKU)

Vergeltungsschlag in Semdinli
Nach einer Mitteilung der Volksverteidigungskräfte (HPG) wurde im Gebiet Hakkari/Semdinli ein Vergeltungsschlag der HPG aufgrund des Angriffes der türkischen Armee in Ovacik/Dersim, bei dem 4 Mitglieder des KADEK ums Leben kamen durchgeführt. Bei dem Vergeltungsschlag gegen eine Militärstellung auf einem Berg im Grenzgebiet Semdinli kamen 10 Soldaten der türkischen Armee ums Leben.

(DIHA, 14.10., ISKU)

Anklage gegen IHD-Anwälte wegen "Amtsmissbrauch"
Die Gebietskommandantur der Jandarma in Diyarbakir strengte gegen 4 Anwälte des IHD Diyarbakir einen Prozess wegen "Amtsmissbrauch" an. Anlass war die Eingabe der Anwälte beim Gouverneur von Diyarbakir wegen entvölkerter Dörfer.

(DIHA, 14.10., ISKU)

2124 Verbannungen
In den 13 Jahren von 1990 - 2003 wurden nach Feststellung der KESK 2124 Mitglieder strafversetzt. An erster Stelle stehen dabei Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialen Dienst. (KESK - Gewerkschaftsdachverband für den Öffentlichen Dienst).

(DIHA, 14.10., ISKU)

Auslieferung von Syrien und dem Iran an die Türkei
Aus Kreisen der Sicherheitskräfte wurde bekannt, dass Syrien in diesem Jahr 37 Angehörige der PKK/KADEK an die Türkei ausgeliefert hat. Vom Iran wurden 9 PKK/KADEK Militante an die Türkei ausgeliefert.

(Radikal, 27.9., ISKU)

Quellen:

DIHA - Dicle Nachrichtenagentur

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 128
24. Oktober 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kampagne "Demokratische Lösung für Frieden"

Proteste weiten sich aus

Die vom KADEK angestossenen Kampagne "Demokratische Lösung für Frieden" stösst bei der kurdischen Bevölkerung in den vier Teilen Kurdistans sowie in Europa auf grosse Resonanz. Kaum ein Tag vergeht, an dem es nicht in der Türkei zu Demonstrationen, Kundgebungen und Straßenblockaden, aber auch zu militanten Angriffen auf staatliche Einrichtungen kommt. Auch in europäischen Großstädten, in denen eine Vielzahl kurdischer MigrantInnen lebt, finden täglich Protestaktionen statt, in denen eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage gefordert wird. Ein zentraler Punkt in der laufendenKampagne ist auch die Situation des inhaftierten KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, dessen Haftbedingungen einen permanenten Angriff auf seine Gesundheit und sein Leben darstellen.

Proteste in Istanbul...
Vor dem Galatasaray-Gymansium in Istanbul führte eine Gruppe von Mitgliedern der Friedensmütterinitiative, Göc-Der, TUAD und Yakay-Der eine Protestkundgebung durch. Es wurde angekündigt, die Aktion in Zukunft jeden Mittwoch zu wiederholen.
Im Rahmen einer anderen Protestaktion in Istanbul zur Verbesserung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans blockierten Mitglieder der "Initiative kurdischer Frauen" eine Bosphorus-Brücke für den Verkehr für eine halbe Stunde. Die Teilnehmerinnen wurden alle anschließend festgenommen.

... in Izmir, Diyarbakir, Batman, Van, Siirt, Sirnak ...
Auch in anderen türkischen und kurdischen Städten fanden am Mittwoch Aktionen statt. In Diyarbakir griff die Polizei zunächst die Kundgebung vor dem AKP-Gebäude an; zahlreiche Frauen wurden dabei verletzt und festgenommenen. Anschließend stürmte die Polizei das Gebäude der DEHAP und nahm mehrere Personen fest, obwohl die Kundgebung der Frauen eine getrennte Aktion war.

In Siirt wurden bei der Polizeiaktion gegen die Kundgebung von etwa 500 DEHAP-Frauen, 20 Frauen festgenommnen, bei dem Polizeiangriff wurden 10 Frauen verletzt. *(DIHA, 22.10., ISKU)*

Fragen an Mustafa Karasu vom Präsidialrat des KADEK

Die Proteste müssen erfolgbringend sein

Der Druck gegen den KADEK-Vorsitzenden dauert an; die Aktionen gegen die Guerilla gehen ständig weiter ...
Das kurdische Volk ist besonders in den letzten 4 Jahren mit großer Entschloßenheit für eine demokratische Lösung eingetreten und hat bei den in diesem Zusammenhang gezeigten Protesten Lösungsforderungen und Wahrheiten in den Mittelpunkt gestellt. Der türkische Staat hat dennoch keinen politischen Willen zur Lösung der kurdischen Frage gezeigt. Der Lösung der kurdischen Frage stehen jetzt keine ernsthaften Hindernisse mehr entgegen. Mit dem Angriff der USA auf den Irak ist die Lösung der Kurdischen Frage in der Türkei offenkundig nötig geworden. Aber seit dem Irak-Angriff und dem Regierungsbeginn der AKP hat es in der kurdischen Frage keine Fortschritte, sondern nur Rückschritte gegeben; die kurdische Frage ist vollständig von der Tagesordnung verschwunden.
Diese Vernichtungs- und Leugnungspolitik hat bei ihrer Umsetzung als erstes unsere Führung getroffen. Im letzten Winter durfte Abdullah Öcalan monatelang keinen Besuch empfangen. Danach wurden die Besuchszeiten gekürzt und der psychologische Druck verschärft.
Indem sie vor der kurdischen Frage die Augen verschließt, ermuntert die Regierung zu schärferem Vorgehen gegen die kurdische Freiheitsbewegung.

Was für einen Weg werden Sie gegen diese Haltung einschlagen?
Wir können unsere bisherige Haltung nicht weiter aufrechterhalten. Wir sind zur Überzeugung gekommen, dass wir an unserer jetzigen Haltung nicht festhalten können, unsere Linie in Politik und Aktionen nicht wie bisher weiterführen können. Deshalb haben wir unsere Politik und unsere kommenden Kampagnen auf eine neue Grundlage gestellt. So ist die Kampagne "Demokratische Lösung für den Frieden" entstanden. Unsere neuen Kampagnen müssen anders als in der Vergangenheit betrachtet werden. Die politische Lage hat sich geändert. Die Türkei ist nach den 4 Jahren unseres einseitigen Waffenstillstands durch ihre angewandte Politik in eine unverständliche Lage geraten.
Bei einer Aussicht auf Erfolg hätten wir den einseitigen Waffenstillstand noch weitere 4 Jahre aufrecht erhalten. Aber um die derzeitige Vernichtungspolitik zu stoppen und um auf unserer Linie der "demokratischen Lösung" wieder weiterarbeiten zu können, haben wir den Waffenstillstand für beendet erklärt.

Wie beurteilen Sie die Teilnahme an den Protesten? Gibt es Ihrer Meinung nach genug Proteste und TeilnehmerInnen? Was für weitere Proteste sind nötig?
Die Kampagne muss mit den Mitteln des Serhildan durchgeführt werden. Deshalb sind Proteste erforderlich, die die ganze demokratischen Kraft des kurdischen Volkes in Aktion bringen. Nicht wie die anderen Kampagnen, die nur auf einige Provinzen begrenzt blieben, sind in allen Provinzen, Kreisen, Stadtteilen und Dörfern, in denen das kurdische Volk lebt, jeden Tag und ständig Protestaktionen wichtig.
Die Proteste werden zunehmend eine tägliche Erscheinung werden. Nicht nur in den Provinzen, auch in den Kreisen werden sie sich ausdehnen. Die Proteste werden sich von der Nachtzeit auf den Tag verlagern. Jeden Tag werden eine oder sogar mehrere Gemeinden auf den Beinen sein.
Frauen und Jugend werden den Aktionen ihren Stempel aufdrücken. Von partiellen, örtlichen Protesten werden sie sich zu Protesten aller Kreise und Provinzen am gleichen Tag ausweiten und so auf die politische Tagesordnung der Türkei und des Mittleren Ostens gelangen. *(ÖP, 20.10., ISKU)*

Wir gedenken Ronahî (Andrea Wolf) und den 23 anderen Gefallenen, die am 23.10.1998 vom türkischen Militär ermordet wurden.
Die Gefallenen sind unsterblich!

Meldungen

Anwälte bereiten Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor
Die Anwälte des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan bereiten einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor, in dem sie eine Entscheidung beantragen werden wegen Verletzung von 7 Artikeln des Menschenrechtsabkommens.
Die 7 Artikel betreffen: Einschränkung der Menschenrechte, Einschränkung des Rechts auf Freiheit, Verletzung des Rechts auf gerechte Gerichtsverfahren, Verletzung des Schutzes des Privatlebens, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Einschränkung des Rechts auf wirksame Anträge, Verletzung des Rechts auf Gleichbehandlung. Ausserdem werde das Recht auf Verteidigung durch die nicht erlaubten Besuche des Mandanten beeinträchtigt. Das von der Türkei praktizierte Verfahren, einen "Krisentisch" tagen zu lassen, der beim Nationalen Sicherheitsrat angesiedelt ist, sei ebenfalls nicht legal. *(ÖP, 21.10., ISKU)*

Begeisterung für "Demokratische Einheitspartei" in Syrien
Die neu gegründete "Demokratische Einheitspartei" stösst bei der Bevölkerung im Südwesten Kurdistans, in Syrien, auf breite Zustimmung. In Afrin, Derik, Halep, Rakka, Dirbesiye, Haseki und Amud wurde die Gründung der Partei mit Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen gefeiert. *(ÖP, 21.10., ISKU)*

Initiative ehemaliger politischer Gefangener gegründet
In Diyarbakir wurde gestern auf einem Treffen von circa 2000 Personen, davon etwa 800 KADEK-Verurteilte aus der ganzen Türkei und Kurdistan, eine "Initiative ehemaliger politischer Gefangener" gegründet. Sie wollen nach ihrer Entlassung eine Rolle für die Schaffung gesellschaftlichen Friedens übernehmen. *(ÖP, 21.10., ISKU)*

TOHAV-Zentrum:
In 6 Monaten 128 Neuanträge auf Beratung
Das Zentrum für rechtliche und medizinische Hilfe für Folteropfer und Vertriebene hat in den ersten 6 Monaten des Jahres 128 Neuanträge auf Hilfeleistungen erhalten, Über 40 % der Anträge wurden von Frauen gestellt. Allein 40 Fälle sind Opfer von sexueller Misshandlung bis hin zur Vergewaltigung durch Angehörige der Sicherheitsbehörden. *(YÖG, 22.10., ISKU)*

Erneute Gefechte in Kurdistan

In der Gegend zwischen Pîrejman (Kirkpinar) und Herêdanê, die zur Region Amed gehören fanden drei Tage lang Gefechte zwischen der türkischen Armee und den Kräften der KADEK statt. Im Verlauf dieser Kämpfe wurde am Abend des 18. Oktober ein Hubschrauber der türkischen Armee von den KADEK-Kräften abgeschossen.

Vergeltungsangriff in Mardin
Wie bekannt wurde, kamen während eines Angriffs der Volksverteidigungskräfte, HPG, auf eine Militärkaserne fünf Soldaten und ein Offizier der türkischen Armee ums Leben. Auch ein Kämpfer des KADEK verlor sein Leben. Am späten Dienstag Abend führte die HPG als Reaktion auf den Überfall der türkischen Armee auf das Dorf Kovali in der letzten Woche einen Angriff gegen Polizeiposten in der Stadt Derik/Mardin durch. 4 Polizisten wurden dabei durch Schüsse verletzt, von denen bis zum Donnerstag zwei ihren Verletzungen erlagen. Im Rahmen der daraufhin begonnenen Polizeiaktionen wurden bisher 45 Personen festgenommen.

Militäroperation in Dersim
Im Kreis Tunceli Ovacik (Dersim) hat die türkische Armee eine Operation begonnen. Örtlichen Quellen zufolge hat in den Morgenstunden des 23.10. ein Militärtransport stattgefunden, in den folgenden Stunden begann eine Operation, bei der auch Armeehubschrauber Unterstützung aus der Luft gaben. In der gesamten Region war Gefechtslärm zu hören. Über mögliche Verletzte oder Tote im Rahmen dieser Operation ist zur Zeit nichts bekannt.
(DIHA, 19.-23.10., ISKU)

Türkei nimmt Abstand von baldigem Truppeneinmarsch in Irak

Einmarsch auf den Knien

Keiner will sie, sie selbst trauen sich schon nicht mehr, und mittlerweile zweifeln gar die sonst so ratschlagresistenten USA. Nach deren eindimensionalem Kalkül sollte ausgerechnet die im Nachbarland des Irak zumindest argwöhnisch beäugte, wenn nicht gar verhaßte türkische Armee einen Beitrag zur »Stabilisierung« des besetzten Landes leisten. Das Gegenteil würde eintreten, setzt sich inzwischen als Erkenntnis durch, und Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten vom vergangenen Wochenende in Madrid, wonach von einer »Destabiliserung« des Irak infolge einer türkischen Präsenz nicht die Rede sein könne, klingen wie das Pfeifen im Wald: Er wisse nicht, so Recep Tayyip Erdogan, ob es zu einer »Entsendung« kommen werde. Die Zeit müsse »reif« sein, ergänzte Innenminister und Regierungssprecher Cemil Cicek am Montag abend nach einer Kabinettssitzung. Auch hänge diese Frage nicht allein von der Türkei ab, die deshalb auch »keine weiteren Schritte unternehmen« werde.
Ankaras parlamentarischem Kniefall vor Washington folgen schwere türkische Haltungsprobleme. Zu Beginn der dritten Woche nach dem Beschluß der »Großen Nationalversammlung«, Truppen nach Irak zu schicken, scheint es gar, als käme die Republik Türkei nach ihrem Versuch, zurück in die Arme des großen Bruders aus Übersee zu sinken, nicht mehr auf die Beine. Aber wie einmarschieren, ohne auf den Beinen zu stehen? Mit 358 zu 173 Stimmen am 7. Oktober parlamentarisch zwar abgesegnet, begleiten die Umsetzung zwei Hauptschwierigkeiten. Einerseits wächst der Druck in der Türkei selbst. Erzeugt vor allem durch die existente und von Protesten untermauerte Antikriegsstimmung, sondern auch durch Proteste untermauert.
Eine zentrale Rolle spielt hierbei die unruhige Verfaßtheit des kurdischen Südostens, in dem sich die türkische Staatspräsenz zunehmend ziviler wie auch militärischer Gegenwehr ausgesetzt sieht. Dazu gehört eine wachsende Verunsicherung in Gefolge der Vorstellung, türkische Truppen könnten kurdische Gebiete diesseits und vor allem jenseits der irakischen Grenze passieren. Jüngst überlegte die türkische Armeeführung in ihrer Not gar die Variante, westlich vom innerkurdischen Übergang Habur eine weitere Grenzstation zu eröffnen, die ausschließlich Truppentransporten dienen soll und den Vorteil gegenüber mindestens 120 Habur-Kilometern hätte, lediglich 50 Kilometer durch (süd-)kurdisches Gebiet zu führen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), Mustafa Barzani, ein allzeit machtegoistischer und nicht erst seit Kriegstagen den USA verbundener Partner, drohte nun im Falle eines Einzugs türkischer Truppen damit, aus dem vorläufigen Regierungsrat zurükzutreten - ein Vorgang, der sowohl auf die Konkurrenz zur turkmenengestützten Türkei in Sachen der von kurdischer Seite beanspruchten Erdölgebiete um Kirkuk und Mossul hindeutet, als auch auf die aus osmanischen und atatürkschen Zeiten basierende unversöhnliche Gegnerschaft der kurdischen Bevölkerung.
Andererseits führt besonders der massive Protest vieler innerirakischer Kräfte inklusive des gesamten bis dato US-hörigen, weil vollständig US-abhängigen Regierungsrats, zu einer Hinterfragung der US-Positionen selbst. Auch für die Bremersche Irak-Administration wichtige Schiitenführer sprachen sich gegen türkische Truppen aus und kündigten an, diese im Falle eines Einmarsches als Besatzungskräfte anzusehen. Als solche bereits von großen Teilen der irakischen Bevölkerung verstanden, beginnt es den USA zu dämmern, daß sie eine folgenreiche Fehleinschätzung der irakischen Nachkriegsordnung vorgenommen haben. Mit der türkischen Präsenz würde Washington nunmehr regionale Kräfteverhältnisse verschieben. Zudem entständen neue, schwer kalkulierbare Risiken bezüglich der Sicherheitslage im Irak. Das Attentat auf die türkische Botschaft in Bagdad - genau eine Woche nach der Parlamentsentscheidung sprengte sich der Attentäter in einem Auto in die Luft - bildet nur einen kleinen Vorgeschmack auf eine renitente wie gewaltsame Gegenwehr breiterer Teile der Bevölkerung.
Auch die internationale Lage würde sich verschärfen: Das betrifft in erster Linie die feindliche Haltung aller übrigen Nachbarländer des Irak sowie die vieler arabischer Staaten. Eine türkische Invasion wäre deren Einstellung Washington gegenüber nicht dienlich. Die folglich auf US-Seite zu registrierende wachsende Skepsis könnte in ein Umdenken der nahezu wahllosen, wenn auch ganz und gar nicht prinzipienlosen, auf militärische und finanzielle Unterstützung ausgerichteten Politik der führenden Besatzungsmacht münden.
Derweil verliert die türkische Position bei den anhaltenden »Detailverhandlungen« mit den USA, je länger sie dauern, an Gewicht. Aus Ankara verlautet derweil nichts Neues. Über ursprüngliche ins Gespräch gebrachte Milliardenbeträge wird nicht mehr geredet, und auch die Ankündigung der USA, sie würden sich des »Terrorproblems« in Gestalt der in den südkurdischen Bergen abwartenden, doch in der Türkei immer stärker militärisch tätigen PKK-KADEK-Guerilla annehmen, leidet an einer unrealistischen Lagebeurteilung. Weder die südkurdische PUK (Patriotische Union Kurdistan), auf deren Gebiet sich die Guerilla aufhält, noch die USA werden ernsthaft einen neuen Kriegsherd eröffnen wollen.
So wird vor allem die offene Kurdenfrage für die Türkei zu einem Kernpunkt ihrer Außenpolitik. Dabei ist weniger strittig, daß es türkischen Truppen natürlich möglich wäre, militärisch-robust kurdische Gebiete zu durchqueren. Auch könnten die Führer der Südkurden zu Kompromissen bereit sein. Schließlich trug deren Pragmatismus bereits zur Auslieferung des Irak an die USA bei. Indes, der Status quo im Mittleren Osten ist offen. Kniefälle vor den USA verursachen dauerhafte Haltungsschäden. *(jW, 22.10., ISKU)*

Hürriyet schlägt Kuhhandel vor: KADEK gegen Leyla Zana
Im heutigen Leitartikel der Europaausgabe der Zeitung "Hürriyet" wird der Vorschlag lanciert, für eine Freilassung der immer noch inhaftierten Leyla Zana im laufenden Wiederholungsprozess (auf Druck der EU) solle man von europäischer Seite die kurdische Organisation KADEK auf eine Liste terroristischer Organisationen setzen. Dann könne man eventuell eine Freilassung Leyla Zanas in die Wege leiten.
(YÖG, 22.10., ISKU)

Aufruf zu Untersuchungskommission
Die Mitglieder des DEHAP-Vorstandes, die im Dorf Kovali den Beschuss des Dorfes durch die Jandarma bei dem 5 Bewohner verletzt wurden, untersuchen, appellierten an die Menschenrechtskommission des Parlaments, eine Untersuchungskommission zu entsenden. Sie hatten zu dem Vorfall auch eine Demonstration in Mardin durchgeführt, bei der sie auch Einzelpersonen mit Einfluss und Organisationen dazu aufriefen, aktiv zu werden. Einer der bei dem Angriff Verletzten ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.
(ÖP, 20.10., ISKU)

"Staatspolitik ist bewiesen"
Im Juni des Jahres wurde in Istanbul die Vorsitzende G. Gündüz der DEHAP-Frauen von ihr bekannten Zivilpolizisten entführt, vergewaltigt und gefoltert. Der Vorfall wurde auch im türkischen Parlament behandelt.
Vom türkischen Innenministerium wurde jetzt in einer Erklärung die Einstellung des angestrengten Verfahrens gegen die Polizei mitgeteilt. Die Gesuchten seien keine Polizisten gewesen. Die Anwälte von G. Gündüz erklärten jetzt in einer Stellungnahme, damit sei bewiesen, dass Folter Staatspolitik sei.
(ÖP, 20.10., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
YÖG	Yeniden Özgür Gündem
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 129
31. Oktober 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Tägliche Aktionen für Frieden und für die Gesundheit Abdullah Öcalans

Volksaufstand in Kurdistan

Die im vergangenen Monat begonnene Kampagne für Frieden und eine demokratische Lösung bestimmt mehr und mehr den Alltag in den kurdischen Städten in der Türkei. Vor allem Frauen und Jugendliche führen ungeachtet der schweren Angriffe der Polizei täglich Protestaktionen durch. Mt grosser Entschlossenheit werden dabei die Forderungen nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage sowie nach Verbesserung der Haftbedingungen des inhaftierten KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan geäußert. Hier eine Auswahl von Aktionen der vergangenen Tage:

Dîlok - Im Stadtteil Karayilan im Zentrum von Dîlok Sahînbe begann die Polizei nach einer Aktion am 29.10 für die Aufhebung der Isolationshaft des KADEK Vorsitzenden Abdullah Öcalan eine Operation, bei der sechs Personen festgenommen wurden. Bei Hausdurchsuchungen wurden Leyla Ozer (16), Sirîn Yildirim, Zekî Gungor (16), Saîme Yasodun, Azîz Çetîn und weitere Personen festgenommen.

Adana - Auf dem Newrozplatz im Zentrum von Adana Seyhan versammelten sich am 27.10. 300 Personen, um für die Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen Abdullah Öcalans zu demonstrieren. Bei der Aktion wurde die Fahne des KADEK geschwenkt. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, 2 Polizisten wurden verletzt. Die Polizei gab Warnschüsse ab und griff auch unbeteiligte Zuschauer an. 7 Personen wurden festgenommen.

Ca 200 Personen zumeist Kinder, Frauen und Jugendliche, trafen sich im Stadtteil Barbaros auf dem Newroz Platz, um eine Demonstration für die Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden des KADEK Abdullah Öcalan zu machen. Während der Aktion wurde die Fahne des KADEK geschwenkt. Zur Erinnerung an das Führungsmitglied des KADEK Engin Sincer wurde die Parole: "Die Gefallenen sind unsterblich" gerufen.

Izmir - Eine Gruppe Jugendlicher, die sich "Initiative Jugendliche für Apo" nennt, hat sich im Zentrum von Kadîfekale versammelt und die Fahne des KADEK gehisst. Sie trugen Poster von Abdullah Öcalan und riefen Parolen wie: "Türkei mach keine Fehler, spiel nicht mit unserer Geduld." Und: "Tausend Grüße nach Imrali". In Ballukuy wurden Molotowcocktails geworfen und Parolen gerufen, wie: "Wir wollen die Gesundheit unseres Vorsitzenden".

Bereits am 27.10 war bei es bei einer Demonstration von Jugendlichen, die auf die schlechten Gesundheitsbedingungen für Abdullah Öcalan aufmerksam machen wollten, zu Auseinandersetzungen mit der Polizei mit Molotowcocktails und Steinwürfen gekommen.

Wan - Im Stadtteil Yunîplîk/ Wan kam am Donnerstag abend eine Gruppe Jugendliche zusammen, die Feuer entzündete und den Verkehr auf der Straße nach Îpek blockierte. Bei der Aktion, die etwa 20 Minuten dauerte, wurden Parolen gerufen wie: " Jugend nach Botan, das Land befreien". Im Stadtteil Suphan wurden Parolen an die Wände geschrieben wie: "Kein Leben ohne Ocalan".

Im Stadtteil Akkopru/Wan gingen 150 Jugendliche auf die Straße, sie blockierten Straßen, riefen Parolen wie "Bijî Serok Apo" und "Kein Leben ohne Apo". Sie marschierten bis nach Besyol, wo sie von der Polizei aufgehalten wurden. Die Polizei griff an und löste die Demonstration auf. Jugendliche, die im Stadtteil Xaçort demonstrierten wurden von der Polizei eingekesselt.

Eine Gruppe von Kindern kam am 27.10. im Stadtteil Xaçorta zusammen, um eine Aktion für die Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden des KADEK Abdullah Öcalan unter der Parole: "Ich bin Kurde, ich bin der Sohn von Apo" zu machen. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift: "Wir wollen eine Zukunft ohne Krieg". Bei ihrer Demonstration kamen die Kinder an einer Polizeistation vorbei. Zwischen den Kindern, die Feuer entzündeten und der Polizei kam es zu Auseinandersetzungen. Molotowcocktails und Steine flogen. Ein Molotowcocktail flog in einen Polizeipanzer und verletzte einen Polizisten. Bei den Auseinandersetzungen wurden zwei Kinder verletzt und acht festgenommen.

Im Stadtteil Yunîplîk kamen zur gleichen Zeit etwa 200 Kinder zusammen und trugen Schilder auf denen stand: "Wir wollen unsere Väter nicht verlieren" und "Wir sind Kinder und gegen den Krieg". Die Demonstration dauerte etwa eine Stunde, sie riefen Parolen wie: "Tausend Grüße nach Imrali".

Colemerg - In Colemerg kam eine Gruppe Frauen in weißer Kleidung zusammen und rief parolen wie: "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker."

Agirî - Die DEHAP Organisation von Patnos Zentrum gab eine Presseerklärung für die Aufhebung der Isolationshaft Abdullah Ocalans ab. Der Vorsitzende Seyît Tasdemîr verlas eine Erklärung, 250 Personen nahmen an der Aktion teil. Die Lösung der kurdischen Frage und die Aufhebung der Isolationshaft Öcalans wurde gefordert. Dann griff die Polizei an und nahm den Vorsitzenden Seyit Tasdemir, die Vertreter Abdullah Yilmaz Îçlî und Mehmet Sîrîn Guler, sowie die Parteimitglieder Mehmet Aycil, Yakup Çakan, Ferhat Pehlîvan, Ikram Uygar, Berzan Demir und sieben weitere Personen fest.

Kop - Auch im Zentrum von Kop organisierte die DEHAP eine Presseerklärung für die Aufhebung der Isolation Öcalans.

Der Vorsitzende Seyîthan Akkaya verlas eine Erklärung, in der es hieß, der Friede hänge unmittelbar mit der Situation Öcalans zusammen. Er verlangte in seiner Rede die Schließung des Imrali Gefängnisses. Ca. 500 Personen riefen Parolen, wie: "Freiheit für Öcalan", "Schließung von Imrali". Die Polizei griff die TeilnehmerInnen an und verteilte die Menge

Diyarbakir - Beim Versuch einer Demonstration der DEHAP-Jugend für eine Verbessserung der Haftsituation von Abdullah Öcalan setzte die Polizei Schlagstöcke und Pfeffergas ein. Viele der der DemonstrantInnen wurden dabei verletzt; etwa 20 Personen wurden festgenommen.

Istanbul - In den Stadtteilen Gazi und Kanarya kam es nach Friedhofbesuchen zu Demonstrationen für Abdullah Öcalan. Nachdem bei Firmen und Autobussen Fensterscheiben eingeworfenen wurden, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei; nach Augenzeugenberichten sah es dort anschließen wie auf einem Schlachtfeld aus.

Gebze - Jugendliche der DEHAP forderten bei einer Demonstration die Schliessung des Gefängnissess in Imrali, in dem Abdullah Öcalan inhaftiert ist.

Viransehir - Eine Gruppe von Jugendlichen und Frauen demonstrierte in Viransehir mit Forderungen nach einem Ende der schlechten Haftbedingungen für Abdullah Öcalan.

Gaziantep - Bei einer Demonstration in den Stadtteilen Sehitkamil und Sahinbey zur Unterstützung von Abdullah Öcalan warfen die Demonstranten auch Molotowcocktails. *(DIHA, Rojev, 27./29./30.10., ISKU)*

Meldungen

Operation in den Cudibergen

Sirnax: Türkische Armee beginnt Operation in den Cudibergen

Wie bekannt wurde, begann amvergangenen Freitag Abend eine Operation der türkischen Armee in den Dörfern um die Cudiberge. Beteiligt sind Kräfte aus dem Militärstützpunkt Ocaxên Komirê. Ob es zu Gefechten kam, ist bisher nicht bekannt.
(DIHA , 25.10., ISKU)

Versammlung der DEHAP-Bürgermeister beendet

Zum Abschluss einer Versammlung der DEHAP-Bürgermeister betonte der stellvertretende Vorsitzende Büyüksahin die Bedeutung der Kommunalwahlen für eine Lösung der Kurdischen Frage und eine Demokratisierung der Türkei. Themen der Versammlung waren die politische Entwicklung in der Türkei und die zunehmende Verfolgung gegen die Partei durch staatliche Stellen. *(DIHA , 27.10., ISKU)*

Auflösung der DGM für die EU ?

Im Rahmen der Rechtsanpassung an die EU - Standards ist auch die Auflösung der DGM auf die Tagesordnung gekommen. Ein Problem dabei stellt die Tatsache dar, dass einige Prozesse seit 10 Jahren andauern und nicht beendet sind. In einem dieser Prozesse gegen 13 Angeklagte wegen DHKP/C Tätigkeit wurde jetzt die Verhandlung erneut vertagt, weil Aussagen eines Beschuldigten nicht abgeschlossen werden konnten.
(DIHA , 27.10., ISKU)

Hakkari: Proteste gegen Verhaftungen

In den letzten Tagen wurden in Hakkari 5 Personen verhaftet, darunter die Vorsitzenden von DEHAP und Özgür Parti in der Provinz. Bei Protestaktionen von ca. 500 Personen gegen die Verhaftungen wurden bei Polizeiangriffen eine grosse Anzahl der Demonstranten verletzt.
(DIHA , 27.10., ISKU)

Fünf Kritikpunkte im EU-Fortschrittsbericht

Kurz bevor der Bericht der EU-Kommission zum Fortschritt der Türkei auf dem Weg in die EU veröffentlicht wird, geht man davon aus, dass der Grundtenor positiv sein und die Entschlossenheit der türkischen Regierung zur Durchführung von Reformen gewürdigt wird. Als wesentliche Kritikpunkte werden voraussichtlich das Zypern-

Innenministerium gegen kurdische Namen: Q, X und W auf dem Index

Türkei kämpft gegen Buchstaben

Die in vielen Ländern der Welt durchaus gebräuchlichen Buchstaben Q, X und W sind in der Türkei ein Politikum. Die Benutzung dieser drei Buchstaben war in den vergangenen Wochen wiedereinmal Anlaß für Gerichtsverfahren, Demonstrationen, Polizeiprügel und Massenfestnahmen.
Hintergrund des Ganzen ist der Versuch des türkischen Innenministeriums, mit einem Verbot der im türkischen Alphabet nicht vorkommenden Buchstaben nachträglich die bereits eingeführte Erlaubnis für kurdische Namen zu umgehen. Im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze war vom Parlament die Erlaubnis erteilt worden, Neugeborenen kurdische Vornamen zu geben.
Zahlreiche KurdInnen und Kurden beantragten nun als Reaktion auf den Verbotserlass des Inneministeriums eine Namensänderung. Unter ihnen ist der Istanbuler DEHAP-Vorsitzende Metin Toprak, der eine Änderung seines Namens in Welad Amedi beantragte, da seine Eltern ihm zu Zeiten des offiziellen Kurdisch-Verbots diesen Namen nicht geben konnten.
Weitere Anträge wurden in den Städten Diyarbakir, Van, Mardin, Sirnak, Adana, Mersin, Elazig, Cukurova und Batman abgegeben.
In Diyatbakir (Amed) verlangten an die 500 Personen, unter ihnen das Mitglied des DEHAP Vorstandes Velî Buyuksahîn, der Vorsitzende des Zweiges Amed des IHD, Selahattîn Demîrtas, Gouverneure von Amed, Mitglieder und Vertreter von zivilen und demokratischen Organisationen, dass ihre Namen geändert werden. Die türkische Polizei reagierte auf gewohnte Weise und griff die AntragstellerInnen an. Das Mitglied des DEHAP Vorstandes Velî Buyuksahîn, der Vorsitzende der DEHAP von Amed Firat Anli, der Gouverneur von Amed und fast 200 weitere Personen wurden dabei festgenommen und in einer Turnhalle eingesperrt. Über ihr weiteres Schicksal ist derzeit nichts bekannt.

Eine Reaktion der Gerichte auf die Anträge zur Namensänderung stehen noch aus. Allerdings wurden vor kurzem mehrere DEHAP-Mitglieder, die wegen der Verwendung des Buchstabens W auf einem Newroz-Plakat angeklagt waren, von einem Istanbuler Gericht freigesprochen. Der Richter fand, die Sache sei lächerlich, weil niemand sich aufrege, wenn jemand in der Türkei Englisch verwende. Selbst türkische Firmen und Fernsehsender („Show-TV“) nützen längst das verbotene W.

Trotz solcher Urteile gehen die Versuche, die Legalisierung des kurdischen Sprache nachträglich auszuhebeln, weiter. Neben den Buchstaben des kurdischen Alphabets steht dabei auch der muttersprachliche Unterricht, der an privaten Bildungseinrichtungen zugelassen wurde, auf der Abschußliste der Zensoren. So wurde in der vorletzten Woche in Batman dem Betreiber einer Privatschule die Genehmigung für Kurdischunterricht verweigert. Die Tür der Schule war statt der vorgeschriebenen 90 Zentimter nur 85 Zentimeter breit...

(Rojev/DIHA, 27.10., SZ, 30.10., ISKU)

Stimmen zum Buchstaben-Verbot

Die Nachrichtenagentur DIHA führte Inteviews mit Teilnehmern der Kampagne gegen das Verbot kurdischer Buchstaben
Eine der Personen, die die Aufhebung des Verbotes kurdischer Namen fordert ist Habîbe Deyar, sie sprach mit DIHA:" Man sagt uns, die kurdische Sprache sei jetzt erlaubt, aber noch immer sind die kurdischen Namen verboten. Das ist unmenschlich. Das Einwohnergesetz sagt doch lediglich, dass es verboten ist Kindern Namen zu geben, nicht den gesellschaftlichen Regeln entsprächen. Darunter fallen dann offensichtlich die Buchstaben, die nicht im türkischen Alphabet vorkommen. Die Türkei kann mit einer kleinen Veränderung ein großes Problem lösen. Das kurdische Alphabet muss anerkannt werden.”
Aydin Bak sagte: “Auf dem Weg nach Europa gibt es noch viele Probleme für die Türkei. Eines davon ist das Verbot der Muttersprache. Murat Tasdemîr (34) sagte: “Warum sollen wir unsere Alpaslan oder Basbug nennen, wenn wir ihnen Namen wie Bawer, Azad geben können. Solange dieses Verbot besteht möchte ich Tolhildêr (Rache) heißen.” *(DIHA, 29.10, ISKU)*

KADEK-Gefangene im Hungerstreik

Der unbefristete Hungerstreik der Gefangenen von KADEK und PJA der für demokratische Reformen, die Lösung der kurdischen Frage und den Frieden begonnen wurde, ist am 24 Tag. Die Föderation für Demokratische Rechte der Familien der Gefangenen TUHAD-FED sorgt sich um die Gesundheit der Gefangenen.
Die Föderation sagte, dass bei allen Problemen die Gefangenen betreffend der Staat verantwortlich sei. Am 24 Tag des unbefristeten Hungerstreiks, den 170 Gefangene von PJA und KADEK in 17 Gefängnissen begonnen haben, hat TUHAD-FED auf die Gefahren hingewiesen. TUHAD-FED sagte, dass bei den Gefangenen ernste gesundheitliche Probleme, wie Magenblutungen und Sehstörungen auftreten können
TUHAD-FED kritisierte die Unbeweglichkeit der Regierung und sagt, dass falls es keine Antwort auf die Forderungen der Gefangenen gäbe und dadurch Probleme enstehen würden, trage die Regierung die Verantwortung.
Die Kritik von TUHAD-FED gegebüber der Regierung ist, dass sie sich den Problemen des Landes und der Gesellschaft gegenüber nicht verantwortlich sieht.
Die Föderation brachte zur Sprache, dass fehlende Reformen nicht damit ausgeglichen werden könnten, Soldaten in den Irak zu schicken, stattdessen müsse die Pobleme um die Gesundheit Öcalans gelöst werden. TUHAD-FED sagte, dass die AKP vor den Reformen der kurdischen Frage wegläufe. *(ROJEV, 25.10., ISKU)*

Polizeiangriff auf Friedensmütter

Frauen der Friedensmütterinitiative von GOÇ- DER, TUAD und YAKAY-DER veranstalteten eine Sitzaktion vor dem Postgebäude von Galtasaray für die Lösung der kurdischen Frage und die Aufhebung der Isolationshaft Abdullah Öcalans. Die Vorsitzende von YAKAY-DER, Pervîn Buldan verlas eine Erklärung und sagte, man wolle jetzt jeden Mittwoch vor dem Galatasaray Gymnasium zusammenkommen. Die Polizei wollte die Aktion verhindern, zu der sie auch keine Erlaubnis gab und nahm 13 Personen fest.
Pervîn Buldan erklärte im Namen der Friedensmütter, dass diese Festnahmen am 80en Jahrestag der Gründung der Republik Türkei ein großer Angriff auf die Demokratie sei. Sie verlangte die Freilassung der Festgenommenen. Der Vorsitzende des IHD Istanbul Metîn Toprak verurteilte die Festnahmen. Die Festgenommenen sind: Kîraz Bîçîcî, Muesser Gunes, Nafîa Basaran, Rahîme Înce, Meyse Aktas, Guler Bugdan, Sabahat Tuncer, Fatma Demîr, Selma Demîr, Huriye Ekîncî, Abdulkerîm Arslan, Hasan Oyman, Muzeffer Odabasî und der Journalist von CNN Türkei Vakas Aksu.

(DIHA, 29.10., ISKU)

Problem, die Glaubensfreiheit, Umsetzungsprobleme der Reformen bei Justiz und Verwaltung sowie der unbefriedigende Stand bei der Verwirklichung der Zulassung der kurdischen Sprache in Bildung und Medien angesprochen. *(ZA, 23.10., ISKU)*

Beschäftigte von TÜPRAS leisten Widerstand gegen Privatisierung

Mit dem Ende der Bieterfrist für die Privatisierung der staatseigenen Rafinerien (TÜPRAS) traten 500 Beschäftigte in den Ausstand. Während am Standort Batman Kundgebungen abgehalten wurden, ruhte in Izmit die Arbeit weitgehend. Auch in Aliaga (Izmir) kam es zu einem Ausstand. *(AS, 25.10., ISKU)*

Gericht stärkt Unabhängigkeit der Ärzte bei Untersuchung von Gefangenen

Die türkische Ärztekammer hatte Verwaltungsklage gegen die Ausführungsvorschrift des Innenministeriums zu "Festnahme, Inhaftierung und Verhör" aus dem Jahr 1998 eingelegt. In erster Instanz hatte der Verwaltungsgerichtshof die Klage aus formalen Gründen zurückgewiesen, weil die Verordnung in der Zwischenzeit mehrfach geändert wurde. Im Revisionsverfahren kam der Verwaltungsgerichtshof nun zu dem Schluß, dass die in der Verordnung vorgeschriebene Zusendung des medizinischen Untersuchungsberichts nach Entlassung des Gefangenen an die jeweils zuständige Stelle (Polizei oder Gendamerie) unzulässig sei, weil sie psychologischen Druck auf die Ärzte erzeuge. Tatsächlich hatte sich im Zusammenhang mit Folterprozessen immer wieder gezeigt, dass durch Polizei oder Gouvermentsverwaltung Druck auf Ärzte ausgeübt worden war, um die Attestierung von Folter zu verhindern. *(AS, 25.10., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
SZ	Süddeutsche Zeitung
ZA	Zaman
AS	Aksam

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 130
7. November 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung von 5000 Gefangene aus PJA und KADEK

Hungerstreik wird ausgeweitet

Im Namen der 5000 Gefangenen aus PJA und KADEK wurde am 3. November eine Erklärung veröffentlicht, in der die Ausweitung des Hungerstreiks bekanntgegeben wurde.
In der Stellungnahme kritisieren die Gefangenen die AKP Regierung, die "durch ihre Verleumdungs- und Vernichtungspolitik die Türkei in einem neuen Bürgerkrieg führe" und bisher nicht auf den "3-Stufen-Plan" des KADEK reagiert hat.
In der Erklärung heisst es dazu wörtlich: "Die durch die AKP Regierung hartnäckig betriebene Verleumdungs- und Vernichtungspolitik führt unser Land Schritt für Schritt einem Krieg näher. Die aktuell vorhandene friedvolle Situation muss in einen langfristigen Frieden umgewandet werden. Noch sind die Voraussetzungen, die Kurdenfrage im Dialog zu lösen, vorhanden. Die AKP Regierung kann die in der jetztigen Situation vorhandenen Vorteile für eine zivilisierte Lösung nutzen und die kurdische Fage dauerhaft lösen. Einen dauerhaften Frieden kann man nicht mit einer Politik der Verleumdung und Vernichtung erreichen."

Verleumdung und Vernichtung lassen die Türkei verlieren
Mit der Feststellung, dass in der kurdischen Frage die Lösung aller Probleme liege und die Chancen zur Lösung zur Zeit als günstig bewertet werden, wird in der Stellungnahme weiter ausgeführt: "Wir möchten, dass primär die Regierung, alle Institutionen des Staates, auf Grundlage des Planes des KADEK in naher Zukunft ohne weiteren Verzug für die kurdische Frage eine demokratische und friedliche Lösung entwickeln. Wir glauben nicht, dass dies mit einer Verleumdungs- und Vernichtungsgesinnung möglich ist. Und gerade deswegen hat diese Gesinnung heute, wie auch in der Vergangenheit, nur zu Verlusten geführt."

Jede Handlung gegen Öcalan wird das Schicksal unseres Volkes beeinflussen
"Von der Politik, Öcalan langsam und allmählich hinzurichten, die demokratischen Forderungen unseres Volkes zu unterdrücken, die HPG Einheiten mit zunehmenden militärischen Operationen anzugreifen und von den Inhaftierten in den Gefängnissen Reue zu verlangen, muss Abstand genommen werden. Die Art und Weise einer traditionellen Politik dient zu nichts weiterem, als unser Land und die Zukunft unseres Volkes in die Dunkelheit zu führen. Abdullah Öcalan ist Garant für einen nachhaltigen Frieden und eine demokratische Einheit unseres Landes. Er ist die Hoffnung und die Führung des Volkes. Jede gegen ihn getroffene Handlung wird die Zukunft unseres Landes und Volkes beeinflussen."

Aufruf an Intellektuelle und Künstler
Weiter wurde in der Stellungnahme auch Intellektuelle, Künstler und Erwerbstätige aufgerufen, sensibilisiert für eine aufgeklärte Zukunft einzutreten, die Regierung und die Institutionen des Staates aufzuklären, für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage einzustehen und der Verleumdungs- und Vernichtungshaltung Einhalt zu bieten, bevor es zu spät ist.
In der Stellungsnahme der Inhaftierteten KADEK Mitglieder wird ferner auf den zunehmenden Druck in den Gefängnissen hingewiesen, insbesondere wenn es um solidarische Aktionen für Abdullah Öcalan gehe oder um das Reuegesetz, wobei auch die Familien der Inhaftierten genötigten werden, ihre Angehörigen davon zu überzeugen, am Programm des Reuegesetzes teilzunehmen.

Hungerstreik wird ausgeweitet
Die Gefangenen erklärten, vom 5. November bis zum 1. Dezember, keine offenen oder geschlossenen Besuche zu empfangen sowie Krankenbesuche und Telefonate abzulehnen. Der Hungerstreik wird von bisher 26 auf alle Gefängnisse ausgeweitet.
(DIHA, 3.11., ISKU)

Wan: 15.000 für den Frieden

An einer Kundgebung der DEHAP Jugend von Wan/Van am Sonntag den 2. November unter dem Motto: "Für Frieden und demokratische Lösung" beteiligten sich 15 000 Menschen. Es wurde der Wunsch nach Frieden und die Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden des KADEK Abdullah Öcalan gefordert. Bei der Kundgebung wurden dutzende Poster von Öcalan und der Volksverteidigungskräfte HPG getragen.

Die Stadt Wan/Van war mit Forderungen nach Frieden erfüllt
Tausende Frauen und Jugendliche forderten Frieden und die Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan auf der Kundgebung der DEHAP Jugend. Sie versammelten sich auf dem Itfaiyeyê Versammlungsplatz im Stadtteil Xaçort, wo sie die AKP-Regierung aufforderten, die kurdische Frage zu lösen. Auf der Kundgebung gab es Transparente und Parolen wie: "Es lebe der Vorsitzende Apo", "Kein Leben ohne den Vorsitzenden", "Wir wollen frei leben oder gar nicht", sowie Forderungen nach Frieden.

"Die AKP hat die Möglichkeit die Türkei von der Korruption zu befreien"
Die Veranstaltung begann mit einer Schweigeminute für die Gefallenen. Nach der Gedenkminute wurde der Vorsitzende der DEHAP von Wan/Van Hasan Ozgunes mit Applaus von der Menge begrüsst.
Ozgunes kritisierte in seiner Rede die Politik der AKP und sagte: "Gegenüber den Forderungen nach Frieden des kurdischen Volkes stellt die AKP Regierung überwiegend eine Politik der Vernichtung, der Isolation und der Angriffe auf das kurdische Volk."
Ozgunes zitierte in seiner Rede Mustafa Kemal Atatürk und sagte: "Als Atatürk sich auf den Parlamentsstuhl setzte sagte er: ‚Dies ist der Stuhl der Kurden und Türken', aber die AKP Regierung versucht mit Vernichtung und Verleugnung die kurdische Frage zu lösen. Das ist der falsche Weg."
Nach Ozgunes spach die Vorsitzende der DEHAP-Jugend Zeliha Sayan. Sie forderte die Schließung des Imrali Gefängnisses. Zum Abschluss trat die Musikgruppe des Kulturzentrums von Wan/Van Nujin mit kurdischen und türkischen Liedern auf.

Polizei griff an
Nach der Kundgebung als die Menge vom Versammlungsplatz auf die Cumhurriyetstraße zum DEHAP Gebäude drängte und dort Parolen wie. "Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein" rief, fuhr die Polizei mit Panzern auf. Viele Menschen wurden geschlagen. Im Verlauf des Polizeieinsatzes löste sich die Menge auf. *(Rojev, 3.11., ISKU)*

Meldungen

16 Kinder wegen illegaler Demonstration festgenommen
Eine Demonstration von ca. 35 Kindern im Istanbuler Stadtteil Yenibosna endete mit der Festnahme von 16 von ihnen. Von den festgenommenen Kindern seien 11, weil sie jünger als sieben Jahre gewesen seien, um Mitternacht an ihre Eltern übergeben worden. Die übrigen wurden am folgenden Morgen freigelassen.
(MIL, 1.11.03)

In Adana wurden Parolen auf Wände geschrieben
Die Aktionen für die Aufhebung der Isolationshaft des Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Ocalan, reißen nicht ab.
In den Stadtteilen Akkapi, Karasu, Daglioglu und Gulbahçe in der Nähe des Zentrums von Seyhanê/Adana wurden Parolen wie: "Wir sind mit der PKK geboren, wir werden mit ihr groß werden", "Wir grüßen die TECAK [Jugendorganisation]", oder "Gibt es die Isolation in der Türkei, gibt es auch unsere Berge [unseren Widerstand]" geschrieben.
(DIHA, 4.11., ISKU)

Vier Kinder durch Mörsergranate in Sirnak getötet
Im Dorf Andaçê/Uludere im Kreis Sirnex/Sirnak, wurden bei einer Explosion vier Kinder getötet, und sieben schwer verletzt.
Die 11 Kinder wurden beim Spielen bei der Seretayî Schule in Andaç mit einem Metallteil gesehen. Kurz darauf gab es eine Explosion. Zahîr Olmez (14). Vabîd Olmez (5) und Songul Olmez starben am Ort des Geschehens, Sevîm Olmez (7) auf dem Weg ins Krankenhaus. Bei der Explosion wurden die Kinder Newroz Olmez, Zubeyde Olmez, Ferdî Olmez, Sehrîban Olmez, Emîne Olmez, Gulsin Olmez und Çîlek Olmez verletzt. Sie wurden ins Militärkrankenhaus Sirnak gebracht.
Inzwischen gibt es eine Erklärung, nach der die Explosion durch eine Mörsergranate der türkischen Armee verursacht worden war. Die Kinder hatten sie gefunden und wollten sie zerlegen. Dabei explodierte sie in den Händen der Kinder. *(DIHA, 2.11., ISKU)*

Dorfschützer gaben als Beitrag für den Frieden ihre Waffen ab
Im Dorf Yerliçoban (Küçe) im Landkreis Siirt-Eruh haben vor einer Woche acht Dorfschützer ihre Waffen abgegeben. Sie sagten, dass sie auf dieser Erde kein Blutvergießen mehr wollen und ihre Geste ein Beitrag für den Frieden sein soll. *(DIHA, 3.11., ISKU)*

Symbolische Aktion im zerstörten Gründungsort der PKK

Rückkehr nach Fîs

Die Zweigstelle Amed, des Vereins zur Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge (Göç-Der) und Mitglieder der demokratischen Plattform aus Amed organisierten eine symbolische Rückkehr in das vor einigen Jahren zwangsgeräumte Dorf Fîs im Kreis Lice. Im Dorf Fîs, dem Gründungsort der PKK, pflanzten sie Friedensbäume.
Der Vertreter des Bürgermeisters von Amed, Mehdîn Guler, der Vorsitzende der DEHAP von Amed, Firat Anli, Mitglieder der demokratischen Plattform von Amed, und viele Mitglieder demokratischer und ziviler Organisationen, insgesamt etwa 1000 Personen versammelten sich im Dorf Fîs.
Die Menschen, die symbolisch zurückkehrten, wurden von den Familien, die bereits nach Ihrer Vertreibung zurückkehren konnten, auf dem Weg empfangen. Um die zerstörten Häuser des Dorfes wurden Friedensbäume gepflanzt.
Der Vorsitzende der Zweigstelle Amed von Göç-Der, Serdar Talay, sprach nach dem Pflanzen der Bäume. Er betonte, dass eine Gewährleistung der Rückkehr in die Dörfer auf rechtlicher Grundlage notwendig sei. "Es ist notwendig für die Dorfrückkehrer, dass das Dorfschützersystem aufgelöst, die Gegend von Minen gesäubert und den willkürlichen Maßnahmen der Sicherheitskräfte ein Ende bereitet wird." Wichtig sei, dass die Türkei einen dauerhaften Frieden erreicht und die kurdische Frage mit demokratischen Reformen gelöst werde. Talay kritisierte die AKP Regierung, sie hätten keine klare Linie in ihrer Politik für die Dorfrückkehr.

"Wir werden in die entleerten Dörfer zurückkehren"
Der Vorsitzende von DEHAP Amed, Firat Anli sagte, dass eine große Last auf das Dorf Fîs in dem 15 Jahre andauernden Krieg gelegt wurde. Man werde auch in die anderen entleerten Dörfer zurückkehren und es werde auf diesem Boden ein neues Leben ohne Unterdrückung geben. Dafür müsse die Politik der Vernichtung und Verleugnung aufgegeben werden.
Die Menge, die sich an der symbolischen Rückkehr beteiligte rief Parolen wie: "Es lebe Apo", "Nein zum Krieg, Frieden jetzt".
Die Dorfbewohner von Fîs sagten zu ihren Gästen, dass sie weder Essen noch Hilfe vom Staat wollen, sondern Gerechtigkeit, Frieden und auf diesem Stückchen Erde Tage in Freiheit erleben.
Während des Besuchs wurden kurdische Lieder gesungen und Gedichte vorgetragen.

Soldaten wollten die Rede Talays beschlagnahmen
Nach der Veranstaltung versuchten Soldaten die Rede Talays zu beschlagnahmen und nahmen ihn mit zur Gendarmeriestation. Ohne die Rede zu bekommen ließen sie Talay später frei. Geschlossen kehrten sie nach Amed zurück.
(DIHA, 2.11., ISKU)

Seit sechs Wochen keine Nachricht von Öcalan - Europa schweigt

Anwälte kritisieren passive Haltung

Schon 6 Wochen dauert die Protestaktion Abdullah Öcalans gegen seine schweren Isolationshaftbedingungen an. Dieser hatte bis auf weiteres die Besuche seiner Anwälte ausgesetzt, bis eine merkliche Verbesserung seiner Haftbedingungen einträte.
So ist der Gesundheitszustand Öcalans durch die fünfjährige Isolationshaft stark geschädigt. In wiederholten Appellen an das Anti-Folter-Komitee des Europarates (CPT) forderten die Öcalan-Anwälte die erneute Untersuchung der Haftbedingungen ihres Mandanten und die Entsendung einer internationalen unabhängigen Ärztekommission. Diese blieben jedoch bisher ungehört.
In einem Gespräch mit MHA kritisierte die Öcalananwältin Aysel Tugluk die passive Haltung des Komitees. Trotz mehrmaliger Gespräche und langer Briefwechsel sei bisher nichts geschehen. Vielmehr würde sich das Anti-Folter-Komitee ausschließlich auf eine beobachtende Rolle beschränken.
(II, 6.11., ISKU)

DEHAP fordert Ende der Angriffe

Etwa 100 DEHAPler kamen zu einer Presseerklärung zusammen, um die Einstellung der Angriffe auf das zentrale DEHAP-Gebäude in Avcilar, sowie die Einstellung der anhaltenden Angriffe auf die DEHAP zu fordern.
Die Erklärung wurde vor dem DEHAP-Gebäude in Avcilar von dem Vorsitzenden der DEHAP von Stenbol M. Metin Toprak verlesen.
Toprak verurteilte die Angriffe auf die Partei: "Die Angriffe, die in den letzten Tagen sowohl auf unsere Partei, als auch auf unsere Parteiführung stattfanden, bedrohen den Frieden." Die Angriffe gegen die DEHAP in Samsun auf die Gebäude in Sarigazî, Sîslî und am Schluß auf das Gebäude in Avcilar sind Angriffe auf die Demokratie und den Frieden.
Am 3. November gegen 17.30 kamen drei Personen, die ihre Identität nicht bekanntgaben, in das Gebäude in Avcilar und verlangten, dass Bilder an den Scheiben des DEHAP-Büros abgehängt werden sollten. Unser Mitglied Ekrem Çaglayan versuchte diese Personen zu vertreiben. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung, wobei Çaglayan verletzt wurde. Nach Metin Toprak galt dieser Angriff nicht nur Ekrem Çaglayan, sondern der gesamten Partei.
Im Verlauf der Presseerklärung wurden Parolen wie "Schulter an Schulter gegen den Faschismus", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker", "Isolation ist Krieg, nein zum Krieg", "Wir haben 20 Jahre keinen Schritt zurück gemacht, auch jetzt werden wir nicht weichen", gerufen.
(DIHA, 4.11., ISKU)

Gefangene in Batman beantragen kurdische Namen

Der Innenminister Abdulkadîr Aksu hat den Gouverneuren von 81 Städten erklärt, dass es keine Hindernisse gebe die Namen in kurdische Namen zu ändern, allerdings dürfen die Buchstaben q, w und x nicht verwendet werden. Um die Aufhebung des Verbotes zu fordern, wurden an vielen Orten Anträge auf Änderung in Namen gestellt, die die verbotenen Buchstaben enthalten.
Im M-Typ Gefängnis von Batman gaben 70 Männern und 30 Frauen eine Erklärung ab, in der sie mitteilten, dass sie Anträge an das Einwohnermeldeamt gesandt haben. In der Erklärung heißt es, dass Verbot der kurdischen Namen und Buchstaben sei gegen die Menschlichkeit ist: "Sie sagen, dass die Buchstaben q, w, und x nicht zur Phonetik des Türkischen passen. Aber es sind lateinische Buchstaben, und dieses Alphabet wurde von Mustafa Kemal gegen viele Widerstände eingeführt und akzeptiert. Das festhalten an dieser rückwärtsgewandten Politik zerstört unsere Geduld "
Die Gefangenen erklärten, dass sie gegen die Isolation des Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan protestierten und sagten: "Gegen unseren Vorsitzenden Apo wird eine unmenschliche Isolation fortgesetzt. Die Türkei läuft in ein dunkles Chaos. Die Haltung gegen unseren Vorsitzenden ist eine Haltung gegen das Volk und die Demokratie". In der Erklärung heißt es, dass die zehn Gefangenen, die am 29. Oktober mit einem unbefristeten Hungerstreik begonnen hatten ihre Aktion bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortsetzen wollen.
(DIHA, 5.11., ISKU)

70 Personen gingen in Bismil für kurdische Namen zum Gericht
Im Zentrum von Bismil, gingen siebzig Personen zum Gericht um eine Namensänderung ins Kurdische zu beantragen.
Sie forderten damit die Aufhebung des Verbotes der Buchstaben q, w, und x, die in ihren kurdischen Namen vorkommen. Die Aktion wurde von Klatschen und Trillern begleitet. *(DIHA, 5.11., ISKU)*

Blockaden und Blumen für Öcalan
In Amed kam am Mittwoch eine Gruppe von Jugendlichen und Frauen zusammen, um die Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden des KADEK Abdullah zu fordern. Sie blockierten den Verkehr. Die TeilnehmerInnen der Aktion riefen Parolen wie "Es lebe Apo", "Immer wieder Volksaufstand, unser Vorsitzender ist Apo". Nach dem eintreffen der Polizei löste sich die Gruppe auf
In Hakkari versammelten sich etwa 150 Frauen und verteilten in zwei Gruppen Blumen in den Straßen. Die Bevölkerung reagierte mit Applaus und Trillern auf die Aktion der Frauen.
Die Menge der Frauen wuchs schnell auf 300 an. Sie verteilten fast 5000 Blumen und sagten zu ihrer Aktion: "Wir verteilen Blumen und verteidigen den Frieden". *(DIHA, 5.11., ISKU)*

Einigung mit der Weltbank über Kreditstrategie
Das ausgehandelte Kreditprogramm sieht für die Jahre 2004 bis 2006 ein Gesamtvolumen von 4,5 Mrd. Dollar vor. Während die türkische Regierung sich verpflichtet, bis zum Jahresende alle verbliebenen Defizite zu bereinigen, wird voraussichtlich Mitte November das Direktorat der Weltbank die Hilfsstrategie für die Türkei beschließen. Es wird erwartet, dass von den 4,5 Mrd. $ eine vom Schatzamt als Brückenkredit, die übrigen 3,5 Mrd. $ für Programme und Projekte eingesetzt werden.
(AS, 29.10., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
II	Internationale Initiative
SZ	Süddeutsche Zeitung
MIL	Miliyet
AS	Aksam

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 131
14. November 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung des II. Kongress des KADEK

KADEK erklärt Selbstauflösung

In einer am Montag veröffentlichten Erklärung gab der KADEK seine Auflösung bekannt. Der Beschluß zur Selbstauflösung wurde einstimmig auf einer jüngst beendeten Konferenz der Organisation getroffen. Wir dokumentieren die Erklärung hier in vollem Wortlaut.

Als die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) erklärte, sie habe ihre historische Mission erfüllt und sich am 8. Kongress im April 2002 auflöste, gab der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) seine Gründung bekannt und gelobte, das Erbe des Kampfes für die Befreiung der Kurd(inn)en anzutreten. Der KADEK stellte einen wichtigen Abschnitt im Transformationsprozess der demokratischen kurdischen Bewegung dar und unternahm bedeutsame Schritte zur Lösung bestehender Konflikte durch Demokratisierung. Diese Schritte erwiesen sich jedoch als unzureichend, um den Stillstand zu überwinden, der von der tief verwurzelten Politik der herrschenden Staaten herrührt, den Kurdinnen und Kurden jegliche Rechte zu verweigern.
Die zahlreichen Aufrufe des KADEK zum Dialog blieben trotz des vierjährigen einseitigen Waffenstillstands der Guerillakräfte seit 1999 unbeantwortet. Im August 2003 stellte der KADEK eine detaillierte Roadmap als einen konkreten und praktikablen Rahmen vor, in dem die die Kurd(inn)en betreffenden Mißstände in den einzelnen Staaten zur Sprache kommen können - mit dem Ziel eines jeweils bilateralen Prozesses zwischen der Vertretung der Kurd(inn)en und den Regierungen der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens. Der KADEK rief gleichzeitig zur Koordination zwischen den bestehenden kurdischen Parteien auf. Ohne Zweifel hatte die vom KADEK eingenommene Haltung einen ermutigenden Einfluss auf den politischen Prozess, der zu rechtsstaatlichen Veränderungen der Türkei führte, einschließlich der Abschaffung der Todesstrafe und der Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache. Die Organisationsform eines Kongresses ermöglichte den Aufbau spezifischer Organisationen entsprechend der Bedürfnisse der Kurd(inn)en in den verschiedenen Ländern und förderte die Dezentralisierung durch die Möglichkeit autonomer politischer Arbeit in den entsprechenden Bereichen. Das Programm und die organisatorische Struktur des KADEK wurde jedoch den Anforderungen des politischen Kampfes für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft nicht gerecht. Reste des leninistischen Parteimodels sowie traditionelle dogmatische Denkstrukturen des Mittleren Ostens formten eine eingeengte und hierarchische Struktur, der das Einbeziehen neuer sozialer Gruppen und demokratischer Elemente nicht gelang.
Diese Mängel hatten einen nachteiligen Effekt auf das grundlegende Ziel des KADEK, einen Dialog zwischen den Schlüsselfiguren der kurdischen Frage im Mittleren Osten zu entwickeln. Bei aller Mißbilligung der anhaltenden Bestrebungen der herrschenden regionalen Staaten und einiger internationaler Kräfte, den kurdischen Befreiungskampf durch einen klaren Mißbrauch des Begriffs "Terrorismus" zu vernichten, ist sich der KADEK seiner eigenen Verantwortung für die Auflösung dieser Situation bewußt. Die substantielle demokratische Öffnung, die im Programm der Organisation zum Ausdruck kommt, spiegelte sich nur unzureichend in ihrer inneren Struktur wider. Die personelle Kontinuität in der Führungsebene begünstigte die oberflächliche Auffassung, der KADEK sei lediglich die Fortsetzung der PKK. Dies wiederum verdarb die internationale Anerkennung und beeinflußte den anvisierten Demokratisierungsprozess negativ.
Die Politik der Staaten der Region beruht weiterhin auf der Nicht-Anerkennung der kurdischen Realität. Auch wenn dies mit internationaler Unterstützung der Politik als wichtigster Grund gesehen werden muss, dass bisher keine Vereinbarung erzielt werden konnte, ist es Aufgabe der kurdischen Bewegung eigene Schritte zu unternehmen, um eine Lösung zu ermöglichen. Die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten und die allgemeinen politischen Umstände geben uns bedeutende Möglichkeiten für eine Demokratisierung und die Lösung des kurdischen Konflikts. Diese Entwicklungen können zum Vorteil des kurdischen Volkes genutzt werden, wenn dessen organisierte Kräfte den Willen verkörpern, zu einer realistischen Lösung zu gelangen.
Aus diesen Gründen wird der Kongress für Frieden und Demokratie in Kurdistan aufgelöst, um den Weg für eine neue, demokratische Organisationsstruktur frei zu machen, die eine breitere Beteiligung erlaubt. Diese neue Struktur soll die Interessen des kurdischen Volkes vertreten; gemäß internationalen Kriterien und dem Streben nach demokratischer und rechtmäßiger Artikulation dienlich in Hinblick auf das Erreichen einer friedlichen Einigung mit den herrschenden Nationalstaaten.

KADEK, Kongra Azadî u Demokrasiya Kurdistan November 2003

Tausende auf dem Weg nach Imrali

Für den 12. November haben zahlreiche demokratische Organisationen zu einer zentralen Kundgebung nach Gemlik/Bursa aufgerufen. Dort befindet sich die Ablagestelle für Überfahrten auf die Gefängnisinsel Imrali, wo Abdullah Öcalan seit Februar 1999 in Isolationshaft gefangengehalten wird. Dem Aufruf folgten tausende Menschen aus der gesamten Türkei und machten sich, überwiegend in Autobussen, auf den Weg Richtung Imrali, um dem ehemaligen Vorsitzenden von KADEK und PKK ihre Unterstützung auszudrücken und ein Ende der Isolationshaft zu fordern.
An den geplanten Endpunkt der Reise gelangte jedoch aufgrund der Intervention der türkischen Polizei die wenigsten. Dutzende Busse wurden bereits bei der Abfahrt aufgehalten; in Inegöl mussten 5.000 TeilnehmerInnen an einer Polizeikontrolle umkehren. In Bilecik stoppte die Polizei 70 Autobusse, woraufhin sich, wie auch an anderen Orten, schwere Auseinandersetzungen entwickelten. Die Polizei setzte Tränengas ein und gab Warnschüsse ab. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen.
Unterdessen reißen auch an anderen Orten die Aktionen für Apo nicht ab. In Ankara, Mardin und Nusaybin wurden über Nacht ganze Strassenzüge mit Plakaten mit dem Bild Öcalans beklebt. Desweiteren läuft, neben täglichen Kundgebungen und Straßenblockaden, auch unter breiter Beteiligung eine Kampagne “Brief an das Parlament”, um eine Verbesserung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans zu erreichen.

(DIHA, 7.-12.11., ISKU)

Meldungen

Mlitäroperation in Cudî
Am 12. Novembers wurde ein Militärkonvoi von ca. 250 Panzerfahrzeugen mit Kräften der Kasernen Tumena Sirnex, Balveren und Qerepola in Richtung Avika Masiya des Cudî Gebirges gesehen. Es wurde berichtet, dass in der Gegend eine Militäroperation begonnen habe und das Militär sich noch immer dort befindet . *(DIHA, 12.11., ISKU)*

Erster Kongress der Sozialistischen Demokratie Partei
Der Vorsitzende der SDP, Akin Birdal, betonte, bei den örtlichen Wahlen werde auf der Programmgrundlage der Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit ein breites Bündnis erreicht werden können. "Für die Türkei sei die Lösung der Weg von Frieden und Freiheit" sagte er. Akin Birdal, der als Vorsitzender bestätigt wurde, forderte in seiner Rede eine sofortige Aufhebung der beeinträchtigenden Haftbedingungen für Abdullah Öcalan.
(DIHA, 9.11., ISKU)

Todesstrafe: Türkei ratifiziert Protokoll
Die Türkei hat am Mittwoch beim Europarat in Straßburg das Protokoll zur Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten ratifiziert. Damit werde die Kapitalstrafe nun endgültig aus den Gesetzbüchern des Landes verschwinden, teilte der Europarat mit. Ankara hält sich bereits seit 1984 an ein Moratorium gegen die Todesstrafe. Von den 45 Mitgliedsländern des Staatenbundes stehe die Ratifizierung nun nur noch in Russland sowie Serbien und Montenegro aus.
(BN, 13.11., ISKU)

Teatra Jiyana Nu bei Festival in Ankara
Beim Theaterfestival in Ankara konnte die kurdische Theatergruppe Teatra Jiyana Nu des Mesopotamischen Kulturzentrums mit einem Stück "Der gefesselte Prometheus" von Aeschylos auftreten.
(DIHA, 9.11., ISKU)

Menschenrechtskommissionen arbeiten unbefriedigend
Ausgehend von der Feststellung, dass die regionalen Menschenrechtskommissionen (eingerichtet auf Provinz- und Lankreisebene), die sich aus Vertretern der regionalen Verwaltung, Polizei, Gendamerie sowie Nichtregierungsorganisationen zusammensetzen sollen, wurde seitens des Innenministeriums eine Untersuchung durchgeführt, die zur Vor-

Kurdische Intelektuelle veranstalten dreitägige Konferenz in Amed

Historisches Ereignis in Amed

Zum ersten Mal in der Geschichte trafen sich kurdische Intelektuelle aus allen Teilen Kurdistans in einer kurdischen Stadt, um einen Dialog zu entwickeln. Das Ereignis fand in der vergangenen Woche während einer Konferenz in Amed (Diyarbakir) in Nordwestkurdistan statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit de Themen kurdische Literatur und kurdische Sprache.

Die Konferenz wurde in kurdischer Sprache abgehalten und vom Bürgermeister der Stadt Amed, Feridun Celik eröffnet. 150 kurdische Intelektuelle, SchriftstellerInnen, SprachwissenschaftlerInnen etc. waren eingeladen. An der von der Ameder Stadtverwaltung organisierten Konferenz nahmen auch einige arabische und türkische Gäste teil.

Die Themen ware kurdische Literatur und Sprache. Die TeilnehmerInnen führten Seminare und Podiumsdiskussionen zu Fragen der klassischen kurdischen Literatur, zu Volkserzählungen, moderner Literatur durch und führten Diskussionen ber die Entwicklung der verschiedenen kurdischen Dialekte. Während der Konferenz wurden mehrere kurdische Dialekte - Kurmanci, Sorani, Dimliki (Zazaki) und Hawrami - benutzt.

Während des zweiten Tages der Konferenz versuchten bewaffnete türkische Polizeieinheiten in das Konferenzgebäude einzudringen. Die Veranstalter verriegelten sofort alle Türen und beriefen eine Pressekonferenz ein. Der Polizei wurde mitgeteilt, dass "ohne einen Durchsuchungsbefehl über die Leichen der Veranstalter steigen müssen, um in den Konferenzsaal zu gelangen" Die Polizei entschied sich, das Gebäude zu verlassen und wartetet vor der Tür in ihren Bussen.

Die Konferenz war unter verschiedenen Aspekten von historischer Bedeutung. Für die KurdInnen im nördlichen Kurdistan hatte die kurdische Literatur eine lange Zeit ihr Zentrum in Europa. Die Konferenz bedeutete deshalb für viele der TeilnehmerInnen den Schritt zurück nach Nordkurdistan mit Amed als Zentrum der regionalen kurdischen Literatur. Und es war das erste Mal, dass SchriftstellerInnen, SprachwissenschaftlerInnen und andere Intelektuelle aus allen Teilen Kurdistans in Amed zusammenkamen. Während der drei Tage der Konferenz entwickelten die TeilnehmerInnen eine Dialog, der die Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen stärkte und sie einer politischen Kooperation näher brachte.

Die Konferenz wurde mit einer Pressekonferenz beendet, die von TeilnehmerInnen aus jedem Teil Kurdistans bestritten wurde: Beram Weledbegi (Ostkurdistan), Sefik Beyaz (Nordkurdistan), Nezîre Ehmed (Südkurdistan) und Deham Evdilfetah (Südwestkurdistan). Für die VeranstalterInnen war das unter einem symbolischen Aspekt von Bedeutung.Während der Pressekonferenz gab die Stadtverwaltung von Amed bekannt, dass sie die 28 Vorträge, die während der Konferenz gehalten wurden in gedruckter Form veröffentlichen wird.

Nach der Konferenz wurden die TeilnehmerInnen von der dortigen Stadtverwaltung nach Batman eingeladen. Dort besuchten die TeilnehmerInnen die erste Privatschule, die kurdische Sprache unterrichten wird. Die TeilnehmerInnen konnte jedoch keinen Unterricht besuchen. Aydin Unesi, der die Eröffnung der Schule am 17. April diesen Jahres beantragt hatte, hat bisher erst die Genehmigung der örtlichen Behörden erhalten. Gegenüber der Nachrichtenagentur AFP sagte er: "Wir sind zu 100% fertig. Die örtliche Bildugsbehörde in Batman hat unseren Antrag bestätigt, aber wir warten noch immer auf eine Antwort aus Ankara."

An der Konferenz nahmen neben den TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Teilen Kurdistans auch 14 Personen aus Europa teil, darunter vierzehn aus Schweden und drei aus Deutschland.

(KM, 11.11., ISKU)

Anklage gegen TIHV

Gegen die Menschenrechts-Stiftung der Türkei, TIHV, begann am 12. November vor der 15. Kammer des Justizgerichts in Ankara ein Prozess mit der Begründung:

- die Stiftung habe übers Internet zu Spenden aufgerufen... (es geht hierbei um Gelder für die Behandlung von Hungerstreikenden, die von Individuen erbeten wurden)
- die Stiftung habe im Dokumentationszentrum einen Bericht zur Lage in den Gefängnissen in der Türkei erstellt, diesen Bericht ins Englische übersetzt und auf internationaler Ebene verteilt; es habe ein in Ankara Treffen mit der UN Berichterstatterin zu "Verschwundenen", Asma Cihangir, gegeben; dabei sei ihr eine Sonderakte zu "Verschwundenen" und "aussergerichtlichen Hinrichtungen" übergeben worden; dem Türkeiberichterstatter im Europaparlament, Hannas Swoboda, sei in Ankara ein Bericht zu den Gefängnissen vom Typ E und der Operation vom 19.12.2000 übergeben worden; mit dem Menschenrechtskommissar des Europarates habe es in Ankara ein Treffen gegeben, bei dem ein Bericht "Evaluation von 9 Monaten und Erzwungene Migration" u.ä. übergeben worden sei...

Damit soll die TIHV gegen das Gesetz Nr. 2860 zum Sammeln von Spenden (und entsprechende Satzungen) und der Satzung zur Gründung von Stiftungen nach dem Türkischen Zivilgesetz verstoßen haben.

Die Klägerpartei wurde aufgefordert, den Vorwurf des illegalen Spendensammelns zu konkretisieren. Um den Vorwurf der unerlaubten Zusammenarbeit durch weitere Dokumente zu erhärten, erhielt die Klägerseite eine Frist von 20 Tagen.

An der Verhandlung nahmen als Beobachter Botschaftsvertreter aus Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden, Deutschland, Irland, Grossbritannien und Italien teil. Außerdem erschienen Vertreter des schwedischen Roten Kreuzes, des Menschenrechtskomitees der Norwegischen Anwaltskammer, des Internationalen Zentrums für die Rehabilitation von Folteropfern, des Europäischen Netzwerks für die Menschenrechte im Mittelmeerraum, eine Türkeibeauftragte von amnesty international sowie das Demokratische Türkeiforum. Das Verfahren wurde auf den 20. Januar 2004 vertagt. *(DIHA/DTF, 9.11., ISKU)*

Proteste gegen Hochschulaufsicht YÖK

Bei landesweiten Proteste von Studenten anläßlich des Jahrestages der Gründung der Hochschulaufsichtsbehörde YÖK kam es in verschiedenen Städten zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Dersim, Ankara und Izmir wurden die Kundgebung von der Polizei angegriffen. Es gab viele Verletzte und Festnahmen. In Izmir wurde von einem Filmteam dokumentiert, wie junge Leute brutal von Polizisten zusammengeschlagen wurden. Gegen die Polizeibeamten seien Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, hieß es später vom Innenministerium. Auch in Ankara legte der IHD Fotodokumente von brutalen Übergriffen der Polizei vor.

Mit einer landesweiten Unterschriftenaktion fordert die Lehrergewerkschaft Egitim Sen eine Reform der obersten Hochschulverwaltung, die als Haupthindernis für die wissenschaftliche Entwicklung charakterisiert wird, sowie eine Verbesserung der Hochschulzugangsbedingungen für Absolventen berufsbildender Oberschulen.

(DIHA, 6.-12.11.
YS, 9.11.03, ISKU)

bereitung einer neuen Durchführungsverordnung dienen soll. Als Ergebnis zeigt sich, dass insbesondere die Präsenz von Polizei und Gendamerie als einschüchternd bewertet wird. Menschenrechtsorganisationen und befragte Personen hätten gefordert, dass der Anteil der "Zivilisten" gesteigert und Verfahren mit einem Zeitlimit von 30 Tagen versehen werden müßte.

(YS, 6.11., ISKU)

Kritik an Parlamentskommission

Nachdem die Menschenrechtskomission des Türkischen Parlaments im Gefängnis Buca keine Folter festgestellt hatte, kritisierte Rechtsanwalt Erken der Anwaltskammer Izmir (Kommission Verhinderung von Folter) und der Vorsitzende der Ärztekammer Izmir, Sürenkök, die Parlamentarier. Nach ihren Erkenntnissen gab es in dem Gefängnis Buca massive Misshandlungen an Kindern, worauf hin die Absetzung des Gefängnisdirektors gefordert wurde.

(DIHA, 11.11., ISKU)

Ärzte streikten für einen Tag

Mit einer landesweiten Arbeitsniederlegung forderten Ärzte bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen und protestierten gegen die schlechte Finanzausstattung des Gesundheitswesens. Während des Streiks, der in vielen Städten des Landes befolgt wurde, waren lediglich Ambulanzen und Notfallstationen besetzt. Die Regierung verwahrte sich gegen den Streik und kündigte Disziplinarmaßnahmen gegen beteiligte Ärzte an, soweit sie sich im Öffentlichen Dienst befänden. Sowohl der Gesundheitsminister als auch der Ministerpräsident charakterisierten die Maßnahme als politische. Die Gehälter im Gesundheitswesen seien tatsächlich zu niedrig, jedoch benötige man für eine Verbesserung Zeit.

(AS, 6.11., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DTF	Demokratisches Türkeiforum e.V.
KM	kurdishmedia.com
YS	Yeni Safak
AS	Aksam
BN	Bremer Nachrichten

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 132
21. November 2003

Nûçe

....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Das kurdische Volk begrüßt KONGRA-GEL mit anhaltenden Aktionen

Kurdischer Volkskongress gegründet

Der Volkskongress Kurdistans (Kongra Gel) gab der Welt am 15. November 2003 seine Gründung bekannt. Der Vorsitzende des Volkskongresses Zübeyir Aydar sagte auf der Pressekonferenz in den Bergen von Kandil in Südkurdistan, dass sein dringendstes Ziel sei, das kurdische Problem mit den betreffenden Ländern politisch zu lösen.

Die Pressekonferenz wurde von dem arabischen Fernsehsender Al Jazeera live übertragen, viele Pressevertreter/innen aus der ganzen Welt nahmen teil. Neben Aydar nahmen die Vizepräsident(inn)en Remzi Kartal, Rengin Muhamed und die Mitglieder des Exekutivrats, Nülifer Koc und Jiyan Deniz an der Konferenz teil.

Nachdem Aydar die Pläne und Ziele des Volkskongresses erklärt hatte, antwortete er auf die Fragen der Journalist(inn)en. Er sagte, dass man die Pressekonferenz auch in Europa oder in einer Stadt im Irak hätte abhalten können. Sie wird jedoch in den Bergen abgehalten, um den Blick auf die Probleme des kurdischen Volkes zu lenken. Die neue Situation habe eine umfangreiche Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern des Status Quo und denjenigen, die für eine Veränderung auftreten, ausgelöst. Das Ziel des Volkskongresses sei, die militärischen Auseinandersetzungen zu beenden und einen politischen Kampf zu führen. Ob dies möglich sei, liege jedoch in erster Linie an der Türkei, aber auch am Iran und Syrien. Aydar wörtlich: „Es ist ein historischer Neubeginn.“

Nach der Auflösung des Freiheits- und Demokratie Kongresses (KADEK) am 26. Oktober fand der Gründungskongress des Volkskongresses zwischen dem 27. Oktober und dem 6. November in den Kandilbergen statt, an dem 360 Delegierte aus vielen Ländern teilnahmen. Unter dem Vorsitz von Aydar wurden 41 Personen in den Exekutivrat gewählt, in den Disziplinarausschuß wurden 11 Personen gewählt.

Abdullah Öcalan wurde im Volkskongress zur Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes ernannt. Unter den Vizepräsident(inn)en des Kongresses befinden sich Remzi Kartal, Abdullah Hicap, Mizgin Sen, Riza Altun, Rengin Muhamed und Osman Öcalan.

Zuerst politische Lösung

Während er auf die Fragen der Journalist(inn)en antwortete, betonte Aydar immer wieder die Wichtigkeit der politischen Lösung und sagte, dass sie in allen Ländern, die Kurdistan unter sich aufteilen, dafür kämpfen werden. Die Volksverteidigungskräfte (HPG) seien autonom, aber stünden unter dem politischen Willen des Volkskongresses. Auf die Frage eines französischen Journalisten erklärte Aydar: „Unser Ziel ist es den bewaffneten Kampf einzustellen, aber dafür muss die Türkei politische Schritte unternehmen und uns eine legale politische Möglichkeit anbieten.“ Die Beendigung des bewaffneten Kampfes hänge von der Haltung der regionalen Kräfte ab. Die Türkei müsse die Appelle des Kongresses ernst nehmen. „Solange sie uns nicht mit dem Ziel angreifen uns zu vernichten, wird es unsererseits keinen Angriff geben.“

Warnung vor Eingriffen von außen

Auf die Frage eines Journalisten: „Gibt es einen Vermittlungsversuch seitens der USA?“ antwortete Aydar: „Wir wünschen uns, dass die USA eine diplomatische Vermittlung unternimmt.“ Daraufhin wurde entgegnet, dass ein Abkommen zwischen der Türkei und den USA getroffen worden sei, die Guerilla zu entwaffnen. Auf diese Frage antwortete Aydar, die USA hätten diesbezüglich keinerlei Bemühungen unternommen. Die USA sollten Druck auf die Türkei statt auf die kurdische Bewegung ausüben.

Die Freiheit Öcalans ist die Freiheit der Kurden

Aydar erklärte, der Volkskongress Kurdistans habe Abdullah Öcalan zur Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes erklärt und seine Freiheit hänge von der politischen Lösung der kurdischen Frage ab. „Wir werden alles für die Freiheit Öcalans unternehmen.“ Auf die Frage nach der Zukunft Öcalans erklärte er, wenn in der Türkei die Möglichkeit einer freien politischen Betätigung erreicht werde, würde sich diese Möglichkeit auch für Herrn Öcalan eröffnen.

Aydar wurde auch mit Fragen zur KDP und PUK konfrontiert und antwortete, dass er mit dem Vorsitzenden der KDP, Mesut Barzani, und dem PUK-Vorsitzenden Celal Talabani selbst mehrfach gesprochen habe. Die Beziehungen seien gut, aber im Namen des Volkskongresses habe es noch keine offiziellen Gespräche gegeben. „Wir wollen einen Dialog mit der KDP, der PUK und anderen kurdischen Organisationen. Wir sind in jedem Fall zu einem Dialog mit diesen Kräften bereit. Wir sind alle Kurden und wollen eine Zusammenarbeit“, betonte er.

Großkundgebung in Amed

Die Demokratische Volkspartei, DEHAP, organisierte am 17. November in der Stadt Amed auf dem Bahnhofsplatz eine Kundgebung unter dem Motto: "Gib auch du eine Stimme dem Frieden." Zehntausende beteiligten sich.

Die Kundgebung begann mit einer Schweigeminute für diejenigen, die ihr Leben im Kampf für die Demokratie gelassen haben. Der Vorsitzende der DEHAP der Stadt Amed, Firat Anli, sprach auf der Kundgebung und sagte, dass es wichtig sei, die Isolation gegen den Ehrenvorsitzenden des Volkskongresses Abdullah Öcalan aufzuheben. Anli fuhr fort: "Auf dieser Erde werden wir den Frieden blühen lassen. Jeden Monat werden wir in den Straßen und Häusern von Amed arbeiten um den Frieden zu schaffen. Heute werden wir wieder unseren Willen zum Frieden zum Ausdruck bringen. Diejenigen, die die Stimme des Friedens nicht hören und sehen, werden sie heute in Amed finden."

"Die Auflösung des KADEK ist richtig"

Der stellvertretende Vorsitzende der DEHAP, Kemal Pekoz, sagte über die Auflösung des KADEK: "Seit 20 Jahren leben wir in der Türkei mit den Auseinandersetzungen zwischen zwei Seiten, eine davon war der KADEK. Mit seiner Auflösung hat der KADEK sich dafür entschieden, eine neue Zukunft beginnen zu lassen. Wie sie sagen, fiel die Entscheidung für die Auflösung, um die politische Lösung voranzubringen und das kurdische Volk seinen eigenen Willen zum Ausdruck bringen zu lassen. Wir finden diese Entscheidung richtig und warten darauf, wie die Türkei sich äußern wird, wie sie diese Entscheidung bewerten wird.

Als Jugendliche Transparente entrollen wollten, kam es zu Gerangel mit der Polizei. Kurz danach ging das Gerangel in Auseinandersetzungen über. Die Menschen ließen es nicht zu, dass die Jugendlichen festgenommen wurden. Daher antworteten sie mit Stöcken und Steinen. Bei den Auseinandersetzungen wurden drei Polizisten und drei Jugendliche leicht verletzt. Nach Ende der Kundgebung kam es zu weiteren Polizeiangriffen mit zahlreichen Verletzten und Festnahmen, als Tausende eine Demonstration durchführen wollten.

(ÖP, 16.11., RO, 17.11., ISKU)

Meldungen

Jugendliche besetzen das Gericht von Istanbul

Jugendliche, die sich “Jugendinitiative für den Frieden” nennen, haben am Dienstag um 11 Uhr das Gerichtsgebäude in Edliye besetzt. Im dritten Stock entrollten sie ein Transparent mit der Aufschrift: "Für die kurdische Frage eine demokratische Lösung, Imrali soll geschlossen werden." Ca. 25 Jugendliche riefen: "Schluss mit der Isolation, Freiheit für Öcalan", "Für die Geschwisterlichkeit der Völker", "AKP, mach keinen Fehler, unsere Geduld ist bald am Ende".

Die Aktion dauerte etwa eine halbe Stunde an, bis sie durch das Eingreifen der Polizei beendet wurde. Alle Jugendlichen wurden festgenommen.

(DIHA, 18.11., ISKU)

IHD verurteilt Bombenanschläge

Die Zentrale des Menschenrechtsvereins (IHD) verurteilt die Anschläge in Istanbul als einen Angriff auf die Menschenrechte. Die Anschläge wurden auch von der DEHAP, dem kurdischen Arbeitgeberverband (KARSAZ) in Frankfurt und weiteren Organisationen wie der Dev Maden Sen (Gewerkschaft) verurteilt. Auch im Rahmen der verschiedenen Kundgebungen und Aktionen zur Unterstützung Abdullah Öcalans und für die uneingeschränkte Zulassung kurdischer Namen wurden von den RednerInnen die Anschläge scharf verurteilt.

Mahir Kaynak, ein pensionierter leitender Mitarbeiter des türkischen Geheimdienst äußerte gegenüber der türkischen Presse, die Anschläge seien die Arbeit von Geheimdienstorganisationen.

(DIHA, 15.11., RO, 16.11., ISKU)

IHD: Wo sind die ums Leben gekommenen KADEK-Mitglieder?

Der Vorsitzende des IHD Bingöl stellte Anfragen an das Innen- und Justizministerium sowie an die Kommission für Menschenrechte des Parlaments, in denen der IHD Auskunft verlangt über den Verbleib gestorbener und verletzter KADEK-Mitglieder nach einem Gefecht zwischen KADEK und der türkischen Armee im Kreis Adaklis/Bingöl.

(DIHA, 16.11., ISKU)

13 Isolationshaftgegner in Galatasaray festgenommen

STENBOL(Istanbul)- Mitglieder zivilgesellschaftlicher und demokratischer Organisationen haben sich vor dem Galatasaray-Postamt versammelt und die Aufhebung

Kritik an Haltung der Regierung - Ausweitung der Proteste angekündigt

Wieder Anwaltsbesuch bei Öcalan

Um gegen seine Isolationshaft zu protestieren, verweigerte der Ehrenvorsitzende des Kongra-Gel, Abdullah Öcalan, sieben Wochen lang die Besuche seiner AnwältInnen. Zuvor waren die Anwaltsbesuche und auch Besuche seiner Angehörigen von den Behörden mit offensichtlich vorgeschobenen Begründungen immer wieder verhindert worden. Nach 7 Wochen hat Abdullah Öcalan am 19.11. wieder Besuch von seinen AnwältInnen erhalten und diesen gegenüber an die türkische Regierung gerichtete Stellungnahmen abgegeben. Zu seinen Protesten gegen die Haftbedingungen und die andauernde Isolation bemerkte er dabei: "Wenn die Regierung meinen Protest nicht ernst nimmt, werde ich stärkere Maßnahmen ergreifen."

Die AnwältInnen des Asrin Hukuk Bürosu, das Öcalans juristische Vertretung übernommen hat, konnten unter Aufsicht eine Stunde lang mit Öcalan sprechen. Nach dem Besuch gaben Irfan Dündar, Aysel Tugluk, Bekier Kaya und Mehmut Sakar eine Pressekonferenz auf dem Schiff, das BesucherInnen zur Gefängnisinsel Imrali transportiert. Irfan Dündar berichtete dabei vor allem von den gesundheitlichen Problemen, mit denen Abdullah Öcalan auf Grund seiner Haftbedingungen konfrontiert ist. Seine Entzündungen im Halsbereich seien weiter fortgeschritten, außerdem hätte er Schwierigkeiten, seine Augen zu öffnen. Seit 7 Wochen habe trotz der zunehmenden gesundheitlichen Probleme keine ärztliche Untersuchung stattgefunden, so Dündar.

Öcalan wandte sich über seine AnwältInnen an die türkische Regierung und betonte dabei, dass er den Protest gegen seine Haftbedingungen fortsetzen und gegebenenfalls ausweiten werde: "Mein Protest hat keine Veränderung bewirkt. Wenn die Regierung keine Schritte zur Lösung unternimmt und meinen Protest nicht ernst nimmt, werde ich stärkere Maßnahmen ergreifen. Mein Protest dient dem Frieden und der Demokratie, das darf nicht falsch verstanden werden. Die Regierung sollte ihre Schritte zur Lösung der kurdischen Frage genau überdenken. Ich glaube an mich. Ich habe schon die Ecevit-Regierung gewarnt; als diese Warnungen nicht ernst genommen wurden, ist sie gestürzt. Das selbe könnte auch der AKP-Regierung passieren. Wenn sie nicht wichtige Schritte zur Lösung unternimmt, steht ihr das gleiche Schicksal bevor."

Irfan Dündar betonte in seiner Wiedergabe des Gesprächs mit Abdullah Öcalan auch, dass dieser die Gründung des Kurdischen Volkskongresses begrüßt habe. Der Presse gegenüber sagte er, dass die Gründung des Kongra-Gel von Abdullah Öcalan als demokratischer Schritt angesehen und begrüßt wird: "Alle Kurdinnen und Kurden können an diesem Kongress teilhaben und sich unter seinem Dach vereinen. Diese Art der Demokratie übertrifft die europäische. Im Mittleren Osten wird sie eine neue Entwicklung einleiten. Mit diesen Worten wünsche ich euch viel Erfolg."

(DIHA, 20.11., ISKU)

Nach Rückkehr ins Dorf erneut vertrieben

Nach der Rückkehr in ihr Dorf Pagenk/Yüksekova wurden die Bewohner erneut, trotz der Erlaubnis vom Landratsamt, vertrieben.
Im April diesen Jahres waren die Familien mit Genehmigung des Landratsamts in ihr 1993 geräumtes Dorf mit 25 Häusern an der iranischen Grenze zurückgekehrt. Am 10. November kamen Soldaten von der Gendarmeriestation in Yüksekova und teilten ihnen mit, dass sie das Dorf in zwei Tagen wegen der Unterstützung des KADEK räumen müssen. Am 12. November haben die Dorfbewohner mit gemieteten LKW´s das Dorf verlassen und sich zunächst in Yüksekova niedergelassen.
Dass sie wieder ihr Dorf verlassen mussten, kam durch eine falsche Information der Dorfschützer des Dorfes Civar, sagten die Dorfbewohner. "Unser Dorf ist 1993 mit der Angabe, es sei zu unserer Sicherheit, geräumt worden. Im Frühling dieses Jahres sind wir mit großer Freude zurück in unser Dorf. Wir haben viel in den Wiederaufbau investiert. Jetzt mussten wir aufgrund der Behauptung, wir hätten die Guerilla unterstützt, wieder unsere Häuser räumen. Wenn das so einfach ist kann keiner mehr in sein Dorf zurückkehren. Das Dorfschützersystem muss aufgehoben werden, sonst wird es immer ein Hin und Her geben." *(DIHA, 15.11., ISKU)*

Menschenrechtsbericht des IHD Istanbul

Der vorgestellte Bericht umfasst den Zeitraum von August bis Oktober 2003.

Festnahmen
Festgenommene Frauen *508*
Festgenommene Männer *1119*
Festgenommene Kinder *117*
Zusammen *1744 Personen*

Gefängnisse
Verhaftungen 76
Strafaufhebung von Inhaftierten *9*
Gefangene, die sich an den IHD gewendet haben *26*
Meldungen über schlechte Behandlung in den Gefängnissen *3*

Folterungen, Misshandlungen und Gewaltanwendungen
Personen die sich an unseren Verein gewendet haben *78*
Gefolterte Frauen *32*
Gefolterte Männer *39*
Gefolterte Kinder *7*
Personen, die Ihre erlittene Folter in den Medien veröffentlicht haben *2*

Verschwindenlassen
Dem Verein gemeldete Verschwundene *7*

Recht auf Leben
Tote durch Schüsse der Polizei *1*
Verletzte durch Schüsse der Polizei *3*
Tote durch Angriffe von unbekannten Tätern *13*
Verletzte Sicherheitsbeamte durch Angriffe *1*
Verletzte durch Angriffe *14*
Selbstanzündung als Protest *1*
Tote durch Arbeitsunfälle *3*
Verletzte durch Arbeitsunfälle *6*

Verletzung des Presserechts und der Meinungsfreiheit
Beschlagnahmte Bücher *2*
Beschlagnahmte Zeitungen und Zeitschriften *23*
Schließung von Kultureinrichtungen *1*
Schließung von Zeitungen und Zeitschriften 1
Herausgabe-Verbot der Zeitschriften in Tagen 15
Behinderungen von Internet-Seiten 2
Angriffe auf Pressemitarbeiter 8
Verbotene Plakate 2
Behinderung von Versammlungen 2
Gefängnisstrafen wegen Meinungsfreiheit 31 Jahre 11 Monate
Geldstrafen wegen Meinungsfreiheit 1 Jahr 8 Mon. und 15 Mrd TL
Kurdische Namensfrage 3

Soziale und ökonomische Rechte
Personen die sich an den IHD gewandt haben 15

Beschneidung der Reisefreiheit außerhalb der Grenzen
Personen die sich an den IHD gewandt haben 16
Getötete Flüchtlinge 23

Bombenanschläge
Anschläge auf Firmen, Banken, Fahrzeuge, Parteibüros 7

(DIHA, 14./17.11., ISKU)

der Isolation des Ehrenvorsitzenden des KONGRA-GEL Abdullah Öcalan protestiert. Schon vor Ende der Erklärung intervenierte die Polizei auf der Kundgebung. Dabei wurden 10 Frauen festgenommen, drei weitere Personen, die sich ebenfalls dort aufhielten, wurden festgenommen, als sie gegen die Festnahmen protestierten. *(DIHA, 19.11., ISKU)*

Gedenkveranstaltung für Fatos (Sema) Saglamgoz in London
Für Fatos (Sema) Saglamgoz, die sich für die Aufhebung der Isolation der Führung des Volkskongresses Abdullah Öcalan selbst verbrannt hat, fand eine Gedenkveranstaltung statt. Auf der Veranstaltung, die von der Partei der Freien Frau (PJA) veranstaltet wurde, wurden die Briefe, die Fatos (Sema) Saglamgoz hinterlassen hatte, verlesen. Es wurde über die Rolle der Aktion von Fatos (Sema) Saglamgoz gesprochen und betont, wie wichtig es sei, dass die kurdischen Frauen die Aufgabe, die Fatos Saglamgoz formuliert hat ernst nehmen.
(RO, 17.11., ISKU)

Kurdisch-Verbote in Syrien nehmen zu
Vom Baath-Regime (Syrien) wurden Drucker kurdischer Bücher zu 5 Jahren Haft verurteilt. Der kurdische Schriftsteller Pir Rüstem lässt sein letztes Buch jetzt in der Türkei beim Aram - Verlag drucken.
(DIHA, 16.11., ISKU)

Bombenanschlag auf Militärstützpunkt in Dersim
Gegen die zentrale Kaserne Sehît Nahît Bulut von Dersim wurde ein Bombenanschlag verübt. Bei dem Anschlag wurden ein Polizist und ein Wachmann der Kaserne schwer verletzt. Bei einem Einsatz nach dem Angriff wurden 25 Personen festgenommen. Bis jetzt ist nicht bekannt, wohin die Festgenommenen gebracht wurden.
(DIHA, 13.11., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
RO	Rojev

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 133
28. November 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Beisetzung der Gefallenen wurde zur Demonstration für den Frieden

Schwere Gefechte in Kurdistan

In den vergangenen Tagen erreichten die militärichen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Volksverteidigungskräften (HPG) einen neuen Höhepunkt. Mehr als 20 Menschen starben bei Operationen der türkischen Armee, die sich vor allem auf die Gebiete Bingöl und Dersim konzentrierten.
Bei einem Gefecht in der Gegend um Kaniyares in Bingöl, dass vom 18. bis zum Mittag des 20. November andauerte, starben 12 HPG-Guerillas, 5 Soldaten, ein Offizier und ein Dorfschützer. Wie nach dem Gefecht bekannt wurde, wurden zwei weitere Guerillas, die bei den Auseinandersetzungen verletzt wurden und in Gefangenschaft gerieten, später von der türkischen Armee hingerichtet. Die beiden ermordeten Gefangen und die zwölf anderen gefallen Guerillas wurden von der Armee auf dem Friedhof von Kaniyares begraben, ohne dass ihre Identität bekannt geben wurde. Ihre Gräber wurden von der Armee lediglich mit Nummern versehen.
Nach Berichten aus der Region verstärkt die Armee weiter ihre Präsenz in Kurdistan und fährt mit ihren Operationen fort. Am 21. November wurde ein Konvoi von mehr als hundert Militärfahrzeugen auf dem Weg nach Dersim gesichtet, auch in Kaniyares wurden die militärischen Befestigungen verstärkt.

Am 23. November kam es im Gebiet Ordu zu Gefechten, als Guerilla-Angehörige in der Nacht von Soldaten umstellt wurden. 3 Guerillas starben bei den Auseinandersetzungen. Unter ihnen ist Hasan Ertrugul der mittlerweile unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in seinem Heimatort Turusmek in Dersim beerdigt.
Die Familie von Hasan Ertugrul brachte die Leiche gestern von Ordu in das Zentrum von Dersim Pulumur. Dort empfing ihn eine große Menschenmenge. Am nächsten Morgen wurde die Leiche des HPG Guerillas mit einem Autokonvoi und cirka 2000 Menschen zum Dorf Turusmek gebracht. 45 Minuten lang wurden Parolen gerufen, wie "Kurdistan wird das Grab des Faschismus werden", "Es lebe Apo", und, "TC (Türkische Regierung) mach keinen Fehler, sonst gehen wir in die Berge" und "Rache" gerufen.
Unter den Augen eines großen militärischen Sicherheitsaufgebotes wurde der Leichnam mit den traditionellen Glaubensriten und der Parole: "Die Gefallenen sind unsterblich" beerdigt.

In Hatay fand am 12 November eine Militäroperation statt, bei der das Mitglied der Volksverteidigungskräfte Mehmet Kaçar 'Mêrxas' sein Leben verlor.
Seine Familie holte seinen Leichnam, um ihn in Silvan zu beerdigen. In Diyarbakir wurden sie von einer Menschenmenge mit Vertretern der DEHAP, Özgür Parti und zivilgesellschaftlichen Organisationen empfangen. Der Sarg wurde mit gelb-grün-roten Tüchern geschmückt und in einen Konvoi mit über 60 Autos zu dem Heimatort der Familie nach Saglik in Silvan begleitet.
In einem Demonstrationszug von über 2000 Menschen wurde der Sarg 2 km zum Friedhof getragen. Dabei wurden Parolen gerufen: "Die Gefallenen sind unsterblich", "TC (Türkische Regierung) mach keinen Fehler - sonst gehen wir in die Berge", "Unsere Berge sind unser Stolz".
Die Mutter Sabrîye Kaçar sagte bei der Beerdigung, ihr Sohn sei für die Freiheit seines Volkes und die Geschwisterlichkeit der Völker gefallen. Sie sei sehr traurig über den Tod, aber dass das Volk auch jetzt ihren Sohn nicht alleine lässt, erfülle sie mit Stolz. Sie appellierte an die Regierung die Militäroperationen zu beenden und endlich das Problem auf andere Weise zu lösen. Es sollen nicht noch mehr sterben.
Der stellvertretende DEHAP Vorsitzende Ali Ürküt sagte in seiner Rede: wieder gäbe es einen neuen Gefallenen für die Demokratie. In 15 Jahren Krieg seien Tausende Menschen gestorben. In den letzten 5 Jahren hätte sich eine friedliche Atmosphäre entwickelt, die aber von einigen Kräften nicht gewollt sei. In der letzten Woche seien 15 Menschen bei den Militäroperationen gestorben. Dabei gäbe es zur Zeit neue und gute Entwicklungen. Der KADEK habe sich aufgelöst und der Kongra Gel habe sich gegründet. Dies wäre ein bedeutsamer Schritt, der hoffentlich Bewegung auslöse. Die Regierung habe aber bisher nicht reagiert. Er hoffe, dass die Regierung diese Möglichkeit nutzen und eine Lösung entwickeln wird. Mit Gewalt könne man dieses Problem nicht lösen sondern nur mit Frieden. Die Regierung zeige mit den Militäroperationen, dass sie dieses nicht wollen. Der eingeschlagenen Weg der türkischen Regierung führe in eine Sackgasse.
Die letzten Tage seien schwere Tage. Die falsche Politik der Regierung zeige heute ihr Resultat in den Ereignissen in Istanbul. Die gestern gegen die Bevölkerung von Diyarbakir, Silvan und Batman eingesetzte Hizbullah wird heute in anderer Form benutzt. Istanbul sei hier ein Beispiel.
Die Bevölkerung will Frieden und Demokratie für die ganze Türkei. Hass und Abscheu muss in Liebe und Frieden umgewandelt werden. Dies erfordere Geduld. Alle müssen gewonnen werden, die auf der Seite von Frieden und Freiheit sind. Das vereinte kurdische Volk wird die Türkei demokratisieren.
(DIHA, 20.-25.11., ISKU)



Mehr als 2000 Menschen begleiten den Sarg von Heval Merxas (Mehmet Kacar) zum Friedhof von Saglik **Foto: DIHA**

Meldungen

Aktionen für Öcalan
In Mersîn wurden zwei Personen festgenommen, als in den Stadtteilen Çay, Çîlek, Gunes, Gundogdu und Yenîpazar Poster Abdullah Öcalans entrollt wurden. Auch in Adana machten Kinder eine Demonstration für die Aufhebung der Isolation gegen Öcalan. Bei der Demonstration im Stadtteil Karasu riefen die Kinder Parolen wie: "Kurdisches Volk schlaf nicht, kümmere dich um den Vorsitzenden." *(DIHA, 26.11., ISKU)*

PRD und PJA Gefangene boykottieren offenen Besuch an den Bayram-Feiertagen
Aus Protest gegen die Haftbedingungen für Abdullah Öcalan werden die Inhaftierten der PRD (Partiya Rizgariya Demokratik - neugegründete Mitgliedspartei des KONGRA-GEL in der Türkei) und PJA nicht die Besuche an den Feiertagen empfangen.
In der von den Gefangenen veröffentlichten Erklärung betonten sie, dass der Hungerstreik von Zehnergruppen in allen Gefängnissen fortgeführt wird.
In der Zeit vom 27. - 30. November werden alle Gefangenen der PRD und PJA einen Hungerstreik durchführen.
(DIHA, 24.11., ISKU)

"Es lebe Newroz"-Parole kostet 1 Mrd. 70 Mio. TL Strafe
Gegen die Leitung des Vorbereitungskomitees des Newroz-Fest 2003 in Karakoçan im Kreis Elazig wurde wegen der Parolen "Es lebe Newroz" und "Es lebe die DEHAP" gegen jeden der 7 Angeklagten eine Strafe von 1 Mrd. 70 Mio. TL (627 Euro) verhängt. Der Verteidiger sagte, das Urteil entspreche nicht den Kriterien der Angleichung an den EU- Standard.
(DIHA, 24.11., ISKU)

Anklage wegen Opposition gegen Truppenentsendung
In Van wurden 23 Personen, darunter der DEHAP-Vorsitzende und der Vorsitzende der Özgür Partisi in Van, sowie der Leiter des Van-Kulturzentrums wegen Verstoß gegen § 2911 (oppositionelle Aktivitäten), angeklagt. Sie hatten eine Demonstration durchgeführt, um die Entsendung von Truppen in den Irak zu verhindern. Die erste Verhandlung wurde vertagt.
(DIHA, 21.11., ISKU)

3 Monate wegen unerlaubter Ansprache
Nachdem Ferhat Tunc wegen seiner Ansprache während des Kulturfestivals in Dogubeyazit festgenommen worden war, wurde er jetzt wegen einer Ansprache ohne

Jahrestage im November: Vor 25 Jahren wurde die PKK gegründet, vor 10 Jahren wurde sie in der BRD verboten

25 Jahre PKK: Feiern und Prozesse

Vor 25 Jahren begann im Dorf Fîs in Nordwestkurdistan ein Kapitel der kurdischen Geschichte, dass zu tiefgreifenden und noch immer andauernden Veränderungen in der kurdischen Gesllschaft geführt hat und dessen Auswirkungen im gesamten Mittleren Osten, aber auch in Europa und im Rest der Welt zu spüren sind. Mit der Gründung der PKK am 27. November 1978 schufen sich die KurdInnen zum ersten Mal eine Organisation, die in der Lage war, ihre Interessen langfristig und tiefgreifend zu verwirklichen und den Assimilierungs- und Vernichtungsversuchen der verschiedenen Mächte, die im Laufe der Jahrhunderte über Kurdistan herrschten, eine organisierte Kraft entgegenzusetzen. In historisch sehr kurzer Zeit wurde die Arbeiterpartei Kurdistans zur Volksbewegung, zur einzigen relevanten Vertreterin des kurdischen Volkes sowohl gegenüber den regionalen Mächten wie auch im internationalen Rahmen.

Die PKK ist mittlerweile selbst Geschichte. Nach Jahren des bewaffneten Kampfes gegen die türkische Armee, nach der Entführung ihres Gründers und Vorsitzenden Abdullah Öcalan durch internationale Geheimdienste und vor dem Hintergrund einer veränderten Weltlage mit völlig neuen Kräftekonstellationen hat sie im Jahr 2002 ihre historische Mission für beendet erklärt und einen Transformationsprozess begonnen, um als moderne Bewegung den Wunsch der Menschen nach Frieden, Demokratie und Freiheit vertreten zu können. Ausdruck dieses Wandlungsprozesses ist nun, nach dem KADEK, der KONGRA- GEL, der kurdische Volkskongress.

25 Jahre nach ihrer Gründung und 1 1/2 Jahre nach ihrer Selbstauflösung ist die PKK also nicht von der Bildfläche verschwunden. Das von ihr geschaffene neue Selbstbewußtsein des kurdischen Volkes, der Aufbruch der kurdischen Frauen aus den Zwängen der patriarchalen, halb-feudalen Gesellschaft und der stark verankerte Wille zur demokratischen Veränderung sind entscheidende Faktoren in der aktuellen und zukünftigen Entwicklung der Türkei, aber auch des Irak, Irans und Syriens. Auf der anderen Seite ruft der Name PKK noch immer Angst und Hass bei denen hervor, die Frieden und Demokratie fürchten, auch wenn sie diese Begriffe ständig im Munde führen. Die wieder zunehmenden militärischen Angriffe der türkischen Armee sind ein Zeignis davon, aber auch die anhaltende Verfolgung politisch aktiver KurdInnen in der BRD. Das "PKK-Verbot" des damaligen Bundesinnenministers Kanther hat die Selbstauflösung der PKK überlebt und bringt noch immer engagierte kurdische DemokratInnen in deutsche Gefängnisse und Gerichtssäle. Es ist aktueller den je, für seine Aufhebung einzutreten.

(ISKU)

Feiern in Siirt, ...

Um den 25. Jahrestag der Gründung der PKK zu feiern, kamen in vielen Ortschaften Menschen zusammen. Wie in Sêrt (Siirt) und Êlih (Batman) zündeten Jugendliche Feuer an und hielten Kundgebungen ab.

Im Stadtteil Çakmak / Sêrt kamen 150 Personen zusammen und riefen Parolen wie: "Wir sind durch die PKK geboren und werden frei mit dem KONGRA-GEL", um den Jahrestag der Gründung der PKK zu feiern.

Die Menschen entzündeten bei der Aktion Feuer und hielten Plakate mit dem Bild Abdullah Öcalans hoch. Mit Parolen wie: "Es lebe die Arbeiterpartei Kurdistans", "Es lebe unser Vorsitzender Apo" wurde eine Demonstration durchgeführt.

Mit der Hymne der Jugendlichen wurde die Aktion abgeschlossen und sie verteilten sich ohne Zwischenfälle.

... in Batman ...

Auch in Êhli (Batman) im Stadtteil Huzur kamen die Menschen zum Jahrestag der Parteigründung der PKK zusammen um zu demonstrieren und um Poster von Öcalan zu zeigen. Parolen wurden gerufen mit der Forderung nach einem beidseitigen Waffenstillstand und auch: "Wir sind die PKK". Die Aktion wurde mit Trillern und Klatschen beendet.

... und Hakkari

Frauen in Culemêrg (Hakkari) haben in der Nacht zum 25. Gründungstag der PKK in den Straßen Aktionen gemacht. Im Stadtteil Baglar wurden Transparente, auf denen "Wir feiern den Jahrestag der PKK Gründung", "Schluss mit der Isolation, es lebe Apo" und "Fatos Saglamgoz ist nicht gestorben" stand, aufgehängt.

Auch im Stadtteil Bîçer kamen Frauen zusammen und riefen Parolen: "Es lebe Apo", "Schluss mit der Isolation", tanzten Govend und zündeten Feuer an.

(DIHA, 27.11., ISKU)

... und ein Prozess in Hamburg

Am 3. Dezember wird vor dem OLG-Hamburg das Urteil gegen den kurdischen Politiker Ali Zoroglu gesprochen. Er wird angeklagt wegen »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Geiselnahme sowie Land- und Hausfriedensbruch«. Er soll am 17. Februar 1999 Verantwortlicher für die Besetzung der SPD-Landeszentrale als Reaktion auf die Verschleppung Abdullah Öcalans gewesen sein. Die Bundesanwaltschaft fordert drei Jahre und neun Monate. In einer Erklärungen nahm er in dieser Woche zu den Vorwürfen stellung aus der wir einen Ausschnitt veröffentlichen:

(...)

"In den Jahren 1990-92 ist die PKK zu eine Volksbewegung geworden. Es hat in Kurdistan Volksaufstände gegeben mit mehr als einer Million Beteiligten. Diese Serhildans haben auch hier in Europa ihr Echo gezeigt: Hundertausende Kurden organisierten sich. Die europäische Kultur und ihre entwickelte Demokratie vermochten weder die Assimilation noch die Verleugnungs- und Vemichtungspolitik zum Erfolg zu verhelfen; im Gegenteil: Die Kurden haben unter der Führung der PKK eine große nationale Bewegung geschaffen. Ab diesem Datum wurde ein weit angelegtes Vernichtungskonzept ins Leben gerufen. Im Inland selbst wurde unter der Führung von Tansu Ciller der totale Vernichtungskrieg begonnen. Parallel dazu gab es auf internationaler Ebene unter der Führung der USA und der praktischen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland Angriffe gegen die PKK mit der Begründung des Terrorismusvorwurfs. Das einzige Ziel dieser Angriffe war den Kampf, der in den 90'er Jahren zur Volksbewegung wurde, auf internationaler Ebene zu isolieren bzw. einzugrenzen, ihn von Lösungsprozessen fernzuhalten sowie seine gerechten und legitimen Forderungen zu behindern und wenn seine Vernichtung nicht geschafft wird, ihn zumindest dann unter Kontrolle zu bekommen.

Im Rahmen dieses Konzepts wurde die PKK am 26. November 1993 in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Obwohl eine tiefgreifende Selbstkritik über die damaligen Aktionen in Deutschland, die als emotionale Reaktion auf die Grausamkeit in Kurdistan begangen wurden, dauert das sinnlose Verbot noch an, da es den politischen Interessen entspricht. Das Verbot hätte bis 1999 noch einen Sinn haben können, allerdings wirft die Nichtbeachtung der strategischen Änderung des Kampfes auf demokratischer Basis, eine Reihe anderer Fragen auf. Werden diese grundlegend analysiert, versteht man, warum ich hier angeklagt bin. Die Begründung des Verbots und die Kriminalisierung der Kurden durch die Bundesrepublik Deutschland dauert nun 10 Jahre. Das Ziel dieser Praxis ist - entsprechend den regionalen Interessen der BRD - die legitimen Grundrechte der Kurden zu leugnen bzw. und die Kurden in der Öffentlichkeit zu isolieren.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland in nahen Vergangenheit gegenüber der kurdischen Wirklichkeit zielte nicht auf die Lösung des Problems, sondern sie zielte darauf, die Kurden - ohne Identität, ohne Freiheit, ohne jegliche rechtliche Stellung und ohne Menschenrechte - für die bekannten deutschen ökonomischen Interessen in der Region zu opfern. (...)"

Erlaubnis während eines Konzertes in Aydin zu 3 Monaten Haft verurteilt. *(DIHA, 21.11., ISKU)*

Jugendliche in Amed begrüssen den KONGRA-GEL

In Amed (Diyarbakir) machten Jugendliche mit dem Namen 'Aktionseinheit Engîn Sincer' eine Aktion für die Gesundheit Öcalans und zur Begrüßung des KONGRA GEL. Sie trugen Plakate mit dem Bild des Ehrenvorsitzenden des KONGRA-GEL Abdullah Öcalan und die Fahne des KONGRA-GEL und riefen Parolen wie: "Grüsse für den Errichter des KONGRA-GEL - Tausend Grüsse an Apo". Die Jugendlichen zündeten Feuer auf der Strasse des grossen Postgebäudes an und hielten den Verkehr auf. Als die Polizei kam verteilten sich die AktionistInnen in den Straßen des Stadtteils und riefen Parolen. Die BewohnerInnen des Viertels unterstützten die Aktion mit Klatschen.

(DIHA, 22.11., ISKU)

Haftbefehle gegen weitere 17 Personen wegen Gerichtsbesetzung

Von den 21 Personen die am 18. November bei der Besetzungsaktion des Gerichts in Istanbul für die Freiheit von Abdullah Öcalan und für die demokratische Lösung der kurdischen Frage festgenommen wurden, ist gegen 17 Haftbefehl erlassen worden. Vier weiteren war vorher schon vom Kinder- und Jugendgericht der Haftbefehl ausgesprochen worden. Sie wurden ins Frauen- und Kindergefängnis Bakirköy überstellt.

(ÖP, 24.11., ISKU)

4380 Unterschriften gegen die YÖK

Der Vorsitzende der Union der Ausbildungsgewerkschaften (Egitim-Bir-Sen) Yasîn Yildiz, erklärte, dass sie in drei Tagen 4380 Unterschriften für die Auflösung der YÖK (Hochschulaufsichtsbehörde) gesammelt hätten. Yildiz verurteilte weiterhin die Anschläge in Istanbul. Die Unterschriftenkampagne gegen das YÖK von der Egitim-Bir-Sen begann am 14. November. *(DIHA, 22.11., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 134
05. Dezember 2003

N û ç e

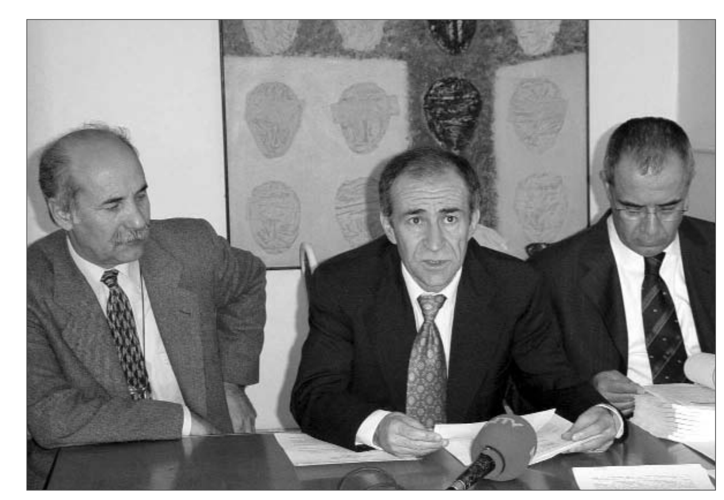
.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bilanzen des türkischen Menschenrechtsvereins IHD – 1999 bis 2003

Folter nahm trotz Reformen zu

Am 2. Dezember veröffentlichte der türkische Menschenrechtsverein IHD in Ankara eine Bilanz der Menschenrechtsverstöße in der Türkei von jeweils Januar bis September der letzen fünf Jahre. Der Bilanz ist zu entnehmen, dass trotz der EU-Reformen im Land die Folter zugenommen hat. In den ersten neun Monaten des Jahres seien 770 Fälle von Folter und Misshandlung gezählt worden, rund 40 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2002. 8495 Personen wurden bis Oktober festgenommen. Dies ist deutlich weniger als noch im Vorjahr. Auch im Bereich der Meinungsfreiheit hat sich die Bilanz verbessert. Die Zahl von Prozessen, bei denen es um so genannte Meinungsdelikte ging, sank von 2432 auf 1292.
(DIHA, 1.12., ISKU)



Pressekonferenz des IHD in Ankara Foto: DIHA

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei jeweils Januar bis einschließlich September	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**
Verletzungen gegen das Recht auf Leben					
"Morde unbekannte Täter"	217	112	124	63	46
ausserrechtliche Hinrichtungen/ Getötete durch Folter/durch Dorfschützer/ Zweifelhafte Todesursachen bei Festnahmen	174	124	43	38	39
Anzahl der Toten bei militärischen Gefechten:	786	122	86	16	67
Folter und schlechter Behandlung:	472	508	762	456	770
Festnahmen	43157	26469	35389	22376	8495
Verhaftungen	1903	1580	2634	1274	820
Gedanken, Presse, Glaubens, Organistions und Versammlungsfreiheit					
Geschlossene Zivilgesellschaftliche Organisationen, Kultureinrichtungen, politische Institutionen, Presseorgane	127	89	109	82	25
Durchsuchungen von Zivilgesellschaftliche Organisationen Kultureinrichtungen, politische Institutionen, Presseorganen	250	130	135	67	48
Verbotene Veranstaltungen und Veröffentlichungen	242	217	180	104	102
Beantragte Haftstrafen (Offene Verfahren)	gegen 103 Personen 428 Jahre	gegen 254 Personen 1098 Jahre	gegen 1921 Personen 3758 Jahre	gegen 2432 Personen 5914 Jahre 1 Monat und 101 Milliarden TL Strafe	gegen 1292 Personen
Haftstrafen in abgeschlossenen Verfahren	353 Jahre	451 Jahre	63 Personen 39 Jahre	131 Personen 189 Jahre 11 Monate und 932 Millionen TL Strafe	432 Personen 361 Jahre 9 Monate und 278 Milliarden 103 Millionen TL Strafe

Meldungen

Flüchlingslager Maxmur soll aufgelöst werden
Bei einen Treffen in Ankara von einer Delegation der USA, des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) und des irakischen provisorischen Regierungsrates mit der türkischen Regierung soll die Auflösung des Camps Maxmur vereinbart worden sein. Eine Delegation soll unter türkischer Beteiligung in das Lager entsandt werden, um direkt mit den Flüchtlingen zu sprechen. Nach Feststellung der Personalien sollen alle Flüchtlinge, die keine Verbindung zur PKK unterhalten, in die Türkei zurückkehren können, hiess es in einer offiziellen Erklärung. Der Bürgermeister von Maxmur Deniz Ali betonte in einem Gespräch mit DIHA, sie werden erst in die Türkei zurückkehren wenn die kurdische Frage demokratisch gelöst werde. Seit dieser Vereinbarung wird massiv Druck auf das Camp ausgeübt. Die Wasser- und Stromversorgung des Camps für die das UNHCR verantwortlich ist, ist seit zwei Wochen zusammengebrochen.
(WZ, DIHA, 1.12., ISKU)

Kein Anwaltsbesuch bei Abdullah Öcalan
Der rechtmäßige Besuch bei Abdullah Ocalan durch seine Verteidiger und seinen Bruder Mehmet Ocalan wurde erneut mit der Begründung des "schlechten Wetter" verhindert. Auf halbem Weg mussten die Verteidiger und der Bruder nach Istanbul umkehren. *(DIHA, 3.12., ISKU)*

In Amed (Diyarbakir) tötete die Polizei zwei Menschen
Die Polizei stürmte in der Ortschaft Baglar/Amed ein Haus und tötete dabei zwei Menschen. Der Gouverneur der Stadt gab in einer Presseerklärung bekannt, dass die Polizei in eine Auseinandersetzung mit Guerillas geraten sei, und dass bei dieser Auseinandersetzung zwei Mitglieder der HPG getötet worden seien. In der Erklärung hieß es, in dem Haus, in dem die Operation stattgefunden hätte, wären eine Pistole, zwei Magazine mit Patronen und drei Handgranaten russischer Bauart sowie zwei Handys gefunden worden.
Der Vater eines Getöteten, dessen Sohn der Gouverneur als Guerilla bezeichnet hatte, erklärte, dass sein Sohn ein einfacher Bauarbeiter gewesen sei und in keiner Organisation organisiert gewesen sei.
(DIHA, 4.12., ISKU)

Waffenstillstand ein weiteres Mal verlängert

Der KONGRA GEL teilte in einer schriftlichen Erklärung mit, dass der einseitige Waffenstillstand bis auf weiteres verlängert wird.
Der Führungsrat des KONGRA GEL erinnerte in seiner Erklärung daran, dass der erste Waffenstillstand, der am 1. September 1999 begann heute zuende ging und die Türkei keine zufriedenstellende Antwort auf die Schritte, die die Kurden gemacht haben, gegeben hat.
Der KONGRA GEL betonte in seiner Erklärung, dass sie sich weiter für für den Frieden einsetzen werden und wandten sich an die türkische Regierung, die Friedensbewegung, die internationale Öffentlichkeit sowie die demokratischen Kräfte, sich für einen Lösungsweg einzusetzen.
Zudem wurde die türkische Regierung dazu aufgerufen, die militärischen Operationen einzustellen und einen Dialog zu eröffnen.
Der KONGRA GEL sagte zur Situation Abdullah Öcalans, dass die Aufhebung der Isolation und die Vorbereitung eines demokratischen Weges für alle Seiten das Beste wäre.
In der Erklärung hieß es, dass die von dem inzwischen aufgelösten KADEK auf den Weg gebrachte Roadmap einen zweiseitigen Waffenstillstand vorsieht. Sollte dies von der türkischen Regierung weiterhin ohne Antwort bleiben, könne der Waffenstillstand nicht ein zweites Mal verlängert werden.
In der Erklärung wurden die Aktionen der Kampagne für eine demokratische Lösung und für Frieden der letzten drei Monate begrüsst und der Staat aufgefordert, den Forderungen der Menschen aus Kurdistan, die sich überall erhoben haben, Gehör zu schenken.

(DIHA, 1.12., ISKU)

12 türkische Soldaten in der Provinz Dersim getötet

Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) veröffentlichte am Sonntag eine Erklärung, in der sie die Verantwortung für zwei Angriffe auf türkische Sicherheitskräfte in der Provinz Dersim übernahmen. Bei den Angriffen sind zwölf türkische Soldaten getötet worden.
In der Erklärung hieß es, es handle sich um Vergeltungsschläge für die Tötung von HPG-Guerillas durch türkische Sicherheitskräfte in der Region Bingöl (zwölf Guerillas waren im Gefecht getötet, zwei weitere nach einem Verhör hingerichtet worden) und der Schwarzmeerprovinz Ordu (neun Guerillas wurden während der Auseinandersetzung getötet).
Am 20. November zerstörten kurdische Guerillas ein Militärfahrzeug mit einer RPG (Panzerfaust) in einem Hinterhalt auf der Straße zwischen der Gendarmerie Kaserne Amutka und der kurdischen Stadt Hozat, wobei vier türkische Spezialkräfte getötet und mehrere andere verletzt wurden. Nach dem Angriff flogen mehrere in den USA hergestellte Cobras Angriffshubschrauber langsam über die Stadt Hozat, was Ortsansässige eine "panische Machtdemonstration" nennen.
Den größten Verlust hatte die türkische Armee am 25. November bei einem Direktangriff der HPG auf die Ovacik Kommando Brigade, wobei acht türkische Kommandanten getötet und eine unbekannte Zahl verletzt worden sind.

(KO, 1.12., ISKU)

Initiativen für Frieden und eine demokratische Lösung

In den letzten Tagen der Kampagne ‚für Frieden und eine demokratische Lösung' gingen viele Menschen auf die Straße um Kundgebungen für die Führungspersönlichkeit des KONGRA-GEL Abdullah Öcalan zu veranstalten. Die Kundgebungen, wurden von der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen.
In den Regionen Seyhan und Yuregir/Adana demonstrierten hunderte von Menschen in den letzten Tagen für eine demokratische Lösung. Im Stadtteil Sakìrpasa kamen auf dem Montagsmarkt Tausend Menschen zusammen und machte mit Fahnen der HPG und Postern von Abdullah Öcalan eine Demonstration. Die Menschen tanzten und marschierte mit Fahnen der HPG und Postern von Öcalan bis zur Hauptstaße. Die Demonstation wuchs schnell auf 2000 an.
Die Polizei griff mit Schlagstöcken und Tränengas an und feuerte Warnschüsse ab. Die Menge antwortete mit Steinen, verteilte sich und kam immer wieder zusammen um die Demonstration fortzuführen. *(Rojev, 1.12., ISKU)*

Dorfbevölkerung ging aus Protest gegen die Gendarmerie in den Irak

Die Dorfbewohner aus Yekmal und Dagdibi in der Region Uludere an der irakischen Grenze, sind aus Protest gegen die Festnahmen von 10 Dorfbewohnern und die Beschlagnahmung ihrer Lebensmittel sowie ihrer 25 Esel mit 1500 Personen über die Grenze in den Irak gegangen.
Vor 25 Tagen war durch ein Unwetter die Strassen zu dem Dorf unpassierbar geworden. Daraufhin sind die Dorfbewohner mit Eseln los um Lebensmittel zu besorgen. Vor zwei Tagen wurden diese mit der Beschuldigung sie wären Schmuggler festgenommen und die Lebensmittel samt Esel beschlagnahmt. Als ihr Protest beim Gouverneur und bei dem AKP-Bezirksverantwortlichen nichts brachten, machten sie sich mit 1500 Personen auf den Weg in den Irak. Dort wurden sie von Soldaten nach 20 km gestoppt. Sie begannen einen Sitzstreik. Nach Verhandlungen wurden die 10 Personen und die Esel freigelassen. Die Lebensmittel wurden aber nicht zurückgegeben. Die Bewohner führen Ihren Protest fort und weigern sich in ihre Dörfer zurückzugehen bis das Problem auf Dauer gelöst wird.

(ÖP, 1.12., ISKU)

Angriff auf Özgür Ülke verurteilt

Demokratisch gesinnte Mitarbeiter/innen von Zeitungen verurteilten am 9. Jahrestag den Anschlag auf die Zeitung Özgür Ülke. Die JournalistInnen erinnerten an Ersîn Yildiz, der bei der Explosion sein Leben verlor.
Die Zeitung Özgür Ülke erschien ab dem 28. April 1993 bis sie am 4. Dezember 1994 bombardiert wurde. An diesem Tag explodierte eine Bombe in der Zentrale der Zeitung, in der ihr Büro und die Druckerei untergebracht waren. Der Journalist Ersîn Yildiz wurde getötet, 23 weitere Personen wurden verletzt.
Am 9. Jahrestag des Angriffs auf die Zeitung kamen viele JournalstInnen, Vertreter von DEHAP, der Freiheitspartei und der Vater von Ersîn Yildiz, Mustafa Yildiz an dem Ort wo die Bombe explodierte in Kadirga zusammen.
Der Herausgeber der Zeitung Yenîden Özgur Gündem Huseyîn Denîz sagte in einer Presseerklärung, dass der Staat die Täter der Anschläge in Istanbul schon nach drei Tagen gefunden habe, dass jedoch neun Jahre nach dem Anschlag auf die Tageszeitung Özgür Ülke immer noch kein Täter festgenommen worden sei.
Denîz verurteilte die Anschläge in Istanbul auf die Synagoge und britische Einrichtungen und sagte, der Hintergrund dort und bei Özgür Ulke sei der Gleiche. Die Operation damals war eine von Tausenden. Die damalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller habe mit ihrem Befehl vom 30. November 1994 verlangt, dass die Zeitung zerstört werden solle.
Denîz sagte, dass die Tradition der freien Presse mit Ersîn Yildiz und den Gefallenen der Presse verbunden ist. Nach der Presseerklärung gingen alle zum Grab von Ersîn Yildiz.

(DIHA, 4.12., ISKU)

Verfahren gegen Zana verstößt gegen Kopenhagener Kriterien
Gunter Verheugen, der Zuständig für die EU-Erweiterung ist, forderte in der 51. Versammlung des Europarates die Türkei ein weiteres Mal auf, die eingeschlagenen Reformen in die Praxis umzusetzen. Er verlangte von der türkischen Regierung, dass sich die Rolle des Militärs in der Politik verringern muss. Er betonte auch, dass der Prozess gegen Leyla Zana gegen die Kopenhagener Kriterien verstoße.

(DIHA, 3.12., ISKU)

Dorfschützerchef lies DEHAP`ler angreifen
Der Anführer der Dorfschützer des Bezirks Cizre in Sirnak hat eine Delegation der DEHAP, die ihn zum Bayram (Feiertage nach dem Ramadan) besuchen wollte, angreifen lassen. An der Delegation waren u.a. der Bezirksvorstand der DEHAP Resul Sadak, der Stellvertretene Bezirksvorstand Mehmet Yumak, der Vorsitzende von Cizre Mehmet Dilsiz , der Anwalt Hüseyin Seyitoglu und weitere 8 Personen beteiligt.
Hüseyin Seyitoglu erklärte, dass sie am 27. November gegen 15 Uhr mit 12 Personen zu dem Haus von Kamil Atak gegangen seien um zum Bayram, als Geste der Versöhnung, zu gratulieren. Atak der in seinen Garten stand sagte nur er möge keine DEHAP`ler und rief seinen Leuten zu:"Greift an". Daraufhin wurden sie von 30 bewaffneten Dorfschützern mit Knüppeln und Steinen angriffen. Sie benutzten auch Gewehre und Pistolen mit denen sie in die Luft schossen. Resul Sadak, Mehmet Yumak und Abdullah Sakin ein weiteres Vorstandsmitglied wurden dabei verletzt.
Die Verletzten wurden ins nächste Krankenhaus gebracht, wo sich innerhalb kurzer Zeit etwa 600 Personen versammelten, um gegen den Angriff zu protestieren.

(DIHA, 27.11., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
KO	Kurdistan Observer
WZ	Wiener Zeitung

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 135
12. Dezember 2003

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Repression gegen DEHAP: "Wir kommen nicht mehr aus den Gerichten heraus!"

Der Provinzvorsitzende der DEHAP Sirnak, Resul Sadak, erklärte, dass sie wegen der aufeinander folgenden willkürlichen Verfahren gegen sie kaum noch aus dem Gerichtssaal herauskämen. "Jeder unserer Schritte wird zum Anklagepunkt. Das ist eines souveränen Staates nicht würdig." Gegen die in der Vergangenheit schon massiv mit Verfahren eingedeckten DEHAP-Vertreter/innen in Sirnak wurden in den letzten Monaten erneut fünf Verfahren eröffnet. Das erste Verfahren, von der Staatsanwaltschaft Sirnak eingeleitet, richtet sich gegen die Pressekonferenz von Frauen am 1. September, gegen die wegen T-Shirts mit der Aufschrift "Frieden" eine Polizeioperation durchgeführt wurde. Gegen elf Personen, darunter Frauen des Provinz- und Bezirksfrauenkomitees der DEHAP, wird wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht ermittelt.

Es ist auch ein Vergehen, den Jahrestag der Republikgründung zu feiern

Das zweite Verfahren des Staatsanwalts richtet sich gegen Vorfälle am Republikfeiertag am 29. Oktober. Eine Gruppe aus dem Parteibüro der DEHAP, die sich auf dem Weg zum Platz der Republikgründungsfeierlichkeiten befand, wurde von der Polizei daran gehindert. Sie hat daraufhin aus Protest eine Pressekonferenz abgehalten. Anschließend wurden gegen neun Personen, darunter den DEHAP-Provinzvorsitzenden Resul Sadak, wegen unerlaubter Aktivitäten Verfahren eröffnet.
Nach dem Empfang für den DEHAP-Vorsitzenden Tuncer Bakirhan in Sirnak am 2. November wurden Resul Sadak sowie Vizepräsident Mehmet Yumak ebenfalls unter dem Vorwand unerlaubter Aktivitäten mit einem Verfahren belegt.



Der IHD führt derzeit in Amed eine Plakataktion durch. In türkischer und kurdischer Sprache zieren im Rahmen der Menschenrechtswoche vom 10.-17. Dezember Plakate mit der Parole"Den Frieden erringen" die Stadt. *(Foto: DIHA)*

Auch anlässlich der Pressekonferenz, auf der gegen das Vorgehen der Polizei gegen das Lösungspodium der Jugendlichen protestiert wurde, ist ein Verfahren gegen 18 Personen, darunter Resul Sadak und Jugendkomiteevorsitzender Halil Hazar, eingeleitet worden.

Verfahren gegen Namensschild

Ein weiteres Verfahren richtet sich gegen Resul Sadak, den DEHAP-Zentralbezirksvorsitzenden M. Nezir Ayan, den Ortsvorsitzender Kasrik, Selahattin Uras, und gegen den Ortsfunktionäre Mehmet Kültür. Diesmal wurde das Namensschild der Partei zum Vorwand genommen. Die Staatsanwaltschaft hatte, obwohl die notwendigen Dokumente vervollständigt waren, es als rechtswidrig eingestuft, dass das DEHAP-Parteigebäude in Kasrik eröffnet und das entsprechende Namensschild dort angebracht worden war.

DEHAP'ler in Van verhaftet

Bereits am 20. November wurden vier festgenommene Mitglieder des DEHAP-Jugendkomitees in Haft genommen.
Selim Bilici und Süleyman Akdogan sind am 20. November auf dem Cumhuriyet Cadde und Esref Boz und Mirya Yarcan bei einer Polizeirazzia zu Hause festgenommen worden. Nach dem Verhör im Polizeipräsidium wurden sie am Abend dem Staatsanwalt vorgeführt. Selim Bilici und Süleyman Akdogan wurden wegen "Mitgliedschaft" und Esref Boz und Mirza Yarcan wegen "Widerstands gegen Polizeibeamte" in Haft genommen und in das geschlossene Gefängnis von Van gebracht. *(DIHA, ÖP, ISKU)*

HPG Mitglied Yasar Aykal begraben

Yasar Aykal wurde von tausenden Menschen, wie bei einem Volksaufstand begraben. Parolen wurden gerufen, wie "Die Mutter des Gefallenen ist unsere Mutter, der Weg des Gefallenen ist unser Weg".
Die Leiche des Guerillas Yasar Aykal (Murat) der 26 Jahre alt war und am 20. November in der Nähe des Dorfes Aynik, in der Region Çewlik Kanîres mit 13 weiteren Freunden von Soldaten getötet worden war, wurde von seiner Familie nach Amed geholt. Tausende versammelten sich auf dem Friedhof Deriye Merdîne um ihn zu beerdigen. Auch Familien, die gekommen waren um ihre Toten auf dem Friedhof zu besuchen beteiligten sich. Es wurde eine Schweigeminute für die Gefallenen der Revolution und der Demokratie gehalten und die Hymne "Ey Reqip" gesungen. Der stellvertretende Vorsitzende der DEHAP Amed, Veysî Unat betonte in seiner Rede, dass durch die Kriegspolitik der Türkei wieder ein Leben auf tragische Weise zuende gegangen sei. "Sie sollen begreifen, dass sie mit dieser Kriegspolitik ihr Ziel nicht erreichen werden. Es soll kein Blut mehr vergossen werden." Der Onkel von Yasar Aykal, M. Fîkrî Aykal sprach auf Kurdisch: "Der Name dieses Gefallenen war Sevger (Nachtwache). Ich habe ihn für den Vorsitzenden Apo großgezogen und ihn dann an den Vorsitzenden Apo übergeben. Dem Vertreter des kurdischen Volkes alles Gute." Die Teilnehmer der Beerdigung gingen als Demonstration zurück in die Stadt und führten dann einen Schweigemarsch bis zum Haus des Gefallenen durch.
Die Mutter von Yasar Aykal, Azîze Aykal, sprach auf dem Friedhof mit DIHA: "Als er gegangen ist, war er erst 13 Jahre alt. Ich wusste lange nicht, dass er dort war. Als ich die Nachricht hörte, war ich froh. Ich habe es nach sieben Monaten gehört. Ich war sehr stolz. Ich werde nicht weinen, es war nicht nur mein Sohn, es war der Sohn der kurdischen Volkes. Wir wollen Frieden. Alle Mütter sollen ihre Stimme für den Frieden erheben." *(DIHA, 5.12., ISKU)*

Meldungen

Protest in Amed (Diyarbakir) gegen die Isolation Öcalans

Im Stadtteil Sex Samîl/Amede gab es am 7. Dezember eine Aktion für die Aufhebung der Isolation gegen Abdullah Öcalan. Etwa 100 Personen, überwiegend Frauen, versammelten sich, riefen Parolen und demonstrierten. Die Menschen verteilten sich nach der Aktion, ohne dass es zu Zwischenfällen mit der Polizei kam. Auch im Stadtteil Hasirli Surica kamen Frauen zusammen, entrollten die Fahne der PJA und machten eine Demonstration für Öcalan. *(DIHA, 8.12., ISKU)*

Leiche von Îbrahîm Kiliç abgeholt

Die Leiche von Îbrahîm Kiliç, der am 3. Dezember 2003 in Baglara/Amed von der Polizei wegen angeblicher PKK Mitgliedschaft getötet wurde, ist von seiner Familie aus dem Krankenhaus abgeholt worden. Mitglieder von DEHAP und der Freiheitspartei, insgesamt 300 Personen, kamen, um seine Famile zu begleiten. Der Vorsitzende des IHD-Diyarbakir Selahattîn Demîrtas sagte auf einer Pressekonferenz, dass der IHD alles dafür tun werde, die Ereignisse aufzuklären. *(DIHA, 8.12., ISKU)*

180 Gefangene in Erzorom (Erzurum) stellen Antrag auf kurdische Namen

In Erzorom haben 180 Gefangenen für die Aufhebung des Verbotes der kurdischen Buchstaben Q, X und W Anträge gestellt und den Antrag dass ihre Namen umgeändert und die verbotenen Buchstaben eingesetzt werden. Die Gefangenen Ramazan Kiran und Ahmet Gerez, haben im Namen der Gefangenen des H- Typ Gefängnisses in Erzorom eine Erklärung abgegeben, in der es heisst, dass 180 Gefangene vor dem Familiengericht in Erzorom beantragt haben, dass ihre kurdischen Namen jetzt auch die verbotenen Buchstaben Q, X und W enthalten sollen und ausgetauscht werden müssen. *(DIHA, 5.12., ISKU)*

Kurdische Namen an den Wänden Istanbuls

Kurdische Jugendliche haben für die Aufhebung des Verbotes der Buchstaben X, W und Q, kurdische Namen, die verbotenen Buchstaben enthalten an die Hauswände geschrieben. Im Stadtteil Saraçxane / Istanbul schrieben sie Namen wir Cîwan oder "Nave min Welat e" (Mein Name ist Welat). Die Schriftzüge, die zur Woche der Muttersprache angebracht wurden, erregten viel Aufmerksamkeit. *(DIHA, 5.12., ISKU)*

Angriffe auf Dorfrückkehrer

Mehmet Gencer, aus der Gemeinde Sixk/Wan, kehrte dieses Jahr in sein Dorf Hîset (Kolludere), das zur Region Bilîs Hîzan gehört, zurück. Gencer erklärte, dass er ständig von Soldaten der Militärstation Hîset drangsaliert werde und sich daher jetzt an den Menschenrechtsverein gewandt habe.
Gencer erklärte, er sei in Kriegszeiten von seinem Gehöft Arpînîza beim Dorf Hîset nach Wan geflohen. "1993 bin ich aus meinem Dorf nach Wan geflohen, weil ich ständig bedroht wurde. Dieses Jahr sind wir im Juli mit 30 Stück Kleinvieh und 10 Stück Großvieh in unser Dorf zurückgekehrt. Zunächst gab es keine Probleme, doch seitdem die Kommandantur der Kaserne gewechselt hat, werden wir ständig bedroht. Am 25. November gingen einige meiner Schafe verloren. Ich holte mir bei dem Kommandanten der Dorfschützer die Erlaubnis sie suchen zu gehen. Er gab der Kaserne per Funk Bescheid. Auch der Kommandant der Kaserne gab die Erlaubnis. Ich nahm meine Taschenlampe und begann meine Schafe zu suchen. Ich suchte in der Nähe der Kaserne. Ich fand meine Schafe und brachte sie in den Stall, als ich herauskam, schossen Soldaten auf mich. Als das Feuer aufhörte kam mein Sohn und sagte zu mir, dass man mich in der Kaserne sprechen wolle." In der Kaserne bestritten die Dorfschützer, Gencer eine Erlaubnis gegeben zu haben und fragten, was er draussen zu suchen hätte. Zwei Tagen später wurde er erneut zur Kaserne bestellt. Am Ende des Gesprächs bedrohte ihn der Kommandant, dass, wenn er abends das Haus verlassen würde, er und seine Kinder getötet würden. Das Haus von ihm sowie seine Ställe liegen 20 Minuten vom Dorf entfernt. Die Soldaten lassen ihn aber nicht aus dem Dorf zu seinen Ställen gehen. Seine Tiere hat er zu einem Nachbarn gegeben. Wenn sich die Situation nicht ändert, wird er seine Tiere verkaufen müssen. *(DIHA, 8.12., ISKU)*

Verfahren gegen die Anwälte der Dorfbewohner von Fîs

“Die Armee hat unsere Dörfer verbrannt”

Die Menschen aus dem Dorf Fîs (türk. Ziyaret) kamen am 5. Dezember am Gericht von Amed zusammen, um ihre Anwälte zu unterstützen. Bei dem Verfahren gegen den Vorsitzenden der Rechtsanwaltskammer und drei weitere Anwälte war der Gerichtssaal überwiegend mit Frauen gefüllt. Es sind Frauen aus Fîs, die sagten, dass ihr Dorf 1993 von Soldaten niedergebrannt worden sei. Sie haben deswegen ein Verfahren gegen den Staat eingeleitet. Später hörten sie, dass gegen ihre Rechtsanwälte daraufhin ein Verfahren eröffnet worden sei. Daher sind sie zusammengekommen, um zum Gericht zu gehen.
In der letzten Gerichtsverhandlung, wurden die Anwälte verurteilt, da sie angeblich ihre Position ausgenutzt hatten. Nun sagten 50 Dorfbewohner für die Anwälte aus. Die Dorfbewohner sagten, dass die Armee ihre Dörfer niedergebrannt habe. Sie hätten den Fall ihren Anwälten übergeben und sie beauftragt in ihrem Namen eine Klage anzustreben. Nach den Dorfbewohnern gab der Gerichtsausschuß die Rede an den Anwalt von Sezgin Tanrikulu, den ehemaligen Rechtsanwaltkammersvorsitzenden von Istanbul, Sayman. Sayman. Er sagte, dass die Anwälte freigesprochen werden sollen und das Verfahren eingestellt werden müsse. Zuletzt wurde das Verfahren vertagt, um weitere Zeugen zu hören.
Die Frauen aus dem Dorf Fîs sprachen mit DÎHA. Eine der Frauen, Hayriye Demîr erklärte, sei seien zur Verteidigung des Rechts zum Gericht gekommen. Im Jahr 1993 hätte Militärkräfte ihr Dorf niedergebrannt. Die Militärs hätten ihr Dorf drei Mal angezündet. "Wir wurden zu Flüchtlingen. Jetzt leben wir in der Stadt unter schlechten Bedingungen. Wir haben gehört, dass man ein Verfahren wegen unserer Verteidigung eröffnet hat, daher sind wir gekommen. Wir wollen uns für unser Verfahren und für unsere Verteidiger einsetzen."

Nicht die PKK, der Staat hat unser Dorf angezündet
Auch Meryem Turan erklärte, sie sei gekommen, um sich für das Recht einzusetzen und fuhr fort: "Sie sagen, die PKK habe das Dorf angezündet. Sie sollen die Schuld nicht der PKK geben. Die Militärkräfte des Staates haben vor unseren Augen die Häuser angezündet." Meryem Turan hat Tränen in den Augen, als sie erzählt: "Morgens früh, die Sonne war noch nicht aufgegangen, kamen Soldaten in unser Dorf. Es war Neujahr, Winter und sehr kalt. Wir wurden aus den Häusern geholt. Wir durften nichts mitnehmen. Sie zündeten unsere Häuser an. In dieser Nacht mussten wir trotz der Kälte draussen übernachten. Unsere Kinder wurden krank. Einen Monat später kamen sie wieder und zündeten die Häuser erneut an. Jetzt wollen wir zurückkehren in unser Dorf. Wir sind Tagelöhner, es gibt keine Arbeit. Wir wollen dass der Staat uns dabei unterstützt in unser Dorf zurückzukehren. Wir sind jetzt hier, um uns für unser Recht einzusetzen."
Rukiye Zogurlu ist 70 Jahre alt und denkt wie die anderen Frauen: "Ich bin zum Gericht gekommen, um mein Recht zu verlangen. Bis zuletzt werden wir uns für unsere Klage einsetzen. Wir wollen endlich Frieden in unserem Land. Wir wollen nicht mehr weinen."
Und Hayriye Deniz betont: "Vor einigen Jahren haben wir noch nicht einmal das Dorf verlassen. Aber mit dem Kampf haben wir gelernt uns für unser Recht einzusetzen. Heute sind wir durch diesen Kampf hier.
(DIHA, 6.12., ISKU)

Bericht des IHD-Diyarbakir über Menschenrechtsverletzungen im November in den kurdischen Gebieten

Verletzungen des Rechts auf Leben
Anzahl der Toten bei militärischen Gefechten: 18 Tote, 11 Verletzte
"Morde unbekannte Täter" und extralegale Hinrichtungen: 2 Tote/4 Verletzte
Minenopfer und Opfer von Explosionsmaterialien: 4 Tote und 8 Verletzte

Verletzungen der Individuellen Rechte
Festnahmen: 186
Vorwurf von Folter und schlechter Behandlung: 44
a) durch Gendarmariepersonal 4
b) durch Sicherheitskräfte 182
c) durch Dorfschützer -
Verschwindenlassen: 1
Verhaftungen: 29

Eingriff in gesellschaftliche Ereignisse
a) Anzahl der Ereignisse: 10
b) Festnahmen: 75
c) Verletzungen, die unser Regionalbüro herausfinden konnte: 39

Angriff gegen Privateigentum
a) Verbrennung von Land: -
b) Andere 3
c) Zwangsvertreibung: -

Verletzungen des Arbeitslebens
Einleitung eines Verfahrens und Strafen: 6

Verletzung des Gedanken- und Meinungsfreiheit
Eingeleitete Verfahren und Verurteilungen: 153
Anzahl der Schliessung von zivilen Gesellschaftsorganisationen: 1
Schliessung von Radio und TV -
Anzahl der Verbot gegen Aktivitäten (Theater, Kino u.a.): 3
Eingesammelte/Verbotene Publikationen (Zeitung, Buch u.a.) 1

Gefängnisse
Antrag auf Verlegung: 1
Behauptung der Folter - Schlechte Behandlung: 2
Gefängnisprobleme: -
Antrag auf Behandlung: 3
Andere: 1

2 kurdische politische Gefangene im Iran hingerichtet
Wie die Demokratische Partei Kurdistans (Iran) bekanntgab, wurden in der vergangenen Woche zwei ihrer Mitglieder vom Iranischen Regime hingerichtet. Bei den Ermordeten handelt es sich um Jalil Zewai, der seit 1994 in den iranischen Kerkern inhaftiert war und am 4. Dezember hingerichtet wurde sowie um Ramin Sharifi, in Haft seit dem 8. Juli 2003 und hingerichtet am 6. Dezember. In der Erklärung der KDPI wird auf Informationen hingewiesen, nach denen in der nächsten Zeit die Hinrichtung von zahlreichen weiteren politischen Gefangenen im Iran zu befürchten ist. Internationale Institutionen sind aufgerufen, alles in ihrer Kraft stehende zu unternehmen, um diese Hinrichtungen zu verhindern
(KM, 8.12., ISKU)

Ermittlungsverfahren wegen Rede auf Kurdisch
Weil er bei der feierlichen Eröffnung eines Kurdischkurses eine Rede in Kurdisch gehalten hatte, wurden gegen den Vorsitzenden der DEHAP-Mardin sowie gegen die anderen 6 Verantwortlichen für die Organisierung der Feierein Ermittlungsverfahren eingeleitet.
(DIHA, 7.12., ISKU)

Kurdische Radio- und Fernsehprogramme nur für Erwachsene
Die unabhängige Aufsicht für Radio und Fernsehen (RTÜK) hat die Ausführungsvorschrift für Sendungen in nichttürkischen Sprachen fertiggestellt. Der Vorschrift zufolge dürfen Radioprogramme von einer Stunden und Fernsehprogramme von 45 Minuten an fünf Tagen die Woche ausgestrahlt werden. Da sich die Sendungen an Erwachsene richten sollen, werden Kinderprogramme nicht zugelassen. Im Hinblick auf die Ausführungsvorschrift zum Unterricht von traditionell in der Türkei gesprochenen Sprachen und Dialekten wurde die Klausel gestrichen, dass es sich bei den Lehrkräften um türkische Staatsbürger handeln müsse. *(IP, 6.12., ISKU)*

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
IP	Istanbul Post
KM	kurdishmedia.com

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 136
19. Dezember 2003

Nûce

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erneuter sexistischer Übergriff auf DEHAP Vertreterin

Nach Gülbahar Gündüz Afife Mintas angegriffen

Am 9. Dezember wurde Afife Mintas, aktives Mitglied der Frauenkommission der DEHAP-Diyarbakir von zwei "Unbekannten" in ein weisses Auto gezerrt und entführt. Während ihrer Entführung war sie massiver sexueller Belästigung ausgesetzt, mehrfach wurde ihr Hals mit einem Messer verletzt, eine Waffe wurde ihr in den Mund gehalten und sie wurde mit dem Tod bedroht. Sie sollte Spitzeltätigkeiten durchführen, dafür wurde ihr die Frist von einer Woche gelassen. Drei Stunden vor ihrer Entführung wurde ihr Bruder von Zivilpolizisten festgenommen und nach seiner Schwester befragt.
Ceni, das Kurdische Frauenbüro für Frieden in Düsseldorf schrieb in einer Erklärung vom 15.12.: "Die Täter sind 'Unbekannte' die eigentlich bekannt sind. Frauen, die kämpfen sind eine Gefahr für das System. Das sieht auch der türkische Staat und schlägt mit voller Kraft zurück."
Schon am 14. Juni 2003 wurde Gülbahar Gündüz, ebenfalls Mitglied der DEHAP-Frauenkommission, in Istanbul auf die gleiche Weise von Zivilpolizisten entführt, gefoltert, erniedrigt, vergewaltigt und bedroht.
Ceni ruft alle demokratischen Initiativen und Einrichtungen, allen voran die Frauenorganisationen zur praktischen Solidarität auf: "Erklären wir unsere Solidarität mit Afife Mintas und Gülbahar Gündüz mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und fordern von den politischen Verantwortlichen die Ergreifung der Täter, denn der Angriff auf Gülbahar und Afife gilt uns allen."

DEHAP Frauen in Adana, Gever, Amed und Sert verurteilen Angriff auf Mintas
Vertreterinnen von DEHAP der Region Adana /Ceyhan und Sert setzen sich mit Presseerklärungen für Afife Mintas ein. Die Vorsitzende der Frauensektion der DEHAP von Ceyhan, Sukran Dikmen, sagte auf einer Pressekonferenz im Kizilaypark, der Angriff gegen Afife Mintas habe zum Ziel, den Kampf der Frauen zum Stillstand zu bringen. Ebenso verurteilte sie die Angriffe auf die Künstler Ibrahim Tatlises und Ferhat Tunc, sowie auf den Journalisten M. Ali Birand. Zu der Presseerklärung waren Mitglieder und Vertreter der EMEP, ÖDP, Genel-Is, Tekstil-Is, der Freiheitspartei, und der SHP gekommen. Sie riefen Parolen, wie "Frauen Hand in Hand, Afife, du bist nicht allein" und "Ferhat du bist nicht allein".
Ca. 300 Frauen kamen am DEHAP Gebäude von Sert zusammen, um den Angriff auf Afife Mintas zu verurteilen. Die Leiterin Frauensektion der DEHAP von Sert, Emine Oguz sagte, es sei wichtig, die Kräfte, die für den Angriff auf Mintas verantwortlich seien öffentlich zu machen. Sie sagte: "Wir begreifen diesen Angriff als Angriff auf den Kampf der Frauen für Freiheit." Parolen wie: "Wir sind alle Afife" und "Die Hände, die ihr nach uns ausstreckt werden wir brechen" wurden gerufen.
Auch in Gever und verschieden Stadtteilen von Amed fanden Kundgebungen und Presseerklärungen von Frauen und Jugendlichen statt, die sich mir Afife Mintas solidarisierten und die Angriffe verurteilten.

Diyarbakir: "Ein Angriff gegen alle kurdischen Frauen"
Afife Mintas, Vorsitzende der DEHAP-Frauenorganisation Diyarbakir sagte zu ihrer Entführung und Misshandlung, sie sei nicht allein das Ziel der Entführung gewesen, sondern das Ziel seien alle Frauen in Kurdistan.
In Diyarbakir forderten verschiedene Frauen-Vereinigungen Zufluchthäuser für Frauen. Aufgrund der Misshandlungen und der Gewalt gegen Frauen vor allem im Südosten sind alleine in Diyarbakir mindestens 10 Zufluchthäuser für misshandelte Frauen notwendig.
(Ceni, DIHA, ISKU, 14.-16./.12.)

Duran Kalkan zur Festnahme Saddam Husseins

Ein Neuanfang für den Irak

Duran Kalkan, Mitglied des Führungsrates des KONGRA-GEL sagte, dass mit der Festnahme von Saddam Hussein der Weg für den Aufbau eines demokratischen und föderalistischen Irak möglich geworden ist. Kalkan verlangte, dass die Massaker am kurdischen Volk und die staatlichen Morde der letzten 25 Jahre aufgeklärt werden.

Kalkan beteiligte sich am Abend des 14. Dezember telefonisch an einer Sendung von Medya TV und äußerte sich zur Festnahme Saddam Husseins. Die Festnahme des Diktators Saddam sei mit großen Hoffnungen verbunden, mit der Festnahme Saddams breche eine neue Epoche an: "Bisher gab es keinen ernsthaften Schritt für einen Neuanfang. Wir glauben aber daran, dass nach diesem Ereignis der Neuanfang mit Elan und Energie begonnen wird." Kalkan äußerte die Hoffnung, dass dieses Ereignis den Weg für einen demokratischen und föderalistischen Irak geöffnet hätte: "Der Weg für den Aufbau des Irak ist jetzt offen. Es gibt jedoch immer noch Kräfte, die dagegen Widerstand leisten, aber sie werden es nicht schaffen, die Zeit für den Irak zurückzudrehen."

"Die Massaker am kurdischen Volk müssen aufgeklärt werden"
Kalkan erklärte, die Staaten der Region seien miteinander verbunden: "Sie führen Krieg gegeneinander, es gibt Feindschaft unter ihnen, es gibt Widersprüche, aber am Ende sind sie doch voneinander abhängig. Aber im Irak wurde ein diktatorisches Regime überwunden. Die Träger und Befürworter der Ermordung der Kurden und der Teilung des Mittleren Ostens sind untergegangen." Kalkan forderte, dass die Massaker am kurdischen Volk aufgeklärt werden: "In dem Kreis Saddam, Iran und Syrien gab es Mißstände, aber zwischen Saddam und der Türkei gab es eine Zusammenarbeit." Die Türkei verharre wie Saddam auf ihrem Platz in Verteidigungsposition: "In der Türkei sehen sie den Untergang Saddams wie ihren eigenen Untergang." Kalkan forderte, dass die Vorkommnisse in der Region der letzten 25 Jahren mit Interesse und umfangreicher Arbeit aufgeklärt werden müssen. "Die Verantwortlichen für Halapca müssen gefunden werden. Auch die Rolle der auswärtigen Kräfte in diesem Zusammenhang muss aufgeklärt werden."
Bei den Regionalwahlen muss der Weg der Türkei aufgezeigt werden
Zu den im nächsten Frühjahr stattfindenden Regionalwahlen in der Türkei sagte Duran Kalkan, dass sich der Weg der Türkei bei den Wahlen am 28. März 2004 klären wird. Die DEHAP trage eine große Verantwortung. Das Parlament und die AKP hätten ihre Unfähigkeit bewiesen: "Die CHP ist keine Opposition. Die Opposition sind die DEHAP und diejenigen Parteien, die mit der DEHAP in Verbindung stehen." *(DIHA, 15.12., ISKU)*

Meldungen

Besuch wieder verhindert
Die Verteidiger Abdullah Ocalans, Irfan Dundar, Okan Yildiz und Mahmut Sakar, wurden erneut mit der Begründung "Schlechtes Wetters" an ihrem Besuch in Imrali gehindert. *(DIHA, 17.12., ISKU)*

Jugendorganisation der MHP droht Tatlises
Weil der populäre türkische Sänger Ibrahim Tatlises in einem Fernsehprogramm kurdische Lieder sang, zog er sich den Unmut der Ülkü Ocagi, der Jugendorganisation der MHP zu. Die Organisation führte eine Kundgebung vor der Radiostation des Sängers durch, wo zum Boykott von Tatlises aufgerufen wurden. Parolen wurden gerufen wie:. "Eines Nachts könnten wir plötzlich kommen" oder "Ibo, weich nicht ab - überstrapaziere nicht unsere Geduld". *(Milliyet, 10.12., ISKU)*

Protest für Öcalan und kurdische Künstler
Fast 1000 Menschen, die meisten von ihnen Jugendliche und Frauen, kamen am Gebäude der DEHAP im Zentrum von Batman zusammen, um für die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans und für die Unterstützung des Künstlers Ibrahim Tatlises ein Kundgebung und Presseerklärung abzuhalten.
(DIHA, 17.12., ISKU)

Tödliche Bilanz eines Valis
Nach 11 Monaten als Vali [Gouverneur] in Bingöl wurde Vali Cos auf Druck der Öffentlichkeit abgesetzt. Bilanz seiner Tätigkeit waren etwa 700 Fälle von Rechtsverletzungen und 38 Tote, davon acht als Folge von Verbrechen unbekannter Täter.
(DIHA, 14.12., ISKU)

Rechte Organisation drängt Polizei und Militär zu härterem Vorgehen
Der Vorsitzende der Istanbuler Nationalisten-Vereinigung, verlangte von Polizei und Militär "nötige Massnahmen" durchzuführen, sonst würden die Nationalisten selbst härtere Proteste durchführen. Diese Ankündigung folgt zeitgleich mit Drohungen nationalistischer Kreise gegen die Musiker Ferhat Tunc und Ibrahim Tatlises sowie gegen den Fernsehjournalisten M. Ali Birand wegen Aufführung oder Verwendung kurdischer Musik. Die Drohungen wurden von der Özgür Partisi, der Sosyaldemokrat Halk Partisi und der DEHAP verurteilt und die Staatsanwaltschaft aufgefordert, aktiv zu werden.
(DIHA, 12.12., ISKU)

Die kurdische Frage angesichts des Tages der Menschenrechte

Prüfstein für die europäische Demokratie

Anlässlich des Tages der Menschenrechte, des 10. Dezember, fand in Rom in der italienischen Vertretung des Europaparlamentes eine internationale kurdische Konferenz statt, die in Zusammenarbeit vom Kurdistan Informationszentrum, der italienischen Sektion der Internationalen Initiative und der italienischen Abgeordneten Luigi Vinci, Silvan Pisa und Elettra Deiana organisiert wurde.

Unter dem Motto "Der Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union und die Lage der Kurden" wurde über den aktuellen Stand der türkischen Reformen und über die Situation der Kurden referiert. Einhellig wurde festgestellt, dass die Umsetzung der türkischen Reformen nur schleppend vorangeht. Immer noch sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Hinsichtlich eines Termins für Beitrittsgespräche sei die Türkei nach wie vor von einer Kompatibilität mit Europa weit entfernt. Insbesondere an der Lage der Kurden habe sich wenig geändert. Erst nach der vollständigen Erfüllung der Kopenhagener Kriterien käme der Beginn von Beitrittsgesprächen in Frage.

Geteilte Meinung herrschte über die Auffassung, ob die kurdische Frage allein durch die Aufnahme der Türkei gelöst werden könne. Dies wurde von kurdischer Seite und von einigen Europaparlamentsabgeordneten verneint. Der Beitrittsprozess könne nur eine unterstützende Funktion ausfüllen. Für eine entgültige Lösung sei jedoch der Dialog mit den Kurden und ihrer Repräsentanten notwendig. Hierbei fiele Europa eine gesonderte Rolle zu.
Bisher jedoch habe es die EU versäumt, die kurdische Frage beim Namen zu nennen und das Dialogangebot der Kurden wahrzunehmen. Die weitere Verleugnung des kurdischen Problems würde nicht nur zu seiner Verschärfung beitragen; ohne eine Lösung der kurdischen Frage wird die Demokratisierung der Türkei nicht erfolgreich sein. Unter italienischer Ratspräsidentschaft habe es in dieser Frage keine nennenswerten Fortschritte gegeben, weshalb die anwesenden Europaabgeordneten von Irland, das von Italien die Ratspräsidentschaft übernimmt, eine aktivere Rolle forderten.

Auf der Konferenz wurde auch die kritische Lage des Kurdenführers Abdullah Öcalan thematisiert. Seine menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen seien zu verurteilen und eines Beitrittskandidaten nicht würdig. Die Türkei wurde deshalb aufgefordert, gemäß der Empfehlung des Antifolterkomitees des Europarates, die Aufhebung dieser Bedingungen zu verfügen. Die Fall Öcalan sei nicht von der kurdischen Frage zu trennen. Eine Lösung könne allenfalls nur im Zusammenhang erreicht werden. Mit der Veröffentlichung der Abschlussdeklaration ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

(Internationale Inititiative Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan, 15.12.)

Klage abgelehnt

Anträge von Mitgliedern der Freiheitsparteil und der DEHAP in Eleziz und Depe vor dem Amtsgericht für kurdische Namen wurden abgelehnt. In der Region Bismil/Amed wurden die Anträge von 10 Personen abgelehnt.
Der Antrag für kurdische Namen der Leitung der DEHAP der Region Depe (Karakocan) Ali Hidir Dover, von den Mitgliedern Adil Gursel und Zulkuf Acikgoz, dem Vorsitzenden der Jugendabteilung der Region, Murat Zurer, des Vorsitzenden der Freiheitspartei Azad Huseyin Etduger und dem Journalisten der Yeniden Özgur Gündem, Sabri Acar, wurden vom Amtsgericht von Depe abgelehnt.
Der Vorsitzende der DEHAP von Sarican, Isa Gurbuz sagte, die Anträge wären wegen der verbotenen kurdischen Buchstaben abgelehnt worden. Er sagte, es handle sich um eine politische Entscheidung.
Auch in Bismil wurden Anträge von Nedim Bicer, der sich in 'Welat Bawer' umnennen wollte und weitere Anträge für Namen, die kurdische Buchstaben enthielten, vom Amtsgericht abgelehnt.

(DIHA, 17.12., ISKU)

Armee belagert DEHAP

Die Eröffnung einer DEHAP Vertretung in Later (Elmakaya), in der Region Mus Kop, fand umzingelt von Soldaten und Dorfschützern statt. Der Stellvertreter des Vorsitzenden der DEHAP, Ferah Diba Ergul, das Mitglied des Parteirates Huseyin Altun, der Vorsitzende der DEHAP Mus, Abdulbaki Celebi waren auf dem Weg nach Later, als sie von Soldaten und Dorfschützern angehalten wurden. Die Dorfschützer sagten, sie würden keine Erlaubnis geben, ins Stadtzentrum zu fahren. Der Vertreter des Stadtrates von Kop, Ali Topcu erklärte, dass die Dorfschützer unter dem Befehl des Dorfschützerkommandanten Nedim Yildirim mit Waffengewalt verhindern sollten, dass sie in die Stadt kämen. Topcu sagte: "Sie haben mir gesagt, ‚ihr könnt ohne Erlaubnis der Soldaten nicht in die Stadt kommen'. Wir sind umstellt von Soldaten und Dorfschützern in das Gebäude gekommen. Die Bevölkerung, die gekommen war um an der Eröffnung teilzunehmen, wurde von den Dorfschützern daran gehindert. Da die Erlaubnis zur Teilnahme der Bevölkerung nicht gegeben wurde, waren wir gezwungen das Gebäude still zu eröffnen."

(DIHA, 16.12., ISKU)

YÖK-Entwurf durchgesickert

Hatte der neue Präsident der obersten Hochschulaufsicht (YÖK) Tezic noch tags zuvor gemahnt, der Gesetzentwurf solle erst veröffentlicht werden, wenn die nötigen Abstimmungen vorgenommen wurden, da das Thema äußerst "empfindlich" sei, berichtet die Yeni Safak über Einzelheiten des vom Interuniversitären Rates vorgelegten Entwurfes. Er weise deutliche Ähnlichkeiten gegenüber dem vorherigen Entwurf des Bildungsministeriums auf. Die Kompetenzen von YÖK würden auf reine Koordinationsaufgaben beschnitten. Akademische Fragen sollten zwischen Hochschulgremien und Interuniversitären Rat geklärt werden. Bei der Besetzung von YÖK sollen Staatspräsident, Regierung und Universitäten jeweils fünf Sitze vergeben können, einer soll weiterhin durch den Generalstab vergeben werden. Bei der Berufung von Rektoren soll YÖK eine Stellungnahme abgeben können, die Auswahl zwischen den drei Kandidaten mit der höchsten Punktzahl solle aber der Staatspräsident treffen. Bei den Dekanen haben die Rektoren das Recht zur Stellungnahme, die Auswahl solle YÖK treffen. Außerdem sollen Studentenvertreter Gremiensitze und Stimmrecht erhalten.

(YS, IP, 14.12., ISKU)

Ankara mit EU-Gipfel zufrieden

Der Tenor sei positiv und erstmals detailliert aufgeführt, was die Türkei einlösen muß, damit die Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen gefaßt werden kann. Als Themen werden aufgeführt: Stärkung der Funktionalität und Unabhängigkeit der Justiz; Stärkung der Grundrechte im Bereich der Meinungs- und Religionsfreiheit; Annäherung der Beziehungen zwischen Militär und Politik an die europäische Praxis; Verbesserung der Bedingungen im Südosten; Gewährleistung kultureller Rechte; Überwindung der makroökonomischen Ungleichgewichte und Lösung der strukturellen Probleme. *(ZA, 13.12., ISKU)*

In eigener Sache: Auch die Nuce-Redaktion macht Weihnachtsraub - die nächste Ausgabe erscheint aus diesem Grund erst am 9. Januar. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches und friedliches Jahr 2004! *Die Redaktion*

Vernichtung von Beweismitteln
Im Gerichtsverfahren wegen des Brandanschlages 1999 auf das "Mavi Carsi" - Kaufhaus, bei dem 13 Personen ums Leben kamen, ist ein Teil der Videoaufzeichnungen des Tatortes gelöscht worden. Bereits früher waren Haare für einen DNA - Test angeblich versehentlich verbrannt worden.
(DIHA, 12.12., ISKU)

Gewerkschaftsproteste in verschiedenen Städten
In Diyarbakir, Istanbul und weiteren Städten organisierte die KESK Protestaktionen gegen Gesetze zur Reform des Öffentlichen Dienstes und des Staatshaushaltes für das Jahr 2004. Die Polizei verhinderte Demonstrationen oder Presseerklärungen; mehrere Personen wurden festgenommen.
(DIHA, 11.12., ISKU)

Linkes Wahlbündnis eingeschränkt
Zu den Kommunalwahlen im März 2004 haben die Parteien CHP und DSP ihre Teilnahme an einem linken Bündnis mit DEHAP, SHP und YTP abgelehnt.
(DIHA, 11.12., ISKU)

Bewaffneter Angriff in Amed
Im Stadtteil Cumhuriyet / Amed gab es einen bewaffneten Angriff auf einem Militärstützpunkt, an dem zwei Personen, deren Identität nicht bekannt ist beteiligt gewesen sein sollen. Nach dem Angriff kam der Chef der Sicherheitskräfte von Amed zum Ort des Geschehens um die Ereignisse zu untersuchen. Die Armee und Sicherheitskräfte begannen eine umfangreiche Operation.
(DIHA, 12.12., ISKU)

IHD-Plakate beschlagnahmt
In Van und Hakkari wurden zentrale Plakate des IHD zum "Tag der Menschenrechte" beschlagnahmt. Laut Erklärung des IHD-Vorsitzenden von Van ist die Beschlagnahme nicht legal.
(DIHA, 11.12.,ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
IP	Istanbul Post
YS	Yeni Safak
ZA	Zaman

N û c e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku